

2020

band 8, heft 3

www.zeitschrift-suburban.de

# suburban

zeitschrift für kritische stadtforschung

## aufsätze

Stadt ethnographisch  
erforschen  
*Carolin Genz*

Wissen Macht Stadt  
*Charlotte Räuchle, Antonie Schmiz*

Konjunktur(en) und  
Grenzen der Stadt  
*Daniele Karasz*

Ganz gewöhnliche Viertel.  
Stigma und Realitäten in  
Casablancas Slum Er-Rhamna  
*Raffael Beier*

## debatte

Die Ostdeutschlandforschung  
muss das Wohnen in den  
Blick nehmen  
*Matthias Bernt und Andrej Holm mit  
Kommentaren von Barbara Schöning,  
Carsten Keller, Carmen Leidereiter,  
Dieter Rink und Felix Ringel*

## magazin

Geographische Überlegungen  
in Zeiten der Pandemie  
*Rogério Haesbaert*

Die Logik des Ausbruchs  
*Henning Füller, Iris Dzudzek*

Wenn dies keine urbane Krise  
ist, was dann?  
*Sanjana Krishnan, Rahul Jambhulkar*

Organisiert gegen einen  
profitorientierten  
Wohnungskonzern  
*Hannes Strobel*

„Mein Hamburg“/„Mein Rio  
de Janeiro“. Stadt mit  
obdach- und wohnungslosen  
Perspektiven sehen?  
*Katharina Schmidt*

Kritische Stadtekursionen  
*Katja Thiele, Nils Grube*

Wissen mal ganz konventionell  
unkonventionell  
*Reto Bürgin*

Urban Citizen Walkers  
*Kathrin Wildner, Katharina Rohde*

## rezensionen

themenschwerpunkt  
Methoden

---

# Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2020, Band 8, Heft 3  
ISSN 2197-2567

## Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nihad El-Kayed, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Gala Nettelblatt, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

## Redaktionskoordination

Michael Keizers

## Heftkoordination für diese Ausgabe

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias

## Autor\_innen dieser Ausgabe

Raffael Beier, Rabea Berfelde, Matthias Bernt, Reto Bürgin, Iris Dzudzek, Henning Füller, Carolin Genz, Nils Grube, Annegret Haase, Rogério Haesbaert, Andrej Holm, Rahul Jambhulkar, Daniele Karasz, Carsten Keller, Adrian Kreutz, Sanjana Krishnan, Carmen Leidereiter, Charlotte Räuchle, Felix Ringel, Dieter Rink, Katharina Rohde, Sebastian Schipper, Katharina Schmidt, Antonie Schmitz, Barbara Schöning, Christian Sowa, Hannes Strobel, Katja Thiele, Sören Weißermel, Kathrin Wildner

## Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch [joscha@textfriseur.org](mailto:joscha@textfriseur.org) (Lektorat)

Robert Hänsch [signtific@jpberlin.de](mailto:signtific@jpberlin.de) (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

## Titelbild

Originalbild von Kristine Beurskens

## Förderung

s u b \ u r b a n wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Bereich  
Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme gefördert.



## Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h., alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor\_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nicht-kommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden zwei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor\_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n, zweitens der Weitergabe unter den gleichen rechtlichen Bedingungen, d.h. derselben Lizenz wie das Original (CC BY-SA 4.0). In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de).

## Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf [www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de).

## Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub\urban e.V.

Bank: GLS Bank – IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

## Kontakt

[www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de) – [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de)

# Inhaltsverzeichnis

## Schwerpunkt

„Wie können wir die Stadt wissen? Methoden und Erkenntniswege kritischer Stadtforschung“

|   |  |   |
|---|--|---|
|   | Editorial  | 5   |
| <b>Aufsätze</b>   | Stadt ethnografisch erforschen. Potenziale reflexiver Positionalität<br><i>Carolin Genz</i>  | 11  |
|   | Wissen Macht Stadt. Wie in Reallaboren Stadt verhandelt und Wissen produziert wird<br><i>Charlotte Räuchle, Antonie Schmiz</i>   | 31  |
|   | Konjunktur(en) und Grenzen der Stadt. Zur experimentellen Wiederholung einer narrativen Interviewserie im Wiener Stadtteil Monte Laa<br><i>Daniele Karasz</i>                              | 53  |
|   | Ganz gewöhnliche Viertel. Stigma und Realitäten in Casablanças Slum Er-Rhamna<br><i>Raffael Beier</i>  | 73  |
| <b>Debatte</b>  | Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte<br><i>Matthias Bernt, Andrej Holm</i> | 97  |
|   | Ereberte Transformation<br><i>Barbara Schöning</i>   | 115   |
|   | Von der ostdeutschen zur marktliberalen Transformation<br><i>Carsten Keller</i>  | 123   |
|   | Rückschritte in längst überwunden geglaubte Ausbeutungs- und Unsicherheitsmuster<br><i>Carmen Leidereiter</i>  | 129   |
|   | Schrumpfung und Stadtumbau als zentrale Themen der Forschung zu Städten in Ostdeutschland<br><i>Dieter Rink</i>  | 137   |
|   | Zur Zukunft der Ostdeutschlandforschung<br><i>Felix Ringel</i>   | 145   |
|   | Den Osten im Blick: Eine Replik<br><i>Mathias Bernt, Andrej Holm</i>   | 151   |
|   | <b>Magazin</b>   | Geographische Überlegungen in Zeiten der Pandemie<br><i>Rogério Haesbaert</i> |
| Die Logik des Ausbruchs. Formierung von Covid-19 durch Krisenbearbeitungsweisen<br><i>Henning Füller, Iris Dzudzek</i>                                  | 165  |   |
| Wenn dies keine urbane Krise ist, was dann?<br><i>Sanjana Krishnan, Rahul Jambhulkar</i>  | 183  |   |
| Organisiert gegen einen profitorientierten Wohnungskonzern. Fünf Jahre berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter*innen<br><i>Hannes Strobel</i> | 195  |   |

SCHWERPUNKT

**Magazin**

„Mein Hamburg/Mein Rio de Janeiro“. Stadt mit obdach- und wohnungslosen Perspektiven sehen? 205  
*Fotografien von P.H./S.G./M.S.V./H.H./M.C./S.S./E.P/J.A./K.S., erzählt von K.S.*

Kritische Stadtextkursionen. Annäherung an eine reflexive Exkursionspraxis 215  
*Nils Grube, Katja Thiele*

Wissen mal ganz konventionell unkonventionell. Stadt verstehen mit Lucius Burckhardt 231  
*Reto Bürgin*

Urban Citizen Walkers. Methodologische Reflexionen zum kollaborativen Gehen in der Stadt 241  
*Katharina Rohde, Kathrin Wildner*

**Rezensionen**

Dialektische Methodologie vor dem Hintergrund planetarischer Urbanisierung 257  
*Rabea Berfelde*

Der Jungle als Stadt 262  
*Christian Sowa*

Regionalentwicklung in Ostdeutschland – die humangeographische Perspektive 267  
*Annegret Haase*

Die Disziplinierung alltäglicher Wassernutzung 273  
*Sören Weißermel*

Stadt der Entfremdung 279  
*Adrian Kreuz*

Mieter\_innenbewegungen der Gegenwart: Postidentitär und postautonom 286  
*Sebastian Schipper*

## Editorial

Liebe Leser\_innen,

es ist eine denkwürdige Zeit um das Erscheinen dieser Ausgabe von sub\urban, zum Jahresende 2020. Denkwürdig ist sie angesichts der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die uns, wenn auch ganz verschieden, so doch nachhaltig in unserem Tun und Sein beeinflussen. Gleichsam wird sowohl in Fragen der Vorsorge und der medizinischen Versorgung als auch bei der sozialen Einbettung und der ökonomischen Lage deutlich: Verschiedene Menschen und Gruppen sind unterschiedlich von der Situation betroffen. Deutlich ist dabei auch, dass der Umgang mit der Pandemie bisherige Ungleichheiten auf lokaler wie globaler Ebene verschärft.

Wir sehen die Notwendigkeit, das politische und gesellschaftliche Vorgehen in der Pandemie, ihre Ereignisse und Effekte auch aus der Perspektive der kritischen Stadtforschung differenziert zu begleiten und zu beforschen. Daher siedeln wir in sub\urban einen virtuellen Themenschwerpunkt zur Auseinandersetzung mit der Pandemie an und haben dazu bereits zwei Beiträge vorab veröffentlicht: Den Beitrag „Geographische Überlegungen in Zeiten der Pandemie“ von Rogério Haesbaert haben wir aus dem Portugiesischen ins Deutsche übersetzt und veröffentlichen ihn in beiden Sprachen. Haesbaert geht den Widersprüchen rund um die durch Corona bedingten Mobilitätseinschränkungen nach, die einerseits dem Mantra einer immer schnelleren Zirkulation von Menschen und Waren im Zeichen der Globalisierung zuwiderlaufen, sich jedoch andererseits je nach Subjekt und Kontext sehr unterschiedlich ausgestalten. Mit Blick auf soziale Differenzen in Rio de Janeiro zeigt er verschiedene Facetten von Deterritorialisierung „als eine Prekarisierung der unsere Lebensbedingung sichernden territorialen Kontrollen“ in Zeiten der Pandemie auf. Henning Füller und Iris Dzudzek plädieren für eine kritische Sozialepidemiologie und damit für eine Alternative zu vorherrschenden Formen der Krisenbewältigung. Das bedeutet, dass Gesundheit konsequent als soziale Frage diskutiert wird und weniger als Teil nationaler Sicherheitslogiken und martialischer Diskurse.



Ein weiterer Beitrag von Sanjana Krishnan und Rahul Jambhulkar diskutiert – aus dem Anlass der Corona-Pandemie und Nachrichten über Ströme von Migrant\_innen, die indische Großstädte verlassen – die umstrittene historische urbane Entwicklung insbesondere von Mumbai. Der Text stellt heraus, dass es sich bei der gegenwärtigen Situation um einen zwar in seiner Art und Dramatik neuen Krisenzustand handelt, der allerdings stark in schon vorher entwickelte Krisenzustände in urbanen Kontexten Indiens eingebettet ist.

Dieses Heft ist während der Pandemie entstanden und zeugt – wenn auch möglicherweise unbemerkt – von den Bedingungen wissenschaftlicher Produktion in Pandemiezeiten. So mussten die Redaktionssitzungen komplett in den digitalen Raum verlagert werden und auch der sonst so alltägliche soziale Austausch fehlt uns allen. Als problematischer stellten sich allerdings die Mehrfachbelastungen durch Kinderbetreuung und Home-schooling, die Schwierigkeiten mit der digitalen Lehre, die ausfallenden Forschungsaufenthalte, der fehlende Zugang zu Bibliotheken (wie gut, dass sub\urban online und Open Access ist), die wachsende Verzweiflung über die Situation und das Erleben neuer Einsamkeit, die Angst um Angehörige und so weiter dar. Deshalb einen großen Dank an alle beteiligten Autor\_innen, die in dieser Zeit ihre Beiträge trotz allem auf den Weg gebracht und fertiggestellt haben, aber auch an unsere Gutachter\_innen, die diese Arbeit neben ihren sonstigen Aufgaben für uns und unsere Autor\_innen übernommen haben. Unsere Anerkennung gilt auch denjenigen, die im Moment andere Prioritäten setzen (müssen) und mehr Zeit für die Arbeit an Texten benötigen, vielen Dank für euer Vertrauen. Wenn die Pandemie uns größere Rücksicht gelehrt hat, wünschen wir uns, dass das auch in der Wissenschaft zu einer solidarischen und (warum nicht?) entspannteren Forschung und Lehre führt.

Die Art, wie wir forschen und lehren, ist für sub\urban stark mit Zugängen zur Stadt verbunden. Mit der Frage: „Wie können wir die Stadt wissen?“ hatten wir im Februar 2019 um Beiträge zu Methoden in der kritischen Stadtforschung gebeten. Mit unserem Themenschwerpunkt verbinden wir die Hoffnung, einen fortlaufenden Methodenschwerpunkt entwickeln zu können. Die Debatten zu den entstehenden Beiträgen und nicht zuletzt unser eigenes Verständnis der Forschungspraxis verdeutlichen uns, wie stark die Art unseres Annäherns an Forschungsthemen und -gegenstände, die Perspektiven und Positionierungen, die wir dabei einnehmen, und die Interaktionen, die wir eingehen, letztendlich das bestimmen, was allgemein als Erkenntnis bezeichnet wird. Die momentanen Einschränkungen und Anpassungen zeigen, wie situativ und wenig planbar das Vorgehen ist und wie sich die eigene Forschungspraxis immer wieder an Bedingungen, Einflüsse und Veränderungen von Kontexten anpassen muss.

Unser Auftakt zum Methodenschwerpunkt beginnt mit drei Aufsätzen, denen gemein ist, dass sie einen besonderen Fokus auf die Hintergründe eines methodischen Ansatzes und Vorzüge wie auch Fallstricke dessen Umsetzung legen: Carolin Genz ermittelt in ihrem Aufsatz die Potenziale der Ethnografie für die kritische Stadtforschung. Dazu stellt sie die offene, reflexive Haltung ethnografischer Wissensproduktion und die damit für sie notwendigerweise verbundene politische Verantwortung in den

Vordergrund ihrer Analyse. Sie plädiert für eine holistische Perspektive auf städtische Konfliktfelder und Aushandlungsprozesse, welche die Reflektion der Positionalität der Forschenden mit einbezieht. Dadurch können – so ihr Argument – Widersprüche und Machtverhältnisse im Miteinander städtischer Akteure und deren sozialräumlichen Praxen sichtbar und reflektierbar gemacht werden. Charlotte Räuchle und Antonie Schmitz gehen in ihrem Beitrag „Wissen Macht Stadt“ der Frage nach, welches Wissen in welchen Akteurskonstellationen und mit welchen Implikationen in Reallaboren produziert wird. Mit Einblicken in die eigene Forschung im Verbundprojekt KoopLab zeigen sie, dass Reallaboren zwar ein Dilemma zwischen Normativität und Transformation innewohnt, dass aber eine reflexive Methodologie nicht nur das darin generierte Wissen für die Stadtforschung fruchtbar machen, sondern auch Wege für eine gerechtere Stadtentwicklung aufzeigen könnte. Daniele Karasz widmet sich der methodisch geplanten Wiederholung narrativer Interviews – über Jahre hinweg mit den gleichen Personen – und beleuchtet die Eignung dieses Ansatzes, um konjunkturellen Veränderungen im Wohnalltag in einem Stadtteil Wiens nachzuspüren. In seinem Beitrag wird schrittweise gezeigt und reflektiert, welche Erkenntnisse durch die wiederholte Durchführung von Interviews und den damit verbundenen Interpretationen in sich verändernden gesellschaftlichen Kontexten entstehen können.

Darüber hinaus gehören vier Magazinbeiträge in den Methodenschwerpunkt des Heftes: Katja Thiele und Nils Grube tragen über mehrere Jahre im Kontext der Gruppe Kritische Geographie Berlin gesammelte Erfahrungen und Reflexionen einer kritischen Praxis von Stadtextursionen zusammen. Angesichts einer langen Tradition monologischer ebenso wie verändernd-exotisierender Ansätze plädieren sie für eine Stärkung partizipativer ebenso wie experimenteller Zugänge, die sie facettenreich veranschaulichen. Im Beitrag „Wissen mal ganz konventionell unkonventionell: Stadt verstehen mit Lucius Burckhardt“ würdigt Reto Bürgin die Spaziergangswissenschaft als eine Disziplin, die der Schweizer Soziologe und Hochschullehrer in den 1980er Jahren mit dem Ziel gegründet hat, den kritischen Blick seiner Studierenden zu schärfen und ihre konventionelle Wahrnehmung von Landschaft zu hinterfragen. In „Urban Citizen Walkers“ berichten Katharina Rohde und Kathrin Wildner von ihren Erfahrungen mit dem kollaborativen Gehen als Methode der kritischen Stadtforschung. Der Beitrag präsentiert, kontextualisiert und reflektiert die Ergebnisse eines Spaziergangs, der im Sommer 2016 in Berlin stattfand und zu dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlich langen Wohnenerfahrungen in Berlin eingeladen wurden. In der Arbeit von Katharina Schmidt und ihren Forschungsbeteiligten geht es darum, den gängigen Blick auf Obdach- und Wohnungslosigkeit zu irritieren. Anhand einer Reihe von Bildern, die in Rio de Janeiro und Hamburg produziert wurden, reflektiert die Autorin über die Art und Weise wie obdach- und wohnungslose Menschen auf ihre Städte schauen: Der Einblick in diese Bilder ermöglicht es den Leser\_innen, klischeehafte Ideen über Wohnungslosigkeit in Frage zu stellen.

Auch eine Rezension gehört zum Methodenschwerpunkt: Rabea Berfelde rezensiert Neil Brenners im Jahr 2019 erschienenen Band *New Urban Spaces. Urban Theory and the Scale Question*. Aus Brenners Ausführungen

zu dialektischen Konzeptionen leitet sie einen Aufruf zu neuen methodologischen Überlegungen der kritischen Stadtforschung ab.

Unsere Debatte widmen wir dem 30-jährigen Jahrestag der Deutschen Einheit, der in diesem Jahr vielleicht aufgrund der Pandemie etwas weniger Beachtung gefunden hat. Auch in der kritischen Stadtforschung gibt es dazu noch viel zu diskutieren, wie unsere Debatte zeigt. Es scheint, als bestünde in Deutschland große Einigkeit darüber, dass es an der Zeit ist, die Ereignisse dieses Prozesses klarer als zuvor zu diskutieren und kritischer zu hinterfragen. Vor diesem Hintergrund luden Matthias Bernt und Andrej Holm mit ihrem: „Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte“ zu einer Debatte ein. Anhand zweier politischer Entscheidungen, die zu einem Bruch in den ostdeutschen Wohnerefahrungen führten, zeigen die Autoren, wie aktuelle Debatten zu ostdeutschen Subjektivitäten durch eine Analyse konkreter Machtverhältnisse und institutioneller Rahmenbedingungen befruchtet werden könnten. Nur dadurch könne die Ostdeutschlandforschung, so die Autoren, Ostdeutschland weniger als „Sonderfall“, sondern vielmehr als Brennglas untersuchen lassen, in welchem sich gesamtdeutsche und sogar internationale Beziehungsgeflechte wiedererkennen lassen. Als Kommentator\_innen konnten wir Barbara Schönig, Carsten Keller, Carmen Leidereiter, Dieter Rink und Felix Ringel gewinnen, die dazu aus ihren jeweils ganz eigenen Perspektiven und Forschungserfahrungen zu Ostdeutschland diskutieren. Matthias Bernt und Andrej Holm antworten darauf in einer Replik.

Passend zu unserer Debatte hat Annegret Haase für unser Heft den soeben erschienenen Sammelband *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie* rezensiert, der von Sören Becker und Matthias Naumann herausgegeben wurde. Sie schlussfolgert, dass das 500-Seiten-Werk „eine Fülle von Material und spannenden Einzelbeiträgen“ liefere und sich zwar vorrangig an Wissenschaftler\_innen und Studierende richtet, aber auch für weitere Interessierte gut lesbar sei.

Neben diesen Themen veröffentlichen wir weitere Beiträge in unserem offenen Teil. Raffael Beier setzt sich in seinem Aufsatz mit informellen Siedlungen in Casablanca auseinander. Ihn interessiert, wie deren Stigmatisierung sich auf die Bewohner\_innen auswirkt, aber auch, wie sie selbst das Wohnen in ihrer Siedlung bewerten. Er analysiert, wie Marokkos Regierung mit einer repressiven Wohnungspolitik versucht, die Bewohner\_innen aus den innenstadtnahen Slums in Massenwohnungsbauprojekte zu verdrängen und an den Stadtrand umzusiedeln.

Hannes Strobel schreibt in seinem Text „Organisiert gegen einen profitorientierten Wohnungskonzern: Fünf Jahre berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen“ über die Initiativen, die sich in den letzten Jahren vor allem gegen das Geschäftsgebaren des Wohnungsunternehmens gegründet und organisiert haben. In seinem Beitrag berichtet Strobel – selbst engagiert im Widerstand der wohnungspolitischen Gruppen – von den Erfolgen, aber auch von den Schwierigkeiten, die die Arbeit der Aktivist\_innen begleiten.

Sören Weißermel rezensiert die Monografie von Anke Schwarz *Demanding Water: A Sociospatial Approach to Domestic Water Use in Mexico City*. Nach



Weißermel zeige das gelungene Buch am Beispiel des Wassermanagements, wie auf der Mikroebene des Haushalts und des Alltags Mechanismen neoliberaler Gouvernementalität das politische Mobilisierungspotenzial von Gesellschaften einschränken. Adrian Kreutz findet die Lektüre von Rowland Atkinsons *Alpha City: How London Was Captured by the Super-Rich* lohnenswert, um den Eskapismus der Eliten im ‚integrierten Chaos‘ der Metropole besser zu verstehen, auch wenn er sich eine etwas systematischere Untersuchung der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse gewünscht hätte. Christian Sowa widmet sich in seiner Rezension „Der Jungle als Stadt“ der Studie von Michel Agier, Yasmine Bouagga, Maël Galisson, Cyrille Hanappe, Mathilde Pette und Philippe Wannesson, die 2020 im transcript Verlag übersetzt unter dem Titel *Der Dschungel von Calais* erschienen ist. Die Rezension zeigt lobend den Detailreichtum der Studie und diskutiert sie vor dem Hintergrund der Frage, was die jungles der Stadt sind und was die Stadt den jungles ist. Darin scheinen nicht nur begriffliche Leerstellen auf, sondern auch weitere Fragen für die Stadtforschung. Wir freuen uns über die Rezension zu Lisa Vollmers Buch *Mieter\_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität* (2019) von Sebastian Schipper. Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt führt weltweit in vielen Städten zu Verdrängungsprozessen und hat besonders starke Auswirkungen für einkommensschwache Haushalte. Mietenpolitische Bewegungen setzen sich vielerorts für die Abkehr von einer neoliberalisierten, finanzierten Wohnungsversorgung ein. Die Studie untersucht die Formierung politischer Kollektivität in diesen Bewegungen, und die Rezension bescheinigt ihr, sowohl in theoretischer als auch bewegungspolitischer Hinsicht einen wichtigen Beitrag zu leisten.

In unserer Redaktion haben sich in den vergangenen Monaten ein paar Veränderungen ergeben. Wir möchten uns schweren Herzens von unserem langjährigen Redaktionsmitglied Antonio Carbone verabschieden. Er verlässt unsere Redaktion, weil er sich in neue wissenschaftliche Felder aufmachen möchte. Danke für die wunderbare Zusammenarbeit, Antonio. Du wirst uns fehlen.

Zugleich begrüßen wir unsere drei neuen Redaktionsmitglieder, die schon mit großer Tatkraft in unsere Redaktionsarbeit eingestiegen sind: Nihad El-Kayed, Lucas Pohl und Gala Nettelblatt. Schön, dass ihr dabei seid, Nihad, Lucas und Gala!

Wir wünschen Ihnen und euch eine anregende Lektüre.

Herzliche Grüße und alles Gute  
die Redaktion von s u b \ u r b a n

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nihad El-Kayed, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Gala Nettelblatt, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer





# Stadt ethnografisch erforschen

Potenziale reflexiver Positionalität

**Carolin Genz**

Die ethnografische Erforschung von Stadt lässt sich nicht auf einzelne Werkzeuge reduzieren. Vielmehr handelt es sich um einen multimodalen Methodenzugang, der eine holistische Perspektive auf Bedeutungsstrukturen städtischer Akteur\_innen und deren sozial-räumliche Praktiken eröffnet und darüber Machtverhältnisse und politische Logiken stadtgesehlichen Miteinanders sichtbar werden lässt. Im Hinblick auf ein stetig wachsendes interdisziplinäres Interesse an der Ethnografie zur Erforschung von Stadt ist es wichtig, dass ethnografisch Forschende dieses methodologische Grundverständnis in Bezug auf ihre politische Verantwortung und den Politiken ethnografischer Repräsentation reflektieren. Der vorliegende Beitrag skizziert daher die Modalitäten der ethnografischen Stadtforschung und thematisiert die Reflexion der eigenen Positionalität und deren interventionistisches Potenzial. Denn die Debatte um eine politische wie auch reflexive Haltung ethnografischer Wissensproduktion ist zentral für die Anschlussfähigkeit der Ethnografie in einer interdisziplinär ausgerichteten, kritischen Stadtforschung.

*Ersteinreichung: 31. Oktober 2019; Veröffentlichung online: 15. Dezember 2020  
An English abstract can be found at the end of the document.*

Um Städte und die Art und Weise zu erforschen, wie sich das politische und gesellschaftliche Zusammenleben gestaltet, ist ein Eintauchen in die Konfliktfelder und stetigen Aushandlungsprozesse ihrer Bewohner\_innen unabdingbar. Dabei rücken die Alltage und Anliegen städtischer Akteursgruppen und die komplexen und mehrdimensionalen Prozesse städtischer Raumproduktion in den Blick. Die Ethnografie als multimodaler Methodenzugang ermöglicht ein solches Eintauchen und schafft darüber Möglichkeitsräume zur Intervention vonseiten einer engagierten Wissenspraxis (Binder et al. 2013). Sie eröffnet eine holistische Perspektive auf Logiken und Bedeutungsstrukturen städtischer Akteur\_innen und deren sozial-räumliche Praktiken, worüber Machtverhältnisse und Stigmatisierungen im gesellschaftlichen Miteinander sichtbar werden. In der jüngeren Vergangenheit lässt sich ein gestiegenes Interesse an der Ethnografie in interdisziplinären Feldern der Stadtforschung erkennen. Daher ist es wichtig, dass ethnografisch Forschende das zugrundeliegende methodologische Grundverständnis in Bezug auf ihre politische Verantwortung und den Politiken ethnografischer Repräsentation reflektieren. Denn *wie* wir uns als Forscher\_innen der Stadt zuwenden und welche Perspektiven wir einnehmen, hat direkte Auswirkungen auf die unmittelbare Wissensproduktion zu städtischen Entwicklungen.

Für ein weitreichendes Verständnis kultureller Begebenheiten ist sowohl eine intensive Beobachtung als auch die Reflexion der eigenen Position vonnöten, weil es für die Forschenden und Teilnehmenden oft selbst nicht offensichtlich ist, von welchen Vorannahmen sie ausgehen. Daher knüpft der Beitrag an die wichtigen Auseinandersetzungen an, die seit dem *reflexive turn* im Kontext der *writing culture*-Debatte geführt werden (siehe dazu Clifford/Marcus 2009; Zenker/Kumoll 2010; Binder et al. 2013; Rols-hoven/Schneider 2018) und im Spannungsfeld der Stadtforschung wichtige Anknüpfungspunkte liefern. Insbesondere die Ethnografie eignet sich dafür einen reflexiven Standpunkt einzunehmen, da im Zusammenhang mit dieser Methode seit der Krise der Repräsentation in den 1980er Jahren die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Position Tradition hat und deren Weiterentwicklung angestrebt wird.[1] Im Bereich der Stadtforschung bedeutet das, sich der eigenen Involviertheit sowie gesellschaftlichen Machtverhältnissen und politischen Kämpfen aus einer akteurszentrierten und praxeologischen Perspektive zu widmen. Dank der Reflexionspraktiken ethnografischer Forschung kann demnach die politische Dimension der Wissensproduktion über die Stadt in Augenschein genommen werden. Daraus leitet sich folgende Frage ab: Wie lassen sich die politischen Dimensionen der eigenen Wissensproduktion und damit die Positionalität und die Politiken ethnografischer Repräsentation in den Forschungsfeldern des Städtischen reflektieren? Insbesondere die Verantwortung der Forschenden und ihre interventionistische Wissenspraxis, in Folge derer sie sich in politischen Feldern der kritischen Stadtforschung positionieren, soll nachfolgend thematisiert werden. Denn die Debatte um eine politische wie auch reflexive Haltung ethnografischer Wissensproduktion ist zentral für die Anschlussfähigkeit der Ethnografie in einer interdisziplinär ausgerichteten, kritischen Stadtforschung.

Der vorliegende Beitrag thematisiert daher das holistische Grundverständnis der ethnografischen Erforschung von Stadt als Methodologie und die damit einhergehende politische Verantwortung einer engagierten Wissenspraxis. Dabei werden die Modalitäten der ethnografischen Stadtforschung kurz skizziert und das interdisziplinäre Interesse an der ethnografischen Erforschung thematisiert, um nachfolgend die Reflexion der eigenen Positionalitäten anhand einer Ethnografie im Feld der städtischen Protest- und Bewegungsforschung zu erkunden. Die Forschung nimmt die praxeologische Formation von Protest als Form politischen Handelns älterer Akteursgruppen in Berlin in Folge von Verdrängungsprozessen und stetig steigender Mieten in den Blick. Sie untersucht, wie durch spezifische Protest- und Netzwerkpraktiken durch die Akteur\_innen eine problemzentrierte Öffentlichkeit im städtischen Raum formiert und navigiert wird. Durch eine Fokussierung der Praxisdimensionen politischen Handelns werden Machtverhältnisse sichtbar, aufgrund derer einzelne Protestgruppierungen im städtischen Diskurs um steigende Mieten marginalisiert werden. Im Kontext stadthethnografischer Methodologie wird hier ein holistisches Verständnis von städtischen Bewegungen und ihren Protestpraktiken entwickelt (Genz 2020). Daraus ergibt sich der Ansatz, das Verhältnis von Forscher\_innen und stadt-politischem Aktivismus im Lichte der *writing culture*-Debatte zu denken. Gerade im deutschsprachigen Raum adressiert der Beitrag damit

eine bisher unterrepräsentierte Auseinandersetzung. Die hier aufgeführten Einblicke verdeutlichen, dass sich die Dimensionen einer engagierten Kollaboration im Laufe des Forschungsprozesses einerseits stetig verändern und überlagern und andererseits auch immer abhängig sind von den jeweiligen Bedingungen, denen die Forschenden unterliegen.

### **Wege der ethnografischen Stadtforschung**

Die ethnografische Erforschung von Stadt blickt auf eine lange Tradition zurück. Ihre Geburtsstätte sind die Straßenecken, Cafés und Nachbarschaftsquartiere im Chicago der 1920er Jahre. Robert Ezra Park, Ernest W. Burgess, Albion Woodbury Small und William Isaac Thomas gelten als Gründer der sogenannten *Chicago School*. Sie hielten ihre Studierenden dazu an, sich von den Schreibtischen, Bibliotheken und Archiven wegzubewegen und auf die Straße zu gehen, um sich dem Stadtleben unmittelbar zuzuwenden: „This is called ‚getting your hands dirty in real research.‘“ [2] Das Ergebnis sind Arbeiten wie William Whytes *Street Corner Society* (1943), Louis Wirths *The Ghetto* (1928) oder Nels Andersons' *The Hobo* (1923) – um nur einige der Publikationen zu nennen, die das Fundament für die weitere Entwicklung der ethnografischen Erforschung von Stadt bildeten. Als wichtigste Stadien in der Weiterentwicklung der Stadtanthropologie gelten nach Rolf Lindner die britische *Manchester School* und die Gründung der Zeitschrift *Urban Anthropology* im Umfeld von Howard S. Becker, Everett Hughes, Elliot Liebow und Herbert Gans, die es seit den 1980er Jahren gibt (Lindner 2005: 56). Lindner hebt das Engagement der Chicago School und ihr „radikale[s] Bekenntnis zur qualitativen Forschung“ hervor (ebd.). Denn hier deutet sich eben jenes Verständnis einer *Urban Anthropology* an, welches „die Übermittlung des inneren Lebens großstädtischer Lebensweisen und Enklaven“ in den Forschungsfokus stellt und wegberreitend war für die Weiterentwicklung und Perspektiven der Stadtanthropologie (ebd., weiterführend Lindner 2004). Seither wächst die Bedeutung von Städten im Zuge fortlaufender Urbanisierung stetig an, und mit dem *spatial turn* finden ethnografische Methoden zunehmend Anwendung in der Stadtforschung (Lindner 2007; Huffschmid/Wildner 2013; Duneier/ Kasinitz/Murphy 2014; Schwanhäußer 2015; Imilan/Marquez 2019).

In der deutschsprachigen Anthropologie setzte die Auseinandersetzung mit urbanen Themenfeldern mit etwas Verzögerung ein (Lindner 1997; Schwanhäußer 2010a). Bei der Stadtanthropologie handelt es sich nach Anja Schwanhäußer weniger um eine „gesonderte[r] wissenschaftliche[n] Disziplin“, sondern vielmehr um einen „bestimmte[n] Denk-, Forschungs- und Argumentationsstil.“ (2010a: 107) Heute zählen Städte zu den zentralen Forschungsfeldern des Faches. Dabei werden Städte als ‚Gesellschaftslabore‘ verstanden, die sozio-kulturelle Transformationsprozesse antreiben und verdichten (ebd.). Die Themenfelder stadthnografischer Forschungen sind demnach ebenso vielfältig und hybrid wie die diversen städtischen Verflechtungen, Relationen und Situiertheiten, denen sich die Wissenschaftler\_innen zuwenden. Aktuell kann im deutschsprachigen Raum nicht von einem einheitlichen stadthnografischen Fachkanon gesprochen werden, es gibt vielmehr verschiedene Strömungen. Einige

relevante Forschungsansätze sollen kurz erwähnt werden, um verständlich zu machen, aus welchen Perspektiven sich die anthropologische Forschung dem Städtischen zuwendet.

Grundsätzlich liefert die Ethnografie als methodologische Herangehensweise stadtanthropologischer Forschung dichte empirische Befunde, anhand derer das Leben in den sich schnell verändernden und vielschichtig gelagerten städtischen Konglomeraten besser verstanden werden kann. Alexa Färber konstatiert, dass das Interesse ethnografischer Forschung „den Praktiken von Ausschluss und Einschluss, den sub- und gegenkulturellen Aneignungen und Transformationen von Stadtraum, den Erfahrungen von und Identifikationen mit Stadt sowie den transnationalen Verknüpfungen urbaner Alltage“ gilt (Färber 2014b: 138; siehe auch Färber 2010; Wiet-schorke 2013). Anthropologische Perspektiven auf die Stadt eignen sich insofern für die Analyse von Machtbeziehungen und die interdependierenden Logiken von Stadt und räumlichen Praktiken.

Diese Betrachtungen werden insbesondere relevant, da ethnografische Wissensproduktion auch für die Stadtplanung und -entwicklung wichtige Erkenntnisse liefern kann (Binder 2009; von Bose 2016). Außerdem werden die wechselseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen Artefakten und Technologien, in Anlehnung an Bruno Latours (2005) Akteur-Netzwerk-Theorie, für die Stadtforschung fruchtbar gemacht (Fariás/Bender 2010; Färber 2014a; Blok/Fariás/Roberts 2019). Weitere Betätigungsfelder stadt-ethnografischer Forschung finden sich in den Untersuchungen „urbaner Szenen“ (Schwanhäuber 2010b) und in Arbeiten zu Mobilität insbesondere im Schnittfeld von städtischen Räumen und Migration (Bojadžijev 2014; Wilcke 2018) – um nur einige zu nennen.[3] In diesem Kontext und mit wachsendem Interesse an einer *Engaged Anthropology* (Low/Merry 2010) werden ethnografische Methoden vermehrt zur Erforschung von städtischen sozialen Bewegungen eingesetzt (Kaschuba et al. 2016; Genz 2020). In diesen Arbeiten werden unter anderem die Inklusionsfähigkeit öffentlicher Räume als auch Machtverhältnisse, die dort zum Tragen kommen, differenziert aufgeführt und kritisch hinterfragt. Aufgrund dieser inhärenten Machtverhältnisse sind die Auseinandersetzung mit den Perspektiven der Forschenden und eine kritische Reflexion ihrer Positionen dabei relevanter denn je.

### **Interdisziplinäre Neugier**

Die Potenziale und Zugänge ethnografischer Stadtforschung finden in anderen Fachdisziplinen stetige Anerkennung (Atkinson/Coffey/Delamont 2001), da ein ethnografischer Ansatz eine dichte und langfristig angelegte Auseinandersetzung mit sozial-räumlichen Praktiken und gelebter städtischer Raumerfahrung verspricht (Jackson 2016). Insbesondere in der deutschsprachigen Geographie und Soziologie haben ethnografische Methoden zur Erforschung des Städtischen Konjunktur. Martin Müller führt diesbezüglich aus, dass „das Interesse am ‚doing‘ und ‚making‘ von Geographien, an Performativität, Machttechniken, gelebter Praxis und verkörperten Subjekten“ verschiedenen Teildisziplinen, etwa der neueren Kulturgeographie, der Stadtgeographie oder der politischen Geographie,



eigen sei (Müller 2012: 179; weiterführend Strüver 2011; Dirksmeier/Helbrecht 2010; Füller/Marquardt 2009). Im Hinblick auf ein stetig wachsendes interdisziplinäres Interesse an der Ethnografie zur Erforschung von Stadt ist es jedoch wichtig, das methodologische Grundverständnis der Ethnografie bewusst zu machen und eine Diskussion über die Positionalität und die Politiken ethnografischer Repräsentationen der Forschenden zu führen.

Denn im interdisziplinären Kontext wird die Ethnografie mithin als eine Art „Werkzeugkasten“ verstanden, welcher ein Spektrum an Tools zur Verfügung stellt: eine Mischung aus teilnehmender Beobachtung und qualitativen Interviews (Thelen 2015: 255). Angesichts der vielschichtigen methodischen Zugänge, welche die Ethnografie eröffnet, mag diese Logik nachvollziehbar sein. Das führt jedoch dazu, dass das ethnografische Wissen über die Stadt in interdisziplinären Feldern nicht selten eine geringe Dichte aufweist (Schwanhäußer 2015: 59).

Auch Thomas Scheffer und Christian Meyer beobachten, dass der „Gebrauch des Labels ‚Ethnografie‘ [...] einen inflationären Charakter“ (2011: 2) in interdisziplinären Feldern hat. Ebenso macht Monika Streule deutlich, dass die Ethnografie in anderen Disziplinen dann herangezogen wird, wenn „herkömmliche Strategien“ nicht greifen (Streule 2013: Abs. 16) – beispielsweise bei sich komplex überlagernden und vielschichtigen städtischen Räumen und räumlichen Praktiken. Ihr zufolge sind interdisziplinäre Felder wie beispielsweise die Planungs- und Architekturpraxis weiterhin normativ ausgerichtet und können der vielschichtigen sozial-räumlichen Mehrdimensionalität der Stadt kaum gerecht werden. Die Suche nach einer fruchtbaren Anwendung ethnografischer Zugänge ende zumeist in „Ausschmückung[en] körperloser, verflachter gesellschaftlicher Analysen mit ethnografischen Versatzstücken“ (ebd.). Das wachsende interdisziplinäre Interesse an der ethnografischen Erforschung von Stadt ist uneingeschränkt zu begrüßen, ihr Verständnis einer methodischen „Werkzeugkiste [...], woraus sich jede und jeder nach Belieben bedienen kann“ (Streule 2013: Abs. 25) jedoch zu kurz gedacht. Denn darüber wird die Forschung noch nicht dem Anspruch einer „dichten Beschreibung“ im Geertz’schen Sinne gerecht (Geertz 2015 [1983]). Will man sich der Komplexität städtischen Alltagslebens nähern, darf ein ethnografisch-kulturanalytischer Blick auf städtische Phänomene nicht bei der Auswahl einiger ‚Werkzeuge‘ stehen bleiben.

Trotz steigender interdisziplinärer Neugier weist Peter Jackson auf den noch fehlenden festen Platz der Ethnografie in den Theorien der Stadtforschung hin: „Since the early years of the ‚Chicago school‘, ethnographic research has not been rooted in any general theory of the urban.“ (2016: 35) Er führt die fehlende ethnografische Perspektive als integralen Bestandteil der Stadtforschung auf theoretische wie methodologische Probleme zurück und verweist einerseits auf die *Krise der Repräsentation* und andererseits auf die Diskussion einer ethnografischen Erforschung von Stadt „in the city“ und „of the city“ (ebd.; weiterführend Hannerz 1980; Saunders 1981).

Eine solche Kritik bedarf in jedem Fall der weiteren Diskussion; sie wirkt jedoch auch als Hemmnis für die interdisziplinäre Anschlussfähigkeit der Ethnografie für die Stadtforschung. Denn längst gibt es eine Vielzahl fachinterner Auseinandersetzungen, in deren Rahmen nach Wegen gesucht wird, eine empirisch fundierte und dichte Form der Wissensproduktion für

stadttheoretische Themen zu re-konzeptualisieren (Pardo/Prato 2018: 2). Denn die Einnahme einer ethnografischen Perspektive ermöglicht unter anderem eine kritische Auseinandersetzung mit städtischen Akteur\_innen und Praktiken, aber auch mit spezifischen Machtverhältnissen (vgl. Küttel 2019; weiterführend Katz 1994; Rose 1997; Michel 2009; Roy 2014; Streule 2018). Dem ist anzuschließen, dass stadtethnografische Forschung gerade aufgrund ihres holistischen Ansatzes auch immer theoretisch rückgebunden ist (Müller 2012: 180). Diese theoretische Rückbindung beinhaltet ein stetiges und ganzheitliches Zusammendenken von Theorie, Methode, Forschungspraxis und Positionalität. Das holistische und epistemologische Verständnis einer ethnografischen Erforschung von Stadt bietet Potenziale für eine urbane Theoriegenese. Insbesondere begünstigt die ethnografische Analyse räumlicher Praktiken und verkörperter Erfahrungen die Herausbildung kritisch-materialistischer Theorien und bietet weiterführend Anknüpfungspunkte für deren empirische Überprüfung (vgl. Gomes de Matos/Mullis 2018: 110 ff.). Umso mehr sind ethnografisch Forschende dazu angehalten, ihre methodologischen Herangehensweisen und ihre Involviertheit im Feld zu reflektieren und in die Analysen mit einzubeziehen.

### **Ethnografische Stadtforschung als Methodologie**

Im Rahmen von Ethnografien kommt eine Vielzahl methodischer Herangehensweisen zum Tragen, dank derer die Prozesse menschlichen Zusammenlebens in der Stadt in ihrer Vielschichtigkeit offengelegt werden. Eine ethnografische Perspektive besteht in einem „integrierte[n] Forschungsansatz“ (Breidenstein et al. 2015: 34), der einen holistischen Blick auf die Logiken sowie Bedeutungsstrukturen städtischer Akteur\_innen und ihrer Praktiken eröffnet. Dabei werden diese als Teil von kulturellen, sozialen und räumlichen Zusammenhängen betrachtet. Karen O'Reilly führt dazu aus, dass ethnografische Forschung eine Methodologie darstellt, einen ganzheitlichen *way of seeing*, woraus sich auch ein ebensolcher *way of understanding* ergibt (O'Reilly 2005: i; vgl. Wolcott 2008). Es handelt sich demnach um einen multimodalen Ansatz, der unter anderem dazu dient, städtische Akteur\_innen in ihren jeweiligen Alltag differenziert in den Blick zu nehmen.

Die ethnografische Methode der *Feldforschung* und die *Teilnehmende Beobachtung* ermöglichen Einblicke in eben jene Vorstellungs- und Diskursräume und die sozial-räumliche Bedeutungen von Stadt (Schwänhäüßer 2010a; weiterführend Schmidt-Lauber 2007; Kaschuba 2012). Die mit Hilfe dieser Methode gewonnenen Erkenntnisse, die sich aus den beobachteten Praktiken speisen, sind das Ergebnis einer Interaktion mit den Menschen, die den Forscher\_innen im Feld begegnen, und sie sind abhängig von den erlebten Situationen sowie von den Räumen, die aufgesucht werden (Hauser-Schäublin 2003). Bei der *Teilnehmenden Beobachtung* gehe es darum, aktiv und dauerhaft am Gruppen- und Alltagsleben zu partizipieren, und nicht bloß um ein Beobachten von Situationen als Außenstehende\_r. Nur so sei es möglich, „kulturelle Schlüsselszenen wie typische Alltagssituationen“ wahrzunehmen (Kaschuba 2012: 206). Erstrebenswert ist demnach eine „soziale Nähe und Kopräsenz im Feld“, wobei den Forschenden eine „Doppel-funktion“ zukommt, indem sie zugleich im Forschungsfeld interagieren

sowie Daten erheben und analysieren sollen (Thomas 2019: 43). Auf diese ‚Doppelfunktion‘ möchte ich nun folgend eingehen. Denn in der ethnografischen Stadtforschung ist die *Teilhabe* am Geschehen grundlegend für die Herausbildung eines inkorporierten Verständnisses für die physischen, räumlichen und materiellen Bedingungen stadtpolitischer Handlungslogiken.

Die Ethnografie ist geleitet von der erkenntnistheoretischen Frage, wie und warum Wissen generiert wird. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf der ‚dichte[n], alltagsnahe[n] und nuancierte[n] Rekonstruktion der kulturellen Sinnhorizonte und Praktiken durch eine verstehende Forschungsperspektive [...], die durch einen mikroanalytischen Zugang nahe an den Akteuren sowie den reflexiven Blick auf das Feld und die entstandenen Daten gekennzeichnet ist‘ (Schmidt-Lauber, zit. n. Scheffer/Meyer 2011, Abs. 12). Was für die ethnografische Forschung von Interesse ist, sind demnach der konkrete und empirisch erfassbare Teil des Erfahrungsschatzes der Bewohner\_innen von Städten sowie deren ‚Wege durch die Stadt‘ (Schwanhäüßer 2010a: 107). Es geht darum, der Bedeutung lokaler Milieus und der Lebensart der Stadtbewohner\_innen auf die Spur zu kommen. Um eine kritische Auseinandersetzung mit den symbolischen Ordnungen, die der Strukturierung des urbanen Raums zugrunde liegen, kommt man dabei nicht herum. Gerade auch jene Vorgänge, die als ‚Gentrifizierung‘ und ‚Segregation‘ bezeichnet werden, können aus einem ethnografischen Blickwinkel analysiert werden (ebd.). Dabei ermöglicht ein ethnografischer Zugang Anschluss zu (marginalisierten) Gruppierungen, mit dem Ziel, gesellschaftliche Vorurteile und Stigmatisierungen, beispielsweise aufgrund des Alters, Geschlechts oder der sozialen, politischen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit, entgegenzuwirken (weiterführend Ege 2013). Diese Haltung hat ihren Ursprung in den handlungstheoretischen und interpretativen Studien der Chicago School (Kajetzke/Schroer 2010), grenzt sich aber von einer Exotisierung ab.

Städtische Aushandlungsprozesse sind auch immer an Aneignungspraktiken geknüpft, wie das eingangs in Bezug auf die Ausführungen von Färber (2014a) angemerkt wurde. Dabei wird der Versuch unternommen, implizites (und performatives) Wissen in Erfahrung zu bringen. Für die Betrachtung städtischer Aushandlungen, wie beispielsweise Proteste, ergeben sich darüber Zugänge zu semiotischen Ideen, welche die kulturelle Textur von Stadt und aufeinander bezogene Aneignungspraktiken und Machtbeziehungen in städtischen Räumen betreffen. Mithilfe der Ethnografie wird ersichtlich, nach welchen Regeln und Mustern, in Bezug auf welche Machtverhältnisse und politischen Logiken sich das Miteinander gestaltet und wie es sich fortlaufend verändert (Adam/Vonderau 2014). Dabei kann insbesondere der Vielfalt städtischer Akteur\_innen und kollektiver Sozialwelten Rechnung getragen werden. Das translokale Zusammenwirken vielschichtig agierender städtischer Akteur\_innen und machtdurchzogener politischer Prozesse gerät darüber ins Blickfeld kritischer Wissensproduktion. Jens Adam und Asta Vonderau (2014) verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass die Ethnografie als eigenständiger Forschungsstil verstanden werden muss, anhand dessen es möglich sei, Stadtentwicklungspolitiken in Zeiten des Neoliberalismus und sozial-räumliche Praktiken kritisch in den Blick zu nehmen.

Dabei ist eine Reflexion der eigenen Involviertheit und der ethnografischen Forschungspraxis unabdingbar. Nur so ist es möglich, Orte und Räume als *soziale Realitäten* wahrzunehmen und zu beschreiben, sowie den impliziten und expliziten Aushandlungsprozessen nachzuspüren, die mithin zu einer Verschiebung gegenwärtiger ‚Realitäten‘ führen und neue Möglichkeitsräume schaffen. Mit der Wahl eines ethnografischen Zugangs sind aber auch methodologische Herausforderungen verknüpft, die auf Politiken ethnografischer Repräsentation verweisen. Eine Möglichkeit der Nutzung des Potenzials ethnografischer Ansätze unter Berücksichtigung dieser Problematik besteht in einer feministischen Ausrichtung der ethnografischen Forschungspraxis. Diese berücksichtigt eine intervenierende, kollaborative Positionierung der Forscher\_innen (Binder et al. 2013), ohne dabei Selbstkritik und die politische Verantwortung einer engagierten Wissenspraxis außer Acht zu lassen. Auf den kommenden Seiten wird daher das interventionistische Potenzial der Ethnografie für eine interdisziplinär ausgerichtete, kritische Stadtforschung diskutiert. Diesbezüglich wird insbesondere die eigene Situiertheit und Involviertheit der Forscher\_innen eingehend beleuchtet.

### **Positionalität und Politiken ethnografischer Repräsentation**

„Positionality is vital because it forces us to acknowledge our own power, privilege, and biases just as we denounce the power structures that surround our subjects.“ (Madison 2012: 16)

Stadtforscher\_innen kommt im urbanen Diskursraum eine besondere Rolle zu. Diese zu reflektieren und Widersprüche transparent zu machen ist in jeder Fachdisziplin und im Rahmen jeder methodischen Vorgehensweise angebracht (Bourdieu 1993; Knorr-Cetina 1981). Wie wichtig das Nachdenken für die Position der Forschenden im Feld ist, thematisierte Rolf Lindner bereits 1981 mit seinem Artikel „Die Angst des Forschers vor dem Feld. Überlegungen zur teilnehmenden Beobachtung als Interaktionsprozess“. Die Ethnografie verfügt seit jeher über eine lange Zeit eingeübte Reflexionskompetenz, die sie im Rahmen der Wissensproduktion und im Zuge der Intervention in den stadtpolitischen Diskurs geltend machen kann. Die Erkenntnisse, die aus den Auseinandersetzungen zur *writing culture*-Debatte und zur *Krise der ethnografischen Repräsentation* im Laufe der Zeit erwachsen sind, gelten als wesentliche Errungenschaften im Hinblick auf Erfüllung des Anspruchs, die eigene wissenschaftliche Integrität und Forschungsethik im Blick zu behalten.

Diese Ansätze möchte ich am Beispiel einer Ethnografie zu städtischen Protestpraktiken verdeutlichen, mit dem Ziel, die *writing culture*-Debatte für die kritische Stadtforschung anknüpfbar zu machen: In dieser wird untersucht, unter welchen Rahmenbedingungen es älteren Menschen gelingt, im städtischen Raum politisch zu agieren, um eine problemorientierte Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu generieren. Aktuelle Tendenzen städtischer Transformation und die gleichzeitige demographische Entwicklung machen die Auseinandersetzung mit Ungleichheit und Alter im Zuge der Wohnungsfrage zu einer drängenden Aufgabe für Gesellschaft und



Abb. 1 Protestierende Senior\_innen am Potsdamer Platz in Berlin wenden sich gegen steigende Mieten. September 2014 (Quelle: change.org/Klaus Schenke)

Wissenschaft. Dabei wendet sich die Forschung den spezifischen Protest- und Netzwerkpraktiken älterer Menschen in städtischen Räumen zu (siehe Abb. 1). Unter Einbeziehung von Judith Butlers *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung* (2018) und den Ansätzen eines handlungstheoretischen Pragmatismus von John Dewey (1991 [1927]) wird die praxeologische Formation politischen Handelns fokussiert, wobei deren körperliche, räumliche und materielle Bedingungen herausgearbeitet werden (Genz 2020: 38 ff.). Ich habe einen multimodalen Methodenansatz gewählt, um ein holistisches Verständnis von städtischen Protest- und Netzwerkpraktiken zu entwickeln. Dafür habe ich die Akteur\_innen drei Jahre lang bei ihrem Protest begleitet und zudem umfangreiche Gespräche mit Aktivist\_innen, Kooperationspartner\_innen, Politiker\_innen und Investor\_innen geführt.

In diesem Rahmen waren die Positionalität und die Involviertheit im Feld relevant. An diesem Beispiel lassen sich daher folgende Fragestellungen festmachen: Wie positioniere ich mich innerhalb eines stadtpolitischen Feldes im Rahmen ethnografischer Forschung? Welche Anforderungen sind damit verbunden? Und wie finde ich einen Umgang mit den Politiken ethnografischer Repräsentation in diesem Prozess? Für eine Annäherung an diese Fragen sind die Funktionen und Rollen der Forschenden auf mehreren Ebenen zu betrachten. Insbesondere in stadtpolitischen Feldern ist eine reflexive Positionalität von zentraler Bedeutung, da so die eigene Macht und eigene Privilegien, aber auch Vorurteile beziehungsweise Vorannahmen sichtbar gemacht werden können (Madison 2012). Shulamit Reinharz (2011) versteht dabei das ‚Selbst‘ als Schlüsselinstrument ethnografischer Forschung; sie rückt die Forschenden in den Fokus der Erhebung. Die Selbstreflexion ist somit ein integraler Bestandteil des Forschungsprozesses. Zur Implementierung einer dauerhaften und konstruktiven Reflexionsebene schlägt Reinharz

vor, drei Arten des ‚Selbst‘ in den Blick zu nehmen: das *forschende Selbst*, das *persönliche Selbst* und das *situative Selbst*. Diese Formen des Selbst sind miteinander verwoben, konstituieren sich prozessual und wirken direkt auf die Forschung und damit auf die Wissensproduktion. Diesen Ansatz möchte ich für die ethnografische Stadtforschung anknüpfungsfähig machen. Die multiplen Formen des ‚Selbst‘ lassen sich zudem weiterdenken, wie ich nachfolgend aufzeigen möchte.

Das *forschende Selbst* entwickelt und festigt sich über die Zeit und wird darüber zum Einflussfaktor im Feld. Gerade der Beginn einer Forschung ist geprägt durch das Suchen nach einer eigenen Verortung im wissenschaftlichen und stadtpolitischen Diskurs, um das Forschungsvorhaben voranzubringen und empirischen wie theoretischen Desideraten auf die Spur zu kommen. Mit der Zeit findet darüber eine Positionierung im Forschungsfeld statt, wobei sich Forscher\_innen im Rahmen der Interaktion mit Akteur\_innen wiederholt folgende Fragen stellen: Was mache ich hier eigentlich? Was will ich hier?

„Meistens setze ich mich an den Rand, um Feldnotizen zu schreiben, aber dennoch an den Interaktionen teilnehmen zu können – mich vorzustellen und kurz zu erklären, warum ich da bin. Unauffällig in der letzten Reihe sitzen ist ohnehin nicht immer möglich: Zwischen mir und den Akteur\_innen liegen mindestens 50 Jahre Lebenserfahrung. Mittlerweile kennen sie mich, begrüßen mich herzlich oder stellen mich vor, um zu zeigen, dass ihre Anliegen im Bereich ‚der Wissenschaft‘ Interesse und Anerkennung finden, denn ‚es ist wichtig‘, was bei ihnen passiert. [...] Die anfangs merkliche (auch physische) Distanz zwischen den älteren Aktivist\_innen und mir verringerte sich im Zuge meiner Forschungstätigkeit durch ein wechselseitiges Vertrauens- und Respektverhältnis. So war es naheliegend, dass ich die älteren Akteursgruppen fortan im Rahmen meiner Möglichkeiten bei ihrem städtischen Protest unterstützte.“ (Feldnotiz vom 30. Juni 2016)

Die Involviertheit und der Austausch mit den Akteur\_innen formen über die Zeit nicht nur das eigene Wissen, sondern auch den Untersuchungsgegenstand. Es entwickelt sich ein gegenseitiges Verstehen, eine Akzeptanz und ein Vertrauensverhältnis. Das kann mitunter dazu führen, dass die Aktivist\_innen auch offen über Konflikte innerhalb der Gruppe sprechen – dabei werden vor allen Dingen Meinungsverschiedenheiten über das ‚richtige‘ Vorgehen oder die ‚richtige‘ Ansprechhaltung gegenüber Investor\_innen, Politiker\_innen oder Medienvertreter\_innen thematisiert. Gerade mit diesen Konflikten gehe ich nach wie vor zurückhaltend um, da ihnen im Laufe des städtischen Protestes und im Zuge der Aushandlung mit beispielsweise Investor\_innen oder Politiker\_innen jeder Konflikt zum Nachteil ausgelegt werden kann. Diese Befürchtung hat sich im Laufe der Zeit bestätigt, da es durchaus im Sinne des Investors war, Einzellösungen für die jeweiligen Mieter\_innen zu finden. In der Folge hat sich der Zusammenhalt innerhalb der protestierenden Mieter\_innengemeinschaft verändert. Allein der Umgang mit dem Wissen um Konflikte und der damit verbundene Anspruch, diese zu schlichten und in Gesprächen Empathie für die jeweils anderen Personen zu generieren, ist ein beginnendes politisches Einmischen des *forschenden*



*Selbst.* Jede ethnografische Forschung, die sich Vorgängen in einem stadtpolitischen Feld widmet, zielt letztlich auch darauf ab, politische Inhalte „ihrer Selbstverständlichkeit zu entheben und die ihnen eingeschriebenen Normativitäten zu problematisieren“ (Adam/Vonderau 2014: 27). Adam und Vonderau erklären weiter, dass dies durch eine kritische, reflektierte Positionierung innerhalb der untersuchten politischen Formationen möglich ist, eben indem die Forscher\_innen an den „inhärenten Aushandlungen als Akteur und Akteurin“ aktiv teilnehmen (ebd.). So gehe es neben dem ethnografischen Nachzeichnen von politischen Handlungsprozessen und Formationen auch um ein Nachdenken darüber, wie die eigene Anwesenheit und die Beziehung zu den Akteur\_innen das politische Forschungsfeld beeinflusst und möglicherweise verändert.

Diese Reflexion leitet über zum *situativen Selbst*. Reinharz (2011: 143 ff.) beschreibt diese Form des Selbst mit der beruflichen Zugehörigkeit und der temporären Präsenz der Forschenden im Feld. Zum Beispiel hat meine Präsenz als Wissenschaftlerin dem Anliegen der Akteur\_innen ein weiteres Argument der Legitimität im Austausch mit politischen Entscheidungsträger\_innen oder dem Investor verliehen, in dem Sinn, dass ihnen eine gesellschaftspolitische Relevanz zugesprochen wurde. Dieser Umstand verdeutlicht die Verantwortung, die Forschende tragen, die sich mit der Aushandlung stadtpolitischer Entscheidungsprozesse beschäftigen. Die anthropologische Hinwendung zu aktuellen stadtpolitischen Feldern und umkämpften städtischen Räumen löst eine Grenzziehung zwischen wissenschaftlicher Analyse und aktivistischer Intervention auf (Adam/Vonderau 2014: 27). In diesem Sinn habe ich meine eigene Rolle innerhalb des Forschungsfeldes nach Möglichkeit transparent gemacht und allen Beteiligten kommuniziert und damit auf den Einfluss, den meine Forschungsarbeit auf den Untersuchungsgegenstand nimmt, aufmerksam gemacht. So war mein ständiges (bewusstes oder unbewusstes, gewolltes oder ungewolltes) Intervenieren im Feld, aber auch zugleich meine Ohnmacht gegenüber den Problemen der Akteur\_innen, in meiner Forschungstätigkeit stets präsent. Der Umstand, dass der Forschung ein zeitlicher Rahmen gesetzt ist, der sie auf ein temporäres Teilhaben und Vorortsein beschränkt, überlagerte sich mit der beschränkten Zeit, die einige Aktivist\_innen aufgrund ihres teils sehr hohen Alters vor Augen hatten.

„Es soll eine der letzten Protestaktionen der Akteur\_innen sein, ihre Energien und Kräfte schwinden. Der Protest verlagert sich direkt vor ihr Wohnhaus. Mittlerweile kenne ich die Abfolge: Kaffee kochen, Stühle aufbauen, Protestschilder verteilen, an Rollatoren anlehnen, schauen, dass alle im Schatten sitzen. Warten. Die Presse ist vor Ort, der Investor auch. Ein Live-Channel von Change.org ist bei Facebook geschaltet. Die Musikanlage funktioniert erst nicht, dann geht es los: Die Melodie von ‚Bella Ciao‘ ertönt, alle singen das Protestlied, ich singe mit. Danach gehen die Protestierenden um das Haus zum Bauzaun. Ich helfe, die Schilder zu tragen und bringe sie gut sichtbar am Zaun an, neben mir führen die protestierenden Senior\_innen Interviews mit dem Fernsehteam der Abendschau. Dann startet die Diskussion mit dem Investor. [...] Meine ‚Doppelfunktion‘ wird auch vom Investor

wahrgenommen. Ohne mich nach meiner Rolle zu fragen, werde ich von einem zuständigen Mitarbeiter der Investmentfirma darauf aufmerksam gemacht, dass ich kein Recht hätte, mitzuschreiben und mit einer Klage rechnen müsse [...].“ (Feldnotiz, 28. Juli 2017)

Im Verlauf der drei Jahre, in denen die ethnografische Forschung vonstättenging, kam somit der interventionistische und teils aktivistische Forschungsansatz mehr und mehr zum Tragen, auch weil ich über die Zeit in das Konfliktfeld mit dem Investor geriet. Zum Ende der Forschung war ich beratend tätig in Fragen von Protest- und Netzwerkpraktiken. Ich verfasste gemeinsam mit den Aktivist\_innen Positionspapiere, formulierte Forderungen, die an städtische bzw. politisch-institutionelle Akteur\_innen wie Stadtverwaltungen oder Investor\_innen gesandt wurden, oder vertrat die Aktivist\_innen indirekt bei abendlichen Vernetzungstreffen von Akteur\_innen städtischen Protestes. Die Fortführung der internationalen Vernetzung und Kommunikation von Mieter\_innen, die sich gegen den gleichen internationalen Investor wehren, ist ein Aspekt, der über den Forschungszeitraum hinausgeht. Diese Teilhabe im Forschungsfeld hat sich organisch und sukzessive in Folge von besagten Hilfestellungen etabliert, die aus Gründen der Höflichkeit geboten schienen und damit zum integralen Bestandteil einer sozial akzeptierten Form der Interaktion wurden.

Eine maßgebliche Rolle spielten jedoch auch die Erfahrung durch die Teilhabe über die Jahre und das darüber angeeignete Wissen über die Bedürfnisse und Sorgen der Akteur\_innen sowie das Einarbeiten in fachspezifische wie stadtpolitische Diskurse. Dieses Erfahrungswissen war auf verschiedenen Ebenen nützlich und so wurde ich im Laufe der Zeit zu einer ‚Expertin‘ und in der Folge zu einer ‚Beraterin‘ für die Senior\_innen. Es entwickelte sich ein kollaborativer Austausch von Informationen, welche wiederum in meine Forschungsarbeit einfließen. Meine politische Involviertheit geht demnach auf eine Form von Wissen zurück, das durch Inkorporation und durch Kollaboration generiert wurde. Und in diesem Moment ist für das *forschende Selbst* auch das – wie ich in Anlehnung an Reinharz ergänzen möchte – *politische Selbst* von besonderer Relevanz. Dieses verweist demnach auf die politische Verortung, Involviertheit und Positionierung der Forscher\_innen. Die Ausprägung dieses *politischen Selbst* ist abhängig vom Forschungszusammenhang und verändert sich fortlaufend. Es steht aber auch in stetiger Wechselbeziehung zum *situativen* und *persönlichen Selbst*.

Im Forschungsprozess ist es demnach wichtig zu berücksichtigen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Forscher\_innen entscheidenden Einfluss auf die Forschungsarbeit und -ergebnisse haben. Hierin spiegelt sich das *persönliche Selbst*, was gerade in der (aktivistischen) Stadtforschung zu wenig Beachtung erfährt: die Feldforschung bei zeitgleicher Erfüllung von familiären Betreuungsaufgaben. Nur wenige Wissenschaftler\_innen machen dies transparent und nur in Ausnahmefällen wird der konkrete Einfluss des Familienlebens oder von Care-Verpflichtungen auf die Feldforschung thematisiert (Jones 2012; Cornet/Blumenfield 2016; Korpela/Hirvi/Tawah 2016). Das ist überaus verwunderlich angesichts der Tatsache, dass seit dem *reflective turn* die Frage in den Fokus gerückt ist, unter welchen Bedingungen Feldforschung betrieben wird (Clifford/Marcuse 2009).

Care-Verpflichtungen können die Durchführung der Feldforschung stark beeinflussen. Sie stellen die Forscher\_innen vor massive Herausforderungen und sollten daher vermehrt thematisiert werden.

Für die Teilhabe in dem sehr dynamischen Feld städtischer Proteste bedarf es einer gewissen Flexibilität und Mobilität der Forschenden. Die Organisations- und Netzwerk-Veranstaltungen finden – abhängig von der Beschaffenheit der Gruppen – zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt. Im Rahmen der Forschung nahm ich beispielsweise (aufgrund fehlender externer Betreuungsmöglichkeiten) mein neun Monate altes Kind zu Veranstaltungen mit, womit ich je nach Akteursgruppe unterschiedliche Erfahrungen gemacht habe:

„Die Protesttreffen der Senior\_innen fanden zumeist am Vormittag oder am frühen Nachmittag statt. An diesen Treffen teilzunehmen konnte mit Kleinkind problemlos organisiert werden. Die Anwesenheit meines Kindes erleichterte mir teilweise den Feldzugang, da ich bei den älteren Menschen dadurch einen gewissen Vertrauensbonus erhielt. [...] Die Teilnahme an Veranstaltungen der stadtpolitischen Initiativen oder an Demonstrationen im öffentlichen Raum mit Kleinkind stellte eine Herausforderung dar. Insbesondere bei den Abendveranstaltungen der Vernetzungstreffen der stadtpolitischen Initiativen war die Anwesenheit eines Kleinkindes eher schwierig. Die Sitzungen waren lang und zeitlich eng getaktet, höchste Konzentration war geboten. Ein müdes oder hungriges Kleinkind passt nicht gut in dieses Setting. Auch erfuhr ich von manchen Veranstaltungen oder Aktionen recht kurzfristig, weshalb es nicht immer möglich war, rechtzeitig eine Kinderbetreuung zu organisieren, um bei diesen Treffen anwesend sein zu können.“ (Feldnotiz, 2. Januar 2019)

Diese Umstände haben meine Forschung, den Zugang zum Forschungsfeld, das Vertrauensverhältnis zu den Akteur\_innen und die Erhebung der empirischen Daten stark beeinflusst. Das *forschende Selbst*, das *persönliche Selbst*, das *situative Selbst* und auch das *politische Selbst* sind eng miteinander verwoben. Eine genaue Zuordnung ist nicht immer möglich, viel wichtiger ist jedoch die Vergegenwärtigung der verschiedenen Formen, um die eigene Involviertheit und Verortung zu reflektieren und auf Möglichkeitsräume und Bedingungen engagierter Wissenschaft zu verweisen.

### **Kritische Interventionen**

Die Stadt ist ein politisches Feld und der Alltag der Bewohner\_innen ist von politischen Aushandlungen geprägt (Rolshoven/Schneider 2018). Damit rückt auch die politische Dimension wissenschaftlicher Praxis in das Blickfeld von Forscher\_innen (Scheffer/Meyer 2011; Adam/Vonderau 2014). Die Ethnografie eröffnet dabei „komplexe Zugänge zu einer kritischen Stadtforschung“ (Rolshoven/Schneider 2018: 28 f.). Dabei kann die Ethnografie durchaus als anwendungsorientierte Methodologie und eingreifende Wissenschaft verstanden werden, die einen intervenierenden Zugang zum Feld propagiert (Kaschuba 2012). Es geht dabei nicht ausschließlich um eine ethnografische Auseinandersetzung mit politischen Handlungsprozessen

in städtischen Kontexten, sondern auch um eine unablässige Reflexion darüber, in welchem Sinn sich das Forschungsfeld aufgrund der Anwesenheit der Forscher\_innen und ihrer Beziehung zu den Handelnden verändert. Über eine differenzierte Reflexion der eigenen Positionalität lassen sich Möglichkeitsräume und Bedingungen für eine engagierte und interventionistische Wissenspraxis ethnografischer Forschung erarbeiten.[4] Ein explizites Reflektieren über das *forschende*, das *persönliche* und *situative Selbst* regen dazu an, die politische Positioniertheit und Politiken ethnografischer Repräsentation aktiv zu hinterfragen und zu gestalten. Die Wissenspraxis kann dabei die Form einer Kollaboration annehmen, sie kann aber auch in einer spielerischen oder künstlerischen Unterstützung von Projekten bestehen (vgl. Binder/Hess 2013: 22 ff.). Sie kann sich auch zeigen in einer unterstützenden Hilfestellung im Alltag der Akteur\_innen oder im Rahmen gemeinsamer Publikationen, die nicht allein für die wissenschaftliche Community gedacht sind. Hier ergeben sich Freiräume für einen experimentellen Umgang.

Ethnografische Perspektiven auf städtische Formierungs- und Aushandlungsprozesse können dabei als politische Impulse verstanden werden: „Sie regen dazu an, ausgehend von den sichtbaren materiellen Spuren, Machteffekten und sozialen Interaktionen nach den zunächst verborgenen politischen Rationalitäten und längerfristigen Prozessen zu fragen.“ (Adam/Vonderau 2014: 10) Daran knüpfen auch die Überlegungen Beate Binders an, die im Rahmen der feministischen Anthropologie die Verantwortung von Wissenschaft darin sieht, ein „Ort der produktiven Unruhestiftung“ (2010: 41) zu sein und weiterführend eine interventionistische Wissenspraxis proklamiert. Die im Tagungsband *Eingreifen, Kritisieren, Verändern?! Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch* (Binder et al. 2013) inkludierten feministischen Perspektiven sind in vielerlei Hinsicht auf eine ethnografisch ausgerichtete, kritische Stadtforschung übertragbar. Eine ‚kritische‘ Wissensproduktion zielt demnach auf städtische Veränderungen ab (sie ist sozialgeographisch, politik- oder planungstheoretisch oder auch schlicht aktivistisch ausgerichtet) und äußert sich differenziert zu gesellschaftlichen Problemlagen und Verwerfungen, macht diese sichtbar und stellt eine explizite Einmischung in stadtpolitische Konfliktfelder dar. Färber konstatiert, dass eine konstante Auseinandersetzung mit der ethnografischen Positioniertheit „seit dem Ende der 1980er Jahre fester Bestandteil repräsentations-kritischer und methodologisch reflexiver Ethnografie“ (2014b: 138) ist. Und auch Binder und Hess erinnern daran, dass im Zuge der *writing culture*-Debatte das „Bewusstsein für das Machtvolle von Wissensproduktion und Repräsentationspraktiken“ (2013: 25) letztlich auch im Sinne der Neufindung der ethnografischen Praxis einen kritisch ausgerichteten Modus begründet. Diese kritische Auseinandersetzung mit der ethnografischen Herangehensweise mündete in der Forderung nach einer stetigen Reflexion der Position der Forscher\_innen im Rahmen der Wissensproduktion (vgl. Streule 2013). Das birgt Potenziale für eine interdisziplinäre Ausrichtung der Ethnografie für die Erforschung von Stadt. Städtische Akteur\_innen und ihre Praktiken und Wissenszugänge zu beforschen ist auch eine wissenschaftliche Praxis, die darauf abzielt, „kritisch Stellung zu beziehen, aktiv einzugreifen, verändernd zu wirken“ (Schramm 2013: 220). Das gilt insbesondere deshalb,

weil städtische Akteur\_innen im Rahmen ihrer jeweiligen Aneignungs- und Produktionspraktiken auch immer als politisch Handelnde fungieren.

Das ethnografische Erforschen von Stadt und die damit verbundenen Reflexionspraktiken können einen zentralen Beitrag zu den theoretischen Kontroversen und politischen Auseinandersetzungen städtischer Raumproduktion leisten. Inwiefern es sinnvoll ist, eine Trennlinie zwischen einer aktivistischen Stadtforschung, die sich der Ethnografie als strategischem Wissenszugang bedient, und der immanenten und damit stetig intervenierenden Involviertheit von Forscher\_innen in stadthethnografischen Feldern zu ziehen, sollte weiterführend diskutiert werden. Denn die Reflexion der Positionalität ist ohne Zweifel angreifbar und evoziert die Frage, ob mit einem bloßen reflexiven Mitdenken dem Anspruch einer Bewusstmachung der eigenen (machtvollen) Perspektive Genüge getan wird. Dabei eröffnen sich weiterführende Fragen, welche beispielsweise die Nähe oder Distanz zum Untersuchungsgegenstand betreffen oder Konflikte innerhalb der Gruppierungen thematisieren: Wie verhalte ich mich beispielsweise gegenüber den Kämpfen marginalisierter Gruppen in stadtpolitischen Kontexten, die für manche Akteur\_innen mitunter existenzieller Natur sind? Wie bewahre ich ein Vertrauensverhältnis zu den Akteursgruppen, um den ‚Zugang‘ zum Forschungsfeld aufrecht zu erhalten? Wie fließen die persönlichen Bezüge zu den Akteur\_innen in die eigene Analyse und Wissensproduktion und damit in die Repräsentation des Forschungsfeldes ein? Was kann ich für die Akteur\_innen leisten und was nicht? Nicht alle Fragen können während des aktiven Forschungsprozesses aufgelöst werden. Zentral ist jedoch das Abzielen auf eine explizite, aktive und dauerhafte Auseinandersetzung mit solchen Fragen.

Die Teilhabe im Forschungsfeld ist auch immer mit Erwartungshaltungen an die Forscher\_innen verknüpft. Um – im Fall meiner eigenen Forschungsarbeit – diesen Einfluss meiner intervenierenden Tätigkeit in der Theoriebildung zu reduzieren, habe ich Artefakte, an deren Entstehung ich beteiligt war (beispielsweise Positionspapiere), nicht in die Analyse einbezogen. Stattdessen habe ich vor allem auf die Protest- und Netzwerkpraktiken fokussiert, die von den Akteur\_innen ganz unabhängig von mir und meiner Rolle als Forscherin generiert wurden. Die eigene stetige Präsenz sowie die Beziehung zu den Akteur\_innen beeinflusst mit zunehmender Dauer der Forschungsarbeit deren Handlungsweisen und führt zu einer Erweiterung des Wissens, das sich diese in Bezug auf stadtpolitische Belange aneignen. Eine Strategie zur Etablierung einer reflexiven Haltung kann beispielsweise im Zuge des Analyseverfahrens der *Grounded Theory* geleistet werden (Glaser/Strauss 1967). Wird die eigene Position im Feld mit sprachlichen Mitteln und Kodierungen reflektiert, so entsteht ein Bewusstsein dafür, „dass jede Form der Wissensproduktion eine zutiefst diskursive und politische Aktivität ist, die immer Realität mitproduziert und konstruiert“ (Binder/Hess 2013: 27). Eine derartige ethnografische Tätigkeit und die Inanspruchnahme der hier aufgeführten Formen des *forschenden*, *situativen* und *persönlichen Selbst* stellen den Versuch dar, die eigenen Vorannahmen und Vorurteile, die sich insbesondere in die kontrollierten Selektionsinstrumente empirischer Forschung einschreiben, bewusst zu machen und zu hinterfragen. Die ethnografische Offenheit und die Reflexion der eigenen Perspektive können so für die

kritische Stadtforschung nutzbar gemacht werden. Forscher\_innen müssen zu diesem Zweck lernen, Widersprüche zwischen der politischen Dimension ihrer Arbeit und ihrem Erkenntnisinteresse zu erkennen und auszuhalten. So kann vermieden werden, dass berechtigte Kritik an der Ethnografie zu einer pauschalen Infragestellung von deren Einbezug in den Methoden- und Theoriekanon der kritischen Stadtforschung führt. Ethnografische Stadtforschung ermöglicht nicht nur einen dichten Zugang zum Erforschen von Stadt und der ihnen inhärenten gesellschaftlichen Machtverhältnisse und politischen Kämpfe, sondern auch zur Reflexion der eigenen Involviertheit und des politischen Gehalts einer engagierten Wissenspraxis.

*Dieser Artikel wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und den Open Access Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert.*

## Endnoten

- [1] Im Zuge der *writing culture*-Debatte wurde der Umstand thematisiert, dass „ethnografische Berichte“ keine „objektiven Wiedergaben und keine bloßen Abbildungen von Realität“ sind, sondern vielmehr „performative Praktiken, über die wissenschaftliche Repräsentationen des Anderen geschaffen werden“ (Thomas 2019: 12; siehe auch Denzin/Lincoln 2000). Das Problem der ‚Objektivierungspraxis‘ gipfelte letztlich in der sogenannten ‚Krise der ethnografischen Repräsentation‘ (Berg/Fuchs 1993; Lemke 2011), im Zuge derer die ethnografische Praxis der Textproduktion und des Schreibens „perspektivisch, subjektivistisch und machtstrukturiert“ genannt wurde (Thomas 2019: 144).
- [2] Zitat von Robert Park, aufgenommen von Howard Becker in den 1920er Jahren (Prus 1996: 119).
- [3] Anja Schwanhäußer hat mit dem Sammelband *Sensing the City. A Companion to Urban Anthropology* (2016) spannende Einblicke in die Ausrichtung stadthethnografischer Forschung geliefert. Ein Sammelband, der die aktuellen deutschsprachigen Beiträge stadthethnografischer Forschung vereint, steht bisher aus.
- [4] Lisa Riedner und Julie Weissmann (2013: 192) verwenden den Begriff „Wissenspraxis“, da er Bewusstsein schaffe für das Wechselverhältnis zwischen aktivistischem Wissen und wissenschaftlichen Diskursen.

## Autor\_innen

Carolin Genz ist Stadtanthropologin. Sie forscht zu urbanen Transformationsprozessen, Wohnungspolitik und Protest unter Einbezug der Analyse sozial-räumlicher Praktiken innerhalb der Stadt- und Raumforschung.  
carolin.genz@geo.hu-berlin.de

## Literatur

- Adam, Jens / Vonderau, Asta (Hg.) (2014): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder. Bielefeld: transcript.
- Anderson, Nels (1923): *The Hobo: The Sociology of the Homeless Man*. Chicago: University of Chicago Press.
- Atkinson, Paul / Coffey, Amanda / Delamont, Sara (2001): A debate about our canon. In: *Qualitative Research* 1/1, 5-21.



- Berg, Eberhard / Fuchs, Martin (Hg.) (1993): Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnografischen Repräsentation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Binder, Beate (2009): Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schlossplatz. Köln: Böhlau.
- Binder, Beate (2010): Feminismus als Denk- und Handlungsraum. Eine Spurensuche. In: Michaela Fenske (Hg.) (2010): Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart: Ein Lesebuch für Carola Lipp. Berlin: LIT Verlag.
- Binder, Beate / Hess, Sabine (2013): Eingreifen, kritisieren, verändern. Genealogien engagierter Forschung in Kulturanthropologie und Geschlechterforschung. In: Beate Binder / Friedrich von Bose / Katrin Ebell / Sabine Hess / Anika Keinz (Hg.): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot, 22-54.
- Binder, Beate / von Bose, Friedrich / Ebell, Katrin / Hess, Sabine / Keinz, Anika (Hg.) (2013): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Blok, Anders / Farías, Ignacio / Roberts, Celia (Hg.) (2019): The Routledge Companion to Actor-Network Theory. London: Routledge.
- Bojadžijev, Manuela (Hg.) (2014): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Humboldt-Universität zu Berlin. Berliner Blätter, Heft 65. Berlin: Panama Verlag.
- von Bose, Friedrich (2016): Das Humboldt-Forum. Eine Ethnografie seiner Planung. Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Bourdieu, Pierre (1993): Narzisstische Reflexivität und wissenschaftliche Reflexivität. In: Eberhard Berg / Martin Fuchs (Hg.): Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnografischen Repräsentation. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 365-374.
- Breidenstein, Georg / Hirschauer, Stefan / Kalthoff, Herbert / Nieswand, Boris (2015): Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung. Konstanz/München: UVK.
- Butler, Judith (2018): Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. Berlin: Suhrkamp.
- Clifford, James / Marcus, George E. (Hg.) (2009): Writing culture. The poetics and politics of ethnography. Berkeley u. a.: University of California Press.
- Cornet, Candice / Blumenfield, Tami (2016): Doing Fieldwork in China with Kids! The Dynamics of Accompanied Fieldwork in the People's Republic. Copenhagen: NIAS Press.
- Denzin, Norman K. / Lincoln, Yvonna S. (2000): Introduction. The discipline and practice of qualitative research. In: Norman K. Denzin / Yvonna S. Lincoln (Hg.): Handbook of qualitative research. London: Sage, 1-29.
- Dewey, John (1991 [1927]): The Public and its Problems. Athens: Swallow Press/Ohio University Press.
- Dirksmeier, Peter / Helbrecht, Ilse (2010): Intercultural Interaction and „Situational Places“: A Perspective for Urban Cultural Geography within and beyond the Performative Turn. In: Social Geography 5, 39-48.
- Duneier, Mitchell / Kasinitz, Philip / Murphy, Alexandra K. (Hg.) (2014): The urban ethnography reader. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Ege, Moritz (2013): „Ein Proll mit Klasse.“ Mode, Popkultur und soziale Ungleichheiten unter jungen Männern in Berlin. Frankfurt am Main: Campus.
- Färber, Alexa (2010): Die Greifbarkeit der Stadt. Überlegungen zu einer stadt- und wissenschaftlichen Erforschung stadträumlicher Aneignungspraxen. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung, 40/41, 100-105.
- Färber, Alexa (2014a): Potenziale freisetzen. Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären kritischen Stadtforschung. In: *sub\urban*. zeitschrift für kritische stadtforschung 2/1, 95-103.
- Färber, Alexa (2014b): Replik. In: *sub\urban*. zeitschrift für kritische stadtforschung 2/1, 135-140.
- Farías, Ignacio / Bender, Thomas (Hg.) (2010): Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies. London: Routledge.
- Füller, Henning / Marquardt, Nadine (2009): Gouvernementalität in der humangeographischen Diskursforschung. In: Georg Glasze / Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Bielefeld: transcript, 83-106.
- Geertz, Clifford (2015 [1983]): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. 13. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Genz, Carolin (2020): *Wohnen, Alter und Protest. Eine Ethnographie städtischer Protest- und Netzwerkpraktiken von Senior\_innen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Glaser, Barney G. / Strauss, Anselm L. (1967): *The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research*. Chicago: Aldine.
- Gomes de Matos, Catarina / Mullis, Daniel (2018): *Protest. Bewegungs- und Gesellschaftsforschung aus kritisch-materialistischer Perspektive*. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.), *Raumproduktionen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 100-119.
- Hannerz, Ulf (1980): *Exploring the city: inquiries towards an urban anthropology*. New York: Columbia University Press.
- Hauser-Schäublin, Brigitta (2003): *Teilnehmende Beobachtung*. In: Bettina Beer (Hg.): *Methoden und Techniken der Feldforschung*. Berlin: Dieter Reimer, 33-54.
- Huffschmid, Anne / Wildner, Kathrin (2013): *Stadtforschung aus Lateinamerika. Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios*. Bielefeld: transcript.
- Imilan, Walter / Marquez, Francisca (2019): *Urban Ethnography*. In: Anthony M. Orum / Marisol García / Dennis R. Judd / Choon-Piew Pow / Bryan R. Roberts (Hg.), *The Wiley-Blackwell encyclopedia of urban and regional studies*. Chichester/West Sussex: Wiley Blackwell, 1-15.
- Jackson, Peter (2016): *Urban Ethnography*. In: Anja Schwanhäüßer (Hg.), *Sensing the City. A Companion to Urban Anthropology (Bauwelt-Fundamente 155)*. Basel u. a.: Birkhäuser, 17-40.
- Jones, Cecily (2012): „You Can't Bring a Child in Here, this is a Place Where People Come to Do Serious Research Work!": *Negotiating Lone Motherhood and Fieldworker Identities*. In: Lise-Hélène Smith / Anjana Narayan (Hg.): *Research Beyond Borders: Multidisciplinary Reflections*. Plymouth: Lexington Books, 113-130.
- Kajetzke, Laura / Schroer, Markus (2015): *Die Praxis des Verräumlichens: eine soziologische Perspektive*. In: *Europa Regional* 21/1-2, 9-22.
- Kaschuba, Wolfgang (2012): *Einführung in die Europäische Ethnologie*. 4. Auflage. München: Beck.
- Kaschuba, Wolfgang / Kleinen, Dominik / Kühn, Cornelia (2016): *Urbane Aushandlungen. Die Stadt als Aktionsraum*. Berlin: Panama-Verlag.
- Katz, Cindi (1994): *Playing the Field: Questions of Fieldwork in Geography*. In: *The Professional Geographer* 46/1, 67-72.
- Knorr-Cetina, Karin (1981): *The Manufacture of Knowledge. An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science*. Oxford u. a.: Pergamon.
- Korpela, Mari / Hirvi, Laura / Tawah, Sanna (2016): *Not Alone: Doing Fieldwork in the Company of Family Members*. In: *Journal of the Finnish Anthropological Society* 41/3, 3-20.
- Küttel, Nora (2019): *Rezension: Monika Streule (2018). Ethnografie urbaner Territorien. Metropolitane Urbanisierungsprozesse von Mexiko-Stadt*. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 20/2, Art. 19, <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/3266/4378> (letzter Zugriff am 1.12.2020).
- Latour, Bruno (2005): *Reassembling the Social. An Introduction to Actor-Network Theory*. New York: Oxford University Press.
- Lemke, Claudia (2011): *Ethnografie nach der Krise der Repräsentation. Versuche in Anlehnung an Paul Rabinow und Bruno Latour. Skizzen einer Pädagogischen Anthropologie des Zeitgenössischen*. Bielefeld: transcript.
- Lindner, Rolf (1981): *Die Angst des Forschers vor dem Feld. Überlegungen zur teilnehmenden Beobachtung als Interaktionsprozeß*. In: *Zeitschrift für Volkskunde* 77, 51-66.
- Lindner, Rolf (1997): *Perspektiven der Stadthnologie*. In: *Historische Anthropologie* 5/2, 319-328.
- Lindner, Rolf (2004): *Walks on the wild side. Eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Lindner, Rolf (2005): *Urban Anthropology*. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.) (2005), *Die Wirklichkeit der Städte*. Baden-Baden: Nomos, 55-66.
- Lindner, Rolf (2007): *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*. Frankfurt am Main: Campus.
- Low, Setha / Merry, Sally Engle (2010): *Engaged Anthropology: Diversity and Dilemmas: An Introduction to Supplement 2*. *Current Anthropology* 51/S2, 203-226.

- Madison, D. Soyini (2012): *Critical ethnography. Method, ethics, and performance*. Los Angeles: SAGE.
- Michel, Boris (2009): Jenseits von „Global City“ und „DrittWeltstadt“: Postkoloniale Perspektiven auf „gewöhnliche Städte“. *Triolog* 102/103, 75-80.
- Müller, Martin (2012): Mittendrin statt nur dabei: Ethnografie als Methodologie in der Humangeographie. In: *Geographica Helvetica* 67/4, 179-184.
- O'Reilly, Karen (2005): *Ethnographic Methods*. London: Routledge.
- Pardo, Italo / Prato, Giuliana B. (Hg.) (2018): *The Palgrave Handbook of Urban Ethnography*. New York: Springer.
- Prus, Robert (1996): *Symbolic Interaction and Ethnographic Research: Intersubjectivity and the Study of Human Lived Experience*. New York: State University of New York Press.
- Reinharz, Shulamit (2011): *Observing the Observer. Understanding our Selves in Field Research*. Oxford: Oxford University Press.
- Riedner, Lisa / Weissmann, Julie (2013): Wenn Wissen schafft? Überlegungen zu Wissenspraxen der In(ter)vention. In: Beate Binder / Friedrich von Bose / Katrin Ebell / Sabine Hess / Anika Keinz (Hg.) (2013), *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 192-206.
- Rolshoven, Johanna / Schneider, Ingo (2018): *Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft*. Portland: Neofelis.
- Rose, Gillian (1997): Situating knowledges: Positionality, reflexivities and other tactics. In: *Progress in Human Geography*, 21/3, 305-320.
- Roy, Ananya (2014): Worlding the south. Towards a post-colonial urban theory. In: Susan Parnell / Sophie Oldfield (Hg.): *The Routledge handbook on cities of the Global South*. New York: Routledge, 9-20.
- Saunders, Peter (1981): *Social theory and the urban question*. London: Hutchinson.
- Scheffer, Thomas / Meyer, Christian (2011): Tagungsbericht: Soziologische vs. ethnologische Ethnographie – Zur Belastbarkeit und Perspektive einer Unterscheidung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 12/1, Art. 25, <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1620/3123> (letzter Zugriff am 24.11.2020).
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2007): Feldforschung. Kulturanalyse durch teilnehmende Beobachtung. In: Sabine Götsch / Albrecht Lehmann (Hg.): *Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie*. Berlin: Reimer, 219-248.
- Schramm, Katharina (2013): Ethnografische Positionierungen: Situiertes Wissen und die Politik der Intervention. Ein Kommentar. In: Beate Binder / Friedrich von Bose / Katrin Ebell / Sabine Hess / Anika Keinz (Hg.), *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 220-228.
- Schwanhäuser, Anja (2010a): Stadtnologie. Einblicke in aktuelle Forschungen. In: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* 40/41, 106-113.
- Schwanhäuser, Anja (2010b): *Kosmonauten des Underground. Ethnografie einer Berliner Szene*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schwanhäuser, Anja (2015): Ethnografie des Urbanen. Besprechung von „The Urban Ethnography Reader“, herausgegeben von Mitchell Duneier, Philip Kainsitz, Alexandra K. Murphy, und „Ethnografie and the City“, herausgegeben von Richard E. Ocejó. In: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* 61, 58-60.
- Schwanhäuser, Anja (2016) (Hg.): *Sensing the City. A Companion to Urban Anthropology*. (Bauwelt-Fundamente 155) Basel u. a.: Birkhäuser.
- Streule, Monika (2013): Trend zur Transdisziplinarität – Kritische Einordnung einer ambivalenten Praxis qualitativer Stadtforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 15/1, Art. 17, <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1995/3614> (letzter Zugriff am 22.11.2020).
- Streule, Monika (2018): *Ethnografie urbaner Territorien. Metropolitane Urbanisierungsprozesse von Mexiko-Stadt*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Strüver, Anke (2011): Der Konstruktivismus lernt laufen: „Doing more-than-representational geography“. In: *Social Geography* 6, 1-13.
- Thelen, Tatjana (2015): *Ethnographische Methoden*. In: Raj Kollmorgen / Wolfgang Merkel / Hans-Jürgen Wagener (Hg.), *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 255-264.
- Thomas, Stefan (2019): *Ethnografie*. Wiesbaden: Springer.
- Whyte, William F. (2009 [1943]): *Street corner society. The social structure of an Italian slum*. Chicago: University of Chicago Press.

- Wietschorke, Jens (2013): Anthropologie der Stadt: Konzepte und Perspektiven. In: Harald A. Mieg / Christoph Heyl (Hg.), Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart/Weimar: Metzler, 202-221.
- Wilcke, Holger (2018): Illegal und unsichtbar? Papierlose Migrant\*innen als politische Subjekte. Bielefeld: transcript.
- Wirth, Louis (1928): The Ghetto. Chicago: University of Chicago Press.
- Wolcott, Harry F. (2008 [1999]): Ethnography. A Way of Seeing. 2. Auflage. Lanham: AltaMira Press.
- Zenker, Olaf / Kumoll, Karsten (Hg.) (2010): Beyond Writing Culture: Current intersections of epistemologies and representational practices. New York/Oxford: Berghahn.

### **Ethnographic exploration of the city. Potentials of a reflective positionality**

*The ethnographic research of cities cannot be reduced to simple methodical tools. Instead, it is a multimodal methodology that takes a holistic view of symbolic structures and notions of meaning productions of urban actors and their socio-spatial practices, thereby revealing the relationships of power and political logic of urban society. Regarding a steadily growing interdisciplinary interest in urban ethnography, it is pivotal that urban ethnographic researchers reflect on this basic methodological grasp in its relevance for political responsibility and politics of ethnographical representation. The article, therefore, outlines the paths of urban ethnographic research and focuses on the modes of reflection of the researcher's position as well as the interventionist potential because the debate about a political and reflective attitude of ethnographic knowledge production is central to the connectivity of ethnography in the fields of interdisciplinary critical urban research.*

# Wissen Macht Stadt

Wie in Reallaboren Stadt verhandelt und Wissen produziert wird

Charlotte Räuchle  
Antonie Schmitz

Reallabore gewinnen in der Forschung stetig an Aufmerksamkeit und werden als ein vielversprechendes Instrumentarium betrachtet, das im Sinne eines transdisziplinären Ansatzes gemeinsam mit Akteur\_innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft ‚realweltliche‘ Herausforderungen in Städten verstehen und lösen will. Allerdings stellt die Erforschung von sozialen Prozessen in Reallaboren noch Neuland dar, auf dem noch viele offene Fragen besonders hinsichtlich der gemeinsamen Wissensproduktion auszuhandeln sind. Am Beispiel eines konkreten Forschungsprojektes zur kooperativen Freiraumentwicklung in Ankunftsquartieren fragen wir für die kritische Stadtforschung, mit welchen theoretischen Vorannahmen, in welchen Machtkonstellationen und mit welchen Zielsetzungen Wissen in Reallaboren produziert wird. Diese Fragen diskutieren wir anhand der Debatten um eine kritische Wissensproduktion und die Gerechte Stadt. Der Artikel zeigt auf, dass Reallabore zwar stark in bestimmten förderpolitischen Strukturen verhaftet sind und damit die Gefahr der politischen Vereinnahmung besteht, sich aber dennoch Chancen eröffnen, mit ihnen zu einer kritischen Wissensproduktion und einer gerechten Stadtentwicklung beizutragen.

*Ersteinreichung: 23. November 2019; Veröffentlichung online: 15. Dezember 2020*

*An English abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Einleitung

Reallabore bezeichnen einen sozialen Kontext, in dem Interventionen durchgeführt werden, um Wissen über soziale Dynamiken und Prozesse zu erzielen (Schneidewind 2014: 3). Sie arbeiten mit transdisziplinären Methoden der Wissensgenerierung, wobei neben Wissenschaftler\_innen auch Praktiker\_innen zum Beispiel aus Politik/Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Forschungsprozess einbezogen werden. Reallabore knüpfen damit an die Tradition der Partizipations- und Aktionsforschung an (vgl. z. B. Marquardt/West 2016; Parodi et al. 2016). Sie haben nicht nur in der deutschsprachigen Forschung, sondern in ähnlichen Varianten als *urban transition labs*, *sustainable living labs* oder *urban creative labs* international Konjunktur (vgl. z. B. Leminen/Westerlund/Nyström 2012; Voytenko et al. 2016; Schöpke et al. 2017). Auch wenn sich die Ansätze hinsichtlich ihres Verständnisses von Wissenschaft und Gesellschaft oder ihrer Anwendungsgebiete unterscheiden, sind sie Ausdruck einer sich stetig intensivierenden, unmittelbar dringlichen Debatte um die Begrenztheit wissenschaftlicher

Wissensproduktion. In der Reallaborforschung soll Wissenschaft nicht mehr nur beschreiben und erklären, sondern auch zu einer städtischen Transformation beitragen (Gerhard/Marquardt/West 2017). Damit geht ein *experimental turn* in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften einher (Schneidewind 2014: 2): Traditionelle wissenschaftliche Forschungsmethoden der Beobachtung und Modellierung geraten angesichts zunehmender Dynamik und komplexer Anforderungen an ihre Grenzen. Im Kontext einer Wissensgesellschaft wird daher die gemeinsame Wissensproduktion zivilgesellschaftlicher, wissenschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteur\_innen als zentral erachtet (Marquardt/West 2016).

Der vorliegende Beitrag nimmt eine wissenstheoretische Perspektive auf Reallabore ein, welche als Forschungsansatz im deutschsprachigen Raum seit 2012 vor allem im Kontext einer transformativ ausgerichteten Nachhaltigkeitswissenschaft Anwendung finden (Wagner 2017: 81 f.). Kennzeichnend für den Diskurs um Reallabore ist, dass sie den Ansprüchen einer transdisziplinären und transformativen Wissensproduktion folgen und sich gleichzeitig gängiger sozialwissenschaftlicher Methoden bedienen (vgl. z. B. Dressel et al. 2014). Reallabore stellen jedoch (noch) kein etabliertes methodisches Format dar. Das gilt umso mehr, als sich Reallabore inzwischen einer Vielzahl von Themen widmen und neben ökologischen auch soziale – oder, in integrativer Perspektive, sozial-ökologische – Fragestellungen behandeln. Sozial orientierte Reallabore bearbeiten dann beispielsweise Themen wie die Repräsentation von Migration in Kultureinrichtungen oder die interkulturelle Öffnung von Beteiligungsformaten für die Stadtentwicklung, während ökologisch ausgerichtete Labore sich damit beschäftigen, wie Städte hinsichtlich ihrer Mobilitätsstrukturen und Energieversorgung widerstandsfähig und klimagerecht werden können.

Städte werden dabei nicht nur als die Orte betrachtet, an denen sich Problemlagen herausbilden, sondern auch als solche, an denen Probleme gelöst werden sollen. Zwar scheinen Reallabore ein vielversprechendes Instrumentarium anzubieten, um ‚Stadt‘ zu verstehen, zu verändern und dabei gleichzeitig dem Anspruch einer gerechten, partizipativen Entwicklung von Stadt zu genügen (vgl. z. B. Fainstein 2010). Jedoch stellen sich insbesondere hinsichtlich der Wissensproduktion in Reallaboren die zentralen Fragen dieses Beitrags: mit welchen theoretischen Vorannahmen, in welchen Machtkonstellationen und mit welchen Zielsetzungen Wissen in Reallaboren produziert wird. Zur Beantwortung dieser Fragen legen wir zunächst dar, welches Verständnis von Wissen und welche Ziele der Forschung der konzeptionellen Debatte zu Reallaboren zugrunde liegen. In den dann folgenden Abschnitten werden das Reallabor und die ihm inhärente Art und Weise der Gewinnung und Anwendung von Wissen zum einen vor dem Hintergrund einer reflexiven Wissensproduktion und zum anderen im Hinblick auf eine gerechte Stadtentwicklung diskutiert. Am Beispiel von Erkenntnissen aus dem BMBF-Verbundprojekt „KoopLab. Teilhabe durch kooperative Freiraumentwicklung in Ankunftsquartieren“ [1] diskutieren wir im dritten Abschnitt des Beitrags praktische Implikationen der Wissensproduktion im Reallabor unter besonderer Berücksichtigung der Akteurskonstellation. Im vierten Abschnitt reflektieren wir die Grenzen und das Potenzial von

Reallaboren für eine gerechte Stadtentwicklung und ziehen daraus abschließend ein Fazit für die kritische Stadtforschung.

## 2. Wissensproduktion in Reallaboren[2]

Reallabore werden in der transformativen Nachhaltigkeitsforschung als transdisziplinäre Forschungseinrichtungen definiert, die das Ziel verfolgen, „in einem räumlich abgegrenzten gesellschaftlichen Kontext Nachhaltigkeitsexperimente durchzuführen“, Transformationsprozesse anzustoßen und sowohl wissenschaftliche als auch gesellschaftliche Lernprozesse zu ermöglichen und dauerhaft zu implementieren (Parodi et al. 2016: 16). Damit bieten sie die Infrastruktur für wissenschaftlich begleitete Interventionen in der Stadt, die als ‚*Realexperimente*‘ bezeichnet werden (ebd.: 15 f.). Realexperimente stellen hybride Formen des Experiments dar (Groß/Hoffmann-Riem/Krohn 2005), die „in einem kooperativen Prozess zwischen Akteuren aus der Wissenschaft und aus der Praxis [...] geplant, durchgeführt und ausgewertet werden (Ko-Design und Ko-Produktion)“ (Beecroft et al. 2018: 76).

Reallaboren zugrundeliegende Ziele werden nach drei Dimensionen unterschieden: (1) Als Praxisziele sollen Transformationsprozesse angestoßen, gefördert und mitgestaltet werden (Beecroft et al. 2018: 80). (2) Bildungsziele verfolgen die Schaffung einer unterstützenden, geschützten Lernumgebung für Austausch, Kooperationen und Interventionen, die Evaluation und Reflexion zulässt (ebd.: 83). (3) Forschungsziele in Reallaboren umfassen die Produktion und Anwendung von Wissen – vor allem solchen Wissens, das in Transformationsprozessen produziert wird und für diese relevant ist (ebd. 2018: 79).

In der methodologischen Auseinandersetzung mit Reallaboren wird die Produktion und Integration von unterschiedlichen Wissensbeständen als zentral erachtet: Reallabore sollen der „Bereitstellung, Generierung und Bündelung von wissenschaftlichem, lokalem und lebensweltlichem Wissen“ dienen (Parodi et al. 2016: 13). Dem transdisziplinären Paradigma zufolge soll in und mit Reallaboren „sozial robustes Wissen“ (Nowotny/Scott/Gibbons 2011) geschaffen werden, also solches Wissen, das handlungsorientiert Lösungsstrategien für gesellschaftliche Probleme entwickelt und von Gesellschaft und Wissenschaft gleichermaßen getragen wird: Akteur\_innen aus beiden Sphären analysieren gemeinsam ‚realweltliche‘ Probleme und testen das in Reallaboren erzeugte Wissen unmittelbar (MWK 2013: 30). Nach Uwe Schneidewind (2014: 2) changieren Reallabore und die in ihnen durchgeführten Realexperimente damit zwischen Wissenserzeugung und Wissensanwendung innerhalb von kontrollierten und situationsspezifischen Rahmenbedingungen. Damit schaffen sie den „Übergang von Wissen zu Handeln“ (Wagner 2017: 82).

Zur Systematisierung des in Reallaboren geschaffenen Wissens wird innerhalb des Reallabordiskurses zwischen System-, Ziel- oder Orientierungswissen sowie Transformationswissen unterschieden (z. B. Beecroft et al. 2018).

*Systemwissen* bezeichnet Wissen über den Ist-Zustand, das heißt über Strukturen und Prozesse sowie deren Variabilität (CASS/ProClim 1997: 15). Im Kern geht es um Wissen, das Zusammenhänge beschreibt und erklärt (Grunwald 2015). Was in sozial orientierten Reallaborprojekten als

Systemwissen gilt, ist jedoch von der übergeordneten Thematik des Reallabors abhängig und oftmals schwieriger einzugrenzen als in der Nachhaltigkeitsforschung, wenn diese technologieorientiert und mit quantitativen Indikatoren arbeitet.

*Ziel- oder Orientierungswissen* bezeichnet das Wissen darüber, welche Ziele verfolgt werden können beziehungsweise in welche Richtung sich der Ist-Zustand entwickeln soll (CASS/ProClim 1997: 15). Dieser normative Wissensbegriff wirft die altbekannte Frage auf, ob die Wissenschaft in Stellvertretung für die Gesellschaft die ‚richtigen‘ Lösungen identifizieren darf (Burger 2005: 51).

*Transformationswissen* beschreibt den Prozess vom Ist- zum Soll-Zustand (CASS/ProClim 1997: 15), das heißt Wissen darüber, wie der Übergang von Wissen zu Handeln geschaffen und gestaltet werden kann (de Flander et al. 2014). Bei der Anwendung und Generierung von Transformationswissen in transdisziplinären und partizipativen Reallaboren besteht die spezifische methodische Anforderung darin, die konkreten lokalen Settings zu berücksichtigen, ohne lediglich räumlich begrenztes Wissen zu erzeugen.

Zumindest aus den dargelegten Dimensionen von Wissen wird nicht deutlich, unter welchen Bedingungen, durch wen und mit welchen Interessen welche Arten und Bestände von Wissen produziert werden. Sie scheinen damit macht- und ungleichheitsblind, wenngleich sie auf der methodologischen Forderung nach der Integration verschiedener Wissensbestände beruhen. Das erschwert eine Übertragung in die (kritische) Stadtforschung. Wie diese dennoch gelingen kann, wird im folgenden Abschnitt anhand des Diskurses um die reflexive Wissensproduktion dargelegt.

### *2.1. Reallabore aus der Perspektive einer reflexiven Wissensproduktion*

Mit der zentralen Kritik an positivistischen Forschungstraditionen knüpft die Reallaborforschung an die Perspektive der kritischen Wissensproduktion an. Die Einordnung in eine wissenstheoretische Debatte über die Vorannahmen der Wissensdimensionen in der Reallaborforschung schafft Raum für eine Reflexion der unterschiedlichen Rollen von Wissenschaftler\_innen in Reallaboren (Hilger/Rose/Wanner 2018). In diesem Sinne fordert Donna Haraway (1988) mit ihrer heuristischen Perspektive des „situiereten Wissens“ eine Ablehnung von Objektivität im Forschungsprozess (vgl. hierzu auch Rose 1997). Die Autorin beschreibt damit eine an Individuen und ihre körperliche Erfahrbarkeit geknüpfte Wissensproduktion, die sie der feministischen Forschungstradition entlehnt (Haraway 1988: 583). Diese Sichtweise verlangt eine permanente Reflexion der eigenen Position als Wissenschaftler\_in und die Dekonstruktion verobjektivierter Wissensbestände (ebd.: 581, 585). Daran schließt sich Haraways Forderung nach einer Einbeziehung der Perspektive der Unterdrückten durch politische Solidarität an. So kann ein verortetes und verkörpertes kritisches Wissen hervorgebracht werden, das einen Gegenentwurf zu einem Wissen darstellt, das absolute Gültigkeit für sich in Anspruch nimmt (ebd. 1988: 584). Die Reallaborforschung birgt durchaus das methodologische Potenzial, zu einem reflexiven Erkenntnisgewinn über lebensweltliche Zusammenhänge beizutragen. Das zeigt die zentrale Stellung der Reflexion des Forschungsprozesses und der Anerkennung von



Wissenschaft als Produzentin und nicht nur als Explanans sozialer Wirklichkeit. Zudem birgt diese Art der Wissensproduktion die Chance, im Sinne einer „parteilichen Forschung“ (Braun et al. 2018: 17) gezielt Position für marginalisierte gesellschaftliche Gruppen zu beziehen.

Trotz des transdisziplinären Ansatzes und des Anspruchs einer Forschung ‚auf Augenhöhe‘ gilt jedoch, dass Forschung im Reallabor nicht frei von Hierarchien, Machtstrukturen und normativen Zielsetzungen sein kann – im Gegenteil. Das Verhältnis von Wissensproduktion und Macht lässt sich aus Foucaultscher Perspektive als eng verflochten verstehen, da Wissen nicht zuletzt Kontrolle ermöglicht. Gerade den Prozess der wissenschaftlichen Wissensproduktion sieht Foucault als vermachtet und als keineswegs objektiv an. So gibt es keine Machtbeziehung, „ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault 1994: 39). In Reallaboren hängt die Frage danach, wer Wissen produziert und somit über Macht verfügt, eng mit der Frage zusammen, welche Wissensbestände von außerhalb der Wissenschaft aufgegriffen und produktiv gemacht werden. So müssen sich Reallabore häufig der Kritik stellen, dass sie in erster Linie das Wissen professioneller Akteur\_innen einbeziehen, während andere Wissensbestände keinen strukturierten Eingang in die Wissensproduktion finden (vgl. Lang et al. 2012).

Besonders zwei Stränge in der methodologischen Diskussion der Reallaborforschung sind erhellend für eine Klärung des Umgangs mit Wissen: (1) der Modus einer transformativen und (2) der einer experimentellen Forschung.

(1) Reallaborforschung arbeitet per se mit dem Anspruch, transformativ zu sein, also gesellschaftliche Wirkungen zu erzielen. Damit ist sie dem Werturteilsproblem einer Wissenschaft unterworfen, wie es Max Weber (1988 [1904]: 151) formuliert hat: „Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er *soll*, sondern nur, was er *kann* und – unter Umständen – was er *will*.“ Eine empirische Wissenschaft, die nicht nur beschreiben und erklären, sondern auch Veränderungen bewirken will, muss jedoch die Situiertheit und Subjektivität von Wissen und seine damit einhergehende Begrenztheit anerkennen. Nicht zuletzt aus der Transformationsforschung selbst wird die Kritik laut, dass die Trennlinie zwischen Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung in Hinblick auf gesellschaftliche Wirkungen unscharf ist:

„In modernen Wissensgesellschaften kann Wissenschaft nicht *nicht* wirken: Denn auch eine Wissenschaft, die sich politisch und gesellschaftlich nicht einmischt, beeinflusst den Gang der Welt, weil sie sich ihrer Aufklärungsfunktion verweigert. Vitale Funktionen moderner Wissensdemokratien wie die der Reflexivität, der Partizipation, des Machtausgleichs und der Innovationsfähigkeit sind unabdingbar auf Wissenschaft angewiesen.“ (Schneidewind 2015: 90)

Aus Foucaultscher Perspektive ließe sich darüber hinaus die Wissensproduktion in Reallaboren als Teil einer Forschungsprogrammatisierung einordnen, die in einem spezifischen diskursiven Feld verortet ist. Um auf diese Kritik angemessen zu reagieren, müssten Annahmen und Praktiken dieses diskursiven

Feldes, und zwar der Transformations- und Nachhaltigkeitsforschung, fortlaufend reflektiert werden, um eine einfache Reproduktion ihrer Ziele zu vermeiden.

(2) Auch im Hinblick auf den zweiten Modus der Wissensproduktion in Reallaboren, den Ansatz des Experimentierens, ergibt sich eine grundsätzliche Spannung, die besonders in der empirischen Forschung relevant wird. Während der Ansatz eines experimentell gewonnenen Wissens mit einer nomothetisch verstandenen Forschung verbunden wird, wird er im Kontext von Reallaboren durchaus mit idiographischen Ansätzen verknüpft. Auf einer wissenstheoretischen Ebene ist der Bezug zur Diskussion um Wissen und Nicht-Wissen herauszustellen, das heißt um die Erkenntnis, dass mit experimentellen Ansätzen klar wird, was eben nicht gewusst wird. Diesem Nicht-Wissen muss in der Konsequenz gesellschaftliche Anerkennung zukommen (Groß 2017). In Ergänzung dazu kann das Experiment als wissenschaftliches Dispositiv betrachtet werden, im Sinne Foucaults als „der diskursive Rahmen einer gesellschaftlichen Veränderungsdynamik, die sich auf die Praktiken und institutionellen Rahmenbedingungen erstreckt, mit denen Akteure handlungswirksames Wissen gewinnen, erproben und erweitern“ (Bösch/Krohn 2017: 8).

Aus dem dargelegten Verständnis einer kritischen, reflexiven Wissensproduktion und den Wissensdimensionen in Reallaboren ergibt sich ein Spannungsverhältnis, das im Folgenden vor allem in Hinblick auf die Integration marginalisierter Wissensbestände im Forschungskontext Stadt aus der Perspektive einer gerechten Stadtplanung und -entwicklung betrachtet werden soll.

## *2.2. Reallabore aus der Perspektive einer gerechten Stadtplanung und -entwicklung*

Inhaltlich werden in und mit Reallaboren inzwischen ganz unterschiedliche Themenfelder bearbeitet, die zunehmend an der Schnittstelle von Stadtforschung und -planung angeordnet sind und soziale und ökologische Ziele gleichermaßen verfolgen können, zum Beispiel bei der Entwicklung öffentlicher Räume (Gerhard/Marquardt/West 2017). In der sozial-ökologischen Forschung wirft dies die Frage auf, inwiefern die Wissensproduktion in Reallaboren zu einer gerechten Stadtplanung und -entwicklung beitragen kann – insbesondere da sich soziale und ökologische Zielsetzungen in der Stadtplanung nicht immer in Einklang bringen lassen (Campbell 1996).

Mögliche Antworten auf die Frage, was als gerecht gelten kann, liefert die aus der Stadtplanung stammende Gerechte-Stadt-Debatte (Fainstein 2010). In dieser werden im Hinblick auf Prozess und Inhalt Prinzipien entwickelt, die eine gerechte Stadtentwicklung ermöglichen sollen (vgl. Großmann 2018). Als zentralen Bestandteil gerechter Stadtplanung definiert Susan Fainstein (2010) Demokratie (*democracy*) als Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, um verschiedenen Problemwahrnehmungen und Interessen Raum zu geben und damit gegenseitiges Verständnis zu fördern. Damit sollen bestehende Machtverhältnisse aufgebrochen und lebensweltliche Perspektiven einbezogen werden. Als inhaltliche Prinzipien gerechter Stadtplanung fordert Fainstein zudem

Chancengleichheit im Sinne eines Ausgleichs relativer Benachteiligung (*equity*) und die Anerkennung von Vielfalt, das heißt von Unterschieden mit dem Ziel einer sozialen Differenzierung ohne Diskriminierung und Exklusion (*diversity*).

Eine derartige Perspektive auf Stadtentwicklung und -planung als ‚gerecht‘ kommt nicht ohne den Hinweis aus, dass in diesem Ansatz zum einen das Prinzip der Chancengleichheit (*equity*) gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) höher bewertet wird als das der Gleichbehandlung (*equality*). Diese Priorisierung wird auch in der Forderung von Iris Young (2000) nach Anerkennung von Differenz als Teil von Prozessgerechtigkeit deutlich, die sich analog zu *equity* als Schlüsselprinzip einer emanzipatorischen Stadtentwicklungspraxis einordnen lässt.

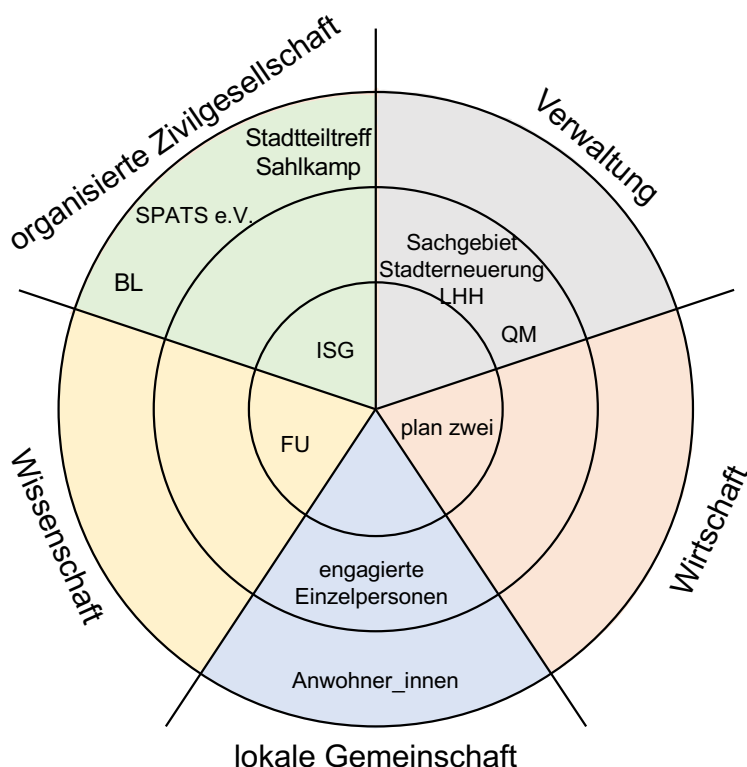
Des Weiteren drängt sich eine Kritik am kommunikativ-partizipativen Planungsparadigma auf, die seit langem in der Forschung geäußert wird (Klöti 2016; Rosol 2015). Diesem zufolge wird Planung zu einem „fortwährenden Kommunikationsprozess [...] über intersubjektive Bedeutungen“ (Klöti 2016: 85) mit dem Ziel, einen größtmöglichen Konsens im Sinne eines deliberativen Demokratieverständnisses zu erreichen. Planung soll dem Gemeinwohl dienen, was durch einen möglichst effektiv zu gestaltenden Interessensausgleich erreicht werden soll (Klöti 2016: 87). Dabei werden nicht auflösbare Interessensgegensätze und Machtungleichheiten zwischen Konfliktparteien oftmals negiert beziehungsweise nicht ausreichend thematisiert, was eine Schwächung marginalisierter Positionen zur Folge hat. In diesem Sinn wird auch der starke Fokus auf prozessuale Gerechtigkeit kritisiert, der strukturelle Rahmenbedingungen vernachlässigt, die im Hinblick auf die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ausgesprochen ‚ungerecht‘ sein können.

Die Spannungen zwischen dem, was in der deutschen Planung gesetzlich möglich ist (*equality*), und dem, was Gerechte Stadt ermöglichen will (*equity*), machen die Gerechte-Stadt-Debatte zu einer geeigneten Referenzfolie für die Frage, ob das in Reallaboren produzierte Wissen und seine Anwendung in der Stadtentwicklung beziehungsweise -planung zu mehr Gerechtigkeit führen können. Die kritische Analyse bestehender Ungleichheiten wie Herrschaft, Unterdrückung und Diskriminierung, die ungleiche Verteilung von Zugängen und Ressourcen und die Forderung nach Beteiligung sind zudem anschlussfähig an die reflexive Wissensproduktion: Diese tritt dafür ein, die Situiertheit von Wissenschaftler\_innen, Machtbeziehungen in der Wissensproduktion und die politische Vereinnahmung wissenschaftlichen Wissens sowie marginalisierte Wissensbestände zu berücksichtigen. Inwiefern Reallabore für die Berücksichtigung dieser marginalisierten Wissensbestände als Beitrag zu einer gerechten Stadtentwicklung adäquate Forschungsinfrastrukturen darstellen, diskutieren wir im Folgenden anhand unseres eigenen Reallaborprojekts KoopLab.

### **3. Wo und wie wir welches Wissen produzieren**

Das BMBF-finanzierte Projekt KoopLab untersucht an drei Standorten, inwiefern angesichts der steigenden Diversität in deutschen Städten die kooperative Entwicklung von Freiräumen zu sozialer Teilhabe beitragen kann. Es verfolgt

das Ziel, innovative Methoden der kooperativen Freiraumentwicklung zu erproben, die Bewohner\_innen zusammenbringen, um gemeinschaftlich wohnungsnaher Grün- und Freiräume zu gestalten. Damit knüpft es aus der Perspektive der kritischen Stadt- und Migrationsforschung an Fragen der sozial-ökologischen Forschung an. Der räumliche Fokus liegt auf sogenannten Ankunftsquartieren, die von sozialer Benachteiligung, Migration und einer hohen Wohndichte geprägt sind (Saunders 2010). Ein solches superdiverses Ankunftsquartier (Hans et al. 2019; Vertovec 2007) stellt der im Nordosten der Landeshauptstadt Hannover gelegene Stadtteil Sahlkamp-Mitte mit seinen gut 5.600 Einwohner\_innen dar. Der Stadtteil weicht soziodemographisch zum Teil deutlich vom gesamtstädtischen Durchschnitt ab. So wird er – statistisch betrachtet – von einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, an Transferleistungsbeziehern\_innen sowie an Deutschen mit Migrationshintergrund geprägt. In den 1960/1970er Jahren mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus errichtet, führten eine über Jahre vernachlässigte Instandhaltung und häufige Eigentümerwechsel zu erheblichen baulichen Mängeln (Bochynek-Friske 2001). Seit 2011 ist die Leerstandsquote rapide gesunken, sodass nahezu von einer Vollbelegung der Wohnungen ausgegangen werden kann, wobei eine hohe Fluktuation der Mieter\_innenschaft zu verzeichnen ist. Während die soziale Infrastruktur gut ausgebaut ist, werden Geschäfte und Dienstleistungsunternehmen vermehrt geschlossen. Seit 2009 ist Sahlkamp-Mitte als ‚Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf‘ Teil des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ (LHH 2015). Daraus ergibt sich



Legende:

FU = Freie Universität Berlin  
 ISG = Internationale StadtteilGärten Hannover e.V.  
 QM = Quartiersmanagement  
 LHH = Landeshauptstadt Hannover  
 BL= Bildungsladen

Ebenen:

innerer Kreis = Kernteam  
 mittlerer Kreis = innerer Akteurskreis  
 äußerer Kreis = äußerer Akteurskreis

Abb. 1 Akteurskonstellation im KoopLab-Reallabor Hannover-Sahlkamp (Quelle: eigene Darstellung nach Seebacher/Alcántara/ Quint 2018: 156)

eine spezifische Situation, die durch eine fehlende Anbindung des Quartiers an die Gesamtstadt, eine unzureichende Gestaltung der Grünräume bei gleichzeitiger Unzufriedenheit mit dem Wohnraum gekennzeichnet ist, aus der wir einen Forschungs- und Handlungsbedarf ableiten (Räuchle/Berding 2020).

Die Akteurskonstellation im Reallabor Hannover-Sahlkamp (Abb. 1) ist zentral für die transdisziplinäre Wissensproduktion. Ihre Zusammensetzung und die Kooperation unter den Akteur\_innen bestimmt den Erfolg eines Reallabors (Beecroft et al. 2018; Seebacher/Alcántara/Quint 2018: 155).

Zum Kernteam (1) zählen die Akteur\_innen, die für den konzeptionellen Entwurf, die Prozessgestaltung und die gesamte Steuerung des Reallabors verantwortlich sind (Seebacher/Alcántara/Quint 2018: 156 f.). Es setzt sich im betrachteten Forschungsprojekt zusammen aus dem wissenschaftlichen Team (Freie Universität Berlin), einem partizipationserfahrenen Hannoveraner Stadtplanungsbüro (plan zwei) sowie einem langjährig im Stadtteil Sahlkamp-Mitte engagierten zivilgesellschaftlichen Verein (Internationale StadtteilGärten Hannover e.V.). Das Kernteam, das multidisziplinär in der praktischen sozialen Arbeit, der Stadt- und Landschaftsplanung sowie der Geographie verankert ist, ist federführend für die Konzeption, Planung, Durchführung und Dokumentation von Interventionen sowie für die gemeinsame Reflexion des Reallaborprozesses verantwortlich. Dazu gehört auch das stetige Hinterfragen der Zielsetzungen und deren Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis.

Der innere Akteurskreis (2) umfasst Akteur\_innen, die intensiv am Reallabor mitwirken und bei einzelnen Interventionen Wissen, Zeit, Geld, Netzwerke oder Material einbringen. Diese reichen von engagierten Einzelpersonen aus dem Stadtteil bis hin zu professionellen Akteur\_innen der sozialen Stadtentwicklung auf Quartiers- und Stadtebene (Quartiersmanagement, Sachgebiet „Stadterneuerung“ im Fachbereich „Planen und Stadtentwicklung“ der hannoverschen Stadtverwaltung).

Der äußere Akteurskreis (3) fasst Akteur\_innen zusammen, die sich spontan, sporadisch und mit geringeren Ressourcen in das Reallabor einbringen. Zu diesen zählen Anwohner\_innen sowie verschiedene im Quartier tätige professionelle Akteur\_innen (Stadtteiltreff Sahlkamp, Bildungsladen, SPATS e.V.).

Das methodische Vorgehen umfasst grob skizziert drei Stränge der integrierten Wissensproduktion, das heißt der Materialerhebung, -auswertung und -anwendung, die jeweils durch verschiedene Grade der Partizipation professioneller Akteur\_innen und der Zivilgesellschaft gekennzeichnet sind: (1) die Anwendung etablierter qualitativer und quantitativer Methoden der Sozialforschung wie zum Beispiel die Analyse sozial-räumlicher Daten, Archivrecherchen, die systematische und kriteriengeleitete Dokumentenanalyse und die mediengestützte Diskursanalyse, Expert\_inneninterviews sowie die Erfassung der Quartierswahrnehmung durch unterschiedliche Anwohner\_innengruppen mithilfe von Mental Maps, Walk-along-Interviews, fotogestützten Interviews und teilnehmenden Beobachtungen; (2) die Kodokumentation und gemeinschaftliche Analyse des Reallaborprozesses, bei der zusammen mit den Akteur\_innen aus dem Kernteam ein digitales ‚Reallabortagebuch‘ geführt wurde; (3) Realexperimente/Interventionen als wichtigste Säule des Reallabors.

Vor diesem Hintergrund gehen wir nun den Fragen nach, welches Wissen im KoopLab-Reallabor Hannover produziert wird, mit wessen Beteiligung und auf welche Weise dies geschieht. In den folgenden Unterabschnitten werden die Forschungspraktiken sowie die erzielten Teilergebnisse dargestellt und aus der Perspektive einer gerechten Stadtentwicklung und einer reflexiven Wissensproduktion reflektiert.

### 3.1. Normative Zielsetzungen für die Forschung

Eine der zentralen Debatten im Kernteam bestand in der Frage, welche Ziele mit den einzelnen Interventionen (Realexperimenten) verbunden sind, was wir aus ihnen lernen und welches Wissen wir durch sie generieren können. Eine Reflexion des Projektes KoopLab im Hinblick auf sein Ziel- beziehungsweise Orientierungswissen setzt eine nähere Betrachtung der Leitlinien und Förderbedingungen des Rahmenprogramms „FONA3 – Forschung für nachhaltige Entwicklung“ und der strategischen BMBF-Forschungsagenda „Zukunftsstadt“ mit dem entsprechenden Leitthema „Zuwanderung und soziale Integration“ voraus (vgl. auch Räuchle 2020). Hier werden die förderpolitischen Ziele festgelegt, an denen sich das Reallabor KoopLab orientiert: „Integration“, „gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „nachhaltige Transformation“, Schaffung „partizipativer, bürgerbestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte“ sowie die „urbane Teilhabe aller städtischen Akteure“ (Bundesregierung o.J.). Anknüpfend an die Förderlinie wurde als zentrales Ziel von KoopLab definiert, Verfahren und Instrumente für die kooperative Freiraumentwicklung und -nutzung in superdiversen Quartieren zu erproben, um eine soziale Teilhabe unterschiedlicher sozialer Gruppen zu ermöglichen.

Die Orientierung an dieser sozial-ökologischen Forschungsprogrammatisierung führt zu unauflösbaren Konflikten im Prozess der Wissensproduktion. So wird das Instrument des Reallabors durch öffentliche Fördergeber als neues methodisches Toolkit in der Entwicklung von Lösungen für als gesellschaftlich relevant erachtete ‚Probleme‘ auf die Forschungsagenda gesetzt (Räuchle/Schmiz 2019). Dabei entstehen für die Wissensproduktion in Reallaboren Spannungen, die sich nicht zuletzt aus normativen Grundannahmen ergeben: Einerseits muss der Forschungsgegenstand *ex ante* definiert werden, wie zum Beispiel eine konkrete gesellschaftliche Problemlage. Andererseits soll er kollaborativ mit Praxispartner\_innen und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen erarbeitet werden. Damit soll einer inklusiveren, demokratischeren und gerechteren Form der Wissensproduktion genüge getan werden, die jedoch politisch vereinnahmt und kontrolliert wird, da sie förderpolitischen Zielen und Sachzwängen folgt.

Im Reallabor KoopLab am Standort Hannover konnte lediglich das Kernteam, jedoch weder Anwohner\_innen noch professionelle Akteur\_innen der Quartiersentwicklung und der Sozialen Arbeit an der Definition der übergeordneten Ziele für den Forschungsantrag beteiligt werden. Daraus ergibt sich eine Diskrepanz zwischen den Forschungszielen und den uns im Feld entgegengebrachten dringlichsten Problemlagen der Anwohner\_innen. Für die Wissensproduktion bedeutet dies, dass öffentlich geförderte Reallaborprojekte von Anfang an einer asymmetrischen Machtkonstellation

im Wissensproduktionsprozess unterliegen, die nur korrigiert – wenngleich nicht aufgehoben – werden kann, indem die Forschungsziele mit den *nicht* an der Projektentwicklung beteiligten (meist nicht geförderten) Akteur\_innen *ex post* in einem kollaborativen Prozess ‚nachjustiert‘ werden.

Wie das normative Ziel, soziale Teilhabe zu ermöglichen, in der Praxis ‚operationalisiert‘ werden kann, ist kaum eindeutig zu bestimmen. Hier besteht die Gefahr, sich zu nah an den vorgegebenen integrationspolitischen Zielsetzungen zu orientieren, die einseitige Anpassungsleistungen von als migrantisch markierten Personen fordern (Hess/Moser 2009). Als Reaktion darauf wurde der vom Fördergeber eingebrachte voraussetzungsvolle, stark mit Vorannahmen behaftete Begriff der ‚Integration‘ im Projekttitel nach Projektstart in einem kollaborativen Prozess durch ‚soziale Teilhabe‘ ersetzt.

### 3.2. Wissensbestände im Quartier

Im Kontext von Ankunftsquartieren stellt es eine besondere Herausforderung dar, verschiedene Wissensbestände (*Systemwissen*) in die praktische Arbeit im Reallabor zu integrieren: Studien haben gezeigt, welchen Einfluss unterschiedliche Formen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Kapitals auf Haltungen und Meinungen haben können (vhw 2018). Die Berücksichtigung dieser superdiversen und oftmals marginalisierten Wissensbestände ist angesichts der transdisziplinären Wissensproduktion in Reallaboren unerlässlich, was aus wissenstheoretischer Perspektive eine Offenlegung von Hierarchien und Machtkonstellationen erfordert.

Aus den übergeordneten Projektzielen (*Zielwissen*) ergeben sich die in Tabelle 1 erfassten Wissensinhalte (*Dimensionen des Systemwissens*). Dabei beziehen die ersten drei Dimensionen vorrangig – jedoch nicht ausschließlich – hegemoniales Wissen ein, während sich die vierte Dimension vorrangig marginalisiertem Wissen widmet (Braun et al. 2018). Die fünfte Dimension erfasst Wissen darüber, unter welchen Bedingungen und mit welchen Vorannahmen die Mitglieder des KoopLab-Kernteam Hannover in die Zusammenarbeit gestartet sind. Dies umfasst auch eine stetige Reflexion unserer wissenschaftlichen Grundannahmen und unserer (multiplen) Situiertheit im Feld als vergeschlechtlichte, rassifizierte Akademiker\_innen (vgl. Haraway 1988; Hilger/Rose/Wanner 2018). Diese Einteilung der Wissensbestände erfolgt aus einer wissenschaftlichen – und damit per se hegemonialen – Perspektive und muss sich damit der Kritik stellen, dass solche Strukturen in der Wissensproduktion reproduziert und im schlechtesten Fall Wissensbestände sogar unsichtbar gemacht werden. Gleichzeitig kann der systematisierende Blick der Wissenschaft letztlich Überschneidungen nicht vermeiden – so kann Wissen über die Quartiersentwicklung sowohl aus marginalisierten Wissensbeständen stammen, das über Bewohner\_inneninterviews erhoben wurde, als auch aus institutionalisierten Quellen wie kommunalen Dokumenten oder Zeitungsartikeln.

Bei der Forschung in Reallaboren im Kontext von Ankunftsquartieren ist die Unterscheidung von hegemonialem und marginalisiertem Wissen besonders relevant, da sich in diesem räumlichen Kontext eine soziale Selektivität in Beteiligungsprozessen der Stadtentwicklung als besonders wirksam herausstellt (vgl. auch Selle 2014). Sozio-ökonomisch schlechter gestellte

| Wissensbestände         | Wissensinhalte   | Erkenntnisinteresse für KoopLab   |
|-------------------------|--|---|
| Hegemoniales Wissen     | (1) <i>Quartiersentwicklung</i> (z. B. Entstehung des Quartiers, physisch-materieller Zustand des Freiraums)<br><br>(2) <i>Einordnung des Quartiers in gesamtstädtischen Kontext</i> (z. B. ‚Außenwahrnehmung‘)<br><br>(3) <i>Akteur_innen und Initiativen der Stadt- und Quartiersentwicklung</i> (z. B. Governance-Arrangements; Netzwerke; Inhalte der sozialen Stadtentwicklung) | Identifikation der Ausgangsbedingungen des Reallabors; Eruiierung von Möglichkeiten, an Freiraumentwicklung anzuknüpfen<br><br>Quartier im Kontext der Stadt Hannover und Image des Quartiers nach ‚Innen‘ und ‚Außen‘ verstehen<br><br>Klärung unterschiedlicher Wahrnehmungen des Quartiers aus einer ‚professionellen‘ Perspektive und der Relevanz partizipativer Formate; Identifikation von Netzwerken und Möglichkeiten der Zusammenarbeit |
| Marginalisiertes Wissen | (4) <i>Sozio-kulturelle Aspekte</i> (z. B. Wahrnehmung des Quartiers durch Anwohner_innen; biografische Perspektiven; wahrgenommene Konflikte und Bewertung von Begegnungen)   | Wahrnehmungen insbesondere der Freiräume durch Anwohner_innen, Ideen für die weitere Gestaltung eruiieren; Interesse an partizipativen Angeboten klären   |
| Situiertes Wissen       | (5) <i>Prozesswissen Kernteam KoopLab</i> (z. B. Wissen über den Ablauf eines Reallaborprozesses; Wahrnehmungen/Hintergründe der einzelnen Teammitglieder; Interpretation der anstehenden Aufgaben)  | Verständigungsprozess über unterschiedliches Vorwissen über das Quartier und die Aufgaben; Kultur und Modi der Zusammenarbeit gemeinsam entwickeln  |

Personen, Menschen in prekären Lebenslagen, Kinder und Jugendliche, alte Menschen, Frauen sowie Personen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung machen weniger von Beteiligungsangeboten Gebrauch (vgl. u. a. Friesecke 2017) – also genau jene gesellschaftlichen Gruppen, deren Anteil an der Bewohner\_innenschaft in Sahlkamp-Mitte vergleichsweise hoch ist. Unsere Erkenntnisse aus dem Projekt zeigen, dass die Akteur\_innen im Quartier für dieses Thema sensibilisiert sind und integrative Angebote schaffen, um die Bewohner\_innenschaft in die Quartiersentwicklung einzubeziehen – auch im Sinne einer aufsuchenden Gemeinwesenarbeit.

Zwar impliziert das Konzept des Reallabors einen Prozess der kollaborativen Wissensproduktion, bei dem sich das Kernteam kontinuierlich abstimmt (Meyer-Soylu et al. 2016). Akteur\_innen des inneren und äußeren Kreises wie zum Beispiel Anwohner\_innen sind jedoch lediglich sporadisch und interventionsbezogen in das Ko-Design und die Ko-Produktion involviert, woraus sich wiederum eine ungleiche Akteursbeteiligung ergibt. Zudem müssen sich Reallabore der Kritik stellen, dass Ko-Produktion zu einer Stärkung der Interessen der ohnehin mächtigsten Akteur\_innen in einem Reallabor und sogar zu einer Aushebelung demokratischer Prinzipien führen kann (vgl. dazu Cooke/Kohtari 2001; Bovaird 2007).

Aufgrund der Situiertheit von Wissen (Haraway 1988) sind die einzelnen Akteur\_innen bei der Produktion des Systemwissens mit zu bedenken, besonders im Kernteam. Der Reallaborprozess bestätigt, dass Unterschiede in der beruflichen Ausbildung, dem Alter, dem Geschlecht, bei persönlichen Werten sowie Lebensstilen eine Rolle spielen. Einzelne Akteur\_innen aus dem Kernteam waren bereits vor Projektstart in anderen Funktionen im Stadtteil involviert und haben dort in jahrelanger Bottom-up-Arbeit auf Vertrauen beruhende, soziale Netzwerke aufgebaut. Damit bringen sie einerseits spezifisches, umfangreiches Vorwissen, durch ihr langjähriges berufliches Engagement aber gegebenenfalls auch eine starke Identifikation mit

Tab. 1 Wissensbestände im Reallabor KoopLab, Standort Hannover (Quelle: eigene Darstellung)



dem Stadtteil oder Vorbehalte gegenüber demselben in das Reallabor ein. Diese Wissensbestände wirken sich erheblich auf den Reallaborprozess aus und verdeutlichen die Relevanz einer permanenten Dekonstruktion ‚verobjektivierter‘ Wissensbestände (vgl. Haraway 1988).

### 3.3. *Vom Wissen zur Transformation*

Die wissenschaftliche Wissensproduktion in Reallaboren zielt darauf ab, durch die Erkenntnisse aus Interventionen beziehungsweise Realexperimenten Wissen darüber zu produzieren, wie Veränderungen erreicht werden können. Die Frage, wie jedoch Realexperimente umgesetzt und wie verschiedene, auch wissenschaftliche Wissensbestände darin einfließen können, erfordert eine eigene Übersetzungsleistung, selbst wenn es zunehmend Vorschläge für die konkrete Gestaltung von Realexperimenten gibt (vgl. z. B. West/Kück 2019). Im Reallabor KoopLab wird Transformationswissen in einem doppelten Sinn gewonnen: in Bezug auf einzelne Interventionen und in Bezug auf die kooperative Zusammenarbeit. In den ersten beiden Projektjahren (2018 und 2019) wurde eine Reihe von Interventionen zu verschiedenen Themen durchgeführt, die alle auf soziale Teilhabe, Empowerment, Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und die partizipative Nutzung und Gestaltung von Freiräumen ausgerichtet waren. Diese reichten vom (i) Aufstellen eines mobilen Bauwagens als dauerhaftem und zuverlässigem Treffpunkt für die Nachbarschaft zur Erschließung wenig genutzter Freiräume im Quartier, (ii) der kollaborativ mit einer Mädchengruppe angespröht wurde bis hin zu (iii) einem Balkonkonzert, das einen Anlass zur Begegnung und zum Austausch über das Quartier hinaus ermöglichen sollte.

Transformationswissen in Bezug auf Prozesse der transdisziplinären Zusammenarbeit gewannen wir einerseits im Hinblick auf die Arbeit im Kernteam und andererseits im Hinblick auf die Kollaboration mit externen professionellen Akteur\_innen und Anwohner\_innen. In beiden Fällen stellten sich die kontinuierliche und verbindliche Präsenz vor Ort, die Anerkennung und das Erkennen von alltäglichen Problemen der Lebensbewältigung der Anwohner\_innen, der Aufbau von (vertrauensvollen) Beziehungen und die Pflege bestehender sozialer Netzwerke als unerlässlich heraus.

In der methodischen Reflexion des durch die Interventionen gewonnenen Transformationswissens werden verschiedene Herausforderungen deutlich. Es ist beispielsweise schwierig, die Wirkungen der Interventionen im Quartier im Hinblick auf die soziale Teilhabe zu bewerten und daraus ein Transformationswissen abzuleiten. Dennoch haben sich bestimmte Interventionsformate bewährt, die darauf abzielten, den Dialog mit und unter den Anwohner\_innen zu befördern und ihre Identifikation mit dem eigenen Quartier zu stärken. Offen bleibt jedoch, ob sie auch in anderen lokalen Settings zur Schaffung von Teilhabe beitragen können. Trotz dieser Bedenken ist es elementar, lokalspezifische Wissensbestände in die Konzeption und Entwicklung von weiteren Interventionen zu integrieren.

Nicht zuletzt wurden wir im Forschungsprozess häufig mit der Kritik konfrontiert, die durchgeführten Interventionen könnten mit einer adäquaten finanziellen und personellen Ausstattung von der vor Ort tätigen Gemeinwesenarbeit oder dem Quartiersmanagement durchgeführt werden.

Dies wäre allerdings nicht mit einer wissenschaftlichen Produktion von Transformationswissen verbunden. Für KoopLab bezieht sich dies auf eine genaue Kenntnis des Quartiers und auf die Frage, wie Veränderungsprozesse in Richtung einer stärkeren Beteiligung an der Freiraumentwicklung angestoßen werden können.

Trotzdem ist nicht zu bestreiten, dass Wissenschaftler\_innen sich die Legitimation für derartige Reallaborprojekte auch selbst geben. Jochen Eckart et al. (2018) diskutieren dies in Bezug auf die Rolle von Wissenschaftler\_innen bei der aktiven Beeinflussung von Transformationsprozessen. Legitimationsmuster reichen von der Rechtfertigung auf der Basis vermeintlich überparteilicher Prinzipien wie einer nachhaltigen Entwicklung über die Einhaltung wissenschaftlicher Qualitätsanforderungen bis hin zur selbstbescheinigten Unparteilichkeit der eigenen (wissenschaftlichen) Position in der Entscheidungsfindung. Im Folgenden wird abschließend ausgeführt, welche Wirkungen das in Reallaborprojekten erzeugte Wissen im Hinblick auf eine gerechte Stadtentwicklung haben kann.

#### 4. Reallaborforschung für eine gerechtere Stadt

Die Produktion von sozial robustem Wissen ist ein zentrales Anliegen von Reallaboren. Ein solches Wissen soll nicht nur wissenschaftlich beschreiben und erklären, sondern zugleich Handlungsanweisungen für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung liefern. Was zunächst eindeutig scheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als komplex. Basierend auf den konzeptuellen Überlegungen und unseren empirischen Erkenntnissen soll die Wissensproduktion in Reallaboren im Hinblick auf die drei zentralen Aspekte unserer Fragestellung diskutiert werden: (i) *Vorannahmen* am Beispiel der sozialen Teilhabe, (ii) *Machtkonstellationen* in Reallaboren im Kontext von Ankunftsquartieren sowie (iii) *Zielsetzungen* der stadtentwicklungspolitischen Praxis im Sinne einer Gerechten Stadt.

(i) Es ist der Anspruch von Reallaboren, am ‚Übergang von Wissen zu Handeln‘ zu experimentieren. Mit der postulierten Notwendigkeit, bestimmte Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge vorauszusetzen, geht eine zentrale methodologische Schwierigkeit in der Reallaborforschung zu sozialwissenschaftlichen Fragestellungen einher, da hier die zugrundeliegenden normativen Annahmen keineswegs einen gesellschaftlichen Konsens bilden, sondern Gegenstand oftmals aufgeladener politischer Debatten sind. Was soziale Teilhabe genau bedeutet, ist zwar in der Wissenschaft facettenreich definiert worden. Allerdings bleibt weitestgehend uneindeutig, für wen sie gewollt wird und wie sie in der Praxis herzustellen ist – insbesondere, da es sich bei Reallaboren um konstruierte Aushandlungsräume handelt, die lebensweltliche Zusammenhänge künstlich eingrenzen.

Dennoch bietet die grundsätzlich normative Ausrichtung von Reallaboren Chancen für die Ermöglichung sozialer Teilhabe: Im Reallabor kann sowohl ein Konsens über Normen und Werte kollaborativ hergestellt und erprobt als auch ein Konflikt hierzu ausgehandelt werden. So kann beispielsweise durch die Schaffung von rassistisurfreien Räumen oder von Teilhabegerechtigkeit (*equity*) auf die lokalpolitische Praxis eingewirkt werden, ohne den Prinzipien des AGG und der Gleichbehandlung (*equality*)

verpflichtet zu sein. Damit kann auch eine Akzentverschiebung gegenüber den förderpolitischen Zielen oder der kommunalen Praxis einhergehen. Auch wenn es sich hierbei nicht um werturteilsfreie empirische Forschung im Weber'schen Sinne handelt, kann Reallaborforschung lehren, wie zum Beispiel soziale Teilhabe ermöglicht werden kann. Im Sinne einer „parteilichen Forschung“ (vgl. Braun et al. 2018: 17) kann Reallaborforschung gezielt zur Teilhabe marginalisierter Gruppen beitragen und einen Raum dafür schaffen, marginalisiertes Wissen in die Wissensproduktion einzubeziehen.

(ii) Im Hinblick auf die kritische Reflexion von Machtstrukturen in Reallaboren lässt sich argumentieren, dass dies an sich bereits ein Potenzial darstellt, denn geht es nicht nur darum, interventionsorientiertes Wissen zu generieren, sondern auch diskurs- und prozessorientiertes: Nicht nur Forscher\_innen, sondern auch Praxispartner\_innen und zivilgesellschaftliche Akteur\_innen in Reallaborprojekten interessiert, wie diskursiv auf die Ausgestaltung von Prozessen und Politiken eingewirkt werden kann. Um bestehenden Machtgefügen gerecht zu werden, müssten Reallaborprozesse aus der Perspektive jedes einzelnen Teammitglieds und deren individuellen Positionalitäten rekonstruiert werden, um Macht, Hierarchien und die Situiertheit von Wissen in der Wissensproduktion im Reallabor berücksichtigen zu können. Es ist also von zentraler Relevanz, wie sich die transdisziplinäre Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Akteur\_innen gestalten lässt.

So kann die Berücksichtigung marginalisierten Wissens im Sinne einer Produktion, einer Repräsentation und eines Sichtbarmachens im Stadtraum konstitutiv für ein Reallabor sein. Speziell im Hinblick auf Migration wird in der kritischen Stadtforschung immer wieder diskutiert, inwiefern eine diversitätssensible, sozialräumlich ausgerichtete Stadt- und Quartiersentwicklung an die Stelle einer auf migrantisch markierte Personen bezogenen Integrationspolitik treten kann (Schnur 2018). Hierzu sei es nicht nur nötig, ein verändertes Vokabular zu entwickeln. Vielmehr gelte es ganz allgemein, die ‚Innensicht‘ der Quartiere zu stärken und Anwohner\_innen mit ihren unterschiedlichen Interessen zu Wort kommen zu lassen, das heißt marginalisiertes Wissen einzubeziehen (Beer 2013: 45).

(iii) Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Reallaboren als Instrumentarien einer stadtentwicklungspolitischen Praxis, die Gerechtigkeit als grundlegende Norm betrachtet. In konzeptueller Hinsicht sind Reallabore – unabhängig von ihrer übergeordneten Thematik – der Schaffung von Gemeinwohl verpflichtet (Defila/Di Giulio 2018). Hier besteht also zunächst einmal eine Übereinstimmung mit den Zielen einer gerechten Stadtentwicklung und -planung. Die konkrete Umsetzung ‚vor Ort‘ birgt allerdings diverse Herausforderungen. So sind Gemeinwohl, Gerechtigkeit und soziale Teilhabe Begriffe, die zunächst inhaltlich gefüllt werden müssen. Wie dies in der Praxis geschieht, hängt von den politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen, von den Governancestrukturen beziehungsweise Machtverhältnissen und von gesellschaftlichen Paradigmen ab und muss in praktischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen konkretisiert und legitimiert werden.

Zudem wird in Debatten zur Gerechten Stadt partizipativen Verfahren im Sinne einer prozessualen Gerechtigkeit das Potenzial zugesprochen, zu einer demokratischeren Entwicklung von Stadt beizutragen (Fainstein 2009). Dies

kann auf die Ko-Produktion von Wissen in Reallaboren übertragen werden, welche die Grundlage für realweltliche Interventionen bildet. Spätestens hier drängt sich jedoch die Frage auf, ob Reallabore durch ihre Nähe zur Partizipations- und Aktionsforschung lediglich ‚alten Wein in neue Schläuche‘ füllen. Die gesellschaftskritisch motivierte Aktionsforschung der 1960er und 1970er Jahre räumte ein, dass sozialwissenschaftliche Forschung immer normativ und somit als politisch-emanzipatorische Arbeit zu begreifen sei. Damit wurde eine Alternative zu den Kriterien der Objektivität und der Neutralität geschaffen. Vergleichbar zu den Bildungszielen in Reallaboren ist Aktionsforschung prozessorientiert, das heißt der Forschungsprozess ist angelegt als ein Dialog zwischen Wissenschaftler\_innen und Praxisakteur\_innen, innerhalb dessen die Einübung demokratischer Beteiligung wichtiger ist als der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn (Fricke 2014). Nicht zuletzt mit ihrem Anspruch der kollektiven Selbstreflexion zwischen Wissenschaftler\_innen, Praktiker\_innen und Zivilgesellschaft weist sie deutliche Parallelen zur Forschung im Reallabor auf.

Aus einer ähnlichen kritischen Position gegenüber positivistischen Forschungspositionen heraus entstand auch die partizipative Forschung. Diese möchte einen Erkenntnisprozess gestalten, an dem Betroffene von der Entwicklung der Forschungsfrage an in Entscheidungen involviert und aktiv beteiligt werden (vgl. Bergold 2013). Ähnlich wie die Forschung in Reallaboren verfolgt die partizipative Forschung die Absicht, soziale Wirklichkeit zu verstehen und zu verändern. Damit verfolgt sie eine doppelte Zielsetzung: die Beteiligung von gesellschaftlichen Akteur\_innen am Forschungsprozess sowie das Empowerment der beteiligten Personen und Gruppen (von Unger 2014: 1). In Abgrenzung zur Aktionsforschung stellt sie mit dem Begriff der Partizipation das Element der Beteiligung anstelle von Aktion in den Mittelpunkt. Damit wappnet sie sich gegen die Kritik an der Aktionsforschung der 1970er Jahre, die oftmals auf einen Aktivismus reduziert wurde (ebd. 2014: 3).

Nicht zuletzt lässt sich kritisieren, dass Reallabore als Teile einer neo-liberalen Regierungs- beziehungsweise Verwaltungslogik fungieren und die Interventionen im Feld zur Durchsetzung eben dieser Logik beitragen (vgl. auch Bauriedl 2018). Vor diesem Hintergrund ist analog zur partizipationskritischen Debatte zu konstatieren, dass Mitsprache und Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Quartiersentwicklung einen Rückzug staatlicher beziehungsweise kommunaler Akteur\_innen und damit eine Übertragung von Verantwortung an das Individuum bedeuten kann.

Anders als eine Durchführung von Interventionen durch die Gemeinwesenarbeit oder das Quartiersmanagement bieten Reallabore explizite Chancen, neue Akteur\_innen in die stadtpolitischen Arenen zu holen und diese im Sinne einer Teilhabegerechtigkeit (*equity*) einzubinden. Allein hierin kann ein Potenzial für eine gerechte Stadtentwicklung liegen. Ein Reallabor als „neuen gesellschaftlichen Akteur in der unmittelbaren Lebenswelt der Menschen vor Ort“ (Waitz et al. 2017: 77 f.) zu konzeptualisieren (und nicht bloß als Rahmen zur Umsetzung spezifischer Interventionen), würde jedoch eher eine reflexive Perspektive auf das Reallabor als vermachtetes Aushandlungsforum für die Erprobung gerechter Lösungen durch die Stadtgesellschaft verdecken als neue Möglichkeitsräume zu schaffen.

## 5. Fazit

Dieser Artikel diskutiert unter Bezugnahme auf ein konkretes Reallaborprojekt die Frage, unter welchen theoretischen Vorannahmen, in welchen Machtkonstellationen und mit welchen Zielsetzungen Wissen in Reallaboren produziert wird. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Relevanz von Wissen und der Frage der Wissensproduktion. Im Hinblick auf Vorannahmen wurde zum Beispiel deutlich, dass das Reallabor einem normativ-transformativen Dilemma ausgesetzt ist, weil es von normativen Zielsetzungen ausgeht, die eigentlich erst im Reallaborprozess entwickelt werden sollen. Mit dieser Schwierigkeit sind jedoch alle Reallabore konfrontiert – nicht nur die sozial orientierten.

Es zeigt sich, dass die Reflexion eines Reallaborprozesses aus der Perspektive einer reflexiven Wissensproduktion inhärente Machtkonstellationen aufdecken und Beiträge hegemonialen und marginalisierten Wissens zumindest moderieren, wenn nicht sogar steuern und damit alternative praktische und theoretische Perspektiven für Reallaborprojekte eröffnen kann. Es wurde deutlich, dass Reallabore durchaus einen produktiven Beitrag zur stadtentwicklungspolitischen Praxis leisten können, auch wenn der Umgang mit ihnen besondere Anforderungen an alle beteiligten Akteur\_innen stellt und das Verhältnis zu etablierten Verfahren der partizipativen Forschung die Frage nach ihrem Mehrwert aufwirft. Inwiefern sich inhärente Machtverhältnisse auf die Arbeit im Reallabor auswirken, hängt von der kollaborativen Arbeitsweise eines Reallabors und der Entwicklung der einzelnen Interventionen ebenso ab wie von der Zusammensetzung der beteiligten Akteur\_innen. Allerdings birgt die spezifische Konstellation die Gefahr, partizipativ erzeugtes Wissen als legitimes Wissen anzuerkennen und demokratische Prozesse in der Stadtentwicklung auszuhebeln – eine Kritik, die bereits der Partizipationsforschung entgegenschlug (vgl. dazu Cooke/Kohtari 2001).

Schließlich sind die wissenschaftliche Wissensproduktion und das Ziel der Entwicklung von konkreten Lösungen für die Quartierentwicklung vor Ort in Reallaboren nicht ohne weiteres vereinbar. Vielmehr ergibt sich ein Spannungsfeld, denn das durch Interventionen gewonnene Wissen stellt nicht zwingend wissenschaftlich verwertbares Wissen dar. Für die kritische Stadtforschung bedeutet das zum Beispiel, dass die lokalräumliche Wissensproduktion die Beeinflussung der Verhältnisse ‚vor Ort‘ durch überlokale Gegebenheiten unzureichend einbezieht. Damit erschwert der lokalräumliche Fokus in der Wissensproduktion einen Anspruch auf Verallgemeinerung des im Reallabor gewonnenen Transformationswissens.

Inwiefern Lösungen, die für ein spezifisches lokales Setting entwickelt werden, auf andere räumliche Kontexte übertragen werden können, muss zumindest in die methodologische Reflexion einbezogen werden. Daraus ergibt sich das grundsätzliche Problem in Hinblick auf die Tragweite experimenteller Zugänge. Während das Laborexperiment unter den Bedingungen seiner spezifischen Versuchsanordnung den Anspruch verfolgt, verallgemeinerbares Wissen zu produzieren, muss das im Reallabor unter den Bedingungen seines lokalräumlichen Forschungsdesigns erzeugte Wissen immer kontextualisiert werden. Wenn sich Reallabore allerdings einer reflexiven Methodik

verschreiben, den Prozess der Wissensproduktion als kontextgebunden und das erzeugte Wissen als situiert anerkennen, stellen sie eine innovative Neuerung für die Wissensproduktion in Hinblick auf inklusivere und gerechtere Städte dar.

*Die Open-Access-Publikation dieses Artikels wurde durch den Publikationsfonds der Freien Universität Berlin gefördert.*

## Endnoten

- [1] [www.kooplab.de](http://www.kooplab.de) (letzter Zugriff am 6.11.2020).
- [2] Erste Ideen zur Implementierung von Reallaboren in Ankunftsquartieren skizzieren wir in einem Working Paper (Räuchle/Schmiz 2019). Einzelne der im Folgenden dargelegten Gedanken sind bereits in diesem Kontext entwickelt worden.

## Autor\_innen

Charlotte Räuchle ist Kulturanthropologin und Humangeographin und forscht zum Zusammenhang von Stadt und Migration.  
charlotte.raeuchle@fu-berlin.de

Antonie Schmiz ist Humangeographin und forscht zu migrationsinduzierter gesellschaftlicher Vielfalt und deren Aushandlung in Städten.  
antonie.schmiz@fu-berlin.de

## Literatur

- Bauriedl, Sybille (2018): Smart-City-Experimente: Normierungseffekte in Reallaboren. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. Bielefeld: transcript, 75-85.
- Becroft, Richard / Trenks, Helena / Rhodius, Regina / Benighaus, Christina / Parodi, Oliver (2018): Reallabore als Rahmen transformativer und transdisziplinärer Forschung: Ziele und Designprinzipien. In: Antonietta Di Giulio / Rico Defila (Hg.), Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung. Wiesbaden: Springer VS, 75-100.
- Beer, Ingeborg (2013): Quartiersentwicklung als Diversitäts- und Teilhabestrategie. Zwischen traditionellen Integrationsdiskursen und gelebten Migrationsrealitäten. In: Olaf Schnur / Philipp Zakrzewski / Matthias Drilling (Hg.), Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden: Springer VS, 41-53.
- Bergold, Jarg B. (2013): Partizipative Forschung und Forschungsstrategien. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 08/2013 vom 10.05.2013. [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_bergold\\_130510.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_bergold_130510.pdf) (letzter Zugriff am 21.9.2020).
- Bochynek-Friske, Annette (2001): Ein Stadtteil von Hannover. Der Sahlkamp, unser Zuhause. Hannover: Selbstverlag.
- Böschen, Stefan / Groß, Matthias / Krohn, Wolfgang (2017): Experimentelle Gesellschaft: Das Experiment als wissenschaftliches Dispositiv. In: Dies. (Hg.), Experimentelle Gesellschaft: Das Experiment als wissenschaftliches Dispositiv. Baden-Baden: Nomos, 7-25.
- Bovaird, Tony (2007): Beyond Engagement and Participation: User and Community Co-Production of Public Services. In: Public Administration Review 67/5, 846-860.
- Braun, Katherine / Georgi, Fabian / Matthies, Robert / Pagano, Simona / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria (2018): Umkämpfte Wissensproduktionen der Migration. In: movements 4/1, 9-27.

- Bundesregierung (o.J.): Zuwanderung und soziale Integration. <https://www.innovationsplattform-zukunftsstadt.de/de/zuwanderung-und-soziale-integration-1703.html> (letzter Zugriff am 18.11.2019).
- Burger, Paul (2005): Die Krux mit dem Zielwissen. Erkenntnisziele in transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung und deren methodologische Implikationen. In: TATuP 2/14, 50-56.
- CASS/ProClim (1997): Forschung zu Nachhaltigkeit und Globalem Wandel – Wissenschaftspolitische Visionen der Schweizer Forschenden. <https://naturwissenschaften.ch/service/publications/75640-visionen-der-forschenden> (letzter Zugriff am 26.2.2018).
- Campbell, Scott (1996): Green Cities, Growing Cities, Just Cities? Urban Planning and the Contradictions of Sustainable Development. In: *Journal of the American Planning Association* 62/3, 296-312.
- Cooke, Bill / Kohtari, Uma (2001): *Participation. The New Tyranny?* New York: Zed Books.
- Defila, Rico / Di Giulio, Antonietta (2018): Reallabore als Quelle für die Methodik transdisziplinären und transformativen Forschens – eine Einführung. In: Rico Defila / Antonietta Di Giulio (Hg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung*. Wiesbaden: Springer VS, 9-35.
- Dressel, Gert / Berger, Wilhelm / Heimerl, Katharina / Winiwarer, Verena (Hg.) (2014): *Interdisziplinär und transdisziplinär forschen. Praktiken und Methoden*. Bielefeld: transcript.
- Eckart, Jochen / Ley, Astrid / Häußler, Elke / Erl, Thorsten (2018): Leitfragen für die Gestaltung von Partizipationsprozessen in Reallaboren. In: Antonietta di Giulio / Rico Defila (Hg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung*. Wiesbaden: Springer VS, 105-135.
- Fainstein, Susan S. (2009): Planning and the Just City. In: Peter Marcuse / James Connolly / Johannes Novy / Ingrid Olivo / Cuz Potter / Justin Steil (Hg.), *Searching for the Just City. Debates in Urban Theory and Practice*. London/New York: Routledge, 19-39.
- Fainstein, Susan S. (2010): *The Just City*. Ithaca: Cornell University Press.
- de Flander, Katleen / Hahne, Ulf / Kegler, Harald / Lang, Daniel / Lucas, Rainer / Schneidewind, Uwe / Simon, Karl-Heinz / Singer-Brodowski, Mandy / Wanner, Matthias / Wiek, Arnim (2014): Resilienz und Reallabore als Schlüsselkonzepte urbaner Transformationsforschung. Zwölf Thesen. In: *GAIA* 23/3, 284-286.
- Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fricke, Werner (2014): Aktionsforschung in schwierigen Zeiten. In: Milena Jostmeier / Arno Georg / Heike Jacobsen (Hg.), *Sozialen Wandel gestalten. Dortmunder Beiträge zur Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 212-236.
- Friesecke, Frank (2017): Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: Hartmut Bauer / Christiane Büchner / Lydia Hajasch (Hg.), *Partizipation in der Bürgerkommune*. Potsdam: Universitätsverlag, 117-137.
- Gerhard, Ulrike / Marquardt, Editha / West, Christina (2017): Reallabore in der Stadtforschung. Eine Einführung. In: *Berichte* 91/1, 5-12.
- Groß, Matthias (2017): Experimentelle Kultur und die Governance des Nichtwissens. In: Julia-Lena Reinermann / Friederike Behr (Hg.), *Die Experimentalstadt*. Wiesbaden: Springer VS, 21-40.
- Groß, Matthias / Hoffmann-Riem, Holger / Krohn, Wolfgang (2005): *Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Großmann, Katrin (2018): Just City. In: Dieter Rink / Annegret Haase (Hg.), *Handbuch Stadtkonzepte. Analyse, Diagnosen, Kritiken und Visionen*. Opladen/Toronto: Barbara Budrich, 169-192.
- Grunwald, Armin (2015): Transformative Wissenschaft – eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb? In: *GAIA* 24/1, 17-20.
- Hans, Nils / Hanhörster, Heike / Polívka, Jan / Beißwenger, Sabine (2019): Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes. In: *Raumforschung und Raumordnung* 77/5, 511-524.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies* 14/3, 575-599.
- Hess, Sabine / Moser, Johannes (2009): *Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte*. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.), *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript, 11-25.

- Hilger, Annaliesa / Rose, Michael / Wanner, Matthias (2018): Changing Faces. Roles of Researchers in Real-world Laboratories. In: *GAIA* 27/1, 138-145.
- Klöti, Tanja (2016): Demokratisierung der Planung oder Planung für Demokratie? Widersprüche und Dilemmata partizipativer Planungskultur und -praxis. In: *Berliner Blätter* 72, 82-93.
- Lang, Daniel J. / Wiek, Arnim / Bergmann, Matthias / Stauffacher, Michael / Martens, Pim / Moll, Peter / Swilling, Mark / Thomas, Christopher J. (2012): Transdisciplinary Research in Sustainability Science: Practice, Principles, and Challenges. In: *Sustainability Science* 7/1, 25-43.
- Leminen, Seppo / Westerlund, Mika / Nyström, Anna-Greta (2012): Living Labs as Open-innovation Networks. In: *Technology Innovation Management Review* September, 6-11.
- Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung (LHH) (2015): Integriertes Entwicklungskonzept 2015 Sahlkamp-Mitte. Sanierung „Soziale Stadt“. Hannover. <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Planen,-Bauen,-Wohnen/Stadterneuerung-Förderung/Publikationen/Sanierung-Sahlkamp-Mitte> (letzter Zugriff am 28.10.2020).
- Marquardt, Editha / West, Christina (2016): Co-Produktion von Wissen in der Stadt. In: *TATuP* 25/3, 26-31.
- Meyer-Soylu, Sarah / Parodi, Oliver / Trenks, Helena / Seebacher, Andreas (2016): Das Reallabor als Partizipationskontinuum. Erfahrungen aus dem Quartier Zukunft und Reallabor 131 in Karlsruhe. In: *TATuP* 25/3, 18-27.
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK) (2013): Wissenschaft für Nachhaltigkeit. Herausforderungen und Chancen für das baden-württembergische Wissenschaftssystem. [https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Broschüre\\_Wissenschaft\\_für\\_Nachhaltigkeit.pdf](https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Broschüre_Wissenschaft_für_Nachhaltigkeit.pdf) (letzter Zugriff am 14.3.2019).
- Nowotny, Helga / Scott, Peter / Gibbons, Michael (2011): *ReThinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*. Oxford: Blackwell Publishers.
- Parodi, Oliver / Beecroft, Richard / Albiez, Marius / Quint, Alexandra / Seebacher, Andreas / Tamm, Kaidi / Waitz, Colette (2016): Von „Aktionsforschung“ bis „Zielkonflikte“. Schlüsselbegriffe der Reallaborforschung. In: *TATuP* 25/3, 9-18.
- Räuchle, Charlotte (2020): „Beteiligt Euch!“ Zur theoretischen und empirischen Normativität von Reallaboren an der Schnittstelle von Stadt und Migration. In: Jan Lange (Hg.), *Migration – Stadt – Moral*. Tübingen: TVV (im Ersch.).
- Räuchle, Charlotte / Berding, Ulrich (2020): Freiräume als Orte der Begegnung. Planerische Leitbilder und alltägliche Erfahrungen in superdiversen Stadtquartieren. In: *Standort* 44, 86-92.
- Räuchle, Charlotte / Schmitz, Antonie (2019): Reallabore in Ankunftsquartieren. IMIS Working Paper 03, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Osnabrück: IMIS.
- Rose, Gillian (1997): Situating Knowledge: Positionality, Reflexivities and Other Tactics. In: *Progress in Human Geography* 21/3, 305-320.
- Rosol, Marit (2015): Governing Cities Through Participation – a Foucauldian Analysis of CityPlan Vancouver. In: *Urban Geography* 16/2, 256-276.
- Saunders, Doug (2010): *How the Largest Migration in History is Reshaping Our World*. New York: Pantheon Books.
- Schäpke, Niko / Stelzer, Franziska / Bergmann, Matthias / Singer-Brodowski, Mandy / Wanner, Matthias / Caniglia, Guido / Lang, Daniel J. (2017): Reallabore im Kontext transformativer Forschung. Ansatzpunkte zur Konzeption und Einbettung in den internationalen Forschungsstand. Leuphana Universität Lüneburg. [https://www.leuphana.de/fileadmin/user\\_upload/Forschungseinrichtungen/ietsr/professuren/transdisziplinaere-nachhaltigkeitsforschung/files/Diskussionspapier\\_Reallabore\\_im\\_Kontext\\_transformativer\\_Forschung\\_Schaepeke\\_et\\_al.pdf](https://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/Forschungseinrichtungen/ietsr/professuren/transdisziplinaere-nachhaltigkeitsforschung/files/Diskussionspapier_Reallabore_im_Kontext_transformativer_Forschung_Schaepeke_et_al.pdf) (letzter Zugriff am 21.9.2020).
- Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/302/41> (letzter Zugriff am 13.6.2016).
- Schneidewind, Uwe (2015). Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. *GAIA* 24/2, 88-91.
- Schnur, Olaf (2018): „Quartiersentwicklung für alle“? Von Integrationsdiskursen und Quartierspolitiken. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.), *Handbuch Lokale Integrationspolitik*. Wiesbaden: Springer, 373-391.



- Seebacher, Andreas / Alcántara, Sophia / Quint, Alexandra (2018): Akteure in Reallaboren – Reallabore als Akteure. In: Antonietta Di Giulio / Rico Defila (Hg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung*. Wiesbaden: Springer VS, 155-159.
- Selle, Klaus (2014): *Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte*. Lemgo: Rohn.
- von Unger, Hella (2014): *Partizipative Forschung: Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer.
- Vertovec, Steven (2007): Super-diversity and its Implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 30/6, 1024-1054.
- Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw) (2018): *Migranten, Meinungen, Milieus. vhw-Migrantenmilieu-Survey 2018*. [https://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/07\\_presse/PDFs/ab\\_2015/vhw\\_Migrantenmilieu-Survey\\_2018.pdf](https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/07_presse/PDFs/ab_2015/vhw_Migrantenmilieu-Survey_2018.pdf) (letzter Zugriff am 11.3.2019).
- Voytenko, Yuliya / McCormick, Kes / Evans, James / Schliwa, Gabriele (2016): Urban Living Labs for Sustainability and Low Carbon Cities in Europe: Towards a Research Agenda. In: *Journal of Cleaner Production* 123, 45-54.
- Wagner, Felix (2017): Reallabore als kreative Arenen der Transformation zu einer Kultur der Nachhaltigkeit. In: Julia-Lena Reineremann / Friederike Behr (Hg.), *Die Experimentalstadt. Kreativität und die kulturelle Dimension der Nachhaltigen Entwicklung*. Wiesbaden: Springer VS, 79-94.
- Waitz, Colette / Quint, Alexandra / Trenks, Helena / Parodi, Oliver / Jäkel, Angelika / Lezuo, Dagmar / Wäsche, Hagen (2017): Das Reallabor als Motor für nachhaltige Quartiersentwicklung – Erfahrungen aus dem Karlsruher Experimentierraum. In: *Berichte* 91/1, 67-80.
- Weber, Max (1988 [1904]): Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, 136-158.
- West, Christina / Kück, Svenja (2019): „UrbanUtopiaLAB“ – einen Möglichkeitsraum zur Produktion von Transformationswissen schaffen. In: Rico Defila / Antonietta Di Giulio (Hg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen, Band 2. Eine Methodensammlung*. Wiesbaden: Springer VS, 259-291.
- Young, Iris M. (2000): *Inclusion and Democracy*. New York: Oxford University Press.

### **Knowledge, power, and the city. The negotiation of the city and the production of knowledge in real-world laboratories**

*Real-world labs increasingly gain attention in research and are regarded as a promising instrument that aims to understand and solve ‚real-world problems‘ in cities together with actors from civil society, politics, administration and the economy. However, as research on social processes in real-world labs is still relatively new, it raises various questions with regard to the joint production of knowledge. Taking a lab research project on cooperative open space development in arrival neighbourhoods as its example, this article therefore discusses the theoretical assumptions, the power constellations and the objectives of joint knowledge production in real-world labs. Debates on critical knowledge production and the Just City serve as theoretical extensions. The article shows that although real-world labs are strongly rooted in funding objectives and thus run the risk of being politically appropriated, they nevertheless open up opportunities to contribute to a critical production of knowledge about cities and to foster their just development.*



# Konjunktur(en) und Grenzen der Stadt

Zur experimentellen Wiederholung einer narrativen Interviewserie im Wiener

Stadtteil Monte Laa

**Daniele Karasz**

Der Aufsatz schlägt die Wiederholung narrativer Interviews als Methode vor, um zu erfassen, wie sich die Grenzen des Stadtraums im Alltag der Bewohner\_innen kontinuierlich verschieben. Theoretischer Ausgangspunkt ist ein konjunkturelles Verständnis von Stadt und Wohnen. Diesem Verständnis nach drücken sich stets variierende Machtverhältnisse in transnationalen und globalen Kontexten im lokalen Handeln aus: an konkreten Orten und zu bestimmten historischen Momenten. Der Aufsatz diskutiert exemplarisch das Wiener Neubaugebiet Monte Laa. In diesem wurden 2011 und 2018 narrative, wohnbiographische Interviews mit denselben Bewohner\_innen durchgeführt. Anhand des Vergleichs der beiden Interviewserien wird diskutiert, wie sich konjunkturelle Veränderungen im Wohnalltag ausdrücken. Die Wiederholung der Interviews veranschaulicht, wie sich im über die Zeit veränderten Wohnalltag in Monte Laa zunehmend rassistische Diskurse in Österreich und in anderen Ländern Zentral- und Osteuropas belegen lassen. Wohnen wird hierbei als potenziell multiskalare Praxis verstanden. Anhand der Interviews wird aufgezeigt, wie sich die Stadt und ihre Grenzen in der Wohnpraxis der Bewohner\_innen immer wieder neu definieren.

*Ersteinreichung: 8. November 2019; Veröffentlichung online: 15. Dezember 2020*

*An English abstract can be found at the end of the document.*

## Einleitung

„Ich bin ja nicht umgezogen, aber meine Wohnung, die liegt [...] irgendwie ganz woanders als vor sieben Jahren.“ (Interview mit Niko 2018)

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie das Städtische in seiner zunehmenden Komplexität empirisch erfassbar wird.[1] Theoretischer Ausgangspunkt ist der Begriff der Konjunktur. In der Stadtforschung wurde dieser Begriff von Eric Sheppard et al. (2015: 1957) vorgeschlagen, um zu erfassen, wie sich weitreichende Entwicklungen zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem konkreten städtischen Ort auf spezifische Art ausdrücken. In der Migrationsforschung fragen Ayşe Çağlar und Nina Glick Schiller (2018) wiederum danach, wie und für wen sich, orientiert an eben solchen raum-zeitlichen Konjunkturen, der alltägliche Handlungsspielraum verändert. Der Aufsatz setzt vor diesem Hintergrund an und versucht zu verstehen, wie sich weitreichende, transnationale Prozesse in der konkret verorteten Transformation des Wiener Stadtteils Monte Laa ausdrücken. Im Fokus stehen hier das veränderte Erleben und Erfahren des Wohnalltags durch Bewohner\_innen Monte Laas.

Als methodischer Ansatz, um dieser Veränderung nachzugehen, wird die Wiederholung von narrativen Interviews (Flick 2009: 165) mit den Bewohner\_innen vorgeschlagen. Der Beitrag fragt nach den Potenzialen und Grenzen dieses Interviewansatzes im Kontext der Stadtforschung. Die Interviews mit wohnbiographischem Schwerpunkt wurden 2011 und 2018 geführt.

Methodischer Kernaspekt bei der Wiederholung narrativer Interviews ist die oftmals veränderte Konstruktion einer kohärenten Narration der eigenen Wohngeschichte und des eigenen Wohnalltags. Entscheidend ist die vielfach veränderte Positionierung der erzählenden Personen selbst im Kontext der Narration. Der Aufsatz bezieht sich in diesem Zusammenhang auf Edward Saids (2000) Idee der *imaginative geographies*. Said zufolge gliedert sich unsere Raumerfahrung in ‚vertraute‘, ‚eigene‘ und ‚unvertraute‘, ‚fremde‘ Orte. In diesem Beitrag wird insbesondere die Veränderung der Selbstpositionierung in Bezug auf sich wandelnde, imaginäre Verortungen des ‚Fremden‘ im erweiterten Wohnumfeld Monte Laas diskutiert. Eben solche verschobenen Selbstpositionierungen können veranschaulichen, wie sich konjunkturelle Veränderungen in geänderten lokalen Alltagspraxen ausdrücken.

Wohnpraktiken werden dabei als potenziell multiskalar verstanden. Bewohner\_innen stellen immer neue Beziehungen zu anderen Orten her. Sie positionieren durch ihre Praxis und anhand ihrer Vorstellung das Wohnquartier in einem translokalen Kontext immer wieder neu. So werden der Stadtraum und dessen Grenzen konjunkturell umdefiniert. Der Artikel untersucht in diesem Zusammenhang, wie sich der zunehmend rassistische politische und mediale Diskurs seit der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ 2015 im imaginierten und erlebten Wohnalltag der interviewten Bewohner\_innen ausgedrückt hat.

Im folgenden Text werden eingangs theoretischer Rahmen und methodischer Kontext der Untersuchung vorgestellt. In Folge wird das Fallbeispiel Monte Laa dargestellt. Im empirischen Teil werden, anhand einer exemplarischen Auswahl von Bewohner\_innen, die Interviewserien von 2011 und 2018 einander gegenübergestellt. Im Zuge dessen wird versucht, das Interviewmaterial in einen weiterreichenden, konjunkturellen Kontext zu stellen.

## **Wohnen und das Städtische als raum-zeitliche Konjunktur**

Die Untersuchung ist an der theoretischen Schnittstelle von Stadt- und Migrationsforschung angesiedelt. An dieser bezieht sich der Artikel auf die Arbeiten der Anthropologinnen Çağlar und Glick Schiller (2011, 2015, 2018). Um den Handlungsspielraum von Migrant\_innen in verschiedenen Städten zu beschreiben, verwenden sie unter anderem den Begriff der Konjunktur (Çağlar/Glick Schiller 2018). Konjunktur ist für die beiden Migrationsforscherinnen ein Konzept, um lokales Handeln im Kontext von „changing configurations of intersecting multiscalar networks of disparate power“ (Çağlar/Glick Schiller 2018: 22) zu erfassen. Davon ausgehend, schlagen sie vor zu untersuchen, wie ‚Migrant\_innen‘ und ‚Nicht-Migrant\_innen‘ in einer Stadt im Verhältnis zu einer sich lokal verdichtenden globalen Konjunktur handeln (ebd.: 21 ff.).

Dieser Ansatz in der Migrationsforschung geht auf die Rezeption von Positionen der kritischen Stadtforschung zurück. Anknüpfungspunkt war hierbei

zuallererst die *Scale-Debatte* (Brenner/Theodore 2002; Wissen et al. 2008; Brenner/Keil 2011). Die Scale-Debatte fokussiert unter anderem die andauernde, kompetitive Positionierung von Städten in Bezug auf politische, finanzielle und kulturelle Kapitalflüsse (Çağlar/Glick Schiller 2011). Ein Stadtraum und die dortigen Handlungsmöglichkeiten sind demnach nur unter Berücksichtigung dieser Flüsse zu verstehen.

Für Çağlar und Glick Schiller (ebd.: 21) bedeutet die Arbeit mit dem Begriff ‚Konjunktur‘ unter anderem die Gleichzeitigkeit aller städtischen Akteur\_innen. Das Konzept bezieht sich daher auf die Gleichzeitigkeit von ‚Migrant\_innen‘ und ‚Nicht-Migrant\_innen‘ in Stadtentwicklungsprozessen (Çağlar/Glick Schiller 2018: 21). Ein konjunkturelles Verständnis fokussiert die lokalisierten Handlungsspielräume zu einem bestimmten konjunkturellen Moment.

Der Begriff der Konjunktur hebt jedoch nicht nur auf eine zeitliche, sondern auch stark auf eine räumliche Dimension ab. Bob Jessop (2005) diskutiert die räumliche Dimension in Antonio Gramscis konjunkturellem Verständnis. In diesem Zusammenhang beschreibt Jessop Konjunktur immer auch als räumlich verortet, zuallererst in dem, was Gramsci *locale* nennt, also dem lokalisierten Alltagsleben. Gramsci sprach in seinen Texten über den italienischen Staatswerdungsprozess unter anderem von einem konjunkturellen Moment, an dem ein Bündnis zwischen Arbeitern aus dem Norden und Bauern aus dem Süden möglich werden könnte. Ein solcher Moment wäre jedoch im Alltag eines Bauern in einem süditalienischen Dorf anders verortet gewesen als im Alltag eines Arbeiters einer Stadt im Norden des Landes (für Gramscis Schriften zur ‚Südfrage‘ siehe Forgacs 2000: 171 ff.).

Henri Lefebvre (1991) spricht, ausgehend von seinem Konzept der Raumproduktion, von Alltagspraxis als unbewusstem, alltäglichem Raumerleben und -erfahren. Wohnen sieht Lefebvre in diesem Kontext als Form der Aneignung von Räumen (Lefebvre 1970). Diese Aneignung betrifft nicht nur den Wohnraum im engeren Sinn. Wohnen ist für Lefebvre eine potenziell multi-skalare Praxis, die eine „daily reality, the urban reality“ mit weitreichenden „routes and networks“ verknüpft (Stanek 2011: 130-31).

Die Verankerung eines konjunkturellen Momentes im lokalen Alltagsleben ist ein wichtiger Aspekt dieses Artikels. Zugleich rückt der Beitrag die Frage in den Mittelpunkt, wie ebendieses Alltagsleben in bestimmten konjunkturellen Kontexten dazu beiträgt, neue translokale und transnationale Beziehungen zu schaffen. Im Besonderen geht es hier darum, wie die konjunkturelle Dimension des Alltagslebens methodisch erfasst werden kann.

### **Wiederholte Interviewserien als Methode**

Der konjunkturelle Zugang zum Stadtraum bringt eine zentrale methodische Implikation mit sich. Nicht ‚Stadt‘ wird als Untersuchungseinheit beziehungsweise Ausgangspunkt für die Forschung angenommen, sondern räumliche Praktiken von Bewohner\_innen in spezifischen konjunkturellen Momenten. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, wie diese Praktiken kontinuierlich räumliche Bezüge schaffen und so den gelebten erweiterten Stadtraum gleichsam konjunkturell immer wieder neu erfinden. Um eben diese raumzeitliche Dimension festzumachen, muss das räumliche Verständnis von Stadt mit einem zeitlichen zusammenwirken. Mit dem

Ziel, die zeitliche Dimension herauszuheben, schlägt die Arbeit vor, bewusst empirisch über einen längeren Zeitraum zu arbeiten.

In diesem Sinne schlage ich methodisch einen longitudinalen, qualitativen Ansatz vor, der, dem Verständnis Andre Gingrichs folgend, als vergleichende Studie verstanden werden kann (Gingrich/Fox 2002; Gingrich 2012). Gingrich beschreibt in Bezug auf sozialanthropologische Untersuchungen verschiedene Formen von Vergleichen, wobei er prinzipiell die zeitliche von der räumlichen Vergleichsebene unterscheidet. Der hier vorgeschlagene Ansatz kann demzufolge als Untersuchung der temporalen Variationen eines Phänomens betrachtet werden, in diesem Fall des räumlichen Erlebens und der räumlichen Praxis. Dessen Erscheinungsformen werden unter verschiedenen historischen Bedingungen verglichen. Im Sinne Michael Burawoys (1998) kann von einer empirischen Fallstudie gesprochen werden, die zeitlich erweitert wird. Burawoy spricht von einer „extension of observations over time“ (ebd.: 17). Diese ‚Erweiterung‘ erfolgt empirisch, anhand der Wiederholung von Interviews.

Der Stadtteil Monte Laa in Wien stand im Mittelpunkt von zwei Forschungsprojekten, die ich im Auftrag der Wiener Wohnbauforschung 2011 und 2018 durchführen konnte (Karasz et al. 2011; Karasz 2018a). Die beiden Projekte hatten sehr unterschiedliche thematische Schwerpunkte und Fragestellungen. Das 2011 in Zusammenarbeit mit Amila Širbegović und Antonia Dika durchgeführte Projekt „Our Stories – Unsere Geschichte(n)“ verfolgte einen experimentellen Ansatz. Hierbei sollte *oral history* in Monte Laa als identitätsstiftendes und gemeinschaftsförderndes Element im Wohnbau erprobt werden (Karasz et al. 2011).

Das 2018 in Auftrag gegebene Projekt „Nachbarschaft im Wandel“ fokussierte demgegenüber die Entwicklung der Nachbarschaft in Bezug auf eingesetzte Planungsmaßnahmen (Karasz 2018a). Vor diesem Hintergrund ging das Forschungsprojekt der Frage nach, wie sich auf Stadtteilebene erprobte Planungsmaßnahmen auf das nachbarschaftliche Zusammenleben im Stadtteil Monte Laa ausgewirkt haben.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Fragestellungen wurden im Rahmen beider Untersuchungen zum Großteil die gleichen Erhebungsmethoden eingesetzt. Im Mittelpunkt standen jeweils wohnbiographische Interviews mit Bewohner\_innen von Monte Laa. Vielfach wurden 2011 und 2018 dieselben Personen interviewt. Die Wiederholung der Interviewserie war also nicht von Anfang an geplant, sondern sie ist bei der Entwicklung des zweiten Forschungsprojektes entstanden. 2018 wurde so die Gegenüberstellung der aktuellen Daten mit denen von 2011 zum methodischen Schlüsselaspekt des Projektes (Karasz 2018a).

Kernelement aller Interviews war 2011 und 2018 ein Gegenstand. Der Gegenstand sollte in Verbindung mit der Geschichte der befragten Person sowie vor allem mit deren Wohngeschichte stehen. Dementsprechend wurde jede befragte Person vor dem Gespräch dazu eingeladen, für das Interview einen persönlichen Gegenstand auszuwählen. Dieser konnte entweder ein Objekt sein, das die Person nach Monte Laa mitgebracht hat, oder ein Gegenstand, der etwas über die eigene Lebensgeschichte erzählt.

Diesem Setting entsprechend sollten die in den beiden Studien sehr unterschiedlichen konkreten Forschungsfragen im Zuge des Interviews nicht

explizit im Vordergrund stehen. Die Gespräche waren biographisch und narrativ angelegt. Im Mittelpunkt stand stets die Wohnungsgeschichte. In diesem Sinne war die Untersuchung an den *pathways approach* von David Clapham (2017) angelehnt, der Wohnbiographien als Kernelement der empirischen Auseinandersetzung mit Fragen des Wohnens versteht. Zusätzlich fokussierten die Interviews regelmäßige Abläufe des Alltags und die Beziehung zu Nachbar\_innen.

Das Interview selbst sollte nicht vom Gegenstand ausgehen, sondern zu diesem führen. Im Sinne eines narrativen Interviews (Flick 2009: 165) kann das Thema der Wohnungsgeschichte als generative Frage beziehungsweise als Narrationsstimulus verstanden werden. Anhand des Gegenstands hingegen sollten im Anschluss an die Narration gewisse Themen wiederaufgenommen werden, um eventuelle Lücken in der Erzählung zu schließen. Dementsprechend wurde die Frage nach dem Gegenstand erst am Ende des Gespräches gestellt, etwa in diesen Versionen: „Welcher Gegenstand kann für die Geschichte, die sie erzählt haben, stehen?“ „Inwieweit steht der Gegenstand, den sie vorbereitet haben, für diese Geschichte?“

Anhand dieser Themensetzung und des Gegenstandes sollte ein so genannter „narrativer Zugzwang“ ausgelöst werden (ebd.: 179). Im Idealfall entsteht so eine Dynamik, in der der/die Gesprächspartner\_in eine schlüssige Narration fertig erzählen will. Sie wendet im Zuge dessen verschiedene Strategien an, um den Erzählfluss beizubehalten. Um eine geschlossene Gestalt der Erzählung zu erreichen, werden Informationen einerseits kondensiert und andererseits detailliert. Auf diese Weise sollen die Narration und der Erzählfluss selbst den Ablauf des Gespräches kontrollieren. Im Sinne einer schlüssigen Erzählung spricht die Person so Aspekte aus, die sonst verschwiegen werden würden.

## **Wiederholung und Gegenüberstellung von Narrationen**

Eine Narration dieser Art bringt, wie Charlotte Linde (1993) herausgearbeitet hat, stets die Problematik mit sich, dass erzählte Lebensgeschichten in ihrer Schlüssigkeit konstruiert sind. Ebendiese Schlüssigkeit und Kohärenz soll den eigenen Werdegang rechtfertigen, vor sich selbst und zugleich vor dem sozialen Umfeld. Die Erzählung kann so auch zu einem, oftmals unbewusst eingesetzten, Mittel werden, um einer kontextspezifischen, sozialen Erwartungshaltung zu entsprechen.

Gerade in diesem Zusammenhang erscheint die Wiederholung narrativer Interviews von Interesse, weil sich die Form der Kohärenzkonstruktion, ebenso wie die eigene Positionierung, in Bezug auf Erwartungshaltungen der sozialen Umwelt verändern kann. Im Fall von Monte Laa betrifft das etwa die subjektive Positionierung in Bezug auf die dynamische Trennlinie zwischen ‚Migrant\_innen‘ und ‚Nicht-Migrant\_innen‘. Für manche Personen veränderte sich, mit der Verschiebung dieser vermeintlich selbstverständlichen Grenze, die schlüssige Form der erzählten eigenen Lebensgeschichte.

Der Artikel arbeitet nicht zuletzt an einer methodischen Strategie, um empirisch zu erfassen, wie sich diese veränderten Trennlinien im Erleben und in der Imagination des Stadtraums ausdrücken. Edward Soja unterstreicht in seinem Buch *Postmetropolis* (2000), dass urbanes Leben immer

auch aus *urban imaginaries* besteht (ebd.: 324). Diese beschreibt er als kognitive Karten, anhand derer wir die Orte, an denen wir leben, verstehen und erleben. Stadtbewohner\_innen leben, diesem Bild zufolge, stets auch in imaginierten Städten, an der Schnittstelle von konkreten Orten und subjektiver Erfahrung.

Die so imaginierten Räume können Grenzen zwischen ‚vertrauten‘ und ‚unvertrauten‘ Räumen in sich tragen. In einem größeren Kontext spricht Said von „*imaginative geographies*“ (Said 2000: 181). In seiner Arbeit über den Orient als geographischen Raum, beschreibt Said (ebd.: 181) diese als Zusammenspiel aus Erfindung, Erinnerung und konkreter Verortung. In seinem Buch *Orientalismus* spricht er diesbezüglich von einer „universal practice of designating in one’s mind a familiar space which is ‚ours‘ and an unfamiliar space beyond ‚ours‘ which is ‚theirs‘“ (Said 1995 [1978]: 54). In diesem Bild wird *imaginative geography* zu einem Baustein der Identitätskonstruktion, wodurch räumliche Distanz mit kultureller, ethnischer oder sozialer Distanz verschränkt wird.

Neben der Narration als Sprachform arbeitet der vorgeschlagene wohnbiographische Interviewansatz auch mit dem Erinnern als Prozess der Bewusstwerdung. Im Mittelpunkt steht die Erinnerung an Aspekte der eigenen Lebensgeschichte. Durch die Repetition der Interviews kommt es jedoch zu einem neuen Zeitpunkt zu einer Wiederholung des Erinnerungsvorganges. Ebendiese Wiederholung unterstreicht, wie sehr „*das Vergangene entsprechend der Gegenwart der Erinnerungssituationen [...] einer ständigen Modifikation unterliegt*“ (Rosenthal 1995: 70, Hervorhebung D. K.).

Im Kontext der Untersuchungen in Monte Laa stand das Erinnern an die eigene Wohngeschichte sowie an das Zusammenleben im Stadtteil im Mittelpunkt der Erzählungen. 2011 wurden in den Wohnhausanlagen 31 Personen interviewt (über 13 Prozent der Wohneinheiten wurden angesprochen), 2018 waren es 27 Personen. 19 Bewohner\_innen wurden in beiden Jahren interviewt. Zum Großteil lebten die Personen noch in derselben Wohnhausanlage. Fünf der wieder angesprochenen Haushalte waren jedoch inzwischen ausgezogen. Sie wurden an ihren neuen Wohnorten interviewt.

Um Interviewpartner\_innen anzusprechen, wurde 2011 wie 2018 das sogenannte Schneeballprinzip als Vorgangsweise gewählt, wobei jedes Mal von denselben Personen ausgegangen wurde. Im Abstand von sieben Jahren sollte jede der Personen einige ihrer Nachbar\_innen weiter empfehlen und diese wiederum ihre Bekannten. Dank dieser Vorgangsweise sollten 2018 unter anderem Konstanten und Veränderungen in den Beziehungsgeflechten seit 2011 dechiffriert werden. Wo Nachbar\_innen 2018 anders als 2011 nicht mehr aufeinander verweisen wollten, wurde nicht zuletzt sichtbar, wie sich die ethnisch beziehungsweise religiös konnotierten Trennlinien zwischen den Bewohner\_innen verschoben hatten.

## **Wien als wachsende Stadt in Zentraleuropa**

Wien nimmt im österreichischen Kontext eine herausragende Bedeutung ein. Der Ballungsraum zählt über 2,8 Millionen Einwohner\_innen, also fast ein Drittel der Gesamteinwohnerzahl des Landes (Eurostat 2020). Die Stadt



ist politisches, finanzielles, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landes. Dennoch liegt sie geographisch am äußersten nordöstlichen Ende des Landes, also in ‚peripherer Lage‘.

Zugleich nimmt die Stadt in Bezug auf einen transnationalen, zentral-europäischen Raum eine zentrale Rolle ein. So sind mit dem Auto in einer Stunde die Slowakei, Ungarn und die Tschechische Republik zu erreichen. In vier Autostunden gelangt man darüber hinaus nach Deutschland, Polen, Slowenien und Kroatien. Diese Lage wird politisch durch die grenzübergreifende Europaregion Centrope unterstrichen, welche neben Ostösterreich den Süden Mährens, die Westliche Slowakei und die ungarischen Grenzregionen umfasst (STEP 05 2005: 88 ff.).

Die besondere Position Wiens im europäischen Kontext ist einer der Gründe für das große Bevölkerungswachstum in letzten Jahren. So stieg zwischen 1990 und 2015 die Einwohner\_innenzahl um 300.000 Personen an (Stadt Wien 2016a: 8). Prozentuell betrug der Anstieg allein von 2005 bis 2015 etwa zehn Prozent (Stadt Wien 2016a: 33). Während der gesamten starken Wachstumsphase seit 2008 liegt der Hauptgrund für die Bevölkerungszunahme in der Zuwanderung aus dem Ausland (Krutzler 2019).

Auf das Bevölkerungswachstum hat die Stadt Wien mit einer großangelegten Produktion von gefördertem Wohnraum reagiert. Der Schlüssel hierzu lag insbesondere in der Umwidmung großer Industrie- und Bahnhofsareale in Wohnquartiere (STEP 05 2005; Stadt Wien 2016b). Die neuen Wohnquartiere wurden nach dem Prinzip der sozialen Durchmischung errichtet. Als Durchmischung wird sowohl ein funktionaler Mix von Wohn-, Büro- und Geschäftsflächen als auch eine durchmischte Bevölkerungszusammensetzung in den Wohnbauten angestrebt (Gutmann/Huber 2014).

Als Maßstab für die Mischung der Bewohner\_innen ist das Haushaltseinkommen bis heute die fundamentale Planungs- und Vergabekategorie geblieben. Um Haushalte mit unterschiedlichem Einkommen ansprechen zu können, werden Wohnungen mit verschiedenen Förderungsformen mit freifinanzierten Wohneinheiten kombiniert. Implizit werden diese ökonomischen Kriterien jedoch mit kulturellen Aspekten verschränkt. In der Planung und vor allem in der Verwaltung geförderter Wohnhausanlagen werden immer wieder die Kategorien ‚niedriges Haushaltseinkommen‘ und ‚migrantisch‘ gleichgesetzt (Karasz 2018b).

### **Der Stadtteil Monte Laa**

Monte Laa liegt im traditionell industriellen Süden Wiens, im Bezirk Favoriten. Der Stadtteil befindet sich im wahrsten Sinn des Wortes über jener Stadtautobahn, die Wien mit Prag, Brünn, Bratislava und Budapest verbindet. Im Bezirk Favoriten liegt darüber hinaus der 2015 neu eröffnete Wiener Hauptbahnhof, der die zentrale Rolle der Stadt im mitteleuropäischen Kontext unterstreicht, indem nun erstmalig Züge von Westen beziehungsweise Süden über Wien nach Osten durchfahren können. Dementsprechend lautete der Arbeitstitel des Bahnhofprojektes „Bahnhof Wien – Europa Mitte“ (STEP 05 2005: 207). Der Stadtteil Monte Laa liegt also im Stadtgebiet in einer traditionell als Randlage verstandenen Position, im zentraleuropäischen Kontext aber zunehmend zentral.

Der Kernbereich des Stadtteils Monte Laa befindet sich auf dem ehemaligen Lagerplatz der Porr AG. Das Grundstück war in den 1970er Jahren durch den Bau einer tieferliegenden Autobahn zweigeteilt worden. In den 1990er Jahren verkaufte die Republik Österreich den zu überplattenden Bauabschnitt der Autobahn an die Porr AG. Die dadurch mögliche Überplattung wurde durch den Porr-Konzern frei finanziert.

Seit 2010 sieht ein Flächenwidmungsplan drei (zum Teil über hundert Meter hohe) Türme mit überwiegender Wohnnutzung vor. Der Masterplan wurde in mehreren Bauabschnitten zum Großteil umgesetzt. Die ersten Wohnungen wurden im Herbst 2004 besiedelt. Bis 2018 wurden auf dem ehemaligen Lagerplatz über 1.350 zumeist geförderte Wohnungen errichtet. Dazu kommen in den Wohnhochhäusern 171 Wohneinheiten für Studierende und 100 sogenannte ‚*serviced apartments*‘ für Kurzzeitmieter\_innen. Zusätzlich entstanden auch unmittelbar neben dem ehemaligen Lagerplatz der Porr AG circa 1.440 Wohneinheiten in zum Großteil geförderten Wohnbauten. Im erweiterten Stadtteil Monte Laa sind in den letzten 18 Jahren also über 3.000 Wohneinheiten entstanden.

### Monte Laa im Stadtgefüge

Die neuen Wohnbauten wurden in einem vorbestehenden, urbanen Gefüge errichtet. An das Quartier grenzen länger bestehende Kleingartensiedlungen an sowie weitere, ehemalige Industrie- und Infrastrukturanlagen. Diese haben im letzten Jahrzehnt einen profunden Nutzungswandel erlebt. Vielfach entstanden neue Wohnquartiere. So wurden 2014 auf dem angrenzenden Areal des ehemaligen Preyerschen Kinderspitals die ersten Wohnungen für das Wohnquartier „Preyersche Höfe“ übergeben.

Etwa fünf Gehminuten vom neuen Stadtteil Monte Laa entfernt liegt das Kreta-Viertel. Dieses ist durch eine für den gewachsenen Teil des Wiener Bezirks Favoriten typische, schlechte Bausubstanz gekennzeichnet. Noch 2008 waren 25 Prozent der Wohnungen des Stadtteils als Kategorie-D-Wohnungen registriert. Das ist die niedrigste Wiener Einstufung in Hinblick auf den Wohnungsstandard (Gebietsbetreuung Stadterneuerung 10 2008). In Kategorie D fallen etwa Wohnungen, die über kein WC oder keinen eigenen Wasseranschluss verfügen (Mietervereinigung 2016).

In Wien wohnen seit Jahrzehnten in erster Linie niedrigverdienende Migrant\_innen in Substandardwohnungen. Dementsprechend setzt sich auch die offiziell registrierte Bewohner\_innenschaft des Kreta-Viertels zusammen. 2011 waren 64 Prozent der Bewohner\_innen nicht in Österreich geboren. 25 Prozent hatten ihren Geburtsort in einem der heutigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, 15 Prozent in der Türkei (Denk/Feuerstein 2011).

In Bezug auf die tatsächliche Zusammensetzung der Bewohner\_innen des unweit des Kreta-Viertels liegenden Neubaugebietes Monte Laa kann festgestellt werden, dass sich im Stadtteil in mehrfacher Hinsicht ein soziales Aufstiegsszenario bietet. Dieses wird anhand der Wohnbiografien verdeutlicht und betrifft insbesondere migrantische Familien aus Südost- und Osteuropa, aber auch aus der Türkei. Die Haushalte stammen teilweise aus sehr schlechten Wohnverhältnissen, wobei sich aus den meisten Wohnbiografien eine kontinuierliche Aufstiegsbewegung erkennen lässt.

Diese vollzieht sich in einigen Fällen zur Gänze im Wiener Bezirk Favoriten: vom Substandard, etwa im angrenzenden Kreta Viertel, über vergleichsweise besser ausgestattete Wohnungen bis hin zur geförderten Wohnung in Monte Laa.

### **Zur multiskalaren Dimension des Wohnens in Monte Laa**

Mit dem beschriebenen, sozialen Aufstiegsszenario migrantischer Haushalte geht eine transnationale Dimension des Alltagslebens in Monte Laa einher. Eine der Ideen des vorliegenden, methodischen Beitrages ist es, Wohnen im Sinne Lefebvres (1991: 38) als potenziell multiskalare Praxis zu verstehen. Die multiskalare Dimension des Alltagslebens in Monte Laa kann anhand des Beispiels von Frau Maria, einer Bewohnerin, die 2011 und 2018 interviewt wurde, veranschaulicht werden.

Maria zog in den frühen 2000er Jahren aus Südpolen nach Wien, wo sie ihren Mann, der ebenfalls aus Polen stammt, kennen lernte. Beide studierten in Wien und fanden eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit. Über Jahre hinweg wohnten sie zusammen in relativ teuren zentralen Wiener Wohnquartieren, aber immer mit befristeten Mietverträgen. 2010 beschlossen Maria und ihr Mann schließlich nach Monte Laa in eine geförderte Wohnung zu ziehen. Dieser Schritt ging mit der Entscheidung einher, längerfristig in Wien zu bleiben.

Als ich Maria kurz nach ihrem Einzug 2011 zum ersten Mal traf, hatte ihr Leben eine ausgeprägte transnationale Dimension. Gemeinsam mit ihrem Mann und einer Gruppe von Freunden, die auch aus Zentral- und Osteuropa nach Wien gezogen waren, fuhr sie fast jedes Wochenende in eines der Nachbarländer. Zugleich arbeiteten sowohl Maria als auch ihr Mann in großen Unternehmen, die von Wien aus in mehreren Ländern Zentral- und Osteuropas tätig sind. Dies hatte zur Folge, dass sie 2011 auch beruflich regelmäßig in die Nachbarländer reisten.

Maria zufolge hatte sich das Paar nicht zuletzt deshalb für die Wohnung in Monte Laa entschieden, da dieser Stadtteil unmittelbar neben einer Autobahnauffahrt lag, was die Reisen in andere Länder der Europaregion erleichterte. So hatte Monte Laa in den Praktiken und Vorstellungen einiger Migrant\_innen aus Zentral- und Osteuropa eine zentrale Lage im Mitteleuropäischen Kontext erlangt. Für Maria standen Wien und insbesondere Monte Laa im Zentrum eines weiten, transnationalen Raumes, zu dem sie und ihr Mann sich zugehörig fühlten.

Als ich Maria und ihren Mann 2018 wieder traf, hatte sich sowohl ihr Leben, als auch ihr Verständnis der relationalen Position Monte Laas stark verändert. Maria unterstrich im zweiten Interview, dass Wien leider „*vielen Vorteile verloren*“ [2] habe. Als Grund dafür beschrieb sie das schnelle Wachstum der Stadt und die Zuwanderung, insbesondere die Zuwanderung von „*Flüchtlingen aus muslimischen Ländern*“. Viel mehr als 2011 mied sie aus diesem Grund in ihrem Alltag weite Abschnitte des von schlechter Bausubstanz geprägten Teils des Bezirks, etwa das oben beschriebene Kreta-Viertel. Ähnliches galt für Bereiche des unmittelbaren Umfelds von Monte Laa, insbesondere für die angrenzenden großen Grünflächen des Laaer Waldes.

Maria zufolge war im Jahr 2016 im Laaer Wald eine junge Frau beim Joggen von einem Mann afghanischen Ursprungs vergewaltigt worden. Tatsächlich war es 2016 zu einer Vergewaltigung gekommen. Der Täter, der schließlich verhaftet und verurteilt wurde, war jedoch rumänischer Staatsbürger (Kurier 2017). Da Maria eine Läuferin ist, hatte sie nach dem Vorfall eine Zeit lang daran gedacht, wegzuziehen. Im Interview brachte Maria ihre Gedanken wie folgt auf den Punkt: „*Was soll ich hier machen, wenn ich nicht mehr dort [in den Park, Anm. D. K.] hin kann?*“ Mit ‚hier‘ meinte Maria, so viel wurde im Interview klar, nicht nur das Quartier Monte Laa, sondern Wien an sich. Darüber hinaus hatten, insbesondere anlässlich der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ 2015, vielfach Verwandte aus Polen angerufen, um besorgt nachzufragen, ob sie noch wohlauf sei. Maria zufolge wurde Wien in dieser historischen Phase in polnischen Medien, aufgrund der Migrationsbewegungen, als gefährlicher Ort im Ausnahmezustand dargestellt.

2018 hatte sich jedoch nicht nur die äußere Lage verändert, sondern auch Marias Alltagsrhythmus. Sie war nun Mutter von zwei Kindern und das veränderte die transnationale Dimension ihrer Routinen. Sie reiste nicht mehr in verschiedene zentraleuropäische Länder, um dort mit Freunden ihre Wochenenden zu verbringen, sondern stattdessen nach Polen, um bei Verwandten Unterstützung bei der Kinderbetreuung zu finden. In diesem Bild hatten Wien und Monte Laa eine sehr andere Position inne als noch 2011. Geographisch lag die Stadt immer noch im Zentrum eines transnationalen europäischen Raumes. Emotional empfand Maria die Stadt aber immer stärker als ‚fremd‘ und unvertraut, als „*irgendwie nicht mehr wie Wien, aber wie eine Stadt mit allen Nachteilen von Paris*“. Paris stand hierbei als Symbol für eine ‚fremde‘, ‚muslimische‘, europäische Stadt.

### **‚Eigene‘ Räume und ‚fremde‘ Räume: Die duale Narration der Wohngeschichte**

Das Beispiel von Maria unterstreicht mit Sicherheit die spezifische Position der Stadt Wien im zentral- und osteuropäischen Raum. Dennoch verdeutlicht es, dass die Frage der Nähe und Distanz nicht nur räumlich zu verorten ist, sondern auch eine stark emotionale und symbolische Dimension in sich trägt. Said (2000: 181) hat den Begriff der ‚*imaginative geographies*‘ geprägt. Michael C. Frank (2009: 71), der die räumliche Dimension bei Said und Foucault diskutiert, versteht *imaginative geographies* als konkrete Verortung der nicht-räumlichen Kategorien des ‚Eigenen‘ und des ‚Fremden‘.

In Marias Alltagserzählungen von 2011 und 2018 überlappen sich ihre konkreten Alltagspraktiken mit der Unterscheidung des transnationalen zentral- und osteuropäischen Raumes in ‚eigene‘ und in ‚fremde‘ Orte. Die Differenzen zwischen den beiden Interviews unterstreichen vor allem, wie sich die imaginäre Verortung des ‚Fremden‘ im erweiterten Wohnumfeld verändern kann. Das Beispiel zeigt schließlich, dass die Veränderungen in Raumerleben und Raumvorstellungen im Kontext der zunehmend rassistischen politischen und medialen Diskurse seit der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ 2015 betrachtet werden müssen.

Methodisch war die beschriebene Dualität von ‚eigenen‘ und ‚fremden‘ Räumen weder in der ersten noch in der zweiten Untersuchung Ausgangspunkt

der Gespräche. Die Unterscheidung trat allerdings im Zuge der Analyse des Materials der zweiten Serie als entscheidend hervor. So waren die Erzählungen der persönlichen Wohngeschichte vielfach anhand dieser räumlichen Dualität strukturiert. Die Unterscheidung trat bei der Erzählung der persönlichen Wohngeschichte zutage. So begannen die Erzählungen oftmals mit einer Erinnerung an die Kindheit beziehungsweise an einen Raum, der im Kindesalter als ‚eigen‘ empfunden wurde. Ein Interviewpartner leitete seine Erzählung etwa mit folgenden Worten ein: *„Ich bin in einem kleinen Dorf geboren und dort war meine frühe Kindheit. Wir waren in einem Haus. Garten gab es nicht, das ganze Dorf ist unser Garten gewesen.“* (Interview mit Alexander 2011)

Die Wohnbiographie als vorgegebener Ausgangspunkt für die Erzählung des eigenen Lebens gibt also einen Rahmen vor, der die Erzählung zum Teil vorstrukturiert. Dies erfolgt zum einen räumlich, anhand des Schwerpunktes auf dem ‚eigenen‘ Wohnraum. Zum anderen geschieht dies in zeitlicher Hinsicht, weil die Kohärenz der Erzählung oftmals auch dadurch konstruiert wird, dass das Leben als eine Abfolge von Wohnsituation dargestellt wird. Linde (1993: 14) beschreibt diese Art der linearen, zeitlichen Anordnung als typisches Element der Kohärenzkonstruktion in biographischen Erzählungen. Bei der Wiederholung der Interviews kann sich der Erkenntnisgewinn dadurch ergeben, dass, wie im Fall von Maria, die zeitliche Abfolge gleich bleibt, sich aber die Grenzziehungen zwischen den ‚eigenen‘ und ‚fremden‘ Räumen in den verschiedenen Zeitschichten verschieben.

### **Konjunktur(en) und der Wohnalltag als Praxis**

Zur Veranschaulichung dieses zeit-räumlichen Nexus soll an dieser Stelle Paula, eine weitere zweifach interviewte Bewohnerin Monte Laas, vorgestellt werden. Paula ist in ihren 50ern und lebt allein. Sie ist im Bezirk Favoriten aufgewachsen und lebte bis zu ihrem Umzug nach Monte Laa in verschiedenen städtischen Wohnhausanlagen. Paula arbeitet im Stadtbezirk Favoriten.

Als ich sie 2011 zum ersten Interview traf, war sie eine überzeugte Nutzerin der öffentlichen Verkehrsmittel. Jeden Morgen fuhr sie mit dem Bus und der Straßenbahn zur Arbeit. Auf dem Rückweg ging sie oftmals auf die Haupteinkaufsstraße des Bezirkes sowie auf den dortigen Markt. Sie genoss diesen Rhythmus sehr und fuhr nur an manchen Wochenenden auf das Land, zum Haus ihrer Ursprungsfamilie nach Niederösterreich. Paulas Alltagsleben in Monte Laa war also 2011 in das erweiterte Umfeld des Wiener Bezirks Favoriten integriert. Verschiedene Alltagsfunktionen waren in einem größeren Stadtgebiet angeordnet, das sie als ‚eigen‘ und als vertraut empfand. In diesem Bild beschrieb sie nur einige Wohnhausanlagen und Straßenzüge im historischen Teil des Bezirkes als unvertraute, ‚fremde‘ Inseln.

Als ich Paula 2018 wieder traf, hatten sich die gelebte und die imaginierte Stadt dramatisch verändert. Anders als sieben Jahre zuvor sprach sie vom gesamten Bezirk als unvertraut, ‚fremd‘ und ‚orientalisch‘. Auf meine Frage nach den Gründen für dieses veränderte Empfinden begann sie nach einigem Zögern von einer Begebenheit zu erzählen. Im Jahr 2015 hatte eine Gruppe von jungen Männern begonnen, sich regelmäßig in einem Park in unmittelbarer Nähe Monte Laas zu treffen. Paula bezeichnete die Männer 2018 im Interview als *„Araber“* und als *„Flüchtlinge“*.

Auf ihrem Arbeitsweg war sie es gewohnt, den Park zweimal täglich zu durchqueren. Doch bald begann sie, sich auf Grund der Präsenz unsicher und verängstigt zu fühlen, obwohl, wie sie mehrmals selbstkritisch unterstrich, nie etwas vorgefallen war. Auch in ihrem Wohnviertel selbst hatte sich sonst nichts verändert. Dennoch war ihr Gefühl ein anderes als davor. Paula erzählte, dass sie sich viele Gedanken über diesen Wandel gemacht habe. Paula erklärte das Gefühl der Entfremdung vom eigenen Wohnumfeld zu allererst mit den Berichten in lokalen Medien: „*Na du schaust in die Zeitung und jeden Tag steht da drin: eine Vergewaltigung, eine Messerstecherei. Und immer: Afghanen, Araber. Ich hab' vielleicht Angst bekommen, wirklich.*“

Paula wies 2018 wiederholt auf den Einfluss von Zeitungsartikeln auf ihre geänderte Erfahrung des erweiterten Wohnraumes hin. Sie war sich der Wirkung medialer und politischer Diskurse auf ihre Raumerfahrung zwar bewusster als die meisten anderen Gesprächspartner\_innen, aber dahingehend kein Einzelfall. Zwischen 2011 und 2018 hatte sich das Gesprächsklima in Wien in Bezug auf Migrationsthemen stark verändert, insbesondere ab der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ 2015. Es gibt, wie Ruth Wodak (2016) unterstreicht, in Österreich eine lange Tradition des rassistisch gefärbten politischen Diskurses. Doch diese Tendenz verstärkte sich nach 2015 weiter, nicht zuletzt aufgrund einer langen Serie von in Migrationsfragen extrem polarisierten Wahlkämpfen anlässlich der Wiener Landtagswahlen (2015), der Bundespräsidentenwahlen (2016) und schließlich der Nationalratswahlen (2017). Benjamin Opratko (2019) hat herausgearbeitet, wie in diesen Jahren rassistische und vor allem antimuslimische Positionen selbst in sogenannten liberalen österreichischen Medien hegemonial werden konnten. Das Beispiel Paulas deutet an, wie ebensolche Verschiebungen hegemonialer Grenzziehungen sich auch im alltäglichen Erleben des erweiterten Wohnumfeldes von Monte Laa niederschlagen können.

Zuerst hatte Paula begonnen, Ihren Arbeitsweg als ‚fremd‘ und ‚gefährlich‘ zu empfinden. Später mied sie die zentrale Einkaufsstraße Favoritens und schließlich hörte sie auf, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Die ehemals geliebte Straßenbahn beschrieb Paula 2018 abfällig als „*einen Lonely Trip in den Orient*“.

Als Folge dessen hatte sich seit 2011 die Größenordnung des Raumes, den Paula als ‚ihren‘, vertrauten Stadtraum empfand, vollkommen verändert. Waren von ihr einige Jahre davor nur wenige Straßenzüge als ‚fremd‘ beschrieben worden, erschien ihr jetzt der gesamte Bezirk als ‚fremd‘, ‚wild‘ und ‚orientalisch‘, ebenso wie der Park in unmittelbarer Nähe zu Paulas Wohnhausanlage.

Im selben Zeitraum hatte sich der ‚vertraute‘ Alltagsraum aus dem eigenen Bezirk in andere Stadtteile und insbesondere in das erweiterte Umfeld Wiens verlagert. Paula fuhr 2018 fast immer mit dem Auto zur Arbeit. Auch verbrachte sie fast jedes Wochenende im Haus ihrer Ursprungsfamilie in Niederösterreich, fast eineinhalb Autostunden von Wien. Auf dem Hin- und Rückweg erledigte sie fast alle Einkäufe außerhalb der Stadt.

In diesem veränderten Kontext wurde Paulas Wohnung in Monte Laa in immer neue alltagsräumliche Beziehungen zu Orten außerhalb der Stadt gesetzt. Zugleich erschien der Wohnort immer losgelöster vom städtischen Umfeld Monte Laas.

## Gegenüberstellung der Narrationen anhand der Gegenstände

Methodisch interessant erscheint im Fall von Paula die Rolle der Gegenstände, die sie für die beiden Interviews auswählte. Wie erwähnt sollten die Gegenstände symbolisch für die eigene Wohngeschichte stehen und in Paulas Fall waren es zwei sehr unterschiedliche Objekte. Für das Interview von 2011 hatte sie einen Sportgegenstand ausgewählt, 2018 einen Gegenstand mit Bezug zu ihrem Auto.

Wie alle zweifach interviewten Gesprächspartner\_innen führte Paula die zweite Erzählung nicht ‚gegen‘ die ältere aus, sondern als eine in sich geschlossene und schlüssige Narration. Methodisch war jedoch anhand des Gegenstands, der 2011 für das erste Interview ausgewählt worden war, eine direkte Gegenüberstellung der beiden Narrationen möglich. Als Paula 2018 am Ende des Gespräches mit dem Gegenstand von 2011 konfrontiert wurde, erkannte sie in dem Sportgegenstand das damals empfundene Gefühl der Freiheit im Erleben des ‚eigenen‘ Alltagsraumes in Monte Laa und im angrenzenden Laaer Wald wieder: *„Ja, ja, ich war dort unterwegs immer, das war halt mein Wald hier irgendwie.“*

## Narration, Konjunktur und Selbstpositionierung

Ähnlich zu Paulas Geschichte konnten auch in anderen Interviews in unterschiedlicher Intensität Verschiebungen des ‚eigenen‘, vertrauten Alltagsraumes aus dem Stadtgebiet heraus in die umliegenden Regionen beobachtet werden. In einigen Fällen kam es zu Verlagerungen in die Grenzregionen der Nachbarländer. In diesem Zusammenhang sticht die Verschränkung des subjektiven Erlebens mit der medialen Berichterstattung zu Migrationsthemen in vielen Gesprächen heraus.

Als bezeichnend dafür kann ein Interview mit Ivana und Milica im Jahr 2018 stehen. Die beiden sind in ihren 60ern, Nachbarinnen und Freundinnen. Beide sind aus Serbien nach Österreich gezogen. Sie wurden gemeinsam interviewt, wobei die Veränderung des Bezirkes hin zu einem ‚fremden‘, ‚muslimischen‘ Gebiet großen Raum einnahm. Im Gespräch beschrieben die Freundinnen den Bezirk detailreich. Dabei schienen sie immer zu wissen, welche Wiener Tageszeitung ausführlich über welches negative Ereignis berichtet hatte. Über das gesamte Gespräch hinweg schien die mediale Berichterstattung für die Nachbarinnen weitaus wichtiger zu sein als die tatsächlichen oder vermeintlichen Ereignisse im Wohnumfeld.

Zugleich beschrieb Ivana, eine der beiden Gesprächspartnerinnen, die auch 2011 interviewt worden war, 2018 ihren erweiterten Alltagsraum primär anhand der Unterscheidung in christliche und muslimische Bewohner\_innen beziehungsweise Stadträume. Sich selbst positionierte Ivana dabei in erster Linie anhand dieser religiösen Scheidelinie als Christin. 2011 hatte sich Ivana hingegen zur konfessionsübergreifenden Gruppe der *„Ausländer“* gezählt. Diese würden, so ihre damaligen Ausführungen, anders als die *„Österreicher“* Nachbarschaftsbeziehungen pflegen. 2018 blieb die Argumentationsweise gleich, nur wurden *„Österreicher und Jugos“* (Kurzform für Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Anm. D. K.) als jene Gruppen beschrieben,

die mit Nachbarn kommunizieren. ‚Muslim\_innen‘ würden das, so Ivana, hingegen nicht tun und blieben unter sich.

Diese Neupositionierung unterstreicht die methodischen Potenziale der Wiederholung narrativer, wohnbiographischer Interviews. Anhand der Wiederholung wird klar, dass sich nicht nur die Linien zwischen ‚eigenen‘ und ‚fremden‘ Räumen verschieben können, sondern auch die subjektive Positionierung in Bezug auf diese Linien.

Da die Narrationen in sich schlüssig konstruiert werden, kann sich die veränderte Positionierung, über den geschilderten aktuellen Alltag hinausgehend, durch die gesamte erzählte Wohngeschichte ziehen. So berichtete Ivana 2011 im Interview, auch in früheren Wohnsituationen immer gute Beziehungen zu „ausländischen“ Nachbar\_innen gepflegt zu haben. 2018 hingegen unterstrich Ivana die in mehreren Wohnsituationen erlebten, stets guten Beziehungen zu „österreichischen“ Nachbar\_innen.

Biographische Narrationen sollen, wie Linde (1993: 11) heraushebt, die eigene Lebensgeschichte in ihrer gewünschten Form stärken und nicht in Frage stellen. Das Konzept des hier vorgeschlagenen Ansatzes sieht nun vor, eben diese gewünschte Form in einen konjunkturellen Kontext zu setzen. Im Fall von Ivana war 2018 das Gespräch von der Beschreibung ihrer selbst und ihrer Kinder als ‚Nicht-Muslime‘ dominiert. Herauszuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die rechtspopulistische Partei FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) in den Wahlkämpfen seit 2015 gezielt die große Zahl österreichischer Wähler serbischen Migrationshintergrunds angesprochen hat (Die Presse 2016). Im Mittelpunkt stand hierbei auch eine vermeintlich verbindende, anti-muslimische Rhetorik.

Auch in der Selbstpositionierung von als muslimisch stigmatisierten Bewohner\_innen Monte Laas lassen sich zwischen 2011 und 2018 Verschiebungen erkennen. Sara, eine in Nordafrika geborene, muslimische Interviewpartnerin, die sich aber nicht primär über ihre Religionszugehörigkeit definieren würde, schilderte eindrücklich, wie in den letzten Jahren die religiöse Fremdzuschreibung durch Nachbar\_innen zugenommen hätte. Zugleich sei der Druck seitens anderer muslimischer Bewohner\_innen angewachsen, auf Basis der vermeintlichen religiösen Gemeinsamkeit engeren Kontakt zu pflegen. Um aus dieser doppelten Drucksituation auszubrechen, unterstrich sie, dass sie, wenn irgendwie möglich, in einen teureren, von kreativem Milieu geprägten Wiener Bezirk ziehen wollte. Aus ihrer Warte erfolgte die beschriebene duale Grenzziehung anhand der Scheidungslinie Islam in diesen Stadtteilen nicht derart ausnahmslos.

Im Fall von Sara erschien die Wiederholung des Interviews überdies deshalb interessant, weil die erzählte Geschichte in beiden Gesprächen von einer Zukunftsvorstellung geprägt war. Diese hatte sich jedoch zwischen 2011 und 2018 verändert, was wiederum anhand der beiden ausgewählten Gegenstände verdeutlicht werden kann. 2011 hatte Sara ein gemaltes Bild aus ihrem Geburtsland ausgewählt, das in ihrer Wohnung hing. Dieses stand, wie sie betonte, für die eigene, nach Monte Laa mitgenommene Lebensgeschichte. Sie sprach von dem Glücksgefühl, sich mit eben dieser Geschichte langfristig in einem neuen Zuhause niedergelassen zu haben. 2018 hatte Sara hingegen einen anderen Gegenstand mit zum Gespräch genommen, der für ihre soeben abgeschlossene Berufsausbildung stand. Das Objekt symbolisierte, wie Sara betonte,



auch für den Wunsch, endlich aus Monte Laa auszubrechen, um in einem „besseren Stadtteil“ Wiens der Stigmatisierung als Muslimin zu entkommen. Gabriele Rosenthal unterstreicht, dass die erzählte Lebensgeschichte oftmals auch in Bezug auf eine „antizipierte Zukunft“ modifiziert wird (Rosenthal 1995: 70). Saras Erzählungen der eigenen Vergangenheit liefen 2011 und 2018 auf sehr unterschiedliche antizipierte Zukunftsbilder zu. Diese Verschiebung war unter anderem bedingt durch die veränderte Fremdzuschreibung als Muslimin.

Die verstärkte Grenzziehung zwischen als Muslim\_innen und Nicht-Muslim\_innen verstandenen Personen wurde 2018 auch anhand der neuerlichen Suche nach Interviewpartner\_innen in Monte Laa deutlich. 2011 und 2018 wurde von denselben Kontaktpersonen in Monte Laa ausgegangen. Diese sollten nach dem Schneeballprinzip einige Nachbar\_innen weiterempfehlen und diese wiederum ihre Bekannten. 2018 rissen wiederholt früher bestehende Ketten ab, wo – stärker als 2011 – Uneinigkeiten in Bezug auf die Positionierung gegenüber anderen ‚Gruppen‘ im Stadtteil herrschte. Dies betrifft etwa eine verstärkte Polarisierung zwischen christlichen, bosnisch/kroatisch/serbisch sprechenden Personen, die mit Muslim\_innen gemeinschaftliche Aktivitäten suchten (etwa die Organisation von Nachbarschaftsfesten) und solchen, die das nicht taten.

In ähnlicher Weise erschien auch bei Interviewpartner\_innen mit ‚autochthon österreichischer‘ Selbstpositionierung das Verständnis für zwischen unterschiedlichen Bewohner\_innengruppen vermittelnde Positionen zurückgegangen, etwa in Bezug auf Haushalte mit muslimischer Zuschreibung. Auf Mikroebene ist somit zu erkennen, wie Verschiebungen im öffentlichen Diskurs und veränderte Grenzziehungen zwischen Bewohner\_innengruppen die Position jener Bewohner\_innen geschwächt haben, die über ebendiese Grenzziehungen hinweg vermitteln. Zugleich zeigen Verläufe aus lokalen Internetforen und Facebook-Gruppen, wie solche vermittelnden Personen mit zunehmend rassistischen Tönen von anderen Bewohner\_innen angegriffen wurden.

### **Konjunkturelle und narrative Wendepunkte**

Als entscheidender Scheidepunkt kann in vielen Interviews die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ im Jahr 2015 ausgemacht werden. Dieser Wendepunkt drückte sich in einigen Interviews von 2018 nicht nur in den Erzählungen selbst aus, sondern auch im Aufbau der Narrationen. So waren die Erzählungen oder Teile der Erzählungen bei manchen Gesprächspartner\_innen sowohl 2011 als auch 2018 anhand eines biographischen Ereignisses als Scheidelinie strukturiert. Das gilt etwa für Paula. Während diese Struktur in beiden Gesprächen gleich blieb, hatte sich 2018 die biographische Scheidelinie verschoben. 2011 war das prägende Erlebnis der Umzug nach Monte Laa gewesen. 2018 stand hingegen für Paula die oben beschriebene, im Jahr 2015 erlebte Bedrohung durch als „*Flüchtlinge*“ beschriebene Männer im Park als strukturierendes Element im Zentrum der Narration. Im Vergleich aller Interviews von 2018 erscheint das Jahr 2015 wiederholt als Bruchstelle in der autobiographischen Erzählung.

Anhand dieser Gemeinsamkeiten eröffnete die Wiederholung narrativer Interviews die Möglichkeit, das Stadterleben in einen weitreichenden

konjunkturellen Kontext zu stellen. 2015 stand der konjunkturelle Moment im transkontinentalen Kontext der Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan sowie der Europäischen Migrationspolitik. Zugleich verschob er den politischen Diskurs in Österreich und anderen europäischen Ländern stark. In Monte Laa veränderte sich jedoch in ebendiesem konjunkturellen Zusammenhang, wie im Fall von Paula, der im Alltag unmittelbar erlebte Stadtraum. Durchgehend erschien die Unterscheidung des erweiterten Wohnumfeldes in ‚muslimische‘ und ‚nicht muslimische‘ Räume 2018 viel deutlicher aus als 2011. Diese Dualität betraf nicht nur Wien, sondern das gesamte transnationale, zentraleuropäische Einzugsgebiet der Stadt.

Wie das oben ausgeführte Beispiel Marias unterstreicht, waren hierbei nicht nur die Berichte in österreichischen Medien bedeutend, sondern auch die aus den Herkunftsländern einiger Bewohner\_innen. Marias Bild von Wien wurde etwa 2015 besonders von skandalisierenden Berichten in polnischen Medien geprägt.

Gerade hier lässt sich erkennen, wie stark sich die emotionalen Debatten zu Migrationsthemen in Europa seit 2015 im lokalen Kontext ausgedrückt haben. Die meisten Länder Zentral- und Osteuropas nahmen eine im europäischen Kontext sehr restriktive Position in Migrationsfragen ein. Demgegenüber war die österreichische Position widersprüchlicher, zumindest bis zu den Parlamentswahlen 2017. Diese brachten aufgrund der Migrationsdebatten eine klare Mitte-Rechts-Mehrheit mit sich. Auf kommunaler Ebene positionierte sich die Stadt Wien wiederum als Gegenpol zu allzu repressiven Positionen, indem explizit eine Willkommenspolitik gegenüber geflüchteten Personen verfolgt wurde.

Solche Spannungen und Widersprüche unterstreichen die transnationale Dimension des Wohnens in einem Stadtteil wie Monte Laa. Sowohl Wohnpraktiken als auch das räumliche Verständnis entfalten sich in einem multiskalaren Kontext. In diesem nehmen sehr unterschiedliche nationale, regionale und transnationale Akteur\_innen Einfluss auf vermeintlich ‚normale‘, aber sich stets verändernde Vorstellungen von Stadt.

So beschrieb etwa eine Interviewpartnerin ungarischer Herkunft die Veränderungen in ihrem erweiterten Wiener Wohnumfeld, indem sie János Lázár, einen Vertreter der ungarischen Regierung, zitierte. Ungarn verfolgt nicht erst seit 2015 eine sehr restriktive Migrationspolitik. 2018 postete Lázár ein Video, das ihn selbst auf einem Rundgang durch den Wiener Bezirk Favoriten zeigte. Diesen schilderte er dabei sinnbildlich als multikulturellen Albtraum in der Mitte Europas (Mayer 2018). In diesem hätten ‚muslimische Zuwanderer\_innen‘ die Kontrolle übernommen und ‚christliche Bewohner\_innen‘ verdrängt.

Diese bewusst alarmierenden Aussagen richteten sich an ein Publikum in Ungarn, doch sie hatten auch Einfluss auf das reale Wohnerleben einer Interviewpartnerin im nahe dem Drehort gelegenen Monte Laa. Das Beispiel unterstreicht, dass Monte Laa ein städtischer Ort in einem multiskalaren, zentral- und osteuropäischen Kontext ist. In diesem wird Monte Laa immer wieder neu positioniert, nicht zuletzt durch die Alltagsbeziehungen seiner Bewohner\_innen. 2018 machte ein Interviewpartner die seit 2011 veränderte Position mit folgenden Worten zum Thema: *„Ich bin ja nicht umgezogen, aber meine Wohnung die liegt [...] irgendwie ganz woanders als vor sieben Jahren.“* (Interview mit Niko 2018)

2018 lag der Wohnort Monte Laa für viele Interviewpartner\_innen in einem widersprüchlichen zentral- und osteuropäischen Alltagsraum, in dessen Imagination sich immer stärker ‚muslimische‘ von ‚nicht muslimischen‘ Räumen abgrenzten. Diese Dualität war zunehmenden auch für die Alltagspraktiken prägend. Es liegt jedoch im Wesen einer konjunkturellen Analyse des städtischen Raumes, dass eben diese Dualität schon heute von anderen Raumvorstellungen und damit verbundenen Praktiken überformt worden sein könnte.

### **Schlussfolgerungen**

Der Beitrag hat gezeigt, dass die Wiederholung eines narrativen Settings Möglichkeiten eröffnet, um lokale Verschiebungen des Alltagslebens in einen weiter reichenden, konjunkturellen Zusammenhang zu stellen. Zum methodischen Schlüssel wird hierbei die Gegenüberstellung von Erzählungen derselben Interviewpartner\_innen aus den Jahren 2011 und 2018. Die qualitative Tiefe ergibt sich daraus, dass erzählte Lebensgeschichten, wie Linde (1993) hervorhebt, stets in ihrer Schlüssigkeit konstruiert sind. Anhand der Wiederholung narrativer Interviews kann gezeigt werden, wie sich die Kohärenzkonstruktion und die eigene Positionierung in der Narration verändern. Zugleich erscheinen wohnbiographische Erzählungen aufgrund der intimen Wohnthematik oft anhand der Unterscheidung in ‚eigene‘ und ‚fremde‘ Räume strukturiert. Verschiebungen der eigenen Positionierung treten daher auch in Bezug auf diese räumliche Unterscheidung hervor. So entsteht eine methodische Brücke zwischen der eigenen Identitätskonstruktion und dem Raumerleben beziehungsweise der alltäglichen Wohnpraxis.

Die Erzählungen können jedoch nicht nur mit der eigenen früheren Narration verglichen werden, sondern auch mit den Erzählungen von Nachbar\_innen. Diese doppelte Ebene des Vergleichs ermöglicht es, gemeinsame Tendenzen herauszuarbeiten. Das zeigte sich im Fall von Monte Laa etwa anhand der ähnlichen Ereignisse, um welche die Wohngeschichten in den Interviews von 2018 strukturiert waren. So waren viele Erzählungen auch formal um die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ 2015 als Wendepunkt im subjektiven Raumerleben organisiert. Ebendieser Zusammenhang kann herausheben, wie sich weitreichende, konjunkturelle Veränderungen in geänderten lokalen Alltagspraxen räumlich ausdrücken. Dies betrifft sowohl die Unterscheidung in als ‚eigene‘ und ‚fremde‘ empfundene Räume als auch die subjektive Positionierung in Bezug auf diese Trennlinien.

Kernaspekt der Auswertung war die Verortung des Wohnalltags in einem multiskalaren Kontext, vom Wohnhaus ausgehend über Wiener Stadtteile und angrenzende Regionen in Österreich und den Nachbarländern bis hin zu den Geburtsländern der Bewohner\_innen. Die Gegenüberstellung von 2011 und 2018 zeichnet Monte Laa als Ort aus, der auch dadurch entsteht, dass Bewohner\_innen veränderte Beziehungen zu anderen Orten herstellen und das Wohnquartier in einem translokalen Kontext stets neu positionieren. Das gilt sowohl für den imaginierten Stadtraum als auch für den tatsächlich gelebten.

Monte Laa erscheint dabei nicht nur als Wiener Ort, sondern – 2018 noch stärker als 2011 – in einen transnationalen, zentral- und osteuropäischen

Raum integriert. So verorten sich Arbeits- und Alltagsfunktionen der Bewohner\_innen in mehreren Ländern, ebenso wie die ‚vertrauten‘ und ‚unvertrauten‘ Räume ihres Alltags. Mediale und politische Debatten in diversen zentral- und osteuropäischen Ländern können die Verschiebung von Zugehörigkeiten und Grenzziehungen im Wiener Wohnquartier beeinflussen, wie auch die Art, sich im Alltag fortzubewegen. Stark zu erkennen war hier insbesondere der seit 2015 gestärkte Einfluss von rassistischen und vor allem antimuslimischen Positionen.

## Endnoten

- [1] Besonderer Dank gilt dem Amt der Wiener Landesregierung, Magistratsabteilung 50/ Wohnbauforschung, in dessen Auftrag die im Artikel gegenübergestellten Interviewserien durchgeführt wurden, sowie den anonymen Gutachter\_innen für ihre konstruktiven Hinweise zu früheren Versionen des Textes.
- [2] Im weiteren Artikel werden Interviewzitate *als kursivgesetzt gekennzeichnet*.

## Autor\_innen

Daniele Karasz ist Sozialanthropologe und arbeitet zu Themen des Wohnens, der Stadtentwicklung sowie der Migration.  
daniele.karasz@univie.ac.at

## Literatur

- Brenner, Neil / Keil, Roger (2011): From global cities to globalized urbanization. In: Richard LeGates / Frederic Stout (Hg.), *The city reader* (5. Ausgabe). New York: Routledge, 599-608.
- Brenner, Neil / Theodore Nik (2002): Cities and the geographies of „Actually Existing Neoliberalism“. In: Neil Brenner / Nik Theodore (Hg.), *Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe*. Malden/Oxford: Blackwell, 2-32.
- Burawoy, Michael (1998): The extended case method. In: *Sociological Theory* 16/1, 4-33.
- Çağlar, Ayşe / Glick Schiller, Nina (2011): Introduction. Migrants and cities. In: Nina Glick Schiller / Ayşe Çağlar (Hg.), *Locating migration: Rescaling cities and migrants*. Ithaca/London: Cornell University Press, 1-22.
- Çağlar, Ayşe / Glick Schiller, Nina (2015): A multiscalar perspective on cities and migration. In: *Sociologica* 2015/2.
- Çağlar, Ayşe / Glick Schiller, Nina (2018): Multiscalar city-making and emplacement. Processes, concepts, and methods. In: Ayşe Çağlar / Nina Glick Schiller (Hg.), *Migrants and city making: Dispossession, displacement, and urban regeneration*. Durham/London: Duke University Press, 33-94.
- Clapham, David (2017): Housing pathways. A social constructionist research framework. In: Jim Kemeny (Hg.), *Social constructionism in housing research*. New York: Routledge, 93-116.
- Denk, Franz / Feuerstein, Christiane (2011): Blocksanierungskonzept, 1100 Wien, Kretaviertel. Studie im Auftrag des Wohnfonds Wien. Wien: Wohnungsfonds Wien
- Eurostat (2020): Bevölkerung am 1. Januar nach breite Altersgruppe, Geschlecht und Metropolregionen. [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=met\\_pjanagr3&lang=de](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=met_pjanagr3&lang=de) (letzter Zugriff am 26.11.2020).
- Flick, Uwe (2009): *An introduction to qualitative research*. London: Sage.
- Forgacs, David (2000): *The Gramsci reader. Selected writings 1916-1935*. New York: New York University Press.

- Frank, Michael C. (2009): Imaginative geography as a travelling concept: Foucault, Said and the spatial turn. In: *European Journal of English Studies* 13/1, 61-77.
- Gebietsbetreuung Stadterneuerung 10 (2008): Kreta – Strukturhebung – Blockauswertung basierend auf Bevölkerungsevidenz, Stichtag: 31.03.2004 – MA18. Wien: Gebietsbetreuung Stadterneuerung 10.
- Gingrich, Andre (2012): Comparative methods in socio-cultural anthropology today. In: Richard Fardon / Oliva Harris / Trevor H. Marchand / Chris Shore / Veronica Strang / Richard Wilson / Mark Nuttall (Hg.), *The Sage handbook of social anthropology*. London: Sage, 201-215.
- Gingrich, Andre / Fox, Richard G. (2002): *Anthropology, by comparison*. London/New York: Routledge.
- Gutmann, Raimund / Huber, Margarete (2014): Die Sicherung der „Sozialen Nachhaltigkeit“ im zweistufigen Bauträgerwettbewerb. Evaluierung der soziologischen Aspekte – Eine Zwischenbilanz. Wien: Projekt im Auftrag der MA-50 – Wiener Wohnbauforschung.
- Jessop, Bob (2005): Gramsci as a spatial theorist. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 8/4, 421-437.
- Karasz, Daniele (2018a): Nachbarschaft im Wandel. Einflussfaktoren auf nachbarschaftliches Zusammenleben und Schlussfolgerungen für die Planung im Wohnbau – Eine qualitative Studie. Wien: Projekt im Auftrag der MA-50 – Wiener Wohnbauforschung.
- Karasz, Daniele (2018b): *Reinventing the city. About migrants and the reuse of urban brownfields in Vienna*. Wien: Universität Wien, Dissertation.
- Karasz, Daniele / Širbegović, Amila / Dika, Antonia (2011): *Our Stories – Unsere Geschichte(n) – Oral History als identitätsstiftendes und gemeinschaftsförderndes Element im Wohnbau – ein Pilotprojekt in Monte Laa*. Wien: Projekt im Auftrag der MA-50 – Wiener Wohnbauforschung.
- Kruzler, David (2019): Wien knackt 1,9-Millionen-Einwohner-Marke. In: *Der Standard*, 11.1.2019. <https://www.derstandard.at/story/2000095955764/stadt-wien-knackt-1-9-millionen-einwohner-marke> (letzter Zugriff am 20.4.2020).
- Kurier (2017): Frau im Laaer Wald vergewaltigt. Strafe erhöht. In: *Kurier*, 22.8.2017. <https://kurier.at/chronik/wien/frau-im-laaer-wald-vergewaltigt-strafe-erhoeht/282.027.587> (letzter Zugriff am 23.11.2020).
- Lefebvre, Henri (1970): *L'Urbanisme aujourd'hui. Mythes et réalités: débat entre Henri Lefebvre, Jean Balladur et Michel Ecochard*. In: Henri Lefebvre, *Du rural à l'urbain*. Paris: Anthropos, 217-227.
- Lefebvre, Henri (1991): *The production of space*. Oxford/Cambridge: Blackwell.
- Linde, Charlotte (1993): *Life stories. The creation of coherence*. Oxford: Oxford University Press.
- Mayer, Gregor (2018): Empörung im Wiener Rathaus über ungarisches Ministervideo. In: *Der Standard*, 8.3.2018. <https://www.derstandard.at/story/2000075622476/empoerung-im-wiener-rathaus-ueber-ungarisches-ministervideo> (letzter Zugriff am 13.8.2019).
- Mietervereinigung (2016): *Kategorien von Wohnungen*. <https://mietervereinigung.at/4892/Kategorien-von-Wohnungen> (letzter Zugriff am 23.11.2020).
- Opratko, Benjamin (2019): *Im Namen der Emanzipation. Antimuslimischer Rassismus in Österreich*. Bielefeld: transcript.
- Die Presse (2016): Strache wirbt bei Serben für Hofer. In: *Die Presse*, 1.11.2016. <https://www.diepresse.com/5111071/zeitung-strache-wirbt-bei-serben-fur-hofer> (letzter Zugriff am 21.4.2020).
- Rosenthal, Gabriele (1995): *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte*. Frankfurt am Main: Campus.
- Said, Edward W. (1995 [1978]): *Orientalism*. Harmondsworth: Penguin.
- Said, Edward W. (2000): Invention, memory, and place. In: *Critical Inquiry* 26/2, 175-192.
- Sheppard, Eric / Gidwani, Vinay / Goldman, Michael / Leitner, Helga / Roy, Ananya / Maringanti, Anant (2015): Introduction. *Urban revolutions in the age of global urbanism*. In: *Urban Studies* 52/11, 1947-1961.
- Stadt Wien (2016a): *Wirtschaftsstandort Wien 2016 – Business Location Vienna 2016*. Wien: Stadt Wien. <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/wirtschaftsstandort-wien-2016-deutsch.pdf> (letzter Zugriff am 23.11.2020).
- Stadt Wien (2016b): *Wien handelt – Kurzfassung zum STEP 2025*. Wien: Stadt Wien. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2025/kurzfassung/index.html> (letzter Zugriff am 23.11.2020).

- Stanek, Łukasz (2011): Henri Lefebvre on space architecture, urban research, and the production of theory. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- STEP 05 (2005): Stadtentwicklungsplan Wien 2005. Wien: Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung Wien.
- Wissen, Markus / Röttger, Bernt / Heeg, Susanne (2008): Politics of scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien: Edition Konturen.

### *Interviewquellen, eigene empirische Forschung*

- Interview mit Alexander, Bewohner von Monte Laa (2011).
- Interviews mit Ivana, Bewohnerin von Monte Laa (2011 und 2018).
- Interview mit Maria, Bewohnerin von Monte Laa (2018).
- Interview mit Paula, Bewohnerin von Monte Laa (2018).
- Interview mit Niko, Bewohner von Monte Laa (2018).
- Interview mit Sara, Bewohnerin von Monte Laa (2018).

## **Conjuncture(s) and the shifting boundaries of the city. The repetition of narrative interviews as method: an experiment in the Monte Laa neighborhood in Vienna, Austria**

*The article proposes the repetition of narrative interviews as a method to seize the ever shifting boundaries of urban space in everyday residential practices. I take a conjunctural understanding of the city and of location as entry point. Such understanding sees varying power relations in transnational and global contexts as always articulated in localized practices: in concrete places and at specific historical moments. The article takes the newly developed Monte Laa neighborhood in Vienna as an example. Narrative, biographical interviews were conducted with the same residents in 2011 and 2018. In comparing the two interview series, I discuss how historical conjunctures “condense” in localized, everyday live. The repetition of the interviews highlights how racist discourses in Austria and in other countries of Central and Eastern Europe have been influencing residential practices. Thereby, housing is framed as a potentially multi-scalar practice. The article focuses on how changing residential practices create new trans-local and transnational relationships. Thus, in everyday life urban space and its boundaries are redefined again and again.*

# Ganz gewöhnliche Viertel

Stigma und Realitäten in Casablancas Slum Er-Rhamna

Raffael Beier

Slums gelten als *das* Symbol der vermeintlich unterentwickelten und unkontrolliert wachsenden Megastädte des Globalen Südens. Die damit einhergehende Stigmatisierung von Slums hat nicht nur alltägliche Folgen für die Bewohner\*innen, sondern hat spätestens im Zuge der Millennium-Entwicklungsziele auch zu einer Renaissance von Massenwohnungsbauprojekten, Verdrängungen und Umsiedlungen an den Stadtrand geführt. In Bezug auf Marokko zeigt der Artikel, inwieweit ein global verbreitetes, negatives Bild von Slums zu repressiven Wohnungspolitiken geführt hat. Aufbauend auf einer Haushaltsbefragung und qualitativen Interviews in einem sogenannten Slum in Casablanca dekonstruiert der Artikel bestehende Slum-Stigmata und zeigt, dass sich Slums nicht zwingend strukturell von anderen, gewöhnlichen Vierteln unterscheiden und maßgeblich durch Heterogenität gekennzeichnet sind. Als Konsequenz plädiert der Artikel dafür, Slums – analog zu Jennifer Robinsons Konzept der *ordinary cities* – als gewöhnliche Viertel zu bezeichnen und somit eine postkoloniale, empirisch-fundierte und vergleichend-analytische Sichtweise einzunehmen.

Ersteinreichung: 22. April 2020; Veröffentlichung online: 15. Dezember 2020  
An English abstract can be found at the end of the document.

## 1. Einleitung

Slums werden oft als Inbegriff einer vermeintlich unterentwickelten Welt gesehen, als Sinnbild von fehl- oder ungesteuertem Wachstum der sogenannten Megastädte des globalen Südens. Nicht zuletzt durch apokalyptische Bücher wie Mike Davis' *Planet der Slums* (2007) hat sich ein Bild von Slums als Orte der Armut, der sozioökonomischen Ausgrenzung und katastrophaler Wohnbedingungen verfestigt. Wenngleich Davis seine Literaturarbeit auch mit struktureller Kritik an einer neoliberalen und neokolonialen Welt- und Wirtschaftsordnung verknüpft, so ist das in solchen Büchern und Berichten global verbreitete Image des Slums – mit seinen Bildern von Wellblechhütten an Berghängen oder in Überschwemmungsgebieten, neben Bahngleisen oder auf Müllkippen – längst zu einem bestimmenden Faktor entwicklungspolitischer Wohnungsdebatten geworden. Das Image des Slums gilt demnach als unvereinbar mit dem Leitmotiv ‚erfolgreicher Entwicklung‘ und westlicher Moderne (Fischer 2014; Robinson 2002; Roy 2014; Valladares 2019). So wurde im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) das Ziel, den Anteil der in Slums lebenden Menschen weltweit zu reduzieren, zunächst mit dem Slogan ‚Städte ohne Slums‘ verknüpft. Autor\*innen wie Marie

Huchzermeyer (2011a), Alan Gilbert (2007) und Pushpa Arabindoo (2011) haben eindrucksvoll beschrieben, wie die Rückkehr des stigmatisierten Begriffs ‚Slum‘ und der Slogan ‚Städte ohne Slums‘ eine neue Welle von Zwangsvertreibungen und Umsiedlungen ausgelöst hat. Damit verknüpft ist eine Rückkehr zu Massenwohnungs- und Umsiedlungsprogrammen in vielen Ländern des globalen Südens (Beier/Vilmondes Alves 2015; Buckley/Kallergis/Wainer 2016; Croese/Cirolia/Graham 2016; Turok 2016), deren standardisierte und primär quantitative Umsetzung Gefahr läuft, mehr Probleme zu verursachen als zu lösen (u. a. Beier 2019; Fleischer/Hurtado Tarazona/Alvarez Rivadulla 2019; Nikuze et al. 2019; Patel/Sliuzas/Mathur 2015). In Anbetracht eines eklatanten Mangels an empirischen Daten über das Leben in ‚Slums‘ (Turok/Borel-Saladin 2018) entstehen Wohnungsprogramme in vielen Ländern des Globalen Südens auf Basis von Grundannahmen, die weniger auf empirischer Evidenz als auf einer vorschnellen und externen Beurteilung der Lebensbedingungen in den betroffenen Siedlungen beruhen.

Ein typisches Beispiel ist das Programm Villes Sans Bidonvilles (VSB, auf Deutsch: Städte ohne Slums) in Marokko, dessen Ziel es ist, alle Slums in Marokko zu beseitigen. Dem globalen Image von Slums entsprechend werden *bidonvilles*[1] in Marokko als marginalisierte und desintegrierte Räume absoluter Armut stigmatisiert (Arrif 1999). Seit 2004 werden im Rahmen des größtenteils privat finanzierten VSB-Programms in über achtzig marokkanischen Städten Slums abgerissen und deren Bewohner\*innen in neu entstehende Wohnsiedlungen am Stadtrand umgesiedelt. Den offiziellen Zielen des VSB-Programms zufolge soll das Programm urbane Armut reduzieren, Slumbewohner\*innen in die Stadt integrieren und somit städtische Ausgrenzung bekämpfen (MHUPV 2012). Gleichzeitig steht das VSB-Programm im Zusammenhang mit Selbstmordattentaten von Slumbewohner\*innen in Casablanca, die das bestehende Stigma von *bidonvilles* als Viertel der Ausgeschlossenen und als eine Brutstätte von religiösem Extremismus und Kriminalität verfestigten (Bogaert 2011). König Mohammed VI. hat Slums mehrfach als eine Bedrohung für die Entwicklung des Landes bezeichnet und betrachtet sie als unvereinbar mit *seiner* Vision eines wirtschaftlich starken, politisch stabilen, touristisch interessanten und modernen Marokkos (MHUPV 2013).

Dieser Artikel jedoch zeigt am Beispiel von Er-Rhamna, einem Slum in Casablanças Stadtteil Sidi Moumen, dass bei genauerer und vor allem empirischer Betrachtung von *bidonvilles* das stilisierte Image des Slums als Synonym von ‚Unterentwicklung‘ ins Wanken gerät. Die Gleichsetzung des Slums mit Armut und sozialer Ausgrenzung entbehrt zudem einer empirischen Grundlage. Stattdessen basiert das VSB-Programm auf einer externen Perspektive auf *bidonvilles*, die wesentlich durch Diskriminierung und Stigmatisierung beeinflusst wird. Aufbauend auf dieser empiriebasierten Argumentation hat der Artikel das konzeptionelle Ziel, Jennifer Robinsons (2006) Konzept der *ordinary cities* auf die Ebene der Stadtviertel zu übertragen. Es wird vorgeschlagen, Slums nicht länger als ‚besondere‘ oder ‚rückständige‘ Orte einer Stadt, sondern vielmehr als gewöhnliche Viertel (*ordinary neighbourhoods*) zu betrachten, die sich dynamisch entwickeln und keine politische Sonderbehandlung benötigen. Die Gleichbehandlung als *ordinary*



*neighbourhoods* ist notwendig, um die strukturelle Diskriminierung und Stigmatisierung von Slums zu bekämpfen und somit Stadtpolitiken entgegenzuwirken, die mit allen (repressiven) Mitteln ‚Städte ohne Slums‘ errichten wollen. Wie andere gewöhnliche Stadtviertel auch, sollten Slums nicht auf Basis vorgefertigter, kolonial beeinflusster Stadtmuster, sondern auf Grundlage empirischer Evidenz und viertelspezifischer Konzepte entwickelt werden. Der Artikel ruft zu mehr empirischen und vergleichenden Arbeiten zu Lebensweisen und Lebensbedingungen in Slums auf.

Der Forschung zu diesem Artikel liegt ein Mixed-Methods-Ansatz zugrunde, dessen Kern eine repräsentative Haushaltsumfrage mit 401 systematisch ausgewählten Bewohner\*innen Er-Rhamnas bildet.[2] Der Fragebogen sammelte nicht nur quantitative Daten zu Themen wie Wohnqualität und -zufriedenheit, Nachbarschaft, Mobilität und Einkommen, sondern wurde, wenn die befragten Personen gewillt waren, mehr zu erzählen, wie ein semi-strukturierter Interview-Leitfaden verwendet. In etwa einem Drittel der Fälle konnten so qualitative Interviews von bis zu zwei Stunden Länge zu individuellen Schwerpunktthemen geführt werden. Die Interviews wurden in Darija[3] geführt, was von allen kontaktierten Personen fließend gesprochen wurde. Der Autor war während der Umfrage vor Ort und führte die Interviews zusammen mit zwei studentischen, frankophonen Übersetzer\*innen (m/w) durch, die beide keinen Bezug zu Er-Rhamna hatten. Beide notierten über die Fragebögen hinaus Anmerkungen und Kommentare der Befragten, welche es dem Autor ermöglichten, flexibel Rückfragen zu stellen. Jedes Interview wurde anschließend mit den Übersetzer\*innen besprochen, um sprachliche Unklarheiten zu beseitigen.

Im nun folgenden 2. Abschnitt beschreibt der Artikel zunächst die Grundzüge des Konzepts der *ordinary cities* (Robinson 2006) und nimmt Bezug auf internationale Leitmotive der Entwicklungspolitik in Bezug auf Slums. Dabei wird auf eine global verbreitete Stigmatisierung von Slums eingegangen, die Wohnungsbau- und Umsiedlungspolitiken geprägt hat und dabei mehr auf Annahmen denn auf empirischer Evidenz beruht. Der Artikel nimmt dabei im Besonderen Bezug auf das marokkanische VSB-Programm. Der nächste Abschnitt (3.) des Artikels analysiert auf Basis der Empirie die Lebensbedingungen und Lebensweisen von Bewohner\*innen in Er-Rhamna und kontrastiert sie mit bestehenden Stigmata. Im Fazit (4.) werden Wege aufgezeichnet, wie Slums analog zu Robinson (2006) als *ordinary neighbourhoods* bezeichnet werden können und welche Forderungen sich daraus für die Stadtentwicklungsforschung ableiten.

## **2. Slums zwischen Megastadtsymbolik, *global* und *ordinary cities***

„Rather than categorising and labelling cities as, for example, Western, Third World, developed, developing, world or global, I propose that we think about a world of ordinary cities, which are all dynamic and diverse, if conflicted, arenas for social and economic life.“ (Robinson 2006: 1)

In wenigen Worten prägnant zusammengefasst, beschreibt dieses Zitat von der ersten Seite des Buchs *Ordinary Cities* das Grundprinzip hinter Jennifer

Robinsons Konzept der gewöhnlichen Städte. Das Ziel der Autorin ist die Entwicklung einer vergleichenden, postkolonialen Perspektive auf „Städte in einer Welt aus Städten“ (vgl. Robinson 2016a, 2016b), die sich loslöst von dominanten Kategorien und Hierarchien, die die Städte der Welt spätestens seit den 1980er Jahren grob in zwei Lager unterteilen: Auf der einen Seite stehen die *global cities* oder *world cities*, die, zurückgehend auf Saskia Sassen (2001) und John Friedmann (1986), als die ‚modernen‘ wirtschaftlichen Zentren der Globalisierung bezeichnet werden können. Auf der anderen Seite stehen die Megastädte des globalen Südens mit ihrem vermeintlich unkontrollierten Wachstum, dessen Symbol – der Slum – als Antithese der ‚modernen‘ Stadt ein Bild der Rückständigkeit zeichnet und Fragen der ‚Entwicklung‘ aufwirft (vgl. Roy 2011). Während sich wesentliche Theorien der Stadt(-entwicklung) wie selbstverständlich mit universellem Anspruch in wenigen Städten des globalen Nordens konstituiert haben, werden die Megastädte des globalen Südens durch Theorien der (Unter-)Entwicklung erklärt. Daraus ergibt sich ein hegemonialer Anspruch westlicher Stadttheorie und -moderne, der kaum infrage gestellt wird (vgl. Lawhon/Truelove 2020; McFarlane 2008; Watson 2009). Es wirkt normal, dass Städte wie Mumbai oder Rio de Janeiro sich an der Moderne New Yorks orientieren und messen. Umgekehrt erscheint ein solcher Vergleich ungewöhnlich. Mumbai und Rio de Janeiro werden scheinbar automatisch mit Bildern von Favelas und Slums verknüpft, während die Glastürme von New York implizit als Sinnbild der Moderne und der *global city* gelten. Robinsons Ziel ist es, mithilfe des Konzepts der *ordinary cities* die Lücke zwischen *global cities* und *megacities* zu überwinden und eine neue, kritische Stadtforschung auf der Basis von unvoreingenommenen Vergleichen zwischen Städten zu etablieren. Deren Ziel sollte es sein, klassische Annahmen in Bezug auf *Stadt* (im Singular) zu hinterfragen, um neue, postkoloniale Theorien von *Städten* (im Plural) zu generieren (Robinson 2016a, 2016b). In den letzten Jahren hat die postkoloniale Stadtforschung an Bedeutung gewonnen (Lawhon et al. 2020; Lawhon/Truelove 2020; Schindler 2017) und sich unter anderem verstärkt der Entwicklung sozial konstruierter Stigmata von ‚Megastadt‘ und ‚Slum‘ (Roy 2011; Fischer 2014; Valladares 2019) sowie der daraus resultierenden Überhöhung vermeintlicher Unterschiede zwischen ‚formellen‘ und ‚informellen‘ Stadträumen gewidmet (Cavalcanti 2014; Meth 2020; Yiftachel 2009). Hierauf soll im Folgenden näher eingegangen werden, bevor ich im letzten Abschnitt dieses Artikels wieder an das Konzept der *ordinary cities* anknüpfe.

Um die Jahrtausendwende erlebte der Begriff ‚Slum‘ auf internationaler Ebene eine Renaissance (Gilbert 2007; Huchzermeyer 2013). Die Initiative Cities Alliance verkündete ihren Slogan „Städte ohne Slums“ (World Bank/UN-Habitat 2000), der später in die MDGs übernommen wurde. UN-Habitat (2003) veröffentlichte den Bericht *The Challenge of Slums* und Mike Davis (2007) schürte mit seinem Buch *Planet der Slums* Horrorvisionen. Dabei wurde der ‚Slum‘ zum Symbol der ‚unterentwickelten‘ Megastadt, von Armut, Ausgrenzung und Ausbeutung – unvereinbar mit dem Ideal slumfreier und somit ‚entwickelter‘, ‚moderner‘ und international wettbewerbsfähiger Städte. Slums werden dabei nicht nur als kriminelle No-Go-Areas und als das Ergebnis einer Invasion von Landflüchtigen bezeichnet. Ihren

Bewohner\*innen wird oft jegliche ‚legitime‘ Stadtzugehörigkeit abgesprochen (Bogaert 2011; Cavalcanti 2014; Husseini de Araújo/Batista da Costa 2017; Valladares 2019).

In diesem Zusammenhang befürchtete Alan Gilbert (2007: 701), dass das negative Image des ‚Slums‘ zu neuen politischen Kampagnen, Vertreibungen und Programmen führen würde, die Slumbewohner\*innen stärker stigmatisieren und deren Lebensbedingungen nicht verbessern, sondern gefährden würden. Bereits James A. Yelling (1986: 1) stellte fest, dass der Begriff ‚Slum‘ eine Verurteilung bestehender Verhältnisse und einen Handlungsauftrag impliziere. Zwänge des internationalen Städtewettbewerbs haben diesen Handlungsauftrag weiter verstärkt (Huchzermeyer 2011a; Roy 2014). Wenn sich Städte als ‚modern‘ und ‚entwickelt‘ auf dem Weltmarkt vermarkten wollen, dann versuchen sie, Slums zu verstecken oder zu beseitigen. Im Zuge von internationalen Megaevents wurden beispielsweise in Brasilien und Südafrika verstärkt Slums abgerissen und Bewohner\*innen umgesiedelt (Steinbrink/Haferburg/Ley 2011; Steinbrink et al. 2015). In Marokko wurden *bidonvilles* in der Einflugschneise des internationalen Flughafens von Casablanca nicht saniert, sondern umgesiedelt, weil Politiker\*innen befürchteten, internationale Gäste könnten beim Anblick auf die ärmlichen Hütten aus dem Flugzeug ein schlechtes Bild von Marokko erhalten (Arandel/Wetterberg 2013: 143). Selbst wenn Slums nicht abgerissen, sondern aufgewertet werden, werden Stigmata von Andersartigkeit, Kriminalität und Armut konserviert und mitunter gar von touristischen Stadtmarketingstrategien vereinnahmt (Roy 2011; Valladares 2019).

Eng verknüpft mit der Rückkehr des ‚Slums‘ in die internationale politische Debatte sind die MDGs. Die MDGs fokussierten sich in ihrem einzigen explizit stadtbezogenen Ziel auf *das* Symbol städtischer ‚Unterentwicklung‘ – die Slums. Sie machten die Entwicklungsforschung und -politik zu einem bedeutenden Treiber der Stadtentwicklung im globalen Süden und legitimierten so die Vormachtstellung der slumfreien Städte des Nordens, die keine Entwicklung mehr benötigten. Die MDG-Zielvorgabe 7.D lautete: „Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen“ (BMZ o. J.). Anfangs wurde dieses Ziel wörtlich mit dem Slogan „Städte ohne Slums“ der Cities Alliance verbunden (Huchzermeyer 2013: 301) und weitergehend „sorglos mit [ihm] vermengt“ (Berner 2016: 10). Obwohl Cities Alliance und die MDGs *participatory slum upgrading* als bevorzugten Politikansatz propagierten, setzten sie mit dem unvorsichtig formulierten Slogan doch implizite Anreize für *slum eradication*, also eine rein quantitative Reduzierung von Slums. *Slum eradication* wurde so zu einem legitimen Teil vermeintlicher Entwicklung und konnte von den Regierungen mit ihren MDG-Anstrengungen gerechtfertigt werden (Arabindoo 2011; Huchzermeyer 2013). Diese Anreize sind bis heute auch in den Indikatoren der nachfolgenden Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) präsent. Das SDG-Unterziel 11.1, „Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum [sicherzustellen] und Slums [zu] sanieren“, wird gemessen durch den „Anteil der urbanen Bevölkerung, die in Slums, informellen Siedlungen oder unangemessenen Unterkünften lebt“ (Statistisches Bundesamt 2020). Der Indikator setzt einen falschen Anreiz für die Zerstörung von Slumsiedlungen und die Vertreibung von

Slumbewohner\*innen, um eine positive Veränderung des Indikators zu erreichen. Dem oben zitierten, eigentlichen Ziel von SDG 11.1, Wohnsituationen zu verbessern, läuft dies klar zuwider.

Nichtsdestotrotz entstanden in den vergangenen Jahren immer mehr, größtenteils privat finanzierte Massenwohnungsbauprogramme, die auf eine quantitative Reduktion von Slumbewohner\*innen abzielen, ohne sich genauer mit den Ursachen von und Lebensbedingungen in Slums auseinanderzusetzen (Buckley/Kallergis/Wainer 2016; Croese/Cirolia/Graham 2016; Turok 2016). Vielmehr stellen sie die Materialisierung eines politisch-planerischen Schwarz-weiß-Verständnisses ‚informeller‘ und ‚formeller‘ Stadträume dar (Meth 2020). Dieser Trend ist nicht allein den MDGs und der Renaissance des Slum-Begriffs zuzuschreiben. Zahlreiche Länder haben jedoch neue großmaßstäbliche und repressive Programme zur Bekämpfung von Slums mit direktem Bezug zu den MDGs ins Leben gerufen (Arabindoo 2011; Huchzermeyer 2013). Marokkos Regierung betrachtet zum Beispiel das VSB-Programm, welches direkten wörtlichen Bezug auf „Städte ohne Slums“ nimmt, als eine Umsetzungsmaßnahme der MDGs (MHUPV 2012: 14). Gleichzeitig ist in Casablanca das VSB-Ziel, ‚Städte ohne Slums‘ zu erreichen, verbunden mit der strategischen Vision, Casablanca zu einer internationalen Finanzmetropole auszubauen. Zudem nutzt der Staat das VSB-Programm dazu, zentrale, lukrative Flächen von *bidonvilles* gegen periphere öffentliche Grundstücke einzutauschen. Das VSB-Programm kann somit als eine neoliberale Umsetzung eines westlichen Entwicklungsverständnisses verstanden werden (vgl. Bogaert 2018), das im Zuge von Cities Alliance, MDGs und SDGs das Image von Slums als Antithese von Entwicklung und als ein Symbol von Rückständigkeit manifestiert hat.

Bilder von ‚hässlichen‘, ‚rückständigen‘ Slums passen nicht zum Weltklasse-Image, das Großprojekte wie die neue Waterfront „Casablanca Marina“ vermarkten sollen, um Investor\*innen und Tourist\*innen anzulocken (Bogaert 2018: 2). König Mohammed VI. bezeichnete 2001 das Fortbestehen von *bidonvilles* in Marokko als eine Gefahr für die wirtschaftlichen Entwicklungserfolge des Landes (MHUPV 2013: 49). Das bezieht sich nicht nur auf störende Bilder von ‚armseligen‘ und ‚unmodernen‘ Hützensiedlungen, sondern auch auf das Stigma von *bidonvilles* als Horte der Kriminalität und des Extremismus – aber auch der sozialen Revolte (Beier 2018; Bogaert 2011; Zaki 2005: 52 ff.). In seinen Reden hat sich König Mohammed VI. geschickt als König der Armen präsentiert, der nicht die Bewohner\*innen der *bidonvilles* selbst, sondern die zugrundeliegenden Strukturen von Ausgrenzung und Armut in den *bidonvilles* verurteilt, welche deviantes Verhalten fördern würden. Das VSB-Programm soll demnach *bidonvilles* als „Quellen von Frustration, Exklusion, Devianz und Extremismus“ (König Mohammed VI. in MHUPV 2013: 68; Übers. d. A.) beseitigen und ihre Bewohner\*innen durch Umsiedlung in neue Wohnungen in die Stadt integrieren. In den neuen Wohnvierteln am Stadtrand sollen deren Kinder „zu guten Stadtbürger\*innen von morgen heranwachsen“ (König Mohammed VI. in MHUPV 2013: 123; Übers. d. A.).

Inwieweit *bidonvilles* jedoch als Orte der Ausgrenzung und Armut bezeichnet werden können, ist ebenso fraglich wie die Annahme, dass Umsiedlungen Armut und Ausgrenzung reduzieren können (Bartoli 2011; Beier 2019).

Abdelmajid Arrif ist überzeugt, dass solche „externen Sichtweisen“ mehr über ihre Betrachter\*innen verraten als über den Lebensraum *bidonville*“ (1999: 299; Übers. d. A.). Das VSB-Programm gründet zu großen Teilen auf Annahmen und Behauptungen, die auf einer solchen Außenperspektive beruhen (Beier 2019: 133). Generell fehlt es an empirischer Forschung zu Anzahl, Lebensbedingungen und Lebensweisen von Slumbewohner\*innen (Deboulet 2016; Huchzermeyer 2011a: 77) – insbesondere in weniger bekannten Siedlungen (Valladares 2019). Auch mit Blick auf die Wirkung von Slums auf soziale Mobilität fehlt es an empirischer Evidenz (Turok/Borel-Saladin 2018). Der folgende Abschnitt, im Grundprinzip dem theoretischen Ansatz von Robinson (2006: 2) folgend, hinterfragt daher kritisch Grundannahmen hinter dem ‚Slum‘ als Symbol der *megacities*.

### 3. Realitäten versus Stigma – ein empirischer Blick auf Er-Rhamna

„Was der Unterschied ist zwischen der *ancienne médina* [Altstadt][4] und Er-Rhamna? Nichts! Außer vielleicht, dass man hier in Er-Rhamna besser leben kann.“ (Mohammed[5], 28, Straßenverkäufer in Casablancas *medina* und Bewohner von Er-Rhamna)[6]

Von außen mögen diese beiden Siedlungsräume sich fundamental unterscheiden: auf der einen Seite die *medina* – das Symbol der ‚orientalischen Stadt‘[7] und anerkanntes Weltkulturerbe in mehreren marokkanischen Städten –, auf der anderen Seite das *bidonville* oder der Slum – das Symbol für ‚Unterentwicklung‘ und Armut. Während die *medina* als Aushängeschild marokkanischer Kultur vermarktet wird, wird das *bidonville* als Gefahr für den Tourismus gesehen (König Mohammed VI. 2001 in MHUPV 2013: 49). Nimmt man jedoch, wie mein Interviewpartner Mohammed, die Innenperspektive ein, verschwimmen vermeintlich klare Unterschiede. So betont Arrif (1999: 301) die Ähnlichkeit von *bidonvilles* mit dem klassischen Modell der arabisch-islamischen Stadt, wie sie die *medina* verkörpert. Zudem war letztere klassischerweise ein Wohnraum ökonomisch schwächerer Bevölkerungsschichten, gekennzeichnet durch marode Bausubstanz und veraltete Infrastruktur (Benlahcen Tlemçani/Missamou 2000). Das touristische Potential der *medina* hat in den vergangenen Jahrzehnten jedoch verstärkt ausländisches und inländisches Kapital angezogen. Historische Bausubstanz wurde renoviert, Basisinfrastruktur erneuert und touristische Infrastruktur ausgebaut. In Städten wie Marrakesch hat dies auch zu Gentrifizierung geführt (Escher/Petermann/Arnold 2018; Spotorno 2019). In weniger touristischen Städten wie Casablanca und Salé blieben diese Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse weitestgehend aus. Teile von Casablancas Altstadt wurden gar abgerissen, um Platz zu schaffen für den geplanten Bau eines Prachtboulevards (Berry-Chikhaoui 2010).

In meinen eigenen Vorträgen und Seminaren innerhalb und außerhalb Marokkos habe ich mehrfach eine Art Rätsel verwendet, in dem ich die Teilnehmenden bitte, fünf durcheinandergewürfelte Bilder aus der Altstadt der UNESCO-Weltkulturerbe-Stadt Rabat und aus Casablancas *bidonville* Er-Rhamna der jeweiligen Siedlung zuzuordnen. Wenige haben bislang alle fünf



Bilder richtig zugeordnet (vgl. Abb. 1). Dennoch: Kaum jemand hinterfragt, dass in Marokko *medinas* renoviert und touristisch vermarktet werden, während *bidonvilles* im ganzen Land „ausgerottet“ (*éradiquer*; MHUPV 2012: 13) werden sollen. Selbstverständlich stehen die bewusst ausgewählten Bilder weder für Er-Rhamna noch für Rabats Altstadt im Allgemeinen. Das Rätsel aber offenbart vorgefertigte Images und Verallgemeinerungen, die zu reflektieren sind.

Er-Rhamna ist eines der letzten *bidonvilles* in Casablancas Stadtteil Sidi Moumen, welcher als Heimat der Selbstmordattentäter von 2003 unrühmliche Bekanntheit erlangte. Mit etwa 37.000 Einwohner\*innen in etwa 6.000 Häusern auf einer Fläche von lediglich 27 Hektar ist es das größte noch bestehende *bidonville* Marokkos und wurde deshalb für die hier vorgestellte Studie ausgewählt. Seit Jahren hören die Bewohner\*innen regelmäßig, dass sie sehr bald umgesiedelt werden, doch die Umsetzung des VSB-Programms lässt in Er-Rhamna weiter auf sich warten.[9]

Das einleitende Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, die Perspektive zu wechseln und Wohnbedingungen nicht nur aus der Außen-, sondern vor allem aus der Innen- und somit der Bewohner\*innenperspektive zu bewerten (vgl. Abb. 2) (vgl. Geiselhart 2017: 228; Perlman 2016). Während das Stigma von Armut und ‚Unterentwicklung‘ vor allem auf der Außenperspektive beruht, wird aus der Innenperspektive eine größere Heterogenität der Lebensbedingungen deutlich. Armut und prekäre Lebensverhältnisse bleiben auch der Innenperspektive nicht verborgen; sicherlich würden nicht alle Bewohner\*innen Er-Rhamnas Mohammeds Vergleich mit der *medina* vom Beginn des Kapitels zustimmen. Die Innenperspektive verhindert aber eine vorschnelle Verallgemeinerung, die mit stigmabelasteten Begriffen wie ‚Slum‘ und ‚bidonville‘ einhergeht. Soziologiestudentin und Bewohnerin Nadia, 28, betont:

„Du kannst nicht sagen, wo du herkommst! Sagst du, du kommst aus dem *bidonville*, gucken dich die Leute schief von der Seite an. Viele, die so reagieren, sind noch nie hier gewesen. Aber wenn du von außen die Viertel und die Leute bewertest, dann ist das oberflächlich!“

Abb. 1 Welche Fotos zeigen die Altstadt von Rabat und welche den Slum Er-Rhamna in Casablanca? (Quellen: eigene Fotos[8])





Abb. 2 Gegen-  
sätzliche Außen- und  
Innenansichten der  
Wohnbebauung in Er-  
Rhamna, Casablanca  
(Quellen: eigene  
Fotos, Februar und  
März 2017)

Im Fall von Er-Rhamna wird dies auch dadurch verstärkt, dass die Siedlung von innen nach außen gewachsen ist. Das heißt, ältere und über die Jahre ausgebaute, verstetigte und verschönerte Häuser befinden sich vor allem im Inneren der Siedlung, während jüngere, oft prekärer aussehende Häuser überproportional oft an den Rändern der Siedlung liegen und somit stärker von außen wahrgenommen werden können.

Das Stigma des ‚Slums‘ hat in Er-Rhamna erheblichen Einfluss auf das Leben der Bewohner\*innen und auf eine im Durchschnitt positive Haltung zu einer möglichen Umsiedlung an den Stadtrand. Nachhilfelehrer Khalid, 21, meint dazu:

„Manche Bewohner\*innen würden sogar eine Umsiedlung akzeptieren, wenn sie zum Mond ziehen müssten. Viele sehen die Probleme nicht, die auf sie zukommen. Aber ein großes Problem ist die Stigmatisierung. Seit der Schule bekommen die Leute hier zu hören, dass sie Menschen zweiter Klasse sind. [...] Und wenn dich jemand aufgrund deines Wohnorts beleidigt und du dich wehrst, hat er immer bessere Karten. Er kann die Polizei rufen und keiner wird dir glauben, weil du im *karyan*[10] wohnst.“

Eine andere Bewohnerin schilderte, dass sie jedes Mal, wenn sie ein Taxi benutzt, sich nicht traut, dem Fahrer zu sagen, dass er sie nach Er-Rhamna bringen soll. Sie lässt sich dann ins benachbarte Viertel Saâda fahren und läuft nach Hause. Umgekehrt steuern manche Taxifahrer *bidonvilles* aus Angst nicht an (Zaki 2005: 63).

Im Allgemeinen beruht die Stigmatisierung der *bidonvilles* in Marokko – nicht nur in Er-Rhamna – auf verschiedenen, grob differenzierbaren Einzelaspekten. Laut Lamia Zaki (ebd.: 49 ff.) zählen dazu:

- die ästhetische Stigmatisierung in Bezug auf die Bausubstanz,
- die sozio-ökonomische Herabwürdigung und das Absprechen von *agency*,
- das Abstreiten der Stadtzugehörigkeit (*urban citizenship*),
- die Kriminalisierung der Bewohner\*innen als ‚illegale Schmarotzer\*innen‘ und
- die Brandmarkung als politische Unruheherde und Brutstätten des Extremismus.

Die genannten Aspekte stehen in gegenseitiger Wechselwirkung und sind zudem auch in anderen geographischen Kontexten häufig Bestandteile der Stigmatisierung von Slums (vgl. Bayat/Denis 2000; Geiselhart 2017; Ghertner 2012; Gilbert 2007; Holston/Caldeira 2008; Husseini de Araújo/Batista da Costa 2017; Perlman 2016). Um das typische Stigma des ‚Slums‘ zu dekonstruieren, werde ich im Folgenden mit Ausnahme des letzten Punkts (vgl. hierfür Beier 2018; Zemni/Bogaert 2011) auf alle oben genannten Einzelaspekte eingehen und diese, basierend auf selbst erhobenen Daten zu Er-Rhamna, kritisch hinterfragen.

### 3.1. Wohn- und Infrastrukturqualität in Er-Rhamna

Das für das VSB-Programm verantwortliche Ministerium definiert ein *bidonville* als „eine Barackensiedlung, bestehend aus notdürftigen Hütten, oft errichtet mit einfachen und verschiedenartigen Recyclingmaterialien (z. B. Wellblech und Holz) auf Flächen ohne jegliche Basisinfrastruktur (Abwasser, Trinkwasser, Strom...)“ (MHUPV 2012: 12; Übers. d. A.). Diese Definition spiegelt das typische Image von Slums wider und setzt sie mit Unterentwicklung und Rückständigkeit gleich. Es zeigt auf deutliche Weise die staatlich gelenkte Stigmatisierung von *bidonvilles* und entspricht in keiner Weise der Realität in Marokko. Typisch für viele informelle Siedlungen und den Theorien John F. C. Turners (1977) entsprechend wurde Er-Rhamna durch seine Bewohner\*innen über mehrere Jahrzehnte hinweg inkrementell entwickelt und verstetigt. Das Viertel entstand Ende der 1960er Jahre durch Migrant\*innen aus der Provinz Rhamna nahe Marrakesch, die sich zunächst in Zelten auf einer großen Brachfläche neben einem alten Steinbruch niederließen. Laut Bewohnerin Hafida zahlte ihr Vater, als er aus der Sahara in den 1970er Jahren nach Casablanca kam, 40 Dirham an den *qaïd*[11] für ein Stück Land, auf dem er eine Holzhütte errichten durfte. Über die Jahre hinweg hat er mehrfach den *qaïd* um Erlaubnis gefragt (und bezahlt), um sein Haus ausbauen zu dürfen. Heute hat es zwei Etagen und drei Schlafzimmer mit insgesamt etwa 60 Quadratmetern Wohnfläche für drei kleine Haushalte. Zahlreiche weitere Bewohner\*innen haben, durchaus mit Stolz, ähnliche Geschichten über ihren familiären Hausbau berichtet.

Heute bestehen nahezu alle Häuser in Er-Rhamna aus Stein und Zement, 28 Prozent der Häuser haben zwei oder drei Etagen und im Schnitt beträgt die Wohnfläche 50 bis 60 Quadratmeter. Alle Häuser besitzen einen formellen Stromanschluss[12] und eine eigene Toilette und 95 Prozent verfügen über einen Wasseranschluss im Haus. Auf der anderen Seite schützt das Dach von nur einem Viertel der Häuser immer und effektiv vor Regen und ist in über 90 Prozent der Fälle aus Wellblech. Der Wasserdruck ist vor allem im Sommer oft niedrig und über Stromausfälle sowie Feuer als Folge von Kurzschlüssen wird regelmäßig berichtet. Da die Siedlung nicht an das Kanalsystem angeschlossen ist, müssen Abwassertanks im Boden regelmäßig durch die Bewohner\*innen selbst oder beauftragte Klempner geleert werden.

Was die Zufriedenheit mit Infrastruktur und dem eigenen Haus angeht, ergibt sich ein gespaltenes Bild, das die Heterogenität von Er-Rhamna unterstreicht. Insgesamt sind nahezu gleich viele Personen zufrieden (44 Prozent) wie unzufrieden (41 Prozent) mit der Infrastruktur. Was die Haus- und



Tab. 1 Pearson-Korrelationen zwischen Pro-Kopf-Einkommen bzw. Wohndauer und Wohnqualität und -zufriedenheit in Er-Rhamna (Quelle: eigene Daten)

|   | Größe des Hauses    | Wohndichte                          | Das Dach schützt vor Regen | Zufriedenheit mit dem Haus                  |
|---|---------------------|-------------------------------------|----------------------------|---|
| <i>Einheit</i>  | <i>Quadratmeter</i> | <i>Haushaltsmitglieder pro Raum</i> | <i>ja/nein</i>             | <i>5-stufige, aufsteigende Likert-Skala</i> |
| <b>Pro-Kopf-Einkommen des Haushalts</b><br><i>(Dirham/Kopf)</i> | 0,141*<br>(n=287)   | -0,264***<br>(n=380)                | 0,148**<br>(n=369)         | 0,108*<br>(n=380)                           |
| <b>Wohndauer</b><br><i>(Jahre)</i>                              | 0,209***<br>(n=297) | -0,174***<br>(n=398)                | (0,85)<br>(n=387)          | 0,99*<br>(n=398)                            |

Signifikanzniveaus: \*  $p \leq 0,05$ ; \*\*  $p \leq 0,01$ ; \*\*\*  $p \leq 0,001$

Wohnqualität angeht, so ist ein Drittel der Haushalte zufrieden, während 40 Prozent mit ihrem Haus unzufrieden sind. Die Daten der Haushaltsbefragung zeigen außerdem, dass Einwohner\*innen ihr Einkommen nutzen, um in ihr Haus zu investieren. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte ist, desto größer das Haus, desto niedriger die Wohndichte (Haushaltsmitglieder pro Raum) und desto wahrscheinlicher schützt das Dach vor Regen. Auch die Zufriedenheit mit dem Haus steigt mit höherem Pro-Kopf-Einkommen (vgl. Tab. 1). Zudem korreliert die Wohndauer signifikant positiv mit der Hausgröße sowie der Zufriedenheit mit dem Haus, was nahelegt, dass Personen über die Zeit ihre Häuser ausbauen (vgl. Tab. 1). Allerdings könnten die Investitionen in das Haus und somit auch der Wohnkomfort vermutlich deutlich größer sein, würden nicht Gerüchte über eine baldige Umsiedlung die Investitionsbereitschaft hemmen. Bouchra, 28, erzählte, dass sie eine alte Werkstatt in Er-Rhamna ausgebaut hat und mit ihrem Mann dort eingezogen ist:

„Einige hier haben durchaus Ersparnes, aber sie investieren es nicht in die Pflege, den Ausbau oder die Renovierung ihrer Häuser, weil sie jederzeit damit rechnen, umgesiedelt zu werden. Ich sehe das nicht so. Ich finde, man sollte es sich im Hier und Jetzt schön machen.“

Er-Rhamna hat sich also über Jahrzehnte hinweg entwickelt und verbessert. Der Staat hingegen hat seit den 2000er-Jahren durch die wiederholten Gerüchte über eine nahende Umsiedlung diese Entwicklung aktiv gebremst. Das zeigt sich auch bei den Umzugsaktivitäten: Auch Haushalte, die es sich leisten könnten und die willens sind, auszuziehen, bleiben in Er-Rhamna wohnen, um nicht den Anspruch auf eine Wohnung vom Staat zu verlieren. Die natürliche Dynamik und Fluktuation des Viertels sind bedingt durch Gerüchte und verstärkte staatliche Kontrolle zum Erliegen gekommen.

### 3.2. Armut in Er-Rhamna

Wie bereits beschrieben, sieht der marokkanische Staat das VSB-Programm als wichtigen Beitrag zum Kampf gegen städtische Armut und Ausgrenzung. Laut des federführenden Ministeriums „stellen *bidonvilles* eine Brutstätte par excellence für Armut und soziale Ausgrenzung im urbanen Raum dar“

(MHUPV 2012: 33; Übers. d. A.). Zaki (2005: 62) betont, dass das Außenbild des Slums als armseliger und marginalisierter Raum nahtlos auf die Bewohner\*innen übertragen wird. Ein Blick auf die Daten der Haushaltsumfrage zeigt jedoch, dass – beruhend auf nationalen Armutsgrenzen (HCP 2018) – ‚nur‘ 15 Prozent der Haushalte als ‚monetär arm‘ zu klassifizieren sind und somit über ein Pro-Kopf-Jahreseinkommen von weniger als 4.668 Dirham (ca. 420 Euro) verfügen. Eine Anfälligkeit für Armut und somit ein Pro-Kopf-Jahreseinkommen zwischen 4.668 und 7.001 Dirham (ca. 630 Euro) betrifft weitere 28 Prozent der Haushalte (vgl. Abb. 3). Diese Werte liegen zwar deutlich über der methodisch bedingt schwer zu vergleichenden offiziellen Armutsrate in Sidi Moumen (5,6 Prozent arm oder armutsanfällig, HCP 2018), sie zeigen aber auch, dass über die Hälfte der Haushalte in Er-Rhamna weder arm noch armutsanfällig sind.

Auf Basis der Interviews mit Bewohner\*innen lassen sich zudem mindestens drei Gründe dafür feststellen, dass monetäre Armut in *bidonvilles* wie Er-Rhamna erträglicher ist als in anderen städtischen Vierteln, und zwar aufgrund geringer Wohnkosten, starker Solidaritätsnetzwerke und der relativ zentralen Lage. Viele Interviewte gaben als Vorteil eines Lebens im *bidonville* an, dass sie keine Miete zahlen müssen. Insbesondere für Haushalte mit schwankenden Einkommen bedeutet das Leben im *bidonville* daher mehr finanzielle Sicherheit und oft auch mehr Wohnfläche. Beispielhaft erzählte eine 36-jährige Bewohnerin: „Als wir in Hay Hassani wohnten, hatte mein Vater es weit zur Arbeit und wir hatten nicht immer das Geld für die Miete.“ In einem anderen Fall berichtete eine Putzkraft glücklich, dass ihr Chef ihr vor einiger Zeit ein Haus in Er-Rhamna für 43.000 DH (ca. 3.900 Euro) gekauft hatte. Nachdem ihr Mann chronisch krank und arbeitsunfähig geworden war, hatte sie zuvor kein Geld mehr gehabt, um neben den Medikamenten auch Wasser und Strom bezahlen zu können. Im Falle von Armut helfen zudem familiäre und nachbarschaftliche Solidaritätsnetzwerke, die am häufigsten als Vorteil des Lebens in Er-Rhamna genannt und als eine Kultur der Arbeiterklasse beschrieben wurden (vgl. Arrif 1999: 311; Beier 2019: 151 ff.). „Das Sozialleben ist hier nicht wie in Mietswohnhäusern, wo jede Tür geschlossen ist“, sagte ein 45-jähriger Nachtwächter. Eine 80-jährige Bewohnerin fasste es prägnant zusammen. Auf die Frage, was sie im Viertel schätzte, antwortete sie: „Meine Nachbarn! In 40 Jahren haben wir niemals gehungert!“ Als dritter armutsmildernder Faktor ermöglicht es die Lage von Er-Rhamna aufgrund

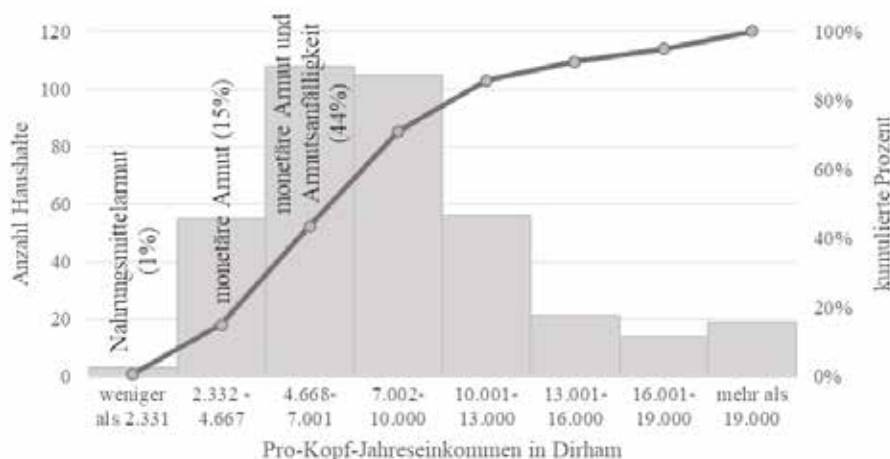


Abb. 3 Histogramm und kumulierte Verteilung von Pro-Kopf-Jahreseinkommen und Armut in Er-Rhamna (n=381; Quelle: eigene Daten)

seiner Nähe zu vielen Arbeitsplätzen, Transportkosten zu sparen und auch kurzfristig Arbeit zu finden. Drei Viertel der Befragten fühlen sich in Er-Rhamna nicht isoliert und rund 40 Prozent der Beschäftigten sind nicht auf motorisierten Transport angewiesen, um zur Arbeit zu gelangen. Hieraus speist sich auch Skepsis gegenüber Umsiedlungen: „Ich würde gerne in einer richtigen Wohnung wohnen, aber es würde weit weg sein und wir wären isoliert und hätten nichts zu tun.“ (23-jähriger arbeitsloser IT-Techniker)

### 3.3. Agency und soziale Mobilität in Er-Rhamna

Zaki (2005: 65 f.) betont, dass sich aus dem Bild einer Siedlung voller Armer in den Augen der Öffentlichkeit eine in gewissem Maße widerwillig akzeptierte Notwendigkeit staatlicher Hilfen ableitet. Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene wird den Bewohner\*innen damit einhergehend jegliche *agency* abgesprochen, sich selbst helfen zu können (vgl. Holston/Caldeira 2008; Hussein de Araújo/Batista da Costa 2017: 160). Im Umkehrschluss ergibt sich daraus die Annahme, dass niemand im *bidonville* wohnt beziehungsweise wohnen bleibt, der über die Ressourcen verfügt, wegziehen zu können. Daraus leitet sich ein weit verbreitetes Misstrauen insbesondere gegenüber jenen *Bidonville*-Bewohner\*innen ab, die ausreichend Geld zur Verfügung haben, um mehr als nur ihre Grundbedürfnisse zu decken, oder die relativ neu zugezogen sind. Ihnen wird unterstellt zu schmarotzen und staatliche Hilfen für den Eigentumserwerb erschleichen zu wollen. So berichtete zum Beispiel eine 22-jährige Studentin einer Privatuniversität, dass sie es zu vermeiden versucht, zu sagen, wo sie wohnt: „Wenn mich in der Schule Freund\*innen fragen, wo ich wohne und ich antworte ‚im *bidonville*‘, dann gucken sie mich komisch an und fragen: ‚Und dein Vater kann sich das leisten, für deine Uni zu bezahlen?‘ Das ist einfach nervig!“ Ihr Vater hat über Jahre gespart, um die monatlichen Studiengebühren beider Töchter in Höhe von drei Vierteln seines Monatsgehalts als Bauarbeiter bezahlen zu können.

Stigmatisierung untergräbt somit die *agency* der Bewohner\*innen, selbst zu entscheiden, wo sie wohnen wollen. Wie in anderen sozial benachteiligten Vierteln auch, wohnen längst nicht alle Bewohner\*innen nur in Er-Rhamna, weil sie es sich nicht leisten können wegzuziehen. Zwar steht die Mehrheit der Bewohner\*innen einer möglichen Umsiedlung positiv gegenüber, knapp 65 Prozent der Befragten gaben aber an, ihr Viertel zu mögen/lieben (fr.: *aimer*). Einige spüren eine starke Bindung zum Viertel und zum Stadtteil, wie beispielsweise eine vierfache Mutter in Er-Rhamna: „Ich liebe Sidi Moumen! Ich bin hier aufgewachsen und kenne hier jede Straße!“ Für andere ist auch das selbstgebaute Haus ein Bezugspunkt, an den starke Emotionen geknüpft sind: „Ich möchte nicht ausziehen! Ich bin stolz auf mein Haus! Mein Mann und ich haben es mit unseren eigenen Händen gebaut.“ (54-jährige Mutter) Für andere wiederum ist das Zusammenleben mit der Familie ein wesentlicher Faktor des *place attachments*. Der Fall einer 27-jährigen, alleinwohnenden Unternehmerin sticht hier heraus. Sie hat von ihrem Haus in Er-Rhamna aus selbstständig einen erfolgreichen Internetversandhandel für Kosmetika aufgebaut und besucht alle zwei Jahre eine internationale Messe in Malaysia. Sie gab an, zwar prinzipiell ausziehen zu wollen, aber einfach nicht die Zeit zu finden, nach einer Wohnung zu

suchen. Außerdem würde sie die Nähe zu ihrer Familie genießen, die gegenüber wohnt. Dieses Beispiel dokumentiert zudem – in deutlichem Kontrast zum Stigma – die existierende, zum Teil beeindruckende *agency* der Bewohner\*innen in Er-Rhamna. Um überhaupt ihr Unternehmen aufbauen zu können, musste die Unternehmerin beispielsweise das Internetkabel eines einige Blöcke entfernten Internetcafés zu ihrem Haus verlängern. Von staatlicher Seite ist es Telekommunikationsunternehmen untersagt, in *bidonvilles* Festnetzanschlüsse zu installieren und somit nicht-mobilen Internetzugang zu ermöglichen. Die *agency* der Bewohner\*innen wird also bewusst nicht gefördert.

Das Beispiel soll aber nicht dazu dienen, ein international seit den 2000er-Jahren populäres Image von Slums als Orten des heroischen Unternehmertums zu befeuern und das Konzept der *agency* auf unternehmerische Aktivität zu reduzieren (vgl. Roy 2011). Im Gegenteil soll es die Heterogenität der Lebens- und Arbeitsweisen in *bidonvilles* unterstreichen. Etwa die Hälfte der Beschäftigten in Er-Rhamna ist selbstständig, was etwa Tagelöhner\*innen, selbstständige Handwerker\*innen, Straßenverkäufer\*innen und Markthändler\*innen, aber auch Kleinunternehmer\*innen mit einschließt, die selbst Mitarbeiter\*innen beschäftigen. Die andere Hälfte sind Arbeiter\*innen und Angestellte, die vor allem in den nahen Industrien Arbeit finden, aber auch im Einzelhandel, der Sicherheits- und Transportbranche und der öffentlichen Verwaltung beschäftigt sind. Knapp zehn Prozent aller Beschäftigten sind Büro- und Fachangestellte beziehungsweise Lehrer\*innen.

Die für soziale Mobilität bedeutsame Integration in den Arbeitsmarkt und die *agency* der Berufswahl werden allerdings durch staatlich (re-)produzierte Stigmatisierung erschwert. Insbesondere männlichen Slumbewohnern hängt das Stigma von ‚Ganoven‘ und ‚Taugenichtsen‘ an, denen man nicht vertrauen kann (Zaki 2005: 62 f.). Zahlreiche Befragte beklagten Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. „Wenn du sagst, du wohnst im *bidonville*, dann sagen die Arbeitgeber\*innen nur: ‚Ich rufe zurück‘, und du hörst nie wieder was von ihnen“, schilderte zum Beispiel Nachhilfelehrer Khalid. Ein 29-jähriger arbeitsloser Kesselschmied hat, obwohl er gerne in Er-Rhamna lebt, auf seinem Pass die Adresse seiner Tante im benachbarten Aïn Sebaâ eintragen lassen, um auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben. Diese Beispiele zeigen, dass staatlich (re-)produzierte Stigmata die Entwicklung und die soziale Mobilität der Bewohner\*innen hemmen.

Von Seiten der Haushalte hingegen wird aktiv in Aus- und Fortbildung investiert. Im Durchschnitt geben die Haushalte, exklusive Transport, monatlich 158 Dirham (ca. 15 Euro) pro Kopf für die Ausbildung der Kinder aus. Dies ist ein moderat hoher Wert angesichts der Tatsache, dass öffentliche Bildung (Schule und Uni) in Marokko kostenfrei ist und Gebühren somit nur für Bücher, Privatschulen und Nachhilfe anfallen. Ein Viertel der 16- bis 25-Jährigen besucht zudem eine Universität oder ein Zentrum für berufliche Ausbildung. Für viele Familien sind es explizit die Bedingungen im *bidonville*, die erhöhte Investitionen in die Bildung der Kinder ermöglichen. Dies gilt zum einen, weil Kosten für die Miete gespart werden, zum anderen, weil die Lage Zugang zu den Bildungsinstitutionen ermöglicht. In einem Fall schilderte eine Schülerin, dass ihr Vater sie zu Verwandten nach Er-Rhamna geschickt habe, damit sie ihre Schulbildung fortsetzen könne, da sie auf dem

Land hierzu keine Möglichkeit gehabt hätte. Spezifische Bedingungen in Slums können somit soziale Mobilität fördern.

### 3.4. Land-Stadt-Migration und urban citizenship in Er-Rhamna

Besonders weit verbreitet ist die diskriminierende Auffassung, dass *Bidonville*-Bewohner\*innen Migrant\*innen vom Land sind, die sich ihre vormoderne ländlichen Lebensweisen bewahrt hätten und nicht ausreichend gebildet seien, um zu wissen, wie man sich in der Stadt benimmt (Arrif 1999: 313; Zaki 2005: 67 ff.). Die legitime Zugehörigkeit zur Stadt wird strikt abgesprochen und selbst Vergleiche mit Tieren sind nicht selten (Bénit-Gbaffou/Oldfield 2014). Die *Bidonville*-Bewohner\*innen repräsentieren im öffentlichen Diskurs all das, was ‚legitime‘ Stadtbewohner\*innen nicht sind oder nicht sein wollen (Zaki 2005: 62). Nahezu alle Bewohner\*innen in Er-Rhamna berichteten von Erfahrungen, bei denen ihnen aktiv *urban citizenship* abgesprochen wurde. So schilderte zum Beispiel ein Bewohner, dass die Stadtteilverwaltung auf seiner Geburtsurkunde als Wohnort ‚*koukh*‘ (eine rudimentäre ländliche Hütte) eingetragen hätte, obwohl er in Er-Rhamna geboren war.

Dabei sind *bidonvilles* spätestens seit Ende der 1980er Jahre nicht (mehr) das primäre Habitat für Neuankömmlinge vom Land (Zaki 2005: 71; Rachik 2012: 317). Während die öffentliche Wahrnehmung weiterhin städtische Probleme auf eine Invasion vom Land reduziert, nehmen *bidonvilles* zunehmend innerstädtisch verdrängte Personengruppen auf (Rachik 2012: 321). Die Daten aus Er-Rhamna zeigen, dass lediglich 15 Prozent der Befragten direkt aus einem ländlichen Raum, oft in der Nähe von Casablanca, nach Er-Rhamna gezogen sind. In wenigen Fällen betrifft das den gesamten Haushalt; meist handelt es sich um Einzelpersonen, die beispielsweise durch Heirat nach Er-Rhamna gezogen sind. Die meisten Befragten sind in Er-Rhamna geboren und haben nie woanders gelebt (40 Prozent). Zudem ist der Anteil jener bedeutend, die aus Mietwohnungen in anderen Stadtteilen Casablancas nach Er-Rhamna gezogen (36 Prozent) beziehungsweise dorthin „verdrängt“ (Rachik 2012: 317) worden sind (vgl. Abb. 4). In welchem Maße man diese bedeutende intraurbane Migration als Verdrängung bezeichnen kann, ist schwierig zu bewerten. Wenngleich viele als Grund für den Umzug nach Er-Rhamna Probleme mit Mietzahlungen angaben, betrachteten dieselben

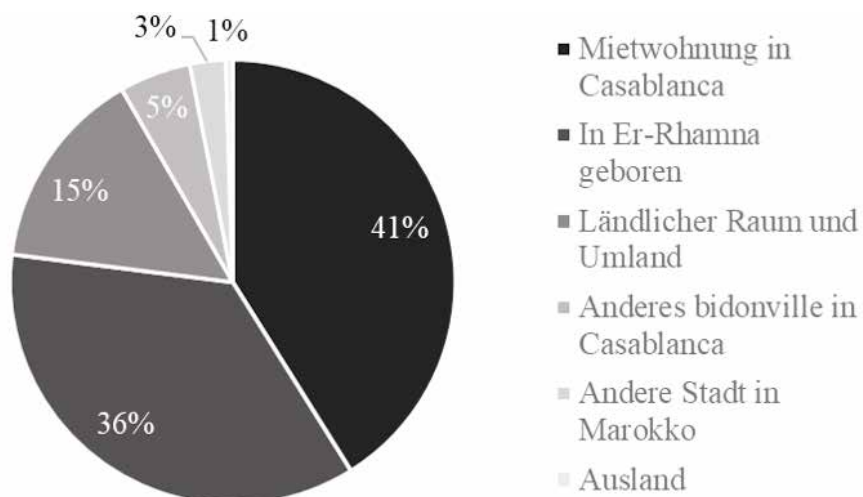


Abb. 4 Die letzten ehemaligen Wohnorte der interviewten Personen vor ihrem Umzug nach Er-Rhamna (Quelle: eigene Daten)

Personen ihren Umzug nicht zwingend als einen sozialen Abstieg, sondern als Wegfall von ökonomischem Druck und als ein Gewinn von emotionaler und sozialer Sicherheit (fr.: *tranquilité*) (vgl. Watt 2018). Viele geben an, froh zu sein, immerhin nicht zur Miete wohnen zu müssen, was nahelegt, dass sie den Wohnraum *bidonville* positiver bewerten als Mietwohnungen. Viele Familien können sich zudem nur ein Zimmer in einer Zweckwohngemeinschaft leisten, was Privatsphäre und Wohnkomfort stark einschränkt und für viele eine fast schon traumatische Erfahrung darstellt.

#### 4. Wie und warum wir Slums als gewöhnliche Viertel verstehen sollten

Wie kein zweiter Stadtraum ist der ‚Slum‘ ein Ort der kollektiven Stigmatisierung und der Herabwürdigung, was zu einer sozial konstruierten Überhöhung der Unterschiede zwischen ‚formellen‘ und ‚informellen‘ Vierteln beigetragen hat. Das empirische Beispiel aus Casablanca zeigt, dass das Stigma des Slums für die Bewohner\*innen nicht abstrakt ist, sondern in Form von Diskriminierung und infrastrukturellen Benachteiligungen alltäglich spürbar ihr Leben beeinflusst. Zudem hat der Staat durch das gezielte Streuen von Gerüchten und Vorurteilen die Integration der Bewohner\*innen und die inkrementelle Entwicklung des Viertels aktiv gebremst und somit selbst Ausgrenzung gefördert. Dabei stehen die einzelnen Bestandteile der kollektiven Stigmatisierung mitunter in starkem Kontrast zu den heterogenen Lebensbedingungen und -weisen in Er-Rhamna, die in der empirischen Forschung zutage getreten sind.

Dementsprechend plädiert dieser Artikel für einen nüchternen, unvoreingenommenen Blick auf die Realitäten in ‚Slums‘, um externen Sichtweisen und gängigen Mythen entgegenzuwirken. Weder sollten Slums als Symbol der vermeintlich unterentwickelten Megastadt, noch als romantisierte Orte heroischen Unternehmer\*innentums verstanden werden (vgl. Roy 2011; Perlman 2016; Deboulet 2016). Vielmehr sollten Wissenschaft und Praxis ‚Slums‘ als *gewöhnliche Viertel* (*ordinary neighbourhoods*) betrachten. Gewöhnliche Viertel sind Viertel mit und ohne Armut, mit prekären und komfortablen Wohnbedingungen, mit Fluktuation, *agency* und sozialer Mobilität – nicht *per se* mehr, aber eben auch nicht *per se* weniger als in anderen Stadtvierteln. Im Gegensatz zum Image des Slums sind gewöhnliche Viertel mehr oder weniger heterogen und es braucht empirische Forschung, um sie zu verstehen. Nur eine solche Sichtweise kann sich von einer global homogenisierenden, kolonial und modernistisch geprägten Außenperspektive lösen, die sich explizit und implizit hinter globalen Entwicklungsagenden verbirgt. Analog zu Robinsons Konzept der *ordinary cities* stellt sich ein Verständnis von *ordinary neighbourhoods* gegen global projizierte Dualismen von *mega-cities* und *global cities*, die sich auf städtischer Ebene in international vermarkteten Megaprojekten auf der einen und dem Wunsch nach ‚Städten ohne Slums‘ auf der anderen Seite widerspiegeln (vgl. Huchzermeyer 2011a; Pieterse 2008: 16 ff.).

Was bedeutet es also, Slums als gewöhnliche Viertel zu sehen? Hierfür lassen sich in Anlehnung an Robinson drei Notwendigkeiten unterscheiden, und zwar 1) weniger globale Homogenisierung, 2) mehr Verständnis für

innerstädtische Zusammenhänge und 3) die Anerkennung heterogener Bewohner\*innenperspektiven.

*Erstens* ist es notwendig eine oft implizite Tendenz aufzugeben, ‚Slums‘ weltweit unter denselben Annahmen zu homogenisieren und zu bewerten. Analog zur Kritik an der Dominanz weniger Städte des Globalen Nordens bei der internationalen Theoriebildung innerhalb der Stadtforschung (Robinson 2002; Schindler 2017) darf ein von wenigen Stadtkontexten (vor allem Mumbai, Nairobi und Rio de Janeiro) geprägtes konzeptionelles Verständnis von ‚Slums‘ nicht zu einer Verallgemeinerung verschiedenartiger Lebensbedingungen führen. Das Beispiel von Er-Rhamna zeigt, dass unvorsichtig verallgemeinernde Vergleiche mit anderen, ebenso als ‚Slums‘ bezeichneten Vierteln nicht mehr bewirken, als Stigmatisierung weiter zu verstärken. Was hat Er-Rhamna gemeinsam mit Vierteln wie Kibera in Nairobi, wo die Mehrheit der Haushalte informell zur Miete wohnt (Schramm 2017), mit Ezbet-en-Nakhl in Kairo, wo Lebensunterhalte nahezu ausschließlich von Müllentsorgung und -recycling abhängen (Didero/Schneiders 2013), oder mit Makoko in Lagos, wo viele Häuser auf Pfählen im Wasser errichtet worden sind (Adelekan 2010)? Es sollte vielmehr die Aufgabe einer postkolonialen kritischen Forschung sein, nicht primär die vermeintlichen Gemeinsamkeiten zu betonen, sondern auf vergleichende Weise spezifische Unterschiede von gewöhnlichen Vierteln zu analysieren, auf deren Basis sich kontextuell eingebettete Handlungsempfehlungen ableiten lassen.

*Zweitens* muss eine Sichtweise betont werden, die auch auf Stadtebene Stadtviertel nicht voreingenommen klassifiziert, sondern Zusammenhänge herstellt. Ähnlich der kontrovers diskutierten Frage nach den Gemeinsamkeiten von Städten des Globalen Südens (Schindler 2017; Lawhon/Truelove 2020) muss die Frage gestellt werden, ob ‚Slums‘ in jeglicher Form *anders* sind. Das Beispiel von Er-Rhamna zeigt, dass ‚Slums‘ Eigenschaften mit anderen Stadtvierteln teilen und über den Vergleich mit anderen, *gewöhnlichen* Stadtvierteln besser verstanden werden können. Nicht nur erinnern Grundriss, Architektur, und Funktionen des öffentlichen Raums in Teilen von Er-Rhamna stark an die *medina*; Bewohner\*innen wägen ihren Wohnraum auch gegenüber verschiedenen Vor- und Nachteilen von Mietwohnhäusern ab. Analog zur von *ordinary cities* abgeleiteten Forderung nach einer Stadtgeographie einer *world of cities* (Robinson 2016a, Lawhon et al. 2020) sollte innerhalb der Stadt in einer weniger vorklassifizierten *world of neighbourhoods* geforscht werden. Eine kritische postkoloniale Forschung sollte demnach an Vergleichen zwischen *gewöhnlichen* Wohnvierteln interessiert sein und somit die Annahme des vermeintlich *besonderen* ‚Slums‘ hinterfragen und intra-städtische Hierarchien überwinden. Verstärkt sollten dabei auch Viertel in Städten des Globalen Südens in den Blick genommen werden, die bislang weniger Aufmerksamkeit erhielten – das gilt insbesondere für prekäre Mietswohnungen (Huchzermeyer 2011b; Mayson/Charlton 2015), aber auch für neu entstehende Siedlungen am Stadtrand (Meth 2020; Gastrow 2020).

*Drittens* ist es notwendig, die Heterogenität innerhalb vermeintlich homogener Wohnviertel zu betonen. Dem Begriff ‚Slum‘ und der damit verbundenen Stigmatisierung und Homogenisierung der Bewohner\*innen muss

die kritische Forschung ein Verständnis von ‚natürlicher‘ Heterogenität in gewöhnlichen Vierteln gegenüberstellen. Statt nach einer spezifischen Wirkung von ‚Slums‘ auf die Bewohner\*innen zu fragen (Turok/Borel-Saladin 2018), sollte anerkannt werden, dass verschiedene Realitäten in Vierteln koexistieren (vgl. Owusu/Agyei-Mensah/Lund 2008). Das Beispiel aus Er-Rhamna betont nicht nur das Neben- und Miteinander von Personen mit verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen, Herkünften und Wohnsituationen, sondern zeigt auch, wie Perspektiven innerhalb des Viertels, der Nachbarschaft oder auch des Haushalts sich unterscheiden. Das gilt es insbesondere für Handlungsempfehlungen und Politikberatung zu beachten.

Zusammenfassend entsteht hieraus die Forderung nach einer empirisch-fundierten, kritisch-postkolonialen Sichtweise, die einen unvoreingenommenen, vergleichend-analytischen Blick auf gewöhnliche Viertel wirft und somit die Heterogenität von Wohnvierteln auf globaler, städtischer und lokaler Ebene betont. Das ist insbesondere von Bedeutung im Zuge von globalen Entwicklungsagenden, global zirkulierenden Stadtidealen und -images sowie einer damit einhergehenden Renaissance von standardisierten und oft kontraproduktiven Wohnungsbau- und Umsiedlungsprogrammen. Es ist demnach umso wichtiger, keine universellen Ansprüche zu formulieren, sondern in der Forschung den Kontext einzubeziehen und vergleichend zu analysieren, welche Charakteristika von gewöhnlichen Vierteln sich inwiefern unterscheiden und wie sie sich auf wen konkret auswirken. Nur ein solches Vorgehen kann Stigmatisierung entgegenwirken und eine kreative, progressive und heterogene Umsetzung des Rechts auf angemessenen Wohnraum ermöglichen.

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der DFG der Ruhr-Universität Bochum gefördert.*

## Endnoten

- [1] ‚*Bidonville*‘ (wörtlich: Kanisterstadt; gewöhnlich übersetzt als ‚Slum‘) ist eine in Marokko geläufige französische Bezeichnung für Siedlungen, die durch Bewohner\*innen selbst ohne Besitztitel und ursprünglich unter Verwendung von einfachen Behelfsbaumaterialien errichtet wurden (Cattedra 2006).
- [2] Eine einfache Zufallsstichprobe ist innerhalb von Er-Rhamna u.a. aufgrund nicht zugänglicher Informationen zur Anzahl der Haushalte nicht möglich. Stattdessen wurde mithilfe von Hausnummern ein systematisches Sampling durchgeführt. So konnte eine statistisch zufällige Auswahl unterschiedlicher Bewohner\*innen in allen Blöcken Er-Rhamnas gewährleistet werden. Die große Mehrheit stand der Befragung sehr positiv gegenüber. Kaum ein Interview wurde abgelehnt, weshalb Verzerrungen minimiert werden konnten. Die Feldforschung fand zwischen Dezember 2016 und April 2017 in Casablanca statt.
- [3] Darija bezeichnet den marokkanischen Dialekt des Arabischen.
- [4] Außerhalb des arabischen Sprachraums, wie auch in diesem Artikel, wird der Begriff ‚*medina*‘ benutzt, um die Altstadt einer arabischen Stadt zu beschreiben. Im Arabischen bedeutet ‚*medina*‘ jedoch nur ‚Stadt‘, weswegen in Marokko für ‚Altstadt‘ spezifischere Begriffe gebräuchlich sind, wie *ancienne médina* (fr.) oder *medina al-qadima* (ar.).
- [5] Alle Vornamen in diesem Artikel sind Pseudonyme.
- [6] Alle Zitate der interviewten Bewohner\*innen wurden durch Übersetzer\*innen ursprünglich von Darija ins Französische und nun durch den Autor weiter ins Deutsche übersetzt.



- [7] Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem kolonial geprägten Begriff der ‚orientalischen Stadt‘ empfiehlt sich El-Kazaz/Mazur (2017).
- [8] Die Auflösung des Rätsels aus Abbildung 1: A: Er-Rhamna, März 2017; B: Medina Rabat, März 2015; C: Er-Rhamna, März 2017; D: Er-Rhamna, Dezember 2016; E: Medina Rabat, März 2015.
- [9] Eine 17 Jahre alte Bewohnerin berichtete im Dezember 2016, dass es seit ihrer Geburt jeden Monat heiße, nächsten Monat werde es mit der Umsiedlung losgehen.
- [10] ‚Karyan‘ ist in Marokko ein anderer Begriff für ‚bidonville‘ oder ‚Slum‘.
- [11] Der *qaïd* ist ein bestellter Vertreter des Innenministeriums auf der zweitniedrigsten Ebene, dem *arrondissement* (Stadtteil). Der *mqadim* ist dem *qaïd* unterstellt und operiert auf der Blockebene.
- [12] Die Geschichte der Stromversorgung in Casablancas Slums ist zu komplex, um hier genauer beschrieben werden zu können. Für eine ausführliche Diskussion siehe Navez-Bouchanine (2012) und Zaki (2010).

## Autor\_innen

Raffael Beier ist Stadtgeograph und forscht insbesondere zu Umsiedlungen und Wohnungsbauprojekten im Nahen Osten sowie in Nord- und Sub-Sahara-Afrika.  
 raffael.beier@rub.de

## Literatur

- Adelekan, Ibidun O. (2010): Vulnerability of poor urban coastal communities to flooding in Lagos, Nigeria. In: *Environment and Urbanization* 22/2, 433-450.
- Arabindoo, Pushpa (2011): Rhetoric of the ‚Slum‘. Rethinking Urban Poverty. In: *City* 15/6, 636-646.
- Arandel, Christian / Wetterberg, Anna (2013): Between „Authoritarian“ and „Empowered“ Slum Relocation. Social Mediation in the Case of Ennakhil, Morocco. In: *Cities* 30, 140-148.
- Arrif, Abdelmajid (1999): Les compétences citadins à l’épreuve de l’exclusion. L’exemple du bidonvilles de Ben M’Sik à Casablanca (Maroc). In: Pierre Signoles / Galila El Kadi / Rachid Sidi Boumedine (Hg.), *L’Urbain dans le monde arabe. Politiques, instruments et acteurs*. Paris: CNRS Éditions, 297-317.
- Bartoli, Sarah (2011): „Eliminer les bidonvilles = éliminer la pauvreté“, ou les charmes pervers d’une fausse évidence. In: *L’Economie politique* 49, 44-60.
- Bayat, Asef / Denis, Eric (2000): Who is Afraid of Ashwaiyyat? Urban Change and Politics in Egypt. In: *Environment and Urbanization* 12/2, 185-199.
- Beier, Raffael (2018): Towards a New Perspective on the Role of the City in Social Movements. Urban Policy after the ‚Arab Spring‘. In: *City* 22/2, 220-235.
- Beier, Raffael (2019): From the City to the Desert. Analysing Shantytown Resettlement in Casablanca, Morocco, from Residents’ Perspectives. Berlin: Logos.
- Beier, Raffael / Vilmondes Alves, Mariana A. (2015): Die Dominanz des Quantitativen. Das Dilemma des Rechts auf angemessenen Wohnraum in Brasilien, Marokko und Südafrika. In: *TRIALOG* 121/122, 40-45.
- Bénit-Gbaffou, Claire / Oldfield, Sophie (2014): Claiming ‚Rights‘ in the African City. Popular Mobilization and the Politics of Informality. In: Sue Parnell / Sophie Oldfield (Hg.), *The Routledge Handbook on Cities of the Global South*. Abingdon/New York: Routledge, 281-295.
- Benlahcen Tlemçani, Mohamed / Missamou, Rufin (2000): Habitat clandestin et insalubre au Maroc. Vers une stratégie d’intervention plurielle. In: *Les Annales de la Recherche Urbaine* 86, 111-118.
- Berner, Erhard (2016): „Zur Wohnungsfrage“ im 21. Jahrhundert. Marktversagen, hilflose Politik und die globale Ausbreitung von Slums. In: *Peripherie* 36/141, 10-31.
- Berry-Chikhaoui, Isabelle (2010): Major Urban Projects and the People Affected. The Case of Casablanca’s Avenue Royale. In: *Built Environment* 36/2, 216-229.

- Bogaert, Koenraad (2011): The Problem of Slums. Shifting Methods of Neoliberal Urban Government in Morocco. In: *Development and Change* 42/3, 709-731.
- Bogaert, Koenraad (2018): *Globalized Authoritarianism. Megaprojects, Slums, and Class Relations in Urban Morocco*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Buckley, Robert M. / Kallergis, Achilles / Wainer, Laura (2016): Addressing the Housing Challenge. Avoiding the Ozymandias Syndrome. In: *Environment and Urbanization* 28/1, 119-138.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (o. J.): MDG 7. Die ökologische Nachhaltigkeit sichern. [http://www.bmz.de/de/themen/2030\\_agenda/historie/MDGs\\_2015/fortschritte/mdg7/index.html](http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/historie/MDGs_2015/fortschritte/mdg7/index.html) (letzter Zugriff am 22.4.2020).
- Cattedra, Raffaele (2006): Bidonville. Paradigme et réalité refoulée de la ville du XXe siècle. In: Jean-Charles Depaule (Hg.), *Les mots de la stigmatisation urbaine*. Paris: Éditions UNESCO; Éditions de la Maison des sciences de l'homme, 123-163.
- Cavalcanti, Mariana (2014): Threshold Markets. The Production of Real-Estate Value between the ‚Favela‘ and the ‚Pavement‘. In: Brodwyn Fischer / Bryan McCann / Javier Auyero (Hg.), *Cities From Scratch. Poverty and Informality in Urban Latin America*. Durham: Duke University Press, 208-237.
- Croese, Sylvia / Cirolia, Liza Rose / Graham, Nick (2016): Towards Habitat III. Confronting the Disjuncture between Global Policy and Local Practice on Africa's ‚Challenge of Slums‘. In: *Habitat International* 53, 237-242.
- Davis, Mike (2007): *Planet der Slums*. Berlin: Assoziation A.
- Deboulet, Agnès (2016): Rethinking Precarious Neighborhoods. Knowledge and Recognition. In: Agnès Deboulet (Hg.), *Rethinking Precarious Neighbourhoods*. Paris: Agence Française de Développement, 9-35.
- Didero, Maïke / Schneiders, Thorsten Gerald (2013): Zabbalin – Menschen im Müll. Untersuchungen zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der informellen Abfallwirtschaft in Kairo. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), *Die Araber im 21. Jahrhundert. Politik, Gesellschaft, Kultur*. Wiesbaden: Springer, 133-159.
- El-Kazaz, Sarah / Mazur, Kevin (2017): Introduction to Special Section. The Un-Exceptional Middle Eastern City. In: *City & Society* 29/1, 148-161.
- Escher, Anton / Petermann, Sandra / Arnold, Gregor (2018): Das neue Marrakech. Eine Materialisierung des Mythos von Tausendundeiner Nacht? In: *Geographische Rundschau* 7/8, 52-57.
- Fischer, Brodwyn (2014): A Century in the Present Tense. Crisis, Politics, and the Intellectual History of Brazil's Informal Cities. In: Brodwyn Fischer / Bryan McCann / Javier Auyero (Hg.), *Cities From Scratch. Poverty and Informality in Urban Latin America*. Durham: Duke University Press, 9-67.
- Fleischer, Friederike / Hurtado Tarazona, Adriana / Alvarez Rivadulla, Maria Jose (2019): Ghettos am Rande der Stadt? Sozialwohnungsbaupolitik und soziale Ungleichheit in Kolumbien. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/3, 27-46.
- Friedmann, John (1986): The World City Hypothesis. In: *Development and Change* 17/1, 69-83.
- Gastrow, Claudia (2020): Housing Middle-classness. Formality and the Making of Distinction in Luanda. In: *Africa* 90/3, 509-528.
- Geiselhart, Klaus (2017): Call it by its proper name! Territory-ism and territorial stigmatisation as a dynamic model: the case of Old Naledi. In: Paul Kirkness / Andreas Tijé-Dra (Hg.), *Negative neighbourhood reputation and place attachment. The production and contestation of territorial stigma*. Abingdon/New York: Routledge, 216-234.
- Ghertner, D. Asher (2012): Nuisance Talk and the Propriety of Property. Middle Class Discourses of a Slum-Free Delhi. In: *Antipode* 44/4, 1161-1187.
- Gilbert, Alan (2007): The Return of the Slum: Does Language Matter? In: *International Journal of Urban and Regional Research* 31/4, 697-713.
- Haut-Commissariat au Plan (HCP) (2018): Niveau de vie et pauvreté. [https://www.hcp.ma/downloads/Niveau-de-vie-et-pauvrete\\_t11884.html](https://www.hcp.ma/downloads/Niveau-de-vie-et-pauvrete_t11884.html) (letzter Zugriff am 16.4.2020).
- Holston, James / Caldeira, Teresa P. R. (2008): Urban Peripheries and the Invention of Citizenship. In: *Harvard Design Magazine* 28, 18-23.
- Huchzermeyer, Marie (2011a): Cities With ‚Slums‘. From Informal Settlement Eradication to a Right to the City in Africa. Claremont: UCT Press.
- Huchzermeyer, Marie (2011b): *Tenement Cities. From 19th Century Berlin to 21st Century Nairobi*. Trenton: Africa World Press.

- Huchzermeyer, Marie (2013): ‚Slum‘ Upgrading or ‚Slum‘ Eradication? The Mixed Message of the MDGs. In: Andrew Sumner / Alicia Ely Yamin / Malcolm Langford (Hg.), *The Millennium Development Goals and Human Rights. Past, Present and Future*. Cambridge: Cambridge University Press, 295-315.
- Husseini de Araújo, Shadia / Batista da Costa, Everaldo (2017): From Social Hell to Heaven? The intermingling processes of territorial stigmatisation, agency from below and gentrification in the Varjão, Brazil. In: Paul Kirkness / Andreas Tijé-Dra (Hg.), *Negative neighbourhood reputation and place attachment. The production and contestation of territorial stigma*. Abingdon/New York: Routledge, 158-177.
- Lawhon, Mary / Le Roux, Lené / Makina, Anesu / Nsangi, Gloria / Singh, Aditi / Sseviiri, Hakimu (2020): Beyond southern urbanism? Imagining an urban geography of a world of cities. In: *Urban Geography* 72/2, 1-11.
- Lawhon, Mary / Truelove, Yaffa (2020): Disambiguating the southern urban critique. Propositions, pathways and possibilities for a more global urban studies. In: *Urban Studies* 57/1, 3-20.
- Mayson, Simon Sizwe / Charlton, Sarah (2015): Accommodation and Tenuous Livelihoods in Johannesburg’s Inner City. The ‚Rooms‘ and ‚Spaces‘ Typologies. In: *Urban Forum* 26/3, 343-372.
- McFarlane, Colin (2008): Urban Shadows. Materiality, the ‚Southern City‘ and Urban Theory. In: *Geography Compass* 2/2, 340-358.
- Meth, Paula (2020): ‚Marginalised formalisation‘. An analysis of the in/formal binary through shifting policy and everyday experiences of ‚poor‘ housing in South Africa. In: *International Development Planning Review* 42/2, 139-164.
- Ministère de l’Habitat, de l’Urbanisme et de la Politique de la Ville (MHUPV) (2012): *Rapport national – Résorption des bidonvilles: l’expérience marocaine*. Conférence internationale „Sortir des bidonvilles: un défi mondial pour 2020“, Novembre 2012. Rabat.
- Ministère de l’Habitat, de l’Urbanisme et de la Politique de la Ville (MHUPV) (2013): *Discours et Interviews de Sa Majesté le Roi Mohammed VI. „Habitat, Urbanisme et Politique de la Ville“*. <https://aqa.ma/wp-content/uploads/2018/02/Royaume-du-Maroc.pdf> (letzter Zugriff am 11.4.2020).
- Navez-Bouchanine, Françoise (2012): Les nouvelles voies de la négociation dans les politiques de résorption des bidonvilles au Maroc. Entre recasement et accompagnement social. In: Françoise Navez-Bouchanine / Agnès Deboulet (Hg.), *Effets sociaux des politiques urbaines. L’entre-deux des politiques institutionnelles et des dynamiques sociales: Algérie, Maroc, Liban, Mauritanie*. Paris u. a.: Éditions Karthala u.a., 166-218.
- Nikuze, Alice / Sliuzas, Richard / Flacke, Johannes / van Maarseveen, Martin (2019): *Livelihood Impacts of Displacement and Resettlement on Informal Households. A Case Study from Kigali, Rwanda*. In: *Habitat International* 86, 38-47.
- Owusu, George / Agyei-Mensah, Samuel / Lund, Ragnhild (2008): Slums of Hope and Slums of Despair. Mobility and Livelihoods in Nima, Accra. In: *Norwegian Journal of Geography* 62/3, 180-190.
- Patel, Sejal / Sliuzas, Richard / Mathur, Navdeep (2015): The Risk of Impoverishment in Urban Development-Induced Displacement and Resettlement in Ahmedabad. In: *Environment and Urbanization* 27/1, 231-256.
- Perlman, Janice (2016): Rethinking precarious neighborhoods. Concepts and consequences of marginality. In: Agnès Deboulet (Hg.), *Rethinking Precarious Neighborhoods*. Paris: Agence Française de Développement, 39-56.
- Pieterse, Edgar A. (2008): *City futures. Confronting the crisis of urban development*. Kapstadt u. a.: UCT Press, Zed Books.
- Rachik, Abderrahmane (2012): Casablanca: Ein ländliches Zuwanderungsgebiet? In: Jörg Gertel / Ingo Breuer (Hg.), *Alltagsmobilitäten. Aufbruch marokkanischer Lebenswelten*. Bielefeld: transcript, 317-326.
- Robinson, Jennifer (2002): Global and World Cities. A View from off the Map. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26/3, 531-554.
- Robinson, Jennifer (2016a): Comparative Urbanism. New Geographies and Cultures of Theorizing the Urban. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 187-199.
- Robinson, Jennifer (2016b): Thinking cities through elsewhere. Comparative tactics for a more global urban studies. In: *Progress in Human Geography* 40/1, 3-29.
- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary cities. Between modernity and development*. Abingdon/New York: Routledge.

- Roy, Ananya (2011): Slumdog Cities. Rethinking Subaltern Urbanism. In: International Journal of Urban and Regional Research 35/2, 223-238.
- Roy, Ananya (2014): Slum-free cities of the Asian century. Postcolonial Government and the Project of Inclusive Growth. In: Singapore Journal of Tropical Geography 35/1, 136-150.
- Sassen, Saskia (2001): The Global City. New York, London, Tokyo. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Schindler, Seth (2017): Towards a paradigm of Southern urbanism. In: City 21/1, 47-64.
- Schramm, Sophie (2017): People's Room for Manoeuvre in a Fragmented City. State Housing in Kibera, Nairobi. In: Transformation: Critical Perspectives on Southern Africa 93, 116-141.
- Spotorno, Mauro (2019): Gentrification and European Entrepreneurship in Marrakesh. In: Maria Paradiso (Hg.), Mediterranean Mobilities. Europe's Changing Relationships. Cham: Springer International Publishing, 167-176.
- Statistisches Bundesamt (2020): Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele. Ziel 11. <https://sustainabledevelopment-germany.github.io/11/> (letzter Zugriff am 9.4.2020).
- Steinbrink, Malte / Ehebrecht, Daniel / Haferburg, Christoph / Deffner, Veronika (2015): Megaevents und favelas. Strategische Intervention und sozialräumliche Effekte in Rio de Janeiro. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 3/1, 45-74.
- Steinbrink, Malte / Haferburg, Christoph / Ley, Astrid (2011): Festivalisation and urban renewal in the Global South. Socio-spatial consequences of the 2010 FIFA World Cup. In: South African Geographical Journal 93/1, 15-28.
- Turner, John F. C. (1977): Housing by People. Towards Autonomy in Building Environments. New York: Pantheon Books.
- Turok, Ivan (2016): Housing and the Urban Premium. In: Habitat International 54/3, 234-240.
- Turok, Ivan / Borel-Saladin, Jackie (2018): The Theory and Reality of Urban Slums. Pathways-out-of-poverty or Cul-de-sacs? In: Urban Studies 55/4, 767-789.
- United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat) (2003): The Challenge of Slums. Global Report on Human Settlements 2003. London/Sterling: Earthscan.
- Valladares, Licia do Prado (2019): The Invention of the Favela. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Watson, Vanessa (2009): Seeing from the South. Refocusing Urban Planning on the Globe's Central Urban Issues. In: Urban Studies 46/11, 2259-2275.
- Watt, Paul (2018): „This Pain of Moving, Moving, Moving“. Evictions, Displacement, and the Logics of Expulsions in London. In: L'Année Sociologique 68/1, 67-100.
- World Bank / United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat) (2000): Cities Alliance for Cities Without Slums. Action Plan for Moving Slum Upgrading to Scale. <http://www.citiesalliance.org/sites/citiesalliance.org/files/ActionPlan.pdf> (letzter Zugriff am 22.1.2014).
- Yelling, James Alfred (1986): Slums and Slum Clearance in Victorian London. London: Allen and Unwin.
- Yiftachel, Oren (2009): Theoretical Notes on ‚Gray Cities‘. The Coming of Urban Apartheid? In: Planning Theory 8/1, 88-100.
- Zaki, Lamia (2005): Pratiques politiques au bidonville, Casablanca (2000-2005). Paris: Dissertation am Institut d'Etudes Politiques de Paris.
- Zaki, Lamia (2010): L'électrification temporaire des bidonvilles casablancais. Aspects et limites d'une transformation. In: Politique africaine 120, 45-66.
- Zemni, Sami / Bogaert, Koenraad (2011): Urban Renewal and Social Development in Morocco in an Age of Neoliberal Government. In: Review of African Political Economy 38/129, 403-417.

## **Ordinary neighbourhoods. Stigma and Reality in Casablanca's Slums**

*Globally, slums have become the symbol of underdeveloped and fast-growing megacities of the Global South. The related stigmatisation of slums affects its inhabitants on a daily basis. Latest through the Millennium*

*Development Goals, it has further provoked the renaissance of large-scale housing programmes, as well as displacement and resettlement of slum dwellers to urban margins. Focussing on Morocco, the article shows how a global negative image of slums has inspired new, repressive housing policies. The paper builds on an empirical case study from Casablanca, Morocco, including household surveys and qualitative interviews with residents. By deconstructing existing stigmas, the author argues that slums are heterogenous neighbourhoods that do not naturally differ from others. In conclusion, the paper advocates for an understanding of slums as ordinary neighbourhoods – similar to Jennifer Robinson’s concept of ordinary cities – and, hence, calls for a postcolonial, empirical, and comparative perspective.*



**Debatte**

2020, Band 8, Heft 3

Seiten 97-114

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i3.593

Matthias Bernt, Andrej

Holm: ‚Die Ostdeutschland-

forschung muss das Wohnen

in den Blick nehmen‘

Kommentare von:

Barbara Schönig, Carsten

Keller, Carmen Leidereiter,

Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:

Matthias Bernt, Andrej Holm

# Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen

Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte

Matthias Bernt

Andrej Holm

Ostdeutschland ist in den vergangenen Jahren verstärkt zum Thema öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten geworden. Neben Pegida und AfD haben dabei auch neue Zahlen zur Segregation in ostdeutschen Städten das wissenschaftliche Interesse wiederbelebt.

Der Beitrag kritisiert vor diesem Hintergrund die weitgehende Ausblendung institutioneller Perspektiven in der Ostdeutschlandforschung sowie die fehlende Berücksichtigung von ostdeutschen Sonderbedingungen in der Stadtforschung. An den Beispielen der Restitutionsregelungen und der „Altschuldenhilfe“ skizziert der Beitrag den harten Bruch der ostdeutschen Wohnerfahrungen. Beide Transformationsentscheidungen stehen exemplarisch für die umfassende Privatisierung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft, die Überführung von gesellschaftlich verankerter Wohnsicherheit in Marktbeziehungen und die Neuzusammensetzung der Eigentumsstrukturen. Die wachsende Bedeutung verwertungsorientierter Investitionskalküle und entlokalisierter Eigentumsstrukturen sind dabei keine Übergangsphänomene einer nachholenden Anpassung, sondern langfristig wirksames Ergebnis der Transformation. Daraus abgeleitet wird ein doppeltes Argument: Zum einen kann die Stadtentwicklung in Ostdeutschland nur vor dem Hintergrund der auf die Wiedervereinigung folgenden umfassenden Privatisierungen verstanden werden. Diese verursachten eine Serie von Nebenwirkungen, deren Folgen die Stadtentwicklung in Ostdeutschland bis heute belasten. Zweitens eröffnet die Einbeziehung von Themen der Stadt- und Wohnungsforschung neue Perspektiven für die Ostdeutschlandforschung. Gerade weil sich im Wohnen Alltagserfahrungen und politisch-ökonomische Strukturen kreuzen, muss die Untersuchung von spezifisch ostdeutschen Subjektivitäten durch die Analyse konkreter Machtverhältnisse und institutioneller Rahmenbedingungen fundiert werden.

## 1. Ostdeutschlandforschung und Stadtforschung: gemeinsame Defizite bei wenig Verbindung

Im Mai 2018 alarmierte ein vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erstelltes Working Paper mit dem Titel „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ (Helbig/Jähnen 2018) die Fachöffentlichkeit. Die Studie enthielt im Kern zwei Aussagen: Zum einen hatten die Autor\*innen nachgewiesen, dass die sozialräumliche Segregation in ostdeutschen Städten seit 2004 enorm zugenommen hatte und dass die hierfür gebräuchlichen Indexwerte mittlerweile über denen im Westen lagen. Das war insofern eine Überraschung, als man bis dato davon ausgegangen war, dass ostdeutsche Städte stärker durchmischt und Segregation hier in geringerem Maße ein Problem sei. Außerdem zeigten Marcel Helbig und Stefanie Jähnen, dass diese Entwicklung im Wesentlichen ein Ergebnis der Gentrifizierung der Innenstädte („Kohls blühende Landschaften“) bei gleichzeitiger Verarmung der ‚Plattenbaugebiete‘ („Honeckers Rache“) war. Anders gesagt: Der Weg ‚von der sozialistischen zur kapitalistischen Stadt‘ hatte in Ostdeutschland zu stark gespaltenen Städten geführt.

Frappant ist aus unserer Sicht allerdings weniger der Befund selbst als die überrascht wirkenden Reaktionen. War diese Entwicklung nicht genau das, was zu Beginn der Transformation vorausgesagt worden war? Gab es hier tatsächlich neue Entwicklungen? Hatten Wissenschaft und Öffentlichkeit in der Zwischenzeit geschlafen?

Die Wahrnehmung der WZB-Studie erscheint uns symptomatisch für den Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Entwicklung ostdeutscher Städte seit dem Beitritt der DDR zur BRD. Hatten die Entwicklungen in ostdeutschen Städten Anfang der 1990er Jahre – damals unter dem Label ‚Transformationsforschung‘ – unter Stadtforscher\*innen noch für großes Interesse gesorgt, war dasselbe schon nach wenigen Jahren deutlich abgeebbt. Spätestens seit Ende der 1990er Jahre galt ‚Ostdeutschland‘ dann weitgehend als Nischenthema, das von einer Handvoll (meist ostdeutscher) Kolleg\*innen beachtet wurde, aber nicht weiter von Relevanz war.

Dies änderte sich erst in den vergangenen Jahren. Seit dem Erfolg von Pegida und AfD ist deutschlandweit ein neues Interesse an Aufklärung über ‚den Osten‘ erkennbar. Oft geleitet von der Fragestellung, was denn ‚dort‘ so ‚schief gelaufen‘ sei, steigt die Anzahl an publizistischen und wissenschaftlichen Beiträgen wieder.

Das vorsichtige Revival von Ostdeutschland als Forschungsgegenstand hat inzwischen eine Reihe erster Resultate gebracht, die zu neuen und oft überraschenden Herangehensweisen geführt haben. Pars pro Toto seien hier die von Naika Foroutan und Daniel Kubiak (2018) erstellte Studie über die Ähnlichkeit von Unterrepräsentationserfahrungen von Ostdeutschen und Migrant\*innen und die autobiografisch soziologische Betrachtung von Steffen Mau (2019) über „Lütten Klein“ benannt, die beide breit in der Presse diskutiert wurden. Nichtsdestotrotz scheint uns, dass in der Summe die Ahnungslosigkeit über Ostdeutschland das Wissen zu diesem Thema weit überwiegt. Die Überraschung, welche die oben zitierte WZB-Studie auslöste, ist hier ein deutlicher Indikator. Gebraucht werden – um es deutlich zu sagen – nicht einfach mehr empirische Forschungsbeiträge, sondern vor



allem konzeptionelle Impulse, die es ermöglichen, neue Entwicklungen in Ostdeutschland nicht nur zu beschreiben, sondern tiefergehend zu verstehen und in allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu kontextualisieren. Dass diese bisher weitgehend ausgeblieben sind, liegt – neben förderpolitischen und innerwissenschaftlichen Rahmenbedingungen – auch an konzeptionellen Defiziten. Aus unserer Sicht betrifft das vor allem zwei Aspekte der Ostdeutschlandforschung: Zum einen die systematische Ausblendung von Machtverhältnissen und zum anderen die mangelnde Einbeziehung der veränderten Wohnverhältnisse. Beide Defizite kennzeichnen allerdings nicht nur die aktuellen Beiträge. Sie ziehen sich vielmehr wie ein roter Faden durch die Geschichte der Ostdeutschlandforschung. In einem kurzen Überblick lassen sich dabei drei Phasen unterscheiden: eine westdeutsch dominierte und institutionell verankerte Begleitforschung zum Einigungsprozess in den 1990er Jahren, eine eher ostdeutsche und weitgehend marginalisierte Debatte zur Deutung der Transformationserfahrungen in den 2000ern und eine öffentlich verstärkt wahrgenommene subjektorientierte Forschung zu Ostdeutschland und den Ostdeutschen seit den 2010er Jahren

Die institutionellen Wurzeln der Ostdeutschlandlandforschung gehen dabei auf die DDR-Forschung der BRD zurück. Mit der staatlichen Wiedervereinigung erweiterte sich dabei das westdeutsche Forschungsinteresse an Ostdeutschland für ein kurzes Zeitfenster und auf Initiative des Wissenschaftsrates wurde 1991 die „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“ (KSPW) gegründet, um die Transformationsprozesse in Ostdeutschland zu erforschen. Finanziert von DFG-Schwerpunktprogrammen und anderen Fördermitteln, wurden in diesem Rahmen etwa 500 sozialwissenschaftliche Studien durchgeführt (Probst 2016: 33). Raj Kollmorgen kommt im Rückblick zu der Einschätzung, dass „von den ausgeschütteten Fördermitteln in dieser ersten Phase vor allem westdeutsche Forschergruppen [profitierten]“ (Kollmorgen 2003: 5). Eine öffentliche Erklärung von über 100 Sozialwissenschaftler\*innen aus Ostdeutschland formuliert sogar den Vorwurf der „Ausgrenzung ostdeutscher Sozialwissenschaftler“ (Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen 1997: 95). Konzeptionell orientierte sich die Ostdeutschlandforschung der 1990er Jahre überwiegend an der These einer „nachholenden Modernisierung“ und interpretierten die Entwicklungen nach der Wiedervereinigung als Schließung eines umfassenden und sektorenübergreifenden Entwicklungsrückstandes in Ostdeutschland (Geißler 1999; Zapf 1992). Eine kritische Analyse von Machtverhältnissen im Transformationsprozess hatte in dieser Modernisierungsperspektive keinen Platz. Die Veränderung von Wohnverhältnissen und Stadtentwicklungsprozessen wurde in einer Reihe von Bänden (bspw. Strubelt 1996; Häußermann/Neef 1996; Schäfer 1997; Harth/Herlyn/Scheller 1998) empirisch beschrieben, aber eher vage als „Strukturwandel“ (Expertenkommission 2000) oder als Übergang „von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus“ (Häußermann/Neef 1996) interpretiert. Diese erste Phase der Ostdeutschlandforschung war mit der Auflösung der KSPW und dem Abschluss des DFG-Förderprogramms 1997/98 abgeschlossen und auf einer Tagung in Dresden „wurde [...] [,] hauptsächlich von westdeutschen Vertretern, das Ende der DDR- und Ostdeutschlandforschung verkündet“ (Probst 2016: 33).[1]

In den 2000er Jahren war Ostdeutschland als Thema für den Mainstream der deutschen Sozialforschung ‚erledigt‘. Entsprechend kamen neue Impulse eher vom Rand und hier auch stärker von ostdeutschen Intellektuellen. Neben einem Schwerpunktthema in der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* (2003) und der Gründung des „Innovationsverbandes Ostdeutschlandforschung“ (2006) waren so nur vereinzelte Versuche für eine koordinierte Fortsetzung der Forschung zu Ostdeutschland zu beobachten. Im Bereich der Stadtforschung wurde so mit einem Sammelband unter dem Titel „Neue Länder – neue Sitten“ (Hannemann/Kabisch/Weiske 2002) auf neue Perspektiven angemeldet, die den „Eigensinn“ ostdeutscher Stadtentwicklungsprozesse besser zu fassen vermögen – über den Kreis der Beitragenden hinaus stieß dies allerdings kaum auf Resonanz im Wissenschaftssystem und so versandete der Impuls auch schnell wieder. Außerhalb der Stadtforschung konkurrierten auf einer eher allgemeinen Ebene verschiedene Ansätze zur Beurteilung der Entwicklungen in Ostdeutschland. Neben Thesen, die wegen der „verengten Handlungskorridore für eigenständige endogene Impulse“ (Thomas 1998: 115) die Herausbildung einer „Teilgesellschaft“ (Reißig 2000) annahmen, standen Überlegungen, die die Ostdeutschen wegen ihrer Transformationskompetenz als Avantgarde einer postindustriellen Zukunft sahen (Engler 2002). Darüber hinaus wurde eine selektive Fragmentierung der ostdeutschen Gesellschaft in Folge des doppelten Umbruchs postsozialistischer und postfordistischer Transformationen prognostiziert (Land 2003). Bis auf wenige Forschungsprojekte und Tagungen konnte die Ostdeutschlandforschung in dieser Phase nur einen begrenzten akademischen und öffentlichen Input erzeugen. Die vorgelegten Ansätze wurden in der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert oder, wie im Fall von Wolfgang Engler, gleich als „regressiv-ritualisierter Denkraum für die Idee des Kommunismus“ (Geipel 2003) diskreditiert. Folgerichtig blieben die ostdeutschen Forscher\*innen mit ihren Ideen mehr oder weniger ‚unter sich‘ und konnten im gesamtdeutschen Rahmen kaum eine Resonanz erzeugen.

Dies zeigt sich in gewisser Weise auch in der aktuellen Phase der Ostdeutschlandforschung. Hier steht vor allem das 2010 gegründete „Netzwerk Dritte Generation Ostdeutschland“ für die Wiederbelebung einer sozialwissenschaftlichen und auch öffentlichen Debatte zu den Transformationserfahrungen in Ostdeutschland (Hacker et al. 2012; Lettrari/Nestler/Troi-Boieck 2016). Getragen von einer nach der Wende in Ostdeutschland aufgewachsenen Generation, etablierte es einen neuen Blick auf das altbekannte Thema, der sich nahezu komplett von den vorangegangenen Forschungsgenerationen löste und ein deutlich stärker von subjektiven Erfahrungen geleitetes Forschungsinteresse begründete. In der Folge entstand eine Reihe von neuen Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen. Abgesehen von dem übergreifenden Befund, dass eine Selbstidentifikation als Ostdeutsche auch für jüngere Alterskohorten in Ostdeutschland eine Bedeutung habe, ist die neue Generation der Ostdeutschlandforschung dabei nicht einfach zu fassen. Denn zum einen umfasst sie nur relativ wenige, aber relativ stark wahrgenommene, Autor\*innen (Engler/Hensel 2018; Mau 2019; Schönian 2020). Zum anderen haben die aktuellen Debatten keinen klaren disziplinären Zuschnitt und stehen teilweise ‚quer‘ zu den jeweiligen *scientific communities*. Ganz klar ist eigentlich nur ein Unterschied

in Bezug auf die ‚Transformationsforschung‘ der 1990er Jahre auszumachen: Während in dieser Politikwissenschaftler\*innen, Soziolog\*innen und Ökonom\*innen dominierten, die es gewohnt waren, in Ostdeutschland vorzufindende Phänomene in Makroerklärungen von Gesellschaft (z. B. Modernisierungstheorie, Systemtheorie, Postfordismus) einzuordnen, sind aktuelle Beiträge eher von einer Subjektperspektive geprägt. Ihr Interesse richtet sich auf die Herausbildung ostdeutscher Identitäten, auf die Spezifik von Lebenswelten, die Konturen von Subjektkonstruktionen und Narrativen etc. Die ostdeutschen „Deklassierungs- und Entmündigungserfahrungen“ (Mau 2019: 15) des Einigungsprozesses werden dabei anerkannt, aber als „Fraktur“ oder „Defekte“ angesehen, „die die ostdeutsche Gesellschaft heute wie eine Hypothek belasten“ (ebd.: 18). Im Mittelpunkt steht hier die Verständigung darüber, wie Ostdeutsche ‚ticken‘. Das führt in einem Großteil der Literatur zu einem quasi ethnographischen Zugriff, in dem die ‚gespeicherten‘ Erfahrungen der Ostdeutschen – sowohl in der DDR als auch in der Nachwendezeit – beleuchtet und ihre Unterrepräsentierung in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit dokumentiert wird. Trotz provokanter Aufschläge (beispielsweise einer vielbesuchten und weit rezensierten Tagung zum Thema „Kolonie Ost? Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“ im Februar 2019) trägt die neue Generation der Ostdeutschlandforschung bislang kaum Neues zur Erkenntnis gesellschaftlicher Strukturen bei.[2]

Ohne die Flankierung durch politökonomische und institutionelle Perspektiven müssen die in der Forschung zu erreichenden Ergebnisse allerdings defizitär bleiben. Das zentrale Problem scheint uns hier, dass ostdeutsche Subjektivitäten zwar aus der Interaktion mit dem Westen und den dabei zu Tage tretenden Machtbeziehungen erklärt werden – aber diese Machtbeziehungen selbst im Großen und Ganzen kaum ausgeleuchtet werden. In der Folge entstehen zwar außerordentlich aufschlussreiche und sehr lesenswerte Beiträge, die beispielsweise die Folgen der durch die Treuhand exerzierten ‚Abwicklung‘ der ostdeutschen Wirtschaft und des daraus folgenden Verlustes von Arbeit für die ostdeutschen Subjektkonstruktionen entschlüsseln. Warum die Treuhandanstalt aber so verfahren konnte, wem dies nützte und was verändert werden muss, lässt sich so nicht erklären.

Darüber hinaus ist auch die neue Generation von Ostdeutschlandforschung fast unberührt von der Stadtforschung geblieben. Obwohl die Ostdeutschen gerade im Wohnungssektor mit grundlegenden Veränderungen ihrer Alltagspraxis zu kämpfen hatten und obwohl es eine breite (empirische) Literatur über die Entwicklung ostdeutscher Städte gibt, spielen Stadtentwicklungsfragen in der Debatte kaum eine Rolle. Das Wohnen als ‚dritte Haut‘ der Menschen bleibt eine große Leerstelle. Da Wohnen ein existenzielles Bedürfnis ist, ist das in vieler Hinsicht unverständlich.

Mit diesem Debattenaufschlag versuchen wir beide Aspekte zu verbinden. Mit dem Ziel, die spezifischen Bedingungen der ostdeutschen Gesellschaft besser zu verstehen, analysieren wir hier zentrale Veränderungen der Wohnverhältnisse in Ostdeutschland. Dabei wenden wir eine dezidiert politisch-institutionalistische Perspektive an, das heißt wir gehen davon aus, dass die in der deutschen Gesellschaft praktizierten Gesetze, Normen und Ressourcenausstattungen die Handlungspraxen von Individuen vorstrukturieren. In der Diskussion fokussieren wir auf zwei wesentliche politische Entscheidungen,

welche die Wohnerfahrung der Ostdeutschen zentral geprägt haben: die „Restitution“ von Immobilien an ihre ‚Alteigentümer\*innen‘ sowie die Privatisierung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen nach dem „Altschuldenhilfegesetz“. Wir behaupten, dass diese in mindestens ebenso starkem Maße die ostdeutsche Abwertungserfahrung geprägt haben wie der Verlust der Arbeit, die Unterrepräsentation in Führungspositionen oder die verzerrte mediale Wahrnehmung Ostdeutschlands. Im Gegensatz zu vielen anderen Veröffentlichungen beleuchten wir in der Diskussion dieser Politiken auch die Interessenlagen, die diesen Entscheidungen zugrunde lagen. Wir zeichnen die Folgen der „Startprogrammierungen“ (Wiesenthal 1995) der ostdeutschen Transformation nach und analysieren, welche Implikationen sie für die Entwicklung ostdeutscher Städte hatten.

In unserer Argumentation gehen wir wie folgt vor: Wir diskutieren zunächst grundlegende Facetten der ostdeutschen Wohnerfahrung *vor* der Wende. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Entwicklung eines quasi ‚eigentümerähnlichen‘ Verhältnisses, das Ostdeutsche zu ihrer Wohnung entwickelten. Im Folgenden analysieren wir die zwei zentralen Reformstränge, mit denen das ostdeutsche Wohnungswesen in die Marktwirtschaft überführt wurde.[3] Auf dieser Grundlage entwickeln wir schließlich Vorschläge für eine Neuausrichtung der Forschung.

## 2. Wohnen in der DDR

Die Wohnungspolitik der DDR war in den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung eingebettet und wies nur wenige marktförmige Elemente auf. Zwar befand sich etwa ein Viertel aller Mietwohnungen in Privatbesitz (Wielgoß 1995: 234), Formen der Grundstücksspekulation waren aber faktisch außer Kraft gesetzt. „Mietpreispolitik und Mietrecht waren in der DDR einseitig mieterfreundlich gestaltet“ (ebd.: 199): Kündigungen waren nur in Ausnahmefällen möglich, Zwangsräumungen nur bei Zuweisung alternativer Wohnungsangebote (also faktisch gar nicht). Die Mieten waren durch staatliche Verordnungen auf einem niedrigen Niveau von ungefähr ein bis zwei Mark pro Quadratmeter festgelegt, die Warmmietbelastung betrug in den 1980er Jahren im Durchschnitt etwa fünf bis sechs Prozent des Einkommens (ebd.: 200). Die Zuweisung der meisten Wohnungen erfolgte über kommunale Wohnungsverwaltungen und folgte sozialen und wirtschaftspolitischen Vorgaben (darüber hinaus spielten auch persönliche Beziehungen und eine anerkannte Tätigkeit in der Partei- und Staatshierarchie eine Rolle, vgl. Hinrichs 1992). Der für kapitalistische Gesellschaften grundlegende Zusammenhang zwischen dem Wert der Wohnung (bspw. Ausstattung oder Lage), Einkommen und Mietpreis hingegen hatte für die DDR kaum Relevanz. Entsprechend war die soziale Mischung in fast allen Lagen hoch, die Wohnsicherheit beträchtlich und die Wohndauer lang. Diese Rahmenbedingungen führten zu einem „Quasi-Eigentum“ (Herlyn/Hunger 1994) der Bewohner\*innen an ihrer Wohnung. Hohe Wohnsicherheit und geringe Mieten, verbunden mit weitgehenden Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der eigenen vier Wände, aber auch eine hohe Bedeutung von Eigenarbeit für den Erhalt und die Verbesserung der Wohnsituation, galten als typisch für das Wohnen in der DDR. Entsprechend wurde die Wohnung vor allem

als Gebrauchswert betrachtet, über den die Bewohner\*innen faktisch eine hohe Kontrolle hatten.[4] Der Unterschied zur westdeutschen Konstellation ist offensichtlich.

### 3. Von der ‚Rückgabe‘ zur Gentrifizierung

Angesichts der eigentumsähnlichen Wohnsicherheit und der staatlich administrierten Wohnversorgung in der DDR war die Wiedervereinigung für die meisten Ostdeutschen mit einschneidenden Veränderungen im Wohnbereich verbunden. Bereits im Einigungsvertrag wurde – versteckt in den umfangreichen Anlagen – mit dem „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ das Prinzip der „Restitution“ und damit die Rückgabe von in der DDR enteigneten und in Volkseigentum überführten Grundstücken festgelegt (zur Genese und den Begründungen des Gesetzes siehe u. a. Bönker/Offe 1994).

In den Gründerzeitvierteln der Großstädte betraf die „Restitution“ den Großteil aller Wohngebäude.[5] Bis zum Jahr 2004 wurden in den extra dafür geschaffenen Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) für über zwei Millionen Grundstücke Rückübertragungsansprüche gestellt (Rodenbach 2005: 27). Die Ämter zur Regelung der offenen Vermögensfragen übernahmen damit für den Immobilienbereich die Funktionen, die die Treuhandanstalt bei der Privatisierung der Betriebe und Industrieanlagen ausübte.

Da die ‚Alteigentümer\*innen‘ beziehungsweise deren Erb\*innen in der Regel kaum ein Interesse an der Verwaltung ihrer Immobilien hatten, wurden die meisten rückübertragenen Häuser innerhalb eines Jahres an professionelle Immobilienunternehmen verkauft. Eine Untersuchung in einem Ostberliner Sanierungsgebiet kam so schon 1996 zu der Einschätzung, dass lediglich fünf bis acht Prozent der Alteigentümer\*innen ihre rückübertragenen Grundstücke langfristig behalten wollten (Dieser 1996: 137). Die restlichen 92 bis 95 Prozent verkauften ihre restituierten Häuser kurz nach der Rückübertragung. Dabei wurde ein Großteil der Häuser mehrfach und meist zu immer höheren Preisen verkauft. Im Sanierungsgebiet Kollwitzplatz in Berlin betrug die durchschnittliche Haltedauer bis zum Weiterverkauf gerade einmal 18 Monate (Holm 2006: 155). In den meisten Fällen landeten die restituierten Immobilien schnell bei „verwertungsorientierten“ (Reimann 2000) Investor\*innen, das heißt bei professionellen Immobilienunternehmen, die über die nötigen Finanzmittel verfügten und auf eine schnelle Inwertsetzung ihrer Immobilien setzten. Hartmut Häußermann beschrieb diese Entwicklung schon 1995 prägnant:

„Eigentümer der Innenstädte werden nicht wieder die alten Handels- und Handwerkerdynastien, sondern offene und geschlossene Immobilienfonds, internationale Immobilienfirmen und Zwischenhändler aller Art. Das Immobilienkapital tritt als ‚Stadtentwickler‘ mit einer Bedeutung und mit finanziellen Möglichkeiten auf den Plan, wie sie bisher in deutschen Städten nicht bekannt war.“ (Häußermann 1995: 13)[6]

Die meisten neuen Eigentümer\*innen setzten in der Folgezeit auf schnelle und umfangreiche Modernisierung.

Ein hohes Sanierungstempo wurde dabei auch durch die Steuergesetzgebung unterstützt, die von 1991 bis 1998 in Ostdeutschland erhebliche

Sonderabschreibungen im Rahmen eines Fördergebietsgesetzes (FöGbG) ermöglichte. Dabei konnten bis zu 50 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von der Einkommenssteuer abgesetzt werden. Da Immobilienerwerb und Sanierung in der Regel mit Steuerersparnissen finanziert werden konnten, wurde das ganze Modell selbst vom konservativen sächsischen Finanzminister Georg Milbradt als „Vermögensbildung West“ beschrieben (Der Spiegel 1997: 32). Aus den Subventionsberichten der Bundesregierung geht hervor, dass im Zeitraum von 1991 bis 2000 umgerechnet knapp 30 Milliarden Euro an Steuerbegünstigungen für Sanierungsmaßnahmen in Ostdeutschland veranlagt wurden (Bundesregierung 1993, 1995, 1997, 1999). *Der Spiegel* bezeichnete das Gesetz als „größtes Steuergeschenk aller Zeiten“ und führte als Beleg unter anderem das gewachsene Investitionsvolumen von geschlossenen Fonds und eine deutliche Erhöhung der „veranlagten Einkommenssteuer“ an (Der Spiegel 1997: 31).

Der eigentliche Effekt dieser ‚Vermögensbildung West‘ war jedoch die Installierung einer dauerhaft ungleichen Beziehung, in der ostdeutsche Mieter\*innen westdeutschen Eigentümer\*innen gegenübertraten. Im Rückblick waren die Sonderabschreibungen so nicht nur einfach ein gewaltiges Steuergeschenk für westdeutsche Bezieher\*innen hoher Einkommen und eine Starthilfe für die Sanierung der ostdeutschen Innenstädte, sondern sie förderte vor allem auch einen umfangreichen Eigentumstransfer von Ost nach West. Sie legten damit *en passant* auch das Fundament für einen (durch die Mietzahlungen) dauerhaften Vermögenstransfer.

Das ‚Quasi-Eigentum‘ an der eigenen Wohnung und die ‚einseitig mieterfreundliche‘ (Wielgohs 1995: 199) Wohnungspolitik der DDR verkehrten sich damit in ihr Gegenteil: Die ostdeutschen Bewohner wurden wieder zu Mieter\*innen und ob, wann und wie ihre Wohnung saniert wurde, entschieden die – in der Regel westdeutschen – neuen Eigentümer\*innen nach ihren jeweiligen betriebswirtschaftlichen Kalkülen. Während Vermögensbesitzer\*innen beim Erwerb und bei der Sanierung von ostdeutschen Immobilien unterstützt wurden, blieb bei den Bewohner\*innen dieser Immobilien nur die ‚Duldungspflicht‘ der Modernisierung. Die Mehrzahl der Ostdeutschen erlebte im Gegenzug zwar auch eine unbestreitbare Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse – das aber zu einem Preis, den in der Innenstadt nicht mehr jede\*r zahlen konnte. Die Restitutionsregelungen legten damit die Grundlage für die Gentrifizierung ostdeutscher Innenstädte (Bernt 1998; Häußermann/Holm/Zunzer 2002; Glatter 2007).

#### **4. Von den „Altschulden“ zur Finanzialisierung**

Ist die Rückgabe von Immobilien an ihre ‚Alteigentümer‘ die entscheidende Säule, auf der Gentrifizierungsprozesse in den ostdeutschen Innenstädten ruhen, so hatte in den Großwohnsiedlungen das im Juni 1993 beschlossene „Altschuldenhilfegesetz“ die zentrale Bedeutung. Dieses regelte den Umgang mit den sogenannten „Altschulden“ und zwang die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen in der Ex-DDR zum Verkauf von 15 Prozent ihrer Wohnungsbestände (zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes s. GdW 1993; Wielgohs 1995; Borst 1996).

Wie kam es zu diesen „Altschulden“? In der DDR wurden neue Wohnungen in der Regel von den bezirklichen Wohnungsbaukombinaten errichtet und von kommunalen Wohnungsverwaltungen (bzw. den städtischen „VEB Gebäudewirtschaft“) und Arbeiterwohngossenschaften verwaltet. Die Finanzierung des Neubaus erfolgte über langfristige Kredite der Staatsbank. Obwohl es sich bei diesen Krediten, so ein Rechtsgutachten, nicht um „materiell-rechtliche Darlehens- oder Kreditverträge“, sondern eher um „staatliche Mechanismen zur Umverteilung und Kontrolle des Geldkreislaufs“ (GdW 1993: 100) handelte, gerieten die daraus resultierenden Verbindlichkeiten mit der Privatisierung der DDR-Staatsbank in die Hände westdeutscher Geschäftsbanken. Im Ergebnis kam es zu einer verwirrenden Neuordnung der Verhältnisse:

„In einem ersten Schritt nehmen ‚volkseigene‘ Unternehmen dabei Kredite beim ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘ DDR auf. Da die DDR eine Planwirtschaft ist, haben sie kaum eine Möglichkeit, diese Kreditaufnahme abzulehnen, oder sich gar eine andere Bank als Geschäftspartner zu suchen. Der Staat verbucht diese Kredite über seine staatseigene Bank, wodurch die Zuweisungen zu realen Schulden werden. Nachdem der Staat sich aufgelöst hat, wird die Bank privatisiert; dadurch landen die ‚Schulden‘ bei privaten Geschäftsbanken. Diese haben das Geld zwar eigentlich gar nicht ausgeliehen, verfügen jetzt aber über Darlehensverträge, auf deren Grundlage sie Zins und Tilgung für die ‚Altschulden‘ verlangen können. Obwohl Wohnungsunternehmen und Bank nie eine Geschäftsbeziehung zueinander unterhielten, hat durch die Operation der eine Anspruch auf Zinsen und Tilgungsleistungen, während der andere zahlen muss.“ (Bernt 2005: 594)

Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft sah sich dadurch ‚über Nacht‘ mit Kreditbelastungen in Höhe von 37,4 Milliarden DM konfrontiert (Sander 1994: 20), die sie – angesichts der immer noch auf niedrigem Niveau festgeschriebenen Mieten – nicht durch Einnahmen decken konnte. Als die Banken zum Jahresbeginn 1991 marktübliche Zinssätze für die mittlerweile den einzelnen Wohnungsunternehmen zugeordneten Schulden zu fordern begannen, drohte der flächendeckende Bankrott. In dieser Situation vermittelte die Bundesregierung zunächst ein Moratorium, in dessen Rahmen die Zins- und Tilgungszahlungen bis 1993 ausgesetzt wurden. Im Juni 1993 wurde schließlich ein „Altschuldenhilfegesetz“ verabschiedet, das im Kern drei zentrale Bestimmungen enthielt:

- Die „Altschulden“ wurden auf 150 DM je Quadratmeter Wohnfläche gekappt; im Gegenzug mussten sich die Wohnungsunternehmen verpflichten, die vollen Schulden (einschließlich der aufgelaufenen Zinsen) anzuerkennen.
- Die über diese Marke hinausgehenden Schulden in Höhe von 31 Milliarden DM wurden in den ‚Erblastentilgungsfonds‘ verschoben, das heißt vom Bund (bzw. den Steuerzahlern) übernommen.
- Als Gegenleistung für die „Altschuldenhilfe“ mussten sich die Unternehmen verpflichten, innerhalb von zehn Jahren mindestens 15 Prozent ihres Wohnungsbestandes an Dritte, vorzugsweise Mieter\*innen, zu veräußern.



Bereits nach kurzer Zeit zeigte sich allerdings, dass die Privatisierung an Mieter\*innen ein Wunschtraum bleiben musste. Angesichts geringer Spareinlagen, weit verbreiteter wirtschaftlicher Unsicherheit und prozessualer Schwierigkeiten zeigten nur sehr wenige ostdeutsche Mieter\*innen ein Interesse daran, ihre Wohnung zu kaufen. Bis 1994 wurde so nur etwa ein Fünftel der geplanten Verkäufe realisiert (vgl. Häußermann 1996: 312). Damit schlug die Stunde der ‚Zwischenerwerber\*innen‘. Um trotz des mangelnden Interesses ostdeutscher Mieter\*innen im vorgesehenen Zeitraum die angestrebten Privatisierungszahlen zu erreichen, entstand ein ganzer neuer Geschäftszweig von „Plattenbauhazardeuren“ (Bayer/Wassermann 2000), die sich um den Erwerb von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen als ‚Zwischenlösung‘ bis zur gedachten Privatisierung an Einzeleigentümer kümmerten. Lukrativ war dieses Geschäft vor allem, weil auch die Aufkäufer\*innen die umfangreichen Steuererleichterungen in Anspruch nehmen konnten, die bis 1998 für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Ostdeutschland galten. Auf dieser Grundlage entstand Ende der 1990er eine florierende Industrie der ‚Zwischenerwerber\*innen‘, die im Wesentlichen daraufsetzte, die Steuersparmöglichkeiten von Besserverdienenden in Westdeutschland in Preisabschläge für den Erwerb von Eigentum in Plattenbauten umzuwandeln.

Bereits nach kurzer Zeit erwiesen sich die Kalkulationen der meisten ‚Zwischenerwerber‘ als zu optimistisch. Nur wenige Jahre nach ihrer Gründung mussten die meisten dieser Firmen Insolvenz anmelden. Auf diese Weise landeten ehemals ‚volkseigene‘ Wohnungsbestände um die Jahrtausendwende herum in großen Zahlen bei Insolvenzverwaltern und kreditgebenden Banken. In den darauffolgenden Jahren gestalteten sich die Eigentumsverhältnisse entsprechend unübersichtlich. Die Insolvenzbestände wurden nach Möglichkeit verkauft, dann häufig weiterverkauft, mit anderen Immobilien in Portfolios gemischt, die dann wieder auf den Markt geworfen wurden et cetera. Angesichts der miserablen Marktlage fielen dabei die Preise für die im Ausverkauf befindlichen Bestände stark. Interviewte Wohnungswirtschaftler\*innen berichteten selbst in teilsanierten Beständen von einem ‚normalen‘ Niveau von 60 Euro pro Quadratmeter (vgl. Bernt 2019).

Ein derart niedriges Preisniveau stieß in den Großwohnsiedlungen die Tür weit auf für eine neue Eigentümer\*innengruppe: Die überall in Deutschland ab Mitte der 2000er verstärkt auftretenden Finanzinvestoren. Basierend auf günstigen Aufkaufpreisen, geringen Service- und Instandhaltungsaufwendungen und einem historisch tiefen Zinsniveau ‚hebelten‘ [7] Firmen wie die Deutsche Annington, Viterra, Vonovia, Deutsche Wohnen und andere das Kapital ihrer Anleger selbst bei niedrigen Mieten und ‚erfanden‘ so den Plattenbau quasi als international lukrative Kapitalanlage neu.

„[Die Fonds] kauften die billigsten, oft problematischen Wohnanlagen auf, finanzierten dies mit hohen Verschuldungsraten und verkauften sie so schnell wie möglich zu einem höheren Preis weiter. In einer Marktsituation, in der die Nachfrage nach Wohnraum in den besseren Stadtteilen nur noch zunahm, verfolgten die [...] Fonds aggressive Vermietungsstrategien, um ihre Kreditlinien durch sinkende Leerstände zu bedienen. Dies förderte eine Konzentration



von sozial benachteiligten Mietern, die sonst keinen Zugang zum Wohnungsbestand besserer Stadtteile haben.“ (Uffer 2013: 169, Übersetzung M. B.)

Da dieses Modell nachfrageseitig in der Regel auf der Vermietung an einkommensschwache oder auf dem Wohnungsmarkt diskriminierte Haushalte basierte, wird es in Publikationen häufig auch als „Hartz-IV-Geschäftsmodell“ betitelt (so z.B. Metzger 2019). Denn lukrativ wird diese Kapitalanlage erst durch die gestiegene Nachfrage nach niedrigpreisigen Wohnungen, die zu den geltenden Sätzen für die ‚Kosten der Unterkunft‘ an Arbeitslose und andere Transferleistungsempfänger („Aufstocker“) vermietet werden konnten. Überall in Ostdeutschland hat das zu massiven Zuzügen von Armen in die ‚Platte‘ geführt (vgl. Helbig/Jähnen 2018; für einen Bericht aus Halle: Bernt 2019), in jüngster Zeit auch von syrischen Geflüchteten. Die Folge ist eine dramatische Verarmung von randständigen Plattenbaugebieten.

### **5. Fazit: Politisch-institutionelle Perspektiven auf die Stadtentwicklung in Ostdeutschland**

Zusammenfassend stellen wir erste Thesen zur Bilanz der Transformation im Bereich des Wohnens vor. Wir beschreiben die langfristigen Auswirkungen auf die Entwicklung ostdeutscher Städte und diskutieren mögliche Implikationen für die Ostdeutschlandforschung.

Zunächst widmen wir uns dabei der Frage, wer die Gewinner und wer die Verlierer von „Restitution“ und „Altschuldenhilfegesetz“ sind.

Von den beiden grundlegenden ‚Weichenstellungen‘ im Bereich des Wohnens profitiert haben zunächst Wohnungsunternehmen und Aufkäufer\*innen, in der Regel aus Westdeutschland, die einen Zugriff auf Immobilien erhielten, die vor der Wiedervereinigung außerhalb ihrer Reichweite waren. Sie setzten diese – mit in der ‚Platte‘ und der Innenstadt unterschiedlichen Geschäftsmodellen – in Wert und konnten damit neue, profitable Geschäftsfelder erschließen. Gewonnen haben darüber hinaus die ‚Alteigentümer\*innen‘, die über die „Restitution“ *windfall profits* erschließen konnten. Gewonnen haben schließlich auch Geschäftsbanken, die durch die Privatisierung der Staatsbank der DDR einen Zugriff auf Kreditverträge erhielten, für die sie nie Kosten aufgebracht hatten. Sie erhielten für diese Kredite Zinszahlungen, die von den Mieter\*innen durch Mietzahlungen an die Wohnungsunternehmen sowie ‚vom Steuerzahler‘ über den Bundeshaushalt finanziert wurden. Gewonnen haben *last not least* Finanzinvestoren, die preiswert einen Zugriff auf ehemals kommunale und genossenschaftliche Bestände erhielten, die sie in global ausgerichtete Anlagefonds einbringen und profitabel verwerten konnten (und natürlich die Anleger in diesen Fonds).

Verloren haben die Mieter\*innen der betroffenen Objekte. Sie mussten nicht nur über ihre Mietzahlungen einen Großteil der ‚Zeche‘ begleichen, sondern waren seit Mitte der 1990er Jahre mit Unsicherheit, schlechter Verwaltung, häufig unterlassener Instandhaltung und/oder mit Modernisierung, Mietsteigerungen und Entmietung konfrontiert.[8] Auch für den Staatshaushalt lässt sich der ganze Vorgang nur als ‚Minusgeschäft‘ darstellen. Denn möglich wurden die Renditen von Banken und Immobilienanlegern nur durch die

umfangreichen Steuergeschenke an Investoren sowie durch die Übernahme der „Altschulden“ in den Staatshaushalt.

Die Folge war eine der umfangreichsten Vermögensumverteilungen in der deutschen Geschichte: Insgesamt wurden bis zum Ende der 1990er Jahre mehr als 1,2 Millionen kommunale und genossenschaftliche Wohnungen privatisiert – das entsprach knapp 20 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes in Ostdeutschland. Dieser Vorgang wurde von kritischen Begleiter\*innen der Nachwendepolitik zu Recht als „Enteignung der Ostdeutschen“ bewertet (GSM 1999; Dahn 1994).

Diese ‚Enteignung‘ ist gleichzeitig ein Musterbeispiel einer „accumulation by dispossession“ (Harvey 2003: 137 ff.), denn sowohl durch die „Restitution“ als auch durch die Verkäufe nach dem „Altschuldenhilfegesetz“ wurden neue Möglichkeiten für die erweiterte Kapitalakkumulation durch die Privatisierung öffentlichen Eigentums durchgesetzt.

Zu betonen ist dabei, dass die Effekte der beschriebenen ‚Enteignung‘ auch heute noch relevant sind. Denn die Privatisierung von Wohngebäuden erzeugt (über die Mietzahlungen) einen dauerhaften Abfluss von Vermögen und Einkommen der Mieter\*innen an ihre Vermieter\*innen. Das Ergebnis ist eine Art ‚Umverteilungsmaschine‘, bei der Eigentümer\*innen ihre Gewinne zum Aufbau weiterer Vermögenswerte nutzen können, während Mieter\*innen in ihrer Vermögensbildung ausgebremst werden. Diese Umverteilung von unten nach oben tritt in ostdeutschen Städten in der Regel als Ost-West-Konstellation auf.

Welche Folgen haben „Restitution“ und „Altschuldenhilfe“ für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland? „Restitution“ und „Altschuldenhilfe“ waren nicht nur die zentralen Bausteine bei der Überführung des ostdeutschen Wohnungswesens in die Marktwirtschaft, sondern verwandelten Wohnungsbesitz in ein Vehikel für Steuersparstrategien und Finanzanlagen und hatten eine Entlokalisierung der Eigentümerstruktur zur Folge. In dieser Hinsicht kann Ostdeutschland als Labor eines finanzialisierten Wohnungsmarktes angesehen werden. Ein Großteil des Hausbesitzes ist hier nicht mehr an den Standort gebunden, kaum staatlichen Steuerungsimpulsen zugänglich und vor allem an einer schnellen Verwertung des eingesetzten Kapitals interessiert. Marktprozesse schlagen deshalb recht unmittelbar auf die

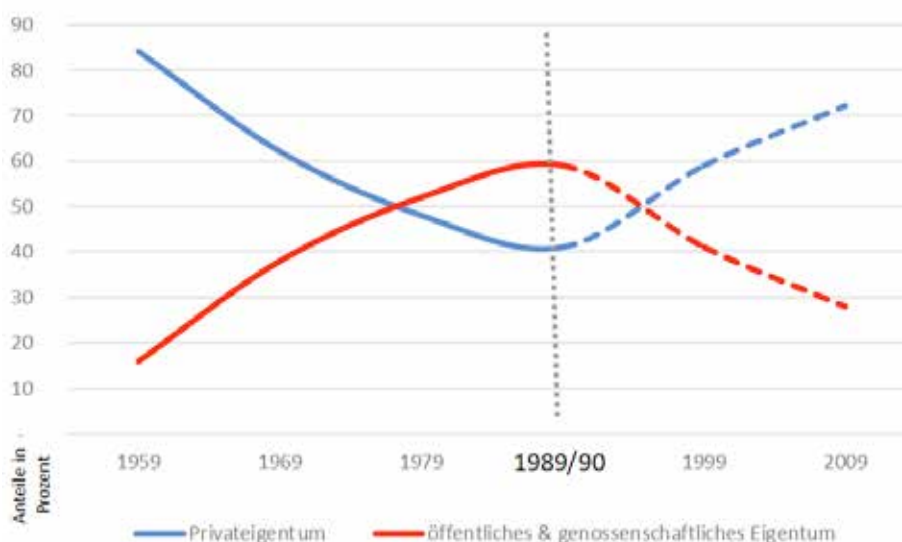


Abb. 1 Entwicklung der Eigentumsformen im Wohnbereich von 1959 bis 2009 (Holm/Scheer 2019: 13)

Stadtentwicklung durch. Die Folge ist die von Helbig und Jähnen beschriebene gespaltene Stadtstruktur mit Gentrifizierungsprozessen im Zentrum und einer Verarmung in den peripheren Lagen der Großwohnsiedlungen (2018). Die Aufwertung gründerzeitlich geprägter Innenstadtviertel und die Abwertung der Großsiedlungen in Ostdeutschland sind dabei keine urwüchsigen Anpassungsprozesse an das im Westen Übliche und auch nicht nur Folge symbolischer Neubewertungen von Wohnungsmarktsegmenten. Vielmehr sind sie der unmittelbare Effekt von politisch durchgesetzten Rahmenbedingungen der Wohnungsbewirtschaftung.

Welche Rückschlüsse lassen sich nun aus dieser Geschichte für die Forschungen zu Ostdeutschland im Allgemeinen und zu ostdeutschen Städten im Besonderen ziehen? Der Blick auf die 30 Jahre seit der Wiedervereinigung lässt vor allem einen tiefen Bruch erkennen: Die Transformation des Wohnungswesens hat das ‚Quasi-Eigentum‘ der ostdeutschen Mieter\*innen geschliffen, mit der „einseitig mieterfreundlichen“ (Wielgoß 1995: 199) Ausrichtung der Wohnungspolitik der DDR aufgeräumt und mit einem hohen Subventionsaufwand einen Eigentumstransfer von ehemals volkseigenen oder wenigstens staatlich verwalteten Wohnungen an ‚verwertungsorientierte‘ Immobilieninvestoren bewirkt. Ohne die Wohnsituation in der DDR schön reden zu wollen, ist klar zu erkennen, dass das aus der Sicht von Mieter\*inneninteressen ein Rückschritt ist. Gerade im Wohnbereich ist die Abwertungserfahrung vieler Ostdeutscher nicht nur eine Anpassungsschwierigkeit oder „Fraktur“ (Mau 2019), der eine in der Vergangenheit geschlagene Wunde zugrunde liegt, sondern sie spiegelt eine strukturelle und auf Dauer eingerichtete Schlechterstellung wider. Im Wohnungssektor standen Ostdeutsche sozusagen auf einer ‚Rolltreppe‘, deren Richtung sie kaum bestimmt haben, die sie aber von einer hohen und vom Einkommen unabhängigen Wohnsicherheit (in allerdings häufig verfallenen und schwer zu bekommenen Wohnungen) in einen Zustand brachte, in dem die Chance, gut und sicher zu wohnen, vor allem vom Geldbeutel abhängt. Dass die eigenen vier Wände alles andere als sicher sind, haben sowohl Sanierungsbetroffene als auch Hartz-IV-Bezieher\*innen in den vergangenen 30 Jahren millionenfach lernen müssen. Das in vielen Publikationen analysierte Abwertungsgefühl hat hier eine reale gesellschaftliche Basis.

Bislang werden diese Zusammenhänge in der Forschung kaum diskutiert. Während die allgemeine Ostdeutschlandforschung bisher weitgehend unbeeinflusst von der Stadtforschung geblieben ist, sind die vielen empirischen Beiträge aus der Stadtforschung wiederum nahezu unberührt von konzeptionellen Überlegungen zu Machtverhältnissen und Interessenlagen geblieben. In der überwiegenden Zahl der Beiträge ist Ostdeutschland eher ein Schauplatz, vor dessen Hintergrund auch anderswo gültige Forschungsthemen (Gentrifizierung, Migration, Schrumpfung) diskutiert werden.[9] Das Besondere der ostdeutschen Verhältnisse in seiner Wechselwirkung mit der Entwicklung der Städte in Ostdeutschland bleibt hingegen eine konzeptionelle Leerstelle.

Eine kritische Stadtforschung hätte hier anzuknüpfen. Sie sollte dabei nicht bei den Subjektkonstruktionen der Ostdeutschen stehenbleiben, sondern die diesen zugrunde liegenden Strukturen untersuchen und den

Zusammenhängen zwischen Abwertungserfahrung, Transformationspolitik und räumlichen Entwicklungen nachgehen.

Dabei stellen sich aus unserer Perspektive drei zentrale Aufgaben:

1. Eine solche Ostdeutschlandforschung muss Aufklärung, Ideologie- und Wissenschaftskritik betreiben. Nicht-Wissen und Stereotype bestimmen auch drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung den Blick auf ostdeutsche Städte. Noch immer werden beispielsweise in vielen (öffentlichen) Debatten die Probleme der Stadtentwicklung in Ostdeutschland eher auf die DDR zurückgeführt als auf die politischen Weichenstellungen der 1990er Jahre. Die Folgen sind Desinteresse, Ignoranz und häufig von Affekten bestimmte Diskussionen. Will sie Gehör finden, steht eine kritische Stadtforschung deshalb unabdingbar auch vor der Aufgabe der Wissensvermittlung. Das umfasst sowohl die Alltagserfahrungen des Wohnens in der DDR und nach der Wiedervereinigung als auch die Verfahren und Prozesse, mit denen die Transformation des Wohnungswesens in Ostdeutschland durchgesetzt wurde.
2. Die Ostdeutschlandforschung sollte ein strukturanalytisches Forschungsprogramm entwickeln, das den Transformationsprozess nicht nur als historische Erfahrung und subjektive Prägung begreift, sondern als fortwirkende Rahmenbedingung der aktuellen Entwicklungen. Hier gilt es verstärkt die politischen Prozesse der Wiedervereinigung in Hinblick auf ihre sozialen, politischen und ökonomischen Langzeiteffekte zu untersuchen. Dabei sollte sich die Forschung endgültig von der Idee einer ‚nachholenden Anpassung‘ verabschieden und die Konturen einer „Teilgesellschaft“ (Reißig 2000) in den Blick nehmen.
3. Schließlich muss die Erforschung ostdeutscher Städte als Gesellschaftsforschung wiederbelebt werden. Die Analyse der ostdeutschen Städte sollte vor allem deshalb betrieben werden, weil sie besondere Rückschlüsse auf die ihrer Entwicklung zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglicht. Hierfür wäre dann allerdings ein neuer Zugang nötig, der die Aufarbeitung und Interpretation ostdeutscher Erfahrungen nicht als (quasi regionalen) ‚Sonderfall‘ den Ostdeutschen überlässt und auf diese beschränkt, sondern die Stadtentwicklung in Ostdeutschland als historisch konkrete Entfaltung von ökonomischen und politischen Machtverhältnissen versteht und dieses Verständnis zum Anlass nimmt, allgemeiner über gesamtdeutsche und sogar internationale Beziehungsgeflechte und die ihnen zugrundeliegenden Machtverhältnisse nachzudenken.

Ostdeutschland kann in diesem Sinne als eine ‚Arena‘ verstanden werden, das heißt als prinzipiell offenes Beziehungsgefüge mit einer Vielzahl von internen Dynamiken, aber auch von externen Bezügen. Die Region zwischen Fichtelberg und Kap Arkona ist in diesem Sinne eine „Bühne“ [10], auf der ost- und westdeutsche Akteur\*innen in ‚Rollen‘ auftreten, miteinander agieren und ein ‚Stück‘ zur Aufführung bringen, das nur in der Interaktion mit dem ‚Publikum‘ zu ‚Theater‘ wird. Struktureller Rahmen (‚die Bühne‘), interne Dynamiken (‚die Schauspieler\*innen‘), eingenommene Perspektiven (‚Kameraführung‘) und Interpretation (‚das Publikum‘) sind dabei kaum zu trennen. Die Tatsache, dass dieses ‚Spektakel‘ seit 30 Jahren

eine Fortsetzungsfolge nach der anderen erfährt (und es auch nur wenig Aussichten auf eine Herausnahme aus dem Spielplan gibt), sollte auch aufseiten der Stadtforschung für anhaltendes Interesse sorgen.

*Dieser Artikel wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und den Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert.*

## Endnoten

- [1] Die institutionelle Förderung beschränkte sich seither vorrangig auf die 1998 auf Beschluss des Bundestages eingerichtete „Bundesstiftung Aufarbeitung“, deren Aufgabe in einer „Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in SBZ und DDR“ bestehen sollte (Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, § 2 Abs. 1).
- [2] Exemplarisch sei hier auf einen Sammelband *Diskurse der Einheit* verwiesen (Kollmorgen/Koch/Dienel 2011), in dem in Bezug auf Ostdeutschland der Begriff „eigentümlich“ (18 Nennungen) häufiger vorkommt als die Begriffe „Eigentum“, „Eigentumsverhältnisse“ und „Eigentümer“ (insg. 15 Nennungen) zusammengenommen. Schlagworte, die auf eine institutionelle und politische Dimension der Vereinigung verweisen, werden fast völlig ausgespart und für Begriffe wie „Restitution“ (fünfmal), „Einigungsvertrag“ (fünfmal), „Treuhand“ (dreimal) und „Altschulden“ (keine Nennung) finden sich auf den über 440 Seiten nur sehr wenige Nennungen. Im Sammelband zur *Generation der Wendekinder* (Lettrari et al. 2016) wird die Nichtthematisierung struktureller Aspekte noch deutlicher und die benannte Begriffe „Restitution“ (keine Nennung), „Einigungsvertrag“ (zweimal), „Treuhand“ (einmal) und „Altschulden“ (keine Nennung) verschwinden auf den über 370 Seiten des Buches fast vollständig aus der Debatte.
- [3] Die ausführliche Diskussion dieser beiden Themen enthält für ältere ostdeutsche Leser\*innen sicher viel Bekanntes. Sie ist in dieser Hinsicht eher für ein westliches – oder ein jüngeres ostdeutsches – Publikum geschrieben, denn hier scheint uns eine Aufklärung über Ereignisse und Entwicklungen seit den 1990er Jahren am nötigsten.
- [4] Die Kehrseite der Medaille war die Unfähigkeit der Planwirtschaft, eine ausreichende Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes mit dem notwendigen Neubau zu verbinden. Im Rahmen der Wohnungsbauprogramme wurden zwar zwischen 1950 und 1989 knapp 2,9 Millionen Wohnungen neu errichtet und weitere 470.000 Wohnungen durch Modernisierung, Umbau oder Rekonstruktion fertiggestellt (Tesch 2000). Das reichte aber weder, um den Bedarf an Wohnungen zu decken, noch um die Innenstädte vor dem Verfall zu bewahren. Durch die Konzentration von Ressourcen auf die Neubausiedlungen wuchs in den älteren Wohnungsbeständen nicht nur ein enormer Sanierungsstau, sondern auch der Unmut über die Wohnungspolitik der DDR.
- [5] Anspruchsdichte und Rückübertragungsquoten unterschieden sich zwischen den Städten. In den Gründerzeitquartieren von Berlin Prenzlauer Berg wurden für 90 Prozent aller Grundstücke Rückübertragungsansprüche gestellt, im suburbanen Kleinmachnow bei Berlin betraf dies lediglich 60 Prozent (Glock/Häußermann/Keller 2001: 540). Trotz der geringeren Intensität hatte die „Restitution“ in den Ein- und Zweifamilienhäusern der Kleinstadt drastischere Auswirkungen. Untersuchungen Ende der 1990er Jahre zeigten, dass in der Hälfte der restituierten Eigenheime ein „Auszug wegen Restitution“ erfolgte (Glock/Häußermann/Keller 2001: 542).
- [6] Die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nahm damit in Ostdeutschland in den 1990er Jahren einen Trend vorweg, der heute auch in westdeutschen Großstädten als ‚Finanzialisierung des Wohnungsmarktes‘ diskutiert wird.
- [7] Als Hebeleffekt (auch Leverage-Effekt) wird in der Finanzökonomie hier die Hebelwirkung verstanden, die sich ergibt, wenn ein Investor Fremdkapital zu günstigeren Konditionen aufnehmen kann als die Investition an Gesamtkapitalrentabilität erzielt. Hierdurch steigt die Eigenkapitalrendite, insbesondere bei hoher Kreditaufnahme.

- [8] Im Gegenzug konnten Mieter\*innen zwar auch einen höheren Wohnstandard als in der DDR genießen, aber dafür stieg auch die Mietbelastung. Obwohl diese pro Fläche im Durchschnitt immer noch niedriger als in Westdeutschland ist, verkehrt sich der Effekt in guten Lagen. Hier bedingen die unterdurchschnittlichen Einkommen eine hohe Mietbelastung und einen hohen Gentrifizierungsdruck. Die Effekte der Aufwertung ostdeutscher Wohnbestände sind sozial also außerordentlich differenziert und haben in der Summe die soziale Spaltung ostdeutscher Städte eher begünstigt.
- [9] Hier nehmen wir unsere eigenen Beiträge nicht aus.
- [10] Diese Metapher verdanken wir Marcus Böick (2018: 86).

## **Autor\_innen**

Matthias Bernt ist Politologe. Er arbeitet zu Fragestellungen urbaner Governance, zu Gentrification, schrumpfenden Städte, sowie zu Migration und Regenerierung.  
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Gentrifizierung, Wohnungspolitik und städtischen Protestbewegungen.  
a.holm@sowi.hu-berlin.de

## **Literatur:**

- Bayer, Wolfgang / Wassermann, Andreas (2000): Pleite mit der Platte. In: Der Spiegel 11/2000, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-15930875.html> (letzter Zugriff am 11.6.2020).
- Bernt, Matthias (1998): Stadterneuerung unter Aufwertungsdruck. Bad Sinsheim: Pro Universitate.
- Bernt, Matthias (2005): Fiktive Werte – imaginierte Märkte. In: Philipp Oswald (Hg.), *Schrumpfende Städte II: Interventionen*. Ostfildern: Hatje Cantz, 592-597.
- Bernt, Matthias (2019): Sonderfall Südpark? In: Peer Pasternack (Hg.), *Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum*. Halle: Mitteldeutscher Verlag, 79-90.
- Böick, Marcus (2018): *Die Treuhand – Idee-Praxis-Erfahrung 1990-1994*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bönker, Frank / Offe, Claus (1994): Die moralische Rechtfertigung der Restitution des Eigentums. Überlegungen zu einigen normativen Problemen der Privatisierung in postkommunistischen Ökonomien. In: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 22/3, 318-352.
- Borst, Renate (1996): Volkswohnungsbestand in Spekulantenhand? Zu den möglichen Folgen der Privatisierung von ehemals volkseigenen Wohnungen in den neuen Bundesländern. In: Hartmut Häußermann / Rainer Neef (Hg.), *Stadtentwicklung in Ostdeutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 107-128.
- Bundesregierung (1993): Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes (14. Subventionsbericht), DS 12/5580.
- Bundesregierung (1995): Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes (15. Subventionsbericht), DS 13/2230.
- Bundesregierung (1997): Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes (16. Subventionsbericht), 13/8420.
- Bundesregierung (1999): Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes (17. Subventionsbericht), DS 14/1500.
- Dahn, Daniela (1994): *Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten? Vom Kampf um Häuser und Wohnungen in den neuen Bundesländern*. Reinbek: Rowohlt.
- Dieser, Hartwig (1996): Restitution. Wie funktioniert sie und was bewirkt sie? In: Hartmut Häußermann / Rainer Neef (Hg.), *Stadtentwicklung in Ostdeutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 129-138.
- Engler, Wolfgang (2002): *Die Ostdeutschen als Avantgarde*. Berlin: Aufbau-Verlag.

- Engler, Wolfgang / Hensel, Jana (2018): *Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein.* Berlin: Aufbau Verlag.
- Expertenkommission (2000): *Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.* Berlin.
- Foroutan, Naika / Kubiak, Daniel (2018): *Ausschluss und Abwertung: Was Muslime und Ostdeutsche verbindet.* In *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2018, 93-102.
- GdW (Gesamtverband der Wohnungswirtschaft) (Hg.) (1993): *Altschuldenhilfegesetz (GdW Arbeitshilfen 2).* Köln: Eigenverlag.
- Geipel, Ines (2003): Wolfgang Engler, „Die Ostdeutschen als Avantgarde“. *Deutschlandfunk, Politisches Buch*, <https://www.deutschlandradio.de/archiv/dlr/sendungen/politischesbuch/167350/index.html> (letzter Zugriff am 11.11.2020).
- Geißler, Rainer (1999): *Sozialer Wandel.* In: Werner Weidenfeld / Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999.* Frankfurt/New York: Campus, 681-695.
- Glock, Birgit / Häußermann, Hartmut / Keller, Carsten (2001): *Die sozialen Konsequenzen der Restitution von Grundeigentum in Deutschland und Polen.* In: *Berliner Journal für Soziologie* 11, 533-550.
- Glatter, Jan (2007): *Gentrification in Ostdeutschland – untersucht am Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt.* Dresden: TU Dresden.
- Hacker, Michael / Maiwald, Stephanie / Staemmler, Johannes / Enders, Judith / Lettrari, Adriana / Petzcker, Hagen / Schober, Henrik / Schulze, Mandy (Hg.) (2012): *Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen.* Berlin: Christoph Links Verlag.
- Hannemann, Christine / Kabisch, Sigrun / Weiske, Christine (Hg.) (2002): *Neue Länder – neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands.* Berlin: Schelzky & Jeep.
- Harth, Annette / Herlyn, Ulfert / Scheller, Gitta (1998): *Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie.* Opladen: Leske+Budrich.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism.* Oxford: Oxford University Press.
- Häußermann, Hartmut / Neef, Reiner (Hg.) (1996): *Stadtentwicklung in Ostdeutschland.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, Hartmut (1995): *Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Nr. B 12/95,* 3-15.
- Häußermann, Hartmut (1996): *Die Transformation des Wohnungswesens.* In: Wendelin Strubelt / Joachim Genosko / Hans Betram / Jürgen Friedrichs / Paul Gans / Hartmut Häußermann / Ulfert Herlyn / Heinz Sahner (Hg.), *Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses.* Opladen: Leske+Budrich, 289-326.
- Häußermann, Hartmut / Holm, Andrej / Zunzer, Daniela (2002): *Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg.* Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut / Neef, Rainer (Hg.) (1996): *Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Herlyn, Ulfert / Hunger, Bernd (Hg.) (1994): *Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel.* Opladen: Leske+Budrich.
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten.* Discussion Paper. P 2018-001. Berlin: WZB.
- Hinrichs, Wilhelm (1992): *Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR – Verteilungskriterien und Zugangswege.* Papers P92-105. Berlin: WZB.
- Holm, Andrej (2006): *Die Restrukturierung des Raumes. Machtverhältnisse in der Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin.* Bielefeld: transcript.
- Holm, Andrej / Schreer, Claus (2019): *Mietpreis-Explosion und Wohnungsnotstand. Ursachen und Analysen.* isw-Report 116/117. München: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
- Kollmorgen, Raj (2003): *Das Ende Ostdeutschlands? Zeiten und Perspektiven eines Forschungsgegenstandes.* In: *Berliner Debatte Initial* 14/2, 4-18.
- Kollmorgen, Raj / Koch, Frank Thomas / Dienel, Hans-Liudger (Hg.) (2011): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Land, Rainer (2003): *Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung.* In: *Berliner Debatte Initial* 14/2, 76-95.

- Lettrari, Adriana / Nestler, Christian / Troi-Boeck, Nadja (Hg.) (2016): Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes. Wiesbaden: Springer VS.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Metzger, Philip P. (2019): Verwertung einer Mieternation. Wie die heutige Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt erschaffen wurde. In: Neues Deutschland vom 15.06.2019. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1120894.wohnungsmarkt-verwertung-einer-mieternation.html> (letzter Zugriff am 18.11.2020).
- Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen (1997): Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort. Öffentliche Erklärung. In: Edelbert Richter (Hg.), Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort. Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Leipzig: Arbeitskreis hochschulpolitische Öffentlichkeit bei StuPa der Universität Leipzig.
- Probst, Lothar (2016): „Wendekinder“ schlagen ein neues Kapitel der DDR- und Ostdeutschlandforschung auf. In: Adriana Lettrari / Christian Nestler / Nadja Troi-Boeck (Hg.), Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes. Wiesbaden: Springer VS, 31-36.
- Reimann, Bettina (2000): Städtische Wohnquartiere. Der Einfluss der Eigentümerstruktur. Eine Fallstudie aus Berlin Prenzlauer Berg. Opladen: Leske+Budrich.
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung. Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin.
- Rodenbach, Hermann-Joseph (2005): Zum Stand der Lösung der „Offenen Vermögensfragen“. In: Vermessung Brandenburg. 1/2005, 23-39.
- Sander, Birgit (1994): Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Wohnungswirtschaft: Analyse und Bewertung. Kieler Diskussionsbeiträge 224/225. Kiel: Institut für Weltwirtschaft (IfW).
- Schäfer, Uta (Hg.) (1997): Städtische Strukturen im Wandel. Opladen: Leske+Budrich.
- Schönian, Valerie (2020): Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet. München: Piper.
- Der Spiegel (1997): Fehl-Steuer Ost. In: Der Spiegel, 46/1997, 32-48.
- Strubelt, Wendelin / Gans, Paul / Genosko, Joachim / Bertram, Hans / Friedrichs, Jürgen / Häußermann, Hartmut / Herlyn, Ulfert / Sahner, Heinz (Hg.) (1996): Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen: Leske+Budrich.
- Tesch, Joachim 2000: Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt? In: UTOPIE kreativ, Sonderheft 2000, 50-58.
- Thomas, Michael (1998): Paradoxien der deutschen Transformationsdebatte. In: Berliner Debatte INITIAL 9/2-3, 104-116.
- Uffer, Sabine (2013): The uneven development of Berlin's housing provision. Institutional investment and its consequences on the city and its tenants. In: Matthias Bernt / Andrej Holm / Britta Grell (Hg.), The Berlin Reader. A compendium on urban change and activism. Berlin: transcript, 155-170.
- Wielgohs, Jan (1995): Transformationspolitik zwischen Liberalisierungsambitionen und Erfordernissen sozialer Stabilitätssicherung. Die Transformation des ostdeutschen Wohnungswesens. In: Helmut Wiesenthal (Hg.), Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt am Main/New York: Campus, 194-259.
- Wiesenthal, Helmut (1995): Einleitung: Grundlinien der Transformation Ostdeutschlands und die Rolle korporativer Akteure. In: Helmut Wiesenthal (Hg.), Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt am Main/New York: Campus, 8-33.
- Zapf, Wolfgang (1992): Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. Öffentlicher Vortrag im Rahmen der Fachbeiratssitzung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln (23. April 1992), MPIFG Discussion Paper 92/4.



## Debatte

2020, Band 8, Heft 3

Seiten 115-122

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i3.620

Matthias Bernt, Andrej

Holm: ‚Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen‘

Kommentare von:

Barbara Schöning, Carsten Keller, Carmen Leidereiter, Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:

Matthias Bernt, Andrej Holm

# Ereberte Transformation

Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“

Barbara Schöning

Im Februar 2020 war ich im Rahmen einer Gastdozentur an der University of California in San Diego. In einem meiner Vorträge dort diskutierte ich Prozess und Projekte der Internationalen Bauausstellung (IBA) StadtLand Thüringen (vgl. Doehler-Behzadi 2017) im Kontext des Wandels der Paradigmen räumlicher Planung sowie struktur- und gesellschaftspolitischer Peripherisierungsprozesse im Allgemeinen. Notwendigerweise war dabei auch über die spezifischen Auswirkungen dieser Politiken auf die durch die DDR und die Transformationsprozesse seit 1990 geprägte räumliche Entwicklung in Ostdeutschland zu sprechen. Mutmaßlich wird nur selten jemandem, der einen Vortrag über die in der Peripherisierungsforschung recht bekannte Stadt Pirmasens in der Südwestpfalz hält (vgl. Kühn 2016), unmittelbar eine Herkunft aus der Pfalz zugeschrieben.[1] Auch als Forscherin zur Transformation von Quartieren des sozialen Wohnungsbaus wurde meine Kritik an Verdrängung oder Marginalisierung nie als ein Hinweis auf biographische Wurzeln interpretiert. In der an diesen Vortrag anschließenden Diskussion aber wurde deutlich, dass mein US-amerikanischer Kollege mit großer Selbstverständlichkeit davon ausging, mit einer Wissenschaftlerin mit ostdeutschen Wurzeln zu sprechen. Aus deutscher Sicht erstaunt diese ganz selbstverständliche Zuschreibung nicht allein angesichts der noch immer erschreckend geringen Zahl an Professor\_innen aus Ostdeutschland an deutschen Universitäten (vgl. Kollmorgen 2020). Sie ist auch inhaltlich überraschend: Denn mutmaßlich wäre das kaum passiert, hätte ich über die Stadt Pirmasens gesprochen, die übrigens meiner eigentlichen Heimat tatsächlich sehr nahe ist. Kritische Forschung zur räumlichen Entwicklung in Ostdeutschland schien offensichtlich eine biographische Verankerung naheulegen.

Meine Erfahrung im akademischen Ausland spiegelt recht eindrücklich, was Matthias Bernt und Andrej Holm (Bernt/Holm 2020) in ihrem Text zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Die Auseinandersetzung mit räumlicher Entwicklung in Ostdeutschland ist in der Tat im wissenschaftlichen Feld marginal, und sie wird auch tendenziell einer qua Herkunft betroffenen Gruppe zugeschrieben. Demgegenüber konstatieren Bernt/Holm,

dass die Forschung zu ostdeutschen Städten als solche in der Stadtforschung jenseits von empirischen Fallstudien als konzeptionell eigenständiges Feld keine Rolle spiele. Und dass umgekehrt die spezifische Verräumlichung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in der politik- oder sozialwissenschaftlichen Forschung wiederum heute nach einer großen Zahl an Publikationen Mitte der 1990er Jahre auch ein eher randständiges Feld sei. Folgerichtig schlagen sie vor, die Ostdeutschlandforschung stärker an die Stadtforschung und umgekehrt die Stadtforschung stärker an die Ostdeutschlandforschung anzubinden. Dabei sehen sie das Wohnen als ein Feld, das sich an der Schnittstelle zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und Alltagserfahrung befindet, und in dem sich wie in keinem anderen die tiefgreifende Wirkung der politischen, sozialen und ökonomischen Transformation spiegelt. Deshalb ist aus ihrer Sicht das Wohnen in besonderer Weise geeignet, Kenntnis über deren spezifische Strukturen und Wirkungen zu erlangen.

Bernt/Holm benennen mit ihrem Text in der Tat eine Fehlstelle in der Forschung sowohl der Stadtforschung als auch der Ostdeutschlandforschung selbst. Allerdings gälte es hierbei noch konzeptionelle Fragen zu klären. Schon die Frage, was und wer in einer auf das Wohnen gerichteten Forschung mit welchem Recht als ‚ostdeutsch‘ zu betrachten wäre – etwa qua Geburt, qua familiäre Wurzeln, qua Wohnort –, scheint nicht trivial. Ebenso gilt es eine Haltung zu der Frage zu entwickeln, ob und inwieweit Forschung, die nach Differenzen in einem vielfach verwobenen Feld gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklung in Deutschland sucht, gerade diese nicht auch stetig neu verfestigt und dadurch die Pluralität ostdeutscher Entwicklungen und Erfahrungen und gegebenenfalls auch Parallelitäten zu Westdeutschland überschreibt. Eine wissenschaftliche Konzeptionalisierung einer Forschung zu Ostdeutschland muss diese Fragen sicher klären, was dieser Kommentar noch nicht leisten kann.

Stattdessen will ich hier die Idee einer spezifisch auf Ostdeutschland bezogenen Wohnungsforschung weiterspinnen und andeuten, wie sich diese „als historisch konkrete Entfaltung ökonomischer und politischer Machtverhältnisse“ (Bernt/Holm 2020: 110) im Kontext allgemeiner wirkender Transformationsprozesse von Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung interpretieren ließen. Dabei richte ich meine Perspektive hier ganz schlicht auf Wohnen und Stadtentwicklung im geographisch bestimmbaren Raum Ostdeutschlands. Aus Sicht der Planungswissenschaften erscheint allerdings zunächst die Identifikation einer Fehlstelle irritierend. Denn tatsächlich findet sich eine Vielzahl an mindestens *auch* wohnungsbezogenen und vielfach aufschlussreichen empirischen Arbeiten zu Stadterneuerung in Innenstädten und Großwohnsiedlungen (1990er), Leerstand und ‚Stadtumbau Ost‘, also Abriss (seit den frühen 2000ern), energetischer Ertüchtigung und altersgerechter Erneuerung (seit 2000ern) sowie jüngst zur Segregation und Gentrifizierung auch in ostdeutschen Städten. Im Sinne des von Bernt/Holm geforderten Wissens und Verständnisses der politisch-institutionellen Bedingungen des Transformationsprozesses aber dürften viele dieser Arbeiten wohl eher als Quellen hilfreich sein als dass sie diesen selbst zum Thema machten.

Will man sich nun aber dieser Aufgabe widmen, so verdient jenseits der unmittelbar auf die Wohnung bezogenen Aspekte die bei Bernt/Holm

angedeutete Wechselwirkung der Transformation der Wohnung vom Gebrauchsgut zur Ware mit der Entwicklung der Städte in Ostdeutschland eine präzisere Betrachtung. Denn mit dieser Transformation wurden nicht nur Unsicherheiten bezüglich der eigenen Wohnung für viele zum Alltag. Auch das Wohnumfeld, also Quartier und Stadt, veränderte sich mit dem Wandel der Logiken von Wohnraumbewirtschaftung sowie Stadtentwicklung und den darin involvierten Akteuren (vgl. Häußermann 1996: 302-306). Dies gilt in besonderem Maße für die kommunale Planung (vgl. Betker 2005: Teil IV). Nicht staatliche Leitlinien und planwirtschaftliche Vorgaben – oft mit einem Fokus auf Wohnungsproduktion und Infrastruktur – bestimmten Stadtentwicklungsplanung nach 1990. Die Kommunen traten ein in einen Aushandlungsprozess um Stadtentwicklung und einen Wettbewerb um Menschen, Investitionen, Entwicklungen oder auch Fördermittel, der mit zunehmender Desinvestition, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Schrumpfung beziehungsweise Alterung der Bevölkerung dringlicher wurde und regionalräumlichen Polarisierungen Vorschub leistete. Dieser Umbruch in der Stadtentwicklung erfolgte in einer neuen Administrationsstruktur, insbesondere in den frühen 1990er Jahren zum Teil vor dem Hintergrund fehlender planungsrechtlicher Regulierungen und vielfach mit neuem Personal, oft aus dem Westen (vgl. Betker 2005: 242-3), wobei dieses Feld seinerseits noch der Forschung bedürfte. Es dürfte allerdings kaum zu bestreiten sein, dass die westdeutsch sozialisierten Planer\_innen ein im Westen längst hegemoniales kulturelles Missbehagen gegenüber industriellem Wohnungsbau und damit den Plattenbausiedlungen in die Planungsbehörden in Ostdeutschland einbrachten. Begleitet vom Narrativ der Misswirtschaft der hoch verschuldeten DDR-Wohnungswirtschaft, in das die von Bernt/Holm beschriebene Altschulden-Problematik bald umgedeutet wurde, und in Ansehung ihrer tatsächlichen (städte)baulichen Mängel waren die Großwohnsiedlungen diskreditiert. Im Vergleich zu den zwar sorgebedürftigen, aber oft schnell privatisierten oder restituierten innerstädtischen Altbauten einerseits und den in der BRD zwar professionell missliebigen, aber politisch opportunen und daher vielerorts rasch ausgewiesenen Einfamilienhausgebieten andererseits wurden die Großsiedlungen trotz ihrer anfänglichen gesellschaftlichen Durchmischung und umfänglicher Investitionen schon Ende der 1990er Jahre sukzessive zum ostdeutschen Prototyp ‚überforderter Nachbarschaften‘ – was nicht zuletzt durch eine „kulturelle Entwertung durch die Medien“ verstärkt wurde (vgl. GDW 1998: 192). In kurzer Zeit wurde letztlich die gesamte zuvor auch staatlich sanktionierte Idee von Stadt, und mit ihr die kulturelle Bewertung ihrer unterschiedlichen Stadtteile, von außen nach innen gekehrt. Wie Steffen Mau eindrücklich beschreibt, wurde plötzlich aus dem fortschrittlichen Quartier der Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft ein Ort, in dem jene zu verblieben schienen, die in der ‚neuen Gesellschaft‘ ökonomisch und gesellschaftlich nur schwer ankamen und/oder jedenfalls in ihr sprichwörtlich keinen neuen Raum finden konnten oder wollten (vgl. Mau 2019: 42, 158-9): alte SED-Anhänger\_innen, Arbeitslose und später Migrant\_innen, die keine Alternative auf dem Wohnungsmarkt hatten.

Was sich hier als Transformation der Wohnungsversorgung in Ostdeutschland darstellt, ist tatsächlich mit Entwicklungen in Westdeutschland aufs Engste verbunden. Das gilt einerseits wissenschaftsgeschichtlich: Denn das

‚Wohnen‘ als solches wurde fast 30 Jahre lang nicht nur im Osten, sondern auch im Westen wenig bis gar nicht beforscht (Schipper/Schönig 2021). Es war in seiner ganzen Komplexität als soziale Praxis, als Gegenstand staatlicher Steuerung und Regulierung, als baulich-räumliche Materialität und Ergebnis sozialer Aushandlungsprozesse (Schönig/Vollmer 2020) nicht nur politisch, sondern auch für die Stadtforschung kaum Thema.

Andererseits sind auch die Entwicklungen von Wohnen und Stadtentwicklung selbst verwoben (vgl. Schönig 2020a, 2020b): Das gilt erstens für die Diskreditierung der Bestände des industriellen Wohnungsbaus, die auch in Westdeutschland Gegenstand der Kritik aus ästhetisch-kultureller und ökonomischer Sicht waren (vgl. Zupan 2018). Dabei war die Durchsetzung dieser Perspektiven keineswegs nur ein Transfer von Planungsparadigmen von West nach Ost, sondern sie knüpfte an eine verbreitete Kritik an der baulichen Qualität der Großwohnsiedlungen, der Vernachlässigung der Innenstädte und der Normierung des Wohnens an, wie sie sich beispielsweise literarisch schon 1974 im Romanfragment *Franziska Linkerhand* von Brigitte Reimann findet und auch von vielen Planer\_innen und Stadtsoziolog\_innen geteilt wurde (vgl. Hannemann 1996: 118, 122).

Zweitens vollzog sich ab den 1990er Jahren ein tiefgreifender Wandel von Stadtentwicklungspolitik in West wie Ost, wo sich Kommunen von der Vorstellung lokaler Wohlfahrtspolitik einerseits und sozialistisch-planwirtschaftlicher Stadtentwicklung andererseits verabschiedeten. Unter dem Druck von Strukturwandel und kommunalen Finanzkrisen fokussierten sie die Stadtentwicklung in ähnlicher Weise auf Unternehmen, Mittelschichten und Fiskalpolitik. Die lokale Wohnungsversorgung prägte dies erheblich, zum Beispiel hinsichtlich der Ausweisung von Neubauflächen, des Verkaufs kommunaler Liegenschaften oder der Aufwertung von Innenstädten.

Drittens erfolgte das schlussendlich im Einklang mit der ohnedies durch die Einigungspolitik und das Altschuldenhilfegesetz vorgesehenen schnellstmöglichen Anpassung des Wohnungsmarkts im Osten an jenen des Westens (vgl. Borst 1997), der seinerseits in Bewegung war: Die neuen Bundesländer traten in eine BRD ein, in der das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz gerade abgeschafft worden war, der national geförderte soziale Wohnungsbau als Auslaufmodell galt und die Verantwortung für soziale Wohnungsversorgung sukzessive auf Kommunen übertragen wurde. So wurde folgerichtig beispielsweise über eine Überführung der vormals staatlichen Wohnungsunternehmen in eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft von Anfang an gar nicht mehr nachgedacht.

Was sich in den hiermit beschriebenen Prozessen der Transformation des Wohnens in Ostdeutschland zeigt, ist in der Tat nicht zu deuten als eine ‚nachholende Modernisierung‘. Vielmehr handelt es sich um Prozesse der Transformation von Wohnungsversorgung und Stadtentwicklungspolitik, die in Ost- wie Westdeutschland – ebenso wie auch in anderen westlichen Wohlfahrtsstaaten – gleichzeitig liberalisiert und kommodifiziert wurden. Dabei bildeten sich in Abhängigkeit von den lokalen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen durchaus lokal geprägte Regime der Wohnungsversorgung und Stadtentwicklung heraus, die sich keineswegs nur zwischen West und Ost unterscheiden (Rink/Egner 2020). So ist zwar mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass sich Städte wie Suhl und Altenburg im

strukturschwachen Raum Thüringens (vgl. Schönig 2020a) ähnlicher sind als Suhl und Pirmasens. Aber ohne Frage unterscheiden sich Suhl und Jena hinsichtlich ihrer jeweiligen ‚Wohnungsfragen‘ mehr als Jena und Frankfurt am Main.

All dies aber spricht nicht dagegen, Wohnen und Stadtentwicklung in Ostdeutschland als eigenständiges Feld der Forschung zu etablieren. Im Gegenteil: In Ostdeutschland erfolgte die hier beschriebene Transformation in einem deutlich rasanteren Tempo (vgl. Häußermann 1996: 302-6). Sie ging aus von einer verstaatlichten Raumordnungspolitik und einer nahezu vollständigen Dekommodifizierung des Wohnungsmarkts und startete mit einem großen Bestand sanierungsbedürftiger Gebäude. Sie vollzog sich parallel zu einem individuell und gesellschaftlich tiefgreifenden Einschnitt in das soziale Leben und die Erwerbsbiographien, der die mit der Kommodifizierung des Wohnraums einhergehenden Unsicherheiten für Mieter\_innen umso spürbarer werden ließ, aber auch Quartiere und Städte sichtbar veränderte. Und zugleich schuf der von Bernt/Holm angesprochene Transfer von staatseigenem ‚Volksvermögen‘ nicht nur an Boden und Immobilien, sondern vor allem auch an Industrie in den Westen (Böick 2018; Mau 2019: 177) eine dauerhafte – eben verräumlichte – Basis für die Ungleichverteilung der Vermögen zwischen Ost und West.[2] In der Folge all dessen sind die Spuren nicht nur der DDR, sondern auch des Transformationsprozesses seit 1990 noch heute in den individuellen Biographien, aber auch in Stadt- und Regionalentwicklung, sicht- und spürbar – und werden es auch noch eine Weile bleiben. Und auch die Struktur der Wohnungsversorgung im Osten unterscheidet sich deutlich von jener in Westdeutschland: Die Eigentümerquote ist niedriger, der Anteil genossenschaftlicher und kommunaler Bestände gerade in kleineren Kommunen größer, Leerstandsquoten und Erneuerungsbedarfe sind höher (Schönig 2020b).

Schon dieser skizzenhafte Abriss zeigt: Der Fokus auf die Transformation des Wohnens in Ostdeutschland eröffnet die Möglichkeit zu verstehen, wie die auch andernorts wirkenden Transformationen sich unter anderen (historischen, gesellschaftlichen, politisch-institutionellen, ökonomischen) Rahmenbedingungen vollzogen und auch durchaus differente gesellschaftliche und (sozial)räumliche Prozesse in Gang setzten. Zusätzlich erweist sich der Fokus auf das Wohnen auch deshalb als produktiv, weil er den Blick auf die ebenfalls durchaus spezifischen Effekte anderer Felder gesellschaftlicher Restrukturierung lenkt: Wohnungsleerstand und -investitionsbedarf in strukturschwachen Regionen erzählen auch davon, wie die wettbewerbsorientierte Strukturpolitik aufgrund des radikalen Umbaus der DDR-Industrielandschaft nach 1990 Peripherisierungsprozesse intensivierte und zu besonders tiefen ‚Frakturen‘ (Mau 2019: 13) in einigen ostdeutschen Regionen führte.

Nun sind auch in anderen postsozialistischen Staaten die Spuren der Transformation noch sichtbar. Doch die auch kartographisch immer wieder eindrücklich darstellbare ungleiche Verteilung von Rente, Wachstum, Reichtum, Bildung, Exzellenzclustern und Sonderforschungsbereichen, Fußball-Bundesligaclubs und vielem anderem mehr innerhalb Deutschlands verdeutlicht allzu eindrücklich die längst nicht ver(sch)wundene deutsch-deutsche Trennung beziehungsweise Einigung. Und sie bietet eben immer wieder auch einen Nährboden für öffentliche Diskurse um historische Ungerechtigkeit einerseits oder mangelnde Leistungsfähigkeit und Undankbarkeit andererseits.

Gerade im Lichte dieser Beobachtungen zeigt sich aus meiner Sicht der Wert der subjektbezogenen, biografisch verankerten Arbeiten, die Bernt/Holm als dritte und aktuelle Phase der Ostdeutschlandforschung identifizieren (Bernt/Holm 2020: 100 f.). Sie gewähren Einblick in die Dramatik der „Implosion“ (Mau 2019: 113) der sozialen Ordnung der DDR innerhalb kürzester Zeit für die ostdeutsche Gesellschaft und die Biografie jedes/r Einzelnen. Ein Einblick, den ich angesichts der offensichtlich zwischen Ost und West vielfach divergierenden Erfahrungen auch als Westdeutsche als notwendige Voraussetzung für die von Bernt/Holm geforderte Aufklärung und Wissensvermittlung zur Alltagserfahrung und den Verfahren und Prozessen der Transformation erachte. Denn diese machen die Subjektkonstruktionen in Ostdeutschland zu einem für den Diskurs insgesamt verfügbaren Wissen. Dass hierbei über die Deutung und Hegemonie der Narrative zu streiten sein wird, steht außer Frage.

Anknüpfend an einen solchen subjektbezogenen, aber auch auf den schon vorhandenen empirischen Wissensbestand und die wissenschaftlichen Diskurse um Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung, sollte die Transformation des Wohnens in Ostdeutschland vor dem Hintergrund ihrer spezifischen politisch-institutionellen und ökonomischen Bedingungen betrachtet werden. Denn in der Tat wirkt diese Transformation – im Sinne der zweiten konzeptionellen Forderung von Bernt/Holm – als „Rahmenbedingung der aktuellen Entwicklungen“ (Bernt/Holm 2020: 110) fort. Sie stellt gewissermaßen eine ererbte Transformation dar, deren Folgen das Wohnen, und nicht zuletzt auch dadurch Alltagshandeln ebenso wie Stadtentwicklung prägen und weiterhin prägen werden.

*Die Bauhaus-Universität Weimar unterstützt die Publikation dieses Beitrags durch eine institutionelle Vereinbarung zur Finanzierung von Publikationsgebühren.*

## Endnoten

- [1] Pirmasens ließe sich ganz grob vielleicht als eine Art ‚westdeutsches Suhl‘ bezeichnen: demographisch stark schrumpfend, gezeichnet vom Niedergang der lokal dominanten Industrie (Schuhproduktion), ebenfalls umgeben von Wald, aber noch stärker als Suhl abseits großer Zentren und Verkehrswege und zugleich im deutsch-französischen Grenzgebiet gelegen.
- [2] Führt man sich vor Augen, dass im gegenwärtigen finanzialisierten Kapitalismus Vermögenszuwächse mittlerweile vor allem durch Immobilienkapital erwirtschaftet werden und dieses eben vor allem im Westen konzentriert ist (Baldenius/Kohl/Schularick 2019: 21), wird deutlich, dass sich diese Ungleichheit nicht in den nächsten Generationen erübrigen wird.

## Autor\_innen

Barbara Schöning befasst sich in Lehre und Forschung mit Prozessen und Akteuren der Planung und Produktion von Stadt und Raum. Ihre Forschungsfelder sind interdisziplinäre Wohnungsforschung, sozialer Wohnungsbau, Partizipation und Stadtentwicklung sowie die

(Re-)Strukturierung städtischer, suburbaner ebenso wie ländlicher Räume im Kontext gesellschaftlicher Transformation.

barbara.schoenig@uni-weimar.de

## Literatur

- Baldenius, Till / Kohl, Sebastian / Schularick, Moritz (2019): Die neue Wohnungsfrage. Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms. Bonn: Macrofinancelab, Universität Bonn.
- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8/3, 97-114.
- Betker, Frank (2005): „Einsicht in die Notwendigkeit.“ Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994). Stuttgart: Steiner.
- Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Ideen – Praxis – Erfahrung: 1990-1994. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Borst, Renate (1997): Verfahren und Wirkungen der Privatisierung von Mietwohnungen in den neuen Bundesländern seit 1990. In: Uta Schäfer (Hg.), Städtische Strukturen im Wandel. Opladen: Leske + Budrich, 117-216.
- Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (GDW) (Hg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. Köln: GDW.
- Doehler-Behzadi, Marta (2017): Wie die IBA Thüringen Stadtland beschreibt. In: Arch+ 228, Stadtland – Der neue Rurbanismus, 12-19.
- Hannemann, Christine (1996). Die Platte: Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Braunschweig: Vieweg.
- Häußermann, Hartmut (1996): Die Transformation des Wohnungswesens. In: Wendelin Strubelt / Annette Becker (Hg.), Städte und Regionen – räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Berichte der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V. (KSPW) Opladen: Leske + Budrich, 289-325.
- Kollmorgen, Raj (2020): Zwischen Austausch und Marginalisierung: Ostdeutsche in den Eliten nach der Vereinigung. In: BpB (Hg.), Dossier: Lange Wege der Deutschen Einheit. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310065/ostdeutsche-in-den-eliten> (letzter Zugriff am 18.09.2020).
- Kühn, Manfred (2016): Peripherisierung und Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg. Bielefeld: transcript.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Rink, Dieter / Egner, Björn (Hg.) (2020): Lokale Wohnungspolitik. Beispiele aus deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.
- Schipper, Sebastian / Schönig, Barbara (2021): Die ewig neue Wohnungsfrage! Auf den Spuren bundesdeutscher Debatten zur sozialen Wohnraumversorgung. In: Björn Egner / Stephan Grohs (Hg.), Die Rückkehr der Wohnungsfrage. Ansätze und Herausforderungen lokaler Politik. Wiesbaden: Springer VS, im Ersch.
- Schönig, Barbara (2020a): Paradigm Shifts in Social Housing After Welfare-State Transformation: Learning from the German Experience. In: International Journal of Urban and Regional Research, 16.6.2020.
- Schönig, Barbara (2020b): Unter dem Radar. Wohnungsfragen abseits der Wachstumsräume in Thüringer Klein- und Mittelstädten. In: Barbara Schönig / Lisa Vollmer (Hg.), Wohnungsfragen ohne Ende?! Ressourcen für eine soziale Wohnraumversorgung. Bielefeld: transcript, 207-227.
- Schönig, Barbara / Vollmer, Lisa (2020): Wohnungsfrage(n) ohne Ende und überall?! Sechs Thesen für eine interdisziplinäre Wohnungsforschung. In: Barbara Schönig / Lisa Vollmer (Hg.), Wohnungsfragen ohne Ende?! Ressourcen für eine soziale Wohnraumversorgung. Bielefeld: transcript, 7-33.
- Zupan, Daniela (2020): Leitbildwechsel. Dynamiken und Charakteristika städtebaulicher Innovationsprozesse. Detmold: Verlag Dorothea Rohn.





**Debatte**

2020, Band 8, Heft 3  
Seiten 123-128  
zeitschrift-suburban.de  
10.36900/suburban.v8i3.627

Matthias Bernt, Andrej Holm: ‚Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen‘

Kommentare von:  
Barbara Schönig, Carsten Keller, Carmen Leidereiter, Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:  
Matthias Bernt, Andrej Holm

## Von der ostdeutschen zur marktliberalen Transformation

Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“

Carsten Keller

Ein zentrales Anliegen des von Matthias Bernt und Andrej Holm verfassten Plädoyers für eine Ostdeutschlandforschung, die das Wohnen und politisch-institutionelle Faktoren in den Blick nimmt, verstehe ich so, dass mit dieser Perspektive der vorherrschende Blick auf Defizite in den neuen Bundesländern korrigiert werden kann. Der Blick auf die in Ost- gegenüber Westdeutschland existierenden Defizite scheint überall zu lauern: Von der (immer noch) geringeren Wirtschaftsleistung, den niedrigeren Löhnen und schlechteren tariflichen Absicherungen von Arbeitnehmer\*innen, der schwächer entwickelten Zivilgesellschaft und dem geringeren Vertrauen in demokratische Institutionen über das Bild der/s sich gegenüber Westdeutschen als Bürger\*in zweiter Klasse empfindenden Ostdeutschen („Jammer-Ossi“) bis hin zu den Wahlergebnissen der AfD und der sozialen Polarisierung der Städte: In welchen gesellschaftlichen Bereichen geht es eigentlich nicht um die Diagnose, dass in den neuen Bundesländern ein Defizit, eine negative Situation oder Entwicklung gegenüber den alten Bundesländern vorliegt? Wenn Bernt und Holm in ihrem Beitrag die Privatisierung des Wohnungswesens nach der ‚Wende‘ anhand der Restitutionsregelung und des Altschuldenhilfegesetzes nachzeichnen, wollen sie damit auch zeigen, dass hierin eine strukturelle Grundlage der Erfahrung von Abwertung bei den Ostdeutschen liege (Bernt/Holm 2020: 102). Die subjektive Erfahrung von ‚Defiziten‘ bei Ostdeutschen ist insofern durchaus real und berechtigt. Durch die Analyse „konkreter Machtverhältnisse und institutioneller Rahmenbedingungen“ werden diese Alltagserfahrungen jedoch „fundiert“ (ebd.: 97).

Nun begibt sich eine nach dem Mauerfall geborene ‚dritte Generation‘ auf die Suche, worin ihre spezifisch ostdeutsche Identität bestehe, die sie nach dem Untergang der DDR nach offizieller Ideologie eigentlich gar nicht haben dürfte. Droht sich auch diese Spurensuche am Ende wieder in die Geschichte von Defiziten des Ostens zu verstricken? Bei der Sichtung von Studien, die seit den 2010er Jahren von einer neuen Generation Ostdeutscher produziert werden, geht es Bernt und Holm wohl nicht um die Kritik an einer Defizitperspektive. In diesen Studien bleiben ihnen zufolge zwar politisch-institutionelle Perspektiven und Machtverhältnisse stark

unterbelichtet (ebd.: 101). Damit bleibt aber vor allem der Eigensinn ostdeutscher Alltagserfahrungen und Mentalitäten sozusagen in der Luft schweben, wie ein Kopf ohne Rumpf. Der Eigensinn wird nicht vermittelt mit strukturellen Eigenheiten der Transformation. Eigenheiten von politisch-institutionellen und ökonomischen Faktoren sind es, die nach Bernt und Holm nicht nur Alltagserfahrungen grundieren, sondern auch die Stadtentwicklung seit der ‚Wende‘ bestimmen: Sie stellen die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür dar, dass sich die ostdeutschen Städte polarisieren – in gentrifizierte Zentren und verarmte Großsiedlungen am Stadtrand (ebd.: 110).

Ein einseitiger Fokus auf Defizite, auf eine ostdeutsche Subjektivität und die Vernachlässigung struktureller Faktoren, das sind die drei Hauptbefunde, die Bernt und Holm der aktuellen Forschung zu den neuen Bundesländern diagnostizieren. Hinzu kommt, dass diese Forschung eher ein Randdasein führt. Nach einer institutionell geförderten Boomphase, die sich mit Karriereperspektiven vor allem Westdeutscher verband, ist die Transformationsforschung kaum mehr aus ihrem Schattendasein herausgetreten. Auch der jüngste Zuwachs an Studien hat nicht so ein Interesse wie in der Nachwendezeit erregt, als das ‚große Laboratorium‘ Ostdeutschland, das ‚Experiment Vereinigung‘ den Hunger nach neuen Erkenntnissen anstachelte.

### **Wohnforschung:**

#### **Die Kreuzung subjektiver und objektiver Realitäten**

Bernt und Holm plädieren vor diesem Hintergrund für eine Erforschung des Wohnens in den neuen Bundesländern, um subjektive und objektive Realitäten der Transformation miteinander zu kreuzen. Denn die Untersuchung des Wohnens ist prädestiniert dafür, dass sich subjektive Erfahrungen mit politisch-institutionellen Faktoren und Machtverhältnissen vermitteln lassen. Auch die Historikerin Kerstin Brückweh (2019) hat vor Kurzem genau diese Perspektive eingenommen. Vor dem Hintergrund der Diagnose, dass Forschungen zur ostdeutschen Transformation sich bis heute in Untersuchungen zur institutionellen Makro- und subjektiven Mikroebene aufspalten, beleuchtet sie sozialwissenschaftliche Studien zum ostdeutschen Wohnen. Bei der Gegenüberstellung einer qualitativen Studie zur Restitution von Grund- und Wohneigentum in Kleinmachnow sowie quantitativer Daten der im Jahr 1990 gestarteten Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zeigt sie in der Tat einige neue Perspektiven auf.

So arbeitet Brückweh heraus, dass der Eigentumsgedanke zu DDR-Zeiten offenbar in deutlich stärkerem Maße fortbestanden hat, als es die Diagnose vom ‚Quasi-Eigentum‘ der Mietwohnung nahelegt. Der Staatssozialismus habe die Tradition des liberal-individualistischen Eigentumsverständnisses in 40 Jahren nicht wirklich durchbrochen. Diese These macht Brückweh (ebd.: 26 f.) zunächst am Eigentumsstreben von Hausbewohner\*innen in Kleinmachnow und dem Agieren von Behörden fest. Auch das sich in den SOEP-Umfragen artikulierende Wissen der Ostdeutschen darüber, in welchen Eigentumsverhältnissen sie im Jahr 1990 wohnen, sieht Brückweh (ebd.: 35) als Indikator für das Fortbestehen eines liberal-individualistischen Eigentumsverständnisses. Zugleich wohnten, wie auch Bernt und Holm

zeigen, ein Viertel bis zwei Fünftel aller Ostdeutschen zur Zeit der ‚Wende‘ tatsächlich im Eigentum. Überraschend ist insbesondere der von Brückweh (ebd.: 37 f.) herausgestellte Befund, dass im Jahr 1992 nur elf Prozent der befragten Ostdeutschen von einem Restitutionsanspruch gegenüber ihrem Grundstück oder ihrer Wohnung berichten. Selbst wenn man die 18 Prozent der Befragten dazuzählt, die bei der Frage „weiß nicht“ angaben, ist das ein geringerer Umfang, als es die bisher wenigen Studien zum Thema Restitution nahelegen.

War die Verunsicherung im Wohnbereich zu Wendezeiten vielleicht doch nicht so grundlegend, wie Bernt und Holm in ihrem Beitrag diagnostizieren? Ein weiterer von Brückweh (ebd.: 39) referierter Befund weist in diese Richtung. So unterscheiden sich die Antworten der Ostdeutschen im Jahr 1990 kaum von denen der Westdeutschen im Jahr 1991 bezüglich der Frage, welche Sorgen sie sich hinsichtlich des Verlusts ihrer „bisherigen Nutzungs- und Vermögensrechte (z. B. an Wohnung, Grund und Boden, Gebäuden)“ machen: „Gut 14 Prozent der Befragten machten sich ‚große Sorgen‘, knapp 31 Prozent ‚einige Sorgen‘ und 55 Prozent ‚keine Sorgen‘.“ Zumindest quantitativ waren demnach Sorgen um Verluste im Wohnbereich in Ost- und Westdeutschland ähnlich ausgeprägt. Qualitativ wird es gleichwohl deutliche Unterschiede gegeben haben. Einer dieser Unterschiede war die allgemein größere Unzufriedenheit über den Wohnstandard in Ostdeutschland. Wie eine Studie von Alfons Silbermann (1993) zeigt, waren die Menschen insbesondere aufgrund der Ausstattung und Größe der Wohnungen durchschnittlich deutlich unzufriedener als im Westen.

Vielleicht hat diese Unzufriedenheit, die trotz der von Bernt und Holm beschriebenen hohen Wohnsicherheit bestand, dazu beigetragen, die Sorge vor Verlusten im Wohnbereich zu relativieren. Eine Wiederholung der Befragung von Silbermann zeigt jedenfalls, dass die Wohnzufriedenheit von Ost- und Westdeutschen sich im Zuge der Transformation einander annähert (Harth/Scheller 2012). Eine nachholende Modernisierung also? Diese Frage ist angesichts ihrer normativen Implikationen nicht einfach zu beantworten. Vielleicht ist an dieser Stelle die allgemeine Diagnose von Steffen Mau (2020: 13) hilfreich, dass die ostdeutsche Transformation in ihrer Bilanz als ein Nebeneinander von Angleichung und Abweichung, von Erfolgen und Verlusten erscheint. Die Gleichzeitigkeit von teils diametral einander entgegengesetzten Perspektiven auf einen Gegenstand, wie auf das Wohnen, zu verstehen, macht offenbar eine der Herausforderungen der Transformationsforschung aus.

### **Konzeptionelle oder empirische Studien?**

Die Studie *Lütten Klein* von Mau (2020: 25 f.) wählt als Ausgangspunkt zur Untersuchung der ostdeutschen Transformation das sogenannte ‚Neubaugebiet‘ in Rostock. Zum Wohnen im ‚Plattenbau‘ und den dortigen Differenzierungsprozessen kehrt Mau (ebd.: 238 f.) auch am Ende seiner Studie zurück, in der er subjektive Alltagserfahrungen mit vielen Studien und Daten insbesondere zur Sozialstruktur kombiniert. Sicherlich ist seine Diagnose einer vielfachen ‚Fraktur‘ der ostdeutschen Gesellschaft etwas feuilletonistisch geraten. Aber warum erfüllt diese Studie ansonsten eigentlich nicht die

Kriterien, für die Bernt und Holm in ihrem Beitrag plädieren? Ebenso habe ich das Argument nicht ganz nachvollziehen können, dass es heute vor allem konzeptioneller und nicht-empirischer Untersuchungen zu Ostdeutschland bedürfe (Bernt/Holm 2020: 98 f.). Bernt und Holm haben die Debatten über Stadtentwicklung in den letzten Jahren mit einschlägigen empirischen Arbeiten geprägt, hier plädieren sie für Studien, die Machtverhältnisse konzeptionell in den Blick nehmen (ebd.: 110). Vielleicht würden sie präzisieren, dass solche konzeptionellen Studien selbstverständlich empirisches Material erheben und/oder analysieren sollten. Aber sind empirische Studien nicht stets auch konzeptionell angeleitet?

Dass die randstädtischen Plattenbaugebiete in den neuen Bundesländern sich zu „Armenhäusern“ entwickeln, wie Helbig und Jähnen (2018: 116) in ihrer Studie diagnostizieren, ist aus meiner Sicht jedenfalls eine Überraschung. Der Trend einer sozialen Abwärtsdrift der Plattenbaugebiete war stets umstritten – und er ist es bis heute. Auch die Zahlen, die Helbig und Jähnen (2019) zusätzlich in einer Sonderauswertung nennen, werden die ‚Gesundbeter\*innen‘ der ehemaligen Neubaugebiete kaum davon abbringen, weiterhin von den ‚Potenzialen‘, dem ‚Erlebnis‘, der ‚Vitalisierung‘ et cetera dieser Wohngebiete zu reden, um dabei die soziale Dimension ins Kleingedruckte zu verlegen. Aber selbst wenn die aufwendige empirische Studie von Helbig und Jähnen politisch-institutionell kaum Konsequenzen mit sich bringen wird: Zu der wissenschaftlichen Debatte über Stadtentwicklung und Wohnen in den neuen Bundesländern liefert sie einen zentralen Beitrag. Für eine weiterführende Erforschung der ostdeutschen Transformation halte ich jedenfalls die Durchführung und Analyse von empirischen Studien für unerlässlich, gerade auch, um Entwicklungen im Bereich des Wohnens zu rekonstruieren und zu verstehen.

### **Transformation des Kapitalismus und Ost-West-Wechselwirkungen**

Bernt und Holm (2020: 104 f.) führen zum Altschuldenhilfegesetz aus, wie Kredite der DDR-Staatsbank westdeutschen Geschäftsbanken übertragen wurden und sich die ostdeutsche Wohnungswirtschaft schlagartig mit immensen Zahlungsverpflichtungen konfrontiert sah. Ein kalter Schauer kann einem bei diesen Zeilen über den Rücken laufen. Da wird ein Herrschaftsmechanismus dargestellt, der, obwohl er sich im Zeitalter des globalen Kapitalismus vollzieht, älter ist als dieser, älter vielleicht selbst als die Macht der Zahlen. Durch Enteignung und Privatisierung wird Ostdeutschland zum „Labor eines finanzierten Wohnungsmarktes“, schreiben die Autoren und markieren damit eine dringende Forschungsperspektive (ebd.: 108). Denn gegenüber der neuartigen Erschließung des Immobiliensektors durch das Kapital stochern wissenschaftliche wie staatliche Akteure weitgehend wie in einer Dunstschwade herum, deren bedrohlicher Charakter gefühlt, aber nur in seltenen Augenblicken empirisch erfasst wird.

Wolfgang Engler und Jana Hensel (2018) formulieren, dass die Ostdeutschen mehrheitlich den rheinischen Kapitalismus wollten, aber mit der ‚Wende‘ den Neoliberalismus bekamen. Es kam zu einer doppelten Transformation der deutschen Gesellschaft. Warum aber setzt sich mit dem Fall des

Eisernen Vorhangs die von Thatcher in Großbritannien zuvor schon exerzierte neoliberale Ideologie so ubiquitär durch – nicht nur in Deutschland, sondern im Grunde in ganz Europa? Nur vordergründig erscheint eine Antwort einfach. Betrachtet man Bereiche wie das Wohnen, so stellt sich etwa die Frage, warum die Schleifung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, dessen Grundlage in der Weimarer Republik gelegt wurde, in die Jahre 1989/90 fällt? Die Deregulierungsideologie erfasst die ‚neuen Länder‘, wird dem monströs erscheinenden öffentlichen Sektor als Medizin verordnet, von den Schulen und Verwaltungen über das Wohnungswesen bis hin zur produzierenden Wirtschaft. Und sie wirkt auf Westdeutschland zurück. Diese Rückwirkungen in der Perspektive einer ‚doppelten Transformation‘ der deutschen Gesellschaft zu erforschen, steht hinsichtlich des deutsch-deutschen Wohnungswesens noch aus.

Ost-West-Rück- und Wechselwirkungen, mit diesem Argument möchte ich den Kommentar schließen, sollten auch in weiteren Bereichen der Transformation erforscht werden. Überzeugend führte etwa Claus Offe (1994) aus, dass der hartnäckige Blick auf das Diktatorische der DDR auch die Funktion erfüllt, von der diktatorischen Vergangenheit der westdeutschen Geschichte abzulenken. Auch vor der ‚Wende‘ ließen sich Wechselwirkungen und Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Staaten erkunden. Hält man etwa Jutta Ditfurths (2007) Biografie von Ulrike Meinhof den Tagebuchaufzeichnungen von Brigitte Reimann (2000) gegenüber, so treten einem kleinbürgerlicher Geist, autoritäre Erziehung und Repression in beiden deutschen Gesellschaften der 1960er Jahre in erstaunlichem Maß entgegen. Hinter den Defiziten im Osten lauern auch Defizite im Westen. Das gilt auch für die Entwicklung rechtspopulistischer Strömungen und Parteien wie der AfD, deren Führungspersonal bekanntlich überwiegend westdeutsch ist. Oder: Welche Wege verlaufen vom ‚NSU‘ zum ‚NSU 2.0‘?

*Dieser Artikel wurde durch den Publikationsfonds der Universität Kassel gefördert.*

### **Autor\_innen**

Carsten Keller ist Soziologe und arbeitet im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie, Migrations- und Ungleichheitsforschung.  
carsten.keller@uni-kassel.de

### **Literatur**

- Bernt, Matthias / Andrej Holm (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8/3, 97-114.
- Brückweh, Kerstin (2019): Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der „Wende“. In: Zeithistorische Forschungen 16, 19-45.
- Ditfurth, Jutta (2007): Ulrike Meinhof. Die Biografie. Berlin: Ullstein.
- Engler, Wolfgang / Hensel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung ostdeutsch zu sein. Berlin: Aufbau.
- Harth, Annette / Gitta Scheller (2012): Das Wohnenerlebnis der Deutschen. Eine Wiederholungsstudie nach 20 Jahren. Wiesbaden: VS.

- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. (Discussion Paper) Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Helbig, Marcel / Stefanie Jähnen (2019): Die soziodemografische Entwicklung der industriell errichteten Wohnsiedlungen in 14 ostdeutschen Städten. Analysen einer Bewohnerschaft zwischen Stabilität und Wandel. (Discussion Paper) Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Mau, Steffen (2020): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/New York: Campus.
- Reimann, Brigitte (2000): Alles schmeckt nach Abschied. Tagebücher 1964-1970. Berlin: Aufbau.
- Silbermann, Alphons (1993): Das Wohnerlebnis in Ostdeutschland. Eine soziologische Studie. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

**Debatte**

2020, Band 8, Heft 3  
Seiten 129-136  
zeitschrift-suburban.de  
10.36900/suburban.v8i3.629

Matthias Bernt, Andrej  
Holm: ‚Die Ostdeutschland-  
forschung muss das Wohnen  
in den Blick nehmen‘

Kommentare von:  
Barbara Schönig, Carsten  
Keller, Carmen Leidereiter,  
Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:  
Matthias Bernt, Andrej Holm

# Rückschritte in längst überwunden gegläubte Ausbeutungs- und Unsicherheitsmuster

Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“

Carmen Leidereiter

Der große Beitrag des Aufschlags von Bernt und Holm (2020) liegt darin, dem viel beschriebenen Abwertungsgefühl ostdeutscher Menschen eine materielle Basis real existierender Ungleichheiten nachzuweisen. Dadurch werden Ungleichheitsempfindungen von einem Status puren Affekts zu statistisch belegbaren Lebensrealitäten erhoben. Ich lese in diesem Aufschlag auch einen Impuls zur historisch-realistischen Analyse (Smith 2011) von Besitz- und Machtverhältnissen, sowie deren Konsequenzen für die Bedingungen des täglichen (Über-)Lebens. Die Frage, der ich mich in diesem Kommentar widmen möchte, betrifft die konzeptuelle Anwendbarkeit und empirische Relevanz dieses Impulses für die ländlichen Räume Ostdeutschlands.

Meine Forschung im Kleinseengebiet Nordostdeutschlands lässt vermuten, dass sich die von den Autoren verfolgten Prozesse der Privatisierung, Spekulation und Enteignung im ruralen und urbanen Raum durchaus ähnlich artikulieren, da sie in vergleichbaren Strukturen materieller Schlechterstellung resultieren. Dem dieser Struktur folgenden Abwertungsgefühl kann man empirisch und analytisch nur gerecht werden, indem ein vollständiges Verständnis der Konsequenzen der seit der Wiedervereinigung entstandenen Besitz- und Eigentumsverhältnisse geschaffen wird, welches ländliche Räume einbeziehen muss. Im nächsten Schritt muss diese Analyse jedoch flankiert werden von einer Betrachtung der Akkumulationsprozesse von Grund und Boden in der *longue durée* sowie von einer Anerkennung der affektiven Spuren, die die rapiden Änderungen der Produktions- und Eigentumsstrukturen bei den Betroffenen hinterlassen.

Beginnend mit der Beobachtung, dass die der Privatisierung von Staatseigentum folgenden Marktprozesse nicht nur, wie von den Autoren erörtert, auf die Stadt- und Wohnungsentwicklung, sondern auch auf die Landentwicklung durchschlagen, nehme ich meine Fallstudie einer ländlichen Region circa 100 Kilometer nördlich von Berlin zum Anlass, drei der aufgezeigten Prozesse empirisch nachzuverfolgen: (1) Wert- und Preissteigerungen von Wohnbestand und Bauland; (2) Akkumulation landwirtschaftlicher Nutzflächen, besonderes der ehemaligen Subsistenzwirtschaft; (3) Kapitalbeteiligung nicht landwirtschaftlicher Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen durch *renteerism* und Spekulation.

## 1. Bauland und -substanz

Wie auch im urbanen Raum lässt sich in der Seenplatte seit 2010 eine akute Steigerung der Kaufpreise von Bauland und Wohneigentum sowie der Quadratmeterpreise für Mietraum feststellen. Bedingt wird die Entwicklung einerseits durch den Zuzug von finanziell meist besser situierten Berlinern, Hamburgern und Westdeutschen allgemein, die die Gegend als Wochenend- und Naherholungsgebiet nutzen, was Druck auf die Grundstücks-, Bau- und Mietpreise ausübt. Die auch in Städten beobachtete Zweckentfremdung von Wohnraum zur saisonalen touristischen Vermietung oder als Wochenenddomizil spielt ebenfalls eine Rolle (Glock et al. 2001), da sie sich verschärfend auf eine bereits angespannte Wohnsituation auswirkt.

Hierbei muss auch die regional geförderte touristische Entwicklung von ländlichen Regionen als Fortschrittsoption für den Sektorservice erwähnt werden (Harvey 2003). Regional artikuliert sich dieser Entwicklungsimpuls am häufigsten über die Nichtdurchsetzung beziehungsweise Nichtkontrolle existierender baulicher Genehmigungs- und Lizenzierungsverfahren, durch die bauliches Vordringen selbst in Naturschutzgebiete indirekt ermöglicht wird. Ähnliches gilt für Verstöße gegen Bauentwicklungs- und Bebauungspläne, die über Jahrzehnte hinweg weder kontrolliert noch geahndet wurden, und daher eine touristische Entwicklung in einem „de facto regulationsfreiem Raum“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2017: 33) ermöglichten.

Auf der anderen Seite wird hier, wie im urbanen Raum auch, Bauland und Baubestand als sogenannte wertbeständige Anlageoption zum Objekt von Kapital und Spekulation – eine Entwicklung, die sich insbesondere seit der letzten Finanzkrise beobachten lässt. Als beispielhaft kann der Aufkauf ganzer ehemaliger Bungalowsiedlungen und Jugendlandwohnheime zwecks (Luxus-)Sanierung und Neuverkauf angeführt werden.

## 2. Subsistenz, Enteignung und die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft

Weiterführend gilt es zu bemerken, dass die von den Autoren beschriebene staatlich subventionierte Spekulation und der ihr folgende Mehrwertabfluss nicht auf Bausubstanz und Bauland beschränkt ist. Vielmehr sind eben jene Prozesse auch in Bezug auf Acker, Grün- und Waldland zu beobachten. Institutionell muss hierbei die Rolle der Privatisierungspolitik der Bodenverwertungs und -verwaltungs GmbH (BVVG) für Ostdeutschland hervorgehoben werden. Was das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen für den Immobilienbereich und die Treuhandanstalt für Betriebe waren, das war die BVVG für die Bodenprivatisierung: eine staatliche Institution, die ein Vergleichssystem zur Ermittlung von Kaufpreisforderungen für ehemals volkseigenen Grund und Boden erstellte und anschließend Verkäufe abwickelte.

Ein kurzer historischer Abriss ist hier nötig. Die Kleinseeregion liegt im Gebiet des historischen Pommerns<sup>[1]</sup>. Bereits im geeinten Kaiserreich hatte Pommern eine Sonderstellung als erkonservative Bastion sogenannter traditioneller Werte inne, in dem unfreie Bauern, Leibeigenschaft und



feudale Großgrundbesitzverhältnisse bis weit in die 1930er Jahre Bestand hatten (Matthiesen 2000). Die Bodenreformen nach 1945 orientierten sich vor allem daran, möglichst vielen Bürger\_innen Zugang zu landwirtschaftlicher Nutzfläche (LF) zu ermöglichen, und damit einen gewissen Grad der Selbstversorgung abzusichern (Mooser 1992). Der Zusammenschluss umverteilter Flächen in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) erfolgte ab 1953 und wurde als Grundpfeiler der Planwirtschaft verstanden. In einem weiteren Schritt wurden ab 1952 Staatsforste, Seengebiete und Grünland verschiedenen Gemeinden zugeteilt. Zusätzlich zu den LPGs wurden einige dieser Grün- und Ackerflächen in Kleinststücke von oft nicht mehr als 1000 qm aufgeteilt und Familien beziehungsweise Haushalten zur Nutzung zugewiesen (Nölting 2009). Allerdings war dieser Zugang auf ein reines Nutzungsrecht beschränkt, während die Flächen formal Staatseigentum blieben und somit von der Privatisierungspolitik der BVVG ebenso betroffen waren wie Grün-, Acker- und Waldland.

Seit 1990 lässt sich vor allem ein Wandel der Eigentumsstruktur von Landflächen vermerken, indem Eigentum in immer höherem Maße auf GmbHs konzentriert ist, während Einzelpersonen- oder Familiengesellschaften abnehmen[2]. Die absoluten Kaufwerte je Hektar LF liegen in Ostdeutschland bei durchschnittlich 8.838 Euro, und damit circa 60 Prozent unter den in Westdeutschland geforderten Verkaufspreisen (Forster/Tietz 2013). Dieses Preisniveau macht LF in ähnlichem Maße sowohl zum Anlageobjekt als auch zum Objekt von Kapitalspekulation im Sinne des *land*[3] und *green grabbing*[4]. Als Resultat ist besonders in Mecklenburg-Vorpommern in den zehn Jahren seit der letzten Finanzkrise ein absoluter Kauf- und Wertanstieg von LF um 2.602 Euro pro Hektar zu verzeichnen – ein Trend, der Rückschlüsse auf die steigende Beteiligung nicht-landwirtschaftlicher Investoren an Landeigentum und Spekulation zulässt (ebd.: 45).

Dies hat unmittelbare Konsequenzen sowohl für die Menschen, die dieses Land gewohnheitsmäßig nutzen, als auch für die Rahmenbedingungen, unter denen sich die ländlichen Gebiete Ostdeutschlands entwickeln.

Einerseits wird durch Privatisierung die Überführung ehemals wertfreier öffentlicher Räume und Aspekte gesellschaftlichen Lebens in die marktwirtschaftliche Verwertungskette gesichert (*enclosure of the commons*). Ein hervorstechendes Beispiel aus meiner Feldforschung betrifft die Illegalisierung des Zugangs zu Wäldern, Gewässern und öffentlichem Boden für traditionelle Subsistenzaktivitäten (wie z. B. Holzsammeln, Angeln, Früchte- und Pilzsuche) sowie die Einführung empfindlicher Strafen bei Zuwiderhandlung.

Die Vehemenz, mit der eigentumsrechtliche Ansprüche durchgesetzt werden, steht in drastischem Kontrast zu den oft nachlässigen baurechtlichen Genehmigungsverfahren, wie sie oben Erwähnung finden. Sie widerspricht außerdem dem emischen Gerechtigkeitsempfinden derer, die auf Subsistenz als Überlebensstrategie angewiesen sind. Daran, dass also bei potenziell lukrativen Bauprojekten ein Auge zugedrückt wird, andere Verstöße gegen das Privat- oder Zivilrecht aber akribisch verfolgt werden, zeigt sich eine starke Parteinahme, die Unverständnis gegenüber der Durchsetzung geltender Regularien erzeugt. Verstärkt wird diese Gefühlsstruktur, weil hier ehemals staatlich ausdrücklich erwünschte (weil als die Gemeinschaft zementierend

angesehene) Überlebenspraktiken faktisch illegalisiert werden. So wird die *enclosure of the commons* zum auch zeitgenössisch relevanten Muster der für den späten Neoliberalismus typischen Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2003).

Andererseits werden durch massenhafte Landkäufe die Landbesitzverhältnisse Ostdeutschlands entlokalisiert und der Zugang zu Nutzfläche für Durchschnittsbürger\_innen drastisch reduziert. Obwohl die BVVG den Kleinflächenbewirtschafter\_innen ein Vorkaufsrecht eingeräumt hatte, konnten die wenigsten dieses in dem ihnen zugestandenen Zeitraum wahrnehmen. So fielen also auch Kleinststücke der von der BVVG vermittelten Privatisierung zu und die Möglichkeit zur Subsistenzlandwirtschaft verringerte sich drastisch.

Es wird klar, dass diese Entwicklung Subsistenzpraktiken hemmt und in Verbindung mit dem erschwerten Zugang zu Landflächen die Lebensverhältnisse verschlechtert: Mehr des sowieso schon knappen Einkommens muss zur Ernährung aufgewendet werden, während vorheriges Zusatzeinkommen aus dem Verkauf der Überschussproduktion wegfällt (Streitz 1995). Sofern diese Konsequenzen regionalpolitisch überhaupt zur Sprache kommen, werden sie als unintendierter Kollateralschaden grundsätzlich notwendiger Reformen abgetan; sie erfahren also keine politische Kreditierung.

### 3. Landwirtschaft, Kapitalbeteiligung und *renteerism*

Durch die staatlich subventionierte Übernahme (Forster/Tietz 2013) gesamter ehemaliger LPGs sowie die steigende Kapitalbeteiligung nicht-landwirtschaftlicher Investoren an Agrarunternehmen wird nicht nur die Landeigentums-, und Zugangsstruktur, sondern auch deren Bewirtschaftung grundlegend verändert.

Obwohl für eine umfassende Genealogie dieser Entwicklung hier kein Platz ist, lässt sich zusammenfassend bemerken, dass die Kapitalbeteiligung nicht-landwirtschaftlicher und überregional agierender Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen in Ostdeutschland prozentual doppelt so hoch ist wie in den westlichen Bundesländern. In den drei Landkreisen der Seenplatte ist er so hoch wie sonst nur in Sachsen (Forster/Tietz 2013). Da die Besitzer dieses Landes in der Regel internationale Agrarunternehmen und Finanzspekulant\_innen sind, zeichnet sich deren Bewirtschaftungsprämisse durch Gewinnmaximierung aus. Zwei generelle Trends sind zu beobachten: Sofern die Eigentümer\_innen hauptsächlich Agrarunternehmen sind, führt die Beteiligung nicht-landwirtschaftlicher Investoren zu monokulturellen und klimaschädlichen, aber gewinnsteigernden Bewirtschaftungssystemen. Die langfristigen ‚kollateralen Konsequenzen‘ solcher Systeme sind in der Fachliteratur minutiös erfasst.[5]

Im Falle von spekulativem Landbesitz und nicht selbst bewirtschaftenden Landbesitzer\_innen sind die Konsequenzen komplexer. Beispielhaft lässt sich hier der Fall eines Investors mit Sitz in den Niederlanden anführen, dessen Hauptgesellschafter ausschließlich in Russland ansässig sind (IHKMV 2018: MV/72737HD/ccvks). 2005 erwarb diese Gesellschaft eine ehemalige LPG mit 100 Hektar. Aggressives Wachstum und das

konsequente Überbieten aller konkurrierenden Landkäufer\_innen sicherten der Gesellschaft eine Expansion auf 9000 Hektar im Jahr 2019, verteilt über ein Gebiet von circa 50 qkm. Nach eigenen Angaben ist das Hauptziel der Investitionsgesellschaft Kapitalsicherheit, wobei die Gewinnmaximierung von Investitionen durch wertsteigernde regionale Intervention (z. B. Infrastrukturprojekte oder Umwandlung in Bau- oder Gewerbeland) ausdrücklich als erwünscht beschrieben wird.

Sofern massive Wertsteigerungen nicht abzusehen sind, werden LF zur Bewirtschaftung verpachtet. In der Regel erfolgt dies an selbstgegründete, als Subunternehmen agierende Agrargenossenschaften. Im Falle der beschriebenen Investitionsgesellschaft war es mir nicht möglich, Einsicht in oder Aufschluss über die Eigentums-, Beteiligungs- oder Anteilshalter\_innen der offiziell als Subunternehmen der Gesellschaft beschriebenen Agrargenossenschaft zu erhalten. Sicher ist jedoch, dass die Genossenschaft selbst nur einen Bruchteil (ca. zehn Prozent) der gepachteten LF bewirtschaftet, während der Rest in einem undurchsichtigen Netz an Sub- und Pachtverträgen unterverpachtet wird.

Diesen Pachtbauern zufolge haben sich die Pachtpreise über zehn Jahren vervierfacht, während die Marktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse kontinuierlich sanken. Weiterhin ist festzustellen, dass sich die verbliebenen Bauern in Miet- und Pachtverhältnissen an ebenjenen Flächen bedienen müssen, die sie vormals zu verkaufen gezwungen waren. Die Landwirte werden somit nicht nur finanziell zahlungspflichtig: Sie betätigen sie sich nicht länger als autonom agierende, auf Subsistenz oder Planwirtschaft erpichte Unternehmer, sondern werden entweder zu *contract farmern* für international agierende Großunternehmen oder zu Herstellern von regionalen *cash crops* wie Spargel, Erdbeeren oder den Ausgangstoffen für Biodiesel. In beiden Fällen greifen sie für Ernte und Verpackung auf saisonale Arbeitskräfte und Tagelöhner zurück.

In diesem Beispiel, wie in vielen anderen Fällen spekulativen Landbesitzes durch nicht-landwirtschaftliche Investoren, wird Wertschöpfung überregional betrieben und werden Zins- und Kapitalgewinne aus Spekulation dem internationalen Finanzmarkt beziehungsweise der weiteren Privatisierung zugeführt, sodass kaum regionale Investitionen erfolgen. In der Folge entstehen, keine vier Generationen nach Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes, neue quasi-feudale Eigentums- und Pachtverhältnisse von Grund und Boden, in denen international agierende Finanzgesellschaften fast landlosen ehemaligen Bauern und Arbeitern gegenüberstehen.

Aus Sicht der sie konfrontierenden Menschen ist der einzige substanzielle Unterschied dieser neuen Besitzer zu den ehemaligen Großgrundherren jener, dass sie gesichtslose Entitäten sind, die nicht einmal um persönliche Gefallen oder Patronagen gebeten werden können. Stattdessen argumentieren und agieren Investor\_innen und die sie vertretenden Agrarunternehmen, wie Ihre historischen Vorbilder auch, mit dem ewigen Zwang der alternativen Wirtschaftlichkeit. Dabei werden mit ehemaligem Subsistenzland international erhebliche Gewinne einfahren. Konfrontiert werden diese neuen Großgrundbesitzer, wenn überhaupt, von ehemals autonomen Landwirten, die zu *contract farmern*, saisonalen Arbeitskräften und Tagelöhnern degradiert oder zum Abwandern ‚ermuntert‘ wurden.

#### 4. Resümee und Offene Fragen

Zusammenfassend wird so eine Landbevölkerung geschaffen, deren einzige Überlebenschance erneut ausschließlich in der Vermarktung ihrer Arbeitskraft liegt, nachdem Subsistenzpraktiken und Zugang zu Land vereitelt wurden. In der Summe werden diese Entwicklungen zu Recht als genau der Rückschritt empfunden, der sie auch sind: Eine Wiederkehr längst überwunden geglaubter Ausbeutungs-, Ungerechtigkeits- und Unsicherheitsmuster, die strukturell eine dauerhafte Schlechterstellung darstellen. Die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bleibt somit nicht nur aus, sondern wird verstärkt strukturell unterminiert.

Nach dieser knappen Erörterung der Artikulation neoliberaler Prozesse im ländlichen Raum sowie der lebenswidrigen Konsequenzen dieser Prozesse möchte ich noch einige der unerlässlichen Fragen aufzeigen, die sich aus diesen Einsichten ergeben:

*Erstens* wurden durch die BVVG sowie die selektive Duldung beziehungsweise drastische Ahndung widerrechtlichen Verhaltens seit der Wiedervereinigung auch im ländlichen Raum Prozesse der Ungleichheiten und ein daraus resultierendes Machtgefälle staatlich institutionalisiert. Die von Bernt und Holm beschriebenen urbanen Prozesse finden also im ländlichen Raum ein strukturelles Pendant. Diese Einsicht ermöglicht es uns, zu verstehen, wie die *agency* ostdeutscher Menschen machtpolitisch prädeterminiert ist. Basierend auf Untersuchungen anderer postsozialistischer Regionen (Materka 2017; Shevchenko 2009) ist jedoch davon auszugehen, dass diese anscheinende Pfadabhängigkeit und die ihr folgende Ungerechtigkeit nicht still hingenommen werden: Was also sind die Möglichkeiten für subversives Handeln? Wie werden die institutionellen Rahmenbedingungen und Machtstrukturen unterminiert oder zumindest umgangen? Welche (informellen) Überlebensstrategien und Wohnlösungen stehen heute offen?

*Zweitens* hinterlassen die rapiden Änderungen der Produktions- und Eigentumsstrukturen innerhalb von nur drei Generationen (vom Großgrundbesitz zu Allgemeingut und zurück zu Großgrundbesitz, oder von der Wohnsicherheit in die Wohnunsicherheit) emotionale, affektive Spuren, deren Ausdruck nicht einfach mit Referenz zum Tellerrand der Subjektperspektive abgetan werden kann (Phillips 2005)[6]. Was es braucht, ist vielmehr eine institutionell-politische Perspektive, die flankiert wird von einer Affektanalyse der Subjektivitäten, die durch ein Existieren in ebenjener permanenten Unsicherheit produziert werden (Federici 2012; Fassin 2009; Arendt 1958). Was geschieht mit Identitäten, Subjektivitäten und Sozialität, wenn die teleologische Sicherheit, in der alles für immer war (Yurchak 2006) durch die hochvolatilen Mechanismen flexibler Akkumulation ersetzt wird?

*Drittens* muss die Tatsache, dass es Kohls viel beschriebene und bald karikierte blühende Landschaften – eine Metapher für das im Grundgesetz festgeschriebene Anrecht auf eine Gleichwertigkeit der gesamtdeutschen Lebensverhältnisse – auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht gibt, anerkannt und kreditiert werden. Die Problematik der Wertung heterogener Verhältnisse und nicht-linearer Lebenserfahrungen kulminiert vielleicht in Madina Tlostanovas (2012, 2015) provozierender Frage, ob das Postsozialistische sprechen und denken kann. Welche Möglichkeiten

bestehen also für eine gesamtgesellschaftliche Anerkennung teils traumatischer Transformationserfahrungen (Suchland 2001), real existierender Ungleichheit der Lebensverhältnisse und des Wiedererstarkens tiefer Ausbeutungsstrukturen?

## Endnoten

- [1] Sie ist heute jedoch zwischen drei Landkreisen aufgeteilt: Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel in Brandenburg sowie Mecklenburg-Strelitz.
- [2] Oftmals wurden LPGs zumindest mittelfristig von den sie bewirtschaftenden Bauern übernommen, gingen bankrott und wurden dann von der BVVG bis zum Verkauf verwaltend übernommen.
- [3] Grob übersetzt bedeutet das ‚Landraub‘, ‚neue Landnahme‘ (vgl. auch Dörre 2017). Eine präzise deutsche Übersetzung für *land grabbing* fehlt bisher. Der Weltagrарbericht definiert *land grabbings* als „großflächige Käufe hauptsächlich von privaten, aber auch staatlichen Investoren und Agrarunternehmen, die Agrarflächen kaufen oder langfristig pachten, um sie in eigener Regie zur Herstellung von Agrarrohstoffen zu nutzen. Dabei bewegen [sie] sich oft in Grauzonen des Rechts [...] zwischen traditionellen Landrechten und modernen Eigentumsverhältnissen“ (<https://www.weltagrарbericht.de/themen-des-weltagrарberichts/landgrabbing.html>, letzter Zugriff am 8.10.2020).
- [4] Wörtlich übersetzt ‚grüner Raub‘. Eine sinngemäße Übersetzung wäre ‚grüne Landnahme‘, eine Mischform ‚grüner (Land-)Raub‘. In Anlehnung an *land grabbing* definieren Farihead, Leach und Scone (2012) *green grabbing* als die großflächige Privatisierung von Land, Ressourcen und Wasser unter dem Vorwand des ökologischen Schutzes, z. B. der Artenvielfalt, Kohlenstoffbindung, Biodiversität oder Ökotourismus. *Green grabs* gefährden traditionelle Landrechte und Subsistenzpraktiken in ähnlichem Maße wie *land grabbing*.
- [5] Gemeint sind Desertifikation, ökologische Armut, reduzierter Wildtierbestand bis hin zur Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche, wobei diese sozialen und ökologischen Konsequenzen meistens an Privatpersonen und staatliche Institutionen externalisiert werden können.
- [6] Ost-West-Unterschiede zeigen sich unter anderem auch bezüglich der (mentalen) Gesundheit: So ist zum Beispiel die Prävalenz von Angststörungen und Depression in Ostdeutschland um 60 Prozent höher als im Westen (Prütz et al. 2014).

## Autor\_innen

Carmen Leidereiter ist Soziologin und Sozialanthropologin und forscht zur Restrukturierung von Arbeit und Kapital in Krisen sowie zur Rekonfiguration alltäglicher ökonomischer Haus-haltspraktiken und Moralvorstellungen.  
c.leidereiter@gmail.com

## Literatur

- Arendt, Hannah (1958): *The Human Condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMW) (2017): *Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung*, 18. Legislaturperiode.
- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ost-deutsche Städte. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 97-114.
- Dörre, Klaus (2017): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa (Hg.), *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Fairhead, James / Leach, Michael / Scoones, Ian (2012): Green Grabbing: A new Appropriation of Nature? In: *Journal of Peasant Studies* 39/2, 237-261.
- Fassin, Didier (2009): *The Empire of Trauma: An Inquiry into the Condition of Victimhood*. Princeton: Princeton University Press.
- Federici, Silvia (2012): *Revolution at Point Zero: Housework, Reproduction, and Feminist Struggle*. Oakland: PM Press.
- Forster, Bernd / Tietz, André (2013): Kapitalbeteiligung nichtlandwirtschaftlicher und überregional ausgerichteter Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland. Braunschweig: Thünen-Institut.
- Glock, Birgit / Häußermann, Harmut / Keller, Carsten (2001): Die sozialen Konsequenzen der Restitution von Grundeigentum in Deutschland und Polen. In: *Berliner Journal für Soziologie* 11, 533-550.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford: Oxford University Press.
- Materka, Edyta (2017): *Dystopian Provocateurs: Peasants, State and Informality in the Polish-German Borderlands*. Indianapolis: Indiana University Press.
- Matthiesen, Helge (2000): Greifswald in Vorpommern: Konservatives Milieu im Kaiserreich, in *Demokratie und Diktatur; 1900-1990. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*. Düsseldorf: Droste.
- Mooser, Josef (1992): Preußische Agrarreformen, Bauern und Kapitalismus. Bemerkungen zu Hartmut Harnischs Buch „Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution“. In: *Geschichte und Gesellschaft* 18/4, 533-554.
- Nölting, Bernward (2009): Regionaler Wohlstand als Ziel der ländlichen Entwicklung in Ostdeutschland. In: Rainer Friedel / Edmund A. Spindler (Hg.), *Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume*. Wiesbaden: VS.
- Phillips, Sarah D. (2005): Postsocialism, Governmentality, and Subjectivity: An Introduction. In: *Ethnos* 70/4, 437-442.
- Prütz, Franziska / Rommel, Alexander / Kroll, Lars Eric / Lampert, Thomas (2014): *GBE Bericht: 25 Jahre nach Fall der Mauer: Regionale Unterschiede in der Gesundheit*. Berlin: Robert Koch Institut.
- Shevchenko, Olga (2009): *Crisis and the Everyday in Postsocialist Moscow*. Indianapolis: Indiana University Press.
- Smith, Gavin (2011): Selective Hegemony and Beyond-Populations with „No Productive Function“: A Framework for Enquiry. In: *Identities: Global Studies in Culture and Power* 18/1, 2-38.
- Streitz, Michel (1995): Cultivateur du Mecklembourg: Survui d'un Savoir Faire. In: *Études rurales* 138/140, 185-194.
- Suchland, Jennifer (2001): Is Postsocialism Transnational? In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 36/4, 837-62.
- Tlostanova, Madina V. (2012): Postsocialist ≠ Postcolonial? On Post-Soviet Imaginary and Global Coloniality. In: *Journal of Postcolonial Writing* 48/2, 130-142.
- Tlostanova, Madina V. (2015): Can the Post-Soviet Think? On Coloniality of Knowledge, External Imperial and Double Colonial Difference. In: *Intersections. East European Journal of Society and Politics* 1/2, 38-58.
- Yurchak, Alexej (2006): *Everything Was Forever, Until It Was No more: The Last Soviet Generation*. Princeton: Princeton University Press.

#### Debatte

2020, Band 8, Heft 3

Seiten 137-144

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i3.623

Matthias Bernt, Andrej

Holm: ‚Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen‘

Kommentare von:

Barbara Schönig, Carsten

Keller, Carmen Leidereiter,

Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:

Matthias Bernt, Andrej Holm

# Schrumpfung und Stadtumbau als zentrale Themen der Forschung zu Städten in Ostdeutschland

Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“

Dieter Rink

Zunächst einmal freue ich mich über die Initiative von sub\urban, zum 30. Jahrestag der deutschen Vereinigung eine Debatte zum Thema ostdeutsche Stadtentwicklung zu führen. Matthias Bernt und Andrej Holm haben in ihrem Statement zu einigen Themen Grundlegendes gesagt, dem ich mich im Wesentlichen anschließen kann, wie etwa zur Restitution oder zur Altschuldenhilfe. Widersprechen würde ich ihrer Einschätzung, dass Ostdeutschland seit Ende der 1990er Jahre ein „Nischenthema [...] ohne weitere Relevanz“ sei (Bernt/Holm 2020: 98). Vielmehr wurde seit Ende der 1990er und in den 2000er Jahren in Deutschland eine intensive Debatte zur Stadtentwicklung in Ostdeutschland geführt, mit dem Fokus auf Schrumpfung und Stadtumbau. Ich möchte daher in meinem Kommentar auf die Schrumpfung eingehen, die ein zentrales Problem für Ostdeutschland war und ist.

## Hintergrund: Schrumpfung und urbane Krise

Hier muss man etwas weiter ausholen, denn schon die DDR war „ein Land schrumpfender Städte“ (Benke 2005: 61). Etwa ein Drittel der rund 200 Städte der DDR mit mehr als 10.000 Einwohner\_innen schrumpfte zwischen 1950 und 1989 um mindestens 10 Prozent. Darunter befinden sich 40 Städte, die mehr als 20 Prozent ihrer Bevölkerung einbüßten (Rink 2010a). Auch in der DDR entstand ein Typ schrumpfender Städte, der seine Urbanisierung und Industrialisierung bereits vor dem Zweiten Weltkrieg erfahren hatte. Insbesondere die altindustriellen Städte im Süden der DDR litten wie Städte in West- oder Nordeuropa unter Desinvestment, Verschleiß und Verfall (Häußermann 1992). Das betraf auch den Wohnungssektor; in den Altbau wurde über Jahrzehnte nicht beziehungsweise viel zu wenig investiert. Darauf gehen Bernt und Holm kurz ein, indem sie auf die schlechten Wohnbedingungen verweisen (ebd.: 103). Das Desinvestment beim Altbau war aber maßgeblich für die ausgeprägte Wohnungsknappheit, ja Wohnungsnot in der DDR. Ab den 1970er Jahren breitete sich Wohnungsleerstand aus, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre konnte der Neubau nicht mehr mit dem Verfall Schritt halten und die Wohnungsversorgung verschlechterte sich

noch weiter. Am Ende der DDR-Zeit standen wegen mangelnder Instandhaltung geschätzt 450.000 Wohnungen leer, praktisch ausschließlich in den innerstädtischen Altbaugebieten nicht nur großer Städte. Zugleich lagen in den Wohnungsämtern 770.000 Wohnungsanträge von Haushalten auf Wohnungssuche (Buck 2004: 348). Die ungelöste Wohnungsfrage bildete zusammen mit der Vernachlässigung der schrumpfenden Städte im Süden der DDR eine urbane Krise, die zu den Hintergründen der Massenproteste im Herbst 1989 gehörte (Rink 2010b).

### **Einheitseuphorie: Falsche Orientierungen auf Wachstum**

Mit Euphorie startete man zunächst in die deutsche Einheit. Das manifestierte sich unter anderem in hohen Wachstumserwartungen, die in Ostdeutschland überall anzutreffen waren: in der Politik, in den Medien und in der Privatwirtschaft (Häußermann 1996: 24). Die Situation nach der Vereinigung wurde häufig mit der Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg verglichen und daher wurde für Ostdeutschland ein ‚zweites Wirtschaftswunder‘ prophezeit – der damalige Kanzler Helmut Kohl sprach von ‚blühenden Landschaften‘. Selbst in weniger euphorischen Prognosen ging man von einer raschen Angleichung der Stadtentwicklung in Ost- und Westdeutschland aus. So kam das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einer Studie zur Situation der deutschen Städte nach der Vereinigung zu der Einschätzung:

„Vieles spricht dafür, daß sich die ostdeutschen Städte langfristig [...] im Wesentlichen wieder dort in die Städtehierarchie ‚einfügen‘, wo sie [nach dem Zweiten Weltkrieg, D. R.] ‚herausgefallen‘ sind – nicht nur der Größe, sondern auch der Bedeutung nach.“ (Henckel et al. 1993: 543)

Die ostdeutschen Städte haben sich aber nicht da wieder eingeordnet, wo sie nach 1945 aus dem deutschen Städtesystem ‚herausgefallen‘ waren. Es entstand vielmehr ein völlig neues Städtesystem, in dem die westdeutschen Städte zum Teil weitere Funktions- und Positionsgewinne verbuchen konnten, während die ostdeutschen Städte nicht nur in der Transformationsphase zusätzliche Positionsverluste hinnehmen mussten. Einige Städte haben ihren Großstadtstatus verloren, wie Cottbus, Dessau, Gera, Schwerin und Zwickau, andere mussten substanzielle Einwohner\_innenverluste hinnehmen wie Chemnitz, Halle und Magdeburg sowie zahlreiche Mittel- und Kleinstädte. Nur sehr wenige Städte stehen heute als Gewinnerinnen da, zumindest was die Einwohner\_innenzahl betrifft: Berlin, Dresden, Erfurt, Jena, Leipzig und Potsdam. Problematisch an den überhöhten Wachstumserwartungen war, dass sie leider den kommunalen Planungen zugrunde gelegt wurden. Die Folgen waren unter anderem zu groß ausgewiesene Gewerbegebiete, überdimensionierte Infrastrukturen, riesige Einkaufszentren und große neue Wohnparks. Die ‚Nebeneffekte‘ beschränkten sich dabei nicht auf strukturelle Wohnungsleerstände und die berüchtigten ‚beleuchteten Wiesen‘ ungenutzter Gewerbegebiete, sondern bedeuteten für viele Kommunen auch drückende Schuldenlasten. Für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland wurde davon ausgegangen, dass sie die im Westen überholen würde. So prognostizierte etwa der Stadtsoziologe Jürgen Friedrichs Folgendes: „Die Entwicklung in den Städten der DDR



folgt nicht den Phasen in der BRD, sondern überspringt Phasen und setzt gleich bei der gegenwärtigen Phase in den Städten der BRD ein“ (1995: 68). Er erwartete „eine Entmischung in den Neubaugebieten, eine Aufwertung (Gentrification) der innenstadtnahen Wohnviertel, [...] ferner eine insgesamt steigende Segregation der Stadtbewohner nach dem sozialen Status und dem Alter“ (ebd.: 57). Tatsächlich wurde durch die Steuerabschreibungen, das Investitionsvorranggesetz und andere Bestimmungen ein enormer Neubau- und Sanierungsboom in Ostdeutschland ausgelöst. Die Gleichzeitigkeit von Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung, Suburbanisierung und Aufwertung der innerstädtischen Altbaubestände führte jedoch zur unerwarteten Situation fehlender Nachfrage und geringer Kaufkraft. Auch hier war in der Transformationsphase eine spezifische Situation entstanden, die weder den Phasen der Bundesrepublik vor 1990 entsprach noch einem ‚Überspringen von Phasen‘. Hier kann ich mich der Kritik von Bernt/Holm anschließen, dass die überwiegende Orientierung am Konzept der ‚nachholenden Modernisierung‘ zu Verkürzungen führte und insbesondere Machtverhältnisse im Transformationsprozess ausblendete (ebd.: 99).

### **Schrumpfung als Transformationsproblem**

Unter der Ägide der ‚nachholenden Modernisierung‘ wollten die westdeutschen Eliten die Transformation in Ostdeutschland auf Wachstum ausrichten, um den Schrumpfungsprozessen aktiv entgegenzuwirken. Schrumpfung wurde jedoch im Zuge des Transformationsprozesses der 1990er Jahre zum dominanten Entwicklungsmodus ostdeutscher Städte. Dafür waren die Abwanderung nach Westdeutschland, der Geburteneinbruch und die Suburbanisierung maßgeblich (Rink 2010a). Die Transformation verlief eben nicht als Wirtschaftswunder, sondern im Gegenteil als Strukturkrise mit einer historisch beispiellosen und rasanten Deindustrialisierung, die je nach Region, Branche und Modernisierungsgrad zwischen 80 und 90 Prozent des vormaligen Besatzes betrug. Inzwischen haben sich zur Beschreibung dieser Entwicklung Begriffe wie ‚Strukturbruch‘ oder ‚Fraktur‘ eingebürgert – Christine Hannemann spricht diesbezüglich von einer „Erosion der wirtschaftlichen Basis“ und einer „Deökonomisierung“ der ostdeutschen Städte und Regionen (Hannemann 2004: 213). Das führte zu einer langanhaltenden Schwäche des ostdeutschen Arbeitsmarktes, zu hohen Arbeitslosenquoten von 20 bis 30 Prozent sowie zu einer Abwanderung insbesondere junger und gut ausgebildeter Menschen aus Ost- nach Westdeutschland, eine dauerhafte Begleiterscheinung der Transformation. Infolge der Suburbanisierung waren die ostdeutschen Großstädte in den 1990er Jahren sogar besonders von Schrumpfung betroffen. Interessanterweise wurde die Schrumpfung in den 1990er Jahren zwar teilweise wahrgenommen, aber in dieser Phase überwiegend als vorübergehendes Phänomen angesehen (Nelle et al. 2017: 120). Im Vordergrund der Analyse standen andere mit der Transformation verbundene Probleme, wie etwa Arbeitslosigkeit, neue soziale Ungleichheiten, Wandel von Lebensstilen und Milieus und weitere.

## **Post-Transformation: Schrumpfung als weiterhin wirkender Kontext**

Das änderte sich um 2000 mit dem Bericht der Lehmann-Grube-Kommission und der Initiative des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost, das ab 2002 das augenfälligste Problem der Schrumpfung adressierte: den Wohnungsleerstand. In diesem Kontext war dann die Schrumpfungs- und Stadtumbaudebatte angesiedelt, die maßgeblich von der ost- wie westdeutschen Stadtforschung beziehungsweise Stadtsoziologie mitgeführt wurde. Zu nennen ist hier etwa das Shrinking Cities Projekt (2002-2008), welches Halle und Leipzig als ostdeutsche Städte thematisierte und mit Ausstellungen das Thema weit über den akademischen Bereich hinaus popularisierte (Oswalt 2004, 2005). Das Wittenberge-Projekt hat dann einige Jahre später (2007-2010) in exemplarischer Weise unterschiedliche Aspekte von Transformation und Schrumpfung am Beispiel einer ostdeutschen Kleinstadt untersucht beziehungsweise künstlerisch behandelt (Bude et al. 2011). Eine Reihe von weiteren internationalen und nationalen Projekten und Einzelforschungen hat sich in den 2000er Jahren und Anfang der 2010er Jahre mit unterschiedlichen Aspekten und Problemen der Schrumpfung auseinandergesetzt: die EU-COST-Aktion „Cities Regrowing Smaller“ (CIRES) (2008-2013), das EU-Projekt „Shrink Smart“ (2009-2012) oder das Shrinking Cities International Research Network (SCiRN) (seit 2004). Zu nennen ist hier auch die Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 (2003-2010), in deren Umfeld zahlreiche akademische Publikationen entstanden sind. Die Transformationsforschung wurde mit dem Sonderforschungsbereich 580 (SFB) an den Universitäten Halle und Jena „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung“ (2001-2012) fortgeführt, der auch städtische beziehungsweise kommunale Probleme adressierte (vgl. Best/Holtmann 2012). In der öffentlichen Wahrnehmung wurde Schrumpfung weitgehend als auf Ostdeutschland begrenztes Problem wahrgenommen, die „schrumpfende Gesellschaft“ (Kaufmann 2005) war in erster Linie die ostdeutsche Teilgesellschaft. Insofern ist seitdem die Schrumpfung ein feststehendes Narrativ für Ostdeutschland, das immer weitererzählt wird.

Während in den 2000er Jahren die ostdeutschen Großstädte im Fokus der Schrumpfungsdebatten standen, sind es seit Anfang/Mitte der 2010er Jahre Mittel- und Kleinstädte, ländliche Räume beziehungsweise periphere Regionen. Die zentralen Themen dieses Strangs der Stadtforschung sind jetzt weniger Wohnungsleerstand und Stadtumbau, sondern demographischer Wandel, insbesondere Alterung, und die Folgen für die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge.

Mit dem Aufkommen der ‚neuen Wohnungsfrage‘ sind in den 2010er Jahren die Probleme schrumpfender Städte und Regionen zunehmend in den Hintergrund gerückt. Mitte der 2010er Jahre kam der Stadtumbau in allen größeren Städten in Ostdeutschland praktisch zum Erliegen. In kleineren Städten und im ländlichen Raum wird er allerdings weiterhin betrieben, um den Wohnungsmarkt zu konsolidieren. Nach 2010 ebte die Abwanderung nach Westdeutschland ab, Mitte der 2010er Jahre war das Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland in etwa ausgeglichen und 2017 und

2018 wanderten erstmals mehr Menschen von West- nach Ostdeutschland als umgekehrt. Zwischen 1989 und 2018 verlor Ostdeutschland durch Abwanderung nach Westdeutschland im Saldo 1,84 Millionen Einwohner.

Die Transformation ist abgeschlossen, sie hat aber Strukturen geschaffen, mit denen viele Städte bis heute und weiterhin zu kämpfen haben. Für die meisten Städte und Regionen in Ostdeutschland ist Schrumpfung in Bezug auf ihre weitere Entwicklung vorgezeichnet. In gängigen Prognosen wird den ostdeutschen Bundesländern eine Schrumpfung zwischen 10 und 15 Prozent prognostiziert. Einigen Städten und Regionen stehe das „große Schrumpfen [...] noch bevor“, dramatisch werde es etwa für das Erzgebirge oder Görlitz mit einem Minus von 25 Prozent der Bevölkerung bis zum Jahr 2030 (Berlin-Institut 2019: 65). Freilich sind mit Berlin und Leipzig auch zwei ostdeutsche Städte dabei, denen ein sehr starkes Wachstum prognostiziert wird (ebd.). Die Entwicklung der ostdeutschen Städte und Regionen hat sich ausdifferenziert, zum Teil polarisiert, Ostdeutschland ist keine einheitliche Region mehr. Daher sind Generalisierungen oder Pauschalisierungen auch nicht mehr möglich. Das spiegelt sich unter anderem darin wider, dass ostdeutsche Städte und Regionen in unterschiedlichen Diskursen thematisiert werden – es gibt keinen übergreifenden Diskurs mehr – darauf hätten Bernt/Holm in ihrem Plädoyer stärker eingehen sollen.

### **Fazit**

Ostdeutsche Städte haben immer wieder die Aufmerksamkeit der Stadtforschung auf sich gezogen, davon zeugen die Diskurse zur postsozialistischen Transformation der 1990er Jahre und die zu Schrumpfung und Stadtumbau seit den 2000er Jahren. Diese fanden nicht nur in Westdeutschland Beachtung, sondern auch in der internationalen wissenschaftlichen Community, was bis heute anhält (Nelle et al. 2017). Mitunter wird mit Bezug auf die Forschung zu schrumpfenden Städten in (Ost-)Deutschland auch von einer „German School“ gesprochen (Pallagst 2008: 12). In den vergangenen Jahren hat die Schrumpfungs- und Stadtumbaudebatte allerdings an Intensität eingebüßt. Das ist sicher vor allem deshalb der Fall, weil keine der großen ostdeutschen Städte mehr schrumpft und der Stadtumbau im Sinne von Abriss seit Mitte der 2010er Jahre weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Zudem sind Schrumpfung und Stadtumbau auch nur ‚normale‘ wissenschaftliche Themen, die wie alle anderen Themen auch Konjunkturen unterliegen.

Die Frage, was aus dem ostdeutschen Fall für die Forschung zu schrumpfenden Städten in anderen Ländern beziehungsweise Weltregionen gelernt werden kann, hätte im Beitrag von Bernt/Holm stärker berücksichtigt werden sollen, freilich ist sie nicht leicht zu beantworten. Die vorliegenden Vergleiche respektive Studien deuten darauf hin, dass der ostdeutsche Fall in Europa und im internationalen Vergleich singulär ist. Durch die Integration in die Bundesrepublik und die Europäische Union nahm die postsozialistische Transformation einen anderen Verlauf als in den übrigen osteuropäischen Ländern. So war die Deindustrialisierung viel rascher und umfassender, dafür wurden die Folgen in viel größerem Maß sozialstaatlich abgefedert, jedenfalls noch in den 1990er Jahren (durch Kurzarbeit, ABM, Weiterbildung und Qualifizierung, Frühverrentung u. a. m.). Als dann um 2000 die Folgen

der Schrumpfung in den Fokus der Politik rückten, wurde abermals mit staatlichen Subventionen der Stadtumbau finanziert, viel umfassender als das in westeuropäischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien oder etwa in den USA der Fall ist. Ostdeutschland wurde zwar immer wieder als „Labor“ proklamiert (z. B. Bauer-Volke/Dietzsch 2004), das kann aber nicht per se gelten. Anders sieht es mit einzelnen Lösungen aus, die etwa im Stadtumbau für den Umgang mit den Folgen der Schrumpfung gefunden wurden, wie zum Beispiel Zwischennutzungen, Wächterhäuser oder Begrünungskonzepte. Was in diesem Themenfeld bislang fehlt, ist eine Synthese beziehungsweise eine systematische Sichtung der zahlreichen Forschungen und Studien zu schrumpfenden Städten in Ostdeutschland. Der umfangreiche Forschungsstand zu diesem Thema präsentiert sich als ein Nebeneinander von heuristischen Konzepten, Typisierungen von Schrumpfungsverläufen und Analysen planerischer und politischer Reaktionen. Zum Stadtumbau Ost liegen zwar zahlreiche Einzelstudien sowie die ministeriellen Evaluierungsberichte vor, es gibt aber bislang keine Gesamtdarstellung, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Das kann man wohl als zentrales Desiderat dieses Stranges der Ostdeutschlandforschung bezeichnen und hier kann ich Bernt/Holm nur zustimmen, dass es vor allem konzeptioneller Impulse bedarf, um neue Entwicklungen in Ostdeutschland tiefergehend verstehen und kontextualisieren zu können (ebd.: 99). Ich denke, die kleine ostdeutsche Stadtforschung sollte selbst stärker Bezug auf andere Stränge der Ostdeutschlandforschung nehmen, hier wäre auch eine übergreifende Vernetzung der Forschenden untereinander sinnvoll.

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds des Helmholtz Zentrums für Umweltforschung (UFZ) gefördert.*

## **Autor\_innen**

Dieter Rink ist Stadtsoziologe. Seine Forschungsthemen sind nachhaltige Stadtentwicklung, urban governance, Stadtnatur, Wohnen und kommunale Wohnungspolitik.  
dieter.rink@ufz.de

## **Literatur**

- Bauer-Volke, Christina / Dietzsch, Ina (2004): Labor Ostdeutschland – Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Benke, Carsten (2005): Historische Schrumpfungsprozesse – Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte. In: Norbert Gestring / Herbert Glasauer / Christine Hannemann / Werner Petrowsky / Jörg Pohlan (Hg.), Jahrbuch StadtRegion 2004/05. Wiesbaden: Springer VS, 49-70.
- Berlin Institut (2019): Die demografische Lage der Nation, Berlin. [https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Die\\_demografische\\_Lage\\_2019/Demografische\\_Lage\\_online.pdf](https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2019/Demografische_Lage_online.pdf) (letzter Zugriff am 28.7.2020).
- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8/3, 97-114.
- Best, Heinrich / Holtmann, Everhard (Hg.) (2012): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt am Main/New York: Campus.

- Buck, Hannsjörg (2004): Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR. Münster: Lit-Verlag.
- Bude, Heinz / Medicus, Thomas / Willisch, Andreas (2011): ÜberLeben im Umbruch – Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft. Hamburg: Hamburger Edition.
- Friedrichs, Jürgen (1995): Stadtsoziologie. Opladen: Leske & Budrich.
- Hannemann, Christine (2004): Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum: Was verursacht schrumpfende Städte in Ostdeutschland? In: Kristina Bauer-Volke / Ina Dietzsch (Hg.), Labor Ostdeutschland – Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 209-219.
- Häußermann, Hartmut (Hg.) (1992): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Problem der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Basel u.a.: Birkhäuser.
- Häußermann, Hartmut (1996): Von der Stadt im Sozialismus zu Stadt im Kapitalismus. In: Hartmut Häußermann / Rainer Neef (Hg.), Stadtentwicklung in Ostdeutschland: Soziale und räumliche Tendenzen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 5-47.
- Henckel, Dietrich / Grabow, Busso / Hollbach, Beate / Usbeck, Hartmut / Niemann, Heinz (1993): Entwicklungschancen deutscher Städte. Die Folgen der Vereinigung. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nelle, Anja / Großmann, Katrin / Haase, Annegret / Kabisch, Sigrun / Rink, Dieter / Wolff, Manuel (2017): Urban shrinkage in Germany: An entangled web of reality, discourse and policy. In: Cities 69, 116-123.
- Oswalt, Philipp (2004): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz.
- Oswalt, Philipp (2005): Schrumpfende Städte. Band 2: Handlungskonzepte. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz.
- Pallagst, Karina (2008): Shrinking Cities. Planning Challenges from an International Perspective. In: Urban Infill, Special Issue „Cities Growing Smaller“ 1, 6-16.
- Rink, Dieter (2010a): Schrumpfen als Transformationsproblem. Ursachen und Verlaufsformen von Schrumpfung in Ostdeutschland. In: Matthias Bernt / Michael Haus / Tobias Robischon (Hg.), Stadtumbau und lokale Politik. Darmstadt: Schader Stiftung, 58-77.
- Rink, Dieter (2010b): Revolution 1989 und Vereinigung 1990: Stadtentwicklung am Wendepunkt. In: Philipp Oswalt / Elke Mittmann (Hg.), Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Internationale Bauausstellung Sachsen-Anhalt 2010. Berlin: Jovis, 224-243.



# Zur Zukunft der Ostdeutschlandforschung

Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“

Felix Ringel

## Debatte

2020, Band 8, Heft 3  
Seiten 145-150  
zeitschrift-suburban.de  
10.36900/suburban.v8i3.624

Matthias Bernt, Andrej Holm: ‚Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen‘

Kommentare von:  
Barbara Schönig, Carsten Keller, Carmen Leidereiter, Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:  
Matthias Bernt, Andrej Holm

Bevor ich genauer auf die anregenden, relevanten und leider höchst aktuellen Ideen und Forderungen von Matthias Bernt und Andrej Holm (2020) eingehe, beginne ich meinen Kommentar in anthropologischer Manier mit ein paar Eindrücken aus meinem eigenen ostdeutschen Forschungsfeld. Auf Grundlage dieser kurzen ethnographischen Einblicke möchte ich zwei Fragen nachgehen: erstens, warum ist die Ostdeutschlandforschung in den vergangenen drei Jahrzehnten gescheitert; und zweitens, kann ein Ausweg aus diesem Scheitern durch eine bewusst ‚ostdeutsche‘ Ostdeutschlandforschung bewältigt werden? Eine derartige Zukunft der Ostdeutschlandforschung bedarf jedoch einer anderen Wissenschafts- und Identitätspolitik – nicht nur, wie von Bernt und Holm eindrücklich und überzeugend gefordert, anderer konzeptioneller Zugänge.

Meine empirischen Kontakte zu Westdeutschen hielten sich während meiner Feldforschung in Hoyerswerda in den Jahren 2008 und 2009 in Grenzen. Zwar gab es den einen oder die andere abenteuerlustige Westdeutsche, die es nach der Wiedervereinigung in die Lausitz verschlagen hatte. Doch im Großen und Ganzen blieb man in Deutschlands damals am schnellsten schrumpfender Stadt unter sich. Westdeutsche kamen knapp zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall eher in Erzählungen vor, wie in der vom ersten Oberbürgermeister nach der Wende. Der kam aus dem Westen und brachte auch gleich seinen eigenen Baubürgermeister nebst Planungsbüro mit. Seine postmodernen Interventionen im Stadtraum (Spaßbad, Shoppingcenter, einheitlich pastellfarbene Fassaden an den eigentlich modernen Wohnblöcken) werden noch heute kaum hinterfragt – und wenn, dann nur von alteingesessenen, resolut-modernistischen Architekt\*innen im gleichen Maße belächelt wie bedauert. Als beide Bürgermeister längst wieder weg waren, gab es auch bei den Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften kaum öffentlichen Widerstand gegen westdeutsche Ideen, Konzepte und Forderungen, vor allem was die unverständlicherweise retrospektiv verordneten Altschulden anging. Man versuchte lediglich, mit Stadtumbau-Ost-Mitteln den voranschreitenden Leerstand und Verfall des Wohnungsbestandes in Zaum zu halten. Eine dezidiert ostdeutsche Antwort auf die auch bundesweit als ostdeutsch verstandenen Probleme gab es vor Ort lange Zeit nicht.

Nur der ehemalige Direktor des Braunkohlekombinates Schwarze Pumpe, für das die Neustadt Hoyerswerda seit Mitte der 1950er Jahre gebaut wurde, hatte sich mit der westdeutschen Machtübernahme nicht abgefunden. Er konnte noch immer kein gutes Haar an der ‚Modernisierung‘ seines Betriebes finden. Er meinte, die westdeutschen Treuhändler\*innen konnten oder wollten das Potential der Pumpe nicht erkennen. Eine meiner wöchentlichen Kolumnen in den Jahren 2008/2009 in der Lokalzeitung, dem *Hoyerswerdaer Tageblatt*, spiegelte diese Kritik. Sie führte zu einem Gespräch mit dem einst für die Abwicklung zuständigen (westdeutschen) Staatssekretär. Eine Frage, die mir auch dieser ansonsten nette ältere Herr nicht beantworten konnte, war die, ob man nicht damals schon hätte absehen können, was mit der einstigen sozialistischen Modellstadt durch den drastischen Umbau, inklusive weitläufiger Stilllegung, des Kohlekombinats passieren würde. Die Zahl der in Schwarze Pumpe Beschäftigten sank in wenigen Jahren von über 30.000 auf knapp 3.000 Mitarbeiter\*innen. Auch das wurde weitgehend stillschweigend als ökonomisch notwendig hingenommen.

Was für einen Unterschied knapp zehn Jahre machen. Während meiner Feldforschung zur Hochzeit der globalen Finanzkrise 2008/2009 war mir noch kaum Kritik an der Ausgestaltung der Wiedervereinigung begegnet. Heute, fast drei Jahrzehnte nach dieser historischen Zeitenwende, werden von vielen in Hoyerswerda und anderswo nicht nur das Agieren der Treuhand, sondern auch andere Facetten der Nachwendezeit leidenschaftlich und oft auch erstmalig hinterfragt. Die Thesen, die Bernt und Holm zum Kommentar vorlegen, fallen auch in dieses neu geöffnete kritische Zeitfenster. Sie sind begrüßenswert und längst überfällig. Sie bedürfen weiterer Klärung, denn sie beziehen sich gleich auf mehrere Probleme, die ich aus Argumentationsgründen in wissenschaftliche und politische unterteile. Da diese einzelnen Probleme jedoch bei der Analyse Ostdeutschlands zusammentreffen und sich ihre beeinträchtigenden Effekte in der Wissensproduktion über Ostdeutschland sowie im Alltag der Ostdeutschen summieren, ist Bernt und Holms geforderte Neuausrichtung der Ostdeutschlandforschung umso notwendiger.

Doch die damit verbundene Aufarbeitung dieser vergangenen Fehler hat auch ihre Grenzen. Eine kritische, politisch-institutionelle Perspektive wird zwar zum Verständnis vergangener und gegenwärtiger Ungerechtigkeiten beitragen und viele Ostdeutsche werden den Fokus dieser Perspektive auf die vergangenen 30 Jahre und nicht mehr nur auf die diesen vorangegangenen 40 Jahre begrüßen. Was sie aber zudem fordern werden, ist ein Weg aus dieser Misere. Wie eine stets kritische Gesprächspartnerin aus Hoyerswerda kürzlich zum Strukturstärkungsgesetz infolge des Kohleausstiegs bemerkte: „Strukturwandel?! Den hatten wir hier schon seit 30 Jahren!“ Dass die Bundesregierung jetzt endlich ‚postindustriell‘ und mit der Hoffnung auf Wissenschaft und nachhaltige Technologien nachsteuert, kommt für sie mehrere Jahrzehnte zu spät. Die sozialen Herausforderungen der Inklusion der ostdeutschen Wirtschaft in globale Wirtschaftszusammenhänge sind damals völlig unterschätzt worden und die Leidtragenden waren die Ostdeutschen. Deren jetzige Zukünfte gilt es eben auch wissenschaftlich und politisch in den Fokus zu nehmen.

Wenn also endlich der Kampf gegen die Reduzierung Ostdeutschlands auf seine DDR-Vergangenheit gewonnen wurde und wir uns der jüngeren



Vergangenheit mit einer gesamtdeutschen, ja: globalen Perspektive widmen können, dann müssen wir eben auch die Zukunft in den Blick nehmen. Dann gilt es weniger die Gegenwart durch die zweifelsohne einflussreichen Fehler der Transformationszeit nach der Wende zu erklären (was, wie gesagt, schon einen großen Fortschritt darstellen würde), sondern zu untersuchen, wie sich das neue System trotz kontinuierlichen Scheiterns so lange reproduzieren konnte und weiterhin reproduziert. Zur Zeit meiner Feldforschung zum Beispiel fühlten sich die Hoyerswerdaer\*innen sowohl konzeptionell (eigentlich der Beitrag der kritischen Sozialwissenschaften!) als auch finanziell alleingelassen. Konkrete Strategien und Ideen zur Bekämpfung der Schrumpfung fehlten auf nationaler Ebene. Doch wie lange kann sich eine Nation derart drastische sozioökonomische Verwerfungen leisten, bevor das System selbst in Frage gestellt wird?

Auch vor diesem Hintergrund sind Bernt und Holms Vorwürfe gerechtfertigt hart und grundsätzlich. Ohne dass sie das dezidiert so formulieren, könnte man sie doch zugespitzt so paraphrasieren: Die deutschen Forschungseinrichtungen und Medien sind in den letzten drei Jahrzehnten inhaltlich – und damit auch politisch – in ihrer Analyse und Repräsentation ostdeutscher Realität gescheitert. Im Grunde hat ihnen eine ostdeutsche Stimme gefehlt. Die Folge war eben auch eine unterhinterfragte Hinnahme der Deindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Inwiefern diese nun generell globalen Entwicklungen des neoliberalen Finanzkapitalismus geschuldet ist oder der billigenden Inkaufnahme absehbarer Fehlentwicklungen durch oft west-, aber eben auch ostdeutsche Eliten, ist gerade ein zentraler Punkt, der weiterer Klärung bedarf. Denn nur so lässt sich eine andere Zukunft denken. Die Betrachtung der (nicht nur urbanen) ostdeutschen Gegenwart muss auch von der Zukunft bestimmt sein und kritisch hinterfragen, welche Weichenstellungen in den vergangenen Jahren fahrlässigerweise (nicht) getätigt wurden und welche Entscheidungen gerade jetzt (anders) getroffen werden müssten. Denn auch Ostdeutschland muss in der postindustriellen Moderne ankommen – und die Wissenschaft muss eine kritische Analyse des in Ostdeutschland eben anders wütenden Kapitalismus, wie von Bernt und Holm in Bezug auf den ostdeutschen Wohnungsmarkt so beeindruckend analysiert, bieten können.

### **Wissenschaftsversagen**

Beim Scheitern der Ostdeutschlandforschung kann es dabei nebensächlich sein, ob es eher aus konzeptionellen oder politischen Gründen passierte. In beiden Fällen fehlt das nicht produzierte Wissen allen beteiligten Akteuren und verhindert nicht nur in Ostdeutschland eine bessere Zukunft. Folgt man Bernt und Holms Ausführungen, sieht man schnell, dass die lange unhinterfragten Umverteilungsprozesse in Ostdeutschland einerseits in kürzerer Zeit intensiver als anderswo ihre Effekte zeitigten, andererseits aber genauso in Westdeutschland wüteten. Doch welche Konzepte haben denn nun bei der Analyse ostdeutscher Städte genau versagt?

Ein Argument der beiden Autoren spiegelt eine generelle (post-)marxistische, linke Wissenschaftskritik wider: Anstelle von Fragestellungen nach kulturellem Eigensinn und alltäglichem Detail (eigentlich die Domäne meiner

Disziplin, der Sozialanthropologie) sollten wir die politische Ökonomie sowie die institutionelle Verankerung der dominierenden Machtverhältnisse in den Blick nehmen. Diese mir persönlich sympathische Erinnerung an die Berechtigung historisch-materialistischer Herangehensweisen ist natürlich nicht neu. In vielen Disziplinen wird sie schon seit Jahrzehnten in verschiedenen historischen Kontexten neu ausgehandelt. Die ökonomische Anthropologie (z. B. Müller 2007; Büchner/Büchner 2002) ist meist in Krisenzeiten in Mode. Mit Blick auf die Ostdeutschlandforschung lässt sich jedoch fragen, warum genau diese wissenschaftliche Perspektive in den vergangenen 30 Jahren so wenig Geltung erfahren hat. Zum Vergleich: In der internationalen Postsozialismusforschung war sie durchweg etablierter, obwohl sie auch dort einer eigenen Konjunktur unterlag (vgl. Morris 2017), die sich zurzeit mit der Etablierung osteuropäischer Illiberalismen wieder im Aufwind befindet.

Die Gründe, warum die politische Ökonomie, verbunden mit einer angemessenen Institutionenkritik in Bezug auf Ostdeutschland, kaum Anwendung fand, sind vielfältig. Bernt und Holm benennen die Ausrichtung der deutschen Förderlandschaft und die Herabwertung Ostdeutschlands als Forschungsobjekt zu einem Nischenthema mit exotischem Charakter. In meiner Zeit als ostdeutscher Studierender an einer ostdeutschen Universität in den frühen 2000er Jahren kam es mir bei einem Überangebot an fraglos interessanten westdeutschen Professoren (tatsächlich auch kaum Professorinnen und wenn, dann in Doppelquote: ostdeutsch und Frau) wirklich so vor, als ob Ostdeutschland für diese Professoren einfach kein Thema war. Das trifft auf andere postsozialistische Staaten sicher weniger zu, da diese im eigenen nationalen Kontext auf detaillierte Forschungen angewiesen waren. Auch die mit dem Untergang des Staatssozialismus verbundene generelle Diskreditierung marxistischer Ansätze können eine Rolle gespielt haben.

Ich selbst habe meine Doktorarbeit über die Schrumpfung Hoyerswerdas im Ausland geschrieben, in einem Kontext, in dem meine eigene Herkunft als Ostdeutscher kaum eine Rolle spielte. Ostdeutschland galt dort als Spezialfall des Postsozialismus. Vor allem amerikanische Kulturanthropolog\*innen (Berdahl 1999, 2009; Boyer 2006) haben die geläufigen kulturellen Phänomene (Ostalgie, Identität, Erinnerung) erforscht, sich jedoch oft vehement für die Probleme der Ostdeutschen eingesetzt, obwohl sie nicht einem klassisch politisch-ökonomischen Ansatz folgten. Vor allem Dominic Boyer unterstrich dabei, dass den Ostdeutschen, als kontinuierlich konstruierte und problematisierte Minderheit in Deutschland, die Fähigkeit genommen wurde, selbstbestimmt über ihre eigene Zukunft zu entscheiden (Boyer 2006, 2010; siehe auch Gallinat 2016). In diesen Arbeiten wird Ostdeutschland jedoch als eigenständiges Thema gedacht und als Inspiration für weitere konzeptionelle Innovation angeführt.

Als Sozialanthropologe war ich in meiner eigenen Arbeit (Ringel 2018) weniger an den gängigen Themen der Kulturanthropologie interessiert. Ferner wollte ich meine Gesprächspartner\*innen in Hoyerswerda (nebst ihren Ideen und Lebenswelten) weder auf ihr kulturelles ‚Ostdeutsch-Sein‘ noch auf ihre sozialistische Vergangenheit reduzieren. Ich versuchte deshalb, ihre gegenwärtigen Probleme nicht als Ergebnis vergangener Fehler zu verstehen, sondern als Ausdruck lokaler Konflikte um die Zukunft Hoyerswerdas, die fortwährend neu ausgehandelt werden mussten. Tatsächlich war in Hoyerswerda

nicht die Vergangenheit, ob sozialistisch oder postsozialistisch, sondern die Zukunft das bestimmende Thema. Meine Analyse der lokalen Wissensökonomie mit ihren eigenen politischen Verwerfungen war deswegen weniger historisch orientiert und nahm doch die spezifischen Belange einer schrumpfenden Kleinstadt ernst.

Der Kontext, in dem diese Aushandlungen vor Ort stattfanden, war im Hinblick auf Globalisierung, Neoliberalismus, die Ausbreitung des auch von Bernt und Holm benannten Finanzkapitalismus, Postsozialismus und Postindustrialismus global. Doch schreckte auch ich davor zurück, mich in meiner Arbeit an den Fehlern der Wiedervereinigung und der von Ostdeutschen gegenwärtig wieder verstärkt empfundenen Ungerechtigkeit abzuarbeiten. Lokal spielten diese Themen kaum eine Rolle. Im Rückblick scheint mir die Abwesenheit der Westdeutschen in meiner Arbeit (abgesehen vom oben erwähnten Staatssekretär und ein paar ehrenamtlichen Akteur\*innen) verdächtig. Hätte sich für meine Analyse doch – entgegen meiner eigenen konzeptionellen Abneigung gegen Identitätszuschreibungen – eine Form des strategischen Essentialismus (vgl. Müller 2018) gelohnt? Hätte eine Schuldzuweisung entlang innerdeutscher Identitätskonstruktionen meiner Interpretation geholfen? Oder genügte eine subtile Kapitalismuskritik, auch ohne sie nochmals in ihre spezifischen postsozialistischen Machtverhältnisse einzubetten? Um diese Fragen zu beantworten, will ich zum Abschluss kurz einen eher politischen Interventionsversuch wagen, wider besseres Wissen.

### **Politiken der Ostdeutschlandforschung**

Als Anthropologe fällt es mir schwer, mich auch nur aus argumentativen Gründen des strategischen Essentialismus zu bedienen. Trotzdem muss der politische Kontext der Ostdeutschlandforschung im Sinne von Bernt und Holm nach 30 Jahren noch einmal neu hinterfragt werden. Fakt ist: Ostdeutsche Forschungsfragen sind unterrepräsentiert, dabei, wenn überhaupt, oft konzeptionell oberflächlich formuliert und, wie in meinem Fall, tendenziell unpolitisch gehalten. Wie können wir also die Forschungsagenden neu aufstellen und wer kann dafür verantwortlich zeichnen? Bernt und Holm scheinen vorzuschlagen, dass westdeutsche Forscher\*innen dies seit 30 Jahren nicht für wichtig erachtet haben, während ostdeutsche Forscher\*innen für derartige Versuche eher abgestraft wurden. Sollten ostdeutsche Forscher\*innen also *als Ostdeutsche* ihren eigenen Agenden mehr Bedeutung zuschreiben? Sollten wir kulturell aufgeladene Distinktionen wie ‚westdeutsch‘ und ‚ostdeutsch‘ forciert in unsere analytischen Werkzeugkästen einbauen? Sollten wir vermehrt politische und ökonomische Akteure zur Verantwortung ziehen – nicht nur im Rückblick auf die vergangenen 30 Jahre, sondern auch mit dem Blick auf die Zukunft?

Wenn Politik, Macht und Wissenschaft wie im Fall der deutschen Ostdeutschlandforschung so verzahnt sind, muss auch die Wissenschaft einen politischen Standpunkt haben. Das soll natürlich die eigentliche Analyse nicht vordeterminieren – wie langweilig wäre es, stets wieder aufs Neue herauszufinden, dass die Westdeutschen oder der Neoliberalismus an allem schuld sind. Doch müssen, wie Bernt und Holm so überzeugend darlegen, erst einmal Themenschwerpunkte, analytische Konzepte und die

richtigen Fragestellungen gesetzt werden. Das ist in den vergangenen drei Jahrzehnten nur ungenügend gelungen. Das Wohnen scheint mir dafür ein wichtiger, wenn auch auf den ersten Blick medial nicht besonders aufregender Anfang. Andere Institutionen des Wohlfahrtsstaates sowie politische Aushandlungsprozesse, Demokratie und Repräsentationsfragen, aber auch Ideen von Bürgerlichkeit, Solidarität, Armut und Zeitlichkeit bieten sich an.

Eine bewusst ostdeutsche Ostdeutschlandforschung, sofern sie genug finanzielle und politische Unterstützung erhalte, muss dann auch den nächsten Schritt gehen: Wenn eine politische sowie konzeptionelle Aneignung des ‚Ostdeutschen‘ als epistemologische und wissenschaftspolitische Strategie geholfen hat, die Wissenschaftslandschaft neu aufzustellen, muss der Essentialismus dann auch wieder überkommen werden. Denn 30 Jahre nach der Wiedervereinigung verbinden zwar viele strukturell ähnliche Probleme die Städte und Regionen Ostdeutschlands, doch das heißt nicht, dass dieser Umstand nicht mehr Differenzierung und internationalen Vergleich zulassen sollte. Denn auch in Zukunft müssen wir uns fragen, wann (bzw. inwieweit und mit welchen konzeptionellen Konsequenzen) Konzepte wie ‚ostdeutsch‘ und ‚Postsozialismus‘ aufhören werden, produktiv und deskriptiv akkurat zu sein.

## Autor\_innen

Felix Ringel arbeitet als Sozialanthropologe zur Zukunft postindustrieller Städte, mit einem Fokus auf Schrumpfung und urbane Nachhaltigkeit.  
felix.ringel@durham.ac.uk

## Literatur

- Berdahl, Daphne (1999): *Where the World Ended: Re-Unification and Identities in the German Borderland*. Berkeley: University of California Press.
- Berdahl, Daphne (2009): *The Social Life of Postsocialism: Memory, Consumption, Germany*. Bloomington: University of Indiana Press.
- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 97-114.
- Boyer, Dominic (2006): Ostalgie and the politics of the future in Eastern Germany. In: *Public Culture* 18/2, 361-381.
- Boyer, Dominic (2010): From algos to autonomos: Nostalgic Eastern Europe as postimperial Mania. In: Maria Todorova / Zsuzsa Gille (Hg.), *Postcommunist Nostalgia*. Oxford/ New York: Berghahn, 17-28.
- Büchner, Hans C. / Büchner, Judith-Maria (2002): *Contesting Agriculture: Cooperativism and Privatization in the New Eastern Germany*. Albany: State University of New York Press.
- Gallinat, Anselma (2016): *Narratives in the Making: Writing the East German Past in the Democratic Present*. Oxford/New York: Berghahn.
- Morris, Jeremy (2017): An Agenda for Research on Work and Class in the Postsocialist World. In: *Sociology Compass* 11/5, 1-12.
- Müller, Birgit (2007 [2001]): *Disenchantments with Market Economics. East Germans and Western Capitalism*. Oxford/New York: Berghahn.
- Müller, Martin (2018): In Search of the Global East: Thinking between North and South. In: *Geopolitics* 25/3, 734-755.
- Ringel, Felix (2018): *Back to the Postindustrial Future: An Ethnography of Germany's Fastest Shrinking City*. Oxford/New York: Berghahn.



# Den Osten im Blick

Eine Replik

Mathias Bernt  
Andrej Holm

## Debatte

2020, Band 8, Heft 3  
Seiten 151-156  
zeitschrift-suburban.de  
10.36900/suburban.v8i3.643

Mathias Bernt, Andrej  
Holm: ‚Die Ostdeutschland-  
forschung muss das Wohnen  
in den Blick nehmen‘

Kommentare von:  
Barbara Schönig, Carsten  
Keller, Carmen Leidereiter,  
Dieter Rink, Felix Ringel

Replik von:  
Mathias Bernt, Andrej Holm

Die Kommentare zu unserem „Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte“ lassen sich grob in zwei Argumentationslinien einteilen: Das ist zum einen eine Perspektive, die Zweifel an unserem politökonomisch-institutionellen Ansatz sowie der Eignung von Ostdeutschland als eigenständigem Forschungsgegenstand anmeldet, sowie zweitens eine Gruppe an Argumenten, die unseren Ansatz unterstützt – aber nach den forschungspolitischen Konsequenzen fragt. Beide Linien lassen sich dabei nicht eindeutig bestimmten Autor\_innen zurechnen. In unserer Replik können wir natürlich nicht auf alle Anregungen eingehen. Wir beschränken uns daher auf die Themen, die in mehreren Kommentaren aufgegriffen wurden.

Barbara Schönig hinterfragt, „[...] was und wer [...] mit welchem Recht als ‚ostdeutsch‘ zu betrachten wäre“ und „ob und inwieweit Forschung die nach Differenzen in einem vielfach verwobenen Feld gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklung in Deutschland sucht, gerade diese nicht auch stetig neu verfestigt und damit die Pluralität ostdeutscher Entwicklung und Erfahrungen und gegebenenfalls auch Parallelitäten zu Westdeutschland überschreibt.“ (Schönig 2020: 116) Sie führt dabei drei Gründe an, die sie gegenüber einer ‚Ostdeutschlandforschung‘ skeptisch machen: Erstens sieht sie Schwierigkeiten dabei, nach 30 Jahren gemeinsamer Geschichte überhaupt noch zu bestimmen, wer als ‚ostdeutsch‘ gelten kann. Angesichts der vielfachen Pendelbiographien ist das in einem gewissen Maß nachvollziehbar. Zweitens deutet Barbara Schönig, wie auch Dieter Rink in seinem Text, auf die Binnendifferenzierung in Ostdeutschland hin. Auch hier können wir zustimmen: Natürlich ist die Situation in Jena nicht dieselbe wie in Suhl (genauso wie sich auch München und Gelsenkirchen unterscheiden). Drittens verweist sie auf die Gemeinsamkeiten zwischen abgehängten und benachteiligten Regionen. Auch hier können wir zustimmen: ‚Verlierer‘ von Globalisierung und Neoliberalismus gib es selbstverständlich nicht nur in der Niederlausitz oder in Halle-Neustadt, sondern auch im Ruhrgebiet, im US-amerikanischen ‚rustbelt‘ oder in Nordengland.

Insgesamt finden wir diese Einwände also gut nachvollziehbar. Nichtsdestotrotz glauben wir, dass sie am Kern des Problems vorbeigehen. Um das

zu verdeutlichen, möchten wir uns einen kurzen Ausflug in die Diskussion über „ordinary cities“ (Robinson 2006) und die damit eng verbundenen Diskussionen über adäquate Wege zur Untersuchung postsozialistischer Städte (Grubauer/Kusiak 2012; Ferenčuhová 2012; Tuvikene 2016; Golubchikov et al. 2014) erlauben, von der die deutsch-deutsche Debatte unserer Meinung nach viel lernen kann. In dieser Debatte ist ein Verständnis von postsozialistischen Städten als „spatio-temporal container(s)“ (Tuvikene 2016) inzwischen weitgehend überwunden. Ein solches Verständnis dominierte lange Zeit die Forschung und es basierte auf einer klaren Vorstellung zu den Parametern, die postsozialistische Städte ausmachen: (1) sie befinden sich im ehemaligen Ostblock, (2) die zeitliche Dimension der Analyse bezieht sich auf die Jahre seit der ‚Wende‘, (3) der zu beobachtende Wandel lässt sich als eine Transition verstehen, der diesen Ort vom Sozialismus zum Kapitalismus führt. Inzwischen ist es in der internationalen Debatte Konsens, dass eine solche Perspektive defizitär ist.

Im Gegensatz zu dieser Konzeptionalisierung betonen heute viele Beiträge ein Verständnis von Postsozialismus als ‚condition‘. Dabei werden drei Aspekte als zentral aufgefasst: (1) werden postsozialistische Gesellschaften als Hybride aufgefasst, die Kontinuitäten und Brüche vereinen; (2) werden Verbindungen zwischen Orten und Räumen betont – die Entwicklung von Städten im ehemaligen Ostblock wird also als eingebettet in Netzwerke von Akteuren und Flüsse von Ideen, Menschen und Kapital gedacht, die diese mit anderen Räumen verbinden; (3) schließlich hat sich diese Debatte weitgehend von der Vorstellung einer Transition verabschiedet, die nur in eine Richtung geht und anstatt dessen die vielfachen Kombinationen unterschiedlicher Transformationen betont, die unterschiedliche soziale Logiken miteinander verbinden und zu multiplen räumlich spezifischen Arrangements führen.

Im Licht dieser Debatten kann es also gar nicht darum gehen, ostdeutsche Städte in einer wesenhaften Einzigartigkeit zu entschlüsseln und ihnen eine räumlich-zeitlich genau definierte Nische zuzuschreiben. Im Gegenteil muss die Forschung über ostdeutsche Städte Kontinuitäten, Brüche und Verbindungen zusammen denken. Eine Stadt wie Cottbus ist so gleichzeitig post-sozialistisch, deindustrialisiert, neoliberal, schrumpfend und zunehmend kulturell divers. Während einige dieser Aspekte eher zu einem Vergleich von Cottbus mit Ostrava anregen würden, legen andere Aspekte möglicherweise eher einen Vergleich mit Sheffield nahe. Selbst eine Analyse der Spannungsverhältnisse, die sich aus der zunehmenden Diversität der Cottbusser Einwohnerschaft ergeben, könnte aber kaum ohne ein tieferes Verständnis der DDR- und Nachwendeerfahrungen auskommen. Anders gesagt, eine Ostdeutschlandforschung muss natürlich zu einem relationalen und de-territorialisierten Verständnis von Ostdeutschland finden – aber indem sie dies tut, benötigt sie auch ein Wissen um die Spezifik ihres Forschungsgegenstandes. Entsprechend hat auch die von Dieter Rink hervorgehobene Schrumpfungsforschung ganz sicher zu einem tieferen Verständnis der spezifischen Bedingungen für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland beigetragen. Sie blieb jedoch eher Schrumpfungsforschung als Ostdeutschlandforschung und konnte so nur wenig Impulse für die über das Thema Schrumpfung hinausgehende Auseinandersetzung mit Ostdeutschland setzen. Auch hier

veränderte die Fülle an Fallstudien kaum etwas am Status Ostdeutschlands als Nischenthema.

Eng verwandt mit dieser Problematik sind aus unserer Sicht Carsten Kellers Anmerkungen zum Verhältnis von Empirie und Konzeptionalisierung. Möglicherweise haben wir uns hier falsch ausgedrückt. Uns geht es natürlich nicht darum, dass kein empirisches Material zu Ostdeutschland mehr erhoben werden sollte. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat aber eben auch gezeigt, dass die Prognosekraft vieler Untersuchungen gering war.

So erwiesen sich die Vorhersagen zu einer Angleichung des Parteiensystems und der Wahlpräferenzen in Ostdeutschland an das westdeutsche Referenzsystem (z. B. Niedermeyer/Stöss 1994: 27) ebenso als Fehleinschätzung wie Prognosen zu einer Anpassung der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland an das Westniveau (Brenke et al. 1999: 14) oder die von Dieter Rink zitierte These einer Wiedereinordnung der ostdeutschen Städte in die historische Städtehierarchie (Henckel et al. 1993). Auch viele Einschätzungen von Stadtentwicklungstrends hatten in der Abfolge „nachholende Suburbanisierung“, „Schrumpfung“, „Reurbanisierung“ und „verstärkte Umlandorientierung“ in den letzten 30 Jahren nur jeweils kurze Halbwertszeiten (Siedhoff 2020: 266 ff.)

Aus unserer Sicht verweist das auf Schwächen der Konzepte, die offensichtlich nicht in der Lage waren, Orientierung zu bieten, mittels derer Untersuchungen besser angeleitet werden könnten. Wir möchten dies am Beispiel der Gentrification-Forschung erläutern: Hier sind seit 1990 wirklich viele Untersuchungen in ostdeutschen Städten angestellt worden (vgl. Üblacker 2018), wahrscheinlich sogar mehr als im Westen. Die überwiegende Zahl der Studien folgte dabei einem von Blasius, Friedrichs und Dangschat auf der Grundlage von Hamburg und Köln entwickelten Modell eines doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklus. Dabei wurde immer wieder festgestellt, dass dieses Modell nur mit Abstrichen auf ostdeutsche Städte angewendet werden kann (vgl. Bernt/Rink/Holm 2010). Angesichts dieses Befunds hätte man sich entweder fragen können, ob die vorhandenen Erklärungen zu Gentrification modifiziert werden müssen oder ob die Andersartigkeit ostdeutscher Gentrification-Prozesse etwas über die Andersartigkeit ostdeutscher Städte allgemein aussagt. In jedem Fall hätte die Feststellung empirischer Besonderheiten zur konzeptionellen Neuorientierung geführt. Dass eine solche tatsächlich unterblieben ist, halten wir für problematisch. Es geht uns also nicht um eine Gegenüberstellung von Theorie und Empirie, sondern um die Frage, ob ein Ineinandergreifen von empirischer Forschung und theoretischer Konzeptionalisierung zustande kommt, bei dem Konzepte empirische Forschung informieren, empirische Forschung zur Überprüfung und Reformulierung von Konzepten eingesetzt wird und neue Konzepte wiederum mittels neuer empirischer Forschung überprüft und hinterfragt werden können. Wir möchten unser Plädoyer für konzeptionelle Überlegungen also keineswegs als Absage an die empirische Forschung verstanden wissen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schwierigkeiten, den Gegenstand einer Ostdeutschlandforschung zu bestimmen, fanden wir die Überlegungen von Felix Ringel sehr anregend, der die Politiken der Ostdeutschlandforschung in den Blick nimmt. Im Kern stellt Felix Ringel dabei die Frage, ob die Marginalisierung der Ostdeutschlandforschung Ost-West-Machtverhältnisse im

Wissenschaftsbetrieb reproduziert und entwickelt auf dieser Basis den Vorschlag eines „strategischen Essentialismus“ (Ringel 2020: 149). Wir finden, dass das ein sehr interessanter Vorschlag ist, der gleichwohl Ecken und Kanten hat.

Zunächst erscheint uns dabei selbstverständlich, dass die Forschung zu Ostdeutschland – ähnlich wie das Feld der ‚Area Studies‘ von einer regionalen Expertise getragen werden sollte, die es ermöglicht, Entwicklungen in diesem Teil Deutschlands auf einer tieferen Basis zu verstehen. Wenn immer wieder neu erarbeitet werden muss, was zum Beispiel die Restitution oder das Altschuldenhilfegesetz war und welche Folgen beide hatten (um bei unseren Beispielen zu bleiben) und wenn Debatten der vergangenen Jahrzehnte nicht bekannt sind, wird es in der Tat schwierig, irgendeinen Fortschritt zu erreichen.

Viel wichtiger ist aus unserer Ansicht aber das in Ringels Überlegungen implizit formulierte Ziel einer Infragestellung vorhandener „geographies of theory“ (Roy 2009). Hier stimmen wir zu, dass ein besseres, feinkörniges und nuanciertes Wissen über Ostdeutschland nicht nur die Qualität der Forschung insgesamt verbessern würde, sondern es vor allem auch leichter machen könnte, Fragen zu stellen und Überlegungen anzubieten, die von gesamtdeutschem Interesse sind. Was sagt es beispielsweise über die Reproduktion von Klassenstrukturen aus, wenn Westdeutsche in typischen Gentrifizierungsgebieten in Ostdeutschland überrepräsentiert, hingegen in Großwohnsiedlungen unterrepräsentiert sind? Warum spielen Ostdeutsche in Entscheidungseliten auch in Ostdeutschland kaum eine Rolle? Welche Rückschlüsse ermöglicht die geringere Akzeptanz der bundesrepublikanischen ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ in Ostdeutschland nicht nur auf die Subjektivitäten der Ostdeutschen, sondern über die Substanz dieser Grundordnung? In all diesen Fragen hätte eine selbstbewusste Ostdeutschlandforschung das Potenzial, nicht allein Ostdeutschland sichtbar zu machen, sondern neue Fragen aufzuwerfen, die auch über den Gegenstand ihrer Forschung hinaus wissenschaftlich und politisch wichtig sind.

Um diese Fragen aufwerfen zu können, muss sich die Ostdeutschlandforschung allerdings zunächst einen Raum schaffen. Der Verweis auf einen „strategischen Essentialismus“ (Spivak 1988) als politische und intellektuelle Taktik erscheint uns hier produktiv. Die wiederkehrende Infragestellung der Berechtigung einer Forschung zu Ostdeutschland, ihre symbolische, finanzielle und institutionelle Marginalisierung und die Stärke vorhandener Zuschreibungen erzwingen geradezu eine Praxis, in der sich unterschiedliche Ansätze um ‚Ostdeutschland‘ als Forschungsgegenstand herum versammeln, um gemeinsam ihre Widerstands- und Handlungsfähigkeit gegenüber einem hegemonialen westdeutschen Diskurs zu verbessern. Dabei wird alleine eine „Vernetzung“ der „kleinen Ostdeutschlandforschung“ (Rink 2020: 142) nicht ausreichen. Der faktischen Unterrepräsentation des Forschungsgegenstandes muss auch eine selbstbewusstere Etikettierung der Ostdeutschlandforschung entgegengesetzt werden.

Gleichzeitig sehen wir hier zwei Schwierigkeiten: Erstens muss ein Verständnis von ‚Ostdeutschland‘ – wie wir oben gezeigt haben – notwendig relational, de-territorialisiert und anti-essentialistisch operieren. Eine Ostdeutschlandforschung steht damit vor der Herausforderung, ihren



Gegenstand gleichzeitig zu fixieren und zu dekonstruieren. Zweitens würde ein solcher ‚strategischer Essentialismus‘ unter den gegebenen Bedingungen aus einer Position der relativen Schwäche operieren. Ohne Zugang zu Forschungsmitteln, mit geringem innerwissenschaftlichem Renommee und schwachen Karrieremöglichkeiten ausgestattet, erscheint uns die materielle Basis dieser Orientierung als außerordentlich dünn. Der Vorschlag von Felix Ringel läuft daher auf eine paradoxe Problematik hinaus: die unmögliche und gleichzeitig notwendige Selbstrepräsentation von ‚Ostdeutschland‘ in einer gesamtdeutschen (und globalen) Landschaft der Wissensproduktion.

Die Entwicklungsmöglichkeiten, die eine solche Fokussierung nichtsdestotrotz bietet, werden in paradigmatischer Weise im Kommentar von Carmen Leidereiter aufgezeigt. Wir kannten diese Forschung bislang nicht, waren aber umso mehr beeindruckt von den Parallelen zu unseren eigenen Überlegungen. Aus unserer Sicht zeigt diese Forschung beispielhaft, wie eine Tiefenbohrung in ostdeutsche Lebensverhältnisse gleichzeitig strukturell und subjektorientiert argumentieren kann. Carmen Leidereiter gelingt es dabei, auch ohne a priori-Klärung des Objektes ihrer Forschung (und ohne Selbstrechtfertigungsrituale) zu zeigen, wie die Wiederkehr längst überwunden geglaubter Ausbeutungsverhältnisse, die geringen Handlungsmöglichkeiten Ostdeutscher und die „affektiven Spuren“ (Leidereiter 2020: 129) auf der Ebene der Subjektivitäten in Vorpommern zusammenhängen. Von solchen Beiträgen wünschen wir uns mehr.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch Mittel des Open-Access-Publikationsfonds des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung gefördert.*

### **Autor\_innen**

Matthias Bernt ist Politologe. Er arbeitet zu Fragestellungen urbaner Governance, zu Gentrification, schrumpfenden Städte, sowie zu Migration und Regenerierung.  
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Gentrifizierung, Wohnungspolitik und städtischen Protestbewegungen.  
a.holm@sowi.hu-berlin.de

### **Literatur**

- Bernt, Matthias / Rink, Dieter / Holm, Andrej (2010): Gentrificationforschung in Ostdeutschland: Konzeptionelle Probleme und Forschungslücken. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 84/2, 185-203.
- Brenke, Karl/ Eickelpasch, Alexander/ Postlep, Rolf-Dieter/ Gerling, Katja/ Sander, Birgit/ Schmidt, Klaus-Dieter/ Beer, Siegfried/ Bergemann, Annette/ Komar, Walter/ Müller, Ralf/ Ragnitz, Joachim/ Traben, Lioba (1999): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland (Neunzehnter Bericht). Kieler Diskussionsbeiträge No. 346/347. Kiel: Institut für Weltwirtschaft (IfW).
- Ferenčuhová, Slavomira (2012): Urban theory beyond the „East/West divide“? Cities and urban research in postsocialist Europe. In: Tim Edensor / Mark Jayne (Hg.), Urban theory beyond the West: a world of cities. Routledge: London/New York, 65-74.

- Golubchikov, Oleg/ Badyina, Anna / Makhrova, Alla (2014): The Hybrid Spatialities of Transition: Capitalism, Legacy and Uneven Urban Economic Restructuring. In: *Urban Studies* 5/4, 617-633.
- Grubbauer, Monika / Kusiak, Joanna (2012): Introduction: Chasing Warsaw. In: Monika Grubbauer / Joanna Kusiak (Hg.), *Chasing Warsaw: socio-material dynamics of urban change since 1990*. Frankfurt/New York: Campus, 9-24.
- Henckel, Dietrich/ Grabow, Busso / Hollbach, Beate/ Usbeck, Hartmut/ Niemann, Heinz (1993): *Entwicklungschancen deutscher Städte. Die Folgen der Vereinigung*. Stuttgart u. a.: Kohlhammer.
- Leidereiter, Carmen (2020): Rückschritte in längst überwunden geglaubte Ausbeutungs- und Unsicherheitsmuster. Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 129-136.
- Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Oskar Niedermayer / Richard Stöss, (Hg.), *Parteien und Wähler im Umbruch*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 11-33.
- Ringel, Felix (2020): Zur Zukunft der Ostdeutschlandforschung. Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 145-150.
- Rink, Dieter (2020): Schrumpfung und Stadtumbau als zentrale Themen der Forschung zu Städten in Ostdeutschland. Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 137-144.
- Robinson, Jennifer (2006) *Ordinary cities: between modernity and development*. London/ New York: Routledge.
- Roy, Ananya (2009): The 21st-Century Metropolis: New Geographies of Theory. In: *Regional Studies* 43/6, 819-830.
- Schönig, Barbara (2020): Ererbte Transformation. Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 115-122.
- Siedhoff, Mattias (2020): Vorzeichenwechsel der Stadtentwicklung in Ostdeutschland. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Wiesbaden: Springer Spektrum, 281-294.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson / Lawrence Grossberg (Hg.), *Marxism and the Interpretation of Culture*. Chicago: University of Illinois Press, 271-313.
- Tuvikene, Tauri (2016): Strategies for Comparative Urbanism: Post-socialism as a De-territorialized Concept. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40, 132-146.
- Üblacker, Jan (2018): *Gentrifizierungsforschung in Deutschland. Eine systematische Forschungssynthese der empirischen Befunde zur Aufwertung von Wohngebieten*. Opladen u. a.: Budrich.

# Geographische Überlegungen in Zeiten der Pandemie

Rogério Haesbaert

## I. Deterritorialisierung ohne Grenzen

Einige der bisher bestimmenden Mantras des planetarischen Globalismus waren: Bewegt euch, reist, beschleunigt, wachst, expandiert, extrahiert (Ressourcen), konsumiert, privatisiert, flexibilisiert (Arbeitsbeziehungen), ‚verlagert‘ (Unternehmen)... All dies hat sich angesichts der Coronavirus-Pandemie plötzlich umgekehrt: Haltet an, reist nicht, verlangsamte, schrumpft, konsumiert nicht, investiert in staatliche Politik und Dienstleistungen, verstaatlicht (Unternehmen in der Krise)... Hier, inmitten des einer Plage gleichenden neoliberalen Booms, ist das Mantra, das in Frage gestellt werden könnte, noch nicht in sein Gegenteil verkehrt worden: Den Arbeiter\_innen wird weiterhin eine immer noch größere Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen unterbreitet, als wolle man testen, wie weit die Resignation dieser Massen extrem verletzlicher (Nicht)Beschäftigter reicht. Es ist, als ob die Reichen innehalten und sich in Schutz bringen können, während die Armen weiter in Bewegung bleiben und sich selbst in Gefahr bringen müssen, um unser aller Überleben zu sichern.

Vor siebzehn Jahren habe ich in meinem Buch *Der Mythos der Deterritorialisierung* geschrieben, dass sich, anders als von Europa und den Vereinigten Staaten aus propagiert, kein ‚Ende der Territorien‘ (Bertrand Badie) und kein ‚Ende der Grenzen‘ und des Nationalstaates (Kenichi Ohmae) ergeben hat, ganz zu schweigen von einem ‚Ende der Geographie‘ (Paul Virilio) (vgl. Haesbaert 2004). Indem es hieß, wir befänden uns in einem Prozess des Verlusts territorialer Bindungen, wurde der Begriff der ‚Deterritorialisierung‘ sehr unpassend gebraucht, nämlich vorrangig in Bezug auf die Reichen – die häufige Ortswechsel und mehrere Wohnsitze (auch in verschiedenen Ländern) haben konnten – und weniger auf die Armen, die de facto den Verlust der Kontrolle über ihre Lebensräume erlitten. Daher schlug ich den Begriff der ‚Multiterritorialität‘ für die Reichen vor, insbesondere für die Führungskräfte großer transnationaler Konzerne, weil sie die volle Kontrolle über die von ihnen frequentierten multiplen Territorien haben, immer in der ‚mobilen Blase‘ derselben Ketten von Hotels, Resorts, Geschäften, Restaurants... Doch selbst dort sind sie auf eine große Fülle von Dienstleistungen angewiesen,

die von Arbeiter\_innen – im Allgemeinen Migrant\_innen, die tatsächlich deterritorialisiert (oder prekär multi-territorialisiert) sind – erbracht werden.

Aus dem Blickwinkel unserer derart von Ungleichheit gekennzeichneten lateinamerikanischen Realität habe ich den Begriff der Deterritorialisierung – jenseits der allgemeinen Bedeutung des Verlassens oder der Zerstörung eines Territoriums – in erster Linie für den effektiven Verlust der territorialen Kontrolle der Ärmsten reserviert, der subalternen Gruppen, die täglich um ihr Überleben kämpfen. Ich habe sogar betont, dass beispielsweise ein\_e Obdachlose\_r ein Vordach während der Nacht durch dessen Verteidigung zum eigenen Territorium machen kann, so wie ein Gefangener in einer überfüllten Zelle eine Matratze während der wenigen Stunden, in denen er in Wechselschicht auf ihr schlafen kann, zu seinem Territorium machen kann. In diesem Sinne kann Deterritorialisierung vor allem als eine Prekarisierung der unsere Lebensbedingung sichernden territorialen Kontrollen gesehen werden. Man kann sich vorstellen, welche brutalen Konsequenzen diese Pandemie in einer Welt, in der die öffentliche Gesundheit nie Priorität genoss, verursacht – zumal in Ländern wie den unseren in Lateinamerika, mit einer so entwürdigenden historischen Ungleichheit. Und das fängt an bei den Tausenden von Obdachlosen, dem Extrem dieser Pyramide – den Verletzlichsten, weil sie am wenigsten in der Lage sind, sich zu isolieren oder sich ‚sozial zu distanzieren‘.

Es wurde auch behauptet, dass sich eine fließende und ‚flüssige‘ Welt immer ungestümer ausbreite, ein ‚Geschenk‘ der neoliberalen Globalisierung, die alles konsumiert und neu macht, in einem schauderhaften Prozess technologischer Neuerung, der immer wieder ‚unnötige Notwendigkeiten‘ erzeugt, die wir, stimuliert durch die Milliarden an Werbeausgaben, emsig konsumieren, auch wenn wir verschuldet sind. In diesem Eifer für das Neue und für die Bewegung hat man jedoch vergessen, dass möglicherweise das Alte nicht stirbt und dass Fixierung und Schließung die andere, unabtrennbare Seite von Öffnung und Bewegung sind. So bedarf es eines Killervirus, um uns an diese alten Lektionen zu erinnern. Und auch, um die These zu bekräftigen, dass jene so viel besungene Deterritorialisierung, die der ‚Tourist\_innen‘, ein Mythos war.

Zygmunt Baumanns (2003) Metapher der globalisierten ‚Tourist\_innen‘ hilft ebenso – mit der gebotenen Vorsicht vor Übertreibung – die rasche Ausbreitung des Coronavirus zu verstehen. Über die bloße Metapher hinaus hat sich im letzten Jahrzehnt die Zahl der Tourist\_innen auf der Welt fast verdoppelt und erreicht heute etwa 1,5 Milliarden Menschen. Wenn wir uns daran erinnern, dass auch die internationalen Migrationsbewegungen in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen und im Jahr 2019 die Zahl von 272 Millionen Menschen erreicht haben (oder 3,5 Prozent der Weltbevölkerung, gegenüber 2,8 Prozent im Jahr 2000; vgl. United Nations 2020), wird uns die Intensität der Bewegung unserer Körper um den Planeten herum bewusst. All dies, ohne die enorme tägliche internationale Mobilität im Zusammenhang mit der Arbeit zu erwähnen. Und doch gab es noch immer diejenigen, die diese materielle, körperliche Dimension des menschlichen Lebens im Namen einer verallgemeinerten Virtualisierung oder Dematerialisierung (vereinfachend ebenfalls ‚Deterritorialisierung‘ genannt) herabwürdigten.

Paradoxaerweise, wer hätte das gedacht, offenbart sich jetzt in all ihrer Rohheit die große, das Wirtschaftssystem am Laufen haltende Ungleichheit.

Sie besteht zwischen denjenigen, die isoliert bleiben können – annahmefähig, ‚immunisiert‘ in den Schutzräumen (*territórios-abrigo*) ihrer Wohnungen, ausgestattet mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten, dort zu verharren –, und denjenigen, die ohne Gewähr ihrer Selbsterhaltung und Erwerbsermöglichenden Räume (*territórios-recurso*) gezwungen sind, die Stadt zu durchqueren, um Nahrung, Gesundheit, Sauberkeit oder Sicherheit für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten.

Erinnern wir uns an die von Jean Gottman (1973) vorgeschlagene (und später von Milton Santos z. B. in Santos 1996 aufgegriffene) Unterscheidung zwischen dem Territorium als Schutzraum (*abrigo*) und dem Territorium als Ressource (*recurso*), so wird deutlich, dass es unmöglich ist, unser Leben ohne das Ineinandergreifen dieser beiden Eigenschaften zu führen. Unsere Wohnungen, als letzter Zufluchtsort, können uns einen gewissen Schutz (*abrigo*) garantieren, der uns (relativ) vor der Ausbreitung des Virus schützt, aber diese Bedingung verwirklicht sich tatsächlich nur durch die Verschränkung mit dem Zugang zu vielfältigen Ressourcen: dem kanalisiertem Wasser und Abwasser, über Kabel geleitete Energie, Telefon über Antenne, Lebensmitteln, die wir besorgen müssen oder die uns vom Supermarkt geliefert werden, Medikamenten aus der Apotheke, Treibstoff von den Tankstellen für den Transport dieser Güter und so weiter.

Es ist lange her, dass wir an unseren Wohnorten autonom ‚behütet‘ (*abrigados*) waren. Nur sehr wenige genießen heute dieses Privileg. Aber wir haben noch ein weiteres enormes Privileg, das wir nur selten wahrnehmen. Wir müssen uns darüber bewusstwerden, wie sehr die Sicherheit unserer individualisierten Quarantänen von einer Masse von (vulnerablen) Arbeiter\_innen abhängt, die uns den Zugang zu diesen vielen für unser Überleben notwendigen Ressourcen garantieren. Diese Pandemie könnte uns lehren, unsere eigene Fragilität und das Ausmaß unserer Abhängigkeit von den vielen Dienstleistungen anzuerkennen, die von diesen Arbeiter\_innen garantiert werden; ihnen gebührt der größte Respekt und die größte Solidarität. An die Fenster zu treten, um dem Gesundheitspersonal zu applaudieren, ist ein schüchterner Anfang.

Im weiteren Sinne besteht die beispiellose und überwältigende Herausforderung, vor die uns diese Pandemie stellt, darin, anzuhalten – mindestens aber zu verlangsamen – oder unterzugehen. Sie legt offen, was vielen unverständlichlicherweise noch immer nicht klar genug erschien: das Scheitern eines Systems, das der Theorie nach die Idee von Begrenzung abgeschafft und sich selbst zum Souverän des Planeten ernannt hat. Wie ich in einem Artikel vor vier Jahren festgestellt habe, hat die Fluidität der planetarischen Globalisierung im Gegensatz zu den vorherrschenden Diskursen die Frage der Begrenzungen (*limites*) mit noch größerem Nachdruck auf die Agenda gesetzt:

„[...] Grenzen (*limites*) als Beschränkung, Eindämmung, mit einer negativen Konnotation, aber auch in dem Sinn, dass sie einen unablösbaren Teil unserer Zivilisationsdynamik konstituieren insofern als, biopolitisch gesprochen, das hegemoniale Gesellschaftsmodell, das auf Akkumulation und/oder kapitalistischem ‚Wachstum‘ gründet, sogar unser Überleben als biologische Spezies auf der Erde aufs Spiel gesetzt hat.“ (Haesbaert 2016: 12)

Sollte dem sofortigen Kampf gegen Prekarität und brutale Ungleichheit keine Priorität eingeräumt werden, werden wir keinen Ausweg haben. Die Verteidigung der biologischen und ethnischen Vielfalt des Planeten erfordert mehr denn je eine planetarische Kultur und Politik des Gemeinsamen (*do comum*), die die Verringerung der perversen Ungleichheit zwischen den Völkern der Erde an die oberste Stelle setzt.

Zusätzlich zu den sozialen Unruhen, die dieser Zwangsstopp höchstwahrscheinlich auslösen wird (und die bereits in den jüngsten Protesten in Lateinamerika und in verschiedenen Teilen der Welt, vom Libanon bis Hongkong, erprobt werden), könnte er eine ernsthafte Wiederaufnahme der Diskussion zivilisatorischer Pfade hervorrufen. Wenn der ‚große Bruder‘ der extremen Rechten die Gelegenheit nicht nutzt, noch perversere Kontrollen durchzusetzen, könnte dies unsere letzte Chance sein. Die ungeheure Deterritorialisierung bezüglich der aus dem Zwangsstopp resultierenden sozialen Prekarität wird das schonungsloseste Kennzeichen dafür sein, dass wir uns entweder mit den Schwächsten solidarisieren und unser gemeinsames Schicksal anerkennen müssen oder alle zusammen untergehen. Denn das Boot hat sich mehr denn je als ein einziges erwiesen – und es sinkt. Es wird keinen häuslichen oder individuellen Schutzgraben geben, der uns vor diesem Schiffbruch bewahren kann.

## II. Zwischen Eindämmung und Einschließung der Körper-Territorien

Die gegenwärtige planetarische Krise, die die Covid-19-Pandemie ausgelöst hat, ist mit Problemen geographischer Natur verwoben. Es ist unbedingt notwendig, dass wir unsere Kategorien im Licht dessen bewerten, was in der Welt geschieht. Territorialität und Prozesse der Deterritorialisierung waren noch nie so relevant wie jetzt, im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus.

Es gibt ein wiederkehrendes Muster in den als Eindämmung bezeichneten Maßnahmen, die verschiedene Länder vorantreiben. Sie alle zielen in mehr oder weniger starkem Ausmaß darauf ab, die Mobilität dessen zu kontrollieren, was – insbesondere im dekolonialen feministischen und indigenen lateinamerikanischen Denken – bereits als unser erstes Territorium betont wurde: des Körper-Territoriums. Selbstverständlich ist es nie von der mehr oder weniger stark ausgeprägten territorialen Beherrschung seiner Umgebung und deren Aneignung losgelöst.

Die Kontrolle (und das Gefügig-Machen) der Körper ist bekanntermaßen ein altes Unterfangen, und Michel Foucault (1977) war der Autor, der das Verhältnis zwischen Körper und Disziplin in der modernen Welt am eingehendsten studiert hat. Er schlug ein interessantes Modell vor, das Lepra- und Pestbekämpfungsiniciativen gegenüberstellte. Im ersten Fall wurde das erschaffen, wofür ich die Bezeichnung ‚Territorien der Einschließung‘ (*territórios de reclusão*) vorgeschlagen habe und wo es um eine vollständige Abschottung vom Rest der Gesellschaft geht; und im zweiten Fall wurde das eingesetzt, was ich ‚territoriale Eindämmung‘ (*contenção territorial*) genannt habe, wobei es sich um den Typ Damm-Mauer handelt, bei dem die Schließung nicht vollständig, sondern relativ und vorübergehend ist und bei dem es immer eine Möglichkeit gibt, die errichtete Barriere zu überwinden

um einzutreten – oder zu entfliehen, je nach Perspektive (Haesbaert 2014). Dies ist der Fall bei Grenzmauern, die eher symbolische als konkrete Effekte haben und bei denen es Migrant\_innen beständig unternehmen, sie auf irgendeine Weise zu umgehen und andere Wege zu entdecken.

Die Globalisierung der Pandemie hat dieses Spiel zwischen Ab- oder Einschließung und Damm oder Eindämmung auf verschiedenen Maßstabsebenen vorangetrieben. In einer von Netzwerk-Territorien (*territórios-rede*) geprägten Welt, in der sich die Körper viel schneller und intensiver entlang von Kreisläufen bewegen, die Ströme kanalisieren, Luftstraßennetze vorneweg, ist es keineswegs einfach, Kontrollen vom Typ des Zonen-Territoriums (*território-zona*) wiederherzustellen, um Mobilität innerhalb von Gebieten unterschiedlich großer Ausdehnung zu verhindern, wie es der Nationalstaat und seine politisch-administrativen Einheiten immer schon (mit immer geringerem Erfolg) angestrebt haben.

Es sind gerade Versuche, zu einer solchen zonalen Territorialkontrolle zurückzukehren, die im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus von Anfang an unternommen wurden. Wie zu erwarten war, ist es in dieser unserer neoliberalen Welt China als einem der zentralisiertesten und autoritärsten Staaten gelungen, die bislang größten Erfolge in der Bekämpfung zu erzielen. (Es gibt eine ganze Debatte über die Besonderheit eines ‚chinesischen‘, ‚vielgestaltigen‘ oder ‚Ausnahme-Neoliberalismus‘ in den Begriffen von Aihwa Ong (2006), die hier nicht behandelt werden kann.) Da dort das Geschehen begann und der anfängliche Schwerpunkt – die große Metropole Wuhan – identifiziert wurde, konzentrierten sich die Bemühungen zunächst auf die vollständige Blockade dieser Metropole und der Provinz Hubei. Nur einen einzigen geographischen Anfangsschwerpunkt der Ausbreitung zu haben, war sehr hilfreich – im Gegensatz zu anderen Ländern wie den USA mit Hotspots in den Bundesstaaten Washington, Kalifornien und New York.

Ein Faktor, der im Fall des autoritären chinesischen Regimes entscheidend zu sein scheint, betrifft die Apparate zur Informationskontrolle und Bevölkerungsüberwachung, die im Laufe der Zeit aufgebaut wurden und auf Nachbarschaftskomitees basieren, die jeden Block oder jede kleine Gruppe von Familien überwachen. Hinzu kommen eine konfuzianische Kultur der Disziplin, die organisatorischen Fähigkeiten des staatlichen Gesundheitssystems und die weit verbreitete Praxis des Maskentragens in der Bevölkerung (auch bereits seit längerem, aufgrund der Umweltverschmutzung).

Der Prozess der Quarantäne, der im Falle Chinas Dynamiken der Eindämmung und der Einsperrung kombiniert, war im Zusammenhang mit dem diktatorischen Charakter des Regimes viel strenger als in anderen Ländern. Das Verlassen des Zuhauses wurde rigide kontrolliert – zunächst waren Ausgänge nur alle zwei Tage erlaubt, dann erfolgte eine totale Einsperrung, bei der lediglich die Bestellung von Lebensmitteln und Medikamenten erlaubt war. Schließlich zogen in Wuhan Polizeibeamte von Haus zu Haus, um den Gesundheitszustand zu überprüfen, und im Krankheitsfall folgte routinemäßig Zwangsisolation. Es wurde sogar über eine Kontrolle der Verwendung von Masken mittels Drohnen berichtet, welche sehr häufig als Mittel zur öffentlichen Überwachung eingesetzt werden. Digitale und nicht-digitale Überwachungsapparate waren (seit dem alten *hukou*, der Aufenthaltskarte) ebenfalls bereits zuvor bei der Mobilitätskontrolle der Bevölkerung weit verbreitet.

Eine grundlegende Kontrolle, die direkt auf das wirkt, was ich Netzwerk-Territorien nenne, betrifft internationale Flüge. Wuhan ist ein wichtiges Luftdrehkreuz mit Flügen in mehrere Länder Asiens (Japan, Südkorea, Taiwan, Thailand, Arabische Emirate, Australien, Singapur, Indonesien, Malaysia...). Es könnte sich zu einem Hauptverteiler von Ansteckungen entwickeln (was teilweise bereits geschehen ist). Viele Länder, wie zum Beispiel Brasilien, hatten das Haupteinfallstor des Virus erst sehr spät unter Kontrolle: die internationalen Flughäfen. Zunächst wurde sich für die zonale Kontrolle einiger Grenzen entschieden, um erst später auf den Flugverkehr einzuwirken – wahrscheinlich unter dem Druck der starken Lobbys der Fluggesellschaften und des Tourismussektors. Angesichts der sogenannten ‚zweiten Welle‘ der Ansteckung durch Personen, die von außerhalb kommen, hat China die Kontrolle der Ankünfte an Flughäfen erneut verschärft und eine zweiwöchige Quarantäne für alle, die im Land ankommen, verhängt.

An dieser eher empirischen Betrachtung der chinesischen Dynamik der Eindämmung und Isolation wird deutlich, wie viel schwieriger es für ein westliches Land und insbesondere für Länder in Peripherien wie Lateinamerika und Afrika sein wird (wo Covid-19 gerade erst anfängt, die ärmsten Gegenden zu erreichen), die gleiche Art und Strenge territorialer Kontrolle umzusetzen. Einige fragen sich angesichts des relativen Erfolgs auch von Ländern wie Südkorea, Taiwan und Singapur, ob China nicht weitergegangen ist als nötig. Eine Maßnahme, die häufig zur Erklärung des Erfolgs dieses Länderblocks genannt wird, betrifft neben der Disziplin bei der Isolation und der sozialen Distanzierung (die außerhalb Chinas weniger rigide ist) das umfängliche Testen der Menschen auf das Virus – besteht doch das größte Dilemma in der Verbreitung des Virus durch asymptomatische Träger\_innen. Sie nachzuverfolgen und die Träger\_innen des Virus zu isolieren ist entscheidend.

Mit dieser Isolation möchte ich mich im Folgenden beschäftigen. Was wir in den europäischen und amerikanischen Ländern gesehen haben, waren zunächst die Kritik und Ablehnung (sogar von namhaften Intellektuellen wie Giorgio Agamben) des übermäßig restriktiven Charakters der Maßnahmen (wie es der brasilianische Präsident weiterhin sieht, der sich in erster Linie um die Wirtschaft kümmert und die Verantwortung für die Isolationsmaßnahmen den Gouverneuren der Bundesstaaten zuschiebt). Mit der Verschlechterung der Situation änderten jedoch bald darauf viele ihre Meinung radikal, indem sie dieselben Maßnahmen aufgrund ihres zögerlichen Charakters verurteilten und deren noch strengere Anwendung forderten. Dies betrifft insbesondere eine rigide Durchführung der Quarantäne, die heute auf breite Unterstützung in der Bevölkerung stößt (74 Prozent der Brasilianer\_innen, laut einer Umfrage des Datafolha-Instituts), vor allem angesichts der beklagenswerten Szenen, die aus Ländern wie Italien und Spanien übertragen werden, deren Gesundheitssysteme als besser aufgestellt gelten.

Eine grundlegende Charakteristik dieser Pandemie, die sich auch geographisch bedeutsam manifestiert, besteht darin, dass die Pandemie an der Spitze der sozioökonomischen Pyramide, unter den privilegiertesten Klassen beginnt. Es genügt, die Karte ihrer anfänglichen Verbreitung in einer peripheren Metropole wie Rio de Janeiro zu betrachten, wo sie zunächst die reichsten Viertel betrifft, in denen international Reisende – die ersten Träger\_innen des Virus – ankamen. Die große Frage ist nun, welche



Art territorialer Eindämmungsdynamiken im Kontext ‚peripher-kolonialer‘ Realitäten wie denen Lateinamerikas als Kontinent mit der größten Ungleichheit der Welt plausibel ist. Das Virus hat unsere Favelas und Villamiserias noch nicht erreicht, ist aber gerade dabei.

Wird – wie bereits berichtet wird – der paramilitärische Apparat der Milizen (*milicias*) in Aktion treten und Favelabewohner\_innen dazu zwingen, zu Hause zu bleiben? Wird es überhaupt effektiv sein, individuelle Isolation zu empfehlen, wo doch bekannt ist, dass allein im Ballungsraum Rio de Janeiros 300.000 Wohnungen nur über ein Zimmer für drei oder mehr Personen verfügen und die meisten dieser Wohnungen Doppelhäuser mit häufig gemeinsamen Fluren und Räumlichkeiten sind?

Kehren wir daher zum Körper-Territorium zurück: Zweifellos müssen wir im Kontext der lateinamerikanischen Kolonialität der Macht nicht in erster Linie über Maßnahmen territorialer Selbst-Eindämmung diskutieren, bei denen der Zugang zu den Favelas blockiert wird (wie es einige Nachbarschaftsvereinigungen von Siedlungen an Hügeln versuchen, die nur einen oder wenige Eingänge haben); vielmehr müssen wir direkt an diejenigen denken, die noch prekariert sind und nur den Körper als zu verteidigendes Territorium haben, als einen Raum, über den sie weiterhin versuchen, eine gewisse Kontrolle zu behalten – wo sie doch nicht einmal auf ein eigenes Zimmer in ihren Häusern zählen können. Ein trauriges Schicksal angesichts eines listigen Virus: Es ist praktisch unmöglich, seinen Eintritt in den eigenen Körper zu ‚versperren‘, zu kontrollieren, wenn es nicht einmal das Minimum – Wasser und Seife – für die persönliche Hygiene gibt, wie es jetzt in mehreren von Rios Favelas der Fall ist.

Ohne hier das düstere Bild zu zeichnen, das sich bereits ankündigt (wie die Szenen von in den Straßen Guayaquils abgelegten Leichen zeigen), möchte ich nach den bisherigen theoretischen Reflexionen mit einer weiteren schließen. Die territoriale Eindämmung, wie ich sie in meinem Buch *Viver no Limite* (Haesbaert 2014) definiert habe, bezieht sich auf die sozioökonomischen Makroprozesse, die letztendlich den subalternen Gruppen die vulnerabelsten Gebiete der Stadt zuweisen – entfernte Peripherien ohne Infrastruktur, ökologisch instabile Hänge, Überschwemmungsgebiete... In jedem Fall sind sie dort abgesondert und in gewisser Weise ‚eingedämmt‘, als ob sie den Rest der Stadt nicht ‚anstecken‘ sollen.

Jetzt aber handelt es sich um eine Eindämmung im umgekehrten Sinn. Die Pandemie, wer hätte das gedacht, hat diese Idee der Eindämmung der Subalternen durch die Hegemonialen untergraben: Es sind die Privilegierten selbst, die sich eindämmen, sich einschließen müssen, denn sie waren es, die im lateinamerikanischen Fall zu Beginn ‚das Übel in sich trugen‘. Auch wenn viele ihre Haushaltsgehilfinnen gebeten haben, zu Hause zu bleiben, muss die Mobilität zahlloser Arbeiter\_innen – Pförtner\_innen, Reinigungskräfte, Straßenkehrer\_innen, Angestellte in Supermärkten, Tankstellen und Apotheken, ganz zu schweigen von den Angehörigen der Gesundheitsberufe – gewährleistet werden, wenngleich unter Bedingungen großer Vulnerabilität (wie in den überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln Rio de Janeiros).

Die Unaufgeklärten sagen jedoch, das Virus sei ‚demokratisch‘, es betreffe ‚alle gleichermaßen‘. Das Virus hat nichts Demokratisches an sich – erstens, weil es am brutalsten die ohnehin schon Geschwächten trifft: alte, kranke,

behinderte Menschen und nun auch die Ärmsten; zweitens, weil dessen Bekämpfung die Selbsteindämmung (oder vorübergehende Isolation) erfordert, die nur für die Reichsten wirklich möglich und sicher ist, die über die Mittel zur sozialen Distanzierung und Isolation verfügen.

So haben wir aus den verschiedenen Mechanismen der pandemiebezogenen territorialen Eindämmung viele geografische Lehren zu ziehen. Wir lernen, dass in einer so technologiereichen ‚Informationswelt‘ am Ende das, was wirklich weiterhin von Bedeutung ist, unser Körper ist, das Körper-Territorium als letzte und unausweichliche Bedingung unserer Existenz. Sei es das Schema ‚Lepra‘, bei dem wir mittels definitiver Einschließung eingesperrt werden, oder das Modell der Pest mit ihrer zeitweisen Eindämmungsquarantäne – jedes hat zum endgültigen Ziel die Kontrolle über die Körper. Schließlich bleibt abzuwarten, wer weiterhin die Kontrolle über die Gesamtheit der Bevölkerung und ihre Körper-Territorien ausüben wird. Zweifellos muss eine andere Biopolitik entwickelt werden, die sich um Zu-neigung und Fürsorge dreht. Nur eine Warnung: Der angebliche Erfolg des chinesischen autoritären Modells ist eine Illusion. Hinter ihm verbergen sich – abgesehen von einer unbeschränkten individuellen Überwachung – ein völlig bankrottetes Wachstumsmodell und ein ungezügelter Konsumismus. Bei deren Zertrümmerung könnte uns die Pandemie helfen (eine Utopie).

*Übersetzung aus dem Portugiesischen von Johanna Hoerning und Jan Hutta. Die portugiesische Fassung des Textes ist ebenfalls verfügbar.*

## Autor\_innen

Rogério Haesbaert ist brasilianischer Humangeograph. Seine Arbeiten beschäftigen sich mit den Verflechtungen zwischen Territorialisierung und Deterritorialisierung, Territorialität und Identität sowie Region und Regionalisierung.  
riocult@yahoo.com

## Literatur

- Bauman, Zygmunt (2003 [1998]): Der Mensch im Globalisierungskäfig. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977) [1975]: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gottman, Jean (1973): The Significance of Territory. Charlottesville: University Press of Virginia.
- Haesbaert, Rogério (2004): O mito da desterritorialização. Do “fim dos territórios” à multi-territorialidade. Rio de Janeiro: Bertrand Brasil.
- Haesbaert, Rogério (2014): Viver no limite. Território e multi/transterritorialidade em tempos de in-segurança e contenção. Rio de Janeiro: Bertrand Brasil.
- Haesbaert, Rogério (2016): Limites no espaço-tempo: a retomada de um debate. In: Revista Brasileira de Geografia 61/1, 5-20.
- Ong, Aihwa (2006): Neoliberalism as Exception: Mutations in Citizenship and Sovereignty. Durham e Londres: Duke University Press.
- Santos, Milton (1996): A Natureza do Espaço. São Paulo: Hucitec.
- United Nations (2020): Migration. <https://www.un.org/en/sections/issues-depth/migration/index.html> (letzter Zugriff am 18.5.2020).



# Die Logik des Ausbruchs

Formierung von Covid-19 durch Krisenbearbeitungsweisen

Henning Füller  
Iris Dzudzek

„We are not just dealing with germs that are too small to see; we are also dealing with structural hurdles that are too huge to see.“ (Penny 2020)

„Epidemic diseases are not random events that afflict societies capriciously and without warning ... Every society produces its own specific vulnerabilities. To study them is to understand that society's structure, its standard of living, and its political priorities.“ (Snowden 2019: 7)

## 1. Einleitung

Als globale Pandemie hat Covid-19 inzwischen weltweit drastische politische Maßnahmen und grundlegende Einschnitte im gesellschaftlichen Leben provoziert. Entsprechend groß ist der Bedarf an einer unmittelbaren kritischen sozialwissenschaftlichen Einordnung. Relativ einig ist sich der unverzüglich publizierte „Schwall prägnanter Diagnosen“ (Wagner 2020) in der Einordnung von Covid-19 als Katastrophe und Krise von historischem Ausmaß. Noch viel zu wenig werden hingegen derzeit die Kontinuitäten und Voreinstellungen in den Blick genommen, die den Umgang mit Covid-19 prägen. In diesem Beitrag vertreten wir die These, dass die aktuelle Krise sich vor dem Hintergrund einer bereits länger in Szenarien, Routinen, Techniken, Vorstellungen, Institutionen, Infrastrukturen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen erprobten und eingerichteten Weise vollzieht. In diesen Prozessen wurde ein Rahmen gesetzt, innerhalb dessen ein neuartiges Virus erst als eine pandemische Katastrophe wirksam werden kann. Aktuelle Bewältigungsstrategien und Bearbeitungsweisen haben sich vor dem Hintergrund des Ausbruchs anderer Epidemien an anderen Orten und entlang bestimmter Rationalitäten und Technologien der Macht entwickelt.

Diese global zirkulierenden, strukturell voreingestellten Bearbeitungsmodi nennen wir ‚Logik des Ausbruchs‘: Darunter verstehen wir eine gewisse Kohärenz in der aktuellen Bearbeitungsweise von Covid-19, die sich historisch herausgebildet hat. Sie wird einerseits in Programmatiken oder politischen

Strategien selbst und andererseits aus dem materiellen Zusammenwirken von Programmatiken, Verfahren und Techniken, Institutionen et cetera gebildet. Dieses Zusammenwirken nennen wir „*worlding*“. Die vielfältigen Praktiken, Verfahren und Maßnahmen, mit denen die Interaktionen mit dem neuartigen Virus aufgefasst und bearbeitet werden, sind entlang einer Voreinstellung beschränkt: eine eingespurte Bewältigungsweise mit machtvollen Implikationen. Die kritische Richtung, die wir einschlagen, will nicht darauf hinaus, dass es eigentlich ganz anders ist, wir alle einer Chimäre aufsitzen und völlig falsche Maßnahmen ergreifen. Die als Covid-19-Pandemie verhandelte Situation ist eine reale Bedrohung, aber keine ‚Naturkatastrophe‘. Trotz aller vermeintlichen Zwangsläufigkeit ist auch die aktuelle Situation gesellschaftlich hergestellt, gedeutet und bearbeitet. In diesen strukturellen Voreinstellungen wurde letztlich die Krisenanfälligkeit erhöht. Damit schlagen wir eine Lesart vor, die sich der Fokussierung auf den Moment der Katastrophe gerade entzieht und vor allem Kontinuitäten sichtbar macht. Die als Covid-19-Pandemie verhandelte Situation ist kein für sich stehendes Ereignis, sondern macht letztlich eine Reihe infrastruktureller und systemischer Mängel, ihre globale Vernetzung sowie Formen ihrer Bewältigung sichtbar, die sich über Jahre entwickelt haben. Leitend ist dabei ein Blick zweiter Ordnung, der nicht nach der Verbreitung und Bekämpfung des Virus fragt, sondern nach den Strukturen, die der Verbreitung und Bekämpfung des Virus ihre ganz spezifische Form und Topologie geben.

Ist nach dem „Schwall prägnanter Diagnosen“ über den Sommer 2020 dafür immer noch Bedarf? Nach unserem Dafürhalten ist eine Perspektive auf solche Verhältnisse und Entwicklungen, die einerseits die Krisenanfälligkeit hervorbringen und andererseits die Bezugsfolie für die Bewältigung der Situation bieten, bisher noch zu wenig expliziert worden (Reckwitz 2020). Deshalb greifen wir für unser Argument im Folgenden auf die Perspektive der Kritischen Sozialepidemiologie zurück. Die Kritische Sozialepidemiologie legt den Schwerpunkt auf die sozialen und gesellschaftlichen Ursprünge von Krankheiten und vertritt die These, dass viele vermeintlich biologische Kategorien bei genauerem Hinsehen soziale sind.

Unser Beitrag reiht sich in eine wachsende Reihe von Diagnosen, welche die Ausnahmesituation vor allem als ein Schlaglicht auf bestehende strukturelle Bedingungen und Missstände thematisieren. Keineswegs ist die Krankheit der ‚große Gleichmacher‘. Stattdessen spielen bestehende strukturelle Ungleichheiten eine entscheidende Rolle für die Betroffenheit, sei es in Bezug auf Gender (Frey 2020), Alter (van Dyk et al. 2020) oder Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe (Kirby 2020). Zudem werden mit der Ausnahmesituation wie durch ein Brennglas strukturelle Benachteiligungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar, unter anderem im Gesundheitssystem (Neely/Lopez 2020), in Städten (McFarlane 2020; Connolly et al. 2020), auf Wohnungsmärkten (Holder 2020) und in der Organisation der globalen Arbeitsteilung (Harvey 2020; Kreilinger/Zeller 2020). Schließlich fordert die Situation zur Sondierung der grundlegenden gesellschaftlichen Verfasstheit heraus und legt ein neues Nachdenken nahe über die politisch-ökologischen Grundlagen von Gesundheit (Krüger/Geiselhart 2020). Inwiefern wird eine sonst hintergründige Bio- und Bevölkerungspolitik nun offen sichtbar (Lancione/Simone 2020; Hannah et al. 2020)?

Inwiefern spinnen sich hier Regierungsweisen des Neoliberalismus wie zum Beispiel Austerität fort (Beisel et al. 2020)?

Noch wenig beleuchtet ist hingegen die Rolle von Strukturen anderer Art. Die Auseinandersetzung mit einer zu erwartenden pandemischen Infektion war bereits während der vergangenen Jahrzehnte ein Aspekt bevölkerungsmedizinischer und gesundheitspolitischer Debatten. Andreas Reckwitz hat die Bewältigung von Covid-19 jüngst als weiteren Fall einer regelmäßigen „Risikopolitik“ der Spätmoderne gedeutet (Reckwitz 2020). Arbeiten aus der Medizinanthropologie, der *critical global health studies*, der Sicherheitsforschung sowie der Medizingeschichte haben vielfach machtvolle Voreinstellungen, Strukturen und Programme herausgearbeitet, welche den Umgang mit Gesundheit prägen, etwa in Form der Neoliberalisierung von *global health*, der Versicherheitlichung von Gesundheit (Weir/Mykhalovskiy 2010) oder eines dominanten Gefahrendiskurses der ‚Emergenz‘ und des damit verbundenen Übergangs von der Vorsorge zur *preparedness* (Lakoff 2017; MacPhail 2010; Lynteris 2020).

An diese Arbeiten möchten wir mit einer geographischen Perspektive anschließen und anhand der aktuellen Situation solche strukturellen Kontinuitäten markieren, die den Umgang mit SARS-CoV-II mitprägen.[1] Mit einer Sensibilität für geographische Unterschiede und Brüche wird einerseits deutlich, inwiefern sich bestimmte Voreinstellungen trotz der divergierenden gesellschaftlichen Kontexte übergreifend geltend machen. Andererseits wird auch die Kontingenz der aktuellen Bewältigungsweise deutlicher erkennbar. So zeigt der Umgang mit anderen Epi- und Pandemien wie zum Beispiel AIDS, SARS oder Ebola an verschiedenen Orten der Welt auch die Bedeutung alternativer Verständnisse von Gesundheit, Gesundheitsrisiken und deren Bearbeitung. Auf dieser Basis gewinnen wir einen Standpunkt, um die Art und Weise der Problemstellung, die mit der Bewältigung verbunden ist, kritisch zu hinterfragen.

Nach einer kurzen Einführung in unsere konzeptionellen Perspektiven (2.) werden wir mit der Figur „Logik des Ausbruchs“ (3.) eine kritische Perspektive auf die aktuelle Bewältigung der Pandemie formulieren. Abschließend stellen wir konkrete Forderungen heraus, die sich aus dieser Analyse ergeben und die zur Frage führen, wie eine inklusivere Aushandlung der Auffassung von gesundheitlichen Bedingungen und deren Bearbeitung gewährleistet werden kann (4.).

## **2. Kritische Sozialepidemiologie und *worlding health***

Einen Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für unser Argument liefert die Kritische Sozialepidemiologie, ein Ansatz, der in letzter Zeit vor allem in Lateinamerika entwickelt und diskutiert wird. Epidemiologie zielt allgemein auf die Erklärung des Gesundheitsgeschehens in der Bevölkerung, die Sozialepidemiologie aus dem Globalen Norden bestimmt die sozialen Determinanten von Gesundheit in erster Linie – quantitativ – als Risikofaktoren (Berkman et al. 2014). Die Kritische Sozialepidemiologie hingegen betont die sozialen und gesellschaftlichen Ursprünge von Krankheiten und stellt den verursachenden Rahmen für ungleiche Gesundheitschancen in den Vordergrund (Spiegel et al. 2015: 10; Dzudzek/Strüver 2020). Sie

analysiert die sozialen Strukturen, die die sozialen Determinanten von Gesundheit hervorbringen (Spiegel et al. 2015: 10), also die Strukturen, die zu Armut, Arbeitslosigkeit, Rassismus und Ausschluss führen. Viele vermeintlich biologische Kategorien im Kontext von Medizin, Krankheit und Gesundheit – so die Hypothese – sind bei genauerem Hinsehen sozialer Natur (Spiegel et al. 2015; Breilh 2008; Krieger 2001). Jamie Breilh spricht – in Anlehnung an David Harvey – von einer Politischen Ökonomie der Gesundheit, die von Machtstrukturen durchzogen ist. Damit verfolgt die kritische Sozialepidemiologie einen intersektionalen Ansatz, der die Ungleichverteilung von Macht zwischen Klassen, Ethnien und Geschlecht reflektiert (Breilh 2008: 748). Und sie begreift Gesundheit selbst konsequent als eine biosoziale Tatsache. Soziale Strukturen sind nicht nur der Rahmen für Gesundheit und Krankheit, sondern Momente der Herstellung solcher Tatsachen selbst. „[W]e can begin to elucidate population patterns of health, disease and well-being as biological expressions of social relations, and can likewise begin to see how social relations influence our most basic understandings of biology.“ (Krieger 2001: 672)

Die konsequente Annahme einer sozialen Herstellung des Gesundheitsgeschehens hilft auch, die aktuelle Situation nicht selbstverständlich oder notwendigerweise als etwas ‚zwingend‘ oder ‚natürlich‘ Gegebenes zu verstehen, sondern als etwas von der Art der Auffassung entscheidend Mitgeprägtes. Mit der Perspektive der Kritischen Sozialepidemiologie sind das Virus und die Covid-19-Infektion systematisch als biosoziale Tatsachen zu sehen, die nicht getrennt von den Prozessen und Strukturen der Hervorbringung gedacht werden können. Eine wichtige Rolle bei dieser Hervorbringung kommt der Art und Weise der Objektivierung als Krise und der daraus resultierenden Bearbeitungsweise zu. „[B]eing vigilant on how a space of emergency is arranged – and on its implications – is as important as washing our hands to stay alive in the times that we currently inhabit.“ (Lancione/Simone 2020) Um das spezifische Arrangement des zu bearbeitenden Problems, um Konturen der Bearbeitungsweise und um die Performanz dieser Bearbeitungsweise bei der Hervorbringung der Krise in ihrer aktuellen Form geht es uns im Folgenden. Das Argument lautet, dass mit der Bewältigungsweise das zu Bewältigende in Teilen mitbestimmt wird und dass dieser Zusammenhang ein wichtiges Moment des Politischen ausmacht.

Unser Argument greift damit auf die grundsätzliche Annahme relationaler Ontologien zurück, das heißt die Bereitschaft, statt von einer festen Realität von der relationalen Herstellung verschiedener sozialer Welten auszugehen. In einer solchen technikphilosophisch inspirierten Perspektive werden Beziehungen als Ausgangspunkt allen Seins an den Anfang gestellt: „Beings do not preexist their relations.“ (Haraway 2003: 6) Letztlich sind soziale und auch natürliche Gegebenheiten gleichermaßen als ein Effekt von Beziehungen zu verstehen. Eine Gegebenheit ist immer auch die kontingente Stabilisierung einer bestimmten Art und Weise einer kollektiven Erfahrung. Mit der Setzung einer vermeintlich festen Natur wird diese Konstitution aus Relationen aber ausgeblendet (Descola 2010; Tsing 2015).

In der anthropologischen Debatte wird diese theoretische Grundannahme relationaler Ontologien mit Hilfe des Begriffs „*worlding*“ für empirische Analysen fruchtbar gemacht. Mit diesem Begriff soll das letztlich Realität

setzende Moment betont werden, das von den aufeinander bezogenen Praktiken einer sozialen Gemeinschaft ausgeht.

*Worlding* macht analytisch zugänglich, dass Objekte und Ereignisse nicht für sich genommen existieren, sondern in vielfältigen Bezugnahmen ‚in Dienst genommen‘ werden und dabei eine je eigene Welt entfalten. Hier erklärt sich die paradoxe Behauptung von Ontologien im Plural, auf der diese Perspektive beruht. Es gibt nicht ein feststehendes Ding, das sich verschieden begreifen lässt, sondern je nach *worlding* wird das Ding selbst anders hervorgebracht.

Im Folgenden nehmen wir eine von diesen Überlegungen inspirierte Perspektive auf die aktuelle Krise ein. Der gesellschaftliche Umgang mit dem neuartigen Phänomen SARS-CoV-II lässt sich beschreiben als eine durch aufeinander bezogene Praktiken hervorgebrachte Konstellation von anfälligen und immunisierten Körpern, gefährlichen und ungefährlichen Interaktionen, Infrastrukturen, Viren und Immunreaktionen. Vor allem werden mit dieser Perspektive bestimmte Merkmale dieses *worlding* thematisierbar. In Anlehnung an Annemarie Mol sprechen wir hier von einer Logik, in unserem Fall konkret von einer ‚Logik des Ausbruchs‘, die den auf das SARS-CoV-II bezogenen Praktiken eine gewisse Kohärenz gibt, aber als durchaus fragil und nicht durchgehend konsistent vorgestellt werden soll. In diesem gerichteten, aber unabgeschlossenen Sinn verwendet auch Mol den Begriff „Logik“: „Here the term ‚logic‘ helps. [...] It invites the exploration of what is appropriate or logical to do in some site or situation, and what is not. It seeks a local, fragile and yet pertinent coherence.“ (Mol 2008: 8) „Logik des Ausbruchs“ meint bei uns das Resultat unserer Befragung der Bearbeitungsweise der Covid-19-Infektion. Eine Bearbeitungsweise, die wir nicht nur mit bestimmten Programmatiken oder politischen Strategien selbst identifizieren, sondern die aus dem materiellen *worlding* und dem Zusammenwirken von solchen Programmatiken, Verfahren und Techniken, Institutionen, et cetera hervorgeht: „This coherence is not necessarily obvious to the people involved. It needs not even be verbally available to them. It may be implicit: embedded in practices, buildings, habits and machines.“ (Mol 2008: 8)

Mit dem Terminus „Logik des Ausbruchs“ geht es uns um eine solche Kohärenz, auf die sich Praktiken, Verfahren und Maßnahmen beziehen und in diesen Interaktionen das neuartige Virus mit hervorbringen (*worlding*). Dabei bekommen die Bestandteile der Interaktion ganz reale Relevanz. Das Virus ist Welt geworden mit teils existentiellen Konsequenzen. ‚Logik‘ soll dabei nicht suggerieren, die aktuelle Bearbeitungsweise sei logisch zwingend oder das einzig rational Mögliche. Der Begriff soll keine Systematik oder Zwangsläufigkeit implizieren, sondern lediglich eine gewisse Kohärenz unterschiedlicher Momente anzeigen. Es bleiben immer auch Spielräume für andere Arten des *worlding*. In der Wiederholung von Praktiken tritt in der Regel immer auch Unerwartetes und Kreatives hervor. Und trotzdem sind manche Sets von Praktiken kohärenter als andere. Das ist das, was der Begriff Logik evozieren soll (vgl. Mol 2008: 8).

### 3. Logik des Ausbruchs

Die „Logik des Ausbruchs“ hat viele Facetten. Wir beschränken uns im Folgenden auf zwei dominante Momente dieser Logik. Aus unserer Perspektive zweiter Ordnung wird sowohl in der Auffassung als auch in der Bearbeitung der Interaktion mit dem neuartigen Virus ein eingespurtes Raster wirksam. Den Problembeschreibungen, ergriffenen Maßnahmen und zum Einsatz gebrachten Werkzeugen liegt eine Auffassung des Virus als Feind (3.1) zu Grunde. Daran angeknüpft wird eine Bearbeitung vor allem in der Form nationaler Sicherheitspolitik (3.2) unternommen. Die Interaktion wird damit in einer spezifischen und folgenreichen Weise hergestellt und Alternativen undenkbar gemacht.

#### 3.1 Klassifikation – Feind Erreger

„Wir befinden uns im Krieg“ – das wird der französische Staatspräsident Emmanuel Macron im März 2020 nicht müde zu betonen. Der chinesische Vizepremier Sun Chunlan sagte bei seinem Besuch in Wuhan, im Kampf gegen Covid-19 dürfe es „keine Deserteure geben, sonst werden sie für immer an die Säule der historischen Schande genagelt“ (zit. n. Heywood 2020). Der ‚Kampf gegen das Virus‘ ist das Credo vieler anderer amtlicher Verlautbarungen, Presseberichte und Kommentare. Die gegenwärtige Notlage macht eine solche Rhetorik des Kampfes extrem plausibel. Oberste Priorität hat die Reduzierung der Infektionszahlen. Alle Anstrengungen richten sich auf die Begrenzung der Ausbreitung, die Zerstörung aller Vorkommnisse des Virus durch Desinfektion, die Entwicklung medizinischer Verfahren zur Störung seiner Replikation.

Verstärkt wird eine solche ausschließliche Fokussierung auf das Virus als Gegner durch eine etablierte Form des Umgangs mit unerwünschten Zukünften, die Adi Ophir als einmal als „catastrophization“ markiert hat (Ophir 2010). Durch das Herangehen an eine Situation ‚im Sinne einer Katastrophe‘ wird vor allem politische Handlungsfähigkeit angesichts einer ungewissen Situation angestrebt. Erreicht wird diese Handlungsfähigkeit durch die Engführung einer komplexen Situation auf ein abgrenzbares, identifizier- und bekämpfbares Objekt. „[C]atastrophization often structures the discourse of governmentality and imposes its focal point of attention.“ (Ophir 2010: 44) Im Falle der Covid-19-Situation ist dieser Fokus der Aufmerksamkeit das Virus. Folgt man dem Gedanken, ist diese Fokussierung womöglich zum erheblichen Teil einer Suche nach politischer Steuerungsfähigkeit geschuldet. Das Virus wird zu einem isolierbaren, feindlichen Gegenüber und damit vermeintlich kontrollierbar, allerdings unter Ausblendung eines biologisch weitaus komplexeren Verhältnisses.

Die Infektion als ein zu bekämpfender Eindringling, als ein äußerlicher Feind, ist dabei ein typisches Raster modernen Denkens. Die Idee der Hygiene selbst ist bereits verknüpft mit dem Gedanken der Ausrottung von übertragbaren Krankheiten. Die Medizinanthropologie arbeitet ferner heraus, dass unsere Vorstellungen von Biologie und Medizin in Form von Viren und Bakterien eng mit der Entwicklung der Technologien verwoben sind, die sie hervorbringt:



„[B]iomedical technologies, particularly those that have emerged over the past century as a result of advances in molecular biology, transform, first of all, ‚what it is to be biological‘ and hence what it is to be human. These formulations are very helpful, and we draw on them to argue that technologies should be understood as both produced through culture and as productive of culture.“ (Lock/Nguyen 2010: 23)

Die Katastrophisierung führt also dazu, dass das Virus als Feind mobilisiert wird. Dadurch geraten andere Erkenntnisse aus der biologischen Forschung aus dem Blick. Forschung zur Mensch-Virus-Interaktion verweist darauf, dass die unbedingte Einordnung von Viren in ein binäres Freund-Feind-Schema erhebliche Verkürzungen mit sich bringt. Die Forschung weist auf die große Zahl an Viren hin, mit denen wir beständig konfrontiert sind, die Mehrheit davon ohne erkennbaren schädlichen Einfluss. „But, in spite of the parasitic nature of viruses, the human virome rarely presents any critical threat to the human organism as the great majority of such viruses target bacteria as their effective hosts.“ (García-López et al. 2019: 374) Als ein Kommunikations- und Distributionsmittel für genetische Informationen sind Viren nicht automatisch eine Gefahr für den Organismus; oftmals ermöglichen sie die Entstehung und Entwicklung von Leben. „[V]iruses are no more ‚germs‘ and ‚enemies‘ than are bacteria or human cells [...] Viruses are sources of evolutionary variation.“ (Margulis 1999: 82). Wie hier mit unterschiedlichen Argumenten dargestellt wird, ist demgegenüber eine Perspektive sachgerecht, welche die gegenseitige Verschränkung von Umfeld, Erreger und Mensch zu verstehen erlaubt. Die Fokussierung auf den Erreger erscheint akut plausibel, resultiert aber in einer problematischen Engführung der möglichen Bearbeitung der Situation. Die feministische Wissenschaftsforschung bietet starke Argumente, biologische und soziale Prozesse als immer schon verbundene, nicht trennbare Geschehen zu verstehen. Viren und Bakterien sind hier, wie viele andere Entitäten, wichtige nicht-menschliche Bestandteile in unseren Beziehungsgefügen. „By taking specific microbial predators as our focus we risk missing the bigger picture“, wie Mark Honigsbaum (2019: 8) zu Beginn seiner historischen Darstellung des US-amerikanischen Umgangs mit unterschiedlichen endemischen Krankheiten warnt.

Auch der zu verteidigende Körper ist in der Vorstellung des ‚Virus als Eindringling‘ in den individuellen Körper nur unzureichend gefasst. Wie Emily Martin in der Auseinandersetzung mit der politischen Bewältigung der Polio-Epidemie und der AIDS-Krise in den USA herausstellt, sollte körperliche Immunität nicht als ein biologisches Faktum verstanden werden. Kulturelle und politische Einflüsse schaffen erst solche mehr oder weniger stark ‚immunen‘ Körper (Martin 1995). „Disease is not just the outcome of a pathogenic microbe infecting a human host but emerges from socio-economic relations, which exacerbate human-animal-microbial interactions.“ (Voelkner 2019: 375) Stephen Hinchliffe und andere verweisen in diesem Sinne darauf, dass sich die Entstehung einer Krankheit zumeist besser über die spezifische Immunkompetenz erklären lässt als durch das bloße Vorhandensein eines Erregers. „Being healthy may not simply mean being free from pathogens, but a matter of immunocompetence; that is, the ability

to live with a variety of other organisms that are always in circulation.“ (Hinchliffe 2013: 538)

Die Isolierung des Erregers als zu bekämpfender Feind abstrahiert zudem von der Tatsache, dass die schnelle globale Zirkulation von Krankheiten konstitutiv mit der expansionistischen Logik der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist, was zahlreiche Arbeiten aus der Mensch-Umwelt-Forschung wie der Wissenschafts- und Technikforschung bereits anhand anderer Zoonosen wie Ebola gezeigt haben (Wallace 2016; Harvey 2020; Heywood 2020). Die exzessive Expansion kapitalistischer Produktion in Ökosysteme und die Ausbreitung monokultureller Plantagenwirtschaft engt die Lebensräume bestimmter Wildtiere ein. Die Intensivierung der Landwirtschaft und insbesondere die Ausweitung der fabrikartigen Tierhaltung erleichtern zugleich Infektion und Mutation von Viren. Zudem sind die Tiere in eine weitreichende globale Warenzirkulation mit hoher Umschlagzeit eingebunden. All das schafft Bedingungen, in denen Zoonosen sehr viel schneller zirkulieren und zu einer globalen Bedrohung werden können (Chuang 2020; Wallace 2016). „Professional outbreak watchers agree that risks of a deadly pandemic are rising. [...] There are many ecological reasons for this.“ (Hirschfeld 2019: 3f.) Exemplarisch nennt Hirschfeld die Freisetzung alter Erreger aus schmelzendem Permafrost, Abholzung, Klimawandel, die Nischenexpansion von Arboviren (von Gliederfüßern übertragene Viren) sowie die Evolution von Antibiotikaresistenzen, die durch einen dauerhaften Einsatz von Medikamenten in der industriellen Landwirtschaft begünstigt werden.

Die lange Auseinandersetzung mit dem Mensch-Natur-Verhältnis hat vor allem auch gezeigt, dass eine dichotome Gegenüberstellung von Mensch und Natur kaum aufrecht zu halten ist (Swyngedouw 2006). Menschen greifen seit jeher in die Natur als vermeintlich unberührte Sphäre ein, zuletzt immer tiefgreifender (siehe z. B. die Anthropozän-Debatte). Die Bedingung für eine Katastrophe ist immer auch eine nicht erfolgte Bewältigung veränderter Umweltbedingungen. Dadurch sind ‚Naturkatastrophen‘ letztlich immer gesellschaftlich mitproduziert. „Viruses mutate all of the time to be sure. But the circumstances in which mutation becomes life-threatening depend on human actions.“ (Harvey 2020)

Um die Interaktion mit dem neuartigen Virus zu verstehen, gilt es vor allem politische Vermittlungen in den Vordergrund zu stellen. Es ist sachgerechter, auf der Ebene der Prozesse die Bedingungen für das katastrophische Erscheinen in den Blick zu nehmen. Das als Ausdruck der Katastrophe isolierte Objekt – hier der Erreger SARS-Cov-II – ist nur eine unzureichende Annäherung an die Problemlage. Die eigentliche Krise, die es nicht erst mit der Isolierung eines neuartigen Erregers zu bewältigen gilt, spielt sich auf der Ebene gesellschaftlich gemachter ökonomischer Verhältnisse beziehungsweise von Mensch-Umwelt-Verhältnissen ab.

Infektionskrankheiten und Seuchenschutz, lange das dominierende Interesse von Tropenmedizin und später der *Global-Health*-Forschung, sind nur ein Aspekt des Krankheitsgeschehens. Entscheidend ist vor allem das Zusammenspiel von Infektionskrankheiten mit der gesundheitlichen Lage vor Ort, insbesondere den Umweltfaktoren und der Situation der sogenannten nicht-übertragbaren Krankheiten wie Übergewicht, Diabetes oder

Unterernährung. Wie stark bestimmte Umwelteinflüsse, Ernährungsweisen oder Einkommensunterschiede letztlich als nicht-übertragbare Krankheiten sichtbar werden, hängt zum Beispiel stark vom Zugang zu gesundheitsfördernden Einrichtungen ab. Bezeichnend hierfür ist zum Beispiel auch die bereits jetzt überproportional festgestellte Zahl von Schwarzen unter den Todesopfern in den USA (Kendi 2020). Zentraler Punkt von Covid-19 ist der Faktor der gegenseitigen Verstärkung einzelner epidemischer Momente. Diese strukturellen gesellschaftlichen Voreinstellungen und ihre zentrale Bedeutung für das Krankheitsgeschehen geraten in der Rhetorik „Wir gegen das Virus“ und der Individualisierung von ‚Risikopatient\*innen‘ allerdings aus dem Blick (Galea 2020).

Wir plädieren dafür, die Interaktion mit dem Virus als *worlding* zu begreifen, das durch spezifische Rahmenbedingungen eingespart ist. „The characteristic microbe of a disease might be a symptom instead of a cause.“ (Honigsbaum 2019: 8) Mit der Thematisierung von SARS-Cov-II als tödlichem Erreger ist notwendigerweise eine Dethematisierung anderer Problematisierungen von Gesundheit und Krankheit verbunden. Die erschütternde Zahl von Toten und die teils unterschiedliche Härte, mit der die verschiedenen Gesellschaften getroffen werden, hängt sehr von den Möglichkeiten der einzelnen Gesundheitssysteme ab, Infektionen zu erkennen und Hilfsbedürftige zu versorgen. Die sozial bedingt unterschiedlichen Formen des Ausgesetztseins werden durch einzelne Vorfälle durchaus immer wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Symptomatisch ist etwa der Fall Tönnies, bei dem sich im Juni 2020 Arbeiter\*innen in prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen in einer Schweineschlachtereier massenhaft infizierten. Gestützt durch die Reduzierung der Situation auf den Kampf jeder Einzelnen gegen das Virus überwiegt gleichwohl immer noch eine Individualisierung des Risikos (Adamczak 2020).

### 3.2 Zurichtung – Gesundheit als nationales Sicherheitsproblem

Die Auffassung der Interaktion mit dem neuartigen Virus in einer Freund-Feind-Dichotomie wird häufig im Nationalstaat als zu schützender ‚Nationalkörper‘ verräumlicht. In enger Verbindung dazu besteht die zweite Voreinstellung einer ‚Logik des Ausbruchs‘ in einer sicherheitspolitischen Bearbeitung des Gesundheitsgeschehens. Philipp Sarasin weist auf die Gefahren einer Vermischung bestimmter medizinischer Konzepte mit handlungsleitenden politischen Metaphern hin:

„If [...] the boundaries of a nation are metaphorically equated with the boundaries of the ‚body politic‘ and protected against all kinds of ‚infections‘, then the threshold between the medical-epidemiological and the metaphorical-political concepts of infection has already been transgressed in a dangerous way.“ (Sarasin 2008: 268)

Der Grund für die zunehmende Dethematisierung einer möglichen global-lokalen Bearbeitungsweise zugunsten von Vorstellungen nationaler Sicherheit liegt in der Entwicklung von *global health* begründet. Mit der Gründung der WHO im Jahr 1946 wurde der „Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes“ als „eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens, ohne

Unterschied der Rasse [sic!], der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung“ (WHO 1946: 1) festgeschrieben. Durch die „Erklärung von Alma-Ata“ (WHO 1978) erhielt das Konzept der primären Gesundheitsversorgung oberste Priorität und mit der „Ottawa-Charta“ wurde „Gesundheit für alle“ (HFA) zu einer Aufgabe der internationalen Gemeinschaft (WHO 1986). Die politische Errungenschaft, medizinische Grundversorgung strukturell als wirksamstes Mittel gegen Seuchen wie auch gegen andere Krankheiten zu fördern, wurde allerdings vor fast 30 Jahren aufgekündigt. Das geschah vor allem auf Betreiben der USA und anderer großer Geberländer durch das faktische Einfrieren der flexibel verfügbaren Mitgliedsbeiträge, um mit freiwilligen Zusatzzahlungen mehr direkten Einfluss auf die Aktivitäten der WHO auszuüben. Bereits vor Covid-19 beklagten Expert\*innen, dass 80 Prozent des Etats der WHO aus privaten Spenden und Stiftungen gespeist wird. Dieses Geld ist in der Regel projektgebunden, und zwar in solchen Vorhaben, die im Vergleich zum strukturellen Ausbau von Gesundheitsinfrastruktur schnelle und prestigeträchtige Erfolge versprechen, wie zum Beispiel die Malaria-Bekämpfung durch die Melinda- und Bill-Gates-Stiftung.

„[D]er Notfallfonds für Epidemien bei der WHO, der nach der Ebola-Krise eingerichtet wurde, und der eigentlich immer mit 100 Mio. Dollar für Notfälle gefüllt sein soll, hat diese Zielmarke aufgrund der spärlichen Beiträge der Mitgliedstaaten in den letzten 5 Jahren fast nie erreicht.“ (Wulf 2020)

Diese Neoliberalisierung und chronische Unterfinanzierung der WHO hat dazu geführt, dass die Logik der Bearbeitung von Epidemien durch medizinische Grundversorgung zugunsten eines Problembearbeitungsmodus von Epidemien als Sicherheitsproblem (Lakoff/Collier 2008) abgelöst wurde. An die Stelle der Verhinderung von Seuchen rückt die Vorstellung, ‚für den unvermeidlichen Ernstfall vorbereitet‘ sein zu müssen, um dann schnell mit Logistik und Infrastruktur reagieren zu können (*preparedness*). Hier kann ein Übergang von einer ‚universellen Logik‘, die Gesundheit als eine grundsätzliche Bedingung der Teilhabe jedes Individuums zu gewährleisten versucht, hin zu einer ‚biopolitischen‘ Logik beobachtet werden, die vor allem nationale Bevölkerungen schützt, indem Infektionsketten unterbrochen oder der ‚Nationalkörper‘ durch das Schließen von Grenzen isoliert werden soll (Lakoff 2017).

Eine auf nationale Sicherheit zielende Bearbeitungsweise von Covid-19 erweckt den Eindruck, man habe es mit einer Reihe nationaler Epidemien zu tun. Fall- und Sterbezahlen, die stets in nationalen Containern präsentiert und geographisch in Karten repräsentiert werden, verstärken diesen Eindruck. Eine stark verräumlichende und containerisierende Logik abstrahiert davon, dass das Virus global zirkuliert und kontextspezifische Antworten braucht. Es handelt sich bei Covid-19 aber um eine globale Pandemie, die vor nationalen Grenzen nicht Halt macht und vor allem gute lokale Strukturen zu ihrer Bearbeitung benötigt. Aber Vorschläge zu globalen wie lokalen Bearbeitungsweisen der Krise bleiben weitgehend ungehört.

Eine solche Setzung und Fixierung von Covid-19 als national zu bearbeitendes ‚Sicherheitsproblem‘ führt dazu, dass andere *worldings*, zum

Beispiel lokal in anderen Teilen der Welt als spezifische Antwort auf andere Epidemien entwickelte lokale wie globale Bearbeitungsweisen, aus dem Blick geraten. Sie sind auch deshalb so wichtig, weil sie die Probleme und Dethematisierungen offenlegen, die eine Setzung und Fixierung als nationales Sicherheitsproblem mit sich bringt. Kaleidoskopartig werden wir diese anderen *worldings* anhand von *Community-Health*-Initiativen an verschiedenen Orten der Welt ablesen, die im Kampf gegen verschiedene Epidemien involviert sind.

Singapur. Bereits im Februar 2020 warnt die singapurische Non-Profit-Organisation „transient workers count too“, Arbeitgeber\*innen könnten die Covid-19-Epidemie in Singapur lostreten, sollten sie nicht damit aufhören, migrantischen Arbeiter\*innen trotz Krankenschein mit Entlassung zu drohen, sofern sie nicht zur Arbeit erschienen (Lloyd C 2020). Obwohl Singapur in einer sehr frühen Phase des Ausbruchs umfassend getestet, Kontakte nachverfolgt und Quarantänen angeordnet hatte, sodass ein Lock-down zunächst nicht nötig war, schossen die Infektionszahlen Anfang März schließlich dramatisch in die Höhe. Das Virus hatte sich in der Tat unter den Wanderarbeiter\*innen aus Bangladesch, Indien und China verbreitet, die räumlich segregiert leben und häufig mit wenig mehr Rechten als einer Arbeitserlaubnis ausgestattet sind (Stack 2020). Nationale, versicherheitslichte Strategien ohne den Einbezug von Menschenrechten und ein Recht auf Gesundheit für alle greifen offenbar zu kurz.

Johannesburg, Südafrika. „Mittelfristig ist Covid-19 (wie auch immer es aussehen mag) ein Argument für die Stärkung der primären Gesundheitssysteme“ (Heywood 2020, siehe z. B. auch Jung/Wulf 2015; Wulf 2020; Jung 2020), kann der südafrikanische Menschenrechtsaktivist Mark Heywood bereits zu Beginn der Covid-19-Krise sagen. Denn seine Aussagen speisen sich aus jahrzehntelangen Erfahrungen im Umgang mit HIV. Die global vernetzte Bearbeitung von HIV durch *Community-Health*-Initiativen von unten zeigt, dass ein Virus nur mit einem Menschenrechtsansatz, der Stigmatisierungen aufgrund von Nationalität, Hautfarbe oder sexueller Orientierung et cetera vermeidet und allen Menschen gleichermaßen Zugang zu Gesundheit ermöglicht, erfolgreich eingedämmt werden kann. Wie wichtig die Vermeidung von Stigmatisierung gerade im Zuge massenhafter Tests ist, zeigt auch der Umgang mit SARS in Hong Kong (Lee et al. 2005) sowie der aktuelle Umgang mit Covid-19 in Südkorea (Chiara 2020).

Freetown, Sierra Leone; Beni und Goma, Kongo. Menschenrechtsaktivist\*innen (Jung/Wulf 2015) und Sozialwissenschaftler\*innen (Morisho et al. 2020; Leach 2020) zeigen, dass Bearbeitungsmodi der Krise nur dann erfolgreich sein können, wenn sie von der lokalen Bevölkerung auch umgesetzt und angewendet werden können. Dieser Umstand führt dazu, dass lokale Bearbeitungsmodi aus der Ebola-Krise, wie die Entwicklung von Strategien, trotz physischer Distanz soziale Nähe leben zu können, nun erfolgreich im Umgang mit Covid-19 eingesetzt werden können. Statt autoritärer Kontrolle ist die gemeinschaftliche Ermächtigung zu Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen wichtig. Abstand kann nur dann gehalten werden, wenn trotzdem Menschen mit dem Lebensnotwendigen versorgt und vor Isolation bewahrt werden können (Leach 2020). „Die Lehre aus Ebola? Gesundheitssysteme gehören in öffentliche Hand, zugänglich für alle Menschen

und unabhängig von ihrem Einkommen. Das ist der einzig zuverlässige und nachhaltige Schutz gegen die Epidemien der Zukunft.“ (Jung 2020)

Die skizzierten globalen und zugleich lokalen Bearbeitungsweisen der Krise stellen alternative *worldings* dar, die im Rahmen von Covid-19 mobilisiert werden können. Sie sichtbar zu machen, erlaubt erstens, aus dem Umgang mit neuartigen Viren zu lernen. Als wissenschaftstheoretische Kategorie erlaubt die Perspektive des *worldings* zweitens zu zeigen, welche Voreinstellungen, welche anderen Ideen die vorherrschende Sicht auf das Covid-19-Geschehen prägen. In diesem Sinne werden wir im Fazit der Frage nachgehen, wie die Einspurung einer ‚Logik des Ausbruchs‘ und ihre problematischen Implikationen mit alternativen Auffassungen konfrontiert werden können und damit die gegenwärtige Unbedingtheit und Zwangsläufigkeit verlieren, ohne die Interaktion mit dem Virus oder die Auswirkungen von Covid-19 zu ignorieren.

#### 4. Für eine solidarische Politik des Lebens

In unserer Analyse haben wir versucht, die Grundannahme einer Kritischen Sozialepidemiologie bezüglich der sozialen Herstellung vermeintlicher biologischer Phänomene mit Hilfe von Argumenten aus Technikphilosophie und Sicherheitsforschung auf die aktuelle Covid-19-Situation zu beziehen. Mit der Kritischen Sozialepidemiologie treten wir auch für die normative Zielperspektive eines grundlegenden Rechts auf Gesundheit ein, verstanden „als Abwesenheit von systematischen Gesundheitsungleichheiten zwischen Gruppen unterschiedlicher sozialer Hierarchien“ (Spiegel et al. 2015: 11). Solche systematischen Ungleichheiten gründen nicht nur in der Verbreitung und Bekämpfung von Viren und Seuchen, sondern bereits in der Art und Weise der Auffassung und Bewältigung einer Krankheit als viraler Bedrohung, dem Ausblenden struktureller Bedingungen et cetera. Da unsere Analyse inmitten der Covid-19-Krise stattfand, ist sie weder abschließend noch vollständig, sondern vermittelt lediglich einen Überblick über prägende Strukturen. Diese sind erstens die populärwissenschaftliche Rahmung von Viren als Feinden, denen der Krieg zu erklären ist. Dieser Kampf sei dann vor allem von Einzelnen zu führen. Damit verbunden ist vor allem eine Dethematisierung von Möglichkeiten, in solidarischen Gemeinschaften ‚mit dem Virus zu leben‘. Zweitens zeigte sich durch die zunehmende Versicherheitlichung von Gesundheitspolitik eine Fokussierung auf nationale Problembearbeitungsmodi. Die Neoliberalisierung der WHO und nationaler Gesundheitssysteme führt dazu, dass der universelle Anspruch der Vermeidung und Heilung von Krankheiten zugunsten eines Managements von Epidemien (*preparedness*) verschoben wird.

Gemeinsam ist den Momenten der von uns beschriebenen ‚Logik des Ausbruchs‘, dass die verbundenen Politiken in Form von medizinischen Handlungsanweisungen oder Versicherheitlichungen letzten Endes liberal autoritär sind. Vor diesem Hintergrund stellt sich eine Frage, die die Medizinanthropologie bereits länger stellt und die im Zuge von „Leben in kapitalistischen Ruinen“ (Tsing 2015) im Anthropozän neue Brisanz erhält: Wie also kann eine demokratische Politik des Lebens aussehen, an der eine kritische und aktivistische Praxis ansetzen kann? Sind „kollektive Praktiken

möglich [...], die tatsächlich zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen und die auch Verhaltensänderungen im großen Maßstab umfassen, ohne gleichzeitig Formen von Zwang und Überwachung auszuweiten?“ (Sotiris 2020: 3) Wie kann „eine alternative Politik des *bios*, die individuelle und kollektive Fürsorge ohne Zwang miteinander verbindet“ (ebd.), wie sie der griechische Philosoph Panagiotis Sotiris fordert, konkret aussehen? Wie können wir das *worlding* epidemischer Krisen kollektiv verhandeln?

*Worlding* bietet „eine Perspektive auf Orte, an denen globales Wissen [...] und Ungerechtigkeiten nicht nur fortgeschrieben, sondern angefochten werden können“ (Biehl 2016: 135; Übers. d. A.). Damit haben wir eine geographische Perspektive vorgestellt, die es in Zukunft ermöglicht, nicht-autoritäre, solidarische, partizipative, allen Menschen verpflichtete Bearbeitungsweisen von Krisen und Praktiken sowie Gesundheitsfürsorge in globaler Perspektive zu erforschen. Eine solche Perspektive verbindet die Idee einer „Biopolitik von unten“ (Sotiris 2020) mit der Idee einer ‚Politik des Lebens von woanders für alle‘, die vor allem an Erfahrungen aus dem globalen Süden anknüpft.

Folgende Fragen für die weitere Forschung lassen sich aus unseren Überlegungen ableiten.

An die Stelle eines Krieges gegen das Virus kann die Frage treten, wie wir mit dem Virus leben können. „Wir alle sind abhängig von unterstützenden Infrastrukturen, von ökonomisch, kulturell, sozial und historisch je spezifischen Netzwerken und Bindungen und von Anerkennungsverhältnissen, die uns im Leben halten“, schreibt die feministische Soziologin Sabine Hark in Bezug auf Covid-19. „Es ist eine Abhängigkeit, die wir nicht übergehen können. Sie ist ein nicht verhandelbarer Umstand unseres Seins als körperliche Wesen. Die Pandemie macht aber auch deutlich, dass wir diese Strukturen der Unterstützung sowie die Netzwerke des Lebens dort, wo sie fehlen, auch und gerade unter der Bedingung ihres Fehlens beziehungsweise ihrer systematischen Verhinderung schaffen müssen.“ (Hark 2020)

An die Stelle einer Logik des Ausbruchs, die auf Sicherheit und *preparedness* setzt, kann die Frage treten, wie eine strukturelle Prävention gestaltet sein kann, die die medizinische Grundversorgung von *communities* in demokratischer Teilhabe sichert. „Die mit dem Globalisierungsprozess entstandenen Gesundheitsrisiken dürfen nicht zur Legitimation einer Politik der kurzfristigen Krisenintervention im Stil quasimilitärischer Operationen mit Luftbrücken, militärischem Sanitätspersonal und Feldlazaretten – begleitet von Wohltätigkeitsveranstaltungen und Katastrophenbildern zum Spendensammeln – dienen.“ (Jung/Wulf 2015: 3) Wie kann das neoliberalisierte Gesundheitssystem global wie lokal wieder in öffentliche Hände gelegt werden (Kreilinger/Zeller 2020)? Denn nur eine Gesundheitsversorgung, die niemanden aufgrund von Nationalität, Hautfarbe oder Geschlecht zurücklässt, wird das Virus erfolgreich bekämpfen.

Hierzu bedarf es erstens „sozialer Strukturpolitiken, die lokales, insbesondere zivilgesellschaftliches, und damit kontextsensibles Wissen sowie auf die Partizipation der Betroffenen ausgerichtete Prozesse der Selbstorganisation zum Ausgangspunkt nehmen“ (Jung/Wulf 2015: 3). Zweitens bedarf es einer weiteren Erforschung des *worldings* von *Community-Health-Initiativen*, die sich in unterschiedlichen Kontexten gegen Covid-19 engagieren, wie z. B. das Polikliniksyndikat, ein Verbund solidarischer Gesundheitszentren in

Deutschland. In ihrem „Aufruf zur Stärkung solidarischer Strukturen in Zeiten der Corona-Pandemie“ (Polikliniksyndikat – Solidarische Gesundheitszentren 2020) fordert es, solidarische Nachbarschaftsstrukturen und soziale und soziokulturelle Träger finanziell zu unterstützen, damit alle Menschen ungeachtet von sozioökonomischem Status, Alter oder Herkunft so versorgt werden können, dass sie sich gemeinsam aktiv und effektiv gegen das Virus schützen können. Aufgabe eines solidarischen Gesundheitswesens ist die gemeinschaftliche Entwicklung von Strategien, die es allen Menschen ermöglichen, das Netz des Lebens sicher, würdevoll und aus physischer Distanz zu pflegen, ohne jemanden zurückzulassen (#leavonoonebehind). Diese Maßnahmen dienen der Verlangsamung der Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus und der Herstellung sozialer Gerechtigkeit in gleichem Maße.

„Aus einer solchen Perspektive würden die Entscheidungen für Bewegungseinschränkungen und soziale Distanzierung während einer Epidemie [...] demokratisch diskutiert und kollektiv gefällt. Das bedeutet, dass wir von einer Haltung der bloßen Disziplin zur Verantwortung übergehen, in Bezug auf andere und dann auf uns selbst, und von einer Aussetzung der Sozialität zu ihrer bewussten Transformation. In einem solchen Zustand bewegen wir uns von einer permanenten individualisierten Angst, in der jeglicher sozialer Zusammenhalt zerbrechen kann, zu einer Idee kollektiver Anstrengung, Koordination und Solidarität in einem gemeinsamen Kampf.“ (Sotiris 2020: 3)

Anstatt die erfolgreiche Bekämpfung von Covid-19 in anderen Teilen der Welt als „zivilisatorische Kränkung“ aufzufassen (Siemons 2020), bietet es sich hier an, aus anderen Teilen der Welt, die bereits konkrete Erfahrungen im Umgang mit Epidemien gemacht haben, zu lernen. Eine Geographie und Kritische Sozialepidemiologie, die die Vielfältigkeit der *worldings* von *global health* aufzeigen, können hier einen Anfang bilden.

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Universität Münster gefördert.*

## Endnoten

- [1] Wir danken den Teilnehmer\*innen der Gedankenräume in Münster und dem KuSo-Forum in Berlin sehr herzlich für das wertvolle Feedback zu diesem Artikel. Ein Teil der diesem Artikel zugrundeliegenden Überlegungen stammen aus dem Projekt „Worlding Medicine“, das zwischen 2018 und 2021 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird (Projektnummer 392750976). Die Projektleiterin dankt der DFG sehr herzlich für die Unterstützung des Projekts sowie projektbegleitender Workshops, die die Kooperation für den vorliegenden Artikel ermöglicht haben.

## Autor\_innen

Henning Füller setzt sich in seiner Forschung mit dem Verhältnis von Macht, Raum und Technik auseinander, zuletzt am Gegenstand Public Health und Infektionskontrolle.  
henning.fueller@geo.hu-berlin.de



Iris Dzudzek ist Humangeographin und arbeitet zu Fragen von Macht und Wissen im Spannungsfeld von Globalisierung, Stadt und Gesundheit.  
iris.dzudzek@uni-muenster.de

## Literatur

- Adamczak, Bini (2020): Von Menschen, Fledermäusen und Göttern. Das Virus verbindet – und trennt. Kritik an der Individualisierung von Risiko. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1139276.corona-und-soziale-folgen-von-menschen-fledermaeusen-und-goettern.html> (letzter Zugriff am 3.8.2020).
- Beisel, Uli / Glasman, Joël / Ouma, Stefan (2020): Genesene Menschen als Ressource? Gastbeitrag. <https://www.fr.de/wissen/genesene-menschen-ressource-13747157.html> (letzter Zugriff am 1.5.2020).
- Berkman, Lisa F. / Kawachi, Ichiro / Glymour, Maria M. (2014): *Social Epidemiology*. Oxford: Oxford University Press.
- Biehl, Joao (2016): Theorizing global health. In: *Medicine Anthropology Theory. An open-access journal in the anthropology of health, illness, and medicine* 3/2, 127-142.
- Breilh, Jaime (2008): Latin American critical („Social“) epidemiology: new settings for an old dream. In: *International Journal of Epidemiology* 37/4, 745-750.
- Chuǎng (2020): Soziale Ansteckung. Mikrobiologischer Klassenkampf in China. In: a & k 658. <https://www.akweb.de/politik/soziale-ansteckung/> (letzter Zugriff am 25.10.2020).
- Connolly, Creighton / Ali, Harris / Keil, Roger (2020): The Urbanization of COVID-19. <https://urbanpolitical.podigee.io/16-covid19> (letzter Zugriff am 14.3.2020).
- Descola, Philippe (2010): Cognition, Perception and Worlding. In: *Interdisciplinary Science Reviews* 35/3-4, 334-340.
- van Dyk, Silke / Graefe, Stefanie / Haubner, Tine (2020): Das Überleben der „Anderen“: Alter in der Pandemie. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5, 33-36.
- Dzudzek, Iris / Strüver, Anke (2020): Urbane Gesundheitsgerechtigkeit. Öko-sozial-epidemiologische Forschungsperspektiven für eine Kritische Stadtgeographie verkörperter Ungleichheiten. In: *Geographische Zeitschrift*, online first. DOI 10.25162/gz-2020-0005.
- Frey, Regina (2020): Corona und Gender – ein geschlechtsbezogener Blick auf die Pandemie und ihre (möglichen) Folgen. [https://www.gender.de/cms-gender/wp-content/uploads/gender\\_corona.pdf](https://www.gender.de/cms-gender/wp-content/uploads/gender_corona.pdf) (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Galea, Sandro (2020): The Poor and Marginalized Will Be the Hardest Hit by Coronavirus. <https://blogs.scientificamerican.com/observations/the-poor-and-marginalized-will-be-the-hardest-hit-by-coronavirus> (letzter Zugriff am 15.9.2020).
- García-López, Rodrigo / Pérez-Brocal, Vicente / Moya, Andrés (2019): Beyond cells – The virome in the human holobiont. In: *Microbial Cell* 6/9, 373-396.
- Hannah, Matthew G. / Hutta, Jan Simon / Schemann, Christoph (2020): Thinking Through Covid-19 Responses with Foucault – An Initial Overview. <https://antipodeonline.org/2020/05/05/thinking-through-covid-19-responses-with-foucault/> (letzter Zugriff am 3.5.2020).
- Haraway, Donna (2003): *The Companion Species Manifesto: Dogs, People and Significant Otherness*. Boulder/London: Paradigm.
- Hark, Sabine (2020): Die Netzwerke des Lebens. In: *Frankfurter Rundschau*, 3.4.2020.
- Harvey, David (2020): Anti-Capitalist Politics in the Time of COVID-19. <http://david-harvey.org/2020/03/anti-capitalist-politics-in-the-time-of-covid-19/> (letzter Zugriff am 22.3.2020).
- Heywood, Mark (2020): Die autoritäre Versuchung. *medico international*. <https://www.medico.de/die-autoritaere-versuchung-17665/> (letzter Zugriff am 24.4.2020).
- Hinchliffe, Steve / Allen, John / Lavau, Stephanie / Bingham, Nick / Carter, Simon (2013): Biosecurity and the topologies of infected life. From borderlines to borderlands. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38/4, 531-543.
- Hirschfeld, Katherine (2019): Microbial insurgency: Theorizing global health in the Anthropocene. In: *The Anthropocene Review* 7/1, 3-18.
- Holder, Sarah (2020): What Cities Are Doing to Stall Evictions and Foreclosures. <https://www.citylab.com/equity/2020/03/covid-19-housing-security-eviction-utility-shut-off-mortgage/607951/> (letzter Zugriff am 23.3.2020).

- Honigsbaum, Mark (2019): *The Pandemic Century*. London/New York: W. W. Norton.
- Jung, Anne (2020): Von Ebola lernen – global handeln. <https://www.medico.de/blog/global-handeln-17690/> (letzter Zugriff am 22.5.2020).
- Jung, Anne / Wulf, Andreas (2015): Terrorismus der Armut. In: *iz3w* 347, 18-20.
- Kendi, Ibram X. (2020): What the Racial Data Show. <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/04/coronavirus-exposing-our-racial-divides/609526/> (letzter Zugriff am 7.4.2020).
- Kirby, Tony (2020): Evidence mounts on the disproportionate effect of COVID-19 on ethnic minorities. In: *The Lancet Respiratory Medicine* 8/6, 547-548.
- Kreilinger, Verena / Zeller, Christian (2020): Corona-Pandemie – eine historische Wende. Aufbruch für ökosozialistische Alternative. <http://www.oekosoz.org/2020/03/corona-pandemie-eine-historische-wende/> (letzter Zugriff am 22.5.2020).
- Krieger, Nancy (2001): Theories for social epidemiology in the 21st century: an ecosocial perspective. In: *International Journal of Epidemiology* 30/4, 668-677.
- Krüger, Fred / Geiselhart, Klaus (2020): Das Corona-Virus und die Politische Ökologie von Gesundheit. <https://www.geographie.nat.fau.de/das-corona-virus-und-die-politische-oekologie-von-gesundheit/> (letzter Zugriff am 15.5.2020).
- Lakoff, Andrew (2017): *Unprepared. Global Health in a time of emergency*. Oakland: University of California Press.
- Lakoff, Andrew / Collier, Stephen J. (2008): *Biosecurity Interventions*. New York: Columbia University Press.
- Lancione, Michele / Simone, AbdouMaliq (2020): Bio-austerity and Solidarity in the Covid-19 Space of Emergency – Episode One. <https://www.societyandspace.org/articles/bio-austerity-and-solidarity-in-the-covid-19-space-of-emergency> (letzter Zugriff am 17.4.2020).
- Leach, Melissa (2020): Echoes of Ebola: social and political warnings for the COVID-19 response in African settings. <http://somatosphere.net/forumpost/echoes-of-ebola/> (letzter Zugriff am 25.10.2020).
- Lee, Sing / Chan, Lydia Y. Y. / Chau, Annie M. Y. / Kwok, Kathleen P. S. / Kleinman, Arthur (2005): The experience of SARS-related stigma at Amoy Gardens. In: *Social Science & Medicine* 61/9, 2038-2046.
- Lloyd C (2020): How employers can kickstart an epidemic. <http://twc2.org.sg/2020/03/01/how-employers-can-kickstart-an-epidemic/> (letzter Zugriff am 1.5.2020).
- Lock, Margaret M. / Nguyen, Vinh-Kim (2010): *An anthropology of biomedicine*. London: Wiley-Blackwell.
- Lynteris, Christos (2020): *Human Extinction and the Pandemic Imaginary*. London: Routledge.
- MacPhail, Theresa (2010): A Predictable Unpredictability. The 2009 H1N1 pandemic and the concept of strategic uncertainty within global public health. In: *Behemoth* 1/3, 5-77.
- Margulis, Lynn (1999): *Symbiotic Planet: A New Look at Evolution*. London: Phoenix.
- Martin, Emily (1995): *Flexible Bodies: Tracking Immunity in American Culture from the Days of Polio to the Age of AIDS*. Boston: Beacon.
- McFarlane, Colin (2020): The urban poor have been hit hard by coronavirus. We must ask who cities are designed to serve. <https://theconversation.com/the-urban-poor-have-been-hit-hard-by-coronavirus-we-must-ask-who-cities-are-designed-to-serve-138707> (letzter Zugriff am 8.6.2020).
- Mol, Annemarie (2008): *The Logic of Care: Health and the Problem of Patient Choice*. London: Routledge.
- Morisho, Nene / Kalubi, Josepha / Park, Sung-Joon / Doevenspeck, Martin (2020): Same but Different? A Comparison of Ebola Virus Disease and Covid-19 After the Ebola Epidemic in Eastern DRC (2018-20). <https://africanarguments.org/2020/04/24/same-but-different-a-comparison-of-ebola-virus-disease-and-covid-19-after-the-ebola-epidemic-in-eastern-drc-2018-20/> (letzter Zugriff am 22.5.2020).
- Neely, A. / Lopez, Patricia (2020): Care in Time of Covid-19. <https://antipodeonline.org/2020/03/10/care-in-the-time-of-covid-19/> (letzter Zugriff am 1.6.2020).
- Ophir, Adi (2010): The Politics of Catastrophization: Emergency and Exception. In: Didier Fassin / Mariella Pandolfi (Hg.), *Contemporary states of emergency*. New York: Zone Books, 40-61.
- Penny, Laurie (2020): Panic, Pandemic, and the Body Politic. <https://www.wired.com/story/what-coronavirus-pandemic-says-about-society/> (letzter Zugriff am 24.4.2020).

- Polikliniksyndikat – Solidarische Gesundheitszentren (2020): Aufruf zur Stärkung solidarischer Strukturen in Zeiten der Corona-Pandemie. <http://polikliniki.org/news/2020-04-03/aufruf-zur-staerkung-solidarischer-strukturen-zeiten-der-corona-pandemie> (letzter Zugriff am 22.5.2020).
- Reckwitz, Andreas (2020): Verblendet vom Augenblick. In: *Die Zeit*, 10.6.2020.
- Sarasin, Philipp (2008): Vapors, Viruses, Resistance(se): The Trace of Infection in the Work of Michel Foucault. In: Roger Keil / Syed Ali Harris (Hg.), *Networked Disease*. Hoboken: Wiley-Blackwell, 267-280.
- Siemons, Mark (2020): Corona und der Westen: Die zivilisatorische Kränkung. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/corona-und-der-westen-die-zivilisatorische-kranfung-16700907.html> (letzter Zugriff am 22.5.2020).
- Snowden, Frank M. (2019): *Epidemics and Society*. New Haven: Yale University Press.
- Sotiris, Panagiotis (2020): Ist eine demokratische Biopolitik möglich? In: *LuXemburg Online*.
- Spiegel, Jerry M. / Breilh, Jaime / Yassi, Annalee (2015): Why language matters: insights and challenges in applying a social determination of health approach in a North-South collaborative research program. In: *Globalization and Health* 11/1, 1-17.
- Stack, Megan K. (2020): A Sudden Coronavirus Surge Brought Out Singapore's Dark Side. <https://www.nytimes.com/2020/05/20/magazine/singapore-coronavirus.html> (letzter Zugriff am 21.5.2020).
- Swyngedouw, Erik (2006): Metabolic urbanization: The making of cyborg cities. In: Nikolas Heynen / Maria Kaika (Hg.), *In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism*. London: Routledge, 21-40.
- Tsing, Anna Lowenhaupt (2015): *The Mushroom at the End of the World*. Princeton: Princeton University Press.
- Voelkner, Nadine (2019): Riding the Shi: From Infection Barriers to the Microbial City. In: *International Political Sociology* 13/4, 375-391.
- Wagner, Peter (2020): Wissen, um rechtzeitig angemessen zu handeln. <https://soziopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/wissen-um-rechtzeitig-angemessen-zu-handeln/> (letzter Zugriff am 7.5.2020).
- Wallace, Robert G. (2016): *Big Farms Make Big Flu. Dispatches on Infectious Disease, Agribusiness and the Nature of Science*. New York: Monthly Review Press.
- WHO (1946): *Constitution of the World Health Organisation*. New York: World Health Organization.
- WHO (1978): *Declaration of Alma-Ata: International Conference on Primary Health Care, Alma-Ata, USSR, 6.-12. September 1978*. Alma-Ata: World Health Organization.
- WHO (1986): *Ottawa Charter for Health Promotion*. Ottawa: World Health Organization.
- Wulf, Andreas (2020): Corona-Virus – Quarantäne mit Augenmaß? <https://www.medico.de/blog/quarantaene-mit-augenmass-17650/> (letzter Zugriff am 22.5.2020).



# Wenn dies keine urbane Krise ist, was dann?

Sanjana Krishnan  
Rahul Jambhulkar

## Herstellung des Kontexts

Indische Städte sind nicht nur soziokulturell divers, sondern auch politisch-ökologisch sehr verschieden. Ähnlichen Problemlagen in allen größeren Metropolen des Landes weisen jedoch auf allgemeine Herausforderungen und Krisen hin, die diese Städte durchmachen. Städtische Armut, überfüllte Wohnverhältnisse, Obdachlosigkeit, unzureichende sanitäre Versorgung, Siedlungen ohne Rechtsstatus, Umweltzerstörung, Abfallbeseitigung und Arbeitslosigkeit – die Liste der Probleme ist lang und jedes Einzelne von ihnen müsste individuell untersucht werden. All diese Probleme wirken zunächst recht einfach in ihrer Art; sie wirklich zu begreifen und Lösungen zu entwickeln, ist jedoch komplex. Die Komplexität liegt in der Verflechtung dieser Probleme. Beim Entwurf von Entwicklungsplänen neigen die Stadtverwaltungen dazu, ihrer Lösung viel Aufmerksamkeit und viele Ressourcen zu widmen. Allerdings verlaufen systematisch organisierte Stadtentwicklungspläne wegen des fehlenden politischen Willens und einer verworrenen Bürokratie oftmals im Sande. Infolgedessen verläuft das Wachstum indischer Städte nach wie vor ‚ungeplant‘, ‚unkontrolliert‘ und ‚unreguliert‘. Migrant\_innen in der Stadt gehören überwiegend zu Gruppen niedrigerer Kasten wie der *scheduled castes*, *scheduled tribes* und *other backward castes*. Obwohl sie zahlenmäßig die größte Gruppe in der Stadt ausmachen, bleiben sie auf der Hauptbühne der Stadtpolitik unsichtbar. Der ausgrenzende und ungleiche Charakter der Politik in der Stadt trägt neben den strategischen Nachteilen der städtischen Armen zu ihrer Unsichtbarkeit bei (Vora/Palshikar 2003). Daher ist die Situation der städtischen Armen, inklusive der Migrant\_innen, von „begrenzter Inklusion und substanzieller Exklusion“ (ebd., Übersetzungen der Originalzitate durch die *Übersetzerin des Beitrags*) geprägt.

Mit den jährlichen saisonalen Veränderungen vervielfachen sich die bestehenden Probleme in der Stadt. So kommt während des Monsuns nicht nur ganz Mumbai (ehemals Bombay) zum Erliegen, sondern Slumbewohner\_innen, Obdachlose und Migrant\_innen leben zudem unter ‚unvorstellbaren‘

Bedingungen. Dasselbe geschieht während des Monsuns in den Städten Bengaluru (ehemals Bangalore) und Kolkata (ehemals Kalkutta). Delhi leidet besonders unter Luft- und Wasserverschmutzung, verursacht durch einen riesigen Industriekomplex. Alle Großstädte Indiens sehen sich mit der Herausforderung der wachsenden Bevölkerungszahl konfrontiert, was zu zahlreichen anderen Problemen wie Verkehrsstaus, Raumverdichtung und zunehmenden Hausbesetzungen führt.

Indische Städte stehen heute aus verschiedenen Gründen im Fokus der Aufmerksamkeit – etwa steigende COVID-19-Fallzahlen und die Notlage von Wanderarbeitskräften. Letztere haben zu der Fülle der bereits bestehenden Probleme in den Städten beigetragen. Webportale und Zeitungen werden von den Geschichten gestrandeter und hungriger Migrant\_innen überschwemmt, die inmitten des landesweiten Lockdowns die Rückkehr in ihre Heimat wagen. Die indische Vorstellung eines Lockdowns ist nicht mit der europäischen vergleichbar, in der der Fernverkehr und der staatliche öffentliche Nahverkehr mit reduzierter Frequenz funktionierten und Bewegungen innerhalb der Stadt mit vernünftigen Einschränkungen erlaubt waren. Die indische Regierung hatte angeordnet, den Lockdown als ‚vollständigen Shutdown‘ zu befolgen, mit Ausnahme der systemrelevanten Dienste[1]; diese Dienste umfassten nicht den öffentlichen Nahverkehr in der Stadt und die Fernzüge, die die verschiedenen Landesteile miteinander verbinden. Das trug zur Gefährdung der in der Stadt arbeitenden Migrant\_innen bei, die verzweifelt in ihre Heimatgebiete zurückkehren wollten.

Wie kam es zu dieser Lage? Viele würden argumentieren, diese sei aufgrund des Verlusts der Lebensgrundlage ‚persönlicher‘ Natur, doch in Wirklichkeit ist sie ‚systemisch‘. Des Weiteren lässt sich in Bezug auf die aktuelle Pandemie beobachten, dass die Städte für den Staat und die Zentralregierung zu einer Quelle großer Besorgnis geworden sind, da Indiens wichtigste Metropolen – Mumbai, Delhi, Thane, Chennai und Ahmedabad – für die Hälfte der landesweiten COVID-19-Infektionen und damit im Zusammenhang stehenden Todesfälle verantwortlich sind (Economic Times Bureau 2020), was COVID-19 zu einer urbanen Krise macht. Sollten die Städte die Pandemie aufgrund ihrer ‚effektiven modernen‘ Wirtschafts- und Gesundheitsinfrastruktur und ihres verfügbaren Expert\_innennetzwerks auf dem betreffenden Gebiet im Gegensatz zu den Kleinstädten und Dörfern nicht effizient bekämpfen können? Um die urbane Krise inmitten der Pandemie zu verstehen, muss man sich näher mit der Metamorphose der Stadt beschäftigen. Hier wird ein Fall aus Mumbai diskutiert, um das Geheimnis der Flucht der Migrant\_innen zu ergründen.

### **Urbs Prima In Indis[2]: Mumbai**

Die Hungersnöte[3] 1896[4] und 1899 in Mumbai waren vielleicht das erste Anzeichen dafür, was schiefgehen kann, wenn die Bedürfnisse einer expandierenden Stadt verkannt werden, und welche Auswirkungen das auf die Bevölkerung, insbesondere auf die Armen, haben kann. Die Corona-Krise und das Chaos, das sie im Stadtleben von Mumbai angerichtet hat, sind Ausdruck dieses jahrhundertealten Problems der Stadtplanung (Bhan 2016). Ganz Indien wurde am 24. März 2020 heruntergefahren. Das Land wurde

abgeriegelt, die Menschen saßen in der Falle, wo immer sie sich gerade befanden, der öffentliche Personenverkehr kam zum Erliegen und die Brutalität der Polizei manifestierte sich an denjenigen, die ausstiegen. Neben der Angst vor dem Virus hatten die Armen auch Angst vor dem autoritären Regime. Vor allem Mumbai ist nach wie vor stark betroffen, da die Zahl der Infektionen und Todesfälle zunahm und die öffentlichen Gesundheitssysteme und die Infrastruktur zur Bewältigung der Krise schwach waren.

Die Stadtlandschaft des heutigen Mumbais beherbergt zugleich die mächtigsten und die verletzlichsten Bürger\_innen Indiens. Mehr als die Hälfte der Einwohner\_innen leben derzeit in Slums, auf Bürgersteigen, unter Brücken oder auf Bahnsteigen. Mumbai beherbergt eine beträchtliche Anzahl obdachloser[5] Gruppen, die zu den verwundbarsten Bewohner\_innen der Stadt gehören. Seit der Kolonialzeit bis nach der Unabhängigkeit hat es in der Stadt stets Obdachlosigkeit gegeben – jede Epoche ist durch eine andere Reihe von Verhandlungen und Prozessen gekennzeichnet, die zur Entstehung und Aufrechterhaltung von Obdachlosigkeit führten. Was Mumbai heute von den übrigen Großstädten Indiens unterscheidet, ist, dass es keine indigene indische Stadt ist. Um Mumbai zu verstehen, konzentrieren sich die meisten Diskussionen auf kurzfristige Lesarten der Stadt und nicht auf ihre historischen Rhythmen. Um die Stadt und ihre Bewohner\_innen wirklich zu verstehen, müssen entsprechende Studien die umfassenden Veränderungen anerkennen und diskutieren, die Mumbai in den Jahrzehnten nach seiner Gründung erlebt hat. Die soziale und politische Verantwortung des Umgangs mit den Bevölkerungsfluktuationen in Mumbai ist ein Thema, das von den politischen Parteien immer wieder beiseitegeschoben wurde. Die Weigerung, sich damit auseinander zu setzen, hat die Probleme von Mumbai und die Bedeutung der Stadt für die verschiedenen hier ansässigen Gemeinschaften und Einzelpersonen kontinuierlich verwischt. Planer\_innen sehen die Stadt als urbane Agglomeration, nunmehr „Mumbai Metropolitan Region“ genannt, die 4.355 Quadratkilometer, acht Stadtverwaltungen, neun Stadträte und mehr als 1.000 Dörfer umfasst[6], wobei die Bevölkerung der Region mehr als 20 Millionen beträgt (Census 2011). Die Regierung und Verwaltung ist auf drei politische Organe aufgeteilt: die Municipal Corporation of Greater Mumbai (MCGM), den Staat Maharashtra und die indische Regierung. So wird zum Beispiel die Eisenbahn in Mumbai vom Indian Railways Board der indischen Regierung verwaltet. Der Staat verwaltet unter anderem die Bodenpolitik, die Unterbringung der städtischen Armen, die Sanierung der Slums und ist zuständig für Recht und Ordnung (durch das Innenministerium). Die MCGM verwaltet die Wasserversorgung, die Kanalisation, das öffentliche Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Elektrizität, um nur einige Bereiche zu nennen.

Die Tatsache, dass Mumbai eine riesige städtische Armenbevölkerung beherbergt, bei der es sich zudem größtenteils um Migrant\_innen aus ganz Indien handelt, hat die Massenmigration dieser Gruppen in ihre Herkunftsregionen in die Nachrichten gebracht, da die Stadt ihnen während der Monate des Lockdowns keine finanzielle Hilfe leisten konnte. Was daran erstaunt, ist, dass Indiens erste Stadt, hochentwickelt und von weltweiter Bedeutung, die Hälfte ihrer Bevölkerung nicht unterstützen kann und keinen Platz für sie hat. Wie kommt es, dass die indische Stadt so fragil ist? Oder ist sie womöglich genau so konstruiert worden?

## Wanderarbeitskräfte und die Stadt

Mumbai hat eine lange Geschichte der Migration, schon seit der Zeit vor der Stadtgründung 1888. Jede migrantische Gruppe hat zum Wachstum der Stadt beigetragen, von den reichen Parsen aus Gujarat bis hin zu den Handwerkern oder Facharbeiter\_innen aus dem ländlichen Maharashtra und Uttar Pradesh; letztere sind extrem verwundbar und in erster Linie um Mindestlöhne bemüht, die sie und ihre Familie am Leben erhalten. Beide wirtschaftlichen Gruppen leben seit Langem in der Stadtlandschaft Mumbais zusammen.

Das geographische Merkmal der Uneinheitlichkeit von Mumbai wurde erstmals von M. D. David (1993) in seiner Marathi-Monographie mit dem Titel *Aik Mumbai tuzhi kahani* (Listen Mumbai, Your Story) dargestellt. Ihm zufolge hatten die Briten zahlreiche Festungen gebaut, um sich vor Angriffen ihrer Feinde und auch vor lokalen Banditen zu schützen. Die Forts waren nicht nur ein Raum für Verwaltungsarbeit, sondern enthielten auch britische Wohnkolonien. Niemand außer den Briten durfte in den Forts wohnen – es war also *Goryanchi*-Mumbai (das ‚Mumbai der Weißen‘). Außerhalb des Forts existierten die Kolonien der Einheimischen, was sie zu *Kalanchi*-Mumbai (‚Mumbai der Schwarzen‘) machte. Die koloniale Stadtlandschaft aus Weiß und Schwarz hat in der postkolonialen Stadt neue Paradoxien ausgebildet. Die eine Seite der Landschaft glitzert mit Hochhaustürmen und geschlossenen Wohnanlagen; auf der anderen Seite leben Slumbewohner\_innen, Gehwegbewohner\_innen und Obdachlose. Eine hohe Zahl an Wanderarbeitskräften ist aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, in die komplexe rechtliche Struktur der Wohnverhältnisse in der Stadt Eingang zu finden; Hauptgründe dafür sind die Erschwinglichkeit und das Fehlen geeigneter Dokumente. Sie wohnen in der Regel in zugänglichen öffentlichen Räumen wie auf Bürgersteigen, an Straßenrändern und Bahnhöfen, in Bushaltestellen und an ihren Arbeitsplätzen (Jha/Kumar 2016). Wer mit der Komplexität des Wohnungsmarktes in der Stadt zurechtkommt, wohnt schließlich im weiten Netz der Slumsiedlungen. Die Stadtlandschaft zeichnet sich durch mangelnde Hygiene und Sanitäreinrichtungen, verdichtetes Wohnen (in den Slums), schlechte Wohnverhältnisse sowie Mangel an Trinkwasser und anderen wesentlichen Einrichtungen aus (Speak/Tipple 2006). Derlei Umstände sind auf die ungleiche Struktur der Stadt zurückzuführen, die die Schaffung von Slums zum Wohnen fördert und die Migrant\_innen mit andauernden Räumungsdrohungen in den öffentlichen Raum drängt. Seit der Unabhängigkeit Indiens (1947) bestehen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Mumbais aus Migrant\_innen aus dem ganzen Land. Nach den Daten der letzten abgeschlossenen Volkszählung (2011) leben 41 Prozent der Bevölkerung in den Slums von Mumbai und mehr als 400.000 sind obdachlos, ohne dass die Regierung ihnen Unterkünfte zur Verfügung stellt (Tatke 2013; Nair 2015; Shetty 2017).

Die städtischen Armen, darunter Migrant\_innen, benötigen einen konstanten Cashflow, da ihr Leben täglich von Bartransaktionen abhängt, um für Einrichtungen wie öffentliche Toiletten, Wasser, Nahrung, Gesundheitsdienste, den öffentlichen Nahverkehr, Miete etc. bezahlen zu können. Bhan (2020) argumentiert, die aktuelle Pandemie habe bewiesen, dass



die Migrant\_innen nur kurzfristig (nicht mehr als 15 Tage) widerstandsfähig sind. Die einzigartige Beziehung zwischen Armut, Infrastruktur und Dienstleistungen sei der Grund dafür. Arme in den Städten brauchen Bargeld in der Hand, um Zugang zur „Infrastruktur für das tägliche Überleben“ (Bhan 2020) zu erhalten. Diese Infrastruktur ist laut Bhan nicht nur von „unsicherer Qualität und Legalität“ (ebd.), sondern für die Armen auch „teuer“ (ebd.). In Ermangelung von Bargeld haben die Armen eine Überlebensstrategie. Diese Strategie ist durch das System des ‚Kredits‘ gekennzeichnet. Der Lockdown hat diesen Bewältigungsmechanismus zerstört und so zahlreiche Gefährdungen verursacht. Angesichts der fehlenden Barmittel und der mangelhaften sozialen Infrastruktur blieb den Migrant\_innen nichts anderes übrig, als aus den Städten zu ‚fliehen‘.

Eine vergleichende Studie der Lebensbedingungen in Slums dreier Metropolen, Mumbai, Delhi und Kolkata (Bag et al. 2016), präsentiert schockierende Erkenntnisse zur materiellen Lage der Armen in den Slums. Die hohe Dichte, das Fehlen von angemessenen Wohnungen, die Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt, niedrige Einkommen und die Abhängigkeit von öffentlichen Gesundheits- und Sanitärsystemen lassen eine Vorstellung vom Elend der städtischen Armen und obdachlosen Migrant\_innen während des durch die Pandemie verursachten Lockdowns erahnen. In der aktuellen urbanen Krise scheinen die Migrant\_innen vergessen worden zu sein, obwohl sie für die Wirtschaft der Stadt ‚unverzichtbar‘ sind, da sie billige arbeitsintensive und ungelernete Tätigkeiten übernehmen. 1,2 Millionen Menschen, etwas weniger als zehn Prozent der migrantischen Bevölkerung, verdienen 20 Rupien (etwa 15-20 Cent) täglich und 591 Rupien (etwa 6,80 Euro) monatlich. Migrant\_innen haben zur Entstehung der Stadt beigetragen, ihr Wachstum gefördert, ihren wirtschaftlichen Motor beschleunigt. Womit wurden sie dafür belohnt? Mit der Flucht!

### **Politische Reaktion auf die Migrant\_innen**

Als der Lockdown Phase um Phase ausgedehnt wurde, ließen die leeren Taschen und Mägen der Migrant\_innen diese am Boden zerstört zurück und zwangen sie dazu, extreme Schritte zu unternehmen. Diese Schritte bestanden darin, dass sie sich zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit jedwedem privaten Verkehrsmittel, das ihnen zur Verfügung stand (Güter- und Lastwagen mit lebenswichtigen Waren), auf den Weg in ihre Heimatdörfer machten. Gruppen von Migrant\_innen wurden gesehen, wie sie die nationalen und staatlichen Autobahnen des Landes entlangliefen. Einige begannen ihre Reise allein, einige mit Familien und einige mit Gruppen von Freunden. Das Wort ‚Abstand‘ blieb während ihrer Quarantäne und beim Laufen auf der Straße eine reine Theorie.

Es dauerte 40 Tage, bis die Regierung auch nur anerkannte, dass die Migrant\_innen aufgrund des Lockdowns litten. Am Tag der Arbeit, dem 1. Mai 2020, kündigte das Eisenbahnministerium *Shramik*-(Arbeits-)Sonderzüge für gestrandete Migrant\_innen an (Bhargava 2020). Die Züge verkehrten auf ausgewählten Strecken, wurden aber auch auf andere Strecken ausgeweitet, und auch die Anzahl der Züge wurde erhöht. Die Gefahr, dass Züge auf falschen Routen verkehrten und Migrant\_innen auf der einwöchigen Reise in

ihre Heimat ohne Nahrung und Wasser starben, beruhte auf einer weiteren schwerwiegenden Fehlkalkulation der Regierung. Gleichwohl wurde berichtet, dass viele von ihnen zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs waren; viele von ihnen wurden verhaftet[7] wegen der „Verletzung von Lockdown-Gesetzen, nachdem sie an zwischenstaatlichen Grenzen, in Wäldern zwischen Staaten und sogar auf Booten zur Überquerung von Flüssen erwischt worden waren“ (Babu et al. 2020). Einigen gelang es, ihr Ziel zu erreichen, während andere an Hunger und Erschöpfung (Elsa 2020) oder bei Straßenunfällen starben (Warsi 2020). Am 8. Mai 2020 sorgte die Nachricht von 16 von einem leeren Güterzug getöteten Migrant\_innen im Bundesstaat Maharashtra für einen weiteren Schock (Siddique 2020). Seitdem wurde in den Medien täglich über Todesfälle von Wanderarbeiter\_innen berichtet (Chatterji 2020).

Riesige Gruppen Migrant\_innen machten sich auf den Weg, um von Mumbai aus an ihren Heimatort zurückzukehren. Die unabhängige Journalistin Barkha Dutt (2020) folgte einigen von ihnen auf ihrer Heimreise – die sie zu nächtlicher Zeit unternahm, um Erschöpfung durch die sengende Hitze tagsüber zu vermeiden. Gefragt, warum sie nicht mit Zügen oder Bussen reisten, wiesen sie in ihren Antworten auf die Probleme der für gestrandete Migrant\_innen vorgesehenen Verkehrslösungen hin: die *Shramik*-Sonderzüge und -busse. Sie hatten Fahrkarten beantragt, ihre Namen registriert und eine Woche lang ergebnislos auf Antwort der Regierung gewartet, sodass sie gezwungen waren, zu Fuß zu ihrem 1.000 Meilen entfernten Zielort aufzubrechen. Eine andere Gruppe von Migrant\_innen, mit denen sie sprach, war in einem Lastwagen zusammengepfercht, den die Polizei an einem Kontrollpunkt erwischte. Vorsichtig fragte sie sie, ob diese abenteuerliche Reise zu solchen Zeiten gefährlich sei. Die Antwort des Migranten war frappierend: „Ich habe einen Bachelorabschluss in Naturwissenschaften. Auch mir sind die Gefahren bewusst. Aber lieber würde ich zu Hause am Virus sterben, als hier zu verhungern.“ (ebd.) Obwohl sie ein oder zwei Jahrzehnte in der Stadt gelebt hatten, blieb ihre Identität als Außenseiter/Migrant\_innen unverändert. Leider sind Migrant\_innen nicht auf eine singuläre Identität beschränkt, sondern werden aufgrund ihrer multiplen Identitäten oftmals in die Enge getrieben. Ja, Migrant\_innen in Indien haben Mehrfachidentitäten – Kaste, Religion, Geschlecht, Sprache, Region –, die sie kollektiv an die Ränder der Stadt drängen.

### **Migrant\_innen und Widerstand gegen den Lockdown**

Der von Premierminister Modi verkündete landesweite Lockdown ließ den Menschen des Landes ganze dreieinhalb Stunden Zeit, um sich auf den nächsten Monat ihres Lebens vorzubereiten. Bald nach der Ankündigung kam alles zum Stillstand, auch die Züge der Indian Railways, die täglich 23 Millionen Passagiere befördern. Die erste Phase des Lockdowns begann am 24. März 2020 und dauerte bis zum 14. April 2020. Am letzten Tag der ersten Phase wurde die Nachricht von der Aufhebung des Lockdowns von einem lokalen News-Channel in Mumbai verbreitet, was zu einem Chaos führte, als mehr als 1.000 Migrant\_innen zum Bahnhof Bandra, einem Vorortbahnhof von Mumbai, strömten, um einen Zug nach Hause zu nehmen (Suryawanshi 2020). Der lokale Sender stellte klar, dass die Nachricht auf der

Grundlage eines Rundschreibens der Central Railway (CR) gesendet wurde, unterzeichnet vom Chief Commercial Manager der CR. Ein Abgeordneter der örtlichen Gesetzgebenden Versammlung (MLA) forderte sie auf, in ihre Häuser zurück zu kehren, und sagte, dass er Platz für sie schaffen würde, wenn sie sich dort aufgrund des Platzmangels im Lockdown eingeeengt fühlten. Doch alle Migrant\_innen protestierten und bestanden darauf, in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren zu wollen (ebd.). Migrant\_innen (Auto- und Taxifahrer\_innen) beklagten sich, dass sich zehn von ihnen einen Raum mit weniger als zehn Quadratmetern teilten, doch da fünf von ihnen tagsüber und fünf nachts in Schichten arbeiteten, war es erträglich. Nun aber lebten alle zehn zusammen, was erdrückend war (ebd.).

Mumbai ist nicht die einzige Stadt, in der es zu Vorfällen mit aufgewühlten und verunsicherten Migrant\_innen kam. In Surat (einer Stadt im Bundesstaat Gujarat), einem Migrationszentrum mit Millionen von Arbeiter\_innen aus dem ganzen Land, kam es zu weiteren Vorfällen (Langa 2020). Die Auseinandersetzungen wurden gewalttätig, als gestrandete Migrant\_innen immer wieder die Rückkehr in ihre Heimat forderten, doch ihre Stimmen blieben unerhört. Auch in der Hauptstadt Delhi gab es Migrant\_innen, die gegen den Lockdown Widerstand leisteten und die Stadtverwaltung baten, die Wege für eine Rückkehr in ihre Heimat zu öffnen (Kumar 2020). Solche Geschichten ereigneten sich während des Lockdowns in allen größeren Städten. Der Lockdown brachte das dominante Narrativ der Migrant\_innen zum Vorschein, das diese zum „Gegenstand von Wohltätigkeit“ und „Opfern ohne eigene Handlungsfähigkeit“ macht, doch diese Proteste und Aufregungen im ganzen Land beweisen, dass sie sich nicht nur des ihnen zugefügten Unrechts bewusst sind, sondern sich auch für ihre Rechte einsetzen (Bhattacharya 2020). Bislang wurden über 150 Fälle von Protesten mit über 100.000 Migrant\_innen dokumentiert und örtlich aufgearbeitet (ebd.). Diese Proteste waren in den gängigen elektronischen und Printmedien nicht zu finden. Die Gleichgültigkeit der Medien war auf die Regierungsanweisung zurückzuführen, über negative und pessimistische Geschichten der aktuellen Krisen nicht zu berichten, was sie zu einem Verbündeten der gegenwärtigen Regierung machte (Krishnan/Jambhulkar 2020).

### **Juristischer Spagat und Gespaltenheit**

Inmitten des Leidens der Arbeitsmigrant\_innen und der Gleichgültigkeit der Regierung wurden viele Klagen im öffentlichen Interesse von den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Anwält\_innen des Landes eingereicht. Mit einer solchen Klage im öffentlichen Interesse wurde juristische Unterstützung für Migrant\_innen vor dem Obersten Gerichtshof beantragt. Laut einer irreführenden Stellungnahme des indischen Generalstaatsanwalts Tushar Mehta „waren keine Wanderarbeiter\_innen mehr unterwegs, da die Regierungen dafür gesorgt hatten, dass sie Unterkunft und Verpflegung erhielten“ (zit. nach Yamunan 2020). Diese Aussage war jedoch weit von der Realität entfernt. Anstatt die Regierung zu hinterfragen, akzeptierte das höchste Gericht die Erklärung. In einer anderen Klage im öffentlichen Interesse auf Lohnzahlung durch die Regierung verabschiedete der Oberste Richter von Indien eine unerträgliche Erklärung: „Warum brauchen

die Arbeiterinnen und Arbeiter Geld, wenn sie ernährt werden“ (ebd.). Die Gerichte sind somit zu einem Entstehungsort für neue Formen der Ausgrenzung geworden.

Einige obere Gerichte des Landes, insbesondere in Madras, Andhra Pradesh und Karnataka, haben eine beispielhafte Anordnung zu den Krisen erlassen, die die Regierungen der Bundesstaaten anweist, Maßnahmen zu ergreifen, um das Leiden der Wanderarbeiter\_innen zu beenden. In der Verfügung des Obersten Gerichtshofs von Andhra Pradesh heißt es: „Dieses Gericht stellt fest, dass die Arbeiter\_innen, die ihre angestammten Häuser und Dörfer verlassen haben und in die Städte gezogen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sicherzustellen, dass wir alle in Wohlstand leben, heute auf den Straßen unterwegs sind. Wenn dieses Gericht in diesem Stadium nicht reagiert und diese Anordnungen nicht erlässt, würde es in seiner Rolle als Beschützer und Linderer des Leidens versagen“ (Yamunan 2020). Daraufhin kritisierten auch die oberen Gerichtshöfe anderer Bundesstaaten die Regierungen und wiesen auf das ineffiziente Krisenmanagement hin. Die kollektive Kritik vonseiten der Zivilgesellschaft, der Medien und der Judikative störte die Zentralregierung unter Leitung der rechtsgerichteten Bhartiya Janata Party (BJP), die sich jedoch weniger um das Leiden der Migrant\_innen als um ihr Image der Rechtschaffenheit sorgte. Der indische Generalstaatsanwalt bezeichnete die Kritiker\_innen in seiner späteren Erklärung als „Untergangspropheten, die nur Negativität verbreiteten“, und behauptete, die oberen Gerichte, die den Staat und die Zentralregierung kritisierten, „führ[t]en eine Parallelregierung“ (Ananthakrishnan 2020).

### **Ein Fall von systemischer Verzweiflung: die Stadt ‚in der und als‘ Krise**

Die neoliberale Ökonomie hat neue Wachstumssektoren, neue Technologien und neue organisatorische Kapazitäten mit vielfältigen Strukturen geschaffen; gleichzeitig hat sie auch zur Schaffung neuer Formen der Ausgrenzung in indischen Städten beigetragen. In Mumbai sind diese Formen der Ausgrenzung in Bezug auf Raum, Kaste, Klasse und Geschlecht reproduziert worden, was zu einer Ausbildung extremer Hierarchien in der Stadt geführt hat. Die New Economy hat in Mumbai neue Formen der Armut und Gruppen von Menschen geschaffen, die von jeder Art von Chancen – politischer, sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Art – völlig ausgeschlossen sind. Die städtischen Armen repräsentieren und symbolisieren die legitime Diversität in der Stadt. Die Weigerung, ihre Präsenz und ihre Bedürfnisse anzuerkennen, indem ihnen ihre Räume verweigert werden, bedeutet eine Aberkennung ihrer politischen Bedeutung, indem ihre Existenz verleugnet wird. Was sich in den letzten Jahrzehnten geändert hat, ist, dass die industrielle städtische Form zum reinen Spekulationsobjekt gemacht worden ist (vgl. Goldman 2011: 229-258). Verschiedene Städte werden in jüngster Zeit zu „Weltklasse-Städten“ umgestaltet (Banerjee-Guha 2009), sowohl die, deren städtisches Wachstum durch die koloniale und nach der Unabhängigkeit einsetzende Industrialisierung begann, als auch postindustrielle Städte. Das Hauptziel des Umbaus besteht darin, Investitionen anzuziehen und das Stadtgebiet zu erweitern. Um diese Ziele zu erreichen, werden standardisierte Pläne zusammengeführt,

die einen Paradigmenwechsel in städtischen Räumen im Hinblick auf die Gentrifizierung sowie die sich ständig ändernden Stadtformen und die Regierungsführung vorsehen (Banerjee-Guha 2007). Diese neuen Formen der Stadtplanung sind so konzipiert, dass sie die wohlhabenden Schichten begünstigen und die Armen weiter marginalisieren, indem diese an die Peripherie gedrängt werden. Die Neustrukturierung der Räume ging zu Lasten des armen und schwächeren Teils der Gesellschaft, der vertrieben und enteignet wird. Dies geschah durch vielfältige Methoden wie „kleine Produktions- und Einzelhandelseinheiten, Gesetze zur Bekämpfung der Armut, Vorschriften gegen informelle Arbeiter\_innen, Hausierer\_innen, Müllsammler\_innen, die Privatisierung von grundlegenden Diensten wie der Wasser- und Abwasserentsorgung, des Wohnungsbaus, der Gesundheit und Bildung und nicht zuletzt die Beschränkung des Zugangs zu Freiräumen, um mehr Arenen für den Konsum der Eliten zur Verfügung zu stellen“ (Banerjee-Guha 2009).

Im Jahr 2020 findet die Abwanderung der Migrant\_innen systematisch unter dem Vorwand einer Pandemie statt, und das Fehlen jeglicher Sicherheiten für Migrant\_innen in der Stadt ist deutlich erkennbar. Die Pandemie hat die Armen im Grunde genommen nicht verwundbar gemacht; stattdessen hat sie den Faden der Bewältigungsmechanismen zerbrochen, den die städtischen Armen über Jahrzehnte gewoben hatten, um trotz ihrer Verwundbarkeit zu überleben (Bhan et al. 2020). Bhan et al. (ebd.) argumentieren, dass der Lockdown und die Logiken zur Kontrolle der Pandemie die ungleiche Struktur des städtischen Raums lediglich verschärft haben. Die Brutalität, die der Staat zur Kontrolle der Bürger\_innenbewegung einsetzte, schuf neue Formen chaotischen Lebens. Was die Migrant\_innen erleiden, ist das Resultat eines tief verwurzelten systemischen Prozesses der Ausgrenzung der städtischen Armen und nicht etwa lediglich ein persönliches Schicksal, ein Verlust der Lebensgrundlage oder allein durch die Situation der Pandemie begründet.

Bhan et al. betonen demgegenüber das Konzept des „kollektiven Lebens“ (ebd.), das ihrer Meinung nach während der Pandemie eine rettende Kraft darstellt, die parallel zu den Regierungen funktioniert, ohne dass die Regierung die Rolle des Kollektivs anerkennt. Das vorübergehende Entstehen von Kollektivität und Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft in Krisensituationen wird in einer Zeit sichtbar, in der die Gleichgültigkeit der Regierung auf ihrem Höhepunkt ist. Das beste Beispiel hierfür ist Mumbai, das während der jährlichen Monsunüberschwemmungen und der Terroranschläge der letzten drei Jahrzehnte von dieser Kollektivität geprägt war. Das kollektive Leben ist ein Bewältigungsmechanismus, der in Krisensituationen<sup>[8]</sup> entsteht; es ist keine urbane Lebensweise. Aber das Studium dieser Phänomene ist ebenso wichtig wie das Studium der Stadt.

Wie wir in diesem Beitrag erörtert haben, leben mehr als 50 Prozent der Stadtbevölkerung unter extremen Bedingungen mit wenig oder gar keinem Zugang zu städtischen Einrichtungen und soziopolitischen Rechten. Die neue Wahrnehmung der ‚ersten Stadt des unabhängigen Indiens‘ wurde von Vorstellungen der Kolonialstadt überlagert, wobei die Armen an den Rand gedrängt wurden. Die Ankunft des Neoliberalismus hat die Stadt gezwungen, sich neu zu erfinden, doch dies hat die Marginalisierung der Armen noch verstärkt. Um es mit Nigel Harris zu sagen: „Der Akt der Herstellung eines

städtischen Plans beschränkt sich darauf, eher ein Symptom des Problems abzubilden, als ein Mittel, es zu überwinden. Die Zubereitung des Menüs hat immer wieder den Akt des Essens der Mahlzeit ersetzt.“ (Harris, zit. nach Dwivedi/Mehrotra 1995: 303) Diese Beziehung von Diagnose und Prognose und ihre Ambiguität ist heute sehr sichtbar, wo wir zusehen, wie die Stadt erneut an eben dem Weg scheitert, der eigentlich zu ihrer Wiederbelebung führen sollte!

*Übersetzung aus dem Englischen von Barbara Wiebking, freiberufliche Übersetzerin.*

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Technischen Universität Berlin gefördert.*

## Endnoten

- [1] Die systemrelevanten Dienste in Mumbai (u. a. Lebensmittelgeschäfte und Gemüsemärkte, Wasserpumpen, Tankstellen, Telekommunikationsgeschäfte) waren in der ersten Phase des Lockdowns nur zwischen 9.00 und 12.00 Uhr und erst später für mehr Stunden verfügbar.
- [2] Lat.: Die erste Stadt in Indien – Mumbai.
- [3] Die indischen Hungersnöte von 1896-97 und 1899-1900 betrafen weite Teile Zentralindiens, Hyderabad, Madras und Teile von Rajputana und kosteten jeweils mehr als eine Million Menschen das Leben. Zu Einzelheiten siehe Wilson Hunter et al. (1907: 475-502).
- [4] Mark Twain beobachtete 1896 auf einer mitternächtlichen Fahrt durch Mumbai „überall auf dem Boden lagen schlafende Eingeborene – Hunderte und Aberhunderte. Sie lagen der vollen Länge nach ausgestreckt in Decken eingewickelt, mitsamt Kopf und allem. In ihrer starren Körperhaltung muteten sie wie tot an.“ (Mutalik 1978)
- [5] Die indische Volkszählung definiert Obdachlose als Personen, die nicht in durch die Volkszählung definierten Häusern leben, sondern sich auf Bürgersteigen, an Straßenrändern, Bahnsteigen, Tempelwänden, auf Straßen, in Rohren und anderen offenen Räumen aufhalten (Census Handbook 2011).
- [6] [https://mmrda.maharashtra.gov.in/documents/10180/3611646/Citizens%20Charter%202015%20\(English\)/cc5bebc8-b05d-4dc9-817e-c026de0142eb?version=1.1](https://mmrda.maharashtra.gov.in/documents/10180/3611646/Citizens%20Charter%202015%20(English)/cc5bebc8-b05d-4dc9-817e-c026de0142eb?version=1.1) (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- [7] Es war das erste Mal seit Inkrafttreten des Gesetzes, dass die Bestimmungen des Nationalen Katastrophenschutzgesetzes von 2005 (National Disaster Management Act) zur Festnahme von Migrant\_innen herangezogen wurden. Die einheitlichen Lockdown-Richtlinien wurden vom Innenministerium angeordnet, um die Pandemie einzudämmen.
- [8] Der Ausdruck ‚Krisen‘ bezeichnet hier nicht die aktuelle Pandemie, sondern verschiedene individuelle, familiäre, soziale oder gemeinschaftliche Krisen, mit denen Menschen in ihrer täglichen Lebenswirklichkeit konfrontiert sind.

## Autor\_innen

Sanjana Krishnan ist politische Soziologin. In ihrer Dissertation setzt sie sich mit städtischer Obdachlosigkeit und der Politik der Ausgrenzung in Mumbai, Indien auseinander. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Stadt, Raum, Ungleichheit und das Kastensystem in Indien.

sanjkri@gmail.com

Rahul Jambhulkar ist Stadtsoziologe, der ethnographisch zu religiösen Prozessionen, Urbanität und Zugehörigkeit in der Stadt Nagpur, Indien arbeitet.  
rahuljambhulkar2@gmail.com

## Literatur

- Ananthkrishnan, Gopala (2020): Migrant crisis in SC: SG Mehta invokes vultures, prophets of doom, Sibal says don't make it personal. In: *The Indian Express*, 29.5.2020. <https://indianexpress.com/article/india/supreme-court-migrant-crisis-india-coronavirus-lockdown-6432289/> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Babu, Venkatesha / Saini, Sachin / Swaroop, Vijay (2020): Across the country, migrants still forced to walk thousands of miles. In: *Hindustan Times*, 9.5.2020. <https://www.hindustantimes.com/india-news/similar-scenes-in-several-states-despite-new-trains/story-YL9qNcF315SA50645aj1DP.html> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Bag, Sugata / Seth, Suman / Gupta, Anish (2016): A Comparative Study of Living Conditions in Slums of Three Metro Cities in India. In: CDE Working Paper Series, Working Paper No. 253. <http://cdedse.org/pdf/work253.pdf> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Banerjee-Guha, Swapna (2007): Post-Fordist urban space of Mumbai. The saga of contemporary restructuration. In: Annapurna Shaw (Hg.), *Indian cities in transition*. Chennai: Oriental Longman, 260-282.
- Banerjee-Guha, Swapna (2009): Neoliberalising the „Urban“: New Geographies of Power and Injustice in Indian Cities. In: *Economic and Political Weekly* 44/22, 95-107.
- Bhan, Gautam (2020): View: India Should Make its Cities Worker-Friendly. In: *The Economic Times*, 27.5.2020. [https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/policy/view-india-should-make-its-cities-worker-friendly/articleshow/76047166.cms?fbclid=IwAR2KCZ9TmMf7Pv4fvp519E6yXYLr2WxqW11z42cX6Sx\\_QgAdmgPYqIhxles](https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/policy/view-india-should-make-its-cities-worker-friendly/articleshow/76047166.cms?fbclid=IwAR2KCZ9TmMf7Pv4fvp519E6yXYLr2WxqW11z42cX6Sx_QgAdmgPYqIhxles) (letzter Zugriff am 4.12.2020).
- Bhan, Gautam (2016): *In the Public's Interest: Evictions, Citizenship and Inequality in Contemporary Delhi*. Georgia: University of Georgia Press.
- Bhan, Gautam / Caldeira, Teresa / Gillespie, Kelly / Simone, AbdouMaliq (2020): The Pandemic, Southern Urbanisms and Collective Life. In: *Society and Space*, 3.8.2020. <https://www.societyandspace.org/articles/the-pandemic-southern-urbanisms-and-collective-life> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Bhargava, Yuthika (2020): Railways to run 'Shramik Special' trains to move migrant workers, other stranded persons. In: *The Hindu*, 1.5.2020. <https://www.thehindu.com/news/national/railways-to-run-shramik-special-trains-to-move-migrant-workers-other-stranded-persons/article31481996.ece> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Bhattacharya, Suryasarathi (2020): India's migrant workers are protesting erasure of their rights amid lockdown. A mapping project documents their resistance. In: *Firstpost*, 25.6.2020. <https://www.firstpost.com/india/indias-migrant-workers-are-protesting-erasure-of-their-rights-amid-lockdown-a-mapping-project-documents-their-resistance-8463821.html> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Chatterji, Rohini (2020): Migrant Workers have Died almost Every Day since May 8 Aurangabad Tragedy. In: *Huffpost*, 15.5.2020.
- David, M. D. (1993): *Aik Mumbai Tuzi Kahani*. Thane: Priyank Prakashan.
- Dutt, Barkha (2020): There is a humanitarian crisis in India. Lift the lockdown, now. In: *Hindustan Times* vom 15.5.2020. <https://www.hindustantimes.com/columns/there-is-a-humanitarian-crisis-in-india-lift-the-lockdown-now/story-RHG3Mjv7B3VrNszdbTZ1UI.html> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Dwivedi, Sharada / Rahul, Mehrotra (1995): *Bombay: The cities within*. Mumbai: India Book House.
- Economic Times Bureau (2020): Covid a big problem for big Indian cities. In: *The Economic Times* vom 16.6.2020. <https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/covid-19-select-cities-driving-indias-tally/articleshow/76397169.cms> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Elsa, Evangeline (2020): Coronavirus lockdown: 12-year-old Indian migrant worker walks 100 km, dies just 11 km away from home. In: *Gulf News*, 21.4.2020. <https://gulfnews.com/world/asia/india/coronavirus-lockdown-12-year-old-indian-migrant-worker-walks-100-km-dies-just-11km-away-from-home-1.1587462168019> (letzter Zugriff am 10.10.2020).

- Goldman, Michael (2011): Speculating on the Next World City. In: Roy, Ananya / Ong, Aihwa (Hg.), *Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global*. Chichester: Wiley-Blackwell, 229-258.
- Hunter, William Wilson / Sutherland Cotton, James / Burn, Richard / Meyer, William / India Office Great Britain (1907): *Imperial Gazetteer of India, Vol. III: The Indian Empire, Economic*. Oxford: Clarendon Press.
- Jha, Manish K. / Kumar, Pushpendra (2016): Homeless Migrants in Mumbai: Life and Labour in Urban Space. In: *Economic and Political Weekly* 51/26-27, 69-77.
- Krishnan, Sanjana / Jambhulkar, Rahul (2020): Free India Does not Need Free Indians. In: *My Opinion*, 29.5.2020. <https://samvaad.home.blog/2020/05/29/free-india-does-not-need-free-indians/> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Kumar, Ashok (2020): Migrant workers stage protest demanding to be sent home. In: *The Hindu*, 5.5.2020. <https://www.thehindu.com/news/cities/Delhi/migrant-workers-stage-protest-demanding-to-be-sent-home/article31506080.ece> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Langa, Mahesh (2020): Hundreds of migrant workers protest in Surat for third time in less than a month. In: *The Hindu*, 28.4.2020. <https://www.thehindu.com/news/national/other-states/hundreds-of-migrant-workers-protest-in-surat-for-third-time-in-less-than-a-month/article31453039.ece> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Mutalik, Keshav (1978): *Mark Twain in India*. Mumbai: Noble Publishing House.
- Nair, Shalini (2020): Homeless people in Mumbai: When the sky is the roof. In: *The Indian Express*, 6.6.2015. <https://indianexpress.com/article/india/india-others/homeless-in-mumbai-when-the-sky-is-the-roof/> (letzter Zugriff am 10.10.2020)
- Shetty, Disha (2020): No place for Mumbai's homeless. In: *DNA*, 11.8.2017. <https://www.dnaindia.com/mumbai/report-no-place-for-mumbai-s-homeless-2526219> (letzter Zugriff am 8.12.2020).
- Siddique, Iram (2020): Aurangabad train accident: They thought no trains were running, loco driver spotted them too late to stop. In: *The Indian Express*, 9.5.2020. <https://indianexpress.com/article/india/maharashtra-they-thought-no-trains-were-running-loco-driver-spotted-them-too-late-to-stop-6400947/> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Speak, Suzanne / Tipple, A. Graham (2006): Perception, Persecution and Pity: The Limitations of Interventions for Homelessness in Developing Countries. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 30/1, 172-188.
- Suryawanshi, Sudhir (2020): COVID-19 lockdown: Migrant workers flood Mumbai streets, say they want to go home. In: *The New Indian Express*, 14.4.2020. <https://www.newindianexpress.com/cities/mumbai/2020/apr/14/covid-19-lockdown-migrant-workers-flood-mumbai-streets-say-they-want-to-go-home-2130093.html> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Tatke, Sukhada (2020): Homeless in a wet city. In: *The Hindu*, 5.8.2013. <https://www.thehindu.com/news/national/other-states/homeless-in-a-wet-city/article4989176.ece> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Vora, Rajendra / Palshikar, Suhas (2003): *Politics of Locality, Community, and Marginalization*. In: Sujata Patel / Jim Masselos (Hg.), *Bombay and Mumbai: The City in Transition*. New Delhi: Oxford University Press, 161-182.
- Warsi, Zeba (2020): 42 Migrant Workers Died in Road Accidents While Trying to Return Home during Lockdown: Report. In: *News 18*, 7.5.2020. <https://www.news18.com/news/india/42-migrant-workers-died-in-road-accidents-while-trying-to-return-to-their-home-states-during-lockdown-report-2609841.html> (letzter Zugriff am 10.10.2020).
- Yamunan, Sruthisagar (2020): As Supreme Court fails to protect migrant workers' rights, High Courts shows the way. In: *Scroll.in*, 18.5.2020. <https://scroll.in/article/962214/as-supreme-court-fails-to-protect-migrant-workers-rights-high-courts-show-the-way> (letzter Zugriff am 10.10.2020).



# Organisiert gegen einen profitorientierten Wohnungskonzern

Fünf Jahre berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen

Hannes Strobel

Berlin gilt nicht erst seit den Großdemonstrationen der vergangenen Jahre als Hochburg der Mieter\*innenbewegung. Getragen wird die Bewegung von hunderten meist lokalen Initiativen, die häufig nur wenige Monate oder Jahre bestehen. Immer wieder gibt es Versuche, diese losen Zusammenhänge in verbindlichere und übergeordnete Strukturen zu überführen. Ein Beispiel dafür ist die berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen, die seit etwa fünf Jahren besteht. Zu ihren besten Zeiten umfasste sie dutzende Delegierte von Mieter\*innen-Initiativen und aktive Einzelpersonen aus allen Berliner Bezirken. Sie wehren sich gemeinsam gegen die Verwertungsstrategien des größten Vermieters Berlins. Die Deutsche Wohnen SE ist ein börsennotiertes Wohnungsunternehmen und besitzt etwa 163.000 Wohnungen, 111.000 davon in Berlin. Große Teile des Bestands waren vor seiner Privatisierung im Besitz der öffentlichen Hand. Initiiert und vorangetrieben wurde das Bündnis gegen die Aktivitäten der Deutsche Wohnen (DW) zunächst von stadtpolitisch Aktiven, die selbst nicht in deren Bestand wohnen. Ziele der Vernetzung sind es, die Aktivitäten gegen die DW zu bündeln und einen Raum für Austausch und Verabredungen zu schaffen.

Der vorliegende Text reflektiert die Organisierungserfahrungen und knüpft damit an die Strategiedebatte um Basisorganisation an, die von Kratzsch/Maruschke (2016) in sub/urban angestoßen wurde. Meine Rolle als Autor ist dabei nicht die eines unabhängigen Beobachters. Ich habe einige der hier beschriebenen Strukturen mit aufgebaut. Im Jahre 2016 wurde das Bündnis Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung (BOSS&U) von mir mitinitiiert, eine Initiative von Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen in Berlin-Kreuzberg; zudem engagiere ich mich in der AG Starthilfe der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“; schließlich war ich lange Teil des Kernteams der berlinweiten Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen. Im Folgenden reflektiere ich die Erfolge und Misserfolge beim Aufbau dieser Vernetzung in der Hoffnung, dass andere, die sich ähnliche Organisierungsaufgaben vornehmen, von diesen Erfahrungen profitieren können.

## Meilensteine der Organisierung

Öffentlicher Startschuss für eine berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen ist eine Aktion am 7. Juli 2016 anlässlich der Aktionärsversammlung der GSW/Deutsche Wohnen in Berlin (Kotti & Co 2016). Bei einer Kundgebung mit mehreren Dutzend Teilnehmer\*innen fordert das Bündnis der MieterInnen der Deutsche Wohnen AG den Konzern auf, „endlich wirksame Mietpreisbegrenzungen zu schaffen, die Gesetze zur ‚Energetischen Modernisierung‘ warmmietenneutral zu gestalten und öffentlich geförderte Wohnungen zu (re-)kommunalisieren“. Die Aktion findet keine Beachtung in der Presse, die Deutsche Wohnen ist zu diesem Zeitpunkt einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt. Bereits im Juni 2015 hatten sich mehrere Deutsche-Wohnen-Betroffene aus Berlin abgesprochen, um gemeinsam zur Aktionärsversammlung nach Frankfurt am Main zu fahren und dort im Sinne von kritischen Aktionär\*innen ein Rederecht in Anspruch zu nehmen (Kotti & Co 2015). Beide Aktionen werden von Aktiven von Kotti & Co angestoßen. Ein gemeinsamer E-Mail-Verteiler für DW-Betroffene aus verschiedenen Berliner Bezirken wird angelegt, der insbesondere genutzt wird, um sich zur solidarischen Begleitung von Gerichtsterminen zu verabreden.

Nachdem die berlinweite Vernetzung ‚eingeschlafen‘ war, kommt es zu einer Neubelebung im Frühjahr 2017. In dieser Zeit setzt die DW flächendeckend auf Modernisierung als Mittel zur Profitmaximierung, wodurch ein hoher Verdrängungsdruck in vielen Siedlungen entsteht. So ist es auch in der Otto-Suhr-Siedlung in Berlin-Kreuzberg. Hier gründet sich im Herbst 2016 die Mieter\*inneninitiative Bündnis Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung (BOSS&U), um sich gemeinsam zu wehren. Diese wird von stadtpolitisch Aktiven angestoßen, insbesondere aus der Stadt AG der Interventionistischen Linken. Aus diesem Kreis heraus wird im April 2017 die berlinweite Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen wiederbelebt. Gemeinsam in Aktion tritt das Bündnis am 2. Juni 2017 mit einer Kundgebung vor der Berliner Zentrale der Deutsche Wohnen, zeitgleich zur Aktionärsversammlung in Frankfurt am Main. Diese Aktion findet nun ein breites Medienecho. In der Zwischenzeit war die Presse, auch durch die Arbeit einzelner Initiativen, auf die DW und ihre Verwertungsstrategien aufmerksam geworden.

Infolge der erfolgreichen Kundgebung im Juni 2017 werden die Verwertungsstrategien der DW zum Stadtgespräch und das Bündnis wächst stetig. Bestehende Initiativen schließen sich an, neue Initiativen werden gegründet. Die Gruppe benennt sich um in „Mieter\*innenprotest Deutsche Wohnen“ und gibt sich ein Logo. Ende April 2018 fällt mit einer Pressekonferenz der öffentliche Startschuss für die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ (DWE), die mittels eines Volksentscheides darauf abzielt, etwa 250.000 Wohnungen profitorientierter Wohnungskonzerne wie der Deutsche Wohnen zu vergesellschaften. Beflügelt durch die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der DW um die Karl-Marx-Allee, ist das Vernetzungstreffen im Januar 2019 mit knapp 70 Teilnehmer\*innen so gut besucht wie nie. Der Kampf um die Karl-Marx-Allee wird zum Symbol des Widerstandes. Mieter\*innenproteste verhindern den Verkauf von 700 Wohnungen an die Deutsche Wohnen. Statt des Konzerns kommt eine städtische Wohnungsgesellschaft durch Vorkauf zum Zuge (Kleine 2019).

In derselben Zeit kündigt der Berliner Senat den sogenannten Mietendeckel an und reagiert damit auf den steigenden Druck der Mieter\*innenbewegung. Im Zuge dessen legt die Deutsche Wohnen ihre auf Modernisierung basierende Verwertungsstrategie auf Eis. Die monatlichen Vernetzungstreffen der Protestierenden werden immer schlechter besucht, obwohl es gelingt, die Organisation auf mehr Schultern zu verteilen. Parallel dazu verlaufen sich viele lokale Initiativen. In den berlinweiten und den lokalen Strukturen bleiben wenige Einzelkämpfer\*innen zurück. Allerdings engagieren sich viele davon fortan in der Enteignungskampagne und/oder in den lokalen Strukturen der Mieter\*innenvereine.

### **Berlinweite Strukturen**

Zentrales Element der Vernetzung sind monatliche, berlinweite Treffen. Hier kommen über die Jahre hinweg in der Regel zwischen 20 und 70 Personen zusammen, überwiegend DW-Mieter\*innen aus allen Berliner Bezirken. Über die Zeit beteiligen sich Dutzende Personen im Alter von 20 bis 80 Jahren. Einige gründen Mieter\*inneninitiativen in ihren Siedlungen und vertreten sie als Delegierte bei den Vernetzungstreffen, die in der Regel zentral in Berlin-Kreuzberg in offenen Räumen von sozialen Trägern oder Kirchengemeinden stattfinden.

Organisiert werden die Versammlungen anfangs von Aktiven wie mir, die selbst keine Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen sind. Wir kümmern uns um die Räume, die Einladung, die Tagesordnung und die Moderation. Es ist nicht leicht, Freiwillige für diese Orga-Aufgaben zu finden. Für Ungeübte es ist eine immense Herausforderung, Großgruppentreffen vorzubereiten und zu moderieren. Auch sind viele durch ihre lokalen Initiativen ohnehin schon ausgelastet. Später gelingt es, diese Aufgaben breiter zu verteilen, indem ein sechsköpfiges Kernteam gegründet wird. Hier sind nun die Aktiven, die über ihr Mietverhältnis bei der Deutsche Wohnen zur Vernetzung gestoßen sind, in der Mehrheit.

Inhaltlich dreht sich vieles um die Verwertungsstrategien der DW und den Widerstand dagegen. Breit diskutiert wird über energetische Modernisierung und mangelnde Instandsetzung sowie über überhöhte Nebenkosten oder das Thema ‚smart home‘. Immer wieder werden Arbeitsgruppen gebildet, um die Debatten im Plenum zu entzerren und Themen tiefergehend zu bearbeiten. Dabei arbeitet nur die AG Modernisierung langfristig auch außerhalb der monatlichen Treffen. Sie trägt viel Wissen zusammen und stellt es allen zur Verfügung. Trotz wiederholter Versuche kommt eine AG Recht nicht zustande. Zwar verabreden wir uns immer wieder zu gemeinsamen Prozessbegleitungen, aber es gelingt nicht, diese zu dokumentieren oder relevante Rechtsprechung aufzuarbeiten und juristisches Wissen verfügbar zu machen. Dabei fechten Aktive der Initiativen „Unsere Eisenbahn Siedlung“ (Barthel/Göbel 2019) oder BOSS&U (Schneider 2018) Konflikte mit der DW vor Gericht aus, die Signalwirkung für viele andere haben. Jedoch gelingt es nicht, diese Fälle diskutierbar zu machen, geschweige denn, sie öffentlich zu begleiten. Es zeigt sich, dass ohnehin überlastete Ehrenamtliche eine derart voraussetzungsreiche Arbeit nur schwer leisten können.

In den ersten Jahren strukturieren und moderieren jüngere Aktive die Treffen. Nicht immer gelingt es ihnen, die Älteren einzubinden, die andere Formen des Diskutierens und Sich-Organisierens gewohnt sind oder völlig ohne Vorerfahrungen zu den Treffen kommen. Weil ständig neue Leute dazukommen, ufern Vorstellungsrunden häufig aus und vieles muss immer wieder neu besprochen werden. In den ersten Jahren sind die Treffen oft überladen, ellenlange Tagesordnungen müssen in knapp vier Stunden (immer samstags von 13 bis 16 Uhr) abgearbeitet werden. Nie ist genug Zeit, alle Anliegen zu besprechen. Oft bleiben die Diskussionen abstrakt, verlieren sich in Details und drehen sich im Kreis. Das ehrenamtliche Kernteam ist überlastet und kann den unterschiedlichen Ansprüchen nicht gerecht werden.

Außerdem bleibt für ein wichtiges Anliegen der Vernetzung – den Austausch darüber, wie der Aufbau von Mieter\*inneninitiativen vor Ort gelingt – häufig nicht genug Zeit. Als Reaktion darauf gründet sich zum einen die AG Starthilfe, eine gemeinsame Struktur mit der Kampagne DWE, die fortan den Aufbau von Mieter\*inneninitiativen unterstützt[1]. Zum anderen werden die Treffen anders gestaltet. Als eine Maßnahme werden sogenannte Thementische eingeführt. Von nun an teilt sich für jeweils eine Stunde die Gruppe, und diverse Themen (Rechtliches, Modernisierung etc.) werden parallel diskutiert. Neulinge müssen an den Tisch der AG Starthilfe und bekommen eine Einführung sowie Unterstützung bei ihrem Anliegen angeboten.

Mit der Zeit entsteht eine gut gepflegte Homepage des Mieter\*innenprotest Deutsche Wohnen[2]. Hier finden Interessierte Kontaktmöglichkeiten für Initiativen vor Ort und die Termine für die nächsten berlinweiten Treffen. Der E-Mail-Verteiler umfasst mittlerweile über 300 DW-Mieter\*innen. Sowohl Homepage als auch Verteiler werden von wenigen Aktiven aus dem Kernteam gepflegt. Name und Logo werden am Ende der dritten Phase in ‚Kampfabstimmungen‘ bestimmt. Dabei setzen sich Vorschläge durch, die von den jüngeren Aktivist\*innen eingebracht wurden. Viele der älteren Aktiven nehmen Logo und Namen nicht an, weil sie sich mit der Ästhetik nicht identifizieren können.

Ab Anfang 2019 sinken die Teilnehmerzahlen an den monatlichen Treffen kontinuierlich. Der Anspruch, über mehrere Jahre ein monatliches Delegiertentreffen aufrechtzuerhalten, scheint zu groß zu sein. Am Beispiel der Initiative BOSS&U lässt sich zeigen, welche Personen überhaupt Interesse an den Vernetzungstreffen haben. BOSS&U stößt mit der Neubelebung 2017 dazu. Aktive aus der Siedlung beteiligen sich nur im ersten Jahr und in der Regel auch nur als stille Beobachter\*innen. Das ist insbesondere bemerkenswert, weil die Treffen in der Regel in der Otto-Suhr-Siedlung stattfinden. Dagegen bringen sich andere Aktive, die nicht bei der Deutsche Wohnen mieten, bis heute stark ein. Das Beispiel zeigt, dass Metastrukturen wie die Vernetzung nur von einem bestimmten Personenkreis als wichtig angesehen werden. Initiativen ohne Personen mit aktivistischem Selbstverständnis sind auf Dauer meist nicht mit Delegierten bei Vernetzungstreffen vertreten.

## **Gemeinsame Strategien**

Es gibt von Anfang an keinen Masterplan für die Vernetzungsarbeit und auch keine einheitliche Strategie. Nach der Wiederbelebung im Frühjahr 2017

empfiehlt das Kernteam das Erfolgsmodell der Initiative der Otto-Suhr-Siedlung zur Nachahmung. Diese hatte im Zusammenspiel mit einer progressiven Bezirksregierung einen Achtungserfolg gegen die Deutsche Wohnen erzielt. Der Konzern wurde gezwungen, eine Sozialvereinbarung abzuschließen, durch die Mietererhöhungen nach Modernisierungen deutlich abgeschwächt wurden. Das Otto-Suhr-Modell ist seitdem in der Welt[3]: Bei drohender Verdrängung durch Modernisierung, das ist eine Lehre aus dieser Erfahrung, sollen sich Nachbarschaften zu einer Initiative zusammenschließen, um sich gemeinsam zu wehren. Die Bezirkspolitik gilt es öffentlich unter Druck zu setzen, damit sie sich mit ihren Instrumenten („Milieuschutz“) für Mieter\*inneninteressen einsetzt und so die Deutsche Wohnen zu Zugeständnissen zwingen kann. Diese Strategie wurde von Initiativen in den Berliner Stadtteilen Prenzlauer Berg, Lankwitz, Neukölln, Tempelhof und Kreuzberg mit unterschiedlichem Erfolg aufgegriffen. Auf einige diese Erfahrungen wird weiter unten ausführlicher eingegangen.

Mit der Forderung nach einer Enteignung der Deutsche Wohnen durch Volksentscheid zeichnete sich ab Ende 2017 eine weitere gemeinsame Stoßrichtung ab. Anfangs ist diese Strategie allerdings hochumstritten. Initiativenvertreter\*innen befürchten, dass die Enteignungsforderung an ihrer Basis als zu radikal abgelehnt werden könnte. Erst als darüber öffentlich diskutiert und sich Politiker\*innen und der Mieterverein positiv darauf beziehen, wird die Forderung nach Enteignung mehrheitsfähig in der Vernetzung (Thirnthal 2019).

### **Gemeinsame Aktivitäten**

Ein Ziel der Vernetzung ist es von Anfang an, den Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen eine Stimme zu geben. In mancher Hinsicht gelingt das auch sehr gut. Was weniger gut gelingt, ist regelmäßig Öffentlichkeitsarbeit zu machen und sich mit Pressemitteilungen oder Veranstaltungen in aktuelle stadtpolitische Debatten einzubringen. Das Vorgehen, mit einer rein ehrenamtlichen Struktur im Umlaufverfahren auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, erweist sich als zu langsam und kaum praktikabel.

Erfolgreich sind dagegen verschiedene Aktionen der Vernetzung. Der schlechte Ruf der Deutsche Wohnen in Berlin ist zweifelsohne darauf zurückzuführen, dass solch eine umfangreiche Vernetzung gelungen ist. Bestes Beispiel ist die Kundgebung vor der Berliner DW-Zentrale im Sommer 2017 mit knapp 200 Protestierenden. Ausnahmsweise fängt das Springer-Blatt BZ dieses Ereignis gut ein. Auf der Titelseite der Zeitung sind am folgenden Tag verschiedene DW-Mieter\*innen aus verschiedenen Berliner Bezirken abgebildet, die ihren Ärger artikulieren (Gröning 2017). Kritisiert werden drohende Verdrängung durch Modernisierung, mangelnde Instandsetzung und überhöhte Betriebskosten. Der Artikel verschweigt freilich, dass dahinter Verwertungsstrategien des Konzerns stehen, die von den Mieter\*innen durchschaut und angegriffen werden. Die Aktion hat insgesamt eine stärkende Wirkung auf die Teilnehmenden und viele, die davon erfahren. Nachdem die Deutsche Wohnen öffentlich angeprangert wurde wie nie zuvor, wachsen die Strukturen der organisierten Mieter\*innen der profitorientierten Konzerne. Viele kleine und große Aktionen von Initiativen gegen Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius und Co. folgen. Sie

bereiten den Weg für die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, die die Vergesellschaftung der Bestände profitorientierter Wohnungskonzerne fordert und inzwischen weltweit Beachtung findet (Vollmer 2019). Letztlich erhält so auch der Berliner Senat die Legitimation, mittels Gesetzgebung („Mietendeckel“) in das Profitmodell der Wohnungswirtschaft einzugreifen.

Während die erste Kundgebung vor der Berliner Deutsche-Wohnen-Zentrale im Sommer 2017 für die Bewegung als Erfolg gilt, ist die zweite Kundgebung ein Jahr später am selben Ort eher ein Dämpfer, weil es nicht gelingt, den Protest auszuweiten und mehr Menschen als im Vorjahr zu mobilisieren. Hier zeigen sich zum einen die hohen Ansprüche der Aktiven und zum anderen die eingeschränkten Ressourcen. Dieses Spannungsverhältnis bleibt eine ständige Quelle der Frustration. Die eigenen Nachbar\*innen zu gemeinsamen Aktionen zu motivieren, ist schwierig, noch dazu, wenn die Aktionen außerhalb des eigenen Kiezes stattfinden. Groß ist die Beteiligung in der Regel nur dann, wenn in einer Siedlung oder in einem Haus gerade ‚die Hütte brennt‘. Bei der nächsten Demo bleiben die Nachbar\*innen dann oft wieder zu Hause.

### **Mieter\*inneninitiativen als lokale Strukturen**

Die Stärke der Vernetzung und ihrer Initiativen besteht darin, den Widerstand gegen die Deutsche Wohnen vor Ort zu organisieren. Bemerkenswert ist auch, dass sich hier Menschen außerhalb linker Zirkel und Szeneviertel zusammenfinden. Die unterschiedlichen Initiativen haben in der Regel einen Kern von Aktiven, der die Fäden zusammenhält und einen Großteil der Aufgaben übernimmt. Durch die Vernetzung werden die aktivistischen Kerne der einzelnen Initiativen identifiziert und zusammengebracht und können voneinander lernen.

In der ersten Zeit der Vernetzung gelingt es, viele bestehende Initiativen ‚einzusammeln‘. Damit wird ein erstes Ziel der Initiatoren erreicht. Zu nennen sind hier Gruppen aus Spandau (Bürgerinitiative an der Kappe), Kreuzberg (Kotti & Co, BOSS&U, Block 89), Lichtenberg (Bezirksgruppe der Berliner Mietergemeinschaft), Weißensee (Weißenseeräuber), Steglitz-Zehlendorf (MieterInnen Südwest, Mieterinitiative Südende), Treptow (Mieterprotest Baume), Prenzlauer Berg (Mieterbeirat Carl-Legien-Siedlung), Tegel (Bürgerinitiative Altes Wasserwerk – Trettach Zeile), Charlottenburg (Initiative Siedlung Westend) und Schöneberg (Initiative Schöneberger Terrassen). Ab 2017 kommt es zur Neugründungen von Initiativen, etwa in Lankwitz (Initiative Unsere Eisenbahnsiedlung), Kreuzberg (Initiative Lobeckstraße 64), Neukölln (Hufi: Hufeisensiedlung), Tempelhof (BoFuGeRi: Borussia-, Fuhrmann, Germania- und Ringbahnstraße), Charlottenburg (MIMI: Mierendorfsinsel), Prenzlauer Berg (Initiative Grellstraße – Prenzlauer Allee, Initiative Toppstraße/Eberswalder Straße). Ausgelöst werden die Neugründungen insbesondere von einer Modernisierungswelle der DW. In dieser Zeit ist die Vernetzung ein Anlaufpunkt für DW-Mieter\*innen, die sich zu einer Initiative zusammenschließen wollen. Mit Kotti & Co oder den MieterInnen Südwest gibt es Vorbilder, an denen man sich orientieren kann. Die AG Starthilfe bemüht sich, den Aufbau neuer Initiativen zu unterstützen, was etwa bei der Hufi in Britz gelingt (Šustr 2019).

## Schwindende Strukturen

Ab 2019 nehmen nur noch wenige Delegierte aktiver Mieter\*inneninitiativen am Vernetzungstreffen teil. Zwei Prototypen stehen für diese Entwicklung: einerseits Initiativen, die sich nicht mehr treffen, und andererseits Gruppen, die vor Ort noch aktiv sind, aber nicht mehr zu den Vernetzungstreffen kommen.

Ein typischer Fall der ersten Variante ist die BoFuGeRi-Initiative aus Tempelhof. Hier droht eine umfassende energetische Modernisierung in Nachkriegsbeständen mit (noch) niedrigen Mieten. Wie fast immer wird der Protest dagegen von wenigen aktiven Einzelpersonen, sogenannten Kernaktiven, angestoßen. Diese statten sich bei der Vernetzung mit dem nötigen Rüstzeug aus und eine erste Mieterversammlung ist mit über hundert Teilnehmer\*innen ein voller Erfolg (Nowak 2018). Jedoch folgt daraus keine Verstetigung der Initiative und die Auseinandersetzung endet mit einer Sozialvereinbarung (Hartmann 2019), die zwar einige Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Plänen der Deutsche Wohnen mit sich bringt, jedoch von den Kernaktiven als Niederlage bewertet wird. Das Otto-Suhr-Modell kann hier nur teilweise adaptiert werden, weil die Bezirkspolitik in Tempelhof-Schöneberg, anders als in Friedrichshain-Kreuzberg, den Konflikt mit der Deutsche Wohnen scheut. In der Konsequenz hört die Initiative auf sich zu treffen und die verbliebene Delegierte zieht sich aus der berlinweiten Struktur zurück.

Beispiele für den zweiten Fall sind die Initiativen Lobeckstraße 64 aus Kreuzberg und Hufi aus Britz. Sie haben sich zusammengetan, um sich gegen Verdrängung durch Modernisierung zu wehren und dabei beachtliche Erfolge erzielt. Der Hufi gelingt es, ein Milieuschutzgebiet durchzusetzen und der Lobeck-Initiative, einen Baustopp zu erwirken. Durch die Vernetzung haben die beiden Gruppen wichtige Unterstützung erhalten, etwa durch den Transfer von rechtlichem, strategischem und organisatorischem Wissen. Doch nach zwei bis drei Treffen sahen die Initiativenvertreter\*innen keine Notwendigkeit mehr, zu den berlinweiten Versammlungen zu kommen. Sie hatten sich geholt, was sie für ihren lokalen Kampf brauchten. Das Kernteam reagiert darauf und lädt Kernaktive beider Initiativen ein, um ihren Kampf bei einem Vernetzungstreffen als ‚Fall des Monats‘ vorzustellen. Damit sollen den lokalen Auseinandersetzungen mehr Raum eingeräumt werden, um den anderen Teilnehmer\*innen des Treffens Beispiele für erfolgreiche Kämpfe zu geben sowie die Kämpfenden durch Wissen und praktische Hilfsangebote aus der Gruppe zu unterstützen. Dieses Format kommt gut an und hat viel Potenzial.

## Wie weiter organisieren?

Die Vernetzung der Deutschen-Wohnen-Mieter\*innen hat über fünf Jahre einiges erreicht. Es ist uns gelungen, die Vereinzelung aufzuheben und kollektiven Widerstand gegen die Deutsche Wohnen zu ermöglichen. Es wurden viele Menschen außerhalb linker Zirkel für politisches Engagement gewonnen. Hunderte Betroffene haben sich in ihren Nachbarschaften zusammengetan, gemeinsam gekämpft und teilweise Erfolge gegen die DW erzielt. Zwar treffen sich viele lokale Initiativen nicht mehr, aber Dutzende der Kernaktiven sind an den Auseinandersetzungen gewachsen und haben voneinander gelernt.

Inzwischen gibt es die Kampagne DWE, die von den Aktivist\*innen der ersten Stunde mit viel Engagement unterstützt wird. Den Kern der Sammelstrukturen für die zweite Phase der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren bilden sogenannte Kiezteams, die aus den anfänglichen Strukturen entstanden sind. Das Volksbegehren wird im Frühjahr 2021 beginnen, nachdem das Berliner Abgeordnetenhaus dafür im September 2020 grünes Licht gegeben hat.

Die Erfahrungen der Deutsche-Wohnen-Vernetzung zeigen, dass die Ansprüche an selbstorganisierte, ehrenamtliche Strukturen realistisch bleiben müssen. Ein monatliches, berlinweites Delegiertentreffen funktioniert nur, solange es gute Gründe gibt sich zu treffen. Eine dauerhaft hohe Aktivität vieler Mieter\*innen in den Initiativen auch nach der unmittelbaren Betroffenheit ist kaum aufrechtzuerhalten. Wenn lokal die Zyklen der Auseinandersetzung zunächst abgeschlossen sind, sehen viele auch keine Notwendigkeit mehr für eine übergeordnete Struktur. Ein realistisches Ziel ist es stattdessen, die neu gewonnenen Aktiven langfristig einzubinden und als potenzielle Multiplikator\*innen zu behalten, damit sie ihre Nachbar\*innen wieder aktivieren können, wenn etwas ansteht. Hierfür müssen die richtigen Strukturen geschaffen werden.

Bei den Protesten hat es sich auch gezeigt, dass rein ehrenamtliche Organisation mittelfristig ein Ressourcenproblem bekommt. Deshalb ist der These von Kratzsch/Maruschke unbedingt zuzustimmen, dass „flächendeckende und unbürokratische Basisorganisation nicht ausschließlich in der Freizeit und als Hobby“ (2016: 110) zu leisten ist. Im Zweifel müssen auch professionelle – also bezahlte – Strukturen geschaffen werden. Allerdings dürfen ‚Profis‘ den Ehrenamtlichen nicht die Aufgaben abnehmen. Im Gegenteil geht es darum, noch mehr Menschen zu aktivieren und dabei zu unterstützen, sich mit ihren Fähigkeiten einzubringen.

Diese Erfahrungen aufgreifend, wird es mit der Vernetzung weitergehen. Es soll wieder regelmäßige Treffen als Anlaufpunkt für Deutsche-Wohnen-Mieter\*innen geben. Bei solchen Stammtischen soll der informelle Austausch über die Probleme als DW-Mieter\*in im Mittelpunkt stehen. Wer sich in seiner Nachbarschaft organisieren will, kann niedrigschwellig mit der AG Starthilfe ins Gespräch kommen und Unterstützung erhalten[4]. Eine Möglichkeit, das Ressourcenproblem zu lösen, kann in der engeren Zusammenarbeit mit den etablierten Mietervereinen bestehen. Die Stärken von professionellen Strukturen und Initiativen zu verbinden, könnte ein Schlüssel zum Erfolg für den Kampf gegen die profitorientierten Wohnungskonzerne sein.

## Endnote

- [1] Die AG Starthilfe gibt Wissen aus Mieter\*innenprotesten an neugegründete Initiativen weiter. Mehr dazu in AG Starthilfe (2019a).
- [2] <http://deutsche-wohnen-protest.de> (letzter Zugriff am 25.11.2020)
- [3] Ausführlich zum Widerstand der Otto-Suhr-Siedlung: Strobel (2019).
- [4] Informationen und Kontakt zur AG Starthilfe gibt es hier: <https://www.dwenteignen.de/sich-wehren/> (letzter Zugriff am 25.11.2020). Die Gruppe hat ihr gesammeltes Erfahrungswissen in einer Broschüre zusammengetragen: AG Starthilfe (2019b).



## Autor\_innen

Hannes Strobel ist Soziologe und arbeitet u. a. zum Wandel der Arbeitswelt, Digitalisierung und Gesundheit. Seit vielen Jahren engagiert er sich in der stadtpolitischen Bewegung. hannesstrobel@gmx.de

## Literatur

- AG Starthilfe (2019a): Starthilfe für den Aufbau von Gegenmacht. Die AG Starthilfe gibt Wissen aus Mieter\*innenprotesten an Initiativen weiter. In: Común – Magazin für stadtpolitische Interventionen, 2019/2, 12-13.
- AG Starthilfe (2019b): Zusammentun! Wie wir uns gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn wehren können. [http://deutsche-wohnen-protest.de/wp-content/uploads/2019/02/mieterinnen\\_protest\\_deutsche\\_wohnen\\_broschuere\\_zusammentun\\_2019.pdf](http://deutsche-wohnen-protest.de/wp-content/uploads/2019/02/mieterinnen_protest_deutsche_wohnen_broschuere_zusammentun_2019.pdf) (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Barthel, Ute / Göbel, Jana (2019): Miete Macht Rendite. Der ganz legale Wahnsinn in Berlin. In: RBB Fernsehen. Rundfunk Berlin-Brandenburg, 12.2.2019. <https://programm.ard.de/TV/Tipps/Tagestipps/?sendung=282051154494615> (letzter Zugriff am 25.11.2020).
- Gröning, Alina-Doreen (2017): Sanierungsstau, Schimmel, hohe Betriebskosten: Diesen Mietern reicht's. Protest gegen Deutsche Wohnen. In: BZ-Berlin, 2.6.2017. <https://www.bz-berlin.de/berlin/charlottenburg-wilmersdorf/sanierungsstau-schimmel-hohe-betriebskosten-diesen-mietern-reicht-s> (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Hartmann, Philipp (2019): Bezirksamt und Deutsche Wohnen einigen sich. Modernisierung soll sozial verträglich sein. In: Berliner Woche, 7.3.2019. [https://www.berliner-woche.de/tempelhof/c-bauen/bezirksamt-und-deutsche-wohnen-einigen-sich\\_a203641](https://www.berliner-woche.de/tempelhof/c-bauen/bezirksamt-und-deutsche-wohnen-einigen-sich_a203641) (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Kleine, Jürgen (2019): Die Karl-Marx-Allee. Ein politischer Boulevard. In: Común – Magazin für stadtpolitische Interventionen, 2/2019, 19-23.
- Kotti & Co (2015): Rede auf der Hauptversammlung der Deutsche Wohnen AG. <https://kottiundco.net/2015/06/12/rede-auf-der-hauptversammlung-der-deutsche-wohnen-ag/> (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Kotti & Co (2016): 7. Juli: Protest gegen Deutsche Wohnen. <https://kottiundco.net/2016/07/03/7-juli-protest-gegen-deutsche-wohnen> (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Kratzsch, Claudia / Maruschke, Robert (2016): Basisorganisation verändert die politische Landschaft. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 2/3, 103-112.
- Nowak, Peter (2018): Tempelhofer Mieter/innen organisieren sich gegen Deutsche Wohnen. In: Mieter-Echo-Online, 4.12.2018. <https://www.bmgev.de/mieterecho/mieterecho-online/tempelhofer-mieterinnen-gg-deutsche-wohnen> (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Schneider, Marcel (2018): Ein Rechtsreferendar gegen Berlins Immobilienriesen. Legal Tribune Online. <https://www.lto.de/recht/studium-referendariat/s/rechtsreferendar-berlin-miete-modernisierung-verfahren-deutsche-wohnen-streit/> (letzter Zugriff am 2.10.2010).
- Strobel, Hannes (2019): Zusammentun. Mit Milieuschutz gegen profitorientierte Wohnungsunternehmen in Berlin-Kreuzberg. In: Común – Magazin für stadtpolitische Interventionen, 2019/1, 10-11.
- Šustr, Nicolas (2019): Nächster Mieterkampf Hufeisensiedlung. Aktivisten: Deutsche Wohnen plant energetische Sanierung der Wohnanlage in Britz. In: Neues Deutschland, 10.2.2019. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1111947.deutsche-wohnen-und-co-enteignen-naechster-mieterkampf-hufeisensiedlung.html> (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Tirnthal, Johanna (2019): Die Profite mit der Miete. Protest gegen hohe Mietpreise. Deutschlandfunk Kultur. 19.2.2019. In: Deutschlandfunk, 19.2.2019. [https://www.deutschlandfunkkultur.de/protest-gegen-hohe-mietpreise-die-profite-mit-der-miete.976.de.html?dram:article\\_id=441392](https://www.deutschlandfunkkultur.de/protest-gegen-hohe-mietpreise-die-profite-mit-der-miete.976.de.html?dram:article_id=441392) (letzter Zugriff am 2.10.2020).
- Vollmer, Lisa (2019): Vom Tempelhofer Feld auf die Straße. In: Zeit-Online, 25.6.2019. <https://www.zeit.de/kultur/2019-06/wohnungsmarkt-wohnungspolitik-wohnungsbau-berlin-baupolitik-tempelhofer-feld> (letzter Zugriff am 2.10.2020).



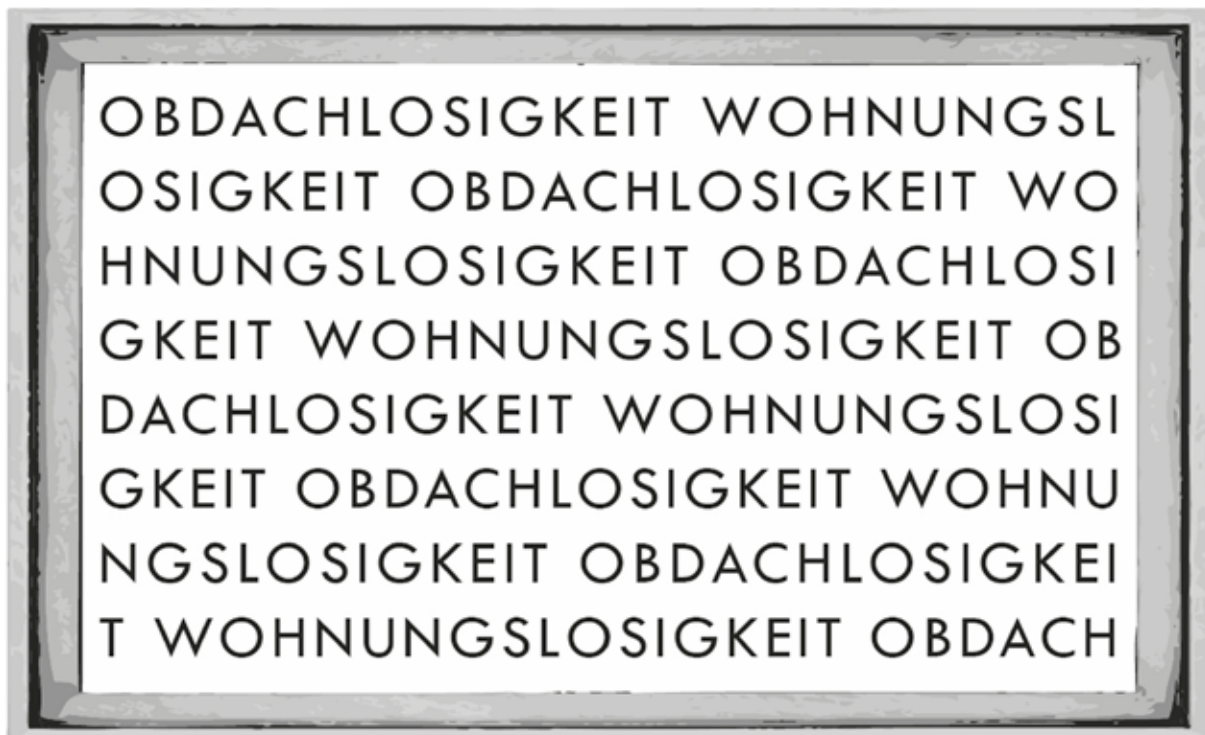


Abb. 1 Darstellung K.S. Welche Bilder kommen Ihnen in den Kopf, wenn Sie die Begriffe Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit lesen oder hören?[1] Bei visuellen Assoziationen greifen wir Menschen spontan auf durch Sehen gelerntes Wissen zurück (Schürmann 2008). Zwar variiert dieses Wissen je nach individuellen Bezugspunkten, hier zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit. Jedoch prägen auch Dokumentationen, Reportagen, Fotoserien, Filme, Spendenplakate etc. durch visuelle Repräsentationen unsere Vorstellungen davon, wie Obdach- und Wohnungslosigkeit aussieht. Mit Illustrationen, Kupferstichen, Holzschnitten und besonders mit Hilfe der Fotografie hat sich über Jahrhunderte ein Repertoire an gesellschaftlich akzeptierten Darstellungen von Obdach- und Wohnungslosigkeit herausgebildet, das

in unterschiedlichen Variationen immer wieder reproduziert und so stets aktualisiert wird (vgl. Goldfischer 2018; Schmidt 2015; Lancione 2014; Korff 1997). Bis heute transportieren solche visuellen Repräsentationen meist implizit wie explizit stereotype und abwertende Nachrichten über obdach- und wohnungslose Menschen und deren Situationen. Aus diesem Grund werden in diesem Beitrag solche Bilder nicht gezeigt. Vielmehr soll dafür sensibilisiert werden, dass das Sehen und Imaginieren von Obdach- und Wohnungslosigkeit in ein dominantes visuelles Regime eingebettet ist, das ungleiche gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduziert und stabilisiert.

Dementsprechend sollen die nächsten Seiten den gelernten Blick auf Obdach- und Wohnungslosigkeit irritieren und die vom dominanten visuellen Regime geprägten Seherwartungen in Frage stellen. Dazu greift der Beitrag Fotografien und Kommentare von zwölf Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit auf. Diese sind im Rahmen des Dissertationsprojektes *Ordinary Homeless Cities? Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Rio de Janeiro und Hamburg* (Schmidt 2018) zwischen 2012 und 2013 entstanden. Aus global-urbaner Perspektive auf Hamburg und Rio de Janeiro geht es der Arbeit nicht darum, Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit zwischen beiden Städten zu vergleichen, sondern einem global funktionierenden Mechanismus des ‚urban othering‘ entgegenzuwirken, der obdach- und wohnungslose Menschen als ‚urbane Andere‘ in einer vermeintlich ‚anderen‘ urbanen Realität positioniert. Mit dem Fokus auf die unterschiedlichen Stadtkontexte Hamburg und Rio de Janeiro wird deutlich, dass jenseits von dichotomen Kategorien wie Stadt im Globalen Norden/Globalen Süden Obdach- und Wohnungslosigkeit als Teil urbaner Verhältnisse von Städten weltweit zu verstehen ist (ebd.).

Im Kontext der diesbezüglichen ethnographischen Forschungen in Kooperation mit Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Hamburg und Rio de Janeiro nahmen mit Hilfe von Einwegkameras jeweils sechs Personen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit in beiden Städten zur Fragestellung „Mein Hamburg/Mein Rio“ Fotos auf. In den anschließenden Interviews zu den Fotos deuteten und erläuterten die Fotograf\_innen ihre Bilder. Als Ergebnis dieser methodischen Variante der „reflexiven Fotografie“ (Dirksmeier 2013) wurden Bilder durch Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit produziert, die sich weniger auf ihre vermeintliche obdach- und wohnungslose Identität beziehen, als vielmehr einen Einblick in Machtverhältnisse im jeweiligen städtischen Alltag geben.

Die in die folgende Erzählung eingewobenen Bezüge zwischen Bild und Text beruhen so zum einen auf dem empirischen Material der Fotointerviews. Zum anderen beziehen sich die im Text beschriebenen Reaktionen auf verbale Rückmeldungen der Ausstellungsbesucher\_innen zu den Bildern, die in Form von Wanderausstellungen in beiden Städten bereits mehrfach ausgestellt oder in Vorträgen gezeigt wurden. Verschiedene Publika hatten hier die Möglichkeit, die Bilder zu betrachten und ihre Sichtweise dazu zu äußern. Alle direkten Bezüge aus der Empirie werden im Text kursiv hervorgehoben und zum Teil paraphrasiert.

Ausgehend von einem dominanten visuellen Regime der Obdach- und Wohnungslosigkeit ist es interessant, die eigene Imagination zu befragen, welche Bilder nun erwartet werden – wissend, dass es sich im Folgenden um Fotos handelt, die von Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit aus Hamburg und Rio de Janeiro gemacht wurden.

## „Mein Hamburg/Mein Rio de Janeiro“

Stadt mit obdach- und wohnungslosen Perspektiven sehen?

Fotografien von P.H./S.G./M.S.V./H.H./M.C./S.S./E.P/J.A./K.S.  
erzählt von K.S.

Abb. 2 „Bei schönem Wetter halte ich mich da gerne auf, hinter der Langen Reihe. Eis holen und schön auf die Wiese legen. Ich gehe nachher vielleicht auch noch hin.“  
(© P.H., 8.6.2012)

Abb. 3 „Lapa: ein historischer Ort. Wer nach Rio kommt und nicht in Lapa war, war nicht in Rio. Dieses Bauwerk ist Tradition. Es ist mehr als 200 Jahre alt.“  
(© S.G., 1.9.2012)

Sowohl Hamburg als auch Rio de Janeiro sind touristische Städte, deren Sehenswürdigkeiten emblematische Orte darstellen, die von Besucher\_innen sowie Bewohner\_innen immer wieder gerne aufgesucht und auf die eine oder andere Weise abgelichtet werden. Dies gilt für die Außenalster in Hamburg wie auch für die Bögen von Lapa in Rio. Auch für die beiden Fotografen stellen diese Orte Erholungsorte dar, an denen sie sich gerne aufhalten und die Umgebung, den *Blick auf ein historisches Bauwerk* (S.G.) oder ein *Eis am Alsterufer* (P.H.) genießen (vgl. Abb. 2 und 3). Die beiden Motive sowie die damit verbundenen Aktivitäten stellen per se keine Besonderheit dar, verweisen sie doch auf Praktiken und Sichtweisen, die üblicherweise von vielen Menschen an diesen Orten ausgeübt und übernommen werden. Im Kontext von Obdach- und Wohnungslosigkeit rufen sie dennoch Irritation hervor. Reaktionen auf diese Bilder zeigen immer wieder, dass diese Fotos für Betrachter\_innen eine Überraschung darstellen. Dies betrifft zum einen die ästhetische Qualität der Bilder und zum anderen deren inhaltliche Aussage. Hier werden verinnerlichte Stereotype über Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit deutlich, wenn hinterfragt wird, ob *tatsächlich eine obdach- oder wohnungslose Person diese Bilder gemacht hat* (z.B. Ausstellung Rio 2012). Diskurse des Mangels, der Unfähigkeit, der Krankheit etc. (Mattos/Ferreira 2004) lassen es unmöglich erscheinen, dass Menschen in Situation der Obdach- und





Wohnungslosigkeit Fotoapparate bedienen, ästhetisches Gespür haben oder schöne Orte zeigen können. Ebenso irritierend erscheint für viele der *genussvolle Aufenthalt im öffentlichen Raum* zu sein, der obdach- und wohnungslose Menschen von den ‚regulär behausten‘ Bewohner\_innen der Stadt nicht trennt, sondern sogar eventuelle Gemeinsamkeiten (Eis essen!) herstellt (z. B. Ausstellung Hamburg 2012). Die Bilder zeigen, dass obdach- und wohnungslose Menschen, wie andere auch, Teil des gewöhnlichen urbanen Lebens sind und nicht in einer anderen Realität leben. Gleichzeitig ist es genau diese Realität, die von Machtverhältnissen durchzogen ist, in die Obdach- und Wohnungslosigkeit auf besondere Art eingebunden ist.

„Hä, da sind ja keine Obdachlose drauf.“ (Ausstellung Hamburg 2013) Entgegen der Annahme, dass *Fotos, die von Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit gemacht werden, auch Menschen und deren Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit* abbilden, fokussieren viele der Bilder wichtige Aspekte im Alltag von obdach- und wohnungslosen Menschen in Rio de Janeiro und Hamburg. Öffentliche Räume wie Plätze und Parks oder öffentliche Infrastruktur wie WCs oder ÖPNV gewinnen hier jenseits klassischerweise assoziierter Themen der Verdrängung oder Exklusion Bedeutung. Beide obenstehenden Fotografien thematisieren wichtige Aspekte urbaner Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit – den alltäglichen Aufenthalt und das sich Fortbewegen im städtischen Raum (Robaina 2018). Der Aufenthalt am Praça Tiradentes im Zentrum Rio de Janeiros wirft jenseits der fotografischen Momentaufnahme einen Blick auf die neuere Geschichte des Platzes, indem im Interview aus Schwarzer obdachloser Perspektive die *verschiedenen Revitalisierungsphasen und Änderungen der Nutzungsmöglichkeiten* kontextualisiert werden (vgl. Abb. 4). Mit Hilfe der Darstellung der *Tupí* und *Guaraní* auf dem Sockel des Monuments in der Mitte des Platzes betont der Fotograf die *Bedeutung indigener Geschichte Brasiliens und seine Identifikation mit dieser und nicht die der Kolonisatoren* (M.S.V.). Hier wird deutlich, wie persönliche Biografie mit kolonialer (Stadt)Geschichte und klassistischen Aufwertungspolitik von städtischen Räumen verwoben ist.

Aber nicht nur konkrete Orte im, sondern auch das Fortbewegen durch den städtischen Raum spielt bei unterschiedlichen Fotograf\_innen eine Rolle. Dabei zeigt sich, wie komplex städtische Mobilität mit Fragen wie Klasse, *race*, *dis/ability*, Gender oder Status verknüpft ist (Robaina 2018). So stellt etwas Alltägliches wie das Busfahren in Hamburg gerade für diejenigen, die über eine *Be\_hinderung Zugang zu vergünstigten oder kostenfreien Tickets* (P.H.) haben, sowohl eine Notwendigkeit als auch eine Strategie (z. B.

Abb. 4 „[...] Das Monument repräsentiert das wirkliche Brasilien. [...] Die Indigenen, die Tupí, die Guaraní – sie sind unsere echte Ethnie. Nicht die portugiesische, wir sind kolonisiert. [...] Hier hat meine Kindheit stattgefunden. [...] Früher gab es hier eine Wasserstelle, da habe ich immer geduscht. [...] Der Bürgermeister César Maia hat die Duschmöglichkeit entfernt.“  
(© M.S.V., 13.4.2013)

Abb. 5 „Ich bin eigentlich jeden Tag da. Mit dem Bus oder zu Fuß, je nachdem, wieviel Geld in der Tasche.“  
(© H.H., 27.5.2012)





Abb. 6 „Das ist ein öffentliches Gebäude [und wurde schon mehrmals besetzt]. [...] Ich wünschte, es wäre Wohnraum, um diejenigen unterzubringen, die es wirklich benötigen [...].“ (© M.S.V., 13.4.2013)

Abb. 7 „[...] die Security von der Behörde hat uns weggeschickt. Wir haben das Bild vom Amt, ich sag mal, ‚beschmutzt‘. [...] Der eine, der muss immer wichtig tun. Die anderen gehen vorbei und grüßen.“ (© M.C., 6.7.2012)

als Zeitvertreib) im Kontext von Obdach- und Wohnungslosigkeit dar, selbst wenn die Nutzung des ÖPNV gleichzeitig *regelmäßig durch Erfahrungen der Diskriminierung* (P.H.) geprägt sind. Für obdach- und wohnungslose Menschen ohne Zugang zu Vergünstigungen ist der ÖPNV dagegen häufig eine Art *Luxus* (H.H.), der darüber entscheidet, welche Aktivitäten, Ressourcen und Angebote in Reichweite der eigenen Mobilität liegen (vgl. Abb. 5).

Obwohl die Bilder auf den ersten Blick schnappschussartig wirken mögen, legt deren Reflexion die intersektionalen Verwobenheiten und Dimensionen der Mehrfachdiskriminierung von Personen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit innerhalb stadtpolitischer Dynamiken und gesellschaftlicher Machtverhältnisse in urbanen Räumen offen: Beide Fotobeispiele verdeutlichen, wie individuell unterschiedlich (z. B. als Schwarze oder behinderte obdachlose Person) Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Stadt erfahren werden kann und wie diese Erfahrungen mit konkreten Orten (dem Praça Tiradentes) sowie Begegnungen und Praktiken (im ÖPNV) in der Stadt verschränkt sind. Gleichzeitig ist diese Unterschiedlichkeit jedoch stets kontextbedingt zu verstehen, steht sie doch in Relation zu Herrschaftsverhältnissen (wie der Kolonialität von Armut in Brasilien oder der Neoliberalisierung der Strukturen sozialer Versorgung in Deutschland), die im jeweiligen Alltag von Städten spezifische Wirkmacht entfalten.

Trotz der intersektionalen Relationalität und Komplexität von Obdach- und Wohnungslosigkeit wird die Thematik oft sehr eindimensional und ohne die Perspektive der Betroffenen verhandelt. Für gewöhnlich kommen meist Expert\_innen (Vertreter\_innen der Sozialbehörde oder der Kirchenverbände, Helfer\_innen, Wissenschaftler\_innen oder Sozialarbeiter\_innen) zu Wort, die über die aktuelle Situation von obdach- und wohnungslosen Menschen und deren geschätzte Anzahl oder über politische Entwicklungen der Obdach- und Wohnungslosigkeit in einer Stadt Auskunft geben (Rosen/Davis 2019). Obdach- und wohnungslose Menschen selbst kommen als politische Subjekte in der Stadt beziehungsweise schlichtweg als Bewohner\_innen einer Stadt (außerhalb von Straßenzeitungen) kaum zu Wort. Wenn obdach- und wohnungslose Menschen gebeten werden zu sprechen, dann meist in Bezug zu ihrer persönlichen Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit, also warum, wie lange, wo. Viele der produzierten Bilder beinhalten jedoch dezidiert kritische Stellungnahmen in Bezug auf das „Regieren der Wohnungslosigkeit“ (Marquardt 2013) durch unter anderem städtische Wohnraum-, Austeritäts-, Care- und Kontrollpolitiken, die auf verkörpertem, strategischem und rechtlichem Wissen basieren und gleichzeitig auch illegitime Praktiken offenlegen. So dokumentieren die Abb. 6 und 7 zum



einen *spekulativen Leerstand* und erzählen Geschichten über den *Kampf um Wohnraum durch Besetzungen* (M.S.V.) in Rio de Janeiro, oder sie thematisieren die *Willkürlichkeit einzelner Ordnungshüter\_innen* (M.C.) in und um Hamburger Behörden.

Neben strukturellen Dimensionen sind es aber auch persönliche Meinungen, individuelle Geschichten oder biografische Erinnerungen, die die Fotograf\_innen mit den Fotos teilen. Dabei machen sie unter anderem Themen stark, die vom Diskurs des Mangels, der Verzweiflung und Hilfsbedürftigkeit abweichen und sprechen stattdessen über *Liebe* (Abb. 8 S.S.), *Freundschaft* (Abb. 9 J.A.), *Familie* und *Leidenschaften wie segeln und fotografieren* (H.H.) oder philosophieren über *städtisches Leben im Allgemeinen* (S.S.). Die Bilder lösen einen vermeintlichen Widerspruch zwischen Leben auf der Straße und positiven Bezügen auf und zeigen, dass Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht identitätsstiftend ist, sondern lediglich einen Teilaspekt des Lebens darstellt und eine Person so viel mehr ausmacht als ihre Wohnsituation.

Im Gegensatz zur ständigen Vermutung einer vermeintlichen ‚Andersartigkeit‘ der urbanen obdach- und wohnungslosen Bewohner\_innen müssen die hier präsentierten Bilder dominante Seherwartungen an die Thematik Obdach- und Wohnungslosigkeit enttäuschen. Eigentlich machen die Bilder einen ziemlich ‚normalen‘ und ‚gewöhnlichen‘ Eindruck – jede\_r hätte sie machen können. Genau hierdurch zeigen sie jedoch auf, dass Obdach- und Wohnungslosigkeit keine ‚andere‘ urbane Realität in Städten darstellt, sondern ein zutiefst verwobener Teil der ‚gewöhnlichen‘ urbanen Verhältnisse ist, egal ob in Hamburg oder Rio de Janeiro. Erst wenn die Bilder hinsichtlich ihrer Positionalität im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse gelesen und gesehen werden, wird Normalität und Gewöhnlichkeit hinterfragbar. Dieses Hinterfragen und Irritieren funktioniert aber nur dann, wenn solche Bilder und ihre Deutung zirkulieren und auf ein Publikum treffen,

Abb. 8 „Das ist ein krasser Gegensatz zur Straße. [...] Klar streite ich auch mit meinem Alten, aber [...] auf der Straße ist es noch wichtiger, dass man zusammenhält, die, die man liebt, die du liebst [...].“

(© S.S., 19.06.2012)

Abb. 9 „Mehr als 100 obdach- und wohnungslose Menschen halten sich tagsüber im Campo [Park] auf. [...] Ich unterhalte mich mit Freunden, schlafe ein bisschen.“

(© J.A., 06.10.2012)

Abb. 10 und Abb. 11 Baumansichten in Hamburg und Rio de Janeiro  
(© S.S. & E.P.)

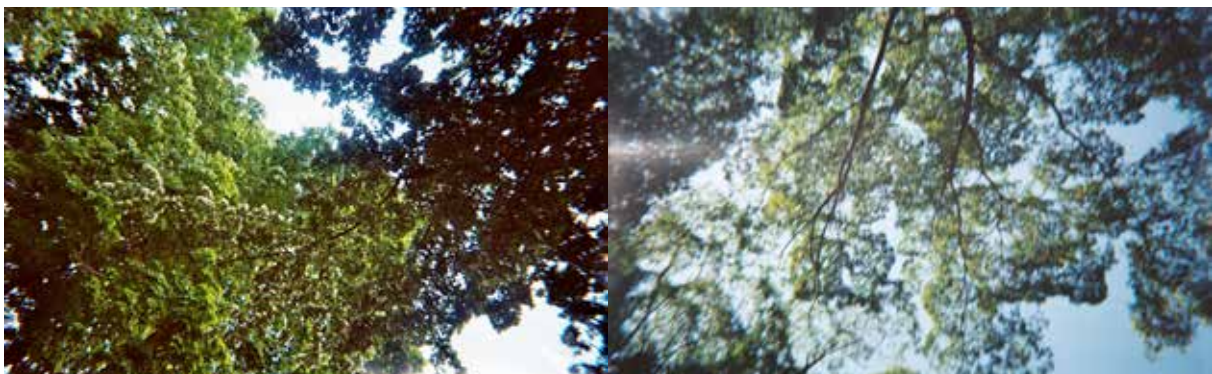






Abb. 12 und  
Abb. 13 Ausstel-  
lungen der Bilder in  
Rio de Janeiro und  
Hamburg 2012  
(© K.S.)

das sich mit ihnen auseinandersetzt. Der Rahmen einer Dissertation bietet eine Möglichkeit hierfür, ebenso wie die Publikation eines Essays in einer wissenschaftlichen Zeitschrift.

Über einen akademischen Rahmen hinaus haben die Fotografien das Potential, in Ausstellungen als *contact zones* (Pratt 1996) zu fungieren, in denen die Bilder den Betrachter\_innen Wissen und Sichtweisen obdach- und wohnungsloser Menschen näherbringen. Im Sinne von *meaningful encounters* (Valentine 2008) können in diesen *contact zones*, über Momente der Irritation hinaus, Reflexionen angestoßen und Impulse gegeben werden, um etablierte Vorstellungen über Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überdenken und eventuell sogar konventionelle Sehgewohnheiten abzulegen. Ausstellungsräume intervenieren so in urbane Normalität und schaffen Raum für diverse Perspektiven und Erzählungen urbaner Obdach- und Wohnungslosigkeit. Durch die Fotos sind wir alle als „citizens of photography“ über verschiedene Rollen hinweg – als Fotograf\_innen, Fotografierte oder Betrachter\_innen – in einen sogenannten „civil contract of photography“ (Azoulay 2008) eingebunden. Jede dieser Rollen erfordert einen verantwortungsvollen Umgang mit Machtverhältnissen, die jeden Akt des Sehens, des Fotografierens sowie jeden Ausstellungsraum durchziehen.

Durch die Umkehrung der Rolle von obdach- und wohnungslosen Menschen in ihrem Verhältnis zu fotografischer Repräsentation gerät Bewegung sowohl in die Machtverhältnisse des *civil contract of photography* als auch in die einer fotobasierten Forschungspraxis. In der machtvollen Position des Fotografen\_der Fotografin schafft die Methode der reflexiven Fotografie in Forschungsprozessen Raum dafür, dass Deutungshoheit obdach- und wohnungslosen Fotograf\_innen eingeräumt und ihre Perspektiven auf Stadt ernst genommen werden. Genauso gibt es Platz für „refusal“ (Tuck/Yang 2014), unter anderem durch das Nicht-Fotografieren (siehe Abb. 15), durch die Aneignung der Kameras für eigene Zwecke, oder durch

Abb. 14 und  
Abb. 15 Reflexive  
Fotografien mit der  
Einwegkamera  
(© M.C. & K.S.)



das Nicht-Erklären von Bildern. Gleichzeitig bedeutet das nicht, dass sich Machtverhältnisse dadurch auflösen. Der konkrete Umgang mit den produzierten Bildern und Interpretationen stellt akademische, künstlerische und aktivistische Verwertungspraktiken vor die Herausforderung, wer diese wie und in welchen Kontexten einsetzen darf und kann. Der Umgang mit Fragen nach Autor\_innenschaft, Vertraulichkeit, Persönlichkeits- und Bildrechten oder Anonymität sollte dazu führen, dass immer wieder neu ausgehandelt werden muss, was als wissenschaftlich, ethisch, moralisch, rechtlich und inhaltlich vertretbar ist und was nicht. Das gilt auch für diesen Essay, in dem alle Beteiligten nur mit anonymisierten Initialen vorkommen und es nur eine Erzählerin gibt, die in der machtvollen Rolle der Autorin bestimmte Bilder und Aspekte für diesen Fotoessay zusammengeführt hat.

Über den *civil contract of photography* sind aber auch Sie als Leser\_innen Teil dieses Essays. Die Frage ist also nicht nur, welche dominanten Sehgewohnheiten dem Sehen und Imaginieren von Obdach- und Wohnungslosigkeit zu Grunde liegen, sondern auch ganz konkret, wie wir als Betrachter\_innen uns als *citizens of photography* dazu verhalten. Haben die Bilder der obdach- und wohnungslosen Fotograf\_innen Ihre Vorstellungen überrascht, bestätigt, gelangweilt oder irritiert? Wenn ja, warum beziehungsweise warum nicht? Schaffen wir es, unser eigenes Sehen kritisch zu hinterfragen? Können wir nicht dominanten Sichtweisen Platz machen? Und wenn ja, welche Konsequenzen hat das für unser persönliches, aktivistisches, künstlerisches, politisches, alltägliches aber auch forschungspraktisches Handeln im Umgang mit Bildern?

*Die portugiesische Fassung des Textes ist ebenfalls verfügbar.*

*Dieser Artikel wurde durch das Institut für Geographie der Universität Hamburg gefördert.*

## Endnoten

- [1] Die Abweichung dieses Beitrages vom gebräuchlichen sub\urban-Layout ist gewünscht, um den partizipativen Ansatz dieser Forschung auch in der Darstellung zu unterstützen.

## Autor\_innen

Katharina Schmidt ist Humangeographin. Sie beschäftigt sich mit feministischen, post- und dekolonialen Perspektiven vor allem auf Stadt, Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit, Machtverhältnissen globaler Wissensproduktion sowie visuellen Geographien.  
fgrv007@uni-hamburg.de

## Literatur

- Azoulay, Ariella (2008): *The Civil Contract of Photography*. New York: Zone Books.  
Dirksmeier, Peter (2013): Zur Methodologie und Performativität qualitativer visueller Methoden. In: Eberhard Rothfuß / Thomas Dörfler (Hg.), *Raumbezogene Qualitative Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, 83-101.

- Goldfischer, Eric (2018): „Peek-A-Boo, We See You Too“: Homelessness and visuality in New York City. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 36/5, 831-848.
- Korff, Gottfried (1997): Bemerkungen zur aktuellen Ikonografie der Armut. In: Siegfried Müller / Ulrich Otto (Hg.), *Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen*. Neuwied: Luchterhand, 281-301.
- Lancione, Michele (2014): The Spectacle of the Poor. Or: ‚Wow!! Awesome. Nice to know that people care!‘ In: *Social & Cultural Geography* 15/7, 693-713.
- Marquardt, Nadine (2013): Räume der Fürsorge. Regieren der Wohnungslosigkeit im betreuten Wohnen. In: *Geographische Zeitschrift* 101/3-4, 148-165.
- Mattos Mendes, Ricardo / Ferreira Franklin, Ricardo (2004): Quem vocês pensam que (elas) são? Representações sobre as pessoas em situação de rua. In: *Psicologia & Sociedade* 16/2, 47-58.
- Pratt, Mary Louise (1996): *Apocalypse in the Andes: Contact Zones and the Struggle of Interpretive Power*. Washington D.C.: IDB Cultural Center.
- Robaina Medeiros Martins, Igor (2018): *População em situação de rua, espacialidades e vida cotidiana*. Rio de Janeiro: Brasil Multicultural.
- Rosen, Rhoda / Davis Leigh, Amanda: (2019): Representing the vortex. In: *Society and Space Online Magazin*. <https://www.societyandspace.org/articles/representing-the-vortex> (letzter Zugriff am 27.3.2020).
- Schmidt, Katharina (2015): Seeing the „Homeless City“? Some Critical Remarks on the Visual Production of Homelessness through Photography. In: *European Journal of Homelessness* 9/2, 283-303.
- Schmidt, Katharina (2018): *Ordinary Homeless Cities? Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Rio de Janeiro und Hamburg*. Dissertation. <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2018/9252/> (letzter Zugriff am 15.10.2019).
- Schürmann, Eva (2008): *Sehen als Praxis. Ethisch-ästhetische Studien zum Verhältnis von Sicht und Einsicht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tuck, Eve / Yang, K. Wayne (2014): *R-Words: Refusing Research*. In: Django Paris / Maisha T. Winn (Hg.), *Humanizing Research: Decolonizing Qualitative Inquiry with Youth and Communities*. Thousand Oaks: Sage Publications, 223-247.
- Valentine, Gill (2008): Living with difference: reflections on geographies of encounter. In: *Progress in Human Geography* 32/3, 323-337.



# Kritische Stadtekursionen

Annäherung an eine reflexive Exkursionspraxis

Nils Grube  
Katja Thiele

## Kritische Perspektiven auf eine zum Alltag gewordene Forschungspraxis

Ob in der Stadt oder in der Peripherie, Exkursionen erheben Anspruch auf einen Zugriff auf unverstellte Wirklichkeit.[1] Im Kanon jeder Geograph\*innenausbildung ist die Praxis einer ortsaufsuchenden Wissensvermittlung fest verankert. Aber auch in nicht-geographischen Disziplinen der Stadtforschung gehört es mittlerweile zum Alltag, ins Feld zu gehen.

Hierbei fällt auf, dass die ‚*Praxis des Exkursierens*‘ selten kritisch betrachtet wird. Der Stand der Literatur hinsichtlich einer kritisch-reflektierenden Auseinandersetzung mit Methodik und Didaktik von Exkursionen ist im deutschsprachigen Kontext bis auf wenige Ausnahmen eher überschaubar (Budke/Wienecke 2009; Dickel 2007; Dickel/Glasze 2009). Oftmals fehlen Verbindungen zwischen der didaktischen Literatur und konzeptionellen Fachdebatten; besonders das Potential alternativer und experimenteller Ansätze des Raumerkundens findet selten Eingang in die Debatten (u. a. Adamek-Schyma 2008; Burckhardt 2006; Löfgren 1994; Sieverts 2007). Hinzu kommt, dass in der universitären (Aus-)Bildung die Methodenlehre immer noch zu oft belächelt wird.

Weil jedoch das ‚*Raus-ins-Feld-Gehen*‘ grundlegende Fragen von Positionalität und Vermittlung von Wissen sowie der Rolle der Exkursionsleitung aufwirft, hat die Kritische Geographie Berlin vor einigen Jahren begonnen, sich mit der Entwicklung einer kritisch-reflexiven Perspektive auf Exkursionen und der dazugehörigen didaktischen Grundlagen zu beschäftigen. Im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Bildung ist gerade nicht die reine Weitergabe kritischer Theorien entscheidend für die Aneignung von Wissen, sondern die kritische Diskussion über dahinterstehende Werte, Leitbilder und Normen (Bürk 2016; Getzin/Singer-Brodowski 2016; Heilgemeir et al. 2016). Im Mittelpunkt der eigenen inhaltlichen Auseinandersetzung standen deshalb die Fragen: Welche Rolle spielt das ‚*Draußensein*‘ eigentlich für die Wissensvermittlung und wie können kritische Exkursionsformate aussehen, die in der Tradition einer kritisch-emanzipatorischen Bildung stehen?



Als Grundlage für die folgende empirische Annäherung an eine kritische Exkursionsdidaktik dienten uns zum einen die Ergebnisse aus mehreren internen Workshops des Vereins Kritische Geographie Berlin. Zum anderen greifen wir in diesem Beitrag auch auf verschiedene Diskussionen zurück, die in den letzten sechs Jahren im Rahmen von Forschungswerkstätten der Kritischen Geographie in Berlin, Leipzig und Frankfurt sowie auf einer von den Autor\*innen mitveranstalteten Podiumsdiskussion auf dem Deutschen Kongress für Geographie 2015 entstanden. Dadurch wurden bereits gesammelte Erkenntnisse wieder *„ins Feld getragen“* und fortlaufend reflektiert. Parallel dazu führt die Kritische Geographie Berlin seit 2013 eine alljährliche Reihe von kritischen Stadtspaziergängen durch, mit der sie nicht nur das Ziel verfolgt, verschiedene Inhalte und gegenwärtige Theorien der kritischen Geographie zu vermitteln und in räumliche Zusammenhänge zu stellen, sondern auch die Erprobung und Reflexion neuer Methoden und didaktischer Formate vorantreibt (Abb. 1).

Ausgehend vom Anspruch einer empirischen Annäherung wird in diesem Magazinbeitrag keine umfassende Auswertung zum Stand der Literatur vorgenommen. Vielmehr wird mit Hilfe einer ersten theoretisierenden Modellbildung die Bandbreite der verschiedenen Formate der Raumerkundung eruiert, um anschließend zwei Formate (Dérive und performative Interventionen) beispielhaft zu illustrieren und ihr transformatives Potential im Kontext von Exkursionen hervorzuheben. Aus den übergeordneten Reflexionen zur Exkursionsdidaktik ist zudem ein Leitfaden entstanden, der in Form eines Fragenkataloges an den Beitrag angefügt ist.[2] Dieser soll dabei helfen, Denkanstöße für die Entwicklung und Durchführung eigener kritischer Stadtextkursionen anzubieten.

Abb. 1 Flyer zu Kiezspaziergängen 2019 (Quelle: Gestaltung Katja Thiele, Foto Nils Grube)



## Zur Ideologie der Exkursion in der Geographie

„Des Geographen Anfang und Ende – ist und bleibt das Gelände.“  
(Daum 1982: 71)

Seit die Geographie sich als Wissenschaft der Beschreibung von Landschaften begreift, sind Exkursionen ein zentrales Element der Disziplin und fester Bestandteil in der dazugehörigen Lehre. Frühe didaktische Ansätze der konventionellen wie weit verbreiteten Übersichtsexkursionen (u. a. Behrmann 1944[3]) legitimierten sich durch den Leitgedanken einer „Schulung in Geländebeobachtung und Geländearbeit“ (Wirth 1968: 278). Ziel dabei ist, das in der Lehre an den Universitäten angesammelte Wissen im Feld wiederfinden, erschließen, vergleichen und reflektieren zu können. Die hier fest verankerte Deutungshierarchie bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der räumlichen Erkundungen erscheint nicht nur hinsichtlich der für den Erkenntnisgewinn nötigen Erfahrung im Beobachten fragwürdig. Auch bleiben Fragen zur Positionalität und zum Einfluss des Forschenden auf das Feld (und damit der Evidenz der erzielten Ergebnisse) völlig unbeantwortet oder weitgehend unterbelichtet. Derartige Ansätze der Exkursionsdidaktik verorten sich gleichzeitig in einer Geographie als Raumwissenschaft, die den zu untersuchenden Raum in seinem territorialen Ausschnitt abgrenzt und die in ihm „enthaltenen Sachverhalte der physisch-materiellen Welt beschreibt und analysierte“ (Budke 2009: 11).

Dieses Selbstbild der geographischen Wissenschaft unterliegt seit den 1960ern mit dem einsetzenden *spatial turn* und der Abkehr vom klassischen ‚Container‘-Raumverständnis einem Wandel. Die daran anschließende Entwicklung einer postmodernen, konstruktivistisch orientierten Exkursionsdidaktik lässt sich seit den 1970er Jahren besonders im Kontext der zunehmenden Lernzielorientierung im Geographieunterricht verfolgen (Neeb 2010: 39, 42). Hieran anknüpfenden methodischen und didaktischen Ansätzen (siehe u. a. Adamek-Schyma 2008; Budke/Wienecke 2009; Burckhardt 2006; Dickel 2007; Dickel/Glasze 2009; Löfgren 1994; Rolfes/Steinbrink 2009; Scharvogel/Gebhardt 2009; Sieverts 2007) verdanken wir erste markante Hinweise auf die Konstruktionsleistung der Subjekte bei der Erfahrung von Welt und die Wahrnehmung einer Vielzahl möglicher Perspektiven. Besonders der Aspekt der multiperspektivischen Erfahrung des Raums taucht in der Literatur immer wieder als relevante Dimension von Konstruktion, Rekonstruktion und Dekonstruktion auf (Neeb 2010: 45 ff.). Nicht zuletzt deshalb dienen uns derartige Perspektiven einer konstruktivistischen (Exkursions-)Didaktik über die vergangenen Jahre als Ausgangspunkt für das Erproben eigener Formate und Methoden.

### **Orientierungsschema für eine ‚kritische‘ Praxis der Raumerkundung**

Um sich den offenen Fragen zur Annäherung an eine ‚kritische‘ Exkursionspraxis zu stellen, hat sich die Kritische Geographie Berlin in einen (Selbst-)Reflexionsprozess begeben. Basis hierfür waren nicht zuletzt die eigens durchgeführten kritischen Stadtpaziergänge. Seit 2013 organisieren

Mitglieder, Freund\*innen und Netzwerkpartner\*innen im monatlichen Turnus Stadtexkursionen zu alternativen und kritischen Themen. In der Veranstaltungsreihe von 2019 gehörten hierzu beispielsweise selbstorganisierte Mieter\*innenkämpfe gegen Aufwertung und Verdrängung, das zähe Ringen um bezahlbaren Wohnraum oder die Zukunft der Großwohnsiedlungen (siehe Abb. 1). Das Aufgreifen marginalisierter Perspektiven stand dabei genauso im Zentrum wie hinter die Fassaden zu schauen, die Konstruiertheit von Problemen in den Blick zu nehmen oder Wissenschaft und stadtpolitische Praxis zusammenzubringen.

Obwohl jedoch durchweg darauf Wert gelegt wurde, mit den Teilnehmer\*innen stärker in Interaktion zu treten als es sonst bei Exkursionen üblich ist, unterschieden sich die konkreten didaktischen Formate erheblich. Jede\*r Einzelne hatte sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Formate sich eignen, um transformative Lernprozesse anzustoßen und wie diese auf die Vermittlung kritischer Denkfähigkeit wirken. Im Laufe der Zeit ergab sich bei vielen Beteiligten der Wunsch nach einem internen Austausch über gemeinsame Kriterien einer kritischen Exkursionsdidaktik.

Was macht also eine Exkursion zu einer ‚kritischen Exkursion‘? Überraschenderweise ist die Antwort gerade nicht die, dass die Exkursionsformate einheitlich in Bezug auf ihre inhaltliche Ausrichtung, didaktischen Grundzüge oder methodischen Mittel sein sollten; die Kritik besteht vielmehr darin, die Diversität von Raumerfahrung sichtbar zu machen. Die innerhalb der eigenen Exkursionsreihe ausprobierten *Praktiken des Exkursierens* geben sogar zahlreiche Hinweise auf die sehr unterschiedlichen Konstruktionsleistungen sowohl der Exkursionsleitenden als auch der Teilnehmer\*innen bei der Erfahrung von Welt und die Wahrnehmung einer Vielzahl möglicher Perspektiven auf diese. Obwohl deutlich wurde, dass es nicht ‚die‘ eine Form der richtigen Exkursion geben kann, sondern vielmehr eine Bandbreite von sinnvollen Exkursionsformaten, war der Versuch einer Systematisierung verschiedener Exkursionsformate ein notwendiger Teil des gemeinsamen Reflexionsprozesses. Die Diskussionen haben gezeigt, dass bei der Konzeption kritischer Formate vor allem der Zusammenhang zwischen zwei Dimensionen relevant ist: den Ansprüchen an die zu vermittelnde Art der Raumerfahrung und den dafür sinnvollen Interaktionsformen. Quer zu diesen lassen sich wiederum verschiedene Formate der Raumerkundung vorstellen. Um herauszufinden, wie stark Raum objektiviert in die Exkursionspraxis Eingang finden und wie stark die Wissensvermittlung ‚top down‘ durch die Exkursionsleiter\*in erfolgen soll, ist es sinnvoll, sich entlang dieser Skalen zu orientieren. Je nach Art der Raumerfahrung sind dann beispielsweise andere Dinge zu beachten.

### **Arten der Raumerfahrung**

Wenn auch der Begriff ‚Exkursion‘ gängig erscheint, muss auf der Ebene der (dabei zu vermittelnden) Raumerfahrung grundsätzlich zwischen drei Formen unterschieden werden. Neben der Exkursion selbst zählen hierzu die Formen der Intervention und der Exploration (siehe Abb. 2).

*Exkursion:* Schon vor Beginn der Exkursion steht fest, an welchen Ort sie führt. Von einer gesellschaftlichen Konstruiertheit von sozialem Raum

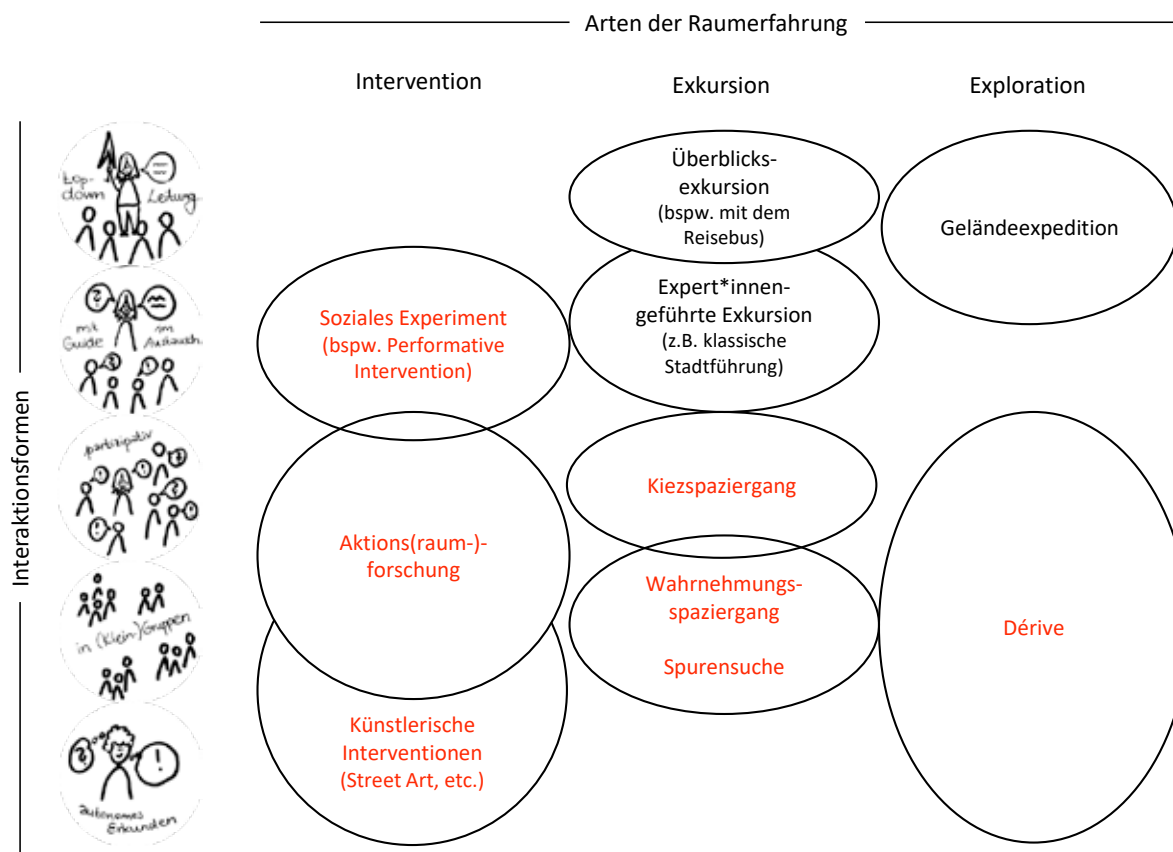


ausgehend, ist damit verbunden, dass über den Ort bereits Wissen existiert und in den Köpfen aller Beteiligten Raumbilder und Assoziationen entstehen, die den Blick und damit die anschließende Raumerfahrung vorstrukturieren. Ziel der Exkursion ist es, bereits bekanntes Wissen weiterzugeben, sei es von einem Guide an die Teilnehmer\*innen – oder in partizipativen Formaten durch den Austausch untereinander. Das existierende Wissen des Einzelnen kann so außerdem intersubjektiv überprüft und ergänzt werden.

*Intervention:* Die Intervention findet ebenfalls an einem zuvor bestimmten beziehungsweise bekannten Ort statt, folgt jedoch im Gegensatz zur Exkursion einem klar definierten (Planungs-)Auftrag oder zumindest einem Veränderungsanspruch für einen konkreten Raumausschnitt. Ein direkter Einfluss auf beziehungsweise Eingriff in das Feld ist beabsichtigtes Ziel und unterscheidet diese Form von den anderen beiden Formen.

*Exploration:* Im Gegensatz zur Exkursion und Intervention dient die Exploration der Entdeckung des Unbekannten. Dabei wird quasi in der historischen (und selbstverständlich hochgradig ambivalenten) Tradition einer Expedition (Gräbel 2015) Neuland erschlossen – und zwar sowohl für die Exkursionsleitung als auch für die Teilnehmer\*innen. Durch die Exploration wird einerseits gänzlich neues Wissen hervorgebracht, andererseits erfordert das Format neben der Selbstreflexion die ständige Reflexion des Unbekannten, um dieses ins Verhältnis zu bereits Bekanntem zu setzen. Bereits in den 1970ern gab es erste Ansätze, eine solche Art der Raumerkundung in die kritische Praxis zu integrieren, etwa bei einer Erforschung von Ermächtigungsprozessen in durch Rassismus stigmatisierten Stadtquartieren (vgl. Bunge 1969, 1971).

Abb. 2 Dimensionen kritischer Exkursionsdidaktik: rot hervorgehoben sind von den Autor\*innen selbst durchgeführte Formate (Quelle: Kritische Geographie Berlin 2014-2019)



## Interaktionsformen

Exkursionsformate können sich erheblich darin unterscheiden, welche Ansprüche sie an das Vorwissen der Teilnehmer\*innen und die anvisierten Raumerfahrungen stellen. So hat neben der Art der Raumerfahrung die jeweilige Art der Interaktion erheblichen Einfluss darauf, wie Teilnehmer\*innen mit dem Raum in Beziehung treten, in dem sie sich bewegen, und welche Lernerfahrungen sie dadurch machen. Hierbei lässt sich unterscheiden zwischen der top-down geführten Exkursion in einer größeren Gruppe und der vollständig autonomen Raumerkundung des Einzelnen. Dazwischen angesiedelt werden können Mischformen wie beispielsweise die durch einen Guide geleitete Exkursion, die den Austausch der Teilnehmer\*innen teilweise zulässt, partizipative Exkursionsformate, bei denen gemeinsam Wissen angeeignet und geteilt wird, sowie Exkursionsformate, bei denen die Teilnehmer\*innen in kleinen Gruppen direkt in den Austausch miteinander treten.

In nahezu allen Diskussionen zum Thema wurde deutlich, dass die Frage nach den geeigneten Interaktionsformen darauf verweist, dass Methoden und Erkenntniswege der kritischen (Stadt-)Forschung nicht unabhängig voneinander zu denken sind. Eine kritische Exkursionsdidaktik muss sich, wie kritische Bildung im Allgemeinen, dem komplexen Verhältnis von Form und Inhalt stellen und an vielen Punkten gleichzeitig ansetzen. Entscheidend ist das Verhältnis der Exkursionsleitung zu den Exkursionsteilnehmer\*innen. Wenn wir als Exkursionsleitende auftreten, haben wir durch unsere Rolle einen großen Einfluss auf die Raumerfahrung und -reflexion von Teilnehmenden. Im Sinne einer Subjektorientierung und um Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, ist es wichtig, Hierarchien zu durchbrechen oder soweit wie möglich abzubauen. Da kritisches Denken und das Initiieren partizipativer Teilnahme vor allem Zeit und Raum brauchen, ist außerdem prozessuales Denken nötig. Das bedeutet einerseits Mut, sich abseits der Trampelpfade zu bewegen – inhaltlich wie methodisch – und andererseits, sich auf Unvorhergesehenes einzulassen.

Damit Teilnehmer\*innen die Vielperspektivität im Rahmen von Exkursionen verstehen können, ist die Rückkopplung der Inhalte und Formate entscheidend. Dies kann durch das kritische Hinterfragen der eigenen Rolle (in der Gruppe und im Raum) sowie durch Feedback in der Gruppe aktiviert werden. Nur wenn die Teilnehmer\*innen verstehen, dass unser Blick auf die Wirklichkeit nie unverstellt ist und Theorien und Methoden des Raumerkundens stark miteinander verwoben sind, können sie kritisch-reflektierte Positionen beziehen.

## Formate der Raumerkundung

Das sich aus den beiden beschriebenen Dimensionen ergebende Raster ermöglicht die Zuordnung verschiedener didaktischer Formate der Raumerkundung. Hinsichtlich der von uns selbst durchgeführten Formate (siehe Abb. 2, rot markiert) lässt sich eine Tendenz zu Ansätzen erkennen, die auf eine Sensibilisierung für individuelles Raumerleben Wert legen. Hierzu zählt vor allem das Format des Kiezspaziergangs, der für uns eine vorbereitete und durch uns geleitete, jedoch vor allem durch den gemeinsamen Austausch

bestimmte Raumerkundung darstellt. Doch auch andere, stärker partizipative und kleingruppenbezogene Methoden kamen zur Anwendung. Die aus den Sozialwissenschaften entnommene Methode der *Aktions(raum)forschung* beispielsweise bedient sich einer Interaktionsmethodik, die Forschende und Beforschte in einen gemeinsamen und ko-produktiven Handlungs- und Reflexionsprozess versetzt. Hinsichtlich der Art der Raumerfahrung ist eine direkte Einflussnahme im Feld beabsichtigt, durch die Wiederholung von Inhalten und zyklisch angeordnete Aktions- und Reflexions-Phasen wird die Trennung von Theorie und Praxis, also zwischen einem wissenschaftlichen Blick und dem Blick des politischen Subjektes, aufgehoben (Fricke 2013: 214). In Anlehnung an theoretische Überlegungen von Lucius Burkhardt (2006) und Boris Sieverts (2007) nutzen auch Formate wie der *Wahrnehmungsspaziergang* oder die Spurensuche individuellere Methoden der Interaktion. Ihr Ziel ist es, dominante Wahrnehmungsformen zu hinterfragen, indem sich in kleinen Gruppen oder allein der (sinnlichen) Wahrnehmung von Raum hingegeben wird, wie zum Beispiel in Form von *soundwalks* (Semidor 2006) oder einer fotografischen Annäherung. Partizipative Methoden wurden dabei wiederum häufig eingesetzt, um anschließend den Austausch von Wahrnehmungen zwischen den Teilnehmer\*innen anzuregen.

Anhand von zwei weiteren Praxisbeispielen aus dem Programm der kritischen Stadtpaziergänge in Berlin soll im Folgenden illustriert werden, wie diese durchgeführt wurden und inwiefern sich solche Formate als kritisch verstehen lassen. Beleuchtet werden zum einen die Spielart des *Dérives* und zum anderen die experimentelle Raumerkundung in Form einer performativen Intervention.

## Praxisbeispiele

### *Dérive, Praxis des Umherschweifens*

„In a *dérive* one or more persons during a certain period drop their relations, their work and leisure activities, and all their other usual motives for movement and action, and let themselves be drawn by the attractions of the terrain and the encounters they find there.“ (Debord 1956)

Der Begriff ‚*Dérive*‘ geht zurück auf den französischen Autor und Künstler Guy Debord und die durch ihn mitbegründete Gruppe der Situationistischen Internationale (SI) in den 1950er Jahren (Debord 1955, 1956; Adamek-Schyma 2008: 408). Bis heute vielfach durch stadtpolitische Initiativen aufgegriffen, stellt der von der SI ins Leben gerufene Slogan „Unter dem Pflaster liegt der Strand“ das Verhältnis von Subjekt und Raum in Frage. Er verweist sogleich auf den Anspruch, (post-)marxistische Theorie(n) in eine revolutionäre Praxis des Erkundens und Aneignens von Raum zu übersetzen. Es lässt sich hierbei jedoch weniger von einem ausgearbeiteten Konzept sprechen als vielmehr von einer Art Exkursionspraxis, die die radikale Kritik an den Formen kapitalisierter Verhältnisse und der daraus hervorgehenden Urbanität selbst zu ihrem Gegenstand macht. Die Annahme dahinter ist, dass die materielle physische Umgebung erheblichen Einfluss auf unsere Wahrnehmung sowie das psychische Erleben von Raum (*Psychogeographie*) und das individuelle

Verhalten hat (Debord 1955). Im Sinne der gesellschaftlichen Transformation müsse jenen kapitalisierten Verhältnissen die Praxis des „bewusst strategische[n] [,] jedoch experimentelle[n] Umherschweifen[s]“ (Adamek-Schyma 2008: 415) entgegengesetzt werden, die mit den Logiken des Bestehenden bricht, indem sie sie zuerst zu verstehen und dann zu überwinden sucht. Auch wenn das Prinzip des Zufalls für die Situationist\*innen eine wichtige Rolle gespielt hat, ging es ihnen nicht darum, sich einfach treiben zu lassen. Ganz im Gegenteil: Das Umherschweifen diene insbesondere als Methode zur gezielten kritischen Auseinandersetzung mit den Regeln und Gesetzen der gebauten Umgebung (Adamek-Schyma 2008: 416). Diesen Regeln wurde sich jedoch ganz unterschiedlich und durchaus kreativ genähert. SI-Aktivist\*innen bewegten sich in der Gruppe durch die Stadt und änderten beispielsweise Anweisungen auf Schildern ins Gegenteil, nahmen bewusst verschiedene räumliche Perspektiven ein, versuchten sich zu verlieren oder provozierten gezielt Situationen.

Im Rahmen der Kiezspaziergänge von Kritische Geographie Berlin e. V. wurden Ansätze des *Dérive* aufgegriffen und über mehrere Jahre verschiedene Methoden ausprobiert. Besonders interessierte die Frage, wie das Umherschweifen als Praxis im Rahmen von Exkursionen dazu dienen kann, die kritische Auseinandersetzung mit der Umgebung zu vermitteln und inwiefern diese angeleitet werden kann und sollte. Dabei haben sich vor allem ein partizipativer Ansatz (d. h. die Aufgabe der eigenen Rolle als Exkursionsleitung zugunsten eines gemeinsamen Erkundens) und das Erkunden und parallele gemeinsame Reflektieren in Kleingruppen als sinnvoll erwiesen. Ausgangspunkt des *Dérive* sollte ein Ort sein, der einem möglichst unbekannt ist, wobei es sich sowohl um einen einzelnen Häuserblock als auch um einen ganzen Stadtteil oder aber eine spezifische Straßenecke handeln kann. Im Rahmen der Kiezspaziergänge haben wir das Ziel deshalb teilweise durch gemeinsames Würfeln entschieden (siehe Abb. 4), damit auch die Exkursionsleitenden sich in keiner Weise auf den Ort des Geschehens vorbereiten konnten. Die anschließende Erkundung folgte keinem zuvor festgelegten Plan, sondern entstand in Abhängigkeit von den Interessen und Blickwinkeln der Teilnehmer\*innen und in Reaktion auf die spezifischen örtlichen Begebenheiten. Die Praxis des Umherschweifens erfordert aufseiten der Teilnehmer\*innen die Fähigkeit, sich auf etwas Neues, Unkonventionelles einzulassen, dessen Ausgang kein\*e Teilnehmer\*in vorhersehen kann. Es handelt sich dementsprechend um eine Form der *Exploration*, die je nach Zielsetzung auch zur *Intervention* werden kann.

Um die Hürde des Neuen zu nehmen und die Teilnehmer\*innen zu animieren, etwas auszuprobieren, haben wir zu Beginn kleine Hefte ausgeteilt, in denen anregende Zitate oder Aufforderungen der SI zu finden sind (bspw.: „Schau hinter die Fassade“, „Folge der Spur“). Ausgehend davon waren die Teilnehmer\*innen dazu aufgerufen, in kleinen Gruppen (von maximal vier Personen) eigene Erfahrungen zu machen und die Grenzen der Umgebung und die eigenen Hemmschwellen zu erkunden und zu besprechen. Nach einer Phase des Umherschweifens kamen alle Gruppen wieder zusammen und wurden gebeten, erst in den Kleingruppen und dann in der großen Gruppe in eine gemeinsame Auswertung zu treten (siehe Abb. 3). Während die Trennung von Exkursionsleitung und Teilnehmer\*innen während des



Abb. 3 und  
Abb. 4 Umsetzungs-  
beispiele Dérive  
(Quelle: Foto Katja  
Thiele)

Dérive aufgehoben war, wurde diese zweite Phase stärker angeleitet (bspw. durch gezielte Fragen) und durch einen Input zu den Zielen der SI ergänzt.

In Bezug auf die Frage nach den Potentialen des Dérive für kritische Stadtextkursionen lässt sich festhalten, dass sich dadurch eine ganze Reihe von Transformationspotentialen im Sinne kritisch-geographischer Bildung entfalten (u. a. Problemlagen erfassen, Zusammenhänge und Komplexität verstehen, die eigene Rolle und Positionalität erkennen, theoretische Überlegungen, Prozess- und Handlungskompetenz praktisch anwenden). Die Erfahrung hat jedoch auch gezeigt, dass es ein paar Besonderheiten gibt, die berücksichtigt werden müssen. Es ist sinnvoll, besonders für das Umherschweifen, eine gewisse Zeit (mindestens 90 Minuten) einzuplanen – oder gar zwei Phasen durchzuführen, unterbrochen durch einen kurzen Austausch. Denn die Kraft dieser Art von Exkursionen entwickelt sich sowohl in Abhängigkeit zur vorhandenen Zeit als auch durch das wachsende Vertrauen der Teilnehmer\*innen untereinander.

### *Performative Intervention*

Im Gegensatz zum Dérive, bei dem sich das Format der Raumerkundung aus der Anwendung einer bestehenden Methodik ergab, hat sich das zweite Beispiel der performativen Intervention aus der inhaltlichen Auseinandersetzung mit einem aktuellen Thema abgeleitet und entwickelt. Bei einigen vorherigen Workshops, die die Kritische Geographie Berlin 2012 und 2013 durchführte, wurden die zunehmenden Konflikte um den Tourismus in Berlin als Anstoß genutzt, eine eigenständige Position zum Phänomen Touristifizierung zu entwickeln (Kritische Geographie Berlin 2014). In Folge bot es sich an, die dabei gewonnenen Erkenntnisse auch in Form eines Kiezspaziergangs ins Feld zu tragen und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Eine zentrale Feststellung bei den Workshops war, dass es im Zuge der sich auflösenden Grenze zwischen Tourismus und Alltag (Larsen 2008) immer schwieriger erscheint, Tourist\*innen von der Vielzahl anderer temporärer (Stadt-)Nutzer\*innen zu unterscheiden. Gleichzeitig ist es jedoch gerade ‚der Touri‘, der von Teilen der lokalen Bevölkerung als sichtbares Zeichen für den sozialen Wandel und als Treiber von Verdrängungsprozessen vielfach und teilweise überraschend offen kritisiert wird (Füller/Michel 2014; Novy 2013).[4] In Anbetracht dieses ambivalenten Spannungsverhältnisses im Umgang mit Tourist\*innen und auch mit Sicht auf die besonderen Wirkungen, die touristische Praktiken gerade in den betroffenen Vierteln auszulösen scheinen, ergab sich ein grundlegendes Problem: Wie kann es gelingen, die Konflikthaftigkeit

von Tourismus und die Touristifizierungsprozesse in städtischen Quartieren vor Ort in Form eines gemeinsamen Stadtspaziergangs zu vermitteln oder zu erkunden, ohne von außen selbst als touristische Gruppe wahrgenommen zu werden und somit genau die zu untersuchenden Konflikte zu (re-)produzieren?

Um das Dilemma lösen zu können, blieb als einzige Möglichkeit, sich genau diesen Umstand bewusst zunutze zu machen. Die Teilnehmer\*innen des Spaziergangs wurden kurzerhand dazu aufgefordert, selbst in die Rolle des/der ‚Tourist\*in‘ schlüpfen. Getreu dem Titel des Kiezspaziergangs „You are a tourist!“ galt es, durch die bewusste Einnahme der Rolle des ‚Touristen‘ und temporären ‚Aufführungen von Tourismus‘ im Stadtraum mehr über Wahrnehmung und Wirkung von Tourismus zu erfahren und den Ort gleichzeitig durch ein aktives Einwirken zu ‚touristifizieren‘.[5] Hilfestellung lieferten theoretische Ansätze aus der kulturgeographischen Stadtbeziehungsweise Tourismusforschung. Insbesondere die performanztheoretische Perspektive, mit der gezielt auf die Art und Weise der Ausübung und Wirkung von (touristischen) Praxen geschaut wird, bot sich als vielversprechender Anknüpfungspunkt an (Dirksmeier/Helbrecht 2015). Diese baut auf den Überlegungen Erving Goffmans auf, nach denen der Natur allen sozialen Lebens ein Drama zugrunde liegt. Entsprechend sei es den Regeln des Theaters unterworfen (Goffman 1959). Im eigens entwickelten Ansatz der *performativen Interventionen* wurden diese theoretischen Grundgedanken mit künstlerischen Ansätzen des Straßentheaters (z. B. Improv Everywhere 2018), des sozialen Feldexperiments (Eifler 2014) und Formen von räumlichen Interventionen kombiniert, die zu Irritationen von Alltagsstrukturen führen und der Provokation von Reaktionen dienen. Für letztere war unter anderem die Methode der Zweckentfremdung (*détournement*), die ebenfalls von der Situationistischen Internationale entwickelt wurde, eine wichtige Referenz (Debord/Wolman 1956).

Ausgewähltes Untersuchungsfeld unserer performativen Interventionen war der Reuterkiez in Berlin-Neukölln. Dieser wird in den vergangenen Jahren im öffentlichen Diskurs oft als Beispiel sowohl für den angestiegenen *Off-the-beaten-track*-Tourismus in Berlin als auch für die durch Tourismus verursachten Nachbarschaftskonflikte genannt. Bevor jedoch die performativen Interventionen durchgeführt werden konnten, mussten die Teilnehmer\*innen des Kiezspaziergangs schrittweise und mithilfe einer ganzen Reihe unterschiedlicher Methoden und didaktischer Formate vorbereitet werden. Nachdem bereits in der Einladung auf das bevorstehende Unterfangen hingewiesen wurde, führte im ersten Schritt ein kurzer Rundgang und ein Input zu der Geschichte des Quartiers inklusive der jüngsten touristischen Entwicklungen ins Untersuchungsfeld ein. Ein gemeinsamer Open-Air-Workshop half anschließend dabei, sich in die performanztheoretische Perspektive Goffmans einzuarbeiten. Über vier Hilfsfragen bestimmten die Teilnehmer\*innen dabei selbst über (1) die später aufzuführenden touristischen Szenen und Dramaturgien, (2) hierfür benötigte Requisiten, (3) mögliche Bühnen und Kulissen der Aufführungen sowie (4) die zu erzielenden (positiven wie negativen) Publikumsreaktionen (siehe Abb. 5). Letztere dienten schließlich als Ausgangspunkt für die Konzipierung der performativen Interventionen in Kleingruppen. Die Fragestellungen dabei waren: Welche





Abb. 5 und  
Abb. 6 Ergebnisse  
Open-Air-Workshop  
zur Ausgestaltung  
der performativen  
Interventionen und  
praktisches Umset-  
zungsbeispiel  
(Quelle: Fotos Helen  
Hebing, Nils Grube)

Reaktionen wollen wir wie hervorrufen? Welche Sinnzusammenhänge gilt es auf den Kopf zu stellen?

So vorbereitet ging es dann ins Feld (siehe Abb. 6). In einer anderthalbstündigen Versuchsphase wurde in einem zirkulären Forschungsprozess schrittweise interveniert, analysiert, reflektiert und erneut interveniert. Trat das erhoffte Ergebnis nicht ein, wurde der experimentelle Versuchsaufbau beziehungsweise -ablauf angepasst. Hierdurch war es möglich, die Experimente durch verschiedene Intensitäten oder den Wechsel der Szenerie zu erweitern und somit verschiedene Ergebnisse zu erzeugen.

Nach der Versuchsphase trafen alle Kleingruppen für einen abschließenden gemeinsamen Austausch über die Raumerfahrungen wieder zusammen. Die Gespräche zeigten, dass es den Teilnehmer\*innen oft nicht leichtgefallen war, konkrete Reaktionen zu provozieren, um mehr zur (negativen) Außenwahrnehmung von Tourismus im Versuchsfeld zu erfahren. Ein Grund hierfür lag sicherlich an der recht kurzen Versuchsphase. Auf der anderen Seite konnten nahezu alle Teilnehmer\*innen im Anschluss an die Interventionen berichten, ein tieferes Verständnis der Wirkungsweisen von sozialen Interaktionen im öffentlichen Raum und die besondere Bedeutung des Einnehmens und Ausübens von sozialen Rollen gewonnen zu haben. Hierin liegt letztlich dann auch die besondere Stärke des Formats, da es gemäß des in diesem Beitrag formulierten Anspruchs kritischer Stadtextkursionen den Aspekt der Positionalität und des Eingriffs des Forschenden ins Feld besonders hervorhebt. Gleichzeitig ermöglicht das entwickelte Vorgehen über den stufenartigen Aufbau und die Vielzahl an unterschiedlichen Methodiken und Interaktionsformen einen intensiven Reflexionsprozess zu den individuellen wie kollektiven Raumerfahrungen.

### Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Beitrag haben wir die zentralen Ergebnisse und Erkenntnisse einer Auseinandersetzung mit dem Thema der Exkursionsdidaktik vorgestellt. Wie sich zeigte, besteht hinsichtlich der Ansprüche an eine kritische Exkursionsdidaktik ein Zusammenhang zwischen der Art der Raumerfahrung und den angewendeten Interaktionsformen. Beide Dimensionen haben einen erheblichen Einfluss auf die konkrete Gestaltung kritischer Exkursionsformate. Eine Beobachtung aus den vergangenen Jahren ist, dass sich solche Exkursionsformate in der Praxis verschiedener Interaktionsformen

bedienen, um der Komplexität der unterschiedlichen Perspektiven auf einen Ort oder eine Thematik gerecht zu werden. Je nachdem, ob die Exkursion als politische und/oder kollektive Praxis verstanden wird, ist es sinnvoll, verschiedenste Methoden aus Wissenschaft und politischer Praxis anzuwenden und kontextbezogene, multiperspektivische Verfahren zu entwickeln, die den oder die Betrachter\*in, aber auch den Ort in seinen Bedeutungen mit einbezieht und zu dialogischen Auseinandersetzungen mit der ‚Realität‘ führt. Inhalt, Form und Zielgruppe stehen dabei in enger Wechselwirkung und was jeweils kritisch ist, hängt maßgeblich vom Kontext ab. In der Praxis kann das etwa bedeuten, dass bei einer Exkursion zum Klimawandel die Modalitäten des Reisens und ihre Folgen in den Blick genommen werden. Das würde die Frage ins Zentrum rücken, inwiefern klimabedrohende Entwicklungen nur vor Ort erfahrbar gemacht werden können. Bei einer Exkursion zum Thema postkoloniale Stadt hingegen muss die Auseinandersetzung mit dem, was und wie wir sehen, selbst im Fokus stehen. Im Zusammenhang mit der Berücksichtigung von Aspekten des Ableismus[6] wiederum wären Methoden sinnvoll, die eine intersubjektive Reflexion von Unterschieden und Möglichkeiten der Bewegung und Wahrnehmung im Raum ermöglichen.

Abschließend ist es uns wichtig zu betonen, dass es sich bei dem hier unternommenen Versuch der Systematisierung lediglich um einen ersten Aufschlag handelt, der als Sortierungshilfe für die kritische Überprüfung und Entwicklung alternativer Exkursionsformate dienen soll. Davon ausgehend, dass es den ‚reinen‘, ‚authentischen‘ Ort, der durch Exkursionen aufgesucht werden kann, nicht gibt und die *Praxis des Exkursierens* Teil der alltäglichen Produktion von Räumen beziehungsweise der angesteuerte Raum kein Container-Raum ist, gibt es auch nicht ‚die‘ eine kritische Exkursionsmethodik. Es kommt auf die Art der Inanspruchnahme von Raum und Partizipation an. Das ist besonders wichtig, um eine falsche Objektivierung des Raums zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der Komplexität der Thematik ist außerdem eine Weiterentwicklung des vorgestellten Modells denkbar, wenn nicht sogar nötig. Ergänzen ließen sich beispielsweise weitere relevante Strukturierungsebenen, die sich nicht in ein zweidimensionales Schema integrieren lassen: a) die zeitliche Dimension, b) verschiedene Formen der Repräsentation von Raum als Medium, c) die etwa im Rahmen von Interventionen verwendeten Daten, oder d) die persönliche Nähe zum Untersuchungsfeld. Hieran könnten weiterführende Reflexionen, aber auch die Entwicklung neuer Formate anknüpfen. Ganz im Sinne der Stärkung der kritischen Exkursionspraxis möchten wir abschließend insbesondere letztere durch den *Leitfaden zur Entwicklung, Durchführung und Auswertung von kritischen Stadtextkursionen*, der im Anhang dieses Beitrags zu finden ist, unterstützen und zum munteren Erproben auffordern!

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Technischen Universität Berlin gefördert.*



## Endnoten

- [1] Die hier aufgeführten verschriftlichten Ergebnisse gingen aus einer mehrjährigen Beschäftigung und inhaltlichen Auseinandersetzung zum Thema hervor, die zwischen 2014 und 2019 neben den Autor\*innen von weiteren Mitgliedern der Kritischen Geographie Berlin geführt und mitgetragen wurde.
- [2] Neben einer größer werdenden Sammlung an möglichen Exkursionsformaten der kritischen Stadtforschung entstand im Zuge unserer jahrelangen Beschäftigung mit den ‚Praktiken des Exkursierens‘ ein Leitfaden, mit dem erste Schritte zur Ausarbeitung einer kritischen Stadtextkursionen erleichtert werden sollen. Der Leitfaden hat drei Teile und beinhaltet Fragen zum (1) persönlichen Interesse, den (2) Vorstellungen zur Didaktik und zur (3) Reflexion der eigenen Rolle bzw. den Ergebnissen.
- [3] Der Geograph Walter Behrmann war im deutschsprachigen Kontext einer der zentralen Autor\*innen, die das Narrativ des Aufsuchens als wichtige Aufgabe von geographischer Ausbildung betonten. Die Figur Behrmann macht jedoch gleichzeitig die Ambivalenz dieser Tradition deutlich, weshalb es uns wichtig erscheint, an dieser Stelle auf ihn zu verweisen und gleichermaßen seine Person zu problematisieren. Behrmann war von 1910 bis zu seinem Tod 1955 als Professor an den geographischen Instituten der Universitäten Frankfurt am Main und Berlin tätig. Wie die Ansätze vieler Geograph\*innen dieser Zeit sind auch die von Behrmann vertretenen Positionen vor dem Hintergrund seiner Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut mit Vorsicht zu genießen. Das durch sie propagierte Narrativ der Exkursion als neutrale Praxis setzt Hierarchisierungen als (bewussten) Teil der Beobachtung voraus und ist bis heute ein wichtiger Ausgangspunkt konstruktivistisch-geographischer Kritik, die die Praxis des Beobachtens als niemals neutral und in gesellschaftlichen Kontexten situiert versteht. Als zeithistorische Zeugnisse eignen sie sich jedoch gerade deshalb gut als Ausgangspunkt für eine Reflexion des historischen Erbes der Geographie, der eigenen Positionalität und für die Entwicklung einer kritisch-geographischen Exkursionspraxis.
- [4] Genau diesem Aspekt innerhalb der Tourismuskritik haben sich neben der Kritischen Geographie Berlin auch andere Gruppen gewidmet und die darin auftretenden fremdenfeindlichen Tendenzen (zu Recht) kritisiert (siehe hierzu AZE Blogspot: <http://aze.blogspot.de/touristen>, letzter Zugriff am 7.10.2020).
- [5] Die Vorstellung des recht komplexen Formats und dessen Aufbau ist hier verkürzt wiedergegeben. Eine ausführlichere Beschreibung der durchgeführten performativen Interventionen findet sich in einem 2019 erschienenen Sammelband (siehe Grube 2019).
- [6] Im Online-Wörterbuch der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung (2020) wird Ableismus als eine Form der Diskriminierung unter vielen Formen verstanden. Wie auch bei anderen Formen (Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, etc.), wird die Abweichung von Menschen anhand eines Merkmals – hier Behinderung – von einer (konstruierten) Mehrheit betont. In der jüngeren wissenschaftlichen Debatte zu Intersektionalität, also der Verschränkung verschiedener Kategorien der Diskriminierung, gewinnt der Begriff Ableismus zunehmend an Bedeutung. In Bezug auf die Didaktik von Exkursionen und die Vermittlung einer intersektionalen Perspektive auf Raumwahrnehmungen und die Zugänglichkeit von Räumen erscheint er uns deshalb als wichtig.

## Autor\_innen

Katja Thiele beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit städtischen sozialen Infrastrukturen. Sie ist Mitglied der Kritischen Geographie Berlin e.V., Freundin des *Dérive* und engagiert sich für kritische Bildung in Theorie und Praxis.  
kthiele@uni-bonn.de

Nils Grube ist Stadtgeograph und forscht zu Politiken im Umgang mit städtischen Touristifizierungskonflikten. Beim Kritischen Geographie Berlin e.V. ist er Teil der Organisation der jährlichen Kiezspaziergänge-Reihe.  
n.grube@isr.tu-berlin.de

## Literatur

- Adamek-Schyma, Bernd (2008): Psychogeographie heute. Kunst, Raum, Revolution? In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 7/3, 407-432.
- Behrmann, Walter (1944): Geographische Exkursionen. In: *Geographische Zeitschrift* 50/1-2, 1-10.
- Budke, Alexandra (2009): Kompetenzentwicklung auf geographischen Exkursionen. In: Alexandra Budke / Maik Wienecke (Hg.), *Exkursion selbst gemacht. Innovative Exkursionsmethoden für den Geographieunterricht. Schriftreihe Praxis Kultur- und Sozialgeographie (PKS) 47*. Potsdam: Universitätsverlag, 11-20.
- Budke, Alexandra / Wienecke, Maik (2009): *Exkursion selbst gemacht. Innovative Exkursionsmethoden für den Geographieunterricht. Schriftreihe Praxis Kultur- und Sozialgeographie (PKS) 47*. Potsdam: Universitätsverlag.
- Bunge, William (1969): Field notes I. Discussion paper No. 1. Detroit Geographical Expedition, East Lansing. <http://freeuniversitynyc.org/files/2012/09/FieldNotesIDGEL.pdf> (letzter Zugriff am 17.9.2019).
- Bunge, William (1971): *Fitzgerald: Geography of a revolution*. Athens: University of Georgia Press.
- Burckhardt, Lucius (2006): *Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft*. Berlin: Martin Schmitz Verlag.
- Bürk, Thomas (2016): „Es kann nicht nur darum gehen, dass wir David Harvey unterrichten“. Interview mit Thomas Bürk zu Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten kritischer Lehre an der neoliberalen Universität. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4/2-3, 233-240.
- Daum, Egbert (1982): Exkursion. In: Lothar Jander / Wolfgang Schramke / Hans-Joachim Wenzel (Hg.), *Metzler Handbuch für den Geographieunterricht. Ein Leitfaden für Praxis und Ausbildung*. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, 71-75.
- Debord, Guy-Ernest (1955): Introduction to a critique of urban geography. In: *Les Lèvres Nues* 6. <http://library.nothingness.org/articles/SI/en/display/2> (letzter Zugriff am 17.9.2019).
- Debord, Guy-Ernest (1956): Theory of the dérive. In: *Les Lèvres Nues* 9. <https://www.cddc.vt.edu/sionline/si/theory.html> (letzter Zugriff am 17.9.2019).
- Debord, Guy-Ernest / Wolman, Gil J. (1956): Mode d'emploi du détournement [A user's guide to détournement]. *Les Lèvres Nues* 8. <http://www.bopsecrets.org/SI/detourn.htm> (letzter Zugriff am 17.9.2019).
- Dickel, Mirka (2007): Entwurf einer Reisedidaktik durch Narration und Subjektzentrierung – Forschungsdesign und ausgewählte Ergebnisse. In: *Geographie und ihre Didaktik* 15/1, 1-19.
- Dickel, Mirka / Glasze, Georg (2009): Vielperspektivität und Teilnehmerzentrierung. *Richtungsweiser der Exkursionsdidaktik; Praxis Neue Kulturgeographie* 6. Wien: LIT Verlag.
- Dirksmeier, Peter / Helbrecht, Ilse (2015): Resident perceptions of new urban tourism: A neglected geography of prejudice. In: *Geography Compass* 9/5, 276-286.
- Eifler, Stefan (2014): Experiment. In: Nina Baur / Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, 195-209.
- Fricke, Werner (2013): Aktionsforschung in schwierigen Zeiten. In: Milena Jostmeier / Arno Georg / Heike Jacobsen (Hg.), *Sozialen Wandel gestalten – Zum gesellschaftlichen Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, 213-236.
- Füller, Henning / Michel, Boris (2014): Stop being a tourist! New dynamics of urban tourism in Berlin-Kreuzberg. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/4, 1304-1318.
- Getzin, Sofia / Singer-Brodowski, Mandy (2016): Transformatives Lernen in einer Degrowth-Gesellschaft. In: *Socience: Journal of Science-Society Interfaces* 1/1, 33-46.
- Goffman, Erving (1959): *The presentation of self in everyday life*. New York: Doubleday & Company.
- Gräbel, Carsten (2015): *Die Erforschung der Kolonien. Expeditionen und koloniale Wissenskultur deutscher Geographen, 1884-1919*. Bielefeld: transcript Verlag.

- Grube, Nils (2019): You are a tourist. Exploring tourism conflicts by means of performative interventions. In: Thomas Frisch / Christoph Sommer / Luise Stoltenberg / Natalie Stors (Hg.), *Tourism and everyday life in the contemporary city*. London: Routledge, 232-254
- Heilgemeir, Anna / Varol, Asli / Termeer, Beatrice / Schönberg, Enrico / Pelger, Dagma / Welch Guerra, Paul (2016): „Haltung provozieren.“ Ein Gespräch über Möglichkeiten der Kooperation zwischen universitären Lehrveranstaltungen und stadtpolitischen Initiativen. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4/2-3, 241-248.
- Helbrecht, Ilse / Dirksmeier, Peter (2013): Stadt und Performanz. In: Harald Mieg / Christoph Heyl (Hg.), *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: J.B. Metzler, 283-298.
- Improv Everywhere (2008): Human Mirror. <https://improveverywhere.com/2008/07/06/human-mirror/> (letzter Zugriff am 09.5.2018).
- Kritische Geographie Berlin (2014): Touristification in Berlin. Ein Bericht zur Workshop-Reihe des Vereins Kritischen Geographie Berlin. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2/1, 167-181.
- Larsen, Jonas (2008): De-exoticizing tourist travel. Everyday life and sociality on the move. In: *Leisure Studies* 27/1, 21-34.
- Löfgren, Orvar (1994): Learning to be a tourist. In: *Ethnologia Scandinavica* 24, 102-125.
- Neeb, Kerstin (2010): Exkursionen zwischen Instruktion und Konstruktion. Potenzial und Grenzen einer kognitivistischen und konstruktivistischen Exkursionsdidaktik für die Schule. Dissertation an der Justus-Liebig-Universität in Gießen.
- Novy, Johannes (2013): Berlin doesn't love you. Notes on Berlin's „Tourism controversy“ and its discontents. In: Christian Bernt / Andrej Holm / Britta Grell (Hg.), *The Berlin reader. A compendium on urban change and activism*. Bielefeld: transcript Verlag, 223-237.
- Rolfes, Manfred / Steinbrink, Malte (2009): Raumbilder und Raumkonstruktionen im Townshiptourismus. In: Mirka Dickel / Georg Glasze (Hg.), *Vielperspektivität und Teilnehmerzentrierung. Richtungsweiser der Exkursionsdidaktik*. Wien: LIT Verlag, 123-140.
- Scharvogel, Martin / Gebhardt, Andrea (2009): Ansatzpunkte für eine konstruktivistische Exkursionspraxis in Schule und Hochschule. In: Mirka Dickel / Georg Glasze (Hg.), *Vielperspektivität und Teilnehmerzentrierung. Richtungsweiser der Exkursionsdidaktik*. Wien: LIT Verlag, 51-68.
- Semidor, Catherine (2006): Listening to a city with the soundwalk method. In: *Acta Acustica united with Acustica*, 92/6, 959-964.
- Sieverts, Boris (2007): Wie man Städte bereist. In: *Arch+* 183: Situativer Urbanismus: 45. <https://www.archplus.net/download/artikel/2701/> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung (2020): Ableismus. In: *Online-Wörterbuch des Projekts Diversity Arts Culture Berlin*. <https://www.diversity-arts-culture.berlin/woerterbuch/ableismus> (letzter Zugriff: 12.3.2020).
- Wirth, Eugen (1968): Zur Didaktik und Methodik geographischer Exkursionen. In: *Geographisches Taschenbuch* (Hg.): *Geographisches Taschenbuch 1966/69*. Stuttgart: Steiner Verlag, 276-282.

## Leitfaden zur Entwicklung, Durchführung und Auswertung von kritischen Stadtexkursionen

### I. PERSÖNLICHER ZUGANG

- Wie würdest du deinen eigenen Zugang zum Thema beschreiben?  
[aktivistisch, politisch, wissenschaftlich, etc.]
- Welche Motivation liegt deinem Sendebewusstsein zu Grunde?  
[zivilgesellschaftliches Engagement, politische Bildung, etc.]
- Wie hast du dich selbst dem Themenfeld angenähert?  
[(Raum-)Theoretisches Wissen aus (Selbst-)Studium, empirisches Wissen, Alltagswissen, Lesen, Recherche, etc.]
- Wie wird bei dir der Raum behandelt?  
[konstruktivistisch, performativ, sozial, diskursiv, materiell, historisch, transformativ, etc.]

### II. VORSTELLUNGEN ZUR DIDAKTIK

- Welche didaktischen Vorüberlegungen hast du angestellt?  
[Didaktik im Sinne von: WAS bzw. WELCHES ZIEL soll WIE erreicht werden]
- Welchen Ort hast du ausgewählt und warum? Welche Rolle spielt er für das Exkursionsziel?
- Wird während der Exkursion auf Theorien der kritischen Geographie Bezug genommen? Falls ja, werden diese benannt oder sind sie als Basis für bestimmte Argumentationsstränge entscheidend?
- Welche Interaktionsformen wählst du während der Exkursion? Warum?
- Welche Bedeutung hat die eigene Involvierung für das Erkenntnisinteresse der Exkursion?
- Nutzt du bestimmte Methoden (Partizipation, Gruppenarbeit, Interviews, Mental Maps, Spiele, Diskussionsmethoden, etc.) für die Exkursion? Wenn ja, welches Ziel verfolgst du jeweils damit?
- Lassen sich diese Methoden nur während einer Exkursion im Feld umsetzen?
- Wie würdest du die Art der Raumerfahrung beschreiben, die durch sie ermöglicht wird?

### III. REFLEXION

- Wie ist es gelaufen? Wie passen Vorüberlegung und Ergebnis zueinander?
- Wie bewertest du dein eigenes Exkursionsformat/-setting insgesamt und wie haben es die Teilnehmer\*innen bewertet?
- Inwiefern haben die von dir gewählten Methoden dazu beigetragen, dein Ziel zu erreichen und welche Bedeutung haben sie aus deiner Sicht für die Exkursionsteilnehmer\*innen gehabt?
- Braucht es die Exkursion als Format, um die Ziele zu erreichen? Falls ja, was macht das Format so bedeutend bzw. welche Rolle spielt das ‚Draußensein‘ für die Wissensvermittlung?

# Wissen mal ganz konventionell unkonventionell

Stadt verstehen mit Lucius Burckhardt

Reto Bürgin

„Vor Ort sieht die Welt ganz anders aus als am Schreibtisch.“  
(Burckhardt 1994: 6)

„Können wir die Stadt wahrnehmen?“ fragte sich Lucius Burckhardt (1994; 2017). Der Schweizer Soziologe und kritische Grenzgänger (vgl. Gribat 2017) beschäftigte sich intensiv mit dieser Frage. Als Professor für ‚Sozioökonomie urbaner Systeme‘ in Kassel gründete er zusammen mit seiner Frau Annemarie Burckhardt-Wackernagel die sogenannte ‚Spaziergangswissenschaft‘ – auch ‚Promenadologie‘ genannt (vgl. Burckhardt 1995).

Spaziergänge dienen dabei als didaktisches Mittel zur Schärfung der Wahrnehmung von Landschaft (Schoch/Bossert 2017). Aber wie? In zahlreichen Spaziergängen versuchte Burckhardt, den kritischen Blick seiner Studierenden zu schärfen und ihre konventionelle Wahrnehmung von Landschaft zu hinterfragen. Dabei war es nicht von Belang, ob die Landschaft ländlich oder städtisch geprägt war.

Dieser Beitrag rückt Burckhardts Spaziergangswissenschaft in den Mittelpunkt des Interesses. Dabei diskutiere ich deren methodologischen Gewinn

Abb. 1 Lucius Burckhardt (Foto: Annemarie Burckhardt. © Martin Schmitz Verlag[1])



für die Erforschung und Generierung neuen räumlichen Wissens. Zunächst gehe ich auf Burckhardts systemische Denkweise ein. In einem weiteren Schritt nähere ich mich Burckhardts Spaziergang an. Darauffolgend reflektiere ich die Spaziergangswissenschaft als mögliche Methode für die Wissensgenerierung.

### **Eine unkonventionelle Denkweise**

In seinem Aufsatz „Wer plant die Planung?“ (1974)[2] unternahm Burckhardt den Versuch, den planerischen Prozess in seine Einzelteile zu zerlegen. Er hinterfragte das Machtverhältnis zwischen unterschiedlichen Akteur\_innen in Planungsvorhaben. In diesem ‚Kräfteparallelogramm‘ versuchte Burckhardt, Ordnung beziehungsweise Systematik in den Nebel der Entscheidungsfindung zu bringen. Der Blick schweifte somit vom Fokus auf die Ausgangslage und das planerische Endprodukt auf die dahinterliegenden Beziehungen, Mechanismen und Prozesse. Planung ist dabei „nicht autonom, sondern einem sozialen System zugehörig und wirksam durch ein Personenkollektiv, eine Organisation“ (Burckhardt 1974: 87). Somit ist Planung als ein mehrteiliges System zu verstehen, das nicht nur die finale architektonische Formgebung, sondern auch soziale Komponenten miteinbezieht.

Mit seiner systemischen Sichtweise auf Planung kritisierte Burckhardt den Planungsprozess. So komme es immer wieder vor, dass Architekt\_innen, die in Burckhardts Verständnis bis in die späten sechziger Jahre auch Planer\_innen waren, intuitive Entscheidungen treffen, wobei die Komplexität einer Aufgabe beziehungsweise eines Problems stets auf das ‚Wesentliche‘ reduziert würde. Nach Burckhardt führt dies zu einer problematischen und trügerischen „Reduktion komplizierter Problemzusammenhänge“ (Burckhardt 1974: 75). Damit ist gemeint, dass der Umgang mit dem planerischen Kontext eines Problemkomplexes zunächst nicht zum Handwerk von Architekt\_innen gehörte und somit für sie als ‚unwesentlich‘ gelten würde. In der Folge fällt dieser planerische Kontext „unter den Tisch“ (ebd.) und erhält somit kaum deren Beachtung. Doch gerade dieser unter den Tisch gefallene Kontext sollte nicht in Vergessenheit geraten und spielte für Burckhardt eine wichtige Rolle.

Schon sieben Jahre zuvor gliederte Burckhardt (1967) in seinem Aufsatz „Bauen – ein Prozess ohne Denkmalpflichten“ systematisch den Bau- und Planungsprozess in ein relationales Dreieck mit den Eckpunkten Mensch, Umwelt und Politik. Mit dieser „kleinen Dreitaktmaschine“ (ebd.: 32) erklärte Burckhardt anhand der sogenannten „Spiegelsituation“ (ebd.: 29), wie der Mensch die Umwelt verändert und vice versa: Die drei Eckpunkte können dabei nicht isoliert voneinander betrachtet werden, denn das Ganze ist in der Realität „ein in sich verflochtenes System“ (ebd.: 29). Mit der Dreieckskonstellation verdeutlichte Burckhardt, dass der Weg von Veränderungen, ganz gleichgültig ob von Mensch oder Umwelt ausgehend, stets über den Eckpunkt Politik abläuft. Burckhardt erklärte somit anhand des Dreieckmodells, wie planerische und bauliche Veränderungen vonstattengehen. Dabei ist es wichtig, alle Eckpunkte gleich ernst zu nehmen. Burckhardt fokussierte sich also nicht gänzlich auf das Objekt beziehungsweise die Lösung des

vordergründigen Problems, sondern vielmehr auf dahinterliegende soziale und politische Prozesse, die zu Veränderung führen.

Lucius Burckhardt richtete seinen Blick stets hinter das visuell Sichtbare und versuchte dabei Sachverhalte systematisch in Einzelteile zu gliedern (vgl. Bürgin 2019). Dies zeigt sich in seinen Aufsätzen zum unsichtbaren Design. Der Aufsatz „Design ist unsichtbar“ (Burckhardt 1980) war eine Weiterführung seiner Planungskritik. Darin kritisierte er das dem damaligen deutschen Werkbund zugrundeliegende Paradigma der ‚Guten Form‘: Design solle nicht nur als Form eines Objekts verstanden werden, sondern auch deren soziale Komponenten miteinbeziehen und ernst nehmen. Denn gerade der soziale Aspekt von Design schein auf den ersten Blick unsichtbar zu sein. Mit dieser Sichtweise animierte Burckhardt dazu, den Blick nicht nur auf die Dinge selbst zu richten, sondern auch auf die dahinterliegenden unsichtbaren Regelungen und organisatorischen Beziehungen. Dabei ist die Umwelt als ein System zu verstehen, das aus Subsystemen besteht. Der Fokus verlagert sich somit weg vom Einzelobjekt und hebt dessen soziale Wirkung hervor (vgl. Bürgin 2019). Diese hier nur knapp angedeutete systemische Denkweise zieht sich durch Burckhardts gesamtes hinterlassenes Werk und ist auch in seiner eigens begründeten Spaziergangswissenschaft wiederzuerkennen.

### **Zu Fuß die Welt erkunden – und verstehen**

Eine der bekanntesten Hinterlassenschaften von Lucius Burckhardt ist die sogenannte ‚Spaziergangswissenschaft‘. Der Spaziergang, die Praxis der langsamen Fortbewegung zu Fuß, fungiert dabei „als Urform der Wahrnehmung in Bewegung“ (Ritter 2019: 22). Durch die langsame Fortbewegung zu Fuß ist die sinnliche und visuelle Wahrnehmung der Umwelt stärker ausgeprägt. Der temporale Aspekt des ‚Langsamseins‘ ist dabei zentral, wodurch der Spaziergang auch als „anachronistische Geste der Entschleunigung“ zu verstehen ist (Schoch/Bossert 2017: 322). Wer mit dem Auto oder mit dem Zug fährt, hat kaum die Möglichkeit, die gesehenen Eindrücke im Kopf zu verarbeiten: „Moderne Verkehrsmittel neigen dazu, die Reise unbedeutend und abstrakt werden zu lassen und allein das Ziel in den Vordergrund zu stellen.“ (Burckhardt 1995: 266) Dabei geht das Erlebnis des Weges verloren. Eine kritische, tiefgründige Aufnahme und Reflexion der visuellen Betrachtung scheint somit zur Herausforderung zu werden. Die Kritik gilt hier vermutlich vorweg nicht in der Wahl der Verkehrsmittel, sondern eher der unreflektierten Abstraktion der Reise und der Ausrichtung auf das Erlebnis am Zielort. So galt es für Burckhardt gerade auch, diese Abstraktheit systematisch zu zerlegen und die dahinterliegenden Prozesse und Dynamiken zu erkunden. Der Spaziergang ist jedoch in Burckhardts Verständnis nicht als Darstellung, sondern als eine Wahrnehmung zu verstehen (Burckhardt 1995: 257). Sie soll anregen, den Ist-Zustand zu begreifen und zu hinterfragen sowie auch zum Träumen anzustiften (Bürgin/Schoch 2015: 78).

Burckhardt war aber nicht der Erste, der sich mit der „Bewegung als Praxis“ für die Gewinnung neuer Erkenntnisse auseinandersetzte (Bossert 2014: 142). Schon vor seiner Zeit wurde die Mobilität zu Fuß für die Erlebnis- und Wissensgenerierung eingesetzt. Davon zeugen Pilgerfahrten von Gläubigen an heilige Orte oder Reisen, wie zum Beispiel die Odyssee.



Auch Sokrates' und Rousseaus Spaziergänge dienen als Beispiele dafür. In jüngerer Zeit war es der Soziologe Robert E. Park, der unter anderem seine Studierenden dazu animierte, zu Fuß Chicago zu erkunden und zu beobachten. Auch Walter Benjamin mit der Figur des Flaneurs und die Situationistische Internationale mit der Psychogeographie reihen sich in die Gruppe der wissensuchenden Spazierenden ein (dazu ausführlicher: Bossert 2014; Bürgin/Schoch 2015; Schoch/Bossert 2017). Spuren dieser Vorläufer sind auch in Burckhardts Land- und Stadtspaziergängen wiederzufinden. Aber was ist bei Burckhardt neu? „Es ist die einmalige Kombination all dieser Elemente. Lucius Burckhardts Originalität liegt im Versuch, Kunst, Kulturtechnik und wissenschaftliche Methode zu vereinen. Die Spazierenden werden sinnlich, habituell und intellektuell angesprochen. Lucius Burckhardt hofft so, bis zu seinen Mitmenschen vorzudringen, damit neue Erkenntnisse und eine veränderte Wahrnehmung haften bleiben.“ (Bossert 2014: 145)

Anstatt jedoch zu explizit auf das Vergangene aufzubauen, gründete Burckhardt kurzum seine eigene Wissenschaft des Spazierens, die auch als Methode eines Aktionsunterrichts zu verstehen ist. Mit Performances, Exkursionen und spontanen Aktivitäten versuchte er dabei, den kritischen Blick seiner Mitmenschen zu schärfen. Mit einer Prise Humor und einem feinen Gespür dafür, andere zu begeistern, unternahm er zahlreiche Spaziergänge, führte ein Seminar auf einem Parkplatz durch, organisierte künstlerische Performances in der Schweizer Bergwelt, regte mit Wortspielen zum Nachdenken an, kennzeichnete mit einem Schild den Anfang der Landschaft oder rollte einen überdimensionalen Zebrastreifen in der Kasseler Innenstadt aus. Solche Aktionen, die auch einen gewissen Eventcharakter hatten, lassen sich als Methoden für einen bewusst inszenierten Perspektivenwechsel und zur Schärfung des Blicks verstehen. Aber auch die zu den Performances dazugehörenden Begriffe und Wortspiele wie ‚Denkmal Nach‘, die ‚Landschaftsfalle‘ oder das ‚ZEBRA streifen‘ sollten zum Nachdenken anregen.

Abb. 2 Das ZEBRA streifen, Kassel 1993 (Foto: Angela Siever. © Martin Schmitz Verlag)





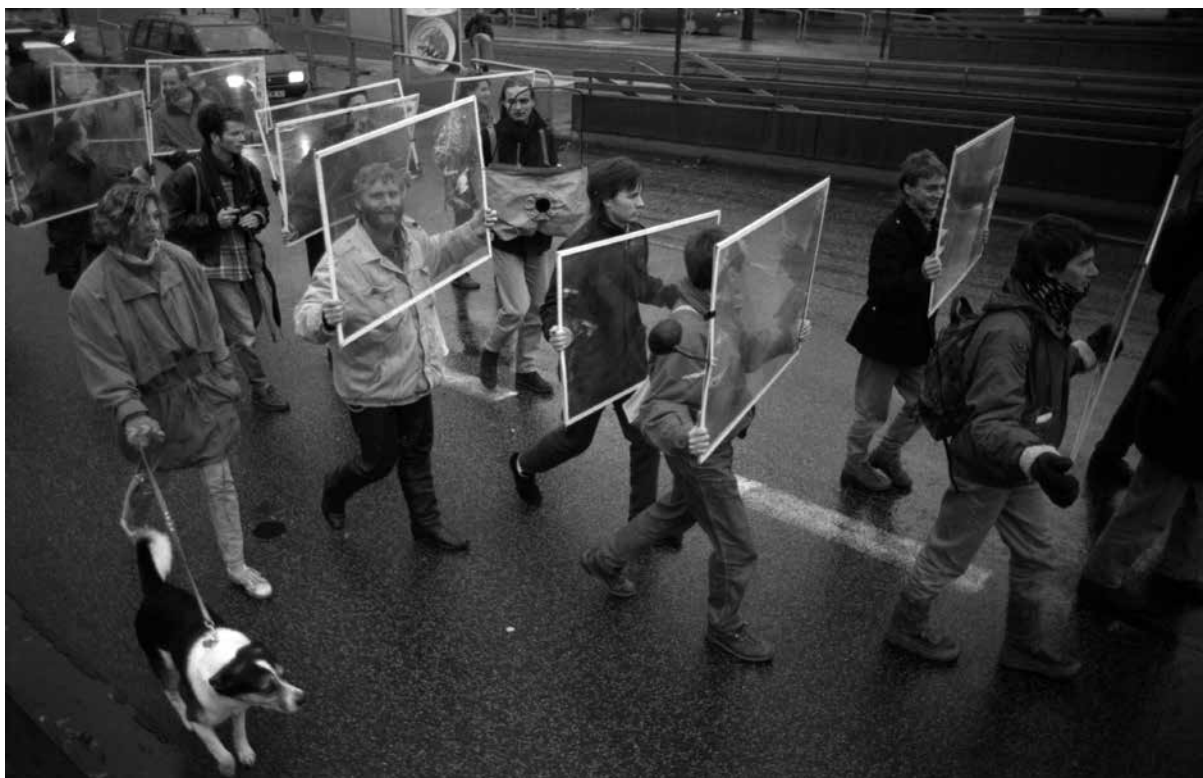


Abb. 3 Die Fahrt nach Tahiti, Kassel 1987 (Foto: Klaus Hoppe. © Martin Schmitz Verlag)

Einer von Burckhardts bekanntesten Spaziergängen ist die ‚Fahrt nach Tahiti‘, die er 1987 anstatt auf die Insel Tahiti im Naturschutzgebiet der Kasseler Dönche durchführte. Der Spaziergang war als Kritik am konservativen Naturschutz gedacht (Bossert 2014: 139). Der ehemalige Truppenübungsplatz der Bundeswehr fungierte dafür als Kulisse, obwohl er auf den ersten Blick in keiner Weise der paradiesischen Insel im Südpazifik zu gleichen schien. Im Laufe des Spaziergangs wurden Auszüge aus dem Reisebericht des Naturforschers und Ethnologen Georg Forster vorgelesen, der im Jahr 1772 mit Captain Cook nach Tahiti gesegelt war. Burckhardt verblüffte seine Mitspazierenden. Denn der von Forster beschriebene Brotbaum war auch in der Dönche anzutreffen. Der Baum sah einfach ein bisschen anders aus: Die Brote stammten aus einer Bäckerei und waren daran aufgehängt. Für die Spazierenden war es erstaunlich, wie die Beschreibungen Forsters auch auf die Kasseler Dönche zutrafen. Während der performative Aspekt das Rahmenprogramm vorgab, war die eigentliche Intention des Spaziergangs eine andere. Burckhardt versuchte anhand des Spaziergangs in Kombination mit Forsters Lektüre zu zeigen, wie Landschaft wahrgenommen wird und dass Umgebungen mental konstruierte Kreationen in unseren Köpfen sind (vgl. Burckhardt 1995; Bossert 2014; Bürgin/Schoch 2015).

Ein nicht minder bekannter Ausflug zu Fuß war der Autofahrerspaziergang. Die Studierenden spazierten mit einer vor die Gesichter gehaltenen Autowindschutzscheibe durch die Straßen von Kassel. Sinn und Zweck dieser Aktion war es, sich der eingeschränkten Perspektive von Autofahrenden bewusst zu werden und Raum ohne Auto erfahrbar zu machen (vgl. Sutter 2014: 50 ff.).

Bei seinen Events konnte Burckhardt experimentieren und Neues ergründen, indem er versuchte, das real und physisch Gesehene als etwas



Konstruiertes darzustellen. Mit solchen, mal mehr und mal weniger aufwändigen performativen Aktionen induzierte Burckhardt bewusst einen Überraschungs- und Lerneffekt bei den Spazierenden. Somit fungierte die Spaziergangswissenschaft als eine Art Schulung der Wahrnehmung, welche aber dann insbesondere in den Diskussionen zwischen den Spazierenden erweitert und geschärft wurde.

Abb. 4 Autofahrerspaziergang im Seminar ‚Wahrnehmung und Verkehr‘, Kassel 1993 (Foto: Bertram Weisshaar. © Martin Schmitz Verlag)

### Spazieren als wissenschaftliche Methode?

Burckhardts Spaziergänge sind in Abgrenzung zu den *dérives* der Situationistischen Internationale nicht mit einem wilden, ziellosen Umherwandern zu vergleichen (vgl. Bossert 2014; Schoch/Bossert 2017) – auch wenn die Form der Fortbewegung zu Fuß dieselbe ist. Insbesondere die schon erwähnte Langsamkeit, die die Spazierenden erfahren, fungiert als zentrales Element in Burckhardts Spaziergangswissenschaft. Dadurch ergibt sich „eine Praxis der Analyse von Räumen und Orten mit ihren Qualitäten und Funktionen als Format der Vermittlung und Darstellung“ (Ritter 2019: 25 f.). Das wird in der sozialkonstruktivistischen Perspektive Burckhardts deutlich. Mit der Metapher der Perlenkette versteht Burckhardt den Spaziergang als eine Sequenz: Die während dem Spazieren aufgenommenen Eindrücke, auch metaphorisch als Perlen zu verstehen, reihen sich wie in einer Kette aneinander und führen folglich in den Köpfen der Spazierenden zu kohärenten Landschaften (Burckhardt 1995; vgl. Schoch/Bossert 2017). Das typische Landschaftsbild ist das Ergebnis einer integrativen Leistung der Aneinanderreihung von Perlen (vgl. Burckhardt 1995: 272). Manche dieser Perlen entstammen jedoch nicht ausschließlich dem Gesehenen, sondern werden hinzugedichtet, weil sie von den Spazierenden aufgrund ihrer Erfahrung und ihres Wissens, beziehungsweise durch ihren „individuellen Wahrnehmungsfilter“, als typisch für die durchwanderte Landschaft gelten

(Schoch/Bossert 2017: 323). In der Folge sehen die Spazierenden das, was sie gelernt haben. Das heißt, dass Landschaft im Kopf entsteht und nicht unbedingt durch die (alleinige) Betrachtung der Umwelt (ebd.).

In dieser Hinsicht kritisierte Burckhardt (1995: 259), „daß die Wahrnehmung gesteuert ist durch Festlegungen, die selber aus früheren Wahrnehmungen erarbeitet sind“. Für Burckhardt war es ein Anliegen, mit der Spaziergangswissenschaft „gleichzeitig mit der Wahrnehmung auch die Determiniertheit unserer Wahrnehmungsformen aufzuzeigen, so daß auch neue ungewohnte Beurteilungen altbekannter Situationen möglich werden“ (ebd.). Damit soll nicht gesagt sein, dass die bestehenden Wahrnehmungsformen als unwichtig oder falsch zu beurteilen sind. Es geht vielmehr darum, auch neue Sichtweisen auf das schon Vorgeformte, Bekannte und Vertraute zuzulassen. In diesem Spannungsverhältnis zwischen gewohnten und ungewohnten Beurteilungen der Wahrnehmung entsteht die Möglichkeit, Neues zu lernen und vertraute Wahrnehmungen kritisch zu reflektieren. Während eines Spaziergangs durch die Stadt ist die Spaziergangswissenschaft somit nicht nur ein didaktisches Mittel, sondern zugleich auch als Methode der Stadtplanungskritik zu verstehen (Schoch/Bossert 2017). Dabei ist es ihr Ziel, die „Widersprüche und Auffälligkeiten ausgewählter Stadtausschnitte oder Stadtaspekte durch eine veränderte Perspektive zutage treten zu lassen und bewusst zu machen“ (ebd.: 324). Ein Spaziergang bildet dafür einen geeigneten Rahmen.

Burckhardt sah seine neue Wissenschaft als „ein Instrument sowohl der Sichtbarmachung bisher verborgener Teile des Environments als auch ein Instrument der Kritik der konventionellen Wahrnehmung selbst“ (1995: 265). Durch die entschleunigte Fortbewegung bleibt den Spazierenden genügend Zeit, um einerseits die Umwelt zu betrachten und diese andererseits auch sinnlich auf sich zurückwirken zu lassen. Dies erlaubt die materiellen und immateriellen Artefakte genauer zu betrachten und zeitgleich kritisch zu reflektieren. Das Spazieren soll dazu animieren, festgelegte Wahrnehmungskonstruktionen des Environments zu hinterfragen und folglich auch aufzubrechen (Bürgin/Schoch 2015: 73). Was heißt das für die Spazierenden konkret? Der Spaziergang versucht das aus der Lebenserfahrung vorgefertigte Landschaftsbild im Kopf aufzulösen und neue Erfahrungen der Wahrnehmung und Reflexion zuzulassen (vgl. Schoch/Bossert 2017: 323).

Obwohl Burckhardt die Spaziergangswissenschaft als ein ‚Instrument‘ betitelte, so lässt sie sich auch als Methode des „Action-Teaching“ zur Erfahrung von städtischen Kontexten im Hinblick auf die Generierung neuen Wissens über die Umwelt verstehen (Bossert 2014: 140 f.). Dieses neue Wissen zeigt sich nicht zuletzt in der kritischen Wahrnehmung der Umwelt, sei diese städtisch oder auch ländlich geprägt. Die Spaziergangswissenschaft animiert dazu, das Gesehene beispielsweise in einem Spannungsverhältnis von Mensch-Umwelt-Politik zu reflektieren (vgl. Burckhardt 1967). Dieses zunächst deskriptive Vorgehen ermöglicht in der darauf aufbauenden kritischen Reflexion in der systemischen Denkweise eine durchaus kritische wie auch innovative Methode der Wissensgenerierung.

Mit Burckhardts Vorhaben, auf dem Spazieren eine eigene Disziplin zu begründen, kritisiert er die Methode zugleich. So ist sie thematisch wenig eingegrenzt und eng mit anderen Disziplinen und ethnographischen Methoden verwandt. Zudem besteht die Gefahr, dass die promenadologischen

Spaziergänge vermehrt einem Spektakel gleichen, insofern deren sorgfältige Vorbereitung übersehen beziehungsweise übergangen wird (Bossert 2014: 152 f.). Darüber hinaus unterliegen die Erkenntnisse aus der Spaziergangswissenschaft der subjektiven Wahrnehmung der Spazierenden. Das heißt, die Wahrnehmungen und Erkenntnisse sind abhängig von deren Vorkenntnissen, Bildern und Wertevorstellungen.

### **Wissen, aber unkonventionell**

Burckhardt war wohl für damalige sowie heutige Hochschulverhältnisse ein eher unkonventioneller Professor. Er mied weitgehend wissenschaftliche Diskurse und Konventionen – seien diese inhaltlicher oder methodischer Natur. Anstatt sich an maßgeschneiderten, standardisierten Methoden zur Erforschung der Umwelt zu orientieren, gründete er kurzum seine eigene und erweiterte sie um den Begriff ‚Wissenschaft‘. Burckhardt ließ sich dabei nicht in ein herkömmliches Methodenkorsett schnüren. Die Spaziergangswissenschaft selbst scheint bis heute keineswegs standardisiert zu sein. Sie ist stets von den subjektiven Erfahrungen und der Sozialisierung der Spazierenden abhängig. Womöglich ist dies auch ein Grund dafür, dass die Suche nach der Spaziergangswissenschaft, so wie sie Burckhardt lehrte, in den Handbüchern zur qualitativen und ethnographischen Forschung vergeblich bleibt. Nichtsdestotrotz sind und bleiben meiner Ansicht nach Spaziergänge ein nützliches Mittel zur Gewinnung von Eindrücken und kritischer Reflexion. Sie können helfen, physische Räume zu erkunden und erste Eindrücke eines zukünftigen oder aktuellen Forschungsgegenstandes zu generieren. Durch solche Spaziergänge wird es möglich, neue Fragen über den Forschungsgegenstand aufzuwerfen, die nicht aus der Literatur stammen und die beispielsweise in darauffolgenden qualitativen Interviews während eines Forschungsprojekts weiter vertieft werden könnten. Dieses Unterfangen hat sich auch in meiner Forschung zum Planungskonflikt im Basler Hafanareal bewährt (Bürgin 2017). Denn tatsächlich sieht die Welt vor Ort anders aus als am Schreibtisch. Ob auf einem Spaziergang durch einen städtischen Konfliktraum oder beim Mitlaufen an einem Protestmarsch – der Spaziergang hilft, den Blick von Forschenden zu schärfen, dialektisch die eigene Wahrnehmung zu schulen und neue Fragen aufzuwerfen. Lucius Burckhardt hat uns gelehrt, mehr zu sehen, das Gesehene zu verstehen und dadurch das eigene Wissen zu erweitern.

### **Endnoten**

- [1] Der Text dieses Beitrags steht unter der Lizenz CC BY-SA 4.0, die Bildrechte liegen beim Verlag Martin Schmitz.
- [2] Siehe dazu ausführlich die Debatte zu Lucius Burckhardt (1974), „Wer plant die Planung?“ in sub\urban 5/1-2 von 2017.

## Autor\_innen

Reto Bürgin ist Sozialgeograf und forscht zu Digital Urban-Rural-Linkages, Stadtgeografie/-soziologie und den Schriften von Lucius Burckhardt.  
reto.buergin@giub.unibe.ch

## Literatur

- Bossert, Markus (2014): Spazieren als Wissenschaft. In: Ueli Mäder / Peter Sutter / Markus Bossert / Aline Schoch / Reto Bürgin / Simon Mugier / Hector Schmassmann (Hg.), Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit. Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag, 139-153.
- Burckhardt, Lucius (1967): Bauen – ein Prozess ohne Denkmalpflichten. In: Jesko Fezer / Martin Schmitz (Hg.), Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Berlin: Martin Schmitz, 26-45.
- Burckhardt, Lucius (1974): Wer plant die Planung? In: Jesko Fezer / Martin Schmitz (Hg.), Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Berlin: Martin Schmitz, 71-88.
- Burckhardt, Lucius (1994): Können wir die Stadt wahrnehmen? In: Helmut Aebischer (Hg.), das ZEBRA streifen. Kassel: Infosystem Planung, Gesamthochschule Kassel, 4-5.
- Burckhardt, Lucius (1995): Spaziergangswissenschaft. In: Markus Ritter / Martin Schmitz (Hg.), Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft. Berlin: Martin Schmitz, 257-300.
- Burckhardt, Lucius (2017): Können wir die Stadt wahrnehmen? In: Noah Regenass / Markus Ritter / Martin Schmitz (Hg.), Landschaftstheoretische Aquarelle und Spaziergangswissenschaft. Berlin: Martin Schmitz, 349-350.
- Bürgin, Reto (2017): Interessenskonflikt im Basler Hafenaerial. Wie Widerständige Lucius Burckhardts Planungskritik neu interpretieren. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 5/1-2, 277-286.
- Bürgin, Reto (2019): Lucius Burckhardt als Vordenker eines sozio-materiellen Raumverständnisses. In: Monika Kurath / Reto Bürgin (Hg.), Planung ist unsichtbar: Stadtplanung zwischen relationaler Designtheorie und Akteur-Netzwerk-Theorie. Bielefeld: transcript, 39-66.
- Bürgin, Reto / Schoch, Aline (2015): Wie Spazieren Wissen schafft: Über die Spaziergangswissenschaft nach Lucius und Annemarie Burckhardt. In: Archithese – Internationale Zeitschrift und Schriftenreihe für Architektur: Architektur und Soziologie 2/45, 72-79.
- Gribat, Nina (2017): Lucius Burckhardt: Der kleinstmögliche Eingriff. In: Frank Eckardt (Hg.), Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer, 145-160.
- Ritter, Markus (2019): Weltwahrnehmen – Weltzurichten: Die Programmatik der Spaziergangswissenschaft von Lucius Burckhardt. In: Annie Pfeifer / Reto Sorg (Hg.), „Spazieren muss ich unbedingt“: Robert Walser und die Kultur des Gehens. Paderborn: Wilhelm Fink, 17-26.
- Schoch, Aline / Bossert, Markus (2017): Spazierend zur Emanzipation? Die Spaziergangswissenschaft als Instrument innovativer Stadterkundung. In: Patrick Oehler / Nadine Käser / Matthias Drilling / Jutta Guhl / Nicola Thomas (Hg.), Emanzipation, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Opladen u. a.: Budrich, 321-337.
- Sutter, Peter (2014): Lucius Burckhardt-Wackernagel. In: Ueli Mäder / Peter Sutter / Markus Bossert / Aline Schoch / Reto Bürgin / Simon Mugier / Hector Schmassmann (Hg.), Raum und Macht: Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit. Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich: Rotpunktverlag, 21-70.



# Urban Citizen Walkers

Methodologische Reflexionen zum kollaborativen Gehen in der Stadt

Katharina Rohde  
Kathrin Wildner

## 1. Start walking

Alle Welt geht. In der Literatur (Cole 2012; Cadogan 2016), der Kunst (Kunstforum International Nr. 266, 2020) und in Ausstellungen („Des marches, démarches“, Marseille 2020), aber auch in der wissenschaftlichen Praxis (Ingold 2008; Solnit 2000; Brown/Shortell 2016; Lisiak et al. 2019; Nguyen 2016). Die Auseinandersetzung mit dem Gehen ist (immer wieder) aktuell. Meist geht es bei diesen Gehversuchen um eine Verbindung des Körpers mit dem umgebenden Raum (z. B. Debord 1990; Pétonnet 2017) oder um die Verschiebung der räumlichen und zeitlichen Maßstabebene (vgl. Augoyard 2007, 2017), die der Geschwindigkeit des globalen Zeitalters etwas entgegensetzen vermag (Rolshoven 2017). Seltener geht es in den Beiträgen um eine systematische Betrachtung von Gehen als Forschungsmethode oder gar um das Gehen als eine transformative Praxis der Stadtproduktion.

Als Stadtforscherinnen und *urban practitioners*[1] möchten wir in diesem kollaborativen Text die Gelegenheit nutzen, das Gehen als eine methodische Praxis der kritischen Stadtforschung zu ergründen. Wir verstehen das Gehen als ein Werkzeug, die Komplexität von Stadt vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen zu begreifen. Vor allem aber verstehen wir das Gehen als ein mögliches Mittel der Rauman eignung beziehungsweise der aktiven und selbstermächtigten lokalen Verortung und damit der (temporären) Selbst-Einschreibung in den urbanen Raum.

Die Methode des kollaborativen Gehens als Möglichkeit der Teilhabe an Stadtgesellschaft ist nicht neu und wird auch – in Berlin und anderswo – bereits angewandt. So veranstaltete das Deutsche Architekturzentrum (DAZ) in Berlin 2015 und 2016 Stadtpaziergänge[2] zusammen mit Architekt\*innen, Planer\*innen, Künstler\*innen und geflüchteten Menschen. Sie zielten darauf ab, den neu Angekommenen eine Orientierung in der Stadt, einen Zugang zu städtischen Institutionen zu ermöglichen und darüber hinaus persönliche Kontakte und sogar berufliche Anknüpfungspunkte zu generieren. Die fortlaufenden Refugee Voices Tours[3] werden hingegen von geflüchteten Menschen organisiert und vermitteln einen Einblick in persönliche



Geschichten und Erlebnisse vor, während und nach der Flucht (vgl. Rohde/d'Auria 2018).

Was wir mit unseren *Urban Citizen Walks* hinzufügen möchten, ist der Versuch, die Stadt post-migrantisch und im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft zu gestalten. Post-migrantisch heißt, dass wir uns mit politischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die *nach* der Migration erfolgen und *hinter* der Migrationsfrage versteckt bleiben, auseinandersetzen (Foroutan 2019). Dabei scheint uns bezüglich dieser politischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse auf lokaler, urbaner Ebene die Frage nach *urban citizenship* zentral. Es geht uns nicht darum, Orientierungshilfe zu leisten, sondern gemeinsam mit unterschiedlichen Stadtbewohner\*innen *Urban Citizen Walks* zu initiieren und uns die Stadt anzueignen, im Idealfall Orte (neu) zu besetzen.

Als kollaboratives Experiment organisieren wir daher im Sommer 2019 zusammen mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, die seit kurzem oder schon lange in Berlin leben, eine erste Stadterkundung. Darin betrachten wir als *Urban Citizen Walkers* die Stadt aus der Perspektive des Ankommens mit dem Blick des Sich-Zurechtfindens in alltäglichen Momenten der Aneignung.

In diesem Beitrag gehen wir der Frage nach, wie das Gehen als Methode der kritischen Stadtforschung hin zu einer aktiven Produktion einer *urban citizenship* weiterentwickelt werden kann. Dazu werden wir zunächst einige theoretische und methodologische Aspekte des Gehens vorstellen. Anschließend beschreiben wir das von uns entwickelte Format der kollaborativen Stadterkundung, wobei wir uns an dieser Stelle auf die methodologische Reflexion konzentrieren. Abschließend diskutieren wir die Potenziale dieser Methode als Praxis zur Teilhabe an der alltäglichen Produktion von Stadt – ganz im Lefebvreschen Sinne als materieller, sozialer, diskursiver Raum – und damit als eine mögliche Voraussetzung für *urban citizenship*.

## 2. Gehen als ... – Theoretische Konzepte

Das Gehen wird in der qualitativen Stadtforschung inzwischen zu den zentralen Momenten der explorativen Analyse gezählt. Ohne den *state of the art* in Bezug auf das Gehen wiederholen zu wollen,[4] möchten wir doch einige für unser Vorhaben zentrale Autor\*innen und deren Texte erwähnen. Hierbei legen wir unseren Fokus auf interdisziplinäre Ansätze mit dem Ziel, die Potenziale des Gehens über Merkmale der ästhetischen Form und der Alltagspraxis hinaus als Forschungswerkzeug und Instrument der Wissensproduktion, vor allem aber als Mittel der Raumaneignung, zu postulieren. Im Sinne des Experimentes folgen diese Ausführungen den Rhythmen des Umherschweifens, des Abdriftens, des Flanierens.

### *Gehen als ästhetische Praxis*

Ein Ursprung des Gehens als ästhetischer Praxis in der Stadt wird mit der literarischen Figur des *Flaneurs* gesetzt. Walter Benjamin widmet ein ganzes Kapitel seines *Passagen-Werkes* dem Flaneur und sammelt Versatzstücke und Fragmente, etwa die kuriose Bemerkung, dass es im 19. Jahrhundert in Mode war, beim Flanieren eine Schildkröte mit sich zu führen



(Benjamin 1998). In diesem Bild zeigt sich eine fast arrogante Selbstinszenierung – das Flanieren als Luxus der Langsamkeit wirft die Frage auf, wer sich überhaupt das passionierte Gehen in der Stadt leisten konnte. Dementsprechend ist es auch nicht verwunderlich, dass die romantisierenden (und bürgerlichen) Beschreibungen der Flaneure in den modernen Großstädten (Hessel 2011 [1929]; Benjamin 2015 [1935]; Krakauer 1964) heute vor allem aus feministischer und postkolonialer Perspektive kritisiert werden (u. a. DüNDAR et al. 2019; Cadogan 2016). Kritisch hinterfragt wird, wer überhaupt über die Möglichkeit (und den Status) verfügt, zu gehen: Frauen? Arbeiter\*innen? People of Color? Denn gerade im öffentlichen Raum sind Fragen der Sichtbarkeit, Genderrollen und Machtverhältnisse präsent; hier werden Zuschreibungen und Zugänglichkeit verhandelt, die der umherschweifende Flaneur – meist ein weißer Mann – selten reflektiert.

Andererseits bedienen sich Autor\*innen wie Walter Benjamin der Figur des Flaneurs gerade, um die bürgerliche, städtische Konsumwelt kritisch zu betrachten. Ganz ähnlich die *Situationisten* (eine Gruppe überwiegend männlicher Künstler\*innen um Guy Debord), die mit dem *dérive* in den 1950er und 60er Jahren eine radikale Kritik an der zunehmend sich kapitalisierenden und individualisierenden Gesellschaft formulierten und diese im städtischen Raum performativ praktizierten (vgl. Debord 1990; Sadler 1999; Grube/Thiele 2020). Sie erfanden die Methode der Psychogeographie, die das Umherschweifen in der Stadt beschreibt und mit deren Hilfe sie die Einflüsse gebauter Umwelt auf die subjektive Wahrnehmung und das soziale Verhalten untersuchten. Unter Einbezug früherer Schriften Lefebvres zu Routinen des Alltagslebens hinterfragten die Situationisten den gebauten wie gesellschaftlichen Raum. Das Gehen der Situationisten lässt sich als eine performative Praxis einer radikalen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft beschreiben. Heute spricht man von einem künstlerischen Genre und den *walking artists* oder *artistes marcheurs*, also Künstler\*innen, die das Gehen als Grundlage ihrer ästhetischen Praxis verstehen (vgl. Fischer 2011).[5]

### *Gehen als Methode der Stadtforschung*

Aber nicht nur in der Kunst, auch in der gegenwärtigen Stadtforschung ist das Gehen eine zentrale Kategorie qualitativer Untersuchungen, eine empirische Wahrnehmungstechnik und ein ethnographisches Forschungsinstrument. In der deutschsprachigen Stadtforschung[6] ist Michel de Certeau's Text *Gehen in der Stadt* (1980) eine zentrale Referenz. De Certeau vergleicht das Gehen mit der Rhetorik der gesprochenen Sprache. Durch die (alltägliche) Bewegung des Gehens in der Stadt folgt der\*die Fußgänger\*in den urbanen Texturen, interpretiert sie und produziert damit den als relational verstandenen urbanen Raum.

Der eigene Körper wird bei de Certeau somit zu einem Instrument der Erkundung und ermöglicht eine sensitive Erfahrung im Hier und Jetzt. Nestor Garcia Canclini setzt in diesem Sinn in den 1990er Jahren bei Untersuchungen zu Mobilität in Mexiko-Stadt die Figur des Flaneurs als methodologischen Ansatz ein (Garcia Canclini 1995). Ziel des interdisziplinären Forschungsprojektes zu alltäglichen Reisen in der Stadt sind die zunächst offene und assoziative Wahrnehmung der Umgebung, die explorative,

noch unstrukturierte Sammlung von urbanen Momenten, Treffpunkten, Ereignissen und Attraktionen und eine konzentrierte (Selbst)Reflexion des Alltagswissens der jeweiligen Personen, Flaneur\*innen und Reisenden.

Einen weiteren Ansatz, das Gehen als Forschungsinstrument einzusetzen, hat Margarethe Kusenbach (2003) entwickelt. Sie führt die Methode der *go-alongs* ein, eine Kombination aus teilnehmender Beobachtung und Interview. Die Forscherin begleitet die Bewohner\*innen auf ihren Wegen durch die Stadt. Die Potenziale sieht Kusenbach in der (gemeinsamen) Reflexion der Wahrnehmung der alltäglichen Umgebung, in der verstärkten Aufmerksamkeit auf räumliche Praktiken und soziale Interaktionen, die im Moment des *go-alongs* sichtbar und im Kontext der sozialen Landschaft erlebbar werden. Mittels des Gespräch werden über die konkrete Situation hinaus biographische Erfahrungen eingeflochten, die die Orte mit Lebensgeschichten verbinden. Ganz ähnlich setzt Monika Streule (2018) die Methode der ‚*Interviews in Bewegung*‘ zur Erkundung großräumiger Teile von Mexiko-Stadt ein, indem sie die *walks* mit Bewohner\*innen und Expert\*innen anhand von Interviewleitfäden strukturiert.

Für Colin McFarlane (2011) ist das Gehen einer der zentralen Ansätze, um etwas über den urbanen Raum, aber auch über uns selber zu lernen. Durch das Gehen werden nicht nur räumlich-urbanistische Zusammenhänge erfahrbar, sondern das Gehen sei eine temporäre Praxis, die als Teil eines umfassenderen Sets von alltäglichen Rhythmen urbane Orte charakterisierten (ebd.: 50).

Johanna Rolshoven führt in ihrem Text *Gehen in der Stadt* (2017) die unterschiedlichen Überlegungen zum Gehen zusammen. Sie reflektiert die Methode eng an dem Entstehen von Stadt. Neben einer konkreten Anleitung zum Gehen[7] systematisiert sie die Potenziale der Methode. Sie markiert einen spezifischen Umgang mit *Zeit*: In einem allgemeinen Zustand der Hypermobilität wirken die Bewegung und der Körper im Raum wie Slow Motion, ein Gegenentwurf zu Effizienz, Optimierung und Geschwindigkeit gesellschaftlicher Bedingungen. Im Weiteren beschreibt sie das Gehen als eine Form der *Aneignung* von Raum: Es findet im Hier und Jetzt statt, *in situ*. Durch die evidente Präsenz, die wahrnehmbare Anwesenheit, entsteht ein spezifisches Verhältnis zwischen Subjekt und umgebendem Raum. Und schließlich ist das Gehen Ausdruck einer selbstbestimmten Handlung. Dabei wird Handlung im Sinne Hannah Arendts (1992) verstanden als ein Prozess der Kommunikation, einer *politischen Interaktion*, die im öffentlichen Raum stattfindet: das Gehen im Raum als politische Haltung.

### *Gehen als aktivistische Praxis*

Die Stadt ist ein Erfahrungsraum, dessen Potenziale und Merkmale erst durch den Gebrauch wahrnehmbar werden. Sich gehend im Raum zu bewegen, bedeutet also immer auch sich den Raum anzueignen wie auch ihn überhaupt als (sozialen) Raum herzustellen. Das Gehen schafft einen politischen Raum mit einem Potenzial der Reflexion und des Widerspruchs (Winkler 2017: 11). Agata Lisiak, Reece Cox, Flavia Tienes und Sophia Zbinovsky Braddel untersuchen dementsprechend das Gehen als kollektives Experiment aktivistischer Interventionen und subversiver Aktionen im öffentlichen Raum.

Sie zeigen, wie das Gehen selbst zu einem Werkzeug der Positionierung und Sichtbarwerdung wird und im Gehen sogar neue kollektive und soziale Praktiken entstehen können (Lisiak et al. 2019). Anders als der meist individualisierte Flaneur wird dabei mit dem kollaborativen Gehen eine Präsenz im öffentlichen Raum evident. Das Gehen in der Gruppe unterstützt die Sichtbarkeit im urbanen Raum. Wie bei einer Demonstration – ein massives gemeinsames Gehen – aber auch darüber hinaus, bedient sich das *engaged walking* alltäglicher Situationen und Orte. Hierbei geht es nicht um die politische Positionierung durch eine lautstarke Masse, sondern um die unmittelbare Nutzung und kollektive Aneignung von alltäglichen Räumen als Widerstandspraxis (ebd.).

Mit dem Urban Citizen Walk testen wir, inwieweit es möglich ist, durch das kollektive Gehen Orte in der Stadt gemeinsam zu erfahren, zu lesen und (neu) zu besetzen. Wissen wird über die Geschichte(n) der Stadt, über Nutzer\*innengruppen und Nutzungen und über Planung und Aneignung gemeinsam generiert. In Anknüpfung an die dargestellten Theorien des Gehens als stadthnologische Forschungspraxis sowie als Form der politischen Positionierung fragen wir uns, ob und wie kollektive Stadterfahrungen und Selbstermächtigungsprozesse zur Teilhabe an Stadt generiert werden können und damit auch eine Zugehörigkeit zu einer städtischen Gesellschaft neu definiert werden kann.

### 3. Experiment am Oranienplatz, Berlin

„INSPIRATIONS to walk: you can walk in a circle around the square, cross it, zig-zag it, leave it for a while, find a place to hang out, walk with your eyes closed or backwards (only in pairs!), lay down for a moment, sit on a bench, jump, change your tempo, change the perspective, engage with users of the square, hold hands [...].“ (Aus der Anleitung zum Urban Citizen Walk, siehe Abb. 1)

Als Datenbasis für diesen Artikel erfinden wir das Format des Urban Citizen Walk und organisieren einen Versuch an einem Nachmittag Mitte August 2019. Die Wahl für unsere Erkundung fällt auf den Oranienplatz (O-Platz) in Berlin-Kreuzberg. Der O-Platz ist ein ‚Paradebeispiel‘ für die Berliner Stadtentwicklung nach den Plänen von Peter Joseph Lenné Mitte des 19. Jahrhunderts. Heute ist er Symbol für Aneignungsprozesse, Proteste und *Urban-Citizenship*-Kämpfe, nicht zuletzt aufgrund seiner Besetzung durch geflüchtete Menschen und deren Unterstützer\*innen zwischen 2012 und 2014.[8] Zu unserem Experiment haben wir zehn Menschen unterschiedlicher Herkunft eingeladen, von denen einige erst seit kurzem, andere schon länger in Berlin leben. Ahmed, Omar und Tarek kommen aus Kairo. Tarek wohnte erst in Prag und pendelte drei Jahre zwischen hier und dort. Kate ist gebürtige Engländerin, die lange in Athen lebte und jetzt hin- und herreist. Agata ist aus Polen und lebt seit vielen Jahren in Berlin. Ayşe kommt aus Istanbul, ist seit einer Weile in Marburg ansässig und kommt regelmäßig nach Berlin. Layla ist Syrerin, lebt in Berlin-Köpenick, arbeitet in Cottbus und schreibt ihre Doktorarbeit in Belgien. Hişar ist vor ein paar Jahren aus Bremen zum Studieren nach Berlin gezogen. Martin ist Rheinländer, lebt

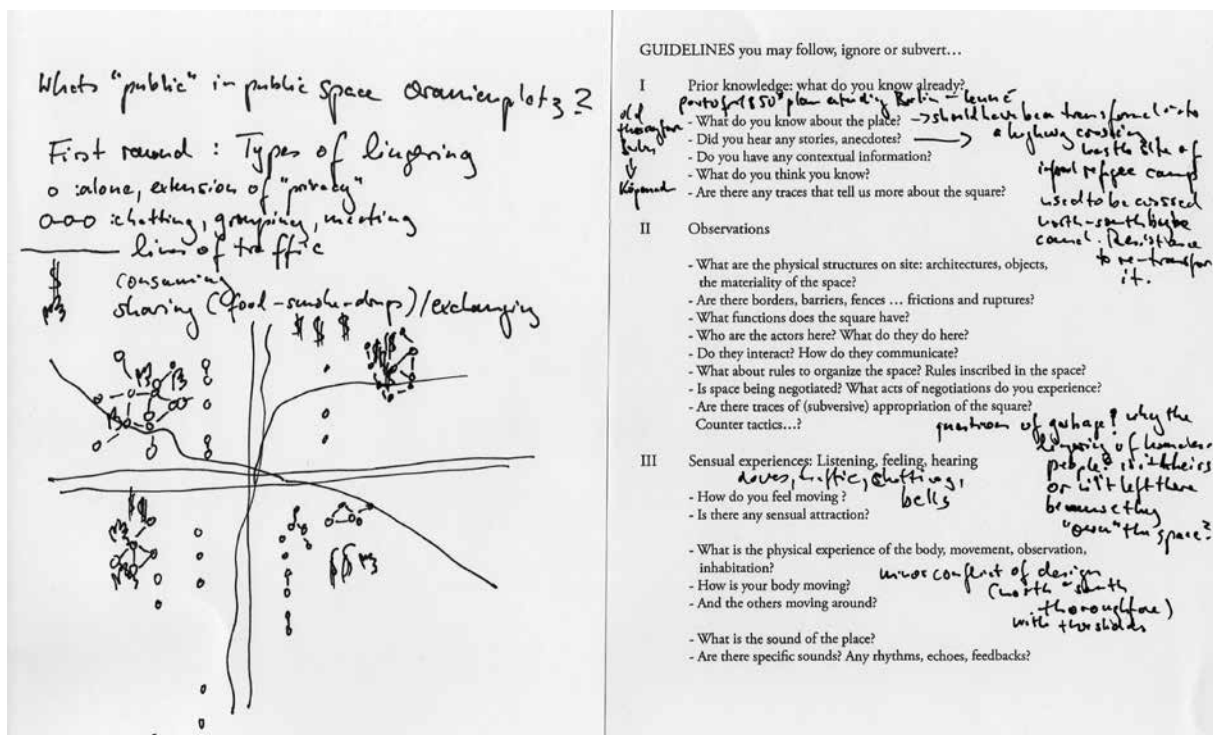
seit 30 Jahren in Berlin, zehn davon in Kreuzberg, und fährt jede Woche zum Arbeiten nach Braunschweig. Randa ist Syrerin aus Damaskus und zum Zeitpunkt des gemeinsamen Spaziergangs erst seit fünf Tagen in Berlin. Davor lebte sie in Kairo. Wir Autorinnen dieses Textes sind ebenso Zugezogene: Kathrin aus Westfalen, lebt nach 20 Jahren in Hamburg und Mexiko-Stadt nun seit zehn Jahren in Berlin und pendelt regelmäßig zurück nach Hamburg. Katharina, aus Schleswig-Holstein, ist seit 1997 in Berlin, allerdings unterbrochen durch längere Auslandsaufenthalte in Caracas, Johannesburg und Lagos. Aktuell lebt sie zwischen Berlin und Brüssel. Uns alle verbindet die (leidenschaftliche) Auseinandersetzung mit Städten: als Architekt\*innen, Stadtforscher\*innen, Kulturwissenschaftler\*innen, Ethnolog\*innen, Anthropolog\*innen und *oral historians*.

Wir treffen uns mit den eingeladenen Urban Citizen Walkers am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg und gehen anschließend gemeinsam zum Oranienplatz. Die Teilnehmer\*innen waren im Vorfeld über die Idee des experimentellen Spaziergangs informiert, wussten allerdings nicht, wohin wir gehen würden. Dieser ‚Überraschungseffekt‘ war uns wichtig, um keine Vorab-Recherche zu stimulieren, keiner Voreingenommenheit, keinen vorgefertigten Bildern und Assoziationen Raum im Kopf zu geben.

Eine von uns, den Autorinnen des Textes, im Vorfeld erarbeitete Choreografie zum Erkunden des Ortes hilft, in das Experiment einzusteigen. Um anzukommen, gehen wir erst einmal als Gruppe um den O-Platz herum. Dieses gemeinsame Gehen erzeugt eine Wirkung nach außen; wir treten als Gruppe auf, sind damit für andere als solche sichtbar und bemerken, dass wir fragend beäugt werden. Umgekehrt ist es natürlich ebenso unser Anliegen zu beobachten, und das Gesehene, Gefühlte und Gehörte (kritisch) zu reflektieren.

Nach einer gemeinsamen ersten Runde bitten wir unsere geladenen Walker, jetzt einzeln und für sich allein zu gehen. Um die Wahrnehmung anzuregen, haben wir eine ‚Anleitung‘ formuliert, die befolgt werden kann,

Abb. 1 Mapping und Notizen eines Teilnehmers des Urban Citizen Walk auf dem von den Autorinnen ausgegeben Leitfaden, Berlin 2019



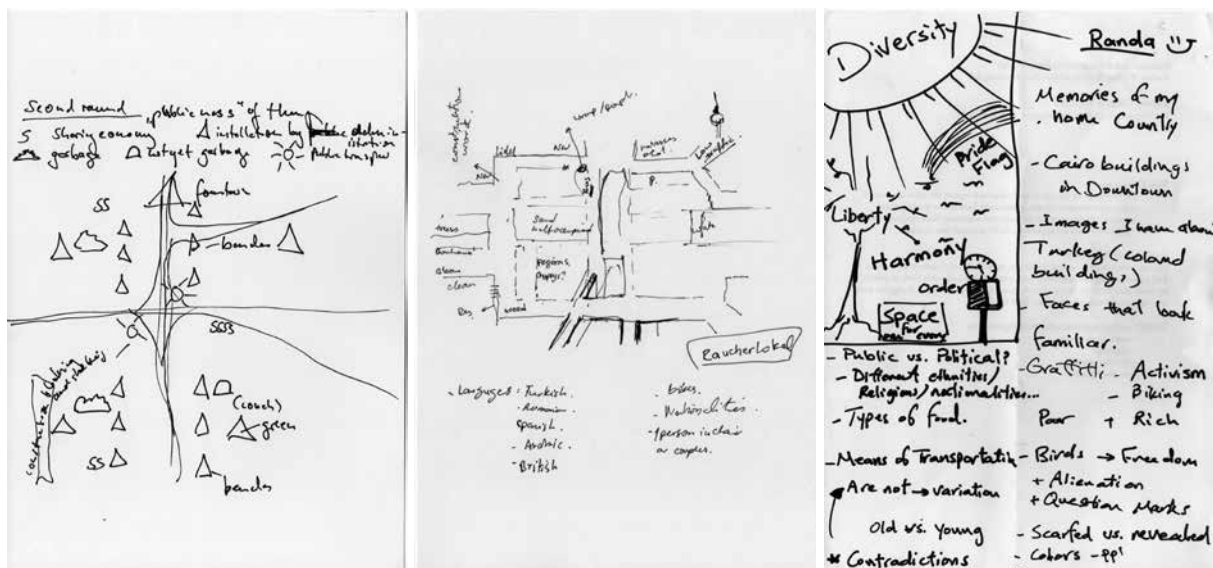


Abb. 2 bis  
Abb. 4 Mappings des  
Oranienplatz von Teil-  
nehmer\*innen des  
Urban Citizen Walk,  
Berlin 2019

aber nicht muss, die also angeeignet, das heißt transformiert oder auch ganz ignoriert werden kann. Die einzige Bedingung ist, keine Fotos zu machen, weil wir mittels Fotografieren den Blick verändern und eher dem Bild nachgehen, als den Ort mit allen Sinnen wahrzunehmen. Unsere Anregungen zum Spazieren weisen auf ein Vorwissen zum Ort, auf das Beobachten von physischen Strukturen, Materialität, Grenzen, Funktionen, Akteur\*innen, Regeln, Verhandlungen sowie auf sensorische Wahrnehmungen (Hören, Sehen, Fühlen).

Die geplanten 30 Minuten des Allein-Spazierens vergehen erstaunlich schnell, was uns verdeutlicht, wie viel es an einem (nicht allen unbekanntem) Ort zu entdecken gibt. Wir treffen uns als Gruppe wieder und machen uns zu zweit erneut auf den Weg. In dieser dritten Runde werden die unterschiedlichen Perspektiven auf den Oranienplatz gemeinsam erfahren und ausgetauscht. Die Paare finden sich selbst zusammen, dürfen sich einander allerdings nicht schon im Vorfeld bekannt sein.

Nach weiteren 30 Minuten finden wir uns zu einer Reflexionsrunde auf der Wiese vor ‚Napulis Baum‘[9] zusammen. Diese ist in zwei Teile geteilt: Einerseits interessiert uns, wie der Ort wahrgenommen wurde, welche Merkmale er hat, wie sich die Beteiligten verortet haben, und nehmen damit Bezug auf unsere ‚Anleitung‘. Außerdem möchten wir das Experiment als Experiment gemeinsam reflektieren. Die Diskussion zeichnen wir als Audioaufnahme auf, die Zitate in diesem Text stammen aus dem Transkript.

#### 4. Urban Citizen Walker: Reflexion

Aus den ersten gehenden Erkundungen am Oranienplatz kristallisieren sich Themen heraus, die sowohl für die folgenden Beschreibungen und Analysen des Platzes als auch für Fragen nach der subjektiven Verortung im städtischen Raum grundlegend und bereichernd sind. In den vielstimmigen Verknüpfungen mit Erfahrungen von anderen Orten ebenso wie im Austausch des jeweiligen Wissens und der individuellen Ordnungs- und Erklärungsmuster zeigt sich die beeindruckende Komplexität urbaner Räume. Vor allem aber werden heterogene, auch widerstreitende Formen der Aneignung und Verortung im städtischen Raum greifbar.

Im Folgenden zeigen wir einige Ausschnitte aus dem Transkript der Reflexionen zu Geschichte und Gestaltung des Ortes, seiner Bedeutung als öffentlichem Raum, als Symbol des Protestes und der alltäglichen Diversität. Darüber hinaus sind in der Reflexion Kommentare des In-Beziehung-Setzens mit eigenen Erfahrungen, der Selbstverortung und Fragen zur Stadtgesellschaft präsent.

### *Erkundungen des O-Platzes*

Mitten in Kreuzberg 36 gelegen, ist der O-Platz immer wieder umkämpft gewesen, wurde wiederholt angeeignet und besetzt. Tarek erinnert sich an den Moment, als er das erste Mal nach Berlin kam und in einem Hostel fußläufig vom O-Platz wohnte:

„I thought all European cities would be like Prague, which is not a very diverse city, after three days here I re-configured my stereotypes, the cities are different.“ (Tarek)

Auch Erinnerungen an Demonstrationen, Straßenkämpfe und das zwischen 2012 und 2014 hier angesiedelte *refugee camp* sind vielen in unserer kleinen Gruppe in Erinnerung:

„I thought about the ghost of the refugee camp and also about the street riots. It is impossible for me to think about this place without thinking about these events, they were not one-time events but more cyclical...“ (Agata)

„This is my first time ever, I just arrived in Berlin, I had a lot of feelings, but it is really interesting that so many events had happened here, it seems that it is a controversial space, I see a lot of contradictions that are significant, but I did not know about the movements here. Traces? I see the graffitis on the wall.“ (Randa)

Für Layla, die in Köpenick wohnt, ist die *Diversität* des O-Platzes eine neue, positive, fast beruhigende Erfahrung:

„I feel less as a Syrian here, always in Berlin... I feel like a stranger, I am a stranger, but it is very dominant, I feel it in every step. But here it is less.“ (Layla)

Die Diversität ist das, was den O-Platz ausmacht. Hier, so scheint es, ist es möglich, dass unterschiedliche Individualist\*innen, Interessengruppen und Nutzungen zusammenfinden, ein Aushandeln von Raum fast lautlos stattfindet:

„Diversity gives meaning to everything: people, languages, colours, ages, different smells, sounds, everything, even the creatures, human beings, insects, animals – all my senses are occupied. [...] I can hear a lot of voices, the bells of the church, the bells of the bikes...“ (Randa)

„... and about the languages, I heard so many languages, I do not know, English accent, Spanish, Armenian... Turkish... I hear rarely German.“ (Layla)



„As I hear all this; this is a totally challenging space from the urban design, it is so vast, it has greenery, there is never some quiet area... there are streets, there are no hidden places...“ (Martin)

Martin erzählt uns etwas zur städtebaulichen Entstehungsgeschichte:

„[Der Platz] [...] wurde als Teil eines größeren städtebaulichen Gefüges angelegt. Ursprünglich verlief hier ein Kanal, der die Spree mit dem Landwehrkanal verband. Geschlossen wurde er in den 1920er Jahren, nachdem schon im 19. Jahrhundert Moskitoplagen die Anwohner\*innen mit Typhus infiziert hatten.“ (Martin)

Kathrin ergänzt mit Hinweisen zum sozio-ökonomischen Kontext:

„Anfang des 20. Jahrhunderts war der O-Platz sehr belebt, [...] ein Zentrum der rasant wachsenden Stadt, ein Ort der Produktion, des Konsums, mit Cafés, Billardsalons und Tanzhallen. [...] Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Manufakturen zur Kriegsindustrie umgerüstet. Danach erfolgte eine Tabula rasa und viele der von den Bomben verschonten Häuser wurden abgerissen. [...] Mit der Mauer wurde der O-Platz zur Sackgasse und verlor seine Zentralität, war plötzlich ein Randgebiet. [...] Erst in den letzten zehn Jahren entwickelte er sich sukzessive (wieder) zu einem kreativen Hotspot. Heute ist die Gentrifizierung weit fortgeschritten. Vielleicht ist der Platz deshalb so faszinierend, weil hier trotzdem Platz für widerständige Praxis zu bleiben scheint.“ (Kathrin)

Wir sind uns einig, dass aus der Perspektive der Gestaltung der O-Platz schwierig zu nutzen ist. Die ihn durchkreuzende Oranienstraße teilt ihn in zwei Hälften. Weit auseinander installierte Bänke entlang der Mittelachse sind ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert:

„Die Idee sollte sein, auf dem Platz zu promenieren, um sich dann zu zweit für einen Plausch niederzulassen.“ (Martin)

„Allerdings mit ausreichendem Abstand zur nächstgelegenen Sitzmöglichkeit, um die Privatsphäre der Gesprächspartner\*innen zu schützen.“ (Agata)[10]

Trotz dieser Herausforderungen und der Zäune um die Grünflächen, die ihre Nutzung erschweren, finden wir unterschiedlichste Formen der Aneignung. Außerdem, so findet Ayşe, lassen sich „verschiedene Layer von Öffentlichkeit feststellen“ – sichtbare und weniger sichtbare, geplante und ungeplante:

„But to make a space a public space, you need to put public there. Well, I came here only for protest. [...] When I come here, I always feel lost, where to go, where is the address, where do I want to go? Only when I come to a protest which is starting here, I know I am at Oranienplatz. Then it is a public space, otherwise it is a transitional space... it is not a space, a non-space [...] after the protest it leaves a whole emptiness behind [...]“ (Ayşe)

„[...] but for me it is not emptiness, I do not see the non-belonging [...] I would never say it is a non-place, never [...] (Martin).

Randa und Layla, die keine Erinnerungen mit dem Platz verbinden, spüren doch dessen kontroverse Bedeutung und finden Spuren, die seine Geschichte(n) andeuten:

„Maybe it is a non-place for some people, and a meeting place for others. I do not want to look at people, I do not know about eye contact, I always keep my eyes down you never know...” (Layla)

Layla beobachtet, wie eine (vermutlich) Roma-Familie auf dem südlichsten Zipfel des O-Platzes eine Grünfläche okkupiert und Sperrmüll-Sessel aufgestellt hat, durch die ein Wohnzimmer oder ein Aufenthaltsraum angedeutet wird. Eine weitere Ausführung eines knallrosa Sessels in Muschelform verschwindet zusammen mit einem jungen (wahrscheinlich) Studenten im Bus, der dort hält, wo einst besagter Kanal verlief. Die Menschen, die aus den Bussen strömen, passieren den O-Platz auf dem Weg nach Hause. Teilweise beobachten wir, wie auf den Bänken Platz genommen wird, um eine Verschnaufpause einzulegen. Auch zufällige Begegnungen finden statt und Leute nutzen die Sitzgelegenheiten, wie geplant, zum Plauschen.

In der nordwestlichen Ecke des O-Platzes hat sich eine Gruppe wohnungsloser Menschen versammelt. Sie treffen sich unter einer Baumgruppe und sind dadurch weniger sichtbar, wirken eher ‚in die Ecke gedrängt‘, jedoch, anscheinend, aus eigener Wahl. Zwischendurch werden die Bänke von Touristen\*innen vereinnahmt, die hier ihren Stadtplan studieren und ihren weiteren Weg durch die Stadt planen.

Layla stellt fest, dass die Zweiteilung des Platzes ihr gefühltes Sicherheitsempfinden am Ort spiegelt:

„I feel there are two parts, here I do not feel safe, but on the other side, I can sit on the bench. As the pigeon, here is no pigeon, but over there, there are birds... here is nothing.“ (Layla)

Hişar entdeckt ein paar gebrauchte Fahrräder, die am nördlichsten Ende des O-Platzes, gegenüber vom Café *Kuchenkaiser*, an einen Zaun gekettet sind und mittels einer auf einem Stück Pappe notierten Telefonnummer zum Verkauf angeboten werden. Vielleicht findet an dieser Stelle der informelle Handel statt?

Die ‚Geister der Vergangenheit‘, etwa Proteste und Okkupationen, und ihre politischen Dimensionen, sind auch heute noch spürbar. Und sie werden mittels hinterlassener Spuren in Erinnerung gerufen. Katharina liest einen per Hand geschriebenen Schriftzug auf einer Bank: „Lübcke – Die AFD hat mit geschossen.“

Somit werden wir mit der politischen Realität in unserem Land konfrontiert und die (andauernden) Kämpfe von geflüchteten Menschen um Teilhabe in den Blick gerückt.

Die Vielzahl an Eindrücken und Emotionen, Entdeckungen und Erfahrungen werfen die Frage auf, was wir durch das gemeinsame Gehen über den konkreten Ort, den O-Platz, und über Stadt im Allgemeinen, aber auch über uns und unsere Assoziationen und Erinnerungen erfahren. Welche



unterschiedlichen Perspektiven eröffnen sich? Daran anschließen lässt sich die Frage, wie das (gemeinsame) Gehen als strukturierte Methode der kritischen Stadtforschung weiterentwickelt werden kann, um die Komplexität von Stadt vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen zu analysieren.

### *Reflexionen zum Experiment*

„Maybe we are trying to see too much...“ (Ayşe)

Der O-Platz erschien uns prädestiniert, um über Aneignungsprozesse und *Urban-Citizenship*-Praktiken ins Gespräch zu kommen. Es zeigte sich, dass es auch an einem Ort, der nicht allen unbekannt und folglich mit Assoziationen und Erinnerungen bereits besetzt ist, noch viel zu entdecken und Neues, Unerwartetes zu sehen, hören, fühlen und zu ertasten gibt. Die Bandbreite an Themen, die angesprochen wurden, verdeutlicht dies. Das Gehen an diesem Ort sensibilisierte uns in der Wahrnehmung und für die verschiedenen Bedeutungen von Stadt. Auch der ‚Überraschungseffekt‘, dass die Teilnehmende weder über den Ort noch das Vorgehen im Vorhinein informiert wurden, wurde positiv bewertet; Anregungen gab es zur Interdisziplinarität der Gruppe sowie zu einer möglichen (historischen) Kontextualisierung:

„I liked the not knowing part, but the group could be even more diverse, musicians, architects... at the end maybe a brief historical input.“  
(Layla)

Spannend ist, dass das Gehen allein für einige der Urban Citizen Walker besondere Emotionen anrührte und Erinnerungen hervorbrachte, zum Teil angestoßen durch einfache Gegebenheiten wie Materialien und Oberflächen, die Assoziationen hervorriefen:

„I had a lot of emotions and visions, but I am an alien, I see things for the first time, I just see the things as they are. I started to visualise my country [...] this space which is not paved, the sandy part reminded me of a space I went with my family on weekends to picnic...“ (Randa)

Auch der Kontakt zu sich selbst wurde durch das Gehen ermöglicht:

„Everyone seems occupied with his own self, I was happy to have time to reflect on that, I like this exercise because it makes you calm down, be closer to yourself...“ (Randa)

Beim Gehen zu zweit wurden Verknüpfungen zu anderen Orten und Erinnerungen hergestellt und dadurch neue Sichtweisen für den\*die Mitspazierende\*n auf den O-Platz eröffnet:

„[...] especially interesting to hear the different perspectives... Walking with two persons, Kate... looking with the Athens lens on the place... connecting it to your experiences and knowledges of other places.“  
(Martin)

Jetzt bleibt die Frage, wie sich dieses kollaborative Experiment als Methode in die gegenwärtige Stadtforschung einspeisen lässt.

## 5. Die Methode des kollaborativen Gehens und Teilhabe an Stadtgesellschaft

Gehen wir noch einmal zurück an den Anfang und zu unseren konzeptionellen methodologischen Überlegungen: Wodurch zeichnet sich das gemeinsame Gehen aus? Und wie lässt es sich als Methode der kritischen Stadtforschung weiterentwickeln, um die Komplexität von Stadt vor dem Hintergrund unserer unterschiedlichen individuellen Erfahrungen zu analysieren und damit neue städtische Räume zu öffnen? Aus den theoretischen, konzeptionellen Überlegungen und den Erfahrungen des Experiments ergeben sich zunächst drei Ebenen der Analyse, die wir im Folgenden darstellen und reflektieren.

### *In Situ – Being (t)here*

Zunächst ist da die Bedeutung der konkreten Erfahrung von Raum und Zeit. Gehen findet in der Gegenwart statt. Das Gehen ist an einen konkreten Ort gebunden. Die Urban Citizen Walker beobachten den Ort und setzen sich, durch ihre Erfahrungen an diesem oder an anderen Orten, zu ihm in Beziehung. Sie agieren gehend, eine aktive oder auch performative Handlung, durch die der städtische Raum – ganz im Sinne einer Rhetorik des Gehens wie oben mit de Certeau (1980) und Augoyards (2007) beschrieben – produziert wird (vgl. Rolshoven 2017). Diese Handlungen und Erfahrungen schreiben sich wiederum in den Raum ein, sind Teil des gelebten Raumes der Alltagspraxis (vgl. Lefebvre 1991). So entsteht über das Gehen im ‚Hier und Jetzt‘ hinaus eine Verknüpfung mit eigenen Erfahrungen sowie mit Vorstellungen von städtischem Raum und dessen Funktionen. Durch die Anwesenheit vor Ort und die eigenständige sowie kollektive Reflexion lassen sich komplexe Schichten eines konkreten urbanen Raumes entblättern. Es findet ein Austausch statt, wodurch die Einzelnen zu einem kollektiven Wissen beitragen.

### *Körperlichkeit und Subjektivität*

Das Gehen basiert auf einer subjektiven, physischen Erfahrung des Körpers im Raum. Erinnerungen tauchen auf, Einschreibungen werden erfahrbar. Wie in den Experimenten der situationistischen Psychogeographie (u. a. Debord 1990) ist das gehende Individuum durch seinen\*ihren Körper mit dem ihn\*sie umgebenden Raum konfrontiert. Dabei wirkt der Raum konkret auf den Körper und vice versa. Es handelt sich um eine Zeit- und Raumerfahrung durch die Bewegung des Körpers. Die subjektiven Erfahrungen werden als qualitative Daten der Stadtwahrnehmung interpretiert, die als empirische Wahrnehmungstechnik Facetten des Raumes versammelt (Rolshoven 2017). Im kollaborativen Gehen in der Gruppe wird der Körper zu einem gemeinsamen Wissenskorpus.

### *Teilhabe an Stadt*

Schließlich ist da eine politische Dimension des Gehens: Die Forschenden (inter)agieren im und mit dem Ort. So wird die Anwesenheit der (forschenden) Gruppe zu einem performativen Moment der Situation (vgl.

Hildebrandt 2014). Das Gehen als Methode der Stadtforschung kann im Sinne von John Law und John Urry (2004: 391) als eine soziale, räumliche und politische Praxis eingesetzt werden, die die soziale Wirklichkeit nicht nur beschreibt, sondern sie auch aufführt, das heißt *enacted*. Die Gehenden als Forschende positionieren sich im und zum Raum und nehmen damit selbst an der Produktion von Stadt teil. Mit McFarlane ist das Gehen nicht nur ein Bewusstwerden oder Lernen des urbanen Raumes, sondern muss als eine temporär verortete Praxis verstanden werden (McFarlane 2011: 50). Sich gehend im Raum zu bewegen, bedeutet also immer auch eine Art der Raumeignung (Lisiak et al. 2019). Dementsprechend öffnet die Methode des kollaborativen, engagierten Gehens im Sinne einer widerständigen Alltagspraxis (Winkler 2017) Möglichkeiten, Räume (neu) zu besetzen und sich im (gesellschaftlichen) Raum zu positionieren. Gehen ist damit ein Instrument der aktiven und selbstermächtigten lokalen Verortung, eine (kollektive und performative) Aneignung städtischer öffentlicher Räume und damit der Teilhabe an Stadt und ein „act of citizenship“ (vgl. Irazabal 2008; Isin 2017).[11]

## 6. Keep on walking

Das hier vorgestellte Experiment sowie weitere kollaborative Gehversuche und deren Reflexion eröffnen vielfältige Dialoge zwischen Praxis, Forschung und Intervention und somit neue Perspektiven auf Stadt. Ein Ziel ist es, mit den Urban Citizen Walks einen (performativen) Raum der Erfahrung und des Austauschs zu schaffen, in dem über Teilhabe an Stadt verhandelt und somit selbstermächtigtem politischem Handeln Platz gegeben werden kann.

Mittels solcher kollektiver *walks* projizieren wir unsere Wünsche und entwickeln gemeinsame Visionen für die Stadt. Wie hier dargestellt, war das gemeinsame Gehen am O-Platz für uns ein Experiment mit dem Ziel, zukünftig regelmäßige Urban Citizen Walks zu etablieren. Wichtig ist uns, dass auch Andere sich stimuliert fühlen, die Idee aufzugreifen und Urban Citizen Walks zu initiieren. Eine Reihe von Ideen und Anregungen für zukünftige *walks* haben sich bereits in der Feedback-Runde ergeben:

„Walk to disturb, trigger something else... make interventions...  
small things,  
Maybe invent a street fight...  
A topic like public space and politics...  
Walk with different kind of ‚glasses/lenses‘ ... as a metaphor but as  
well as real objects,  
Try different movements,  
Repeat walks on one spot, different perspectives different times...  
at night,  
Rooftops, thinking about different levels,  
Do the same at other places, with the same topic... publicness...  
Peripheries, mass housing projects...“

(Auszüge aus der Abschlussdiskussion mit  
der Gruppe der Urban Citizen Walker)

## Endnoten

- [1] Zum Begriff des *urban practioners* als transdisziplinäre aktive Rolle in der gegenwärtigen Stadt vgl. Holub (2015).
- [2] „How do we live together?“ wurde von den Architekt\*innen Ingrid Sabatier und Stephan Schwarz und der *urban practitioner* Katharina Rohde initiiert und für das DAZ kuratiert. Gefördert wurden die Stadtspaziergänge durch den Berliner Projektfond Kulturelle Bildung im Kontext des Projektes Berlin Mondiale.
- [3] <http://refugeevoicestours.org/> (letzter Zugriff am 18.11.2020)
- [4] Aus der Vielzahl von wissenschaftlichen Texten zum Gehen in der Stadt siehe u. a. Burckhardt (2011), Kusenbach (2003), Rolshoven (2017), Thibaud (2017), Winkler (2017).
- [5] Zu künstlerischen Praktiken siehe beispielsweise Arbeiten von Francis Alys, der mit seinem Gehen die Stadt erkundet und in sie interveniert: „Paradox of Praxis – Sometimes Making Something Leads to Nothing“, Mexico City 1997 (<https://francisalys.com/sometimes-making-something-leads-to-nothing/>, letzter Zugriff am 18.11.2020) oder auch das aktuelle Ausstellungsprojekt „Des marches, démarches“ im Frac Marseille, kuratiert von Guillaume Monsaingeon (<https://www.fracpaca.org/des-marches-demarches>, letzter Zugriff am 18.11.2020).
- [6] In der deutschsprachigen Stadtforschung nur wenig rezipiert, gibt es in französischsprachigen Stadtforschung über Michel de Certeau hinaus eine ganze Reihe von Forscher\*innen, die das Gehen als Methode der Exploration und der Wahrnehmung, als Element der teilnehmenden Beobachtung als ein zentrales Forschungsinstrument einsetzen, vgl. hierzu u. a. Winkler (2016) sowie die Arbeiten von Augoyard (2007 [1979]).
- [7] „[...] kurzes Innehalten und sich Aufhalten, Zäsuren im Parcours gewähren Ausblicke, Auswege aus den vorgegebenen Sichtweisen, Brüche unserer Darstellungen.“ (Rolshoven 2017:101)
- [8] Zu der Protestbewegung von geflüchteten Menschen und deren Aneignung des O-Platzes vgl. u. a. Fontanari (2016) und Lanz (2015).
- [9] Als Protest gegen die Räumung des selbstorganisierten Camps auf dem O-Platz im April 2014 verbrachte Napuli Paul Langa, eine der Aktivist\*innen der Bewegung, fünf Tage auf einen Baum am O-Platz und protestierte gegen die Räumung (vgl. Fontanari 2016).
- [10] Im Frühjahr 2020 und mit den aktuellen Erfahrungen des ‚*social/physical distancing*‘ als Antwort auf Covid-19 scheint dieser ‚Sicherheitsabstand‘ fast surreal, erzeugt jedoch bei längerem Verweilen etwas Spannendes: So ermöglicht das Sitzen auf den Bänken ein distanziertes Beobachten und gleichzeitige Teilhabe am unmittelbaren Leben auf dem Platz.
- [11] In Anlehnung an Engin Isins Verständnis von „acts of citizenship as quotidian enactments, which might lack the visibility of certain performative acts but nevertheless can be consequential“ (Isin 2017: 509).

## Autor\_innen

Katharina Rohde arbeitet international als Urban Practitioner und forscht aktuell im Rahmen ihrer Dissertation zu Migrant Agency in Berlin und Johannesburg. Ihre Themenschwerpunkte sind Migration, Agency und Urbane Praxis.  
[me@katharina-rohde.com](mailto:me@katharina-rohde.com)

Kathrin Wildner ist Stadtethnologin. Sie forscht, lehrt und publiziert zu qualitativen und künstlerischen Methoden der Stadtforschung.  
[kwildner@zeromail.org](mailto:kwildner@zeromail.org)

## Literatur

- Arendt, Hannah (1992) *The Human Condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- Augoyard, Jean-Francois (2007 [1979]): *Step by Step. Everyday Walks in a French Urban Housing Project*. Minneapolis: University of Minnesota.
- Augoyard, Jean-Francois (2017): *Die Rhetorik des Wohnens: Gehfiguren*. In: Justin Winkler (Hg.), *Gehen in der Stadt. Ein Lesebuch zur Poetik und Rhetorik des städtischen Gehens*. Weimar: Jonas Verlag, 26-63.
- Benjamin, Walter (1998): *Das Passagenwerk. Gesammelte Schriften Bd. V*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benjamin, Walter (2015): *Stadt des Flaneurs*. Berlin: be.bra.
- Brown, Evrick / Shortell, Timothy (2016): *Walking in Cities. Quotidian Mobility as Urban Theory, Method, and Practice*. Philadelphia: Temple University Press.
- Cadogan, Garnette (2016): *Walking While Black*. <https://lithub.com/walking-while-black/> (letzter Zugriff am 18.11.2020).
- de Certeau, Michel (1988): *Kunst des Handelns*. Berlin: Merve.
- Cole, Teju (2012): *Open City*. Berlin: Suhrkamp.
- Debord, Guy (1990): *Theorie des Umherschweifens*. In: *Der große Schlaf und seine Kunden. Situationistische Texte zur Kunst*. Hamburg: Nautilus, 33-40.
- Dündar, Özlem Özgül / Göring, Mia / Othmann, Ronya / Sauer, Lea (Hg.) (2019): *flexen. Flaneusen\* schreiben Städte*. Berlin: Verbrecher.
- Fischer, Ralph (2011): *Walking Artist – Über die Entdeckung des Gehens in den performativen Künsten*. Bielefeld: transcript.
- Fontanari, Elena (2016): *Looking for Neverland. The Experience of the Group „Lampedusa in Berlin“ and the Refugee Protest of Oranienplatz*. In: Gökce Yurdakul / Regina Römhild / Anja Schwanhäußer / Birgit zur Nieden (Hg.), *Witnessing the Transition. Moments in the Long Summer of Migration*. Berlin: Assoziation A, 15-35.
- Foroutan, Naika (2019): *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Garcia Canclini, Nestor (1995): *Consumidores y ciudadanos. Conflictos multiculturales de la globalización*. Mexiko Stadt: Editorial Grijalbo.
- Grube, Nils / Thiele, Katja (2020): *Kritische Stadtekursionen. Annäherung an eine reflexive Exkursionspraxis*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 215-230.
- Hessel, Franz (2011): *Spazieren in Berlin*. Berlin: Berlin Verlag Taschenbuch.
- Hildebrandt, Paula Marie (2014): *Staubaufwirbeln. Oder die Kunst der Partizipation*. Weimar: Bauhaus-Universität, Dissertation.
- Holub, Barbara (2015): *Planning Unplanned. Towards a New Positioning of Art in the Context of Urban Development*. Wien: Verlag für moderne Kunst.
- Ingold, Tim / Vergunst, Jo Lee (Hg.) (2008): *Ways of Walking. Ethnography and Practice on Foot*. London: Taylor & Francis.
- Irazabal, Clara (2008): *Citizenship, Democracy, and Public Space in Latin America*. In: Clara Irazabal (Hg.), *Ordinary Places, Extraordinary Events. Citizenship, Democracy, and Public Space in Latin America*. New York: Routledge, 11-35.
- Isin, Engin (2017): *Performative Citizenship*. In: Ayelet Shachar / Rainer Bauböck / Irene Bloemraad / Maarten Vink (Hg.), *Oxford Handbook of Citizenship*. Oxford: Oxford University Press, 500-523.
- Krakauer, Siegfried (1964): *Straßen in Berlin und anderswo*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kusenbach, Margarethe (2003): *Street phenomenology. The go-along as ethnographic research tool*. In: *Ethnography* 4/3, 455-485.
- Lanz, Stephan (2015): *Refugees und die Stadt*. In: Arno Brandelhuber / Florian Herzwech / Thomas Mayfried (Hg.), *The Dialogic City. Berlin wird Berlin*. Berlin: Walter König, 487-495.
- Law, John / Urry, John (2004): *Enacting the Social. Economy and Society* 33/3, 390-410.
- Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Hoboken: Wiley-Blackwell.
- Lisiak, Agata / Cox, Reece / Tienes, Flavia M. / Zbinovsky Braddel, Sophia (2019): *A city coming into being. Walking in Berlin with Franz Hessel and Marshall Berman*. In: *CITY* 22/5, 1-17.

- McFarlane, Colin (2011): *Learning the City. Knowledge and Translocal Assemblage*. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Nguyen, Thien Vinh (2016): *Learning to Walk. On curating a walking-methodologies programme*. In: Ben Campkin / Ger Duijzings (Hg.), *Engaged Urbanism. Cities and Methodologies*. London/New York: IB Tauris, 187-198.
- Pétonnet, Colette (2017): *Variationen über das Rauschen einer Dauerbewegung*, In: Justin Winkler (Hg.), *Gehen in der Stadt. Ein Lesebuch zur Poetik und Rhetorik des städtischen Gehens*. Weimar: Jonas Verlag, 63-75.
- Rohde, Katharina / d'Auria, Viviana (2018): *Building Cosmopolitan Citizenship Through the Mundane. Insights from Walking Conversations in the Public Spaces of Berlin*. In: *European Journal of Creative Practices in Cities and Landscapes* 1/1, 33-52.
- Rolshoven, Johanna (2017): *Gehen in der Stadt*. In: Justin Winkler (Hg.), *Gehen in der Stadt. Ein Lesebuch zur Poetik und Rhetorik des städtischen Gehens*. Weimar: Jonas Verlag, 95-112.
- Sadler, Simon (1999): *The Situationist City*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Solnit, Rebecca (2000): *Wanderlust. Eine Geschichte des Gehens*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Streule, Monika (2018): *Ethnografie urbaner Territorien. Metropolitane Urbanisierungsprozesse von Mexiko-Stadt*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Thibaud, Jean-Paul (2017): *Über die Daseinsweise des Gehens in der Stadt*. In: Justin Winkler (Hg.), *Gehen in der Stadt. Ein Lesebuch zur Poetik und Rhetorik des städtischen Gehens*. Weimar: Jonas Verlag, 112-129.
- Winkler, Justin (2017): *Zur Einführung. Gehen als widerständige Alltagspraxis*. In: Justin Winkler (Hg.), *Gehen in der Stadt. Ein Lesebuch zur Poetik und Rhetorik des städtischen Gehens*. Weimar: Jonas Verlag, 11-17.

# Dialektische Methodologie vor dem Hintergrund planetarischer Urbanisierung

Rezension zu Neil Brenner (2019): *New Urban Spaces. Urban Theory and the Scale Question*. New York: Oxford University Press

Rabea Berfelde

Neil Brenners *New Urban Spaces* ist eine anspruchsvolle Lektüre mit einem hohen Abstraktionsniveau. Zielgruppe seiner Monographie ist demnach vor allem ein Fachpublikum, welches Interesse an einer theoretisch fundierten Auseinandersetzung mit stadtsoziologischen Fragen hat. Wer sich noch nicht mit Brenners Arbeiten befasst hat, wird in diesem Buch eine dichte Zusammenfassung von über dreißig Jahren raumpolitischen Denkens und kritischer Stadttheorie finden. Das Buch besteht hauptsächlich aus bereits veröffentlichten Artikeln, die allerdings in ihrer Analyse aktualisiert und erweitert werden, um den realen Veränderungen in spätkapitalistischen Urbanisierungsprozessen sowie den Entwicklungen in Brenners eigenem Denken gerecht zu werden. Der Autor führt uns also chronologisch und stets selbstkritisch durch die verschiedenen Phasen seiner akademischen Arbeiten und Überlegungen darüber, inwiefern die ‚urban question‘ als ‚scale question‘ formuliert werden kann oder nicht.

Dabei nimmt er selbst eine Aufteilung des Buches in drei analytische Unterteile vor (S. 22). Im ersten Teil, bestehend aus Kapitel 1 bis 3, entwickelt Brenner seinen Analyserahmen, der die weiteren Betrachtungen im Buch strukturiert. Im ersten Kapitel argumentiert er, dass die Urban Studies ihren Analysegegenstand, also die Stadt, anhand einer Reihe impliziter oder expliziter binärer geografischer Unterscheidungen, wie dem Lokalen oder Globalen sowie dem Urbanen oder Ruralen, bestimmen würden. Der Analysegegenstand Stadt würde dabei als eine vorgefundene, territorial begrenzte sozial-räumliche Einheit verstanden, die sich in Abgrenzung zu anderen territorialen Einheiten definiere (S. 1-2). Diese Vorgehensweise bezeichnet er als „methodological cityism“ (S. 13) und argumentiert demgegenüber, dass sich die Urban Studies vielmehr einem prozessualen Verständnis zuwenden sollten, welches Urbanisierungsprozesse in den Blick nimmt und diese in einer Kombination von skalen- und staatstheoretischen Ansätzen analysiert. In den ersten Kapiteln des Buches schlägt er demnach vor, die „scale question“ (S. 7), also die kontinuierliche Produktion und Verschiebung von geografischen Maßstäben, im Zusammenhang mit staatlich-gelenkter und regulierter Raumproduktion zu verstehen. Der städtische Raum wird

Abb. 1 Titel des Buches (Oxford University Press)



so „nicht durch die Abgrenzung eines territorialen Gebiets“ sondern als „Kristallisation einer sozial-räumlichen Positionalität innerhalb eines breiteren, multiskalaren Beziehungsrahmens“ verstanden (S. 3, Übersetzung R. B.). Territorialität und räumliche Einheit sind somit prozessual und relational definiert. Dieses Argument der Relationalität des geografischen Maßstabs bildet das fundamentale theoretische Gerüst seiner Überlegungen zur territorialen Organisation des Kapitalismus sowie der Verschränkung von Stadt- und Staatsraum, welches er im zweiten Kapitel zunächst in Bezugnahme auf die Schriften David Harveys und Henri Lefebvres weiterentwickelt, um es dann im dritten Kapitel noch einmal im Rückgriff auf seine eigenen Arbeiten aus den 1990er Jahren zu erweitern.

Der zweite Teil, bestehend aus Kapitel vier bis sieben, beschäftigt sich mit empirischen Beispielen der Transformationen von politisch-ökonomischen Geografien und kapitalistischer Urbanisierung. So wendet er den zuvor entwickelten Analyserahmen beispielsweise an, um sich mit dem Diskurs der ‚global city‘ (Kapitel 4), den Geografien der sogenannten ‚New Economy‘ (Kapitel 5), dem neuen Regionalismus (Kapitel 6) und dem ‚Lokalismus‘ in der wissenschaftlichen Analyse US-Amerikanischer Stadtpolitik (Kapitel 7) auseinanderzusetzen. Brenner beschäftigt sich in diesem zweiten Teil also neben den konkreten Veränderungen kapitalistischer Urbanisierungsprozesse vor allem mit den Klassikern der kritischen Raumforschung, um seine eigene Argumentation der staatlichen Regulierung von Urbanisierungsprozessen sowie der ‚urban question‘ als ‚scale question‘ zu präzisieren. Diese kontinuierliche Kritik und Erweiterung, nicht nur der Positionen anderer Wissenschaftler\*innen, sondern auch seiner eigenen, zeigt bereits hier sehr deutlich sein Verständnis von kritischer Theorieproduktion: Theorie sollte nie zeitlich fixierte Wahrheiten postulieren, sondern sich im Dialog mit den Prozessen der kapitalistischen Umstrukturierung und Reterritorialisierung kontinuierlich weiterentwickeln. So stellt der dritte Teil, welcher seine neueren Arbeiten seit etwa 2010 umfasst, dann auch überraschenderweise eine Kritik des skalaren Denkens dar, das er gerade in den vorangegangenen Kapiteln entwickelt hat. In diesen Kapiteln fordert Brenner nicht nur den ‚methodological cityism‘, sondern ebenfalls den „scale centrism“ (S. 265) zu überwinden. Zunächst führt er das Konzept des ‚polymorphic character‘ ein, um zu argumentieren, dass Skalen nur eine Analysekatgorie unter vielen sein können, um die Strukturen urbaner Gefüge zu betrachten. Sie konstituieren und transformieren sich, so Brenner, durch vielfältige sozial-räumliche Prozesse die neben Prozessen der Skalierung auch mit Konzepten des ‚place-making‘, der Territorialisierung und der Vernetzung verstanden werden sollten (S. 289).

Das Überwinden des ‚scale centrism‘ ist, wie in Kapitel 9 deutlich wird, auch durch seine Arbeiten zur ‚planetary urbanization‘ motiviert.[1] Das Konzept der planetarischen Urbanisierung ist von Lefebvre übernommen, der Anfang der 1970er Jahre die These von der vollständigen Urbanisierung der Gesellschaft entwickelte (Lefebvre 2003). Neil Brenner postulierte, vor allem in seinen gemeinsamen Arbeiten mit Christian Schmid, dass diese vollständige Urbanisierung empirische Realität geworden sei. Das Städtische stelle demnach heute einen planetarischen Zustand dar, in dem alle politisch-ökonomischen und sozial-ökologischen Beziehungen



verflochten sind. Das bedeutet, dass selbst Räume jenseits traditionell städtischer Agglomerationen wie Transportnetzwerke, Kommunikationsinfrastrukturen, Ressourcenabbaugebiete und natürliche Räume wie Ozeane, Gebirge, Dschungel, die Atmosphäre und so weiter integrale Bestandteile kapitalistischer Urbanisierungsprozesse sind. Das empirische Aufbrechen der Differenz urban/suburban/ländlich verdeutlicht, dass eine negative Definition des Städtischen in Abgrenzung von eben jenen räumlichen Einheiten des Suburbanen und Ruralen nicht mehr möglich ist, und dass die Methodologien und Methoden städtischer Wissensproduktion überdacht werden müssen, um die aufkommenden Formen der Urbanisierung im 21. Jahrhundert kritisch analysieren zu können. Liest man das Buch von der ersten bis zur letzten Seite, kann man demnach die theoretische Denkbewegung des Autors nachvollziehen, warum und wie seiner Meinung nach, im Zuge der sich historisch verändernden kapitalistischen Raumproduktion und Urbanisierungsprozesse, ein Verständnis der Stadt als gegebene räumliche Analyseeinheit zu überwinden ist. Theorie ist also, wie bereits festgestellt, eine sich fortwährend wandelnde Reflektion des sich ebenfalls ständig verändernden kapitalistischen Akkumulationsregimes sowie dessen räumlichen Ausdrucks.

Daraus ergeben sich zwei Lesarten des Buches. Einerseits kann man durch Brenners Ausführungen die sich seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre und dem Ende des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregime kontinuierlich verändernde kapitalistische Raumproduktion nachvollziehen und bekommt durch seine Ausführungen einen fundierten Einblick sowohl in Mainstream-Theoretisierungen und die wichtigsten kritischen Debatten, die diese Veränderungen begleiteten. Andererseits lässt sich *New Urban Spaces* auch als Exegese der Dialektik als Methodologie der kritischen Stadtforschung lesen und verstehen.[2] Wie bereits erwähnt, entwickelt Brenner seine Theoretisierung des Städtischen fortwährend weiter und übt dabei im Laufe des Buches zumeist auch explizit Selbstkritik an seiner eigenen Analyse von Urbanisierungsprozessen in vorangegangenen Kapiteln. Die im Buch nachvollzogene Denkbewegung plädiert also für eine bewusste Haltung gegenüber der Art und Weise, wie wir das Städtische theoretisieren und spricht sich dagegen aus, eine einzige ontologische Grundlage zu finden, welche die ‚urban question‘ ein für alle Mal regelt. Seine Argumentation widersetzt sich einer linearen Lesart und die Leser\*innen sind dazu angehalten, Ideen und Argumente immer wieder neu zu bewerten, während diese im Laufe des Buches verworfen und/oder weiterentwickelt werden.

Das Buch repräsentiert also selbst eine dialektische Denkbewegung. Zudem finden sich vor allem im ersten Teil des Buches explizite Reflektionen über Dialektik als Methodologie der kritischen Urban Theory. Im Zentrum seines hier entwickelten Analyserahmens steht eine reflexive und ergebnisoffene Dialektik, die Brenner in Lefebvres Werk sowie in Karl Marx‘ Einleitung zu den *Grundrissen* (1953: 5-31) findet. Die zwei Konzepte *Realabstraktionen* („real abstractions“) und *Reflexivität* („reflexivity“) sind dabei für Brenners Verständnis von kritischer (Stadt-)Theorie von besonderer Bedeutung. Konzepte, verstanden als Realabstraktionen, sind in ihrem Entstehungskontext an bestimmte *historische Formen* räumlicher Praktiken und kapitalistischer Urbanisierung gebunden und demnach Ausdruck

von und Reflektion der Veränderung kapitalistischer Akkumulationsweise und der damit einhergehenden sozial-räumlichen Veränderungen (Brenner 2019: 41). Reflexivität bedeutet für Brenner, dass Kritik immer in ihrem historisch-spezifischen Kontext verstanden werden sollte. Was wiederum im Umkehrschluss bedeutet, dass sich kritische Theorie fortwährend aktualisieren muss, um auf die sich beständig verändernde Geografien kapitalistischer Vergesellschaftung reagieren zu können.

Was sich im Laufe des Buches herauskristallisiert, ist eine fundierte Intervention, die dazu auffordert, den Untersuchungsgegenstand im Zuge der fortwährenden Veränderung von Urbanisierungsprozessen stetig neu zu bestimmen und dabei über den ‚*methodological cityism*‘ hinauszugehen. Was in Brenners dialektischer Konzeption meines Erachtens fehlt, und diese Kritik teile ich mit anderen Rezensent\*innen seines Buches, ist ein Einbeziehen der Materialität und Politik des städtischen Alltags (Acuto 2020; Addie 2020). Dass er darauf nicht eingeht, ist verwunderlich, da in Lefebvres historisch-materialistischer Dialektik, welche die Grundlage von Brenners Ausführungen darstellt, die Perspektive des Alltagslebens eine prominente Rolle einnimmt (Lefebvre 2014). Zudem lässt sich kritisieren, dass in seiner Analyse von Transformationsprozessen kaum handelnde Akteure vorkommen. Auch hier bleibt Brenner hinter Lefebvres ursprünglicher Formulierung der Raumproduktion zurück. Lefebvres dialektisches Verständnis der Raumproduktion denkt die Möglichkeit von Raumanneignungen handelnder Subjekte immer mit (vgl. Lefebvre 2006). Brenners *New Urban Spaces* und vor allem sein hier dargelegtes Verständnis von Reflexivität und Realabstraktionen gibt kritischen Stadtforscher\*innen eine gute methodologische Orientierung an die Hand: einen erkenntnistheoretischen Rahmen und ein Verständnis davon, dass Theorie nie in Stein gemeißelt sein sollte, sondern, um kritisch zu bleiben, die sich wandelnde Materialität sozial-räumlicher Veränderungen stets neu befragen muss. Brenners Dialektik kann dabei aber meines Erachtens nur ein Ausgangspunkt sein. Seine Ansätze sollten weiterentwickelt werden in Richtung einer Methodologie für die kritische Stadtforschung, welche die Perspektive des Alltagslebens, die gelebte Erfahrung von Transformationsprozessen sowie die Handlungsfähigkeit von Subjekten mit in den Blick nimmt.

## Endnoten

- [1] Die These von der „planetarischen Urbanisierung“ entwickelte Brenner vor allem in den gemeinsamen Arbeiten mit Christian Schmid, siehe Brenner/Schmid 2015. Die kontroverse These führte zu einer angeregten Debatte in der kritischen Stadtforschung. So wurde zum einen aus eher marxistischer Perspektive kritisiert, dass Brenner und Schmid Vorschlag einer neuen „Epistemologie des Urbanen“ die Materialität des Städtischen weitestgehend außer Acht lässt. Brenner und Schmid würden sich demnach also nicht näher damit auseinandersetzen, wie kapitalistische Vergesellschaftung die konkrete Materialität des Urbanen prägt und Lebensrealitäten in städtischen Umgebungen beeinflusst (vgl. Walker 2015). Zum anderen wurde aus feministischer und postkolonialer Perspektive auf die Bedeutung epistemologischer Pluralität für die kritische Stadtforschung hingewiesen. Diese Stimmen kritisierten, dass Brenner und Schmid in der Debatte um die planetarische Urbanisierung nur *einen* erkenntnistheoretischen Rahmen vorschlugen, der die Veränderung kapitalistischer Akkumulationsweise als *einzigsten*

Erklärungs- und Begründungszusammenhang setze. Feministische und postkoloniale Kritiken schlugen als Reaktion vor, nicht ausschließlich kapitalistische Ausbeutung zu betrachten, sondern auch in den Blick zu nehmen, wie globale Verstärkung mit patriarchaler, sexueller und rassifizierter Unterdrückung einhergeht (vgl. Oswin 2018; Buckley/Strauss 2016).

- [2] Jean-Paul D. Addies englischsprachige Rezension des Buches in dem Journal *Regional Studies* schlägt eine ähnliche Lesart vor. Der Autor betont ebenfalls, dass die Lektüre von *New Urban Spaces* vor allem dann spannend und gewinnbringend ist, wenn man sich beim Lesen darauf konzentriert, wie Brenner dialektisch Theorie produziert (Addie 2020).

## Autor\_innen

Rabea Berfelde ist Politik- und Kulturwissenschaftlerin und forscht aktuell im Rahmen ihrer Dissertation zu Veränderungen urbaner Produktions- und Reproduktionsräume im Zuge des Plattformkapitalismus und der zunehmenden Finanzialisierung aller Lebensbereiche.  
rberfoo1@gold.ac.uk

## Literatur

- Acuto, Michele (2020): Book Review. Neil Brenner 2019: *New Urban Spaces*. *Urban Theory and the Scale Question*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 44/1, 173-174.
- Addie, Jean-Paul D. (2020): Review. *New Urban Spaces*. *Urban Theory and the Scale Question: By Neil Brenner*. In: *Regional Studies* 54/2, 281-282.
- Brenner, Neil (2019): *New Urban Spaces*. *Urban Theory and the Scale Question*. New York: Oxford University Press.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian (2015): *Towards a New Epistemology of the Urban?* In: *City* 19/2-3, 151-182.
- Buckley, Michelle / Strauss, Kendra (2016): *With, against and beyond Lefebvre*. *Planetary Urbanization and Epistemic Plurality*. In: *Environment and Planning D* 34/3, 617-636.
- Lefebvre, Henri (2003): *The Urban Revolution*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lefebvre, Henri (2006): *Die Produktion des Raums*. In: Jörg Dünne / Stephan Günzel (Hg.), *Raumtheorie*. *Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 330-341.
- Lefebvre, Henri (2014): *Critique of Everyday Life*. London/New York: Verso.
- Marx, Karl (1953): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: Dietz.
- Oswin, Natalie (2018): *Planetary Urbanization. A View from Outside*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 36/3, 540-546.
- Walker, Richard (2015): *Building a Better Theory of the Urban. A Response to „Towards a New Epistemology of the Urban?“* In: *City* 19/2-3, 183-191.

## Der Jungle als Stadt

Rezension zu Michel Agier / Yasmine Bouagga / Mael Galisson / Cyrille Hanappe / Mathilde Pette / Philippe Wannesson (2020): *Der „Dschungel von Calais“: Über das Leben in einem Flüchtlingslager*. Bielefeld: transcript.

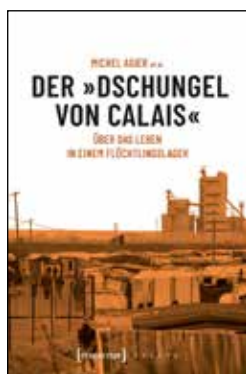
Christian Sowa

‚Calais‘ steht für weit mehr als eine Stadt im Norden Frankreichs. Die Lage am Ärmelkanal macht Calais für Logistik und Reiseverkehr zwischen dem europäischen Festland und Großbritannien relevant. Aber nicht alle Reisenden sind erwünscht. Calais wurde zum zentralen Ort eines restriktiven Grenzregimes, gekennzeichnet durch kilometerlange Zäune, Polizeikontrollen und Stacheldraht. Jedoch greift ein alleiniger Fokus auf Restriktion zu kurz, um diesen Ort in seiner Gänze zu verstehen. Denn Calais steht auch für migrantisches Leben und Selbstorganisation, sichtbar in einer Vielzahl von „makeshift camps“ (provisorischen Lagern, Katz 2017) – Calais steht für ‚den Dschungel‘ beziehungsweise für eine Vielzahl von *Jungles*[1], wie sich später noch zeigen wird.

Das von dem französischen Anthropologen Michel Agier, der Soziologin Yasmine Bouagga und vier weiteren Autor\*innen veröffentlichte Buch *Der „Dschungel von Calais.“ Über das Leben in einem Flüchtlingslager* (Agier et al. 2020) leistet einen wichtigen Beitrag, diesen Ort besser zu verstehen. Bisher stand Calais kaum im Fokus deutschsprachiger Debatten zu Migration und Grenzregimen. Wenn Calais hier in den Medien thematisiert wurde, war dies meist mit verkürzten Analysen und Klischees über Chaos und Gewalt verbunden. Ausnahmen stellen unter anderem die Texte von Thomas Müller dar (z. B. Müller/Schlüper 2018; Müller/Zinflou 2018), der auch das Vorwort zur deutschen Ausgabe dieses Buches geschrieben hat (Müller 2020). Wie er dort schreibt, lag der Fokus deutschsprachiger Debatten um 2015 vor allem auf der Balkanregion und verschob sich in den vergangenen Jahren auf die Ereignisse im Mittelmeer. Calais blieb ein „Randthema“ (ebd.: 19). Ein Blick auf Calais ist jedoch wichtig, denn er eröffnet neue Perspektiven: für Fragen der Migrationsforschung, aber auch der (kritischen) Stadtforschung.

Michel Agier leitete das Buchprojekt, zu dem eine Reihe von weiteren Autor\*innen beigetragen haben: Im Buch versammeln sich Beiträge aus der Soziologie, Anthropologie und Architektur, aber auch von zivilgesellschaftlich involvierten Personen. Diese Sammlung an Perspektiven macht das Buch spannend und auch die Kapitel spiegeln die Breite der Analyse

Abb. 1 Titel des Buches (transcript Verlag)



wider: So geht es um die historische Entwicklung der Jungles, eine Analyse der Unterbringungsarchitekturen, Berichte über das Alltagsleben, aber auch um Solidarität und Unterstützung und den Prozess der Räumung des Jungles 2016. Das Buch fokussiert den medial bekanntesten Jungle, welcher 2015 und 2016 existierte. Im Folgenden werde ich mich mit *dem Jungle* im Singular vor allem auf diesen Ort beziehen. Die Autor\*innen schaffen es jedoch, diesen Ort nicht zu essentialisieren, sondern in einen breiteren zeitlichen (1986–2016) und räumlichen Rahmen (mit Verweise auf Lager in Dünkirchen und Paris) einzubetten. Es geht also nicht um *den* Jungle, sondern immer auch um *die* Jungles von Calais.

Vor allem die Detailliertheit der Beiträge ist bemerkenswert. Den methodischen Ansatz des Forschungsprojektes beschreiben Agier et al. mit dem Begriff „forensic anthropology“ als „kollektives anthropologisches Gutachten“ (S. 45). In diesem Sinne und durch die detaillierten Einblicke schafft das Buch eine umfassende Analyse der Jungles, die eine zu simple Romantisierung vermeidet. Die Jungles sind Orte von Rassismus, Prekarität und Repression, aber gleichzeitig auch Orte von Solidarität und Autonomie. Das Buch wurde 2018 auf Französisch veröffentlicht. Da die deutsche Übersetzung von Wolfgang Freund erst 2020 erschien und sich die Situation von Migrant\*innen in Calais im ständigen Wandel befindet, stellt das Vorwort von Thomas Müller eine wichtige Ergänzung, Einordnung und Aktualisierung dar.

Eine zentrale These des Buches ist, dass der Jungle eine urbane Struktur angenommen hat und zu einer „Stadt der Migrant\_Innen“ geworden ist (S. 112). Das ist für die kritische Stadtforschung die wohl relevanteste Aussage des Buches und damit steht sie auch im Fokus dieser Rezension. In Calais schufen Migrant\*innen einen Ort, an dem bis zu 10.000 Menschen lebten. Der Jungle war geprägt von einer zentralen Straße mit Infrastruktur und Läden, Restaurants, Schulen, Kirchen und Moscheen. Neben einer genauen Beschreibung des Ortes werden im Buch auch die komplexen sozialen Beziehungen an diesem Ort analysiert und der entstehende kosmopolitische und politische Charakter des Jungles betont. Die Autor\*innen nutzen dafür häufig den Begriff *Bidonville*. Dieser Begriff bezeichnet in der frankophonen Welt vor allem ‚Slums‘ und informelle Siedlungen etwa in ehemaligen französischen Kolonien wie Tunesien und Algerien. ‚Bidonville‘ wird dabei häufig mit Chaos und Defiziten der Stadtentwicklung verbunden. In diesem Buch wird der Begriff ‚Bidonville‘ jedoch positiv besetzt. Es geht darum, eine Stadt im Entstehen, im Übergang vom Lager (*camp*) zur Stadt (*cit e*) zu beschreiben, wie Müller im Vorwort erläutert (Müller 2020: 22). Mit Blick auf die Räumung des Jungles im Herbst 2016 schreiben Agier et al.:

„Mit dem Bidonville erfanden sich die Migrant\_Innen in Frankreich jene gastvolle Stadt selbst, die die Regierung ihnen verweigerte. Genau das war es, worauf der Staat schließlich reagierte: gegen das Camp, das nach und nach aus dem Schatten trat und zu sichtbar, zu autonom und zu politisch wurde.“ (S. 194)

Die Autor\*innen schaffen es mit dieser These, den Blick auf Calais zu drehen. Der Jungle ist nicht der chaotische und ‚gescheiterte‘ Ort, wie er in den Medien häufig dargestellt wurde. Es ist ein Ort, geprägt von einer komplexen und kosmopolitischen Urbanität, der von Handlungsmacht und

Emanzipation zeugt. Dies ist eine spannende These, welche die Grenzen zwischen räumlichen Anordnungen von Stadt/Lager ins Wanken bringt. Es geht nicht um zwei unvereinbare Gegensätze, sondern darum, dass Lager zu Städten werden können. Der Ansatz baut auf früheren Studien von Agier auf, in denen er die Urbanisierung von Migrant\*innenlagern im globalen Süden als „city-camps“ beschreibt (Agier 2002, 2011) – eine Dynamik, die auch von weiteren Wissenschaftler\*innen wie dem Architekten Manuel Herz (2013) analysiert wird.

Diese These ist nicht nur für die Migrationsforschung und Debatten zur Lager-Unterbringung von Bedeutung. Auch für die (kritische) Stadtforschung bietet sie Anknüpfungspunkte, um bestehende Ansätze und Konzepte, etwa zum Verständnis von Stadt und Urbanisierung, zu hinterfragen. So spannend das für weitere Debatten sein kann – das Buch wirft die These der Urbanisierung leider meist nur auf, ohne sie tiefergehend zu entwickeln. An mehreren Stellen finden sich Überschriften und Sätze wie „die Kunst Städte zu bauen“ (S. 101), „eine Stadt wurde erschaffen“ (S. 135) oder „kosmopolitische Schnittstelle der Solidaritäten“ (S. 139), aber eine weiterführende (theoretische) Auseinandersetzung bleibt aus. Es bleibt häufig unklar, was diese Sätze bedeuten könnten. Auch findet sich nirgends eine klare Definition von Stadt und dem Urbanen. Dies zeigt sich auch in der Verwendung des Begriffes ‚Bidonville‘, der von den Autor\*innen nicht an existierende Debatten zurückgebunden wird. So verbindet das Buch ‚Bidonville‘ mit der positiven Entwicklung einer Urbanisierung, jedoch ohne kritisch auf die häufig negativen Beschreibungen von Bidonvilles einzugehen. Die These der Urbanisierung des Jungles bleibt damit fragil. Das reichhaltige empirische Material hätte dafür stärker in eine theoretisch untermauerte These überführt werden können. Das Buch öffnet zwar Perspektiven für eine Diskussion, an einigen Stellen hätte ich mir aber ein wenig mehr Theorie und Bezug auf bestehende Debatten gewünscht.

So hätte etwa die Beziehung von Stadt und Lager weiter entwickelt werden können. Bezogen auf die früheren Werke von Agier und seine These einer Urbanisierung von Lagern finden sich auch kritische Stimmen (z. B. Malkki 2002). Lucas Oesch (2020) schreibt, dass es weniger um die Frage geht, ob Lager Städte sind, sondern auch um die Beziehung zwischen Lager und (umliegender) Stadt. Diesen Forschungsansatz verfolgt zum Beispiel auch Romola Sanyal (2014), und er ist für die Stadtforschung von Interesse. So findet sich auf dem Titelbild des Buches ein Foto des Jungles. Im Hintergrund sind Zäune und ein Industriegebiet der Stadt Calais zu sehen. Neben der Frage, ob und wie der Jungle zu einer Stadt geworden ist, wäre hier auch ein Blick auf die bestehenden Beziehungen zwischen der Stadt Calais und dem Jungle von Calais interessant gewesen. Inwieweit war der Jungle auch Teil der Stadt Calais? Was sagt die Lage im direkten Umfeld eines Industriegebietes über diese Beziehung aus? Solch eine Analyse hätte die These der Urbanisierung des Jungles vertiefen können, denn der Prozess einer Urbanisierung findet in der Peripherie einer bestehenden Stadt statt.

Jenseits der Frage der Urbanisierung wäre ein Fokus auf die Beziehungen zwischen Jungle und Calais auch an weiteren Stellen spannend gewesen. So könnte etwa betrachtet werden, wie sich Calais als Zentrum eines Grenzregimes mit einem logistischen Knotenpunkt überschneidet, durch

den Eurotunnel, aber auch durch den großen Fährhafen als Verbindung zwischen EU-Festland und Großbritannien. Wie wird hier versucht, die Bewegung von Migrant\*innen auf der einen Seite zu verlangsamen, zu steuern und zu selektieren, und auf der anderen Seite, den Warenverkehr zu beschleunigen? Wie werden logistische Abläufe gleichzeitig gestört? Wie verlangsamt Calais als Grenzregime den Warenverkehr, indem Migrant\*innen Lastwagen aufhalten, um nach Großbritannien zu kommen, aber auch indem aufwendige Polizeikontrollen stattfinden, welche genau diese Aktionen von Migrant\*innen verhindern sollen? Solche Fragen hätten zum einen die Komplexität des Ortes weiter beleuchten, zum anderen aber die Beschreibung des Jungles auch mit weiteren (theoretischen) Debatten wie etwa zu Mobilität, Grenzregimen und Logistik verknüpfen können.

Bezogen auf den methodischen Ansatz eines „(kollektiven) anthropologischen Gutachtens“ (S. 45) ist es vielleicht zu viel erwartet, tiefere theoretische Debatten und Antworten auf all diese Fragen zu erwarten. Die aufgeworfenen Themen zeugen daher auch von der Neugier, welche das Buch in mir geweckt hat. Denn was das Buch durch seinen Ansatz leistet, ist eine sehr detailreiche Darstellung der Jungles von Calais. Es bildet eine Grundlage für weitere Forschung, um Fragen zu entwickeln und in theoretisch untermauerte Analysen zu überführen. Bei dem vorliegenden methodischen Vorgehen überrascht es allerdings, dass in dem Buch nur wenig Reflexion und Details über Methodologie zu finden sind, zum Beispiel dazu, wie genau vor Ort vorgegangen wurde, welche Methoden angewandt wurden und welche Herausforderungen aufkamen. Und obwohl eine Vielzahl von Personen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft das Buch geschrieben haben, sind Stimmen von Migrant\*innen wenig zu vernehmen. Die Kapitel berichten zwar über Blickwinkel und den Lebensalltag von Migrant\*innen, es ist aber kein expliziter Fokus des Buches, diese in allen Kapiteln selbst zu Wort kommen zu lassen. Andere Buchprojekte, wie *Voices from the Jungle* (Calais Writers 2017), haben genau das in den Vordergrund gerückt, indem Migrant\*innen des Jungles zu den Autor\*innen wurden. Auch wenn Agier et al. diesen Ansatz nicht per se wiederholen müssen, so wäre zumindest eine Reflexion und Begründung dieser Entscheidung und des methodischen Vorgehens insgesamt wichtig gewesen.

Trotz dieser Kritikpunkte stellt das Buch einen wichtigen Beitrag dar, um den Jungle beziehungsweise die Jungles von Calais besser verstehen zu können. Gerade für die deutschsprachige Debatte schließt das Buch Lücken. Es bietet einen detaillierten Blick auf den Jungle abseits von Stereotypen. Es räumt auf mit gängigen Klischees über den Jungle als Ort von Chaos und Gewalt. Auch wenn das Buch mit der Räumung des Jungles 2016 schließt, zeigen das Entstehen von neuen Lagern, erneute Räumungen (wie etwa im Juli 2020) und die starke Zunahme von Seepassagen per Boot, dass es an Aktualität nicht fehlt.[2] Im August 2020 kündigte der britische Premierminister Boris Johnson an, Marineboote vor der Küste Frankreichs einzusetzen, um diese Überfahrten zu verhindern. Calais bleibt somit ein zentraler Ort des europäischen Grenzregimes, aber gleichzeitig auch ein Ort von migrantischer Autonomie. Um diesen Ort abseits von klischeebeladenen Mediendiskursen zu verstehen, lohnt sich ein Blick in das Buch – auch wenn weitere (theoretische) Überlegungen uns überlassen sind.

## Endnoten

- [1] Wie Thomas Müller im Vorwort des Buches anmerkt, ist die deutsche Übersetzung des englischen und französischen Begriffs *jungle*‘ problematisch. Die Bezeichnung *jungle*‘ entstand in den 2000er Jahren in Anlehnung an ein Lager in einem Waldgebiet bei Calais, welches von Migrant\*innen mit dem paschtunischen Wort *dzangal* (Wald) bezeichnet wurde. Seit diesem Zeitpunkt verwenden Migrant\*innen und Unterstützungsstrukturen vor allem den Begriff *jungle*, um die provisorischen Lager in Calais zu beschreiben. In der deutschen Übersetzung geht dieser Kontext jedoch verloren und ‚der Dschungel‘ ist verbunden mit einer medialen Repräsentation dieser Orte, welche koloniale Stigmata von Chaos und Exotisierung reproduziert. Im Buch wird daher vor allem der Begriff ‚Jungle‘ (und ‚Jungles‘ im Plural) verwendet. Dem möchte ich auch in dieser Rezension folgen.
- [2] Der Blog [calais.bordermonitoring.eu](http://calais.bordermonitoring.eu) wurde im Zuge der Corona-Pandemie ins Leben gerufen und bietet einen guten Überblick über die aktuellen Ereignisse in Calais.

## Autor\_innen

Christian Sowa arbeitet zu Fragen von kritischer Stadt- und Migrationsforschung. In seiner Promotion befasst er sich mit der Unterbringung Geflüchteter in Berlin.  
[christian\\_sowa@soas.ac.uk](mailto:christian_sowa@soas.ac.uk)

## Literatur

- Agier, Michel (2002): Between War and City: Towards an Urban Anthropology of Refugee Camps. In: *Ethnography* 3/3, 317-341.
- Agier, Michael (2011): *Managing the undesirables. Refugee Camps and Humanitarian Government*. Cambridge: Malden.
- Agier, Michel / Bouagga, Yasmine / Galisson, Mael / Hanappe, Cyrille / Pette, Mathilde / Wannesson, Philippe (Hg.) (2020): *Der „Dschungel von Calais“*. Über das Leben in einem Flüchtlingslager. Bielefeld: transcript.
- Calais Writers (2017): *Voices from the „Jungle“*. Stories from the Calais Refugee Camp. London: Pluto Press.
- Herz, Manuel (Hg.) (2013): *From Camp to City: Refugee Camps of the Western Sahara*. Baden/London: Lars Müller.
- Katz, Irit (2017): Between Bare Life and Everyday Life: Spatializing Europe’s Migrant Camps. In: *Architecture\_MPS* 12/2, 1-21.
- Malkki, Liisa (2002): News From Nowhere: Mass Displacement and Globalized „Problems of Organization“. In: *Ethnography* 3/3, 351-360.
- Müller, Thomas (2020): Eine Vorbemerkung zur deutschsprachigen Ausgabe. Die Aktualität des Jungle. In: Michel Agier / Yasmine Bouagga / Mael Galisson / Cyrille Hanappe / Mathilde Pette / Philippe Wannesson (Hg.), *Der „Dschungel von Calais“*. Über das Leben in einem Flüchtlingslager. Bielefeld: transcript, 9-35.
- Müller, Thomas / Schlüper, Uwe (2018): *Dynamiken des Jungles. Calais und das europäisch-britische Grenzregime*. München: bordermonitoring.eu.
- Müller, Thomas / Zinflou, Sascha (2018): Die Urbanität des Jungle. Calais und die Möglichkeiten einer migrantischen Stadt. In: *movements* 4/2, 129-160.
- Oesch, Lucas (2020): An improvised dispositif: The invisible urban planning in the refugee camp. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 44/2, 349-365.
- Sanyal, Romola (2014): *Urbanizing Refuge: Interrogating Spaces of Displacement*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/2, 558-572.





# Regionalentwicklung in Ostdeutschland – die humangeographische Perspektive

Rezension zu Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.) (2020): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum.

Annegret Haase

Der von Sören Becker und Matthias Naumann herausgegebene Band bietet einen breiten Überblick über die Entwicklung und aktuelle Lage in Ostdeutschland aus einer raumbezogenen und rauminteressierten Perspektive. Er gibt an, vor allem den Beitrag der Humangeographie beizusteuern, jedoch zeigt der Blick auf das Kollektiv der beitragenden Autor\_innen, dass der Blick doch weiter reicht als der der Humangeographie und stärker auch etwa ökonomische, demographische, soziologische, politikwissenschaftliche oder planerische Perspektiven einbezieht. Dieser erweiterte humangeographisch fokussierte Blick ist eine deutliche Referenz darauf, dass die Humangeographie heute zahlreiche Schnittmengen zu anderen disziplinären Sichtweisen aufweist – das kann man als Vorteil und Qualität einer großen Perspektivenvielfalt werten, oder aber auch als den Versuch, (fast) alle relevanten Themen in das Korsett der Humangeographie zu pressen. Hier mögen die Leser\_innen selbst entscheiden, welche Sichtweise angemessener ist.

Der Band ist ein weiterer Versuch, eine Diagnose zum aktuellen Status quo sowie zu Entwicklungen in Ostdeutschland in den vergangenen 30 Jahren anzustellen. Er ordnet sich damit in eine immer weiter wachsende Landschaft von Publikationen zu diesem Thema in den vergangenen Jahren ein. Dennoch sticht er aus zwei Gründen hervor: Zum einen beleuchtet er beinahe enzyklopädisch eine Vielzahl verschiedener Themen und Bereiche, zum anderen wurde deren Auswahl durch die Kerninteressen der Humangeographie geleitet. Das Spektrum der Beiträge vereint – neben einer Einleitung – die sechs Bereiche Politische Geographie, wirtschaftlicher Strukturwandel, sozialer Wandel, Lage der Städte im Umbruch, Wandel des ländlichen Raumes sowie Mensch-Natur-Verhältnisse und Infrastrukturen. Auf diese verteilen sich nicht weniger als 38 Beiträge. Innerhalb dieser doch eher traditionell anmutenden Gliederung gibt es eine große Anzahl von Einzelbeiträgen zu sehr innovativen und neuen Themen, etwa zur postmigrantischen Überformung ostdeutscher Sozialwelten, neuen Abwehrallianzen an den deutschen Ostgrenzen, zum Thema der Rückwanderung (von West- nach Ostdeutschland) nach Jahrzehnten des Bevölkerungsexodus oder zu neuen Aspekten ländlicher Daseinsvorsorge.

Abb. 1 Titel des Buches (Springer Spektrum.)



Die Auswahl der Beiträge spiegelt auch viele aktuelle Spannungsfelder und Herausforderungen Ostdeutschlands wider: Der Band geht ein auf das Thema der wachsenden Metropolen gegenüber schrumpfendem ländlichen Raum, auf die zunehmende Bedeutung von internationaler Zuwanderung und regressive Antworten wie Abwehr und Rassismus, auf Erfolg, Niedergang und Dauer-Wandel der ostdeutschen Wirtschaft, die Umgestaltung ganzer Regionen mit Blick auf den Kohleausstieg, die Polarisierung von politischen Einstellungen, den gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie auf gesellschaftlichen Wandel als Dauerzustand und die resultierende Reaktion zwischen Anpassung, Abwehr und Protest.

In der Einleitung (Becker/Naumann 2020) sprechen die Herausgeber von Ostdeutschland als „gewordener Region“ (S. 1), welche sowohl geprägt ist durch die Zeit vor 1989 als auch die mittlerweile drei Jahrzehnte danach und die auch oft als Raumeinheit zur Beschreibung und/oder Analyse von Problemen oder aber Spezifika herangezogen wird. Daraus leiten sie auch ihre Begründung für die Herausgabe des Bandes ab: „Die fortdauernde Relevanz von Ostdeutschland – als komplizierte und differenzierte, aber doch weiterhin gerechtfertigte Raumeinheit – war für uns der Anlass für den Band ‚Regionalentwicklung in Ostdeutschland‘.“ (S. 2) Auf die reichhaltige Forschungsliteratur zum Thema wird kurz und fast nur aufzählend eingegangen, darauf folgt die genauere Einordnung des Bandes, der die bisherigen Perspektiven um eigene konzeptionelle und aktuelle empirische Befunde ergänzen möchte:

„Ziel des Bandes ‚Regionalentwicklung in Ostdeutschland‘ ist die Herausarbeitung der Widersprüche, der kleinräumlichen Ausdifferenzierung und der Konflikthaftigkeit räumlicher Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende. Mit dem regionalen Bezug auf Ostdeutschland nehmen wir in diesem Buchprojekt 30 Jahre nach dem Mauerfall zwar die Setzung vor, dass Ostdeutschland als räumliche Kategorie und Forschungsperspektive nach wie vor eine eigene Berechtigung hat. Wir möchten aber in konzeptioneller, empirischer wie auch disziplinärer Hinsicht den Blick erweitern, um die gängigen medialen wie auch wissenschaftlichen Zuschreibungen von ostdeutschen Städten und Regionen zu hinterfragen.“ (S. 5)

Als Grundvoraussetzungen hierfür nennen sie: Ostdeutschland wird nicht als isolierte Raumeinheit aufgefasst, sondern der Fokus liegt auf kleinräumigen Unterschieden einerseits sowie der Ausleuchtung des Spannungsverhältnisses zwischen Differenzierung und Angleichung andererseits. Neben der räumlichen sei, so die Herausgeber, Ostdeutschland aber auch eine politische Region zwischen Postpolitik und „spaces of hope“ (Harvey 2000) im Sinne von Zukunftspotenzialen und Zukunftsfähigkeit. Entlang dieser Überlegungen sollen Fragen nach der Verallgemeinerung von Erkenntnissen über einzelne Teile Ostdeutschlands oder Herausforderungen für verschiedene Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft et cetera hinterfragt werden, wobei aber gleichzeitig durch die Natur des Bandes Verallgemeinerungen mit Bezug zu Ostdeutschland auch rekonstruiert und aufs Neue behauptet werden.

Einen Band von 500 Seiten in wenigen Worten auch in seinen Details zu würdigen beziehungsweise zu besprechen, ist ein sehr schwieriges

Unterfangen. Daher habe ich im Folgenden einige Kapitel aus der Fülle der Beiträge für eine etwas detailliertere Betrachtung ausgewählt, die in ihrer Gesamtheit einen guten Überblick über aktuelle Debatten und/oder raumbezogene Herausforderungen im ostdeutschen Kontext geben sollen. Leitender Gedanke für ein selektives Vorgehen war, damit die Grundidee des Bandes, das Aufzeigen der Kompliziertheit und Komplexität, aber gleichzeitig eines inneren Entwicklungs- und Denkwesammenhangs der ostdeutschen Realität 30 Jahre nach der politischen Wende noch einmal nachzuvollziehen. Die Auswahl der Kapitel selbst muss letztlich ein Stück weit willkürlich und subjektiv bleiben, und sie sagt auch nichts über die Qualität oder Relevanz der berücksichtigten oder für diese Rezension beiseitegelassenen Themen aus – im Gegenteil soll trotz der Auswahl die ausdrückliche Anregung gegeben werden, sich von 500 Seiten nicht abschrecken zu lassen und das ganze Buch zu lesen!

Im Beitrag zu politischen Einstellungen (Kapitel 2: „Der ‚Osten‘ ist anders!? Anmerkungen zu den Diskursen über die politischen Einstellungen in Ostdeutschland“) thematisiert Manfred Rolfes blinde Flecken in der Debatte über das „Andersein des Ostens“ (S. 19) und diskutiert, welche Bedeutung das Räumliche und „der Westen“ in der Konfiguration des „Ostens“ haben. Er verweist vor allem auf die Gefahr einer raumzentrierten Sichtweise und Erklärung:

„Solche räumlichen oder raumaffinen Plausibilisierungsversuche sind zwar bequem und erscheinen bisweilen naheliegend, sie erweisen sich aber immer wieder als unterkomplex und unangemessen. Sie verstellen – insbesondere wenn sie bewusst oder unbewusst postkolonial konnotiert sind – den Blick auf soziale, politische oder ökonomische Verursachungszusammenhänge.“ (S. 19)

Kristine Beurskens und Judith Miggelbrinks Beitrag zur Rolle der Bürgerwehren an der deutschen Ostgrenze wendet sich dem Phänomen des Vigilantismus zu, also des Handelns gegen unerwünschte Zustände oder Prozesse seitens nicht-staatlicher Akteure (Kapitel 6: „Geographien der Unsicherheit. Bürgerwehren an der ostdeutschen EU-Binnengrenze“). Die Autorinnen untersuchen die Bedeutung von Vigilantismus in Zeiten des Umbruchs sowie unter Bedingungen der Versicherheitlichung und Ent-Ortung, mit denen die Grenzregionen im Alltag konfrontiert sind. Im Ergebnis diagnostizieren die Autorinnen eine „grenzbezogene Kriminalitätsfurcht“ (S. 76) als Ursache der Entstehung von Bürgerwehren und diskutieren, ob die Verlagerung von Souveränität innerhalb der EU an den Grenzen auch als Schwäche des jeweiligen Staates wahrgenommen wird und damit Vigilantismus (indirekt) befördert.

In Kapitel 8 zum Thema „Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur politischen Ökonomie Ostdeutschlands“ beleuchtet Dominik Intelmann die anhaltende Transferabhängigkeit sowie das Fehlen einer lokalen Eigentümer\_innenklasse als Herausforderungen sowie als Ursachen für die Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft. Der Autor beleuchtet aus der Perspektive der politischen Ökonomie die langfristige Wirkung zentraler Entscheidungen der frühen Nachwendzeit wie die Unternehmensprivatisierung durch die Treuhandanstalt, die schnelle Währungsunion, die Altschuldenregelung und die Restitution (S. 101).

In Kapitel 15 mit dem Titel „Ostdeutsche Identität im Wandel der Zeiten. 30 Jahre und noch kein Ende“ wird die Frage der ostdeutschen Identität thematisiert, ein endloses (Streit-)Thema. Der Autor Daniel Kubiak schlussfolgert, dass es auch in der Nachwendegeneration eine kollektive Identifikation mit dem Osten gebe, welche sich aus den Erfahrungen der Umbruchzeit speise und darüber hinaus geprägt sei durch „[...] die Sozialisation über die Eltern, Schule und Medien, die Erfahrung symbolischer Abwertung als Ostdeutsche und die Ausgrenzung aus dem Normalitätsparadigma einer deutschen Identität“ (S. 189). Hier von einer Identität zu sprechen, welche eine ganze Generation charakterisiert, dem würde ich allerdings in dieser Ausschließlichkeit widersprechen. Und wie sind die vielen Westwanderer\_innen einzuordnen?

Es ist erfreulich, dass das Thema Migration nicht vor allem durch die Themen Fremdenfeindlichkeit und Proteste gegen Fluchtzuwanderung abgehandelt wird. Die Migrationsgeschichte des Ostens seit 1989 wird sehr ausführlich in drei Beiträgen thematisiert, in zwei Kapiteln (17 und 18) zum Thema „Migrationsgeschichte Ostdeutschlands“ und in Kapitel 19, eher unerwartet, zum Thema „Ostdeutschland postmigrantisch und multikulturell“. Es wird zurecht als ein vernachlässigtes Thema angesprochen. Die Forderungen der Autor\_innen um Jonathan Everts, diesem in der Forschung in Zukunft mehr Raum einzuräumen, unterstütze ich sehr. Durch meine eigene aktuelle Beschäftigung unter anderem mit migrationsbezogenen Konflikten in ostdeutschen Städten bin ich mir allerdings nicht sicher, ob die postmigrantische Perspektive tatsächlich die am besten geeignete ist, oder ob man nicht lieber von einer Migrationsgesellschaft sprechen sollte, wo Migration an einigen Orten (v. a. in einigen Großstädten) schon immer mehr zur Alltagsnormalität gehört, während das in vielen anderen Regionen (auch nach 2015/16) noch immer nicht der Fall ist.

Eine spezielle Perspektive aus dem großen Feld der Stadtentwicklung wird in Kapitel 27 mit dem Titel „Städtische Protestbewegungen in Leipzig. Orientierungsversuche innerhalb einer veränderten Marktrealität“ durch Rico Rokitte entworfen: Sein Blick richtet sich auf das urbane Protestgeschehen in Leipzig. Der Autor sieht die Geschichte dieser Proteste im engen Zusammenhang mit der Leipziger Nachwunderfahrung massiver Schrumpfung (bis etwa 2000) und dynamischen Wachstums (seit 2010). Er stellt fest,

„dass die Leipziger Schrumpfungserfahrungen einen Schlüsselmoment für die Konstituierung, Artikulation und Positionsbestimmung städtischer Protestbewegungen darstellen. Dies betrifft einerseits die Perspektive der alternativen Subkulturen auf die Stadt selbst, andererseits deren Reaktion auf neoliberale Einhegungsstrategien.“ (S. 347)

Das Leipziger Beispiel wird als „Konfliktformation“ (S. 356) theoretisiert und aus der Perspektive der verschiedenen Formen der Forderung eines Rechts auf Stadt (mit Bezug zu Lefebvre) ausgeleuchtet. Wichtig scheinen mir zwei Dinge: Sowohl die Betrachtung der Leipziger Spezifik, welche die Stadt als eine der „Armen“ (S. 349) und der „Träumer“ (S. 350) beschreibt, die aus ganz unterschiedlichen Antrieben heraus und mit verschiedenen Zielen protestieren, als auch das generelle Anliegen, urbane Protestbewegungen

im Kontext der neoliberalen Neuordnung der Städte genauer und kritisch zu analysieren, was der Autor stark einfordert.

Eine ganz andere ostdeutsche Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte spricht dagegen Annett Steinführer im Kapitel zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum an (Kapitel 29: „Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen: zwischen Abbau, Umbau und Ausbau“). Die Autorin wendet sich gegen die verbreitete These eines generellen Abbaus von Infrastruktur, welche für sie zu kurz greift (S. 384). Sie zeigt auf, dass es hier in manchen (vor allen technischen) Bereichen auch einen Ausbau sowie Umbau gab und dass der Kontext des Nachwende-Ostdeutschlands für ein Verstehen der aktuellen Herausforderungen für die ländliche Daseinsvorsorge nicht ausreicht, sondern dass hier auch übergreifende politische und ökonomische Rahmungen stärker zu berücksichtigen sind. Und sie spricht von nach wie vor bestehenden Wissenslücken trotz 30 Jahren postsozialistischer Regionalentwicklung (und auch Regionalforschung, S. 385).

Nicht zuletzt soll der Beitrag zur Sanierung ostdeutscher Industrieregionen von Gerd Lintz und Peter Wirth (Kapitel 36: „Sanierung alter Industrieregionen in Ostdeutschland“) hervorgehoben werden, vor allem, weil der gegenwärtige Prozess des Kohleausstiegs und der dadurch nötigen regionalen Umstrukturierung eine Dimension und Bedeutung erlangt hat, welche den gesamten politischen und gesellschaftlichen Diskurs zu Ostdeutschland wieder einmal voll entfacht hat – allerdings unter anderen Bedingungen als jenen der 1990er Jahre, wo ja bereits tatsächlich die meisten Arbeitsplätze im Kohlebergbau verschwanden. Der Beitrag stellt die Sanierung des Lausitzer Seenlandes nach der Braunkohle in den Mittelpunkt. Er stellt fest, dass die Sanierung auch international betrachtet durchaus eine Erfolgsgeschichte ist, und dass ohne sie auch die wirtschaftliche Entwicklung, wie sie sich trotz insgesamt noch nicht zufriedenstellender Ergebnisse bis heute vollzogen hat, nicht zustande gekommen wäre (478). Umweltsanierung und wirtschaftlicher Strukturwandel werden als großflächige Phänomene mit dem Umbau der Kohleregionen in Ostdeutschland erhalten bleiben.

In seiner Gänze bietet der Band eine Fülle von Material und spannenden Einzelbeiträgen; er richtet sich in erster Linie an raumbezogen arbeitende Wissenschaftler\_innen und Studierende, ist aber auch gut lesbar für Interessierte außerhalb des wissenschaftlichen Spektrums. Für den Schluss nach 500 Seiten hätte man sich noch eine Systematisierung vonseiten der Herausgeber gewünscht, die einzelne Schlussfolgerungen aus den Kapiteln in einen näheren Bezug zueinander setzen. Hier müssen sich die Leser\_innen selbst Gedanken machen. Schade ist das Fehlen eines solchen übergreifenden Beitrages am Ende vor allem für diejenigen, die nicht alles lesen wollen/können und trotzdem an einem übergreifenden Blick, der über die anfängliche Einführung in die Beiträge hinausgeht, interessiert sind. Abschließend bleibt die Frage aber offen, inwieweit eine separate Beschäftigung mit Ostdeutschland in Zukunft weiter Sinn macht oder ob sie eventuell auch neue regionale Spezifika, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu wenig berücksichtigt, 30 Jahre nach der politischen Wende. Vielleicht wäre für die Zukunft auch eine humangeographische Perspektive auf die gesamtdeutsche Regionalentwicklung sinnvoll, die ostdeutsche mit anderen Spezifika sowie ältere und neuere regionale Unterschiede im Zusammenhang betrachtet.

## Autor\_innen

Annegret Haase ist Stadtsoziologin und arbeitet u. a. zu nachhaltiger Stadtentwicklung, sozial-räumlicher Differenzierung und Stadtumwelt-Themen.  
annegret.haase@ufz.de

## Literatur

- Becker, Sören / Naumann, Matthias (Hg.) (2020): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum.
- Becker, Sören / Naumann, Matthias (2020): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland – Geographien einer Transformation. Zur Einleitung*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 1-15.
- Beurskens, Kristine / Miggelbrink, Judith (2020): *Geographien der Unsicherheit. Bürgerwehren an der ostdeutschen EU-Binnengrenze*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 71-83.
- Everts, Jonathan / Juraschek, Kim Anna / Fleischmann, Larissa / Ringel, Florian (2020): *Ostdeutschland multikulturell und postmigrantisch*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Wiesbaden: Springer, 235-248.
- Glorius, Birgit (2020): *Migrationsgeschichte Ostdeutschlands*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 211-222.
- Harvey, David (2000). *Spaces of hope*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Intelmann, Dominik (2020): *Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur politischen Ökonomie Ostdeutschlands*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 99-110.
- Kubiak, Daniel (2020): *Ostdeutsche Identität im Wandel der Zeiten. 30 Jahre und noch kein Ende*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 189-198.
- Lintz, Gerd / Wirth, Peter (2020): *Sanierung alter Industrieregionen in Ostdeutschland*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 467-480.
- Rokitte, Rico (2020): *Städtische Protestbewegungen in Leipzig. Orientierungsversuche innerhalb einer veränderten Marktrealität*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 347-359.
- Rolfes, Manfred (2020): *Der „Osten“ ist anders!? Anmerkungen zu den Diskursen über die politischen Einstellungen in Ostdeutschland*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 19-30.
- Steinführer, Annett (2020): *Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen: zwischen Abbau, Umbau und Ausbau*. In: Sören Becker / Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Heidelberg: Springer Spektrum, 375-388.

# Die Disziplinierung alltäglicher Wassernutzung

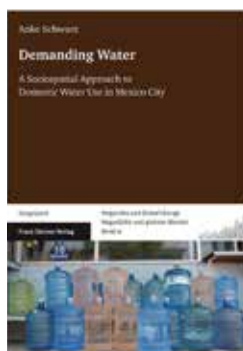
Rezension zu Anke Schwarz (2017): *Demanding Water. A Sociospatial Approach to Domestic Water Use in Mexico City*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Sören Weißermel

Das mediale Bild von Mexico City ist häufig das einer Megastadt nahe dem Kollaps; die mexikanische Hauptstadt gilt als ein Paradebeispiel chaotischer Stadtentwicklung und verfehlter Stadtplanung. Als besonders problematisch gilt dabei die Wasserknappheit, die eine Folge der Ausbeutung der ehemals reichen Wasservorräte ist. Selbst in der wissenschaftlichen Literatur finden sich viele „skandalisierende“ Formen, sich der „Wasserkrise“ in der Metropole anzunähern (Schwarz 2017: 19), Sie reihen sich in nördliche Perspektiven mit postkolonialem Anstrich auf die Megacities des Globalen Südens ein. Anknüpfend an diese Kritik wählt Anke Schwarz in ihrem Buch einen grundlegend anderen Zugang zur Thematik der Wasserversorgung und -nutzung in Mexico City. Den Ausgangspunkt bilden zwei zentrale Argumente: (1) Wasserknappheit und ungleicher Wasserzugang sind keine ‚natürlichen‘ Folgen unkontrollierten städtischen Wachstums, sondern Resultate einer Urbanisierung der Natur in Form großer technischer Infrastrukturen und einer dadurch ermöglichten kapitalistischen Stadtentwicklung (vgl. Swyngedouw 2004). (2) Die Produktion urbaner Räume und die des alltäglichen Lebens sind miteinander verknüpft und Versorgungsinfrastrukturen beeinflussen grundlegend das alltägliche Leben der Einwohner\*innen.

Ausgehend vom zweiten Argument widmet sich Anke Schwarz in ihrer empirischen Analyse der häuslichen Perspektive mit ihren subjektiven Erfahrungen, Wahrnehmungen und damit verwobenen sozialräumlichen Praktiken der Wassernutzung. Konkret sucht sie nach dem Verhältnis von städtischem Raum und Alltagspraktiken der Wassernutzung in Mexico City. So verortet Schwarz ihre Arbeit zunächst in der Diskussion um Wasserversorgung und -nutzung in lateinamerikanischen Städten. Hier überwiegen in der Literatur bislang Makroperspektiven auf das Management und die Gouvernamentalität von Wasser, auf den juristischen Kontext oder aber auf Analysen von Kämpfen um das Recht auf und den Zugang zu Wasser (vgl. Wade 2012; Meehan 2019; Hommes et al. 2019; Dupuits et al. 2020). Schwarz' Fokus auf die Haushaltsebene und Alltagspraktiken ist eine wichtige Erweiterung des Blickwinkels. Zum anderen ordnet sich die Studie in das Feld der Praxistheorien ein, welche die Annahme zugrunde legen, dass

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Franz Steiner Verlag)



menschliche Praktiken und ihre materielle Einbettung konstitutiv für die soziale Welt sind (vgl. Schäfer/Everts 2019). Während diesbezüglich in der deutschsprachigen Humangeographie in den vergangenen Jahren insbesondere der konzeptionelle Zugang von Theodore Schatzki und Andreas Reckwitz an Bedeutung gewonnen hat („zweite Generation“), lässt sich der Zugang der vorliegenden Arbeit der ‚ersten Generation‘ um Pierre Bourdieu, Anthony Giddens und Charles Taylor zuordnen (ebd.: 9). Hervorzuheben ist dabei die politische Kontextualisierung der Analyse von Anke Schwarz. Damit gelingt es ihr, die subtile Wirkungsweise der Neoliberalisierung der Wasserversorgung in Mexico City und die alltägliche Reproduktion sozialer Ungleichheit herauszuarbeiten.

Ihrer Fragestellung nähert sich die Autorin über eine konzeptionelle Verknüpfung eines an Lefebvre angelehnten relationalen Raumverständnisses mit Bourdieus Praxistheorie und dem dort enthaltenen Begriffspaar Habitus-Habitat. Trotz des eher unklaren Raumverständnisses bei Bourdieu erscheint ihr insbesondere die Prozesshaftigkeit beider Ansätze als geeignete Grundlage für eine solche Verknüpfung. Das wechselseitige Verhältnis von Alltagspraktiken und sozialem Status sowie das transformatorische Potenzial in Bourdieus Habituskonzept bilden schließlich den Rahmen für die politische Kontextualisierung der empirischen Analyse. Die Produktion von Habitus geschieht demnach im sozialräumlichen Kontext, Produkte räumlicher Praxis versteht die Autorin als Materialisierung von Habitus. Dieses Verständnis bildet die Grundlage für die Arbeitshypothese der Autorin: Das sozialräumliche Setting (Habitat) mit seinen spezifischen Lebensbedingungen rahmt und strukturiert alltägliche Praktiken der Wassernutzung und bedingt über den darin (re-)produzierten oder transformierten Habitus zukünftige Handlungen. Ähnlich beeinflussen vergangene Habitate über den darin entwickelten Habitus aktuelle Praktiken.

Um Alltagspraktiken der Wassernutzung und deren Verhältnis zur Produktion städtischen Raums analytisch fassen zu können, verwendet Anke Schwarz innerhalb eines qualitativen, subjekt-basierten Ansatzes drei unterschiedliche Methoden: Einzelinterviews, Fokusgruppen und die von ihr entwickelte Methode der Habitat-Biographien. Die leitfadengestützten Interviews mit narrativen Anteilen fanden stets in den Haushalten der Interviewten statt. Diese Umgebung erachtet die Autorin als notwendig angesichts des dadurch ermöglichten Erlebnisses der Erreichbarkeit und Materialität des Wohnorts, des Beobachtens nachbarschaftlicher Interaktionen sowie der während des Interviews stattfindenden Praktiken. Die Fokusgruppen aus 10 bis 14 Personen von ähnlichem sozialen Status sollen kollektive Diskurse und von der Autorin als *imaginarios urbanos* bezeichnete Wahrnehmungen des Städtischen erkennbar machen. Die Methode der Habitat-Biographien wiederum entwickelt Schwarz auf Basis gezielter Nachfragen nach vergangenen Wohnsituationen und mit dem Ziel, die oben genannte Arbeitshypothese überprüfen zu können. Das methodische Vorgehen und ihre Rolle als Forscherin werden von der Autorin im vorletzten Kapitel gründlich reflektiert.

Auf strukturierte Weise nähert sich Schwarz schließlich dem empirischen Beispiel, das, wie in praxistheoretischen Studien üblich, detailreich dargelegt und analysiert wird. Zunächst schildert sie den Untersuchungskontext



(Wasserversorgungsnetz, Versorgungssicherheit und Wasserqualität sowie alternative Versorgungsarten in Mexico City), was den Leser\*innen einen guten Einblick in das Untersuchungsgebiet ermöglicht, aufgrund der Komplexität und Differenziertheit der Thematik und der lokalen Verhältnisse aber auch ein genaues Lesen erfordert. Anschließend widmet sich die Autorin den Praktiken der Wassernutzung in den untersuchten Stadtbezirken Iztapalapa und Cuauhtémoc. Die Analyse geschieht vergleichend hinsichtlich des jeweiligen Wohnorts, der Versorgungsfrequenz und der Wasserqualität. Besonders interessant erscheint die Mehrfachnutzung des Wassers. Diese Praxis macht die Autorin in Gegenden geringer Versorgungsfrequenz aus und – zwischen körperbezogenen und technischen Wassernutzungen unterscheidend – bezeichnet sie als *cascade of domestic water use*. Sehr schlüssig legt Schwarz zudem dar, wie sich eine örtlich geringe Versorgungsfrequenz und daran angepasste häusliche Wassernutzung auf die Reproduktion sozialer Ungleichheit auswirken. Insbesondere über die Identifizierung der sogenannten *imaginarios urbanos* ergänzt die Autorin ihre Praktikenanalyse durch die Wahrnehmungsebene. Sie identifiziert insbesondere das Erdbeben in Mexico City von 1985 als einen nach wie vor wesentlichen Einflussfaktor auf die stadtweit negative Wahrnehmung der Leitungswasserqualität. Eine Rolle spielt auch der Flaschenwasserkonsum, der in Mexiko City zu den weltweit höchsten zählt. In einem separaten Kapitel überprüft die Autorin mithilfe der Habitat-Biographien die Arbeitshypothese, dass Wassernutzungspraktiken sowohl vom aktuellen als auch von vergangenen Habitaten gerahmt beziehungsweise vorstrukturiert werden. Dies geschieht anhand einer Illustration der unterschiedlichen Wohnorte der jeweiligen interviewten Person mit einfachen Symbolen hinsichtlich der Wohnform sowie der tatsächlichen und wahrgenommenen Wasserversorgung, ergänzt durch einzelne Interviewzitate.

Die Untersuchung des Verhältnisses von alltäglichen Praktiken der Wassernutzung und der Produktion städtischen Raums führt zu Ergebnissen auf unterschiedlichen Ebenen. Die Interpretation der Habitat-Biographien und somit die Überprüfung der Arbeitshypothese geschieht anhand des Vergleichs zweier Biographie-Typen, die mit folgenden Aussagen korrelieren: (1) Weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart gab es Probleme mit der Wasserversorgung; (2) es besteht Erfahrung mit Versorgungsproblemen in der Vergangenheit, aber nicht in der Gegenwart. Diese Biographie-Typen unterscheiden sich zwar insofern, als dass Menschen des zweiten Typs über das Anlegen von Wasservorräten souveräner auf angekündigte Versorgungsausfälle reagieren und angesichts einer häufigeren Nutzung von Grauwasser (siehe *cascade of domestic water use*) ein stärkeres Bewusstsein für Wasserknappheit zeigen. Doch die Mehrfachnutzung von Wasser nimmt mit anhaltend sicherer Versorgung ab. Prinzipiell scheinen daher die Auswirkungen des gegenwärtigen sozialräumlichen Settings auf die Wassernutzungspraktiken signifikanter zu sein als die vergangener Praxen.

Die Analyseergebnisse widerlegen damit gewissermaßen die zentrale Arbeitshypothese. Auch deuten die *imaginarios urbanos* – abgesehen von einer stärkeren Sensibilität bezüglich sozialer Ungleichheiten in der Stadt bei Erfahrungen mit Versorgungsproblemen – auf keine zentrale Bedeutung vergangener Erfahrungen für die gegenwärtige Wahrnehmung des

Städtischen und der eigenen Verortung darin. Daraus schließt Schwarz jedoch keinesfalls auf die Irrelevanz des Vergangenen. Denn die historische Dimension materialisiert sich in der urbanen Infrastruktur, die die aktuellen Versorgungsbedingungen bestimmt. Als „precondition for the stabilization of capitalist development“ (S. 205) ist sie ein Produkt vergangener räumlicher Praktiken und Entscheidungen. Auch spiegelt sich der Einfluss des 1985er Erdbebens auf die Wahrnehmung des Leitungswassers in stadtweiten Diskursen sowie im alltäglichen Handeln wider und scheint auch maßgeblich für das Misstrauen gegenüber kommunalen Behörden zu sein. Zwar werden zuvor aufgeführte Interviewaussagen zu Verfärbungen und Gerüchen des Leitungswassers sowie einer wahrgenommenen Verschlechterung der Qualität auch in zentralen Gegenden durch Nachverdichtung und Überbeanspruchung der Wasservorräte ebenfalls berücksichtigt. Die ungleich stärkere Gewichtung des Erdbebens ist für Leser\*innen ohne Insiderwissen aber womöglich nicht vollständig nachvollziehbar.

Als zentrale methodische Erkenntnisse der Studie wertet Anke Schwarz erstens das Modell der *cascade of water use* als geeignete empirische Methode zur Erforschung häuslicher Wassernutzung, gerade über die Unterscheidung zwischen körperbezogener und technischer Wassernutzung. Zweitens werden Habitat-Biographien als geeignetes Instrument zur Identifikation der Prozesshaftigkeit urbaner Bedingungen und des kollektiven Charakters historischer Erlebnisse bestätigt. Tatsächlich ermöglichen die Habitat-Biographien durch ihre Illustrationen die Reduktion komplexer Wohngeschichten – vor allem, was die wahrgenommene und tatsächliche Wasserversorgung sowie den Umgang mit Wasserproblemen betrifft – auf die analytisch relevanten Aspekte. Unterschiede zwischen den jeweiligen Lebenswelten werden dabei deutlich, die Biographien bleiben aber dennoch miteinander vergleichbar. Die Leistung der Arbeit liegt insgesamt insbesondere darin, dass Schwarz aus dem alltäglichen Kontext eine politische Dimension herausarbeitet, was bei praxistheoretischen Ansätzen selten der Fall ist. Durch die sinnvolle Verknüpfung der unterschiedlichen Aspekte der komplexen empirischen Analyse identifiziert die Autorin einen Klassen- und Gendercharakter der Selbsthilfe im Umgang mit Wasserknappheit, der im Kontext eines normalisierten Ausnahmezustands soziale Ungleichheit in der Stadt reproduziert, perpetuiert und verstärkt. Dies führt jedoch – trotz der in den *imaginarios* wahrgenommenen strukturellen Ungleichheit – nicht zu politischer Mobilisierung, sondern vielmehr zur eigenen Disziplinierung. Anhand des Begriffs der *emotional geographies of water* arbeitet Schwarz überzeugend diese individualisierende Wirkung heraus, die sich angesichts der Wahrnehmung von Wassermangel als Symbol sozialer Exklusion in persönlicher Scham aufgrund erschwelter persönlicher Körperhygiene niederschlägt. Auf dieser Ebene des Affektiven zeigt die Autorin auch die Wirkungen der Werbung der Flaschenwasserindustrie auf, die durch die permanente Behauptung der gesundheitlichen Folgen von Leitungswassernutzung und der höheren Lebensqualität bei Flaschenwassernutzung in eine emotionalisierte Kerbe schlägt. In der Hinwendung zu Flaschenwasser als Folge des Ineinandergreifens öffentlicher Versorgungsmängel und des Bedeutungsgewinns privater Anbieter\*innen erkennt Schwarz schließlich die (erzwungene) gesellschaftliche Ablehnung des Leitungswassers – dessen

Institutionalisierung als öffentliches Gut einst eine zentrale Errungenschaft der mexikanischen Revolution darstellte.

Das Buch überzeugt also insbesondere durch die Fähigkeit der Autorin, die Handlungs- und Wahrnehmungsebenen miteinander zu verknüpfen und die Alltagspraktiken eingebettet im Kontext eines hochpolitischen urbanen Raums zu verorten und zu interpretieren. Es ist als besondere Leistung zu werten, wie die Autorin die subtile Wirkungsweise der Neoliberalisierung der Wasserversorgung und der ihr inhärenten Knappheit herausarbeitet. Dies zeigt sie, neben ihrem Blick auf die Individualisierung der Selbsthilfe auf Haushaltsebene und der darin enthaltenen Disziplinierung, auch anhand der „contested arena of the domestic cistern“ als „symbolic struggle over the privatization of responsibilities“ (S. 212). Hier geschieht eine Verschiebung der Verantwortlichkeit für die Wasserqualität angesichts scheinbar mangelhafter Zisternenreinigung von der Regierungsebene auf die nachbarschaftliche und individuelle Ebene. Die Analyse des Verhältnisses alltäglicher Praktiken zur Produktion urbanen Raums unter Einbezug der politischen Dimension zeigt somit das Kritikpotenzial einer praxistheoretischen Analyseperspektive. Indem die Autorin die Praktiken im Kontext urbaner Machtstrukturen und Ungleichheiten verortet, unterstreicht sie die Notwendigkeit der Betrachtung der Haushaltsebene. Auf diese Weise gelingt ihr das Identifizieren subtiler, aber struktureller Mechanismen der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit. Dies führt zu Ergebnissen, die sich im Sinne aktueller Forderungen des *comparative urbanism* auch auf global eingebettete Urbanisierungsprozesse in anderen Teilen der Erde übertragen lassen (vgl. Robinson 2016). Somit ist dieses Buch nicht nur für den lateinamerikanischen Kontext von Relevanz, sondern allgemein für diejenigen, die ein Interesse an Formen der Governance im neoliberalen städtischen Kontext haben, insbesondere im Globalen Süden. Es ergeben sich wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der Form und Wirksamkeit neoliberal kontextualisierter Gouvernamentalität. Denn auf der Mikroebene des Haushalts und im alltäglichen Kontext werden die individualisierenden und disziplinierenden Wirkungen der Mechanismen sichtbar, die das gesellschaftliche politische Mobilisierungspotenzial entscheidend einschränken – ein Phänomen, das weltweit zu beobachten, aber in einem besonderen Ausmaß im lateinamerikanischen Raum anzutreffen ist.

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gefördert.*

### **Autor\_innen**

Sören Weißermel ist Humangeograph. Er forscht zu Enteignungsstrukturen und Widerstandsbewegungen im Rahmen großer Entwicklungsprojekte sowie zu Aushandlungen und Implikationen städtischer Klimapolitik.  
weissermel@geographie.uni-kiel.de

## Literatur

- Dupuits, Emilie / Baud, Michiel / Boelens, Rutgerd / de Castro, Fabio / Hogenboom, Barbara (2020): Scaling up but losing out? Water commons' dilemmas between transnational movements and grassroots struggles in Latin America. In: *Ecological Economics* 172, 1066-25.
- Hommel, Lena / Boelens, Rutgerd / Bleeker, Sonja / Duarte-Abadía, Bibiana / Stoltenborg, Didi / Vos, Jeroen (2020): Water governmentalities: The shaping of hydrosocial territories, water transfers and rural–urban subjects in Latin America. In: *Environment and Planning E: Nature and Space* 3/2, 399-422.
- Meehan, Katie (2019). Water Justice and the Law in Latin America. In: *Latin American Research Review* 54/2, 517-523.
- Robinson, Jennifer (2016): Comparative Urbanism. New Geographies and Cultures of Theorizing the Urban. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 187-199.
- Schäfer, Susann / Everts, Jonathan (2019): Praktiken und Raum. In: Susann Schäfer / Jonathan Everts (Hg), *Handbuch Praktiken und Raum. Humangeographie nach dem Practice Turn*. Bielefeld: transcript, 7-19.
- Schwarz, Anke (2017): *Demanding Water. A Sociospatial Approach to Domestic Water Use in Mexico City*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Swyngedouw, Erik (2004): *Social Power and the Urbanization of Water. Flows of Power*. Oxford: Oxford University Press.
- Wade, Jeffrey S. (2012): The Future of Urban Water Services in Latin America. In: *Bulletin of Latin American Research* 31, 207-221.

# Stadt der Entfremdung

Rezension zu Rowland Atkinson (2020): *Alpha City. How London Was Captured by the Super-Rich*. London: Verso.

Adrian Kreutz

Bei einem Spaziergang durch London, durch die wohlhabendsten als auch die ärmeren Stadtviertel, sieht man die vielen leerstehenden Wohnungen – 125.000, um genau zu sein (Action on Empty Homes 2020) –, die von Investor\_innen gekauft und zu einem Symbol für die kaputte Wohnungspolitik einer zunehmend ungerechten, fast schon hobbesianischen Gesellschaft geworden sind. Rowland Atkinsons *Alpha City* (2020) befasst sich eingehend mit der Frage, wie vermögende Privatpersonen als Inkarnationen des Kapitals – zumeist von ‚Offshore‘ – das urbane Gefüge Londons veränderten, indem sie andere verdrängten, die Stadt zu ihrer ‚Hauptstadt‘ – ihrer ‚Alpha-Stadt‘[1] – machten, und was genau dies für die Verdrängten bedeutet.

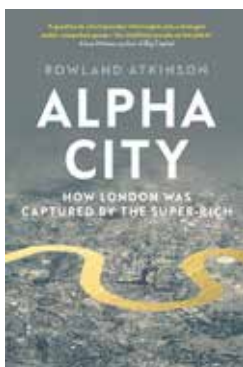
## Was ist eine Alpha-Stadt?

Eine Alpha-Stadt bildet den Nährboden für eine einzigartige, kraftvolle Verbindung von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen. Eine Alpha-Stadt ist eine Stadt von und für das Kapital. Sie ist eingebettet in die (kapitalistische) Weltwirtschaft und kann als ihr Herzstück betrachtet werden. Es ist eine Stadt, die die Logiken von Geld, Märkten und Finanzen verbindet: ein sicherer Hafen für das Kapital in einer destabilisierten Welt (vgl. Beaverstock et al. 1999). Wenn wir den Begriff auch auf vorkapitalistische Zeiten anwenden möchten, mögen einst Venedig, Jericho, Uruk, Babylon, Peking oder Rom den Titel der Alpha-Stadt getragen haben.

Das Globalization and World Rankings Institute unterscheidet Städte nach den Status Alpha++, Alpha+, und Alpha. Neben London hat nur New York Anspruch auf den Alpha++-Status. Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 sei jedoch London zur Spitze dieses Systems – eben zur *der* Alpha-Stadt – geworden, so Atkinson. Durch London fließt mehr Geld als durch alle anderen Orte der Welt, London hat den teuersten Immobilienmarkt und lockt die reichsten Menschen.

Den Weg zur absoluten Alpha-Stadt ebneten die Politiker\_innen Londons, die sowohl niedrige Steuern als auch ungezügelter Unternehmensfreiheiten ermöglichten, Formen der Steuervermeidung ignorierten, Zölle senkten,

Abb. 1 Titel des Buches (Verso Books)



Vorschriften anpassten und staatliche Systeme (insbesondere in Bezug auf Stadt- und Wohnungspolitik) eben für das *Kapital* und nicht für die *Bewohner\_innen* Londons arbeiten ließen.

Im Wesentlichen, so Atkinson, führte die sich seit der Finanzkrise von 2008 stetig potenzierende Neoliberalisierung des Londoner Wohnungsmarktes zu einer kollektiven Entfremdungserfahrung, die sich durch alle sozialen Schichten zieht und auch vor den Superreichen[2] nicht Halt macht.[3] Die Wohlhabenden schotten sich von der Außenwelt ab, die Mittelschicht und die Einkommenschwachen werden aus der Stadt verdrängt[4]: 28 Prozent aller Londoner\_innen, also 2,5 Millionen Menschen, leben laut der Stiftung Trust for London (Stand August 2020) in Armut. 9 Millionen Menschen leben in 3,5 Millionen offiziell gemeldeten ‚Wohnungseinheiten‘, wobei 50 Prozent aller Londoner alleinstehend sind, was darauf hinweist, dass ‚Wohnungseinheiten‘ überbewohnt werden. Auf die einkommensstärksten 10 Prozent kommen 32 Prozent des Gesamteinkommens in der Stadt, den wohlhabendsten 20 Prozent aller Londoner\_innen gehören 62 Prozent des Gesamtvermögens, das sich zurzeit in London befindet.

Im Mittelpunkt von Atkinsons Buch steht die Beobachtung, dass die relativ kleine Zahl der Superreichen die Spitze eines großen Eisbergs ist, dessen tieferer, vor dem öffentlichen Auge verborgener Einfluss von einer eigennützigen und erfolgreichen Klasse von sogenannten „Befähiger\_innen“ (*enablers*) getragen wird. Diese Schlüsselakteure, die für das Kapital arbeiten, sind in den Finanz-, Immobilien-, Politik- und Wirtschaftssektoren zu finden. In der Alpha-Stadt konzentrieren sich diese intermediären Befähiger\_innen (vgl. Beaverstock 2012; Beaverstock et al. 2012).

### **(Über-)Leben in der Alpha-Stadt**

Vor mehr als fünfzig Jahren bemerkte der britische Schriftsteller George Mikes (1951), London sei eine Art „integriertes Chaos“ (*chaos incorporated*). Auch heute trifft das zu. Aus der Perspektive der Superreichen und deren Befähiger\_innen ist dieses Chaos jedoch nicht mehr als ein Hintergrundgeräusch. Wie Atkinson eindrücklich darlegt, haben die Londoner Superreichen ihre Abschottungstechniken perfektioniert (vgl. Atkinson 2006; Koh et al. 2016). Diese lokale Abschottung führt zu einer moralischen Atmosphäre, die sich wie ein soziales Opiat verhält: Sie führt zu einem Eskapismus in abgelegene Orte, von denen aus das Chaos der Metropole nicht sichtbar ist. Atkinson psychologisiert nicht; dennoch können wir den Entfremdungseffekt dieser Trennungspraktiken leicht erahnen.

Verdrängen die Superreichen die Reichen, verdrängen die Reichen die Mittelschicht, und so verschiebt sich die komplette Demographie einer Stadt. Wenig deutlich wird in Atkinsons Buch, dass auch die Spitzenverdiener\_innen in der Immobilienbranche, der Politik oder der Stadtplanung auf den Schultern einer weiteren ‚enabling class‘ stehen, oft Einwanderer\_innen aus Süd- und Osteuropa sowie den ehemaligen Kolonien.[5] Die Ärmsten Londons werden in den Diensten ihrer reicheren Zahlmeister buchstäblich als Geiseln des Kapitals gehalten. Ihre Arbeitsplätze in den Hierarchien der Befähiger\_innen, die um eine bestimmte Kerngruppe der Superreichen herum angesiedelt sind, sind vom Geldfluss der Alpha-Stadt abhängig.[6]

Die Menschen werden von der ‚Logik dieses Geldes‘ gekauft, sagt Atkinson. Dabei merken die Befähigter\_innen oft nicht, so Atkinson, dass das Geld wie eine plutokratische Nekrose wirkt: Die Superreichen untergraben ihre eigene Stadt.

Diese Ideologisierung spielt den Bemühungen mächtiger Unternehmensinteressen und Akteure in die Tasche, deren Werkzeuge die politische Finanzierung, einseitige Stadtplanung, einschlägige Thinktanks, das Golden-Passport-Regime[7] und ein blindes Auge für Geldwäsche sind. Das ‚gewöhnliche‘ Leben in der Stadt wird durch den Mangel an Sozialleistungen und Wohnmöglichkeiten, die durch das politische Management zugunsten der kosmopolitischen Elite entstehen, aktiv untergraben.

### **Trickle-down-Effekte?**

Die Antwort der britischen Regierung und der Verwaltung Londons auf die sich zuspitzende Wohnungskrise besteht in einer weiteren Öffnung und Deregulierung des Wohnungsmarktes sowie massiven Steuersenkungen für Offshore-Käufer und ‚Entwickler‘. Die Devise: Je mehr gebaut wird, desto besser. Ein solches Ethos untermauert auch die Veränderungen, die in vielen Gemeinden durch die Sanierung von Sozialsiedlungen und den Abriss tausender Häuser herbeigeführt werden. Gebaut werden kaum neue Sozialwohnungen, sondern Luxus-Appartements.[8]

Arme Haushalte und Haushalte mit mittlerem Einkommen bilden den Treibstoff der Alpha-Stadt-Maschine. Dennoch werden sie, während sie arbeiten und zu überleben versuchen, auch zu ihrem Abfallprodukt. Die Nachfrage nach Immobilienkrediten nimmt zu, was dazu beiträgt, dass Immobilienpreise noch schneller steigen. Das bedeutet auch, dass viele Menschen einen zunehmend großen Teil ihres Einkommens für Miete entbehren oder gar die Stadt verlassen müssen.

Der ‚Trickle-down-Effekt‘, der die Devise des ‚mehr Bauens‘ legitimieren soll, existiert, aber nicht in der Form, wie er von der britischen Regierung herangezogen wird (vgl. Baumann 2013; Sayer 2015). Viele Geringverdiener\_innen zahlen steigende Beträge ihres Einkommens für minderwertige private Mietwohnungen. Hohe Wohnungs- und Transportkosten – für jene, die aus der Stadt vertrieben wurden – sind Aspekte des Lebens in einer Stadt, die sich völlig dem Finanzwesen und einem Immobilien-Markt als „globale Reservewährung“ (Goldfarb 2013) verschrieben hat. Der ‚Trickle-down-Effekt‘ des Reichtums existiert, aber er nehme die Form dieser effektiven Belastung des täglichen Lebens an, so Atkinson.

### **Was tun?**

Atkinsons Beitrag zur Debatte ist vornehmlich deskriptiv, teilweise etwas voyeuristisch. Er fragt: Wie konnte das Kapital, im weitesten Sinne des Wortes, die Stadt erobern (*capture*)? Wie hat Geld die gebaute Umwelt verändert? In welchen Symbolen des urbanen Raums zeigt sich die Geldmacht? Welche Position nimmt die Alpha-Stadt als Knotenpunkt der globalen Wirtschaft ein? Auf diese Fragen findet Atkinson im Sein und Schein der Superreichen eine Antwort. Dabei erweitert Atkinson den Begriff der Elite

über den soziologischen Rahmen hinaus in Richtung eines urbanisierten und verräumlichten Rahmens.[9]

*Alpha City* ist eine soziologische Studie. Vielmehr noch aber ist es ein Portrait des Reichtums und des Reichseins in London. Dieser portraithafte Charakter von Atkinsons Abhandlung – immer wieder untermauert von (manchmal etwas klischeehaften) Bildern als auch von (beunruhigenden) Zahlen und Anekdoten – ist sowohl die größte Stärke als auch die größte Schwäche des Buches.

Die vielen Einblicke in das Leben der Superreichen sind interessant; leider bemüht sich Atkinson aber nur wenig um eine systematische Analyse dieser Verhältnisse.[10] Wie Forrest et al. (2018: 91) bemerken, kann eine Analyse, „die den Blick allein auf die superreichen Akteur\_innen selbst richtet, das Risiko einer eindimensionalen und zu engen Analyse bergen“. Trotz der Ausweitung der soziologischen Beobachtungen auf jene Akteur\_innen, die das Leben der Superreichen in der Stadt ermöglichen, bleiben mehrere sich unweigerlich aufdrängende Fragen unbeantwortet. So etwa die Frage, auf welchen politischen Entscheidungen – besonders seit 2008, aber auch darüber hinausgehend – Londons Aufstieg zur Alpha-Stadt fußt? Atkinson sieht die Ursache in einer sich nicht bemerkbar machenden Politikgestaltung (*tacit policy making*), wie sie von Bürgermeister Boris Johnson auf den Weg gebracht wurde. Eine präzisere Antwort bleibt jedoch aus. Darüber hinaus bedürfte es mehr empirischer Forschung, welche den konkreten Einfluss der Superreichen auf das urbane Gefüge Londons ergründet.

Atkinson spricht an, wie im viktorianischen London die Legitimation der Inanspruchnahme der Stadt durch die Mächtigen und Wohlhabenden um die Idee der Staatsbürgerschaft und der sozialen Verantwortung herum formuliert wurde (vgl. Cherry 1979). Man war sich (wenigstens) des drohenden universellen Leids und der sozialen Unruhen bewusst, die entstünden, würden Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur nicht aufrechterhalten – auch wenn diese Bedenken oft übergangen wurden. Warum, wann und wo ist diese Legitimationsgrundlage verlorengegangen?

Aus der Perspektive der Superreichen, so Atkinson, macht die Privatisierungs- und Individualisierungslogik des neoliberalen Kapitalismus eine quasi-egalitäre Stadtentwicklung überflüssig. Machen sich die Superreichen Sorgen um die Qualität der Krankenhäuser des NHS, können sie auf private Gesundheitsversorgung zurückgreifen. Haben sie Angst vor Kriminalität, so leben die Wohlhabenden in einer Gated Community mit einem umfangreichen, aber von der Umwelt entfremdenden Sicherheitsapparat. Mangelt es den staatlich (unter-)finanzierten Schulen an Qualität, gibt es in London genügend Privatschulen.

Der Erfolg Londons, so Atkinson, wird heute am ‚Reichtum‘ der Stadt gemessen, und wenn Geld das Maß für Reichtum ist, dann ist London tatsächlich die ‚beste‘ Stadt der Welt. Das Narrativ vom monetären Erfolg prägt die Kultur der ‚Macher‘ und ‚shaker‘ der Stadt, die ihre Loyalität ausschließlich den Geldströmen und nicht irgendeiner Idee von Mäzenatentum oder Altruismus verdanken – Werten also, die im vermutlich ebenso inegalitären viktorianischen London wenigstens noch als vorgeschobene Legitimitätsgrundlage für die Inanspruchnahme der Stadt fungierten. Was aber sind die entscheidenden Unterschiede zwischen dem viktorianischen London und dem London von



heute? Welche Rolle spielt die koloniale Vergangenheit der Stadt London für ihre Gegenwart? Ist London letztlich nur ein Biotop, ein Experimentierlabor, für ein mittlerweile vermutlich schon post-neoliberales Wirtschaftssystem? Ist das London der letzten Dekade – der Dekade als Alpha-Stadt – lediglich ein Vorgeschmack auf die Veränderungen, die in Kürze auch in Beta-Städten wie Paris, Amsterdam, Berlin, Chicago oder Osaka zu beobachten sind? Leider bleiben diese spannenden Fragen unbeantwortet.

Auch normative Fragen drängen sich auf, denn Atkinsons Buch steht an vorderster Front der fortwährenden normativen Debatte über die Zukunft der Stadt. Wie sollen sich urbane Gefüge verändern? Wem soll die Stadt gehören? Wie soll die Stadt ökologisch und ökonomisch funktionieren?[11] Leider finden sich auch hierauf nur wenige Antworten. Vermutlich müssen die Leser\_innen ihre Antworten der deskriptiven Kritik an den herrschenden Verhältnissen entnehmen. Es wäre jedoch spannend zu erfahren, welche Stellung London, als die Alpha-Stadt der Gegenwart, in diesen normativen Bewegungen einnimmt.

Etwas naiv wirkt Atkinsons Exposition der bereits 1983 gegründeten Aktivistengruppe Class War, die vorschlug, die unverkauften, leerstehenden Wohnungen im The Shard, dem damals höchsten Wolkenkratzer Europas, zu besetzen[12].

*The Shard* stand leer, während die Überlebenden des Unglücks im Grenfell Tower[13] nach der Tragödie noch jahrelang wohnungslos blieben, ganz zu schweigen von den rund 4.200 Obdachlosen in der Stadt (Stand: Februar 2020, nach Angaben von Homless.org[14]. Andere Quellen sprechen aktuell von 9.000 Obdachlosen). Die Ungerechtigkeiten in London sind enorm; dennoch ist fraglich, ob das Besetzen eines Hochhauses (wäre es überhaupt möglich) mehr sein kann als ein klägliches Aufschrei. Es bleibt zu bemängeln, dass Atkinson das Räumliche nur wenig zu politisieren vermag und *Alpha City* zumeist auf einer deskriptiven Ebene verharrt.[15] Was also tun?

## Endnoten

- [1] Forrest et al. (2017) sprechen von „lead cities“ oder „global cities“. Diese Begriffsverwendung wird oft als moralische Ächtung verstanden (vgl. Forrest et al. 2018). Mit Bezug auf London ist der Essay „Welcome to ‚Pikettyville‘? Mapping London’s alpha territories“ von Burrows et al. (2017) zu nennen.
- [2] Für eine Einordnung des Begriffs siehe u. a. Rothkopf (2008). Leider ist die Definition von „Superreichtum“ meist vage und immer kontextuell und relational. Eine allgemeine Begriffsdefinition ist nicht zu finden, vielmehr scheint mir der Begriff eine moralisierende Wirkung zu haben. Also solcher wird der Begriff benutzt, um im pejorativen Sinn von Reichtum zu sprechen.
- [3] Siehe Webber/Burrows (2016) zu Konflikten in Londoner ‚Elitevierteln‘.
- [4] Eine interessante komparative Studie zur Rolle der Mittelschicht in den urbanen Räumen London und Paris, ist z. B. Bacqué et al. (2015). Siehe auch Butler/Robson (2003).
- [5] Interessant wäre hier ein Vergleich von Offshore-Unternehmen, welche Land und Immobilien in London kaufen und damit spekulieren, mit britischen Privatpersonen der Mittel- und Oberschicht, die Land und Immobilien an den europäischen Mittelmeerküsten kaufen, um mit diesen zu spekulieren. So fragen sich Forrest et al. (2018: 97): „Ist es lediglich eine Frage der Größenordnung und Intensität? Geht es um Geographien und Zeitlichkeiten? Oder geht es um viel grundsätzlichere Fragen von Macht und sozialer Positionierung? Wie weit sollten wir unseren analytischen Blick ausdehnen?“

- [6] Für eine geographische Studie über die Superreichen Großbritanniens, siehe Henning/Dorling (2012).
- [7] Von einem ‚golden passport‘ wird gesprochen, wenn Staatsbürgerschaft käuflich erworben werden kann. Lea Ypi (2018) zeigt, wie die Idee von der Staatsbürgerschaft als marktfähigem und klassenabhängigem Gut mit dem Kapitalismus verbunden ist und es schon immer war.
- [8] Tatsächlich kommt es durch Enteignungen (und eine Politik, die diese bewilligt), wie Sassen (2014) beschreibt, zu einer neuen Form der primitiven Akkumulation im Marxschen Sinn.
- [9] Leider mangelt es Atkinsons Buch an einer präzisen Definition der ‚Stadtelite‘. Siehe Savage (2015) für einen der wenigen Versuche, Elitensoziologie und Urbanistik zusammenzuführen.
- [10] Um eine differenziertere Einordnung sorgen sich Beaverstock/Faulconbridge (2013).
- [11] Mit dem Bezug auf London sind hier Richard Floridas 2009 erschienenes Werk *Who's your City?* oder Merryfield (2014) zu nennen, welche eben die oben genannten Fragen aufwerfen.
- [12] <https://www.london-se1.co.uk/news/view/9540> (letzter Zugriff am 19.10.2020).
- [13] Am 14 Juni 2017 brach in der Nacht ein Feuer im Grenfell Tower, einem Sozialwohnungsobjekt im Londoner Stadtteil Kensington, aus, bei dem 72 Menschen starben und genauso viele schwer verletzt wurden. Der Brand breitete sich schnell über die Wärmedämmung der Fassade aus – die Stadt London missachtete die zahlreichen Hinweise auf die Gefahrenlage. Der Fall wurde im Anschluss von Scotland Yard untersucht. Ein Gerichtsurteil wurde noch nicht verlesen. Der Grenfell Tower ist zum traurigen Symbolbild der Londoner Wohnungspolitik geworden: Sozialhilfeempfänger verbrennen, die High Society Kensingtons sieht dabei zu.
- [14] <https://www.homeless.org.uk/facts/homelessness-in-numbers/rough-sleeping/rough-sleeping-our-analysis> (letzter Zugriff am 19.10.2020).
- [15] Als Messlatte des normativen Anspruchs kann zum Beispiel die Arbeit von Daniel Mullis (2014) gesehen werden, welche an das Konzept der Radikalen Demokratietheorie nach Chantal Mouffe und Ernesto Laclau anknüpft. Vgl. etwa Carstensen-Egwuom (2014) sowie Beebejaun (2017).

## Autor\_innen

Adrian Kreutz forscht in der Politischen Theorie. Aktuell arbeitet er an seiner Promotion zum Politischen Realismus.  
[adrian.kreutz@politics.ox.ac.uk](mailto:adrian.kreutz@politics.ox.ac.uk)

## Literatur

- Action on Empty Homes (2020): In: Pretty vacant report (28. April 2020). <https://www.actiononemptyhomes.org/Handlers/Download.ashx?IDMF=24ace1b7-b428-4fee-8dcc-6a7638f32eaa> (letzter Zugriff am 20.10.2020).
- Atkinson, Rowland (2006): Padding the bunker: Strategies of middle-class disaffiliation and colonisation in the city. In: *Urban Studies* 43/4, 819-832.
- Atkinson, Rowland (2020): *Alpha City. How London was captured by the super-rich.* London: Verso.
- Bacqué, Marie-Helene / Bridge, Gray / Butler, Tim / Charmes, Eric / Fijalkow, Yankel / Jackson, Emma / Launay, Lydie / Vermeersch, Stéphanie (2015): *The middle classes and the city: A study of Paris and London.* London: Palgrave.
- Bauman, Zygmunt (2013): *Does the richness of the few benefit us all?* Cambridge/Malden, MA: Polity Press.

- Beaverstock, Jonathan V. (2012): The privileged world city: Private banking, wealth management and the bespoke servicing of the global super rich. In: Ben Derudder / Michael Hoyler / Peter Taylor / Frank Witlox (Hg.), *International handbook of globalization and world cities*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 378-389.
- Beaverstock, Jonathan V. / Faulconbridge, James R. (2013): Wealth segmentation and the mobilities of the super-rich: A conceptual framework. In: Thomas Birtchnell / Javier Caletrio-Garcera (Hg.), *Elite Mobilities*. London: Routledge, 40-61.
- Beaverstock, Jonathan V. / Smith, Richard G. / Taylor, Peter (1999): A roster of world cities. In: *Cities* 16/6, 445-458.
- Beebejaun, Yasminah (2017): Gender, urban space, and the right to everyday life. In: *Journal of Urban Affairs* 39/3, 323-334.
- Burrows, Roger / Webber, Richard / Atkinson, Rowland (2017): Welcome to ‚Pikettyville‘? Mapping London’s alpha territories. In: *The Sociology Review* 65/2: 184-201.
- Butler, Tim / Robson, Gerry (2003): *London calling: The middle classes and the remaking of Inner London*. London: Bloomsbury.
- Carstensen-Egwuom, Inken (2014): Connecting intersectionality and reflexivity. Methodological approaches to social positionalities. In: *Erdkunde* 68/4, 265-276.
- Cherry, Gordon (1979): The town planning movement and the late victorian city. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 4/2, 306-319.
- Florida, Richard (2009): *Who’s your city?* London: Basic Books/Random House.
- Forrest, Ray / Koh, Sin Yeh / Wissink, Bart (Hg.) (2017): *Cities and the super-rich. Real estate, elite practices and urban political economies*. New York: Palgrave Macmillan.
- Forrest, Ray / Koh, Sin Yeh / Wissink, Bart (Hg.) (2018): Hypergespaltene Städte und die ‚unmoralischen‘ Superreichen – Fünf abschließende Fragen. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6/2-3, 91-104.
- Goldfarb, Michael (2013): London’s great exodus. In: *New York Times*, 12.10.2013. [http://www.nytimes.com/2013/10/13/opinion/sunday/londons-great-exodus.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/10/13/opinion/sunday/londons-great-exodus.html?pagewanted=all&_r=0) (letzter Zugriff am 30.8.2020).
- Henning, Benjamin / Dorling, Danny (2012): Mapping Britain’s super-rich. In: *Political Insight* 3/3, 42.
- Koh, Sin Yeh / Wissink, Bart / Forrest, Ray (2016): Reconsidering the super-rich: Variations, structural conditions, and urban consequences. In: Ian Hay, Jonathan V. Beaverstock (Hg.), *International handbook on wealth and the super-rich*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 18-40.
- Merrifield, Andy (2014): *The new urban question*. London: Pluto Press.
- Mikes, George (1951): *Down with everybody*. London: Allan Wingate.
- Mullis, Daniel (2014): *Recht auf die Stadt – Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie*. Münster: Unrast.
- Rothkopf, David (2008): *Superclass*. New York: Little, Brown and Company.
- Sassen, Saskia (2014): *Expulsions: brutality and complexity in the global economy*. Cambridge: Harvard University Press.
- Savage, Mike (2015): *Social class in the 21st century*. London: Pelican Books.
- Sayer, Andrew (2015): *Why we can’t afford the rich*. Bristol/Chicago: Policy Press.
- Webber, Richard / Burrows, Roger (2016): Life in an alpha territory: Discontinuity and conflict in an elite London ‚village‘. In: *Urban Studies* 53/15, 3319-3154.
- Ypi, Lea (2018): Borders of class: Migration and citizenship in the capitalist state. In: *Ethics & Public Affairs* 32/2, 141-152.

# Mieter\_innenbewegungen der Gegenwart: Postidentitär und postautonom

Rezension zu Lisa Vollmer (2019): *Mieter\_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität*. Wiesbaden: Springer VS

Sebastian Schipper

Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt hat in vielen Städten weltweit eine neue Welle von Verdrängungsprozessen induziert und insbesondere die Situation von einkommensschwachen Haushalten häufig prekär werden lassen. Angesichts dieser Entwicklungen haben sich vielerorts mietenpolitische Bewegungen konstituiert, die sich für eine Abkehr von einer neoliberalisierten und zunehmend finanzialisierten Wohnungsversorgung einsetzen. In der Stadt- und Bewegungsforschung haben diese Initiativen und die mit ihnen verbundenen wohnungspolitischen Konflikte in jüngerer Zeit wieder verstärkt Aufmerksamkeit erhalten (vgl. z. B. Birke/Hohenstatt/Rinn 2015; Bradley 2014; Diesselhorst 2018; Gray 2018; Madden/Marcuse 2016; Mattern 2018; Rink/Vollmer 2019; Scheller 2019; Schipper 2018; Wills 2016; Vogelpohl et al. 2017). Die Forschungsarbeit von Lisa Vollmer reiht sich hier ein und stellt am Beispiel sozialer Bewegungen in Berlin und New York die Frage ins Zentrum, wie sich politische Kollektivität in den alltäglichen Praktiken von Mieter\*innen formiert.

Konzeptionell grenzt sie sich dabei sowohl von bestimmten marxistischen Theorien, die politische Kollektivität über ein objektiv gegebenes Interesse von Menschen in gleicher Klassenlage erklären, als auch von solchen poststrukturalistischen Ansätzen ab, die eine feststehende geteilte Identität als Ausgangspunkt sozialer Bewegungen in den Vordergrund rücken. Ausgehend von der postfundamentalistischen Sozialtheorie von Ernesto Laclau kann die Autorin derartigen Essentialisierungen entkommen und nach der Genese politischer Kollektivität fragen, indem sie die partikularisierenden (d. h. ein hegemoniales Projekt anzweifelnden) sowie die universalisierenden (d. h. ein eigenes, positives hegemoniales Projekt aufbauenden) Praktiken akzentuiert, die geteilte Interessen hervorbringen und gemeinsame Identitäten konstruieren und erst so ein politisches Subjekt entstehen lassen. Insbesondere für die Untersuchung mietenpolitischer Bewegungen ist ein derartiger theoretischer Zugang äußerst fruchtbar, da die Praxis, zur Miete zu wohnen, erst einmal keine Grundlage für eine gemeinsame Identität bildet und zudem Klassenstruktur und soziale Zusammensetzung in städtischen Nachbarschaften oft heterogen sind.

Abb. 1 Titel des Buches (Springer Verlag)



Vollmers postfundamentalistischer Ansatz ist in seiner empirischen Anwendung sowohl in historischer als auch in mikrosoziologischer Perspektive erkenntnisreich. Historisch kann die Autorin am Beispiel der mietenpolitischen Bewegungen in Berlin und New York seit dem 19. Jahrhundert herausarbeiten, dass sich die Art der Formierung politischer Kollektivität nicht wandelt. Stets gehen geteilte Interessen und Identitäten ihr nicht voraus, sondern bilden sich erst durch alltägliche Praktiken, welche hegemoniale Ordnungen aufbrechen, neue Deutungsangebote schaffen und einen universellen Horizont aufspannen. Was sich allerdings im historischen Verlauf ändert, ist die Ausprägung politischer Kollektivität. Diese entwickelt sich in Abhängigkeit von den spezifischen Regulationsweisen kapitalistischer Entwicklung sowie den jeweils hegemonialen Regierungstechniken.

Unter den Bedingungen des *Laissez-faire*-Kapitalismus bis Anfang des 20. Jahrhunderts beruhten die partikularisierenden Praktiken der in den beiden Städten erstmals entstehenden Mieter\*innenbewegungen beispielsweise auf nachbarschaftlicher Solidarität, die sich vor allem gegen die privaten Vermieter\*innen als Feindbild richtete. Angesichts einer völlig unregulierten Wohnraumversorgung bezogen sich die universalisierenden Praktiken der Bewegungen auf die Einforderung staatlicher Interventionen, auf die eigene Interessenvertretung im sich etablierenden Wohlfahrtsstaat sowie auf den Aufbau von Formen der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

Im Vergleich dazu haben sich die alltäglichen Praktiken und damit auch die Ausprägung politischer Kollektivität mietenpolitischer Bewegungen seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren tiefgreifend gewandelt. Unter den Bedingungen fordistisch-wohlfahrtsstaatlicher Regulationsmodi richteten sich die partikularisierenden Praktiken in beiden betrachteten Fallbeispielen nicht mehr gegen private Eigentümer\*innen, sondern primär gegen die normierenden Zugriffe staatlicher Institutionen beziehungsweise gegen stadtplanerische Eingriffe, die durch Flächensanierung und den Abriss bezahlbaren Wohnraums gewachsene Nachbarschaften zerstörten. In ihren universalisierenden Praktiken etablierten die anti-fordistisch ausgerichteten städtischen Bewegungen lokale Identitäten und eigene autonome Räume, wodurch sich eine politische Kollektivität formierte, die Vollmer als identitär und autonom charakterisiert. Der Fokus der Mieter\*innenbewegungen lag zu dieser Zeit klar auf Selbstverwaltung und dem Streben nach Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen, was sich konkret in Hausbesetzungen und dem Aufbau von kollektiven Eigentumsformen jenseits von Staat und Kapitalverwertung manifestierte.

In Kontrast zu den ersten beiden historischen Phasen mietenpolitischer Kämpfe arbeitet Vollmer in mikrosoziologischer Perspektive und auf Basis einer sechsjährigen teilnehmenden Beobachtung in Berlin (2012-2017) beziehungsweise einer fünfmonatigen Feldforschung in New York (2012/13) anschaulich heraus, dass sich die partikularisierenden Praktiken gegenwärtiger Bewegungen zwar weiterhin an Mieterhöhungen, Verdrängungserfahrungen und dem drohenden Verlust von bezahlbarem Wohnraum entzünden. Allerdings wenden sie sich nun auch gegen neoliberale Regierungstechniken, welche daher – so das Ergebnis ihrer Analyse – umgekehrt auch strukturierend auf die Ausprägung politischer Kollektivität einwirken. Exemplarisch analysiert die Autorin die strukturierende Wirkung neoliberaler Regulationsmodi

auf die partikularisierenden Praktiken der mietenpolitischen Bewegungen anhand der drei Strategien der Bevölkerungspolitik der ‚Sozialen Mischung‘ als Legitimation für Verdrängung, der Regierung durch Gemeinschaft sowie der Einhegung durch Partizipation. Wie ihre Feldforschungen und die Auswertung öffentlicher Verlautbarungen verdeutlichen, beziehen sich beide Mieter\*innenbewegungen in ihrer Praxis auf diese Strategien und brechen dabei die Vorstellung einer ‚unternehmerischen Stadt‘ auf, konstruieren ein eigenes, positives Bild von Gemeinschaft und eignen sich offizielle Partizipationsveranstaltungen subversiv an.

Auf Basis narrativer Interviews mit Mieter\*innen im öffentlichen Wohnungsbau in New York sowie mit Vertreter\*innen der Nachbarschaftsinitiative Kotti & Co in Berlin kann die Autorin darüber hinaus zeigen, dass die heterogenen Mitglieder der Initiativen die Erfahrungen von Ohnmacht und Stigmatisierung sowie ökonomischen und rassistischen Ausschlüssen eint. Die Vergemeinschaftung dieser Erfahrungen bildet die Grundlage für universalisierende Praktiken, die Vollmer als postidentitär und postautonom beschreibt. Im Unterschied zu den anti-fordistischen Bewegungen der 1970er Jahre etablieren die gegenwärtigen Mieter\*innenbewegungen keine auf Differenz beruhende Identität, grenzen sich nicht subkulturell ab und geben auch keine dogmatische ideologische Orientierung vor. Vielmehr rufen sie postidentitär ein universelles ‚Wir‘ an und beanspruchen, für die Allgemeinheit zu sprechen; jedoch – im Unterschied zur klassischen Arbeiter\*innenbewegung – ohne Diversität einzuebnen, Fragen der Identität auszublenden oder Differenz zu negieren.

Als postautonom sind die Praktiken zu charakterisieren, da einerseits die Autonomie gegenüber staatlichen Institutionen angesichts eines Abbaus sozialstaatlicher Sicherung und der Dominanz marktwirtschaftlicher Prinzipien keine wesentliche Forderung mehr darstellt, sondern vielmehr staatliche Handlungsmacht wieder zur Verteidigung des Gemeinwohls eingefordert wird. Andererseits sind die klar außerparlamentarisch ausgerichteten Mieter\*innenbewegungen zugleich aber nicht anti-autonom oder staatsgläubig. Angesichts der jahrzehntelangen Erfahrungen mit staatlichen Politiken der Privatisierung, der Deregulierung und der Liberalisierung der Wohnungsversorgung sind sie von einer deutlichen Skepsis gegenüber etablierten Parteien und staatlichen Institutionen geprägt. Sichtbar wird dieses Misstrauen etwa in wohnungspolitischen Forderungen nach Selbstverwaltung und Demokratisierung, wodurch die Spielräume staatlicher Entscheidungsträger\*innen eingehengt und kontrolliert werden sollen. Zentral ist für Vollmer dabei das Argument, dass die postidentitäre und postautonome Ausprägung der politischen Kollektivität gegenwärtiger Mieter\*innenbewegungen nicht funktionalistisch oder ideengeschichtlich zu erklären ist und auch nicht als strategische Abwägung interpretiert werden kann. Stattdessen stellt sie überzeugend heraus, dass die spezifische Ausprägung der politischen Kollektivität auf neoliberale Regierungstechniken und deren Krise zurückzuführen ist. Für viele Mieter\*innen ist sie anschlussfähig, da „sie strukturelle Erfahrungen der neoliberalen Hegemonie und ihrer Ausschlüsse aufgreift und verallgemeinert“ (S. 279).

Obschon es den aktuellen mietenpolitischen Bewegungen in Berlin und New York also gelingt, von individuellen Erfahrungen zu abstrahieren und eine

universelle politische Kollektivität zu formieren, ist doch die Verbreiterung hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung in beiden betrachteten Kontexten bislang ausgeblieben. Gründe für diese Beschränkung der politischen Kollektivität sieht Vollmer darin, dass erstens die Narrative und Forderungen der Bewegungen auf das Thema Wohnen begrenzt bleiben, sie zweitens in ihrer Reichweite kaum über den eigenen Stadtteil oder die Stadt hinausreichen sowie drittens die dauerhafte Organisation über die Grenzen der Mittelschicht hinaus nur selten gelingt. Verantwortlich dafür seien zum einen strukturelle Bedingungen und soziale Verwüstungen in einer entsolidarisierten und vereinzelt Gesellschaft, die universalisierende Praktiken generell erschweren, indem sie grenzenlose Freiheit im individuellen Leben vortäuschen und zugleich absolute Ohnmacht in gesellschaftlichen Fragen suggerieren. Verstärkt würden derartige Ohnmachtserfahrungen aber zum anderen auch durch eine gegenhegemoniale Fixierung im linken Denken, welches oft im Modus der Kritik verbleibe und es versäumt habe, einen positiven Bezugsrahmen oder eine „konkrete Utopie als Alternative zur neo-liberalen Hegemonie“ (S. 283) aufzubauen.

Insgesamt ist die Arbeit von Vollmer in vielerlei Hinsicht hochspannend und äußerst lesenswert. Sie bietet erstens pointierte „Schlaglichter“ (S. 46) auf die Geschichte mietenpolitischer Bewegungen in Berlin und New York seit dem 19. Jahrhundert. Dadurch kann sie darlegen, wie sich die Ausprägung politischer Kollektivität je nach historisch-gesellschaftlichem Kontext wandelt. Relevant ist dies nicht nur für historisch interessierte Leser\*innen, da erst diese geschichtliche Einbettung es ermöglicht, die aktuelle Phase städtischer Kämpfe sowohl in Hinblick auf Kontinuitäten – Widersprüche und Konflikte, die mit der Warenförmigkeit des Wohnens in kapitalistischen Gesellschaften einhergehen – als auch in ihrer Spezifik – Formierung einer postidentitären und postautonomen politischen Kollektivität – greifbar zu machen.

Zweitens leistet sie einen bedeutenden theoretisch-konzeptionellen Beitrag zur kritischen Gesellschaftstheorie im Allgemeinen und zur Bewegungsforschung im Speziellen. Die Integration marxistischer und poststrukturalistischer Ansätze zur Analyse der Formierung politischer Kollektivität verbindet überzeugend und kohärent ein nichtessentialistisches Verständnis politischer Subjekte, welches deren Handlungsmacht betont, mit den sich wandelnden Regulationsmodi kapitalistischer Gesellschaften, wodurch zugleich auch der Einfluss gesellschaftlicher Strukturen beziehungsweise sedimentierter Beziehungen konzeptuell gefasst werden kann.

Darüber hinaus gelingt es Vollmer drittens – unter anderem aufgrund ihrer Doppelrolle als Forscherin und Aktivistin und der damit einhergehenden Nähe zu ihrem Untersuchungsfeld –, Ergebnisse zu produzieren, die nicht nur für akademische Kreise interessant und für gesellschaftstheoretische Debatten erkenntnisreich sind. Auch wenn sie erklärtermaßen keine aktivistische Stadtforschung betreibt, welche ihre Fragestellungen direkt aus der aktivistischen Praxis ableitet und/oder kooperativ mit stadtpolitischen Initiativen forscht, ist ihre Arbeit doch ebenso lesenswert für Akteur\*innen städtischer Bewegungen. Indem sie konkrete Handlungsoptionen, die in der politischen Praxis entwickelt worden sind, herausarbeitet und gesellschaftstheoretisch reflektiert, macht sie zum einen Möglichkeiten für

gesellschaftliche Veränderungen fassbar und bietet zum anderen kritische Anregungen für bewegungsnahe Strategiedebatten (siehe dazu auch Vollmer 2018).

Schließlich kann das Buch aus diesen und weiteren Gründen viertens als wissenschaftliche Fundgrube bezeichnet werden, aus der zahlreiche theoretische und empirische Anregungen für gegenwärtige oder künftige Forschungsarbeiten zu (stadt-)politischen Konflikten erwachsen. Exemplarisch verdeutlicht dies etwa die Masterarbeit von Falk Künstler (2020), die den theoretischen Ansatz von Vollmer aufgreift und bezogen auf eine Vonovia-Siedlung in Frankfurt am Main untersucht, warum dort die Herausbildung einer politischen Kollektivität trotz drastischer Modernisierungs- und Mieterhöhungen relativ schwerfällig verläuft.

Angesichts der wegweisenden historischen, theoretisch-konzeptionellen, empirischen und strategisch-politischen Erkenntnisse ist es der Publikation von Vollmer zu wünschen, dass die vielfältigen Anregungen, die das Buch bietet, auch in weiteren Forschungsarbeiten aufgegriffen werden. Und zwar sowohl, um das theoretisch-konzeptionelle und gegenstandsbezogene Verständnis von Prozessen der Formierung politischer Kollektivität zu schärfen, als auch, um die Praxis wohnungspolitischer Bewegungen zu reflektieren und Handlungsoptionen für gesellschaftliche Veränderungen aufzuzeigen.

*Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Goethe-Universität Frankfurt gefördert.*

## **Autor\_innen**

Sebastian Schippers Forschungsschwerpunkte sind Stadtpolitik, politische Ökonomie des Wohnens, Gentrifizierung und städtische soziale Bewegungen.  
s.schipper@geo.uni-frankfurt.de

## **Literatur**

- Birke, Peter / Hohenstatt, Florian / Rinn, Moritz (2015): Gentrifizierung, Aktivismus und „Rollenspiele“. Erfahrungen am Hamburger Stadtrand. In: Sozial.Geschichte Online 16, 53-88.
- Bradley, Quintin (2014): The tenants' movement. Resident involvement, community action and the contentious politics of housing. London: Routledge.
- Diesselhorst, Jonathan (2018): Wenn stadtpolitische Bewegungen das Terrain des Staats betreten. Zwischen Berliner Mietenvolksentscheid und „Wohnraumversorgungsgesetz“. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48/2, 265-282.
- Gray, Neil (Hg.) (2018): Rent and its discontents. A century of housing struggles. London/ New York: Rowman & Littlefield International.
- Künstler, Falk (2020): Wohnen um jeden Preis!? Prekäre Wohnsituationen und Prozesse politischer Kollektivierung. Frankfurt am Main: Unveröffentlichte Masterarbeit am Fachbereich 11 der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Madden, David / Marcuse, Peter (2016): In defense of housing. The politics of crisis. London/New York: Verso.
- Mattern, Philipp (Hg.) (2018): Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin. Berlin: Bertz + Fischer.
- Rink, Dieter / Vollmer, Lisa (2019): „Mietenwahnsinn stoppen!“. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32/3, 337-349.



- Scheller, David (2019): Demokratisierung der Postdemokratie. Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City. Bielefeld: transcript.
- Schipper, Sebastian (2018): Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogelpohl, Anne / Vollmer, Lisa / Vittu, Elodie / Norma, Brecht (2017): Die Repolitisierung des Wohnens. Städtische soziale Bewegungen für ein Recht auf Wohnen und auf Stadt in Hamburg, Berlin, Jena und Leipzig. In: Barbara Schönig / Justin Kadi / Sebastian Schipper (Hg.), Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur. Bielefeld: transcript, 105-130.
- Vollmer, Lisa (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart: Schmetterling.
- Vollmer, Lisa (2019): Mieter\_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität. Wiesbaden: Springer VS.
- Wills, Jacob (2016): Building urban power from housing crisis. In: City 20/2, 292-296.

